

Hübner, Kurt

**Book — Digitized Version**

## Theorie der Regulation: eine kritische Rekonstruktion eines Ansatzes der politischen Ökonomie

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Hübner, Kurt (1989) : Theorie der Regulation: eine kritische Rekonstruktion eines Ansatzes der politischen Ökonomie, ISBN 3-924859-53-1, Edition Sigma, Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122918>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.



WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG

Forschungsschwerpunkt Technik, Arbeit, Umwelt

*Verantwortlicher Herausgeber:*

Prof. Dr. Frieder Naschold

*Mitherausgeber:*

Dr. Hans – Joachim Fietkau

Prof. Dr. Egon Matzner

Prof. Dr. Friedhelm Neidhardt

Prof. Dr. Wolfgang Zapf

Kurt Hübner

**Theorie der  
Regulation**

Eine kritische Rekonstruktion  
eines neuen Ansatzes  
der Politischen Ökonomie



CIP – Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

*Hübner, Kurt:*

Theorie der Regulation : eine kritische Rekonstruktion eines neuen Ansatzes der politischen Ökonomie / Kurt Hübner.

[Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Forschungsschwerpunkt Technik, Arbeit, Umwelt]. – Berlin : Ed. Sigma Bohn, 1989

Zugl.: Berlin (West), Freie Univ., Diss., 1988

ISBN 3-924859-53-1

Copyright 1989 by edition sigma rainer bohn verlag, Berlin.

Alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmungen, Übersetzungen und die Einspeicherung in elektronische Systeme.

Umschlaggestaltung: RB

Druck: WZB

Printed in Germany

*Ford hat ein Auto gebaut  
Das fährt ein wenig laut.  
Es ist nicht wasserdicht  
Und fährt auch manchmal nicht.*

*Bert Brecht*



# *Inhaltsverzeichnis*

## *I. Kapitel*

- |    |  |    |
|----|--|----|
| 1. | Einleitung   | 11 |
| 2. | Die allgemeine Fragestellung des Regulationsansatzes | 16 |

## *II. Kapitel*

- |        |  |    |
|--------|--|----|
| 1.     | Theoretische Verortung des Begriffs "Regulation"                                     | 27 |
| 2.     | Plurales Verständnis von "Regulation" bei den Regulationisten                        | 35 |
| 3.     | Zur Abgrenzung des Begriffs "régulation"   | 44 |
| 4.     | Die "Pionierarbeit" Agliettas. Eine werttheoretisch fundierte Theorie der Regulation | 53 |
| 4.1.   | Die Katalysatorfunktion von Aglietta   | 54 |
| 4.2.   | Agliettas "Theorie der Regulation"   | 58 |
| 4.2.1. | Das Grundkonzept von Regulation  | 60 |
| 4.2.2. | Die Kategorien des Regulationskonzeptes  | 68 |
| 4.3.   | Abschied von der Theorie der Regulation  | 76 |
| 5.     | Theorie der Regulation – mit oder ohne Werttheorie?                                  | 79 |
| 5.1.   | Eine Darstellung des Transformationsproblems   | 82 |
| 5.2.   | Wertformanalyse und monetary constraint  | 86 |
| 5.3.   | Lipietz' Vorschlag zum Transformationsproblem  | 90 |
| 6.     | Ein erstes Resümee   | 95 |
| 7.     | Exkurs: Die Fordismus – Diskussion der zwanziger Jahre                               | 98 |

### *III. Kapitel*

1.	Die preistheoretische Variante der Regulationstheorie	103
1.1.	Methodische Grundüberlegungen und Ansprüche an die Theorie	104
2.	Schlüsselkategorien der Regulationstheorie und ihre Verknüpfung	115
2.1.	Akkumulationsregime	116
2.1.1.	Das dominant intensive Akkumulationsregime mit Massenkonsum	121
2.1.2.	Begrenzungen und Variabilitäten des Konzeptes	126
2.1.3.	Exkurs: Akkumulationsregime und peripherer Kapitalismus	132
2.2.	Institutionelle Formen	142
2.2.1.	Das Lohnverhältnis als institutionelle Form	146
2.3.	Regulationsweise	155
3.	Ein zweites Zwischenresümee	166
3.1.	Der Nominalismus der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes	166
3.2.	"Institutionalistische" Theoriealternativen	174
3.2.1.	Der SSA – Ansatz	175
3.2.2.	Der neoklassische Institutionalismus	181

### *IV. Kapitel*

1.	Ökonomische Krise und Regulationstheorie	187
1.1.	Zum Krisenbegriff	188
2.	Krisentheorien – eine systematische Übersicht	190

3.	Die Krisenerklärungen der Regulationstheoretiker	197
3.1.	Eine Krisentypologie	197
3.2.	Die krisentheoretischen Aussagen der Regulationstheorie	201
3.2.1.	Krise des Fordismus I	201
3.2.2.	Krise des Fordismus II	202
3.2.3.	Krise des Fordismus III	208
4.	Krise und Kontingenz der Theorie	212
4.1.	Die Regulationstheorie ohne Krisentheorie	212
4.2.	Okishio, der Arbeitsprozeß und die Regulationisten	215

#### *V. Kapitel*

1.	Innovative Leistungen und "alte Hüte" – Schlußbemerkungen	221
----	---	-----

Anmerkungen	228
-------------	-----

Literatur	248
-----------	-----

## *Verzeichnis der Schaubilder*

Schaubild 1	Akkumulationsregime dominanter Ökonomien	118
Schaubild 2	Akkumulationsregime abhängiger Ökonomien	137
Schaubild 3	Eine (näherungsweise) Periodisierung des Lohnverhältnisses und der globalen Regulation in Frankreich von 1914 bis heute	152
Schaubild 4	Kompetitive und monopolistische Regulation – ein Vergleich	161
Schaubild 5	Krisentypologie und Regulationstheorie	196
Schaubild 6	Institutionelle Formen, Akkumulationsregimes, Regulation und Krisen	198

## I. Kapitel

### 1. Einleitung

Vor mittlerweile zwölf Jahren wurde in Frankreich eine Arbeit publiziert, deren Thesen und Grundkategorien schon kurz nach ihrer Veröffentlichung zur Leitlinie umfangreicher Forschungsarbeiten wurden. Mit der in der Publikation von Michel Aglietta offerierten *théorie de la régulation* wurde ein sozialwissenschaftliches Feld eröffnet, auf dem es möglich zu werden schien, die verschiedensten Disziplinen zu integrieren: Grundlagen der ökonomischen Theorie wurden mit Konzepten der Soziologie, der Politik – und der Geschichtswissenschaften mit dem Ziel verknüpft, die Entwicklungs- und Transformationsdynamik kapitalistischer Gesellschaften analytisch zu erfassen. Die am Anfang dieser Theoriebildung stehende Arbeit von Michel Aglietta war eindeutig der Marxschen Theorie verpflichtet, die unter Berücksichtigung neuerer Theorieerkenntnisse und den Bezug auf jüngere Debatten als struktur- und theoretisch-historische Analyse weiterentwickelt werden sollte.

Das von Aglietta in *Régulation et Crises du Capitalisme* (1976) aufgestellte Forschungsprogramm sollte bald die Grundlage einer sich herausbildenden *école de la régulation* bilden, die Ende der achtziger Jahre weit über Frankreich hinaus Beachtung und Anhänger gefunden hat<sup>1</sup>. Die wissenschaftliche Aufmerksamkeit, die die *théorie de la régulation* gefunden hat, spiegelt sich exemplarisch darin wider, daß der Terminus "régulation" sogar Eingang in "The New Palgrave. A Dictionary of Economics" (1987) gefunden hat. Allgemein formuliert kann die *théorie de la régulation* als analytischer Versuch interpretiert werden, mittels eines makroökonomischen und auf institutionelle Strukturen abstellenden Analyseinstrumentariums den krisenhaften Wandel gesellschaftlicher Integrationsbedingungen in kapitalistischen Gesellschaften zu erklären und solche historisch-strukturellen Wandlungsprozesse entwicklungs- und strukturtheoretisch zu konzeptualisieren. Entsprechend unterscheidet dieser Theorieansatz qualitativ unterschiedliche Entwicklungsperioden, die jeweils durch tiefgreifende institutionelle Innovationen gekennzeichnet sind. Charakteristisch für dieses Theoriekonzept ist das dynamische Verständnis sozialer Verhältnisse in kapitalistischen Gesellschaften, deren konstitutive Beziehungen, so eine der zentralen Thesen, einer Logik internen Wandels gehorchen. Im Kern interessiert sich dieses Theoriekonzept also für gesellschaftliche Entwicklungsprozesse, und zwar insbesondere für Entwicklungsverläufe der mittleren und längeren Frist.

Der Reiz dieses Konzeptes von Regulation dürfte für viele kritische Sozialwissenschaftler in der Chance begründet liegen, eine Reintegration der sozialwissenschaftlichen Disziplinen vorantreiben zu können und sich auf diesem Wege neues Erklärungspotential für "alte" wie für "neue" Probleme zu verschaffen. Innerhalb des längerfristigen – eigentlich nur kurz im Zuge der wissenschaftspolitischen Auswirkungen der Studentenbewegung

unterbrochenen – Prozesses, in dem sich die einzelnen sozialwissenschaftlichen Disziplinen weitgehend voneinander abgekoppelt haben und jede sich der Weiterentwicklung der eigenen Wissensbestände widmete, zeichnet sich das Konzept der *régulation* genau dadurch aus, daß der Versuch unternommen wird, Methoden, Thesen und Resultate der einzelnen sozialwissenschaftlichen Abteilungen miteinander zu verknüpfen. Ich werde im Zuge dieser Arbeit noch zu zeigen versuchen, daß die *théorie de la régulation* ihre Wurzeln in unterschiedlichsten Varianten sozialwissenschaftlicher Theorien hat. Trotz der Vielfalt an Verortungs- und Rückbindungsmöglichkeiten dieses Konzeptes gilt, daß die *théorie de la régulation* ihren eigentlichen analytischen Ausgangspunkt in der (Kritik der) Politischen Ökonomie hat. Dieser Ausgangspunkt wird von den Vertretern des Regulationskonzeptes mittlerweile weit gefasst. So ist die Zahl der nicht-werttheoretisch argumentierenden Untersuchungen heute bei weitem größer als die Zahl der Arbeiten, die sich der Marxschen Wert(form)analyse verpflichtet fühlen. In der Rezeption des Konzeptes der *régulation* bleibt diese Verschiebung des Theoriebildungsprozesses meist unerwähnt. Entsprechend wird an der Fiktion festgehalten, die *école de la régulation* sei, wie von Aglietta beabsichtigt, ein Beitrag der und zur marxistischen Theoriediskussion. Die vorliegende Arbeit versteht sich auch als ein Versuch, dieses Mißverständnis durch eine kritische Darstellungsgeschichte der *théorie de la régulation* aufzulösen. Die *théorie de la régulation* ist zwar ein Beitrag zur Politischen Ökonomie, hat sich aber von ihrer werttheoretischen Fundierung weitgehend gelöst. Das von mir bei dieser Einschätzung zugrundegelegte Verständnis von Politischer Ökonomie ist äußerst pragmatisch gefasst. In einer negativen Abgrenzung sollen darunter alle Theorien verstanden werden, die sich nicht exklusiv auf das Axiom des ökonomischen Selbstinteresses von Individuen als Schlüssel des Verständnisses ökonomischer Prozesse beschränken. In einer positiven Abgrenzung sollen alle die Arbeiten zur Politischen Ökonomie gezählt werden, die sich der Analyse des Zusammenhangs ökonomischer, politischer und sozialer Strukturen, Beziehungen und Institutionen widmen (vgl. etwa Albelda/Gunn/Waller 1987, S. 3).

Die *théorie de la régulation* hat auch in die bundesrepublikanische sozialwissenschaftliche Debatte Eingang gefunden. Zwei Stränge dieser Theorie wurden seit Ende der siebziger Jahre näher rezipiert und haben – wenigstens zum Teil – die kritische sozialwissenschaftliche Diskussion zu beeinflussen vermögen. Zu nennen ist einmal der Strang französischer marxistischer Internationalisierungstheorien, der in einem gut dokumentierten Band aus dem Jahr 1979 vorgestellt wurde (vgl. Deubner/Rehfeldt/ Schlupp/ Zieburg 1979). In den dort versammelten Arbeiten finden sich erste Untersuchungen des "Fordismus" und auch bereits rudimentäre Ausführungen zu einer Theorie von "régulation". Diese Arbeiten zeichnen sich durch eine besondere methodische Vorgehensweise aus: Zuerst wird, und dies gilt insbesondere für die Arbeit von Aglietta (vgl. Anmerkung 2), das Akkumulationsregime und der Regulationstypus der *dominanten* Ökonomie untersucht, um dann in einem zweiten Schritt die Internationalisierung dieser jetzt genauer spezifizierten *économie dominante*

(Perroux 1979 ) zu betrachten. Internationalisierung wird demnach als ein Prozeß von Penetration, Hierarchisierung und Differenzierung gefasst. Es geht in diesen Arbeiten m.a.W. darum, den Siegeszug des "Amerikanismus" (Gramsci) nach dem Zweiten Weltkrieg zu erklären. Während Palloix (1979) dabei die Internationalisierung des Kapitals auf der Ebene der Zirkulation ansetzen lässt und daraus die Internationalisierung von produktivem und Geldkapital ableitet, zentriert Aglietta seine Analyse um den Arbeitsprozeß und das Lohnverhältnis. "Die Internationalisierung", so schreiben die Herausgeber des Bandes, " wird nunmehr gefasst als die Verallgemeinerung der in den USA herrschenden Produktionsbedingungen (einschließlich der entsprechenden Veränderung des Konsums) aufgrund der Durchsetzung international dominanter Produktions- und Tauschnormen" (Deubner et.al. 1979, S. 38; vgl. dazu genauer Bühler 1981, S. 142ff.). Diese weltmarktorientierte Ausrichtung der Analyse wurde in den weiteren Arbeiten zur Entwicklung eines Konzeptes von régulation allerdings weitgehend aufgegeben. An ihre Stelle ist eine komparative Vorgehensweise getreten, die nationale Akkumulationsregime miteinander vergleicht. In der bundesdeutschen Rezeption wurden diese ersten Arbeiten zwar zur Kenntnis genommen; sie haben bis heute allerdings verhältnismäßig wenig Einfluß auf den Theoriebildungsprozess gewonnen.<sup>2</sup>

Der zweite Strang lässt sich als marxistische Struktur- und Entwicklungstheorie kennzeichnen, die vor allem Joachim Hirsch (1980; zus. mit Roth 1980; diess. 1986) für seine staats- und ökonomietheoretisch angeleitete Untersuchungen der Strukturveränderungen der Bundesrepublik zu nutzen versuchte.<sup>3</sup> In die bundesrepublikanische Debatte verankert wurde mit diesen Arbeiten allerdings eher der von Aglietta in Anlehnung an Gramsci verwendete Begriff des "Fordismus" zur Kennzeichnung eines historisch spezifischen Akkumulationsregimes denn die Kategorien und das theoretische Konzept der régulation. Eine genauere Analyse der Rezeptionsweise dieses Theoriekonzeptes könnte vermutlich sogar zeigen, daß die théorie de la régulation hierzulande wesentlich auf das Konzept des Fordismus verdünnt wurde ( vgl. dazu meine Besprechung des jüngsten Beitrags von Hirsch/Roth, 1986: Hübner 1988). "Fordismus" und "Postfordismus" sind mittlerweile zu weit verbreiteten Begriffen geworden, die sich in Diplomarbeiten, Zeitschriftenaufsätzen und sogar in Tageszeitungen finden. In mancherlei Hinsicht erinnert diese Form des "newspeak" an die Anfangskarriere der (Neo)-Korporatismusdiskussion der siebziger Jahre. Wie weiland allenthalben von "Korporatismus", "Korporativismus" und "Tripartismus" die Rede war, so erfreuen sich heute Begriffe der Régulationstheorie eines modischen Gebrauchs. Dies muss freilich nicht unbedingt ein schlechtes Zeichen sein. Könnte sich doch so ausdrücken, daß sich allmählich ein neues Paradigma durchsetzt. Ich möchte dies allerdings bezweifeln. Der Grund für diese Zweifel liegt in der Diskrepanz zwischen Begriffsverwendung und theoretischer Verankerung der verwendeten Kategorien.

Dies ließe sich an den Arbeiten von Hirsch und Kollegen exemplarisch aufweisen. Zwar begreift sich Hirsch selbst als theoretischer Repräsentant

der école de la régulation (vgl. explizit Häusler/ Hirsch 1987, S. 651), doch zeigt eine genauere Lektüre seiner Arbeiten, daß er aus dem multidimensionalen Theoriekonzept der théorie de la régulation einige wenige Kategorien selektiv aufnimmt und diese mit Kategorien kombiniert, die bei Gramsci und Poulantzas entlehnt sind (vgl. dazu Jessop 1988, S.7). Mein Einwand zielt nicht darauf, dieses völlig legitime Vorgehen in Frage stellen zu wollen. Auch geht es mir nicht darum, wie Haug (1987, S. 672) mutmaßt, das "symbolische Kapital" der école de la régulation bewachen zu wollen. Dieses Wächteramt kommt selbstredend den Vertretern und Verfechtern des régulation-Konzeptes zu. Mein Hinweis zielt vielmehr allein auf den Vorschlag ab, ein theoretisches Konzept erst in seiner analytischen Tiefe zu rezipieren, bevor es entweder verworfen oder in den eigenen Theoriekanon übernommen wird. Der die bundesrepublikanische Debatte dominierende selektive Theoriebezug zeigt, daß diese wissenschaftliche Selbstverständlichkeit nicht von allen Diskutanten geteilt wird. Auch wenn es eine reizvolle Aufgabe wäre, kann diesem wissenschaftlich-soziologischen Aspekt an dieser Stelle leider nicht weiter nachgegangen werden. Einige wenige allgemeine Anmerkungen sind dennoch notwendig.

Die Rezeptionsbarrieren gegenüber dem analytischen Konzept von régulation dürften ihre Gründe in dem innerwissenschaftlichen Prozess der Theoriebildung selbst haben. Nicht allein, daß sich in Frankreich mittlerweile eine Vielzahl von Autoren auf dieses Theoriegebäude beziehen und entsprechend die Interpretationsbreite dieses Ansatzes gewachsen ist, und entsprechend die Literaturfülle rapide angewachsen ist. Eine Reihe von Autoren, die bei der Theorieentwicklung eine bedeutende Rolle gespielt haben, verändern darüberhinaus ihre Position von Publikation zu Publikation. Dieses im Zuge von Theorieinnovationen wissenschaftlich bekannte Phänomen macht es nicht gerade einfach, den Überblick zu wahren und die konzeptionellen und kategorialen Entwicklungen nachzuvollziehen. Erschwert wird die Rezeption schließlich auch dadurch, daß für die Vertreter der théorie de la régulation ein *empirisch*-selektiver Problemzugang charakteristisch ist, so daß jeweils in der Auseinandersetzung mit historisch-konkreten Problemlagen auch die Weiterentwicklung theoretischer Konzepte erfolgt.<sup>4</sup> Zumindest in den ersten Veröffentlichungen, die sich mit den Fällen USA und Frankreich beschäftigten, waren die entwickelten theoretischen Kategorien der Gefahr einer methodologischen Deformation ausgesetzt, insofern sie das Merkmal singulärer Generierung trugen. Das beste Beispiel dürfte die Pionierarbeit von Aglietta sein, in der das Konzept von régulation am Beispiel der USA entwickelt wird. Die häufig anzutreffende Eins-zu-Eins-Übersetzung auf andere nationale Entwicklungsgeschichten geht am methodischen Kern dieses Konzeptes vorbei. Darauf weist auch Robert Boyer (1986 c, S. 22) hin, wenn er die ersten Arbeiten zum Thema régulation als Versuche charakterisiert, eine *allgemeine* Problemstellung mit den längerfristigen *Entwicklungsgeschichten* spezieller, kapitalistisch verfasster Ökonomien in Beziehung zu setzen. Die dabei gewonnenen Begriffe, so Boyer, seien nicht mehr als provisorische Etappen und die erzielten Resultate deshalb nicht umstandslos verallgemeinerungsfähig. Die methodische Vorgehensweise des Regulationsansatzes

wird von Boyer entsprechend als permanenter, iterativer Prozess der theoretischen Verarbeitung verschiedenster Analysen und Theorien gefasst (ebd., S. 18). Dieser methodische Hinweis freilich wird von den Rezipienten des Ansatzes häufig übersehen.

Mit dieser Arbeit soll versucht werden, einen orientierenden Überblick über die Arbeiten der école de la régulation zu geben. Neben der Rekonstruktion der Entstehungsgeschichte der théorie de la régulation und der Herausarbeitung ihrer zentralen Kategorien, die den Hauptteil der vorliegenden Arbeit ausmacht, werde ich mich dabei vor allem auf das Feld der Krisentheorie konzentrieren<sup>5</sup> (IV. Kapitel). Damit sind nicht alle Untersuchungsfelder dieses Theoriegebäudes abgedeckt. Dies gilt etwa für die historischen Untersuchungen des *Lohnverhältnisses* oder auch die *staatstheoretischen* Überlegungen. Indem ich diese Untersuchungen aber im Zuge der Rekonstruktion der Theorie der régulation wenigstens cursorisch erwähne, dürfte es dennoch möglich sein, einen Überblick über den methodischen und theoretischen Apparat dieser Theorie zu geben, der es erlaubt, die Leistungsfähigkeit dieses Konzeptes zu bewerten. Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich also im wesentlichen um eine rekonstruktive Literaturstudie, mit der die verschiedenen Varianten einer théorie de la régulation erhellt und in ihrem jeweiligen Grundverständnis vorgestellt werden sollen. Zu der in der bundesdeutschen sozialwissenschaftlichen Sprechweise mittlerweile weit verbreiteten Sprechweise von "Fordismus" und "Regulation"/"Regulierung" soll die Arbeit insoweit einen Beitrag leisten, als hier der – ansonsten häufig unterschlagene – analytische Gehalt dieser Kategorien herauszuarbeiten versucht wird. Wenn damit einige der Rezeptionsbarrieren überwunden werden sollten, wäre ein Hauptanliegen der Arbeit erfüllt. Auf der Basis dieser Rekonstruktionsarbeit werde ich versuchen, einige kritische Einwände gegenüber dem Konzept der régulation zu formulieren.

Ein erstes, und, wie sich noch zeigen wird, nicht bloß philologisches Problem, stellt sich dabei bereits auf der Ebene der Übersetzung der zentralen Kategorie *régulation*. In den einleitenden Ausführungen habe ich das Problem mit der Übernahme des französischen terms "gelöst". Im weiteren werde ich dann von "Regulation" sprechen. Nach der Kennzeichnung der allgemeinen Fragestellung des Regulationsansatzes soll diese – bekanntlich keineswegs unumstrittene – Sprachregelung durch eine kritische Absetzung von anderen Regulations- bzw. Regulierungskonzepten erläutert werden (vgl. II. Kapitel).

Im weiteren wird immer wieder von "Regulationsschule" und "Regulationstheorie" gesprochen. Beide Bezeichnungen sind äußerst unscharf und strenggenommen sogar irreführend. Weder gibt es "die" Theorie der Regulation noch – und dies ist bereits eine logische Konsequenz dieser Qualifikation – gibt es einen derart ausgeprägten paradigmatischen Kern, der eine theoretische Schule begründen könnte. In Anlehnung an Lakatos (1970) handelt es sich bei den Arbeiten der Regulationisten nicht um eine Theorie sondern eher um ein wissenschaftliches Forschungsprogramm, d.h.

um ein Set von miteinander verbundenen Theorien, die aus einer den Theoretikern gemeinsamen Perspektive formuliert werden. Lakatos zufolge besteht ein Forschungsprogramm aus einem "harten Kern" (hard core) und einem "schützenden Gürtel" (protective belt). Der harte Kern wird im Zuge der Entfaltung des Forschungsprogramms möglichst wenig verändert; die meisten Veränderungen spielen sich im protective belt ab, in dem Hypothesen aufgestellt, getestet und gegebenenfalls verworfen sowie Probleme definiert und methodisch operationalisiert werden. Der überwiegende Teil der von mir diskutierten regulationstheoretischen Arbeiten ist diesem Verständnis entsprechend im "protective belt" angesiedelt. Wenn ich dennoch im weiteren von "Regulationstheorie" und "Regulationsschule" spreche, so allein aus pragmatischen Gründen. Die aus den weiteren Ausführungen sichtbar werdenden unterschiedlichen Versionen eines Konzeptes von Regulation teilen zumindest weitgehend identische Definitionen von Regulation; auf diese Definitionen bezieht sich die Bezeichnung "Theorie". Ähnlich pragmatisch gebrauche ich den Begriff "Schule". Damit ist nichts weiter als die Vielzahl sozialwissenschaftlicher Analytiker gemeint, die ausgehend von einer vergleichbaren Vorstellung von Regulation ihre Untersuchungen vornehmen.

## 2. Die allgemeine Fragestellung des Regulationsansatzes

Der inhaltliche Gegenstand des Regulationsansatzes läßt sich etwa in Anschluß an Boyer (1986a) ganz allgemein bestimmen als Untersuchung derjenigen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, die die Produktion und die Verteilung von Gütern in Gesellschaften regeln, die in soziale Klassen strukturiert sind. Die Absicht der Theorie besteht darin, die Gesamtheit der formalisierten und der implizierten Prozesse zu beschreiben, die zur Abstimmung von Produktion und gesellschaftlicher Nachfrage beitragen und die mit einem bestimmten Zustand von ökonomischen und nicht-ökonomischen (politischen, rechtlichen und sozialen) Organisationsformen und Produktionsstrukturen korrespondieren<sup>6</sup>. Die Regulationstheorie könnte mithin als Versuch interpretiert werden, die berühmten Marxschen Ausführungen im Vorwort zur "Kritik der Politischen Ökonomie" aus ihrer Nach-Marxschen Versimplifizierung im Basis-Überbau-Schema freizusetzen und den Zusammenhang zwischen Produktionsweise, Produktionsverhältnissen und Produktivkräften neu zu fassen.

In den Mittelpunkt der Regulationstheorie rücken dabei die in bestimmten historischen Entwicklungsphasen vorherrschenden strukturellen Formen bzw. institutionellen Mechanismen, die erst eine kontinuierliche Reproduktion der ökonomischen Basisstrukturen des Kapitalismus gewährleisten<sup>7</sup>. Die Regulationstheorie versteht sich ausdrücklich nicht als Kontinuitätstheorie. Die Herausarbeitung historischer Reproduktionsbedingungen kapitalistischer Gesellschaften geht vielmehr einher mit dem Aufweis systemisch bedingter Diskontinuitäten und Brüche und damit verbundener Transformationen institutioneller Strukturen.

Die erkenntnisleitenden Fragestellungen des Regulationsansatzes wurden in der Arbeit von Aglietta (1976; hier und im weiteren die englische Ausgabe von 1979, S. 16 f.; Übersetzung K.H.) wie folgt formuliert:

- "Welche Kräfte transformieren ein gesellschaftliches System und garantieren seinen langfristigen Zusammenhang?
- Sind die Bedingungen und Modalitäten dieses Zusammenhangs fähig zur Evolution?
- Unter welchen Bedingungen und durch welche Prozesse ist qualitativer Wandel in den Produktionsbeziehungen induziert?
- Ist es möglich, Phasen der Entwicklung des Kapitalismus zu identifizieren und kann eine solche Identifizierung die strukturellen Krisen dieser Produktionsweise erklären?
- Ist die gegenwärtige Krise eine Folgeerscheinung anderer historischer Wandlungen innerhalb des Kapitalismus und liefert sie eine Argumentationsbasis für Hypothesen über zukünftige Klassenkämpfe?"

Diese allgemeinen Fragestellungen und das damit verbundene empirische Forschungsprogramm haben heute noch Bestand. So findet sich beispielsweise bei Boyer (1987a) ein ähnliches Programm: "How can we explain the *transition* from periods of high and relatively regular growth to periods of relative stagnation and instability? Why, *during the passage of time* do crises take different directions? Can one assume that growth and crises assume significantly different *national forms*?" (Boyer 1987a; Hervorhebung i.O.). Trotz solcher übereinstimmenden Intentionen wird sich aber im weiteren Verlauf der Darstellung zeigen, daß das ursprüngliche Forschungsprogramm von Aglietta auf recht unterschiedliche Weise von den einzelnen Vertretern dieses Ansatzes umgesetzt wird.

Als Diskontinuitätstheorie beansprucht der Regulationsansatz in seinem ökonomietheoretischen Kern – unabhängig von der jeweiligen paradigmatischen Ausgestaltung – den Status einer Alternative gegenüber der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie à la Walras<sup>6</sup>. Auf das Bemühen, der neoklassischen Theorie in Gestalt des Regulationsansatzes ein alternatives Paradigma entgegenzusetzen, verweisen auch Galibert/Pisani-Ferry (1986, S. 2):

"Il (der Regulationsansatz, K.H.) s'agit de proposer de nouveaux fondements à l'analyse macroéconomique dans une démarche qui s'appuie sur les acquis de la sociologie et de l'histoire, tout en approchant la rigueur formelle qui fait la force de la théorie néoclassique".

In ähnlicher Weise hat auch bereits Davis (1978, S. 112) herausgearbeitet, daß die Theorie der Regulation eine Alternative zur neoklassischen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts zur Verfügung stellen will, die

auch hochgesteckten analytischen Kriterien zu genügen vermag: "Regulation...refers to the overall unification and articulation of specific structural forms into a complex social formation. It is the principle of structural cohesion (synchrony) which Aglietta counterposes to the neo-classical conception of "general equilibrium"".

Die neoklassische Theorie übt in der Tat auf die Regulationisten eine eigentümliche Faszination aus. Insbesondere das Konzept des allgemeinen Gleichgewichts wird von den Regulationstheoretikern nahezu durchgängig als die "grande théorie der Nationalökonomie" (Haslinger/ Schneider 1983, S. 6) rezipiert, die in formal eleganter und logisch stringenter Weise den theoretischen Nachweis führt, daß private Eigeninteressen durch den Prozeß der Marktsteuerung in Übereinstimmung gebracht werden können und auf diese Weise ein Gleichgewicht sichergestellt wird. Gegen die Neoklassik eingewandt wird allerdings, daß sie eine bloß logische Welt modelliere, die für die Erklärung der Probleme der realen Welt keinerlei Hinweise gebe. Erforderlich sei also ein neues Paradigma, das formale Rigorosität bei der Modellkonstruktion mit empirischer Realitätsnähe verbinde. Boyer (1979a, S. 100) etwa wendet gegen die neoklassische Theorie ein, daß diese univariante und identische Prinzipien und Regeln für alle Typen von Märkten unterstelle und auf diese Weise zentrale Spezifitäten unterschlage. Die Regulationstheorie setzt deshalb dem simplen Preismechanismus die These entgegen, daß die ökonomischen Mechanismen jedes einzelnen Marktes auf Institutionen oder autonomen Strukturen beruhe, deren historische Gestalten fast regelmäßig voneinander abweichen.

Eine intensivere Auseinandersetzung mit der neoklassischen Theorie findet sich im Rahmen der Regulationstheorie aller Faszination zum Trotz allein bei Aglietta (1979). Aglietta zufolge (1979, S. 15 ff.) können im wesentlichen zwei Problemlagen kapitalistisch verfasster Ökonomien im Rahmen des neoklassischen Paradigmas nicht verhandelt werden: (a) Die Prozesse endogenen Wandels gesellschaftlicher Systeme und (b) die Analyse des kapitalistischen Produktionsprozesses als Einheit von Arbeits- und Verwertungsprozess. Soweit ökonomische Transformationsprozesse überhaupt in den Blickwinkel der Analyse gerückt werden, handelt es sich um Prozesse technologischen Wandels. Der technologische Wandel wiederum darf in der neoklassischen Theorie nur inkrementalen Charakter haben, wenn er innerhalb dieses Paradigmas überhaupt diskutierbar sein soll. Dies impliziert, daß technologische "Sprünge" i.S. der Durchsetzung von Basisinnovationen, die mit hohen, aber langfristig un stetigen Produktivitätsveränderungsraten einhergehen, analytisch ausgeblendet werden (müssen). Dieser Typus technologischen Wandels würde nämlich bedingen, daß auf der Basis einer wie auch immer definierten Produktionsfunktion positive und steigende Skalenerträge angenommen werden müssen. Seit den Arbeiten von Sraffa (1926) und Young (1928; vgl. dazu Kaldor 1973) ist aber bekannt, daß die Berücksichtigung steigender Skalenerträge den Analyserahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie à la Walras sprengt, weil diese in längerer Frist mit der theoriekonstitutiven Annahme der vollkommenen Konkurrenz inkom-

patibel sind, genau dann nämlich, wenn steigende Erträge innerhalb jedes Unternehmens der jeweils betrachteten Industrie anfallen.<sup>9</sup> Steigende Skalenerträge laufen m.a.W. den logischen Axiomen der Neoklassik zuwider. Dieser Einwand richtet sich in erster Linie gegen die Walrasianische Theorie. Er hat aber auch, worauf weder Aglietta noch andere Regulationstheoretiker verweisen, Gültigkeit gegenüber der modernen Neoklassik in Gestalt des Arrow-Debreu-Modells. Zwar haben Arrow/Hahn (1972) auf der Grundlage der allgemeinen Gleichgewichtstheorie à la Arrow-Debreu ein Modell mit steigenden Skalenerträgen und unvollkommenem Wettbewerb entwickelt, das dem obigen Einwand wenigstens prinzipiell Rechnung zu tragen versucht. Doch hat Hahn (1984, S. 50 ff.) jüngst zugestehen müssen, daß auch in diesem Fall ein Arrow-Debreu-Gleichgewicht nur sichergestellt werden kann, wenn die steigenden Skalenerträge nicht "zu groß" ausfallen. Gerade die rapiden Produktivitätssprünge, wie sie im Zuge der Diffusion technologischer Innovationen auftreten, werden von Regulationstheoretikern wie Aglietta aber als theoretisch erklärungsbedürftig angesehen und als Test für die Leistungsfähigkeit einer Theorie betrachtet.

Der Unfähigkeit der neoklassischen Theorie, steigende Skalenerträge als zentralen Mechanismus ökonomischer Entwicklung zu konzeptualisieren, entspricht ihr naturalistisches Verständnis des Produktionsprozesses als ein Satz von Input-Output-Beziehungen, die durch die Regel der Kostenminimierung in Bezug auf marktbestimmte Preise aus einer Reihe verfügbarer Technologien bestimmt werden<sup>10</sup>. Gerade in der Konzeptualisierung der sog. "Technikwahl" (vgl. dazu näher IV. Kap.) zeigt sich, daß die ökonomischen Akteure in der Walrasianischen Modellwelt keine Chance haben, Fehler zu machen (vgl. ausführlicher Shubik 1976, S. 323): Die allgemeine Gleichgewichtstheorie kennt außerhalb des Marktes keinerlei Institutionen und vor allem keine strategischen Situationen. Zurückführen lässt sich dieser Mangel, wie bereits kurz angedeutet, auf das spezifische Zeitkonzept der Neoklassik. In methodologischer Hinsicht lassen sich prinzipiell zwei Typen ökonomischer Modelle unterscheiden: Modelle mit logischer und Modelle mit historischer Zeit. Die Modelle logischer Zeit werden von den Vertretern der allgemeinen Gleichgewichtstheorie verwendet. Davidson/Kregel zufolge ist der Bezug auf logische Zeit in diesem Falle sogar notwendig, weil nur auf diese Weise die Gleichgewichtseigenschaften des ökonomischen Systems sichergestellt werden können:

"The equilibrium model builder proceeds by specifying a sufficient number of equations to determine all the unknowns in the system and then concentrates on the simultaneous solutions of the equations. All the equilibrium theorists can tell you is if the equilibrium position exists, i.e. if all plans can be preconsided...A historical model, on the other hand, specifies a particular set of values at a moment in calendar time. These particular values may or may not be in any sense in equilibrium...In the real world, the inevitable contingency of plans and unexpected changes in events must lead to shifts of economic relationships over time" (1980,

S.142). Die Regulationstheorie bemüht sich in diesem Sinne um die Erarbeitung von Modellen mit realer/ historischer Zeit. (vgl. dazu auch III. Kap. ). Der Schlüsselbegriff ist dabei der der Institutionen bzw. der strukturellen Formen, der dem Konzept der Regulation zugrundeliegt (vgl. näher III. Kapitel, 2.2.)

Die unterschiedlichen epistemologischen Vorgehensweisen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie (aGT) neoklassischer Ausprägung und der in der Marxschen Theorie verwurzelten Regulationstheorie (RT) von Aglietta werden von Davis (1978, S. 212f.) wie folgt zusammengefasst:

<i>AGT</i>	<i>RT</i>
Universelles ökonomisches Subjekt	Kapitalistische Produktionsweise
Praxeologie (Zweck – Mittel – Rationalität)	Objektives System sozialer Beziehungen
A – Historizität	Historische Spezifikation
Lineare, homogene Zeit	"differentielle Zeit"
Empirisch/theoretisch	Dialektik von Abstraktem und Konkretem
"expressive Totalität" (einfache Struktur)	"Morphologie" (komplexe Struktur)
Allgemeines Gleichgewicht	"Gesellschaftliche Regulation" ("strukturelle Formen", "Krisen")
Naturalisierte Mengen ("immanente Entität")	Produktionsbeziehungen
Identität von techno – materiellen Produktionsprozessen und den gesellschaftlichen Formen	Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung des Arbeitsprozesses und der Verwertung von Waren

Diese von Davis anhand der Arbeit von Aglietta herausdestillierten methodologischen Eigenschaften der Regulationstheorie werden von den Regulationisten zwar nicht durchgängig geteilt (vgl. dazu III. Kap.); in der Abgrenzung zur neoklassischen Theorie und Methode stimmen die verschiedenen Versionen der Theorie der Regulation allerdings überein.

Werden in der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie Entwicklungsprobleme des Kapitalismus als letztlich durch "externe Störvariablen" verursachtes Scheitern von Akkumulations- und Verteilungsprozessen erklärt, so beansprucht die Regulationstheorie (a) über den Nachweis des endogenen Charakters von Akkumulationsproblemen den funktionalen Stellenwert der ökonomischen Krisen für Systemanpassungsprozesse zu zeigen ("kleine", zyklische Krisen) und (b) zugleich aber auch zu demonstrieren, daß die Adaptionsfähigkeit eines gegebenen politisch-ökonomischen Systems Grenzen aufweist und neue Gesellschaftsprojekte im Zuge von Umstrukturierungsprozessen damit immer möglich bleiben ("große" Krisen eines "Akkumulationsregimes"). Die so beschriebenen "großen Krisen", manchmal auch "Krisen der Regulation" genannt, können dabei im Selbstverständnis der Regulationstheorie sowohl das Resultat innerer Widersprüche des kapitalistischen Akkumulationsprozesses selbst sein als auch bewußt angezielte oder die nicht-intendierte Folge der Handlungen der Arbeiterklasse.

System- und Handlungsebene des ökonomischen Reproduktionsprozesses, oder anders: Akkumulationstheorie und Akkumulationsgeschichte sollen krisentheoretisch über den Begriff der Regulation, der selbst wiederum auf einem Konzept von Institutionen bzw. strukturellen Formen basiert, miteinander vermittelt werden. Damit favorisiert der Regulationsansatz ein Krisenkonzept, das intersystemische Wandlungsprozesse und jene "anti-systemische Dynamik" (Lipietz 1985a,S.5), die von gesellschaftlichen Kräften ausgeht, integral zu erfassen beansprucht - mithin also ein nicht-finalistisches Krisenkonzept, das den geschichtsphilosophischen Optimismus vieler Nach-Marxscher Krisen- (und Revolutions-) Theorien vermeiden möchte. Diese Nicht-Finalität findet ihren Ausdruck in dem hohen Stellenwert, den die Regulationstheorie den Handlungen der Klassen, und dabei insbesondere dem von den Arbeitern ausgehenden "ökonomischen Klassenkampf" beimißt. Die damit verbundene theoretische Nähe zu profit squeeze-Analysen und zu operaistischen Interpretationen des ökonomischen Prozesses ist zwar bei einigen Autoren offensichtlich (vgl. dazu IV. Kapitel), doch keineswegs als eine direkte Konsequenz des Regulationskonzeptes anzusehen. Anders als in der operaistischen Theorie werden die sozialen Handlungen der Akteure vielmehr sowohl hinsichtlich ihrer integrativen wie desintegrativen Funktionen und Wirkungen zu analysieren versucht: Mit dem Begriff der Regulation soll es gerade möglich werden, institutionelle und kulturell-normative Muster des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses in die ökonomische Analyse einzubeziehen und so "System"- und "Sozialintegration" simultan zu erfassen.

Während operaistische und Theorien der Langen Wellen mit ihrer Zentrierung auf entweder das Klassenhandeln der Lohnarbeiter oder auf durch das Kapital in Bewegung gesetzte technologische Innovationen jeweils den einen Pol des Kapitalverhältnisses überzeichnen und so die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus nur einseitig und damit unzureichend erfassen, bemüht sich die Regulationstheorie um eine integrale Analyse der Entwicklungsdynamik, die die logischen Strukturen des Kapitals histo-

risch zu erfassen versucht *und* die soziale Praxis der handelnden Individuen und Klassen als *inneres* Moment der geschichtlichen Bewegung begreifen will (vgl. Lipietz 1985a, S. 5 f.). Diese integrale Vorgehensweise wird auch von Barrère/ Kebabdjian/ Weinstein (1984, S. 492) hervorgehoben. Das Konzept der Regulation ist ihnen zufolge deshalb analytisch so stimulierend, weil es erlaube, über die Kohärenz eines Systems sowie über dessen widersprüchlichen Charakter zu reflektieren, ohne – wie die Neoklassik – allein auf die Marktsteuerung oder – wie die keynesianische Theorie – auf die staatliche Steuerung rekurrieren zu müssen.

Die Regulationstheorie zielt auf die Erklärung längerfristiger Entwicklungsverläufe kapitalistisch verfasster Gesellschaften. Insbesondere bemüht sich dieser Ansatz, durch die Entwicklung eines spezifischen "stadien-" oder "phasentheoretischen" Krisenkonzeptes die Historizität von gelungenen und fehlgelaufenen Anpassungen dominanter makroökonomischer Prozesse nachzuweisen (so Boyer 1979b)<sup>11</sup>, ohne dabei in die Falle des Funktionalismus zu laufen. Der Abbruch der Nach-Weltkrieg II-Wachstumsphase wird deshalb beispielsweise von den Vertretern der Regulationstheorie innerhalb einer historischen Sequenz analysiert, die sich in verschiedene Perioden unterteilt. Solche Periodisierungsversuche haben in der marxistischen Theoriegeschichte eine lange Tradition. Ein erster Periodisierungsvorschlag findet sich bereits bei Marx selbst, der im ersten Band des "Kapital" als Periodisierungskriterium die Form der Arbeitsorganisation entlang der Achse formeller und reeller Subsumtion der Arbeit unter das Kapital vorschlägt (MEW 23, Kap. 11–13; Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S. 51ff.; dazu: Lipietz 1985, S. 14). Die Nach-Marx'schen Stadien-theorien heben demgegenüber auf die innerkapitalistischen Strukturbeziehungen der Zirkulationssphäre ("Konkurrenzformen") ab und unterscheiden zwischen Konkurrenz-, Monopol- und staatsmonopolistischem Kapitalismus. Die Theorien der Langen Wellen oder "Kondratieff-Zyklen" wiederum konzentrieren sich auf technologische Innovationen und unterscheiden entsprechend nach Maßgabe der Durchsetzung grundlegender technischer Neuerungen verschiedene Wellen kapitalistischer Entwicklung, die auf jeweils konkreten stofflichen Grundlagen basieren und von Leitsektoren angeführt werden (vgl. dazu ausführlicher Altvater 1982). Die Regulationstheorie setzt diesen Periodisierungsbemühungen wiederum ein weiteres Konzept entgegen, indem sie historisch unterschiedliche Akkumulationsregime und jeweils dazugehörige Regulationsformen unterscheidet. Ich werde auf die genauere Bestimmung solcher Regimes und Regulationstypen in der weiteren Darstellung noch einzugehen haben (vgl. insbesondere III. Kapitel).

Der historisch-analytische Zuschnitt des Regulationsansatzes stellt sich in den Bemühungen dar, nationale und zeitspezifische Varianzen in den Krisen – wie in den Regulationsformen aufzudecken. In der Anfangsphase der Regulationsschule galt als primäres Ziel, die außergewöhnliche Akkumulationsdynamik der Nachkriegsprosperität, die die USA und Westeuropa erfahren haben, zu erklären. Mittlerweile hat sich das horizontale wie

vertikale Analysespektrum erweitert (vgl. III. Kap.). Zugleich sollen die Merkmale identifiziert werden, die das Phänomen eines länderübergreifenden Bruchs in den Wachstumsraten der Akkumulation und dem Bruch der "relativen Kohärenz" von Löhnen, Produktivität, Profiten, Preisen und Produktion erklären können. Im Zentrum stand die Erarbeitung einer befriedigenden Erklärung des Abbruchs der "fordistischen Entwicklungsphase" im Zuge der Weltwirtschaftskrise 1974/75. Doch wurden insbesondere von der Forschungsgruppe um Robert Boyer auch historisch angelegte Untersuchungen zur Entwicklung des Lohnverhältnisses und der Formen des Arbeitsprozesses vorgenommen, die bis ins 18. Jahrhundert zurückreichen. In diesen Studien wurden denn auch zentrale Kategorien des Regulationsansatzes entwickelt. Die vor allem in jüngster Zeit unternommenen empirischen Länderstudien greifen auf diese Kategorien zurück und versuchen stärker die Heterogenität der Krisenformen und -verläufe herauszuarbeiten. Im Zuge dieses rekursiven Prozesses wird dann der kategorielle Apparat weiterzuentwickeln versucht.

Die Ansprüche der Regulationstheorie sind mithin weitgesteckt. Angezielt wird nicht weniger als die Entwicklung einer auch formalen Kriterien genügenden Theorie, die den diesbezüglichen Vergleich mit der Neoklassik nicht zu scheuen braucht, sowie einer empirisch-historischen Theorie, die gesellschaftliche Entwicklungsverläufe und deren Diskontinuitäten zu konzeptualisieren vermag. Nimmt man dieses selbstgesteckte Ziel als Kriterium, dann haben , um ein Ergebnis dieser Arbeit vorwegzunehmen, die Regulationisten ihre Ansprüche nicht einzulösen vermocht. Insbesondere die jüngeren regulationstheoretischen Arbeiten verlaufen m.E. in eine analytische wie methodologische Sackgasse. Dennoch: Bei der Theorie der Regulation handelt es sich auch heute noch um ein empirisches wie methodisch-theoretisches Forschungsprogramm, das nicht als abgeschlossen angesehen werden kann. Ein zu schnelles Urteil verbietet sich also. Mehr als zwölf Jahre theoretischer und empirischer Arbeit an diesem Programm erlauben allerdings eine kritische Bestandsaufnahme

In den bisherigen Ausführungen wurden bereits einige Schlüsselbegriffe der Regulationstheorie angesprochen. In Vorgriff auf den später noch genauer darzustellenden Kategorienapparat des Regulationsansatzes sollen zum besseren Verständnis der weiteren Ausführungen jetzt kurz diese Kategorien erläutert und die – in einer Vielzahl empirischer Untersuchungen überprüfte – Grundthese benannt werden. Die einzelnen Wachstumsperioden kapitalistischer Entwicklung werden als *Akkumulationsregime* charakterisiert, die über lange Zeiträume hinweg eine Übereinstimmung ("Kohärenz") zwischen den Transformationen von Produktionsnormen und Konsumtionsnormen sichern. Mit dem Konzept des Akkumulationsregimes wird der Versuch unternommen, für historisch abgegrenzte Phasen die Verknüpfung von Produktions- und Konsumschleifen und damit auch von Formen der Arbeitsprozessorganisation und der Distribution zu erfassen. Auf diese Weise werden Formen der Mehrwertproduktion und der Mehrwertrealisierung als integrale Elemente des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses analysierbar. Darüber hinaus stiften diese

Akkumulationsregime eine Kohärenz zwischen den Formen der ökonomischen und der institutionellen Organisation einer Gesellschaft<sup>12</sup> – und zwar über spezifische *Regulationsformen* (des Lohnverhältnisses, des Warenverkehrs, des Geldverkehrs, der Staatsintervention), deren Ensemble wiederum bestimmte *Regulationsweisen* ausmachen<sup>13</sup>. In einer allgemeinen Weise zielt das Regulationskonzept mithin auf die jeweilige Funktionsweise eines gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhangs, also "...the way in which the system as a whole functions, the conjunction of economic mechanisms associated with a given set of social relationships, of institutional forms and structures" (Boyer 1979a; S. 100). Historisch ist jedes Akkumulationsregime mit einer bestimmten Regulationsweise verknüpft. Disproportionen zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise, so die These, führen zu Reproduktionsungleichgewichten und damit zu Krisen.

Eine Schlüsselstellung innerhalb dieser Theorie nimmt der Begriff des *Lohnverhältnisses* (rapport salarial; wage relation) ein, mit dem der Warencharakter der Arbeit und der gesellschaftliche Zwang zum Verkauf der Arbeitskraft auf mehreren Ebenen thematisiert wird: (a) als historischer Prozess der Entstehung des doppelt freien Lohnarbeiters; als Organisationstypus des Arbeitsmarktes und damit des Grades der Kontrolle der Arbeiter über ihre Qualifikation sowie als Maß der Einschränkung der Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen; (b) als Form der Entlohnung und des Mischungsverhältnisses zwischen direkten und indirekten, also leistungsbezogenen und sozialpolitischen Lohnelementen und (c) als Verhältnis von kapitalistischen, vorkapitalistischen und nicht-kapitalistischen Formen der Reproduktion der Arbeitskraft sowie der Beziehungen zwischen privat-familialem und kollektivem Konsum. Die historischen Formen der Regulation des Lohnverhältnisses ergeben sich genau entlang diesen Dimensionen von Strukturbeziehungen .

Pascal Petit (1986, S. 48) zufolge liegt die theoretische Pointe des Konzeptes des "rapport salarial" darin, "that it includes the parallel, if not necessarily simultaneous, transformation of working conditions on the one hand and of life styles on the other. It is a synthetic notion, which relates both to work organization, qualifications and employment as well as to wages and social benefits". Mit dem Konzept des Lohnverhältnisses werden also die vielfältigen Dimensionen in der Beziehung zwischen Lohnarbeit und ökonomischem Prozess erfasst. Es wird im weiteren noch gezeigt werden, daß ein großer Teil der historisch-empirischen Untersuchungen der Regulationstheorie auf die Ausfüllung dieses Konzeptes zielen (vgl. III. Kap.).

Im "Paradigmenstreit" (Lutz 1984, S.29 ff.) zwischen Vertretern eines Konzeptes industriegesellschaftlicher Entwicklungskontinuität und Ansätzen, die auf die Unstetigkeit industriegesellschaftlich-kapitalistischer Entwicklung abheben, findet sich die Regulationstheorie mit ihrem Krisenverständnis und ihrem kategorialen Apparat eindeutig auf Seiten der Diskontinuitätstheorien. In der Auseinandersetzung um die angemessene Theorieperspektive hat jüngst B. Lutz sein Urteil formuliert: Ihr methodi-

sches Verständnis von Entwicklungsprozessen, so Lutz, dürfte „besonders dazu geeignet erscheinen, Krisen und Entwicklungsbrüche, disruptive Verläufe, Labilitätsmomente im Parallelogramm der treibenden Kräfte und Verwerfungen im gesellschaftlichen Strukturgefüge sichtbar zu machen.“(Lutz 1984, S. 36). Gleichgewichts- und Kontinuitätstheorien tun sich in der Tat schwer mit der Analyse von Krisen- und Transformationsprozessen. Es wird im Zuge der weiteren Ausführungen allerdings noch zu prüfen sein, inwieweit der Regulationsansatz die an ihn gerichteten und von seinen Vertretern selbst genährten Erwartungen erfüllen kann.



## II. Kapitel

### 1. Theoretische Verortung des Begriffs "Regulation"

Der Begriff der "Regulation" findet sich in unterschiedlichen Wissenschaftszweigen. Auf die daraus resultierende Vieldeutigkeit des Schlüsselbegriffes verweist auch Aglietta in seinem Vorwort zur zweiten Auflage von *Régulation et crises du capitalisme* (1982, S. II). Und in der Tat ist der Begriff "Regulation", wie ich im weiteren zeigen werde, zumindest äußerst unglücklich gewählt. Ein genauerer Blick ergibt, daß der Begriff derart wenig trennscharf und spezifisch ist, daß er das besondere Anliegen des Ansatzes nicht zum Ausdruck zu bringen vermag. Die Regulationstheoretiker selbst beziehen sich i.a.R. auf zwei Wissenschaftszweige: Zum einen auf Disziplinen wie die Biologie, die Kybernetik bzw. die allgemeinen Systemtheorie, die mit den Konzepten der "Selbstorganisation" und der "Autopoiesis" arbeiten, um den Mechanismen der Entstehung von Ordnung in Natur und Gesellschaft auf die Spur zu kommen (vgl. dazu auch de Brunhoff 1980; Aglietta 1982) und zum anderen auf die ökonomische Theorie. Ich werde zunächst diese beiden potentiellen Bezugsquellen vorstellen, bevor ich dann im nächsten Schritt einen Überblick über die theoretischen Rückbindungsversuche des Regulationsbegriffes in der école de la régulation selbst gebe.

Die Idee der Selbstorganisation steht in der modernen Systemtheorie für die Grundannahme, daß Systeme nur dann Bestand haben, wenn sie die wichtigsten Voraussetzungen ihrer Strukturen und Prozesse in Eigenregie herzustellen vermögen. Im sozialwissenschaftlich systemtheoretischen Verständnis werden unter autopoietischen Systemen entsprechend solche Systeme verstanden, die in der Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt über die Bedingungen und Prozesse ihrer Selbsterstellung und Selbsterhaltung gänzlich autonom verfügen können. Die Reproduktion der Systeme erfolgt demnach im Rückgriff auf Elemente, die das System selbst produziert; die Systemumwelt setzt dabei lediglich minimale Grenzen – deren Überschreiten allerdings zur Selbstvernichtung des Systems führen kann<sup>14</sup>:

"Autopoietische Systeme sind Systeme, die sich reproduzieren, indem die Elemente, aus denen sie bestehen, die Elemente reproduzieren, aus denen sie bestehen. Die Reproduktion der Elemente durch die Elemente orientiert sich an der Grenze des Systems, die durch die Reproduktion aufrechterhalten wird: die Grenzen partizipieren an der Reproduktion der Elemente durch die Elemente, also an der Reproduktion des Systems durch das System in einem doppelten Sinn: als Produkt und als Voraussetzung" (Baecker 1986, S. 55).

M. a. W. handelt es sich bei autopoietischen Systemen um selbstreferenzielle Systeme. Die Autopoiesis der Wirtschaft in der Gesellschaft ist Baecker zufolge, auf dessen systemtheoretische Ökonomietheorie ich mich hier beziehe, durch die binäre Logik der Operationen Zahlung/Nicht-

Zahlung bestimmt. Diese Logik wird wiederum als marktgeneriert behauptet, wobei Märkte "Architekturen (sind)...die das Wirtschaftssystem zur Selbstorganisation befähigen" (ders. 1986, S. 141f.). Ein so definiertes System soll sich dann dadurch auszeichnen, daß es seine Strukturen selbst ausbildet. Der so verstandene Begriff von Selbstorganisation der modernen Systemtheorie wurde von den Regulationstheoretikern allerdings nicht übernommen. Er diente eher als negative Referenzfolie (vgl. dazu Aglietta 1982) für die Erarbeitung eines Begriffes von Regulation, der die Eigen-schaft gesellschaftlicher Systeme zur Reproduktion und Transformation erfassen soll. Der Grundgedanke einer adaptiven Selbststeuerung allerdings wurde bei der Entwicklung des Regulationskonzeptes, wenn auch in modifizierter Form, beizubehalten versucht. Adaptive Selbststeuerung erfolgt in der Regulationstheorie, wenn man so will, über die Transformation institutioneller Formen, die wiederum auf soziale Hand-lungen gesellschaftlicher Akteure rückgeführt wird.

Während die Auseinandersetzung mit der modernen Systemtheorie eher jüngeren Datums ist, lassen sich demgegenüber bis in die Anfänge der siebziger Jahre zurückreichende Bemühungen aufweisen, dem Begriff der Regulation in den unterschiedlichsten Disziplinen nachzuspüren und mit ihm zu experimentieren. Zusammengefasst finden sich diese ersten An-strengungen zur Gewinnung eines auf soziale Prozesse anwendbaren Regulationskonzeptes in einem von F. Perroux, dem Lehrer von de Bernis (und übrigens auch von Michel Aglietta), A.Lichnerowicz und G. Gadoffre im Jahr 1975 herausgegebenen Sammelband physikalischer, so-zialwissenschaftlicher und ökonomischer Studien über "L'idée de la régu-lation dans les sciences", die aus Anlaß eines gemeinsam vom Collège de France und dem Institut des Sciences Mathématiques et Economiques Appliquées veranstalteten Symposium präsentiert wurden. Während dieses interdisziplinären Seminars hatte u.a. Illya Prigogine die Grundgedanken der thermodynamischen Regulation dargelegt; versuchte de Bernis, in Anschluß an Perroux, Prigogine und Canguilhem die Idee der Selbst-steuerung ökonomischer Systeme über widersprüchliche Entwicklungen einzelner Systemelemente zu präzisieren; thematisierte der belgische Sozialwissenschaftler P.-H. Chombart de Lauwe, im Rückbezug auf Marx und Gramsci einerseits, auf die funktionalistische Sozialtheorie T. Parsons und auf biologistische Gesellschaftsvorstellungen wie die von Homans andererseits, die Zusammenhänge von Regulation und sozialem Wandel; und lieferte J. Piaget schließlich in seinem Einleitungstext einen Beitrag über die Epistemologie der Regulationen<sup>15</sup>. Die sozialwissenschaftlich aus-gerichteten Beiträge – so etwa der von de Bernis (1975) – orientieren sich dabei vor allem an der von Canguilhem vorgelegten Definition, wonach unter Regulation zu verstehen ist: "La régulation c'est l'ajustement conformément à quelques règles ou normes d'une pluralité de mouvement ou d'actes et de leurs effets ou produits, que leur diversité ou leurs succession rend d'abord étrangers dans les uns aux autres" (nach de Ber-nis, 1985, S. 99). Mit dieser noch unspezifischen Definition von Regulation wurde dennoch bereits ein Grundanliegen des späteren Regulati-onskonzeptes angesprochen, nämlich die Identifikation von Regulation mit

"Spielregeln" und Normen, die soziale Handlungen und auch Strukturen im Rahmen eines Reproduktionszusammenhangs "kanalisieren".

Eine weitere und für die Regulationstheorie weitaus zentralere und wichtigere Quelle ist allerdings die ökonomische Theorie, für die ein Verständnis von Regulation nahezu konstitutiv ist. Waren die Regulationseigenschaften kapitalistisch verfasster Ökonomien bei den Klassikern der Politischen Ökonomie (z.B. Smith, Say vs. Ricardo, Marx) noch heftig umstritten, so entschied dann der Siegeszug der Neoklassik mit ihrer subjektiven Werttheorie und ihrer strikten Ausrichtung am methodologischen Individualismus diese Auseinandersetzung eindeutig. Die von Léon Walras begründete allgemeine Gleichgewichtstheorie entwickelte das Argument der Selbstregulierung von Teilmärkten, die wiederum das Gesamtsystem gleichgewichtig regulieren, in einer auch formal strikten Weise, die bis heute den Standard der orthodoxen Ökonomie ausmacht. Im walrasianischen Auktionator versammeln sich sozusagen konzentriert alle für die Tauschprozesse relevanten Informationen, deren Kenntnis dann wiederum die Schaffung eines Gleichgewichts sichert. Die in das Konzept des allgemeinen Gleichgewichts eingehenden Prämissen über die individuellen ökonomischen Akteure, ihre Nutzen- und Verhaltensfunktionen, die Informationsausstattung der Ökonomie und den zentralen Mechanismus der Marktpreise als Allokationsinstanz sind nichts weniger als Begründungen einer ökonomischen Theorie der Selbstregulation<sup>16</sup>.

Der Regulationsmechanismus und die langfristigen Regulationseigenschaften werden in der ökonomischen Theorie allerdings äußerst unterschiedlich gefasst. Ein kurzer Überblick über die Marxsche, klassische und neoklassische "Theorie der Regulation" mag dies verdeutlichen. Während die Klassiker die "natürlichen Preise", also die durch die Produktion und Reproduktion von Waren und durch die Wirkung der Konkurrenz sowie des sektoralen Profitratenausgleichs sich langfristig durchsetzenden Preise in das Zentrum ihrer Argumentationsführung rückten, dominieren in der marginalistischen, neoklassischen Theorie die *Marktpreise* (bzw. die Relativpreise), verstanden als ein aus den Konstellationen von Angebot und Nachfrage resultierendes Preissystem. Auch in der Marxschen Theorie gibt es in Gestalt des Wertgesetzes einen ökonomischen Regulationsmechanismus, der sich in Form der Produktionspreise durchsetzt und über den so bewirkten sektoralen Profitratenausgleich eine Regulation des ökonomischen Systems gewährleisten soll. Im Gegensatz zu der harmonistischen Vorstellung der neoklassischen Theorie erfolgt bei Marx die Regulation allerdings – in dynamischer Perspektive – vermittels der ökonomischen Krise, verstanden als "immer nur momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen" (MEW 25, S. 259).

Die angesprochenen Theoriekomplexe unterscheiden sich aber nicht allein in der Bestimmung der Durchsetzung der Regulation ("gleichgewichtsinduzierend" vs. "gleichgewichtszerstörend"), sondern bereits im theoretischen

Verständnis des Regulationskomplexes. Sind nämlich die Marktpreise der neoklassischen Theorie konstitutiv als Gleichgewichtspreise konzipiert, so haben die "natürlichen Preise" der Klassiker bzw. auch die Marx'schen Produktionspreise den analytischen Status von "Gravitationszentren", um die herum die aktuellen oder Marktpreise fluktuieren. Zwar geht in die Marx'schen Produktionspreise auch ein Verständnis von Gleichgewicht ein, indem – in den ersten beiden Bänden des "Kapital" – eine Identität zwischen Wert und Preis unterstellt wird, die Unterschiede in der Wertzusammensetzung der Branchen- und Sphärenkapitale und damit auch Produktivitätsdifferenziale ausschließt. Wird aber diese Annahme aufgegeben und eine dynamische Perspektive eingenommen, dann kommt es, vermittelt über den Mechanismus der Konkurrenz, zu systematischen Abweichungs- und Annäherungsbewegungen an einen im Durchschnitt des Zeitablaufs gleichgewichtigen Produktionspreis, die die Phasen von "Krisis" und "Erholung" charakterisieren. (Auf das in diesen Argumentationsgang eingeschlossene sog. "Transformationsproblem" werde ich noch eingehen; vgl. Abschnitt 6).

Aber auch zwischen den "natürlichen Preisen" und den Produktionspreisen gibt es gewichtige analytische Differenzen. Smith argumentiert auf der Ebene des Marktes, der als ein System vieler Interaktionen in Gestalt von Tauschhandlungen gefasst wird. Auf diesem Marktsystem wirkt Smith zufolge ein spezifischer Preismechanismus, der die Verteilung des Gesamtproduktes zwischen den Klassen (Lohn-, Profit- und Grundrentebezieher) regelt. Entscheidend sind dabei allerdings nicht, wie in der Neoklassik, die durch Angebots- Nachfrage-Konstellationen bestimmten Marktpreise sondern die "natürlichen Preise", die das Gravitationszentrum für die Marktpreise darstellen. Den natürlichen Preis einer Ware definiert Smith als den Preis, der sich ergibt, wenn die in die Preisbildung eingehenden Renten der Grundbesitzer, die Löhne der Arbeiter und die Profite der Unternehmer ihr gleichfalls "natürliches" Niveau i.S. eines historisch überlieferten Niveaus angenommen haben, d.h. der "natürliche" Preis ist durch die Höhe der Faktorentgelte Lohnsatz, Profitrate und Grundrente bestimmt (vgl. dazu Wolff 1984, S. 22 ff.). Ricardo demgegenüber begründet den "natürlichen" Preis mit dem Maß der aufgewendeten direkten und indirekten Arbeit. Die technischen Produktionsbedingungen in Form der Input-Output-Relationen bestimmen den regulierenden Preis.

Vergleichbar argumentiert Marx, der seine Produktionspreise in Bezugnahme auf die Entwicklung der Produktivkräfte fasst: Kapitalakkumulation und technischer Fortschritt im Rahmen kapitalistischer Konkurrenz verändern die Proportionen von direkten und indirekten Arbeitsinputs und bewirken so eine ständige Verschiebung der Gravitationszentren (vgl. dazu Semmler 1984, S. 18ff.; vgl. auch Abschnitt 4).

Für die Konzipierung des ökonomisch begründeten Regulationskomplexes kommt dem Verständnis des Konkurrenzbegriffes eine zentrale Bedeutung zu. In den verschiedenen ökonomischen Theorien wird das Konkurrenz-

konzept äußerst unterschiedlich gefasst. So ist in der neoklassischen Theorie Konkurrenz linear als gleichgewichtsschaffender Prozess und allein auf der Ebene der Zirkulationssphäre wirkend konzipiert. Zentral für die Neoklassik ist das Modell der vollkommenen Konkurrenz. Auf der Grundlage von Arrow/ Hahn (1971) hat Semmler (1984, S. 11 f.) die Bedingungen zusammengetragen, die erfüllt sein müssen, damit von vollkommener Konkurrenz gesprochen werden kann: (a) Produzenten und Konsumenten versuchen – unter spezifischen Restriktionen – ihre jeweiligen Interessen zu maximieren; (b) die Entscheidungen der Akteure sind voneinander unabhängig; (c) es gibt weder Koalitionen noch Kollusionen; (d) externe Effekte durch Produktions- und Konsumaktivitäten treten nicht auf; (e) Produzenten und Konsumenten sind "price taker", also Preisanpasser, d.h. sie haben keinerlei Einfluß auf die Gestaltung der Preise; (f) die Unternehmen produzieren mit konstanten oder sinkenden Skalenerträgen; (g) Produktionsmöglichkeiten- und Präferenzfunktionen sind konvex; (h) die Preisbildung erfolgt durch ein tatonnement; (i) völlige Mobilität der Ressourcen, so daß etwaige Produktivitätsdifferenziale sofort abgebaut werden; (j) freier Marktzutritt und Marktabgang von Unternehmen und Industrien; (k) Produzenten und Konsumenten besitzen vollständige Informationen über die Produktions- und Konsummöglichkeiten. Es handelt sich bei dem Modell vollkommener Konkurrenz mithin um ein äußerst voraussetzungsreiches Konzept; darüberhinaus zeigt sich, daß gerade diese Voraussetzungen die wichtigsten Regulationsprobleme dezentraler Ökonomien hinwegdefinieren. So unterschlägt bspw. die Prämisse vollständiger Information jegliche Unsicherheitsprobleme ökonomischer Akteure und damit eines der zentralen Steuerungsprobleme kapitalistischer Ökonomien (vgl. dazu auch Stanger 1988, S. 140 f.). Mit der Figur des Auktionators wiederum, der den Prozess des tatonnement leitet, wird das Argument logischer Zeit in die Theorie eingeführt und damit ein weiteres Mal ein zentrales Steuerungsproblem hinwegdefiniert. Aufgrund dieses Konzeptes von Konkurrenz erweist sich die Neoklassik außerstande, den Markt überhaupt als sozialen Interaktionszusammenhang zu begreifen.

Im Unterschied dazu konstituiert bei Marx die Konkurrenz einen permanenten Konflikt der Einzelkapitale um die Aufteilung des insgesamt produzierten Mehrwerts. Neben der Preiskonkurrenz, die sich in der Austauschsphäre abspielt, umfasst der Marxsche Konkurrenzbegriff auch die Produktionssphäre, in der die individuellen Kapitale um komparativ überlegene Produktionsbedingungen von Profit "streiten". An dieses Verständnis von Konkurrenz knüpft auch Aglietta an, der mit dem Begriff "full competition" sowohl die Vereinheitlichung des Kapitals im Zuge der Herstellung der allgemeinen Profitrate als auch die Transformationsprozesse der gesellschaftlichen Bedingungen kapitalistischer Produktion, genauer: der Produktionsnormen auf Branchenebene zu erfassen versucht (vgl. Aglietta 1979, S. 290ff.). Diese Transformation wird von individuellen Kapitalen eingeleitet, die über überdurchschnittliche Produktionsbedingungen verfügen und sich so Surplusprofite aneignen können. Die Konkurrenz als dynamischer Prozess führt dazu, daß sich eine zunehmende Zahl von Kapitalen diese überdurchschnittlichen Produktionsbedingungen aneignen müssen,

dabei ein immer größerer Teil der Waren zu dem neuen Preis angeboten werden und sich entsprechend – nach Maßgabe des neuen Produktivitätsniveaus – der gesellschaftliche Preisvektor verschiebt. Einzelne Kapitale, die diese Umwälzung der Produktionsbedingungen nicht mitvollziehen können, werden aus dem Markt gedrängt, d.h. letztlich entwertet. Die von diesen Kapitalen aufgewendete Arbeit, die nur potentiellen Wert verkörpert, wird, vermittelt über den erzwungenen Vergleich, nicht als gesellschaftlich notwendige und damit wertbildende Arbeit anerkannt. Deshalb gilt: "Prices of production are prices regulating the transformation of the conditions of production" (Aglietta 1979, S. 295). Diese Interpretation von regulierenden Preisen, so Aglietta weiter, "permits a concrete analysis, because it is linked to a conceptualization of historical time. This is why it is radically different from the definition of the classic (and neoclassic, K.H.) price systems as systems related to logical time" (ebd.).

Bei der Entwicklung seines Konkurrenzbegriffes beharrt Aglietta i.S. seines Forschungsprogramms auf der Unterscheidung historischer Formen der Konkurrenz. Dabei kann er an bereits von de Bernis (1975, S. 95) vorgelegte Überlegungen anknüpfen. "Konkurrenz" ist diesem zufolge kein bloßer a-historischer Mechanismus, sondern eine strukturelle Form, die selbst historischen Veränderungen unterworfen ist: "La "concurrance" ....n'est pas un "mechanisme" aveugle et éternalisable. Elle est, à sa manière, un procédé sociale, une institution, un type des "règle du jeu" qui était adaptée a  $C_1$  (das sind die handelnden Individuen der Gesellschaft, K.H.) et exerçait ces fonctions bien déterminées de régulation de l'ensemble du système." Regulation und Konkurrenz sind bei de Bernis analytisch scharf voneinander getrennt; der Begriff der Konkurrenz ist dabei dem Begriff Regulation untergeordnet. Konkurrenz als "Streit" der einzelnen Akteure um die Realisierung gleicher Ziele verläuft bei ihm über den Markt. Allerdings wird von de Bernis das Verhältnis von Konkurrenz und Markt anders als in der Neoklassik gefasst. Im Rahmen der allgemeinen Gleichgewichtstheorie werden dem Markthandeln ökonomischer Akteure, wie gezeigt, Prämissen zugewiesen (vollkommene Information über und Transparenz der Markthandlungen etc.), die für das Gleichgewicht zwar notwendig sind, aber auf diese Weise gerade den Preisbildungsprozess analytisch aussparen. Ungewißheit, Unsicherheit, Risiko und Intransparenz sind dagegen gerade die Elemente des wirtschaftlichen Prozesses, die den Wettbewerb überhaupt erst in Gang halten (vgl. etwa Robinson 1961). Diese konstitutiven Momente des Markthandelns werden ansatzweise von der Theorie der rationalen Erwartungen aufzunehmen versucht, die die Annahmen vollkommener Information und Transparenz aufhebt und sie durch einen spezifischen Typus von Erwartungsbildungen der handelnden ökonomischen Akteure ersetzt (vgl. etwa Lucas/Sargent 1981). Markt und Konkurrenz, sprich: Allokations- und Wettbewerbstheorie sollen auf diesem Wege miteinander versöhnt werden. Der Vorteil dieses Konzeptes besteht in der Tat darin, den Markt als sozialen Interaktionszusammenhang überhaupt wieder in den Blickwinkel der ökonomischen Theorie zu rücken. Von einem angemessenen Marktbezug kann allerdings auch hier keine Rede sein, insofern das Konzept rationaler

Erwartungen strategisches Handeln ausschließt. An solchen ökonomiethoretischen Fundierungen eines der Neoklassik überlegenen Marktbegriffes versucht Aglietta in Anschluß an de Bernis anzuknüpfen, indem er das Abstraktum Markt als institutionellen gesellschaftlichen, und nicht allein ökonomischen Komplex begreift. Kategorien wie Geld, reale/historische Zeit, institutionelle Formen und Ungewißheit werden herangezogen, um das Verhältnis von Regulation und Konkurrenz zu fassen. Ein zentraler Unterschied zur Neoklassik liegt mithin in der "Historisierung" und in der marktspezifischen Differenzierung des Konkurrenzkonzeptes der Regulationisten. Mit dem Übergang der "full competition" zu der "monopolistic competition" verändern sich, so die These Agliettas, die Formen der Regulation. Der Begriff "monopolistic competition" ist m.E. allerdings äußerst unglücklich gewählt. Nicht die Zunahme von Monopolmacht, wie etwa von den Theoretikern des staatsmonopolistischen Kapitalismus behauptet, ist für Aglietta nämlich die entscheidende Ursache für die Veränderung der Regulationsformen, sondern das historisch veränderte Zusammenwirken von Produktions- und Konsumnormen. Ein Vergleich beider historischer Konkurrenzformen mag diese These zu veranschaulichen (vgl. dazu auch Abschnitt 4).

Der Auf- und Abbau von Surplusprofiten läßt sich im Marxschen Modell unter der Annahme eines gleichbleibenden Nachfragevolumens diskutieren (vgl. etwa MEW 25,S.275). Der Produzent mit den überdurchschnittlichen Produktionsbedingungen kann seinen Verkaufspreis ("Marktwert") zwischen dem individuellen und dem gesellschaftlich-durchschnittlichen Preis der jeweiligen Ware ansiedeln. Um einen entsprechend großen Surplusprofit zu erzielen, muß er im System der "full competition" seine Angebotsmenge erhöhen und seinen Marktanteil erweitern. Im Zuge dieses Vorgangs setzt ein Preiswettbewerb ein, dem die anderen Branchenkapitale nur standhalten können, wenn sie sukzessive selbst die neuen, effizienteren Produktionsmethoden übernehmen. Die Produktionsnorm passt sich in diesem Prozess dem Niveau der zunächst überdurchschnittlichen Produktionsbedingungen an. Die überdurchschnittlichen Produktionsbedingungen individueller Kapitale werden auf diesem Wege verallgemeinert und die Surplusprofite abgebaut. In der "monopolistic competition" verändert sich jetzt diese Ablaufkette. Sobald sich durch strukturelle Formen wie etwa dem Tarifvertragssystem, dem Kreditsystem oder wohlfahrtsstaatlichen Regelungen eine gesellschaftliche Konsumnorm herausgebildet hat, wird die modellhafte Annahme eines im Zeitablauf konstanten Nachfragevolumens unrealistisch. Die gesellschaftliche Nachfrage ist jetzt selbst eine - wenigstens in Grenzen - autonome Größe. Der Extramehrwert- und Extraprofitabschöpfungsprozess im Zuge der Konkurrenz stellt sich unter diesen institutionellen Bedingungen anders dar. Es kommt im Rahmen technologischer Innovationen nicht länger zu Preiskriegen; vielmehr können jetzt die innovativen Kapitale ihre Marktanteile ausweiten, indem sie die *Nachfragezuwächse* bei einem gegebenen Preis der jeweiligen Ware abschöpfen. Die konkurrierenden Kapitale werden nicht via Preiskonkurrenz aus dem Markt gedrängt, sondern können über einen bestimmten Zeitraum ihre Marktanteile selbst bei Aufrechterhaltung der

relativ schlechteren Produktionsbedingungen verteidigen. Darüber hinaus ist infolge der weitgehenden Konstanz des gesellschaftlichen Preisvektors der Surplusprofit der innovativen Kapitale größer als im Falle der "full competition". Allerdings haben auch diese Konstellationen keinen dauerhaften Bestand. Die systematische Differenz zwischen Produktivitätsniveau und Angebotspreis der überdurchschnittlich produktiven Produzenten bewirkt eine "creeping inflation" und untergräbt die Akkumulationsdynamik im Zeitablauf. Darüber hinaus kommt es zu einem Anstieg des allgemeinen Lohnniveaus, weil die im Austausch für die Akzeptanz der Veränderung der technischen Produktionsbedingungen gewährten höheren Lohnzuwächse der innovativen Kapitale und Branchen sich über das Institut des Tarifvertragssystems verallgemeinern. Genau dieser Kostendruck ist dann auch der entscheidende Mechanismus, der die Durchsetzung der überdurchschnittlichen Produktionsbedingungen zur neuen allgemeinen Produktionsnorm bewirkt. In dieser zweifachen Veränderung – "creeping inflation" und "cost push", beide Resultat sich entwickelnder institutioneller bzw. struktureller Formen – sieht Aglietta die Charakteristika der *monopolistischen Regulation* (ders. 1979, S. 299 – 307). Dieser Begriff versteht sich also als formspezifische Ergänzung zu dem Marxschen Konkurrenz begriff, der Aglietta zufolge die theoretische Basis für die "competitive regulation" verkörpert.

Auch Lipietz hebt bei seiner Unterscheidung von Typen der Regulation auf die historisch unterschiedliche Entwicklungsdynamik der effektiven Nachfrage ab. Das dynamische Wachstum vor allem im Bereich des privaten Konsums, das für die Phase monopolistischer Regulation charakteristisch sein soll, ist ihm zufolge das Ergebnis einer institutionellen Innovation i.S. der Herauentwicklung eines modernen Kreditgeldsystems. Das über Konsumenten – und Investitions – bzw. Handelskredite gewährleistete Nachfragewachstum erlaubt laut Lipietz den einzelnen Kapitalen eine Antizipation der Verwertung im Produktionsprozess hergestellter Werte: "Our main concern was to contrast two situations: on the one hand, merely a posteriori social validation of the commodities and labor-powers offered on the market; and on the other hand, a high probability of validation guaranteed a priori by institutional forms and anticipated in the behaviour of social agents and groups" (1985 b, S. XVII). Im ersten Falle handelt es sich bei Lipietz dann um den Typus kompetitiver Regulation; im zweiten Falle um den Typus monopolistischer Regulation.

Die historisch unterscheidbaren institutionellen Formen lassen sich alternativ aber auch als soziale Agenturen zur Reduktion von Ungewißheit interpretieren. So gesehen ist der Übergang von der kompetitiven zur monopolistischen Regulation ein Prozeß des Abbaus ökonomischer Ungewißheit mittels gesellschaftlicher Regeln und Normen, die institutionelle Gestalt angenommen haben – ohne daß dadurch allerdings eine theoretische Konstellation völliger Gewißheit, wie in der Neoklassik, etabliert wäre. Dieses Verständnis von Regulation nun ist wiederum in der ökonomischen Theorie nicht unbekannt. Kenneth. J. Arrow etwa bezeichnet Institutionen des Wirtschaftssystems wie Versicherungen, Kreditinstitute,

Wertpapiermärkte etc. als "Techniken" zur Reduktion von Ungewißheit (Arrow 1974). Die Notwendigkeit institutioneller Regelungen wird in jüngster Zeit vor allem seitens der post-keynesianischen bzw. der keynesianischen Theorie einer Geldwirtschaft betont. So verweist etwa Herr (1987, S. 10) darauf, daß Marktprozesse ohne Regulierungen zu kumulativen mengenmäßigen und preislichen Bewegungen tendieren. In direktem Gegensatz zur Neoklassik wird behauptet, daß Regulierungen verschiedenster Art "inhärente Elemente einer Marktwirtschaft" seien.

Das "Thema" Regulation ist mithin in den Sozialwissenschaften keineswegs neu. Um so bedeutsamer scheint es mir, das konzeptionelle Grundverständnis präzise darzulegen. Es wird sich in den weiteren Ausführungen noch zeigen, daß Bemühungen einer stringenten Konzeptualisierung der ökonomietheoretischen Grundlagen des Regulationsbegriffes, wie sie von Aglietta unternommen wurden, von der überwiegenden Zahl der Regulationisten mittlerweile aber unterlassen werden. Vor allem in den Arbeiten von Boyer, dem heute sicherlich wichtigsten Theorievertreter, wird Regulation nur noch als Komplex von Anpassungsprozessen jeweiliger Konstellation von Angebot und Nachfrage in der Gesamtwirtschaft begriffen, die sich in der Tauschsphäre abspielen. Mit diesem eher traditionellem Verständnis von Regulation folgt Boyer zwar nicht explizit der neoklassischen Theorie, doch bleibt zumindest recht unklar, in welcher Weise der Regulationsbegriff in die ökonomische Theorie rückgebunden wird und worin die Originalität des "französischen" Ansatzes besteht. Der Begriff "Regulation" erweist sich so gesehen zumindest als unglücklich gewählt, weil er die notwendige Trennschärfe vermissen läßt. Konzepte von Regulation finden sich, wie dargestellt, in allen Varianten der ökonomischen Theorie, von der Klassik über die Neoklassik bis hin zur post-keynesianischen und Marx'schen Theorie. Etwaige theoretische Eigentümlichkeiten des "französischen" Konzeptes scheinen in der Namensgebung jedenfalls bei genauerer Betrachtung nicht auf.

## 2. *Plurales Verständnis von "Regulation" bei den Regulationisten*

Die Überwindung des neoklassischen Verständnisses von ökonomischer Selbstregulation ist, wie die bisherigen Ausführungen gezeigt haben, explizites Bestandteil des Programmes des Regulationsansatzes. An die Stelle der Theorie einer (allgemeinen) *Selbstregulation* soll eine Theorie kapitalistischer Regulation rücken, die auch historische Formspezifika zu erfassen vermag. Die konzeptionelle Ausgestaltung einer solchen Alternative wird von den Regulationisten aber unterschiedlich gehandhabt. Wir haben bereits am Beispiel der Arbeit von Aglietta gesehen, daß eine Möglichkeit der Überwindung des bloßen Selbstregulationskonzeptes in der Anknüpfung an den entwickelten dynamischen Konkurrenz begriff bei Marx besteht, der formspezifisch fortzuschreiben versucht wird. Es sei an dieser Stelle noch einmal daran erinnert, daß Aglietta sein Verständnis von Regulation analog dem Konzept der Klassiker und Marx zu entwickeln versucht, wonach es in einer privat-dezentralen Ökonomie die Produk-

tionspreise resp. die "natürlichen" Preise sind, die den Reproduktionszusammenhang regulieren. Charakteristisch für das Agliettasche Konzept ist die Verortung von Regulation auf der Ebene der Produktionspreisbildung, die wiederum historische Formmodifikationen erfahren kann. Entsprechend werden von ihm unterschiedliche Regulationsweisen unterschieden. Eine zweite Variante der Regulationstheorie schlägt einen anderen Weg ein. Bei diesem Zweig verkörpern Arbeitswerte nicht mehr länger das theoretische Fundament der Analyse. Regulation wird hier in der Zirkulationssphäre verortet und nicht mehr in ihren Wirkungen auf die Ebene der Produktion betrachtet. Abkürzend werde ich diese Variante als preistheoretische Fundierung der Regulationstheorie bezeichnen.

Nach der Bestimmung möglicher theoretischer Quellen des Regulationsbegriffes geht es in diesen Abschnitt also um die konzeptionelle Fundierung dieser Schlüsselkategorie. Wurde bisher herausgearbeitet, daß der Begriff der Regulation sich in erster Linie der ökonomischen Theorietradition verdankt, so wird jetzt zu zeigen versucht, welchen ökonomischen Theorien einzelne Regulationsvertreter folgen und welche Implikationen für den Regulationsbegriff damit verbunden sind. Es geht dabei in erster Linie darum, die Vielfalt der Verankerungslinien zu benennen. Eine tiefere Auseinandersetzung folgt dann in weiteren Abschnitten dieser Arbeit.

Lipietz (1986b, S. 14f.) entwickelt eine ähnliche Differenzierung von Typen der Regulation wie Aglietta, gründet sein Konzept von Regulation aber vor allem auf eine gesellschaftstheoretische Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata, die er mit den Begriffen "Akkumulationsregime" und "Regulationsweise" neu zu fassen versucht. Ein Akkumulationsregime beschreibt ihm zufolge ein langfristiges Allokationsgleichgewicht zwischen Konsum und Investition bzw. den Abteilungen II und I der gesellschaftlichen Reproduktion. In dynamischer Perspektive bedarf ein solches Gleichgewicht einer "...certain correspondence between the transformation of the conditions of production and the transformation of the conditions of the reproduction of wage-labour, between certain of the modalities in which capitalism is articulated with other modes of production within a national economic and social formation, and between the social and economic formation under consideration and its 'outside world'" (Lipietz 1986b, S. 14; Unterstreichung i.O.). Technisch kann ein solches Akkumulationsregime als ein Schema erweiterter Reproduktion beschrieben werden. Damit sich ein solches Regime auch in stabiler Weise reproduzieren kann, bedarf es nach Lipietz Normen, Gewohnheiten, Gesetze und regulierender Netze, die gewährleisten, daß die mit ihren Handlungen ein solches Regime reproduzierenden Agenten sich entsprechend den Stabilitätsanforderungen verhalten: "The set of internalized rules and social procedures which incorporate social elements into individual behaviour...is referred to as *mode of regulation*" (ders. 1986b, S. 15; Unterstreichung i.O.).<sup>17</sup>

Eine daran anknüpfendes, allerdings nicht in der marxistischen Theorie wurzelndes Konzept von Regulation findet sich, wie bereits früher dargestellt, bei Boyer (1986c), der nach eigenem Verständnis (a) an den Arbeiten der deutschen Historischen Schule und (b) den theoretischen Konzepten der Keynes-Kalecki-Tradition ansetzt und auf diesem Wege – wie auch Lipietz – versucht, Regulation mit Kategorien wie Institution, Struktur und Norm zu füllen (vgl. dazu auch III. Kap.). Während Lipietz wie auch Aglietta sein Regulationskonzept in der Marxschen Theorie verankert und Lipietz sich dazu auf die Reproduktionsschemata beruft, bindet Boyer sein Konzept von Regulation an Verteilungstheorien zurück. Die von Boyer genannten theoretischen Begründungsfiguren für sein Verständnis von Regulation sollen an dieser Stelle kurz skizziert werden, weil auf diese Weise deutlich wird, worin – selbst bei gemeinsam geteilter Definition von Regulation – die doch großen Unterschiede in der theoretischen Verankerung des Regulationskonzeptes liegen.

(a) Der von Boyer (1986c, S. 18) gegebene Hinweis, eine der theoretischen Quellen der Theorie der Regulation sei die Historische Schule der deutschen Nationalökonomie, kann sich auf keine mir bekannte explizite Auseinandersetzung der Regulationisten mit dieser Theorieschule berufen. Freilich lassen sich aus der Entwicklungsgeschichte des französischen Regulationsansatzes eine Reihe impliziter Hinweise finden, die eine solche Aussage zu stützen vermögen. Das gilt insbesondere für die methodologische Vorgehensweise der Regulationstheoretiker. Mit ihrer ausgeprägt empirischen Ausrichtung knüpften sie unmittelbar an ein Postulat der "Jüngeren Historischen Schule" an, das ihr wichtigster Vertreter, Gustav von Schmoller, anlässlich seiner Antrittsrede als Berliner Universitätsrektor formulierte: "Die Erkenntnisse über wirtschaftliche Zusammenhänge ist erst aus der Kenntnis der geschichtlichen Wirklichkeit des Wirtschaftslebens zu gewinnen" (nach Schmolders 1980, S. 70). Von Schumpeter wird das methodische Prinzip der Historischen Schule wie folgt beschrieben:

"Der grundsätzliche und bezeichnende Artikel des methodologischen Bekenntnisses der Historischen Schule bestand darin, daß das Werkzeug der Wirtschaftswissenschaft in erster Linie – ursprünglich sogar ausschließlich – aus den Resultaten und Verallgemeinerungen historischer Monographien bestehen sollte. Was den wissenschaftlichen Teil seines Berufes betrifft, sollte der Ökonom in erster Linie die Technik historischer Forschung beherrschen und mit Hilfe dieser Technik, die sein ganzes erforderliches Rüstzeug ausmachte, sollte er in den Ozean der Wirtschaftsgeschichte tauchen, um spezielle Gegebenheiten oder Vorgänge in all ihren lokalen und temporären Einzelheiten zu erforschen..." (Schumpeter 1965, S.986).

Dieses methodologische Prinzip der Historischen Schule war bereits früh der Kritik einer theorieleeren Faktenaufbereitung ausgesetzt ("Methodologiestreit") – und mit Sicherheit würde auch Boyer eine solche Kritik an der Historischen Schule teilen. Im Zuge der Ent-Historisierung der ökonomischen Theorie mit dem Siegeszug der Neoklassik war allerdings

das Kernanliegen der von v. Schmoller begründeten Historischen Schule mehr als berechtigt, auch wenn das insbesondere durch v. Schmoller ausgesprochene Verdikt gegen die Formulierung von Gesetzmäßigkeiten als überzogen und irreführend zu kennzeichnen ist (vgl. dazu Schmolders 1980). Der von Boyer und anderen CEPREMAP-Forschern eingeleitete Theoriebildungsprozess kann sich jedenfalls insoweit auf die Historische Schule berufen, als auch dort historisch-empirischen Untersuchungen ein hoher Stellenwert eingeräumt wird. Die historische Fundierung des Theoriebildungsprozesses findet sich in allen Varianten der Regulationstheorie. Im Kontext der kritisch ausgerichteten französischen Sozialwissenschaften und vor allem der Althusser'schen Schule der strukturalistischen Marx-Interpretation ist ein solcher Zugang sicherlich als ungewöhnlich zu kennzeichnen; es liegt sogar nahe, die empirische Orientierung der Regulationisten als direkte Reaktion auf den sterilen Strukturalismus der Althusser-Tradition zu interpretieren. Die Boyersche Reklamierung der deutschen Historischen Schule als eine der analytischen Quellen der Regulationstheorie dürfte deshalb vor allem der Theorielegitimation dienen.

Die Historische Schule hat allerdings auch noch auf eine indirektere Weise zu dem Theoriebildungsprozess des Boyerschen Regulationsansatzes beigetragen. Die Historische Schule wurde nämlich dogmengeschichtlich in zweifacher Weise beerbt, von denen eine – zumindest was ihr Grundanliegen betrifft – einen relativ starken Einfluß vor allem auf die Boyersche Interpretation des Regulationskonzeptes ausgeübt hat. Verlängerung gefunden hat die deutsche Historische Schule zum einen in der sog. Wirtschaftsstilforschung, die mit Namen wie Max Weber und später dann Walter Eucken verknüpft ist, und zum anderen im (US-amerikanischen) Institutionalismus, dessen Protagonisten – als zum Teil ehemalige Schüler von Gustav von Schmoller und von Adolph Wagner – sich gegen die methodologischen Postulate der in Gestalt der Grenznutzenschule auftretenden Neoklassik wandten und demgegenüber für die Notwendigkeit einer historisch-institutionellen Einbettung ökonomischer Theorie plädierten. Ihr theoriegeschichtlich wichtigster Vertreter, Thorstein B. Veblen, verstand unter Institutionen "habits of thought which prevail in a given period" (nach Hutchinson 1984, S. 20) Die Analyse so verstandener Institutionen zielt Veblen zufolge also auf die Erklärung von Gewohnheiten und Bräuchen, die ökonomisches Handeln steuern. Das Konstrukt des homo oeconomicus wird so grundsätzlich in Frage gestellt. Nicht die rationale Abwägung von Nutzen und Kosten bestimmen ihm zufolge das ökonomische Handeln, sondern der "Leistunginstinkt", der von ihm als aggressiver und räuberischer, allein dem egoistischen Interesse verpflichteter Drang interpretiert wird, der dem allen Menschen gemeinsamen Bedürfnis nach nützlicher Arbeit gegenübersteht. Diese eher psychologisch-darwinistische Deutung von Institutionen wurde allerdings mit der weiteren Entwicklung des Institutionalismus überwunden. Als Untersuchungsgegenstand gewählt wurden die Familie, das Unternehmen, die Gewerkschaften, der Staat usw. (Schmolders 1980, S. 440). Im Zentrum des analytischen Interesses stand jetzt die prinzipielle Frage, welche Rolle Institutionen oder institutionelle Strukturen im ökonomischen Prozess spielen. Wenn man unter *neuer*

*institutionalistischer Theorie* die These versteht, daß Institutionen im ökonomischen Prozess eine Rolle spielen (so Furubotu/Richter 1984, S.2), dann kann man den Regulationsansatz in der Tat als institutionalistische Theorie fassen. Der entsprechende Beleg für diese Wertung findet sich bei Boyer (1987a, S. 127): "...in long-term dynamics as well as in short-term developments *institutions are important* (Hervorhebung i.O.)". Doch damit ist hinsichtlich einer präzisen Charakterisierung wenig gewonnen. Sieht man einmal von rein "modellplatonischen" (H. Albert) Theorievarianten ab, dann müssten demnach alle bekannten ökonomischen Paradigmen als institutionalistische Theorien bezeichnet werden. Eine solche Kennzeichnung ist dann aber wenig hilfreich. Von Vertretern der sog. "Neuen Institutionalistischen Ökonomie" wird deshalb auch ein anderes Kriterium vorgeschlagen: Diese Theorie sei den Grundgedanken der neoklassischen Theorie verpflichtet, d.h. dem methodologischen Individualismus und dem Prinzip des egoistischen Interesses (ebd.). Das Ziel dieser Theorie ist es, gesamtgesellschaftliche und -wirtschaftliche Prozesse als Resultat individuellen Handelns und individueller Entscheidungen (methodologischer Individualismus) und institutioneller Bedingungen zu erklären. Am neoklassischen Gebäude werden dabei - unter Beibehaltung der Grundprinzipien - im wesentlichen zwei Korrekturen vorgenommen: Zum einen werden Unsicherheit über die ökonomische Zukunft und potentiell falsche Erwartungen der Akteure unterstellt (und so das Prinzip vollkommener Konkurrenz ausgeschaltet), und zum zweiten wird explizit ein gesetzlicher und institutioneller Rahmen berücksichtigt, innerhalb dessen ökonomische Entscheidungen getroffen werden (vgl. näher III. Kap., 3.2.2.). In den Worten von Coase (1984, S.230): "What distinguishes the modern institutional economists is not that they speak about institutions, the American institutionalists after all did this, nor that they have introduced a new economic theory, although they may have modified the existing theory in various ways, but that they use standard economic theory to analyse the working of these institutions and to discover the part they play in the operation of the economy".

In diesem Sinne wäre dann allerdings der Regulationsansatz eindeutig eine nicht-institutionalistische Theorie: Weder ist er dem methodologischen Individualismus verpflichtet noch dem Prinzip des egoistischen Selbstinteresses. Für den Boyerschen Regulationsansatz ist eher der zweite Teil der Coaseschen Charakterisierung zutreffend, wonach sich die institutionalistische Theorie mit der Rolle von Institutionen im ökonomischen Prozess beschäftigt. Ausdruck findet diese theoretische Perspektive im sog. Institutional Principle of the Principle of Economics (vgl. Dillard 1986, S. 355), das schlichtweg besagt, daß jede signifikante ökonomische Theorie einen institutionellen und historischen Gehalt aufweisen muss. Überhistorische ökonomische Aussagen oder gar Gesetze ließen sich deshalb nicht formulieren. In diesem sehr allgemeinen Sinne hat mithin der Regulationsansatz durchaus eine Wurzel in der institutionalistischen Theorie. Die von Boyer angeführten Wurzeln des Regulationsansatzes in der Historischen Schule und im Institutionalismus sind aber nur in diesem weitverstandenen Sinne auffindbar. Beide dogmengeschichtlichen Traditio-

nen haben die Entwicklung des Regulationsansatzes nur mittelbar beeinflusst: Zum einen durch die ausgeprägte historisch-empirische Ausrichtung und zum zweiten durch die Betonung der Relevanz einer institutionellen Umwelt ökonomischer Prozesse in der Theorie der Regulation. Langlois (1986, S. 5) hat jüngst darauf verwiesen, daß es das Problem der Historischen Schule und der frühen Institutionisten sei, daß sie eine Ökonomie mit Institutionen aber ohne Theorie ins Zentrum der Analyse gestellt hätten; die neoklassische Theorie wiederum hätte zwar eine ökonomische Theorie entwickelt, aber jegliche Institutionen ausgespart. "What we should really want", fährt er fort, "is both institutions and theory – not only pure economic theory informed by the existence of specific institutions, but also an economic theory of institutions" (ebd.). Inwieweit die Boyersche Variante der Regulationstheorie einen solchen Anspruch einzulösen vermag, werde ich im III. Kapitel diskutieren.

(b) Wie diese Wurzeln des Boyerschen Regulationsverständnisses kann auch die von Boyer reklamierte Keynes-Kalecki-Verankerung nur indirekt aufgewiesen werden. Eine kurze Skizze der theoretischen Position Kaleckis mag dies veranschaulichen. Der für das Boyersche Verständnis des Regulationskonzeptes wichtigste Teil der ökonomischen Theorie Kaleckis dürfte dessen Bestimmung der funktionalen Einkommensverteilung zwischen den Klassen sein. Die grundlegenden theoretischen Pfeiler der Kaleckischen Verteilungstheorie finden sich, wie später noch deutlich wird (vgl. III.Kap., Abschnitt 2.2.1.), im Boyerschen Konzept des Lohnverhältnisses und dabei insbesondere in der Analyse der Verteilungsdynamik wieder.

Zur Erklärung der Verteilung des Volkseinkommens stellt Kalecki auf die Beziehungen zwischen der Macht der Produzenten zur Kontrolle der Preise auf den Gütermärkten und der Macht der Arbeiter zur Kontrolle der Löhne auf dem Arbeitsmarkt ab. Bekanntgeworden sind diese Überlegungen Kaleckis unter der Bezeichnung "Monopolgradtheorie der Verteilung" (vgl. dazu bspw. Roberts 1980, S. 173ff.; Hacche 1979, S. 186ff.). Die Kaleckische Verteilungstheorie basiert auf einer mikroökonomischen Analyse des Kostenverlaufes und Preisverhaltens eines für eine Industrie repräsentativ geltenden Unternehmens. Ein solches Unternehmen stellt mit einer als gegeben unterstellten Produktionstechnik eine bestimmte Menge  $x$  eines Industriegutes her. Der Preis  $p$  ergibt sich dabei als Summe der Durchschnittskosten  $a$  (die sich wiederum aus den Lohnkosten je Produkteinheit  $a_w$  und den Rohmaterialkosten je Produkteinheit  $a_r$  zusammensetzen), einem Aufschlag  $f$  auf die Fixkosten (der die Gehaltszahlungen, Zinsen, den Normalprofit etc. ausdrückt) und einem zusätzlichen Unternehmereinkommen je Produkteinheit  $e$ :

$$p = a + f + e = a_w + a_r + f + e \quad (1)$$

Da bei Kalecki die für die neoklassische Einkommensverteilungstheorie konstitutive Annahme vollkommener Konkurrenz aufgegeben ist, fallen Warenpreis  $p$  und die Grenzkosten  $m$  auseinander. Im Maße der Differenz

kann durch das Unternehmen der Preis bestimmt werden. M.a.W. wird von Kalecki ein Typus "administrierter" Preissetzung unterstellt. Für den weiteren Preisbildungsprozess entscheidend ist die weitere Annahme, derzufolge für ein repräsentatives Unternehmen bis zur Erreichung der Kapazitätsgrenze die durchschnittlichen Primärkosten  $a$  mit den Grenzkosten  $m$  identisch sind ( $a = m$ ). Erst ab Erreichen der Kapazitätsgrenze steigen die Grenzkosten schneller an als die Durchschnittskosten. Diesen Zusammenhang kann man jetzt unter Zugrundelegung der Lerner'schen Definition des Monopolgrades neu fassen. Der Monopolgrad  $\delta = (p - m) / p$  drückt dabei den Überschuß des Preises über die Grenzkosten als Anteil des Preises aus. Je höher also der Monopolgrad, desto ausgeprägter die Preissetzungsmacht des Unternehmens und, wie Kalecki weiter zeigt, desto höher der Profit des Unternehmens.

Wie der Preis lässt sich auch die Wertschöpfung  $v$  des Unternehmens durch den Monopolgrad ausdrücken. Rein definitorisch ergibt sich die Wertschöpfung als Differenz von Preis und Rohmaterialkosten je Produkteinheit  $a_r$ . Also:

$$v = p - a_r = a_w + f + e \quad (2).$$

Durch entsprechende Umformungen dieser Definitionsgleichung und den Einbau des Lerner'schen Monopolgrades ergibt sich, daß das Verhältnis der Lohnkosten zu der Wertschöpfung je Produkteinheit und damit der Lohnanteil an der Wertschöpfung bestimmt ist durch den Monopolgrad und das Verhältnis des Güterpreises zu den Lohnkosten je Produkteinheit.

Übertragen auf die Gesamtwirtschaft ergibt sich, daß sich die Lohnquote invers zu dem Monopolgrad und dem Verhältnis der Verkaufserlöse zu den gesamten Lohnkosten verhält. In späteren Arbeiten wurde von Kalecki eine andere Definition des Monopolgrades vorgenommen, die den Einfluss der Vorleistungskosten getrennt berücksichtigt. Der Monopolgrad ist dann einfach das Verhältnis von Preis zu den durchschnittlichen Primärkosten, die wie in (1) definiert sind. Er drückt dann genau den Monopolgrad von Produzenten und Arbeitern bzw. Gewerkschaften aus.

Dieses Resultat der Kaleckischen Verteilungstheorie ist in der Literatur auf vielfachen Widerspruch gestossen. Im Mittelpunkt der Kritik steht der - berechnete - Vorwurf, daß es sich dabei um keine Theorie, sondern bloß um tautologische Umformungen einer zum Ausgangspunkt genommenen Definitionsgleichung handelt (vgl. etwa Schlicht 1976, S. 116). Und tatsächlich ist die These, die Lohnquote sei durch den Monopolgrad bestimmt, eher eine tautologische als eine theoretisch gehaltvolle Aussage. Die Definition des Monopolgrades als Verhältnis von Preis zu durchschnittlichen Primärkosten entspricht nämlich etwa der reziproken Lohnquote. Schon aus diesem Grund werden die verteilungstheoretischen Vorstellungen Kaleckis von Boyer nicht direkt übernommen. Wichtig an der Monopolgradtheorie der Verteilung ist für Boyer allein, daß damit ein analytisches Instrument zur Verfügung steht, das institutionelle Strukturen

wie Gewerkschaften, Tarifverhandlungen usw. prinzipiell in die ökonomische Analyse des Lohnverhältnisses einbeziehbar macht. Die Boyersche Version der Regulationstheorie nimmt genau diesen Grundgedanken von Kalecki auf und versucht das tautologische Verhältnis von Lohnquote und Monopolgrad theoretisch wie empirisch gehaltvoll zu füllen. Die von Kalecki formulierte These, wonach der Klassenkampf die Verteilung durchaus zu beeinflussen vermag (Kalecki 1971, S. 203 ff.), wird von Boyer in seiner Analyse des Lohnverhältnisses zu präzisieren versucht.

Eine auf den Kaleckischen Überlegungen aufbauende Untersuchung der Veränderung von Lohn- und Profitquoten haben etwa auch Glyn/Sutcliffe (1972) für die britische Nachkriegsentwicklung in Gestalt des profit squeeze - Theorems vorgelegt: Infolge der sich intensivierenden internationalen Konkurrenz und damit der eingeschränkten Überwälzungsmöglichkeit von Produktionskostensteigerungen auf die Preise sowie der gewachsenen lohnpolitischen Militanz der Gewerkschaften hat sich nach dieser Analyse der Monopolgrad der britischen Unternehmen verringert. Formal ist dies auf den ersten Blick ersichtlich. Wenn der Monopolgrad  $\delta$  definiert ist als Verhältnis von Preis zu den durchschnittlichen Primärkosten  $a$ , die sich im Kern durch die Lohnkosten bestimmen, dann muss bei steigenden Lohnkosten und unterhalb des Lohnkostenanstiegs wachsenden Preisen der Monopolgrad sinken. Die Monopole müssen ihren Aufschlag auf die Preise reduzieren; für die Verteilungskonstellation bedeutet dies einen Anstieg des Anteils der Löhne an der Wertschöpfung. Wir werden bei der Explikation der krisentheoretischen Vorstellungen von Boyer (vgl. IV. Kap.) noch sehen, daß Boyer genau diese Argumentationsfigur zum Ausgangspunkt seiner Analyse der ökonomischen Krise Mitte der siebziger Jahre macht.

Versucht man diese Rekonstruktionsversuche zusammenzufassen, dann erweist sich das Boyersche Regulationskonzept verwurzelt in einer kalecki-orientierten Sichtweise der funktionalen Einkommensverteilung, deren ökonomietheoretischer Kern mit gesellschaftstheoretischen Überlegungen verknüpft ist, die sich zumindest indirekt Elementen des Institutionalismus verdanken. Wie Aglietta bemüht sich auch Boyer um eine Verbindung des Regulationskonzeptes mit dem Prozess der Preisbildung. Bei Boyer, und dies ist eine der zentralen Differenzen, wird diese Verknüpfung aber allein auf der Distributionsebene gesucht. Der Kern seiner Ausführungen liegt, wie später noch ausführlicher gezeigt wird, in der Analyse der Preisbildung der Ware Arbeitskraft und deren Rückwirkungen auf die (funktionale) Einkommensverteilung und damit den Akkumulationsprozess. Das institutionalistische Element seines Regulationskonzeptes zielt auf die Untersuchung der Einflüsse von Institutionen auf diese Prozesse (vgl. etwa Boyer 1979, S. 11). Innerhalb der Regulationsschule dürfte Boyer zu den Theoretikern zählen, die am eindeutigsten auf der Verteilungsebene ansetzen und gleichzeitig die vielfältigsten Begründungslinien für ihr Verständnis von Regulation reklamieren.

Eine *weitere*, sich sowohl von Aglietta und Lipietz, aber auch von Boyer unterscheidende theoriegeschichtliche Einordnung und Begründung der *théorie de la régulation* wird von *Petit* (1986, S. 25–48) vorgeschlagen. Ihm zufolge ist die Regulationstheorie das synthetische Resultat der Verknüpfung einer *Smith–Young–Kaldor–Sequenz* und einer *Durkheim–Sequenz*. Beide Sequenzen diskutieren das Problem eines kohärenten Verhältnisses von Produktion und Konsum. Die erste Sequenz gründet auf der Einsicht von Adam Smith, wonach das Maß der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und damit der Methoden und Formen der Arbeitsorganisation von der Größe der Märkte abhängt. Die Ausdehnung eines Marktes, so die Grundidee, erlaubt die Vertiefung der jeweiligen Produktionsprozesse und damit auch den Einsatz verbesserter Maschinerie, der wiederum neue Märkte eröffnet. Durch das Zusammenspiel von Produkt- und Prozessinnovation ergibt sich ein expansiver Prozess, der Produktions- wie Konsumnormen erfasst. Im Kaldorschen Wachstumsmodell wird diese kumulative Ursachenkette mit dem Verdoornschen Gesetz verbunden und begründet, wonach infolge steigender Skalenerträge ein Zuwachs der Produktion (Markterweiterung) zu einem Zuwachs der Beschäftigtenproduktivität führt (vgl. Hacche 1979). Die Zunahme der Produktivität erlaubt Preissenkungen bzw. führt zu einer Erhöhung der Kaufkraft der Lohnabhängigen und bewirkt so wieder eine Ausweitung der Märkte:

Erweiterung der Märkte – – – – – > Produktivitätszuwächse – – – – – > (a) Preissenkung und Stärkung der Konkurrenzposition; (b) Erhöhung der inländischen Kaufkraft – – – – – > Erweiterung der Märkte

Dieser ökonomietheoretischen, "Neo-Smithianischen" Sequenz steht eine eher soziologietheoretische Sequenz gegenüber, wie sie von Emile Durkheim formuliert wurde. Durkheim sieht den Übergang von der einfachen Gesellschaft zur modernen Industriegesellschaft und damit von der wenig entwickelten zu der tiefgegliederten Arbeitsteilung mit einem Verdrängungsprozess der "mechanischen" durch eine "organische Solidarität" verbunden. Mit der im Zuge fortschreitender Arbeitsteilung verknüpften Herausbildung sozialer Differenzierungen und Individualisierungen kann die soziale Integration nicht länger durch "mechanisch" eingespielte Gruppensolidaritäten oder staatlichen Zwang gewährleistet werden, sondern erfordert ein kooperatives Rechtssystem, in dessen Zentrum der Vertrag steht. Die soziale Integration entwickelter Tauschgesellschaften auf industriekapitalistischer Basis erfolgt Durkheim zufolge einmal über die wechselseitigen Abhängigkeiten der Tauschagenten und zum anderen durch die Herausbildung eines kollektiven Wertesystems, die als "organische Solidarität" gefasst werden und bei der vertragliche und nicht-vertragliche Elemente sich ergänzen (vgl. zur theoriegeschichtlichen Einordnung Hurttienne 1984, Bd. 2, S. 255ff.):

Arbeitsteilung – – – – – > organische Solidarität – – – – – > Entwicklung des Produktionssystems – – – – – > Arbeitsteilung

Die Verknüpfung beider kumulativer Sequenzen begründet im Petitschen Verständnis den Begriff der Regulation, der gefasst wird als "conjunction of institutions and customs which, in a given society, ensure the reproduction of a given economic system by means of the articulation between production and consumption" (Petit 1986, S. 217).

In diesem Verständnis von Regulation können sich definitorisch die verschiedenen Vertreter der Regulationstheorie sicherlich treffen, insoweit sich die integrale Verbindung von Struktur und Institution/Norm und die Betonung spezifischer ökonomischer wie außerökonomischer Artikulationsmechanismen zwischen den Sphären von Produktion und Konsumtion in allen Arbeiten der Regulationsschule finden lässt (vgl. dazu auch unten). Die Petitsche Verknüpfung dieser beiden Sequenzen könnte deshalb sowohl recht problemlos in die von Lipietz zur Begründung von Regulation vorgeschlagene gesellschaftstheoretische Interpretation der Marxschen Reproduktionsschemata übersetzt als auch von Boyer zur Grundlage seiner Arbeiten verwendet werden. Doch handelt es sich bei "Regulation", wie deutlich geworden sein dürfte, nicht allein um eine begriffliche Definition. Der gemeinsam geteilte Begriff ist vielmehr unterschiedlichen theoretischen Verortungen zugänglich, die den Regulationsbegriff auf unterschiedlichen Ebenen des ökonomischen Prozesses fassen. Im Rahmen kategorialer Analysen entfaltet, kommen ihm letztlich deshalb durchaus unterschiedliche Bedeutungsgehalte zu. Zugespitzt könnte man formulieren, daß die Grundlage von Regulation zum einen in der Produktions- und zum anderen in der Distributions- bzw. Zirkulationssphäre verortet wird. Die erste Linie wird vor allem von Aglietta vertreten, während die zweite Linie eher für die Arbeiten von Boyer charakteristisch ist.

Bevor im weiteren ein Überblick über die ersten Arbeiten der französischen Regulationstheorie gegeben wird, soll das von der *théorie de la régulation* formulierte Verständnis von Regulation, wie es sich beim Nachvollzug der allgemeinen Fragestellungen dieses Ansatzes bereits herausgeschält hat, von herkömmlichen Regulationsbegriffen in den Sozialwissenschaften unterschieden werden.

### 3. Zur Abgrenzung des Begriffes *régulation*

Der Begriff *régulation* ist keine Neuschöpfung einer selbsternannten Regulationstheorie. Auf Vorläufer und konzeptionelle Varianten dieses Begriffes in den verschiedenen Wissenschaftszweigen und -disziplinen wurde bereits hingewiesen. Für das Feld der ökonomischen Theorie wurde darüberhinaus gezeigt, daß das Konzept von Regulation bzw. Selbstregulation an Kategorien wie Preise, Konkurrenz und Gleichgewicht rückgebunden ist. Dieses, wenn man so will, fundamentale Verständnis von Regulation wird in der neoklassischen Theorie und der Politischen Ökonomie noch durch weitere Konzepte ergänzt, für die Begriffe wie "Regulierung", "Regulation" und "regulation" stehen. Alle diese Begriffe zeichnen sich dadurch aus, daß sie auf die Begründung von Staatstätigkeiten und -

funktionen zielen: Zum einen in Gestalt der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und zum anderen in Gestalt der Theorie des Marktversagens. Die in den letzten Jahren vor allem in den USA intensiv geführte Debatte über "deregulation" ist sowohl im Kontext der neoklassischen Theorien des Marktversagens als auch der These wachsender Staatstätigkeit als Hindernis der Kapitalakkumulation angesiedelt. Ich werde in diesem Abschnitt einen – pragmatischen – Vorschlag entwickeln, wie die Konzepte von "Regulierung" und "regulation" von dem französischen "régulation"-Konzept abgegrenzt werden können.

Einleitend wurde bereits auf das Problem einer adäquaten Übertragung des französischen Begriffs *régulation* in den deutschen sozialwissenschaftlichen Sprachgebrauch hingewiesen. Mit der politischen Konjunktur der US-amerikanischen *deregulation*-Debatte auch in der Bundesrepublik ist das Problem eher noch grösser geworden, weil jetzt auch der englische Term "regulation" in direkter phonetischer Konkurrenz zu "régulation" gerückt ist. Ob "Regulation" oder "Regulierung" der angemessenere deutsche Begriff des französischen terms wäre, lässt sich selbst nach einem Blick in den *Großen Duden* nicht eindeutig entscheiden: Unter Regulation wird dort "die Regelung der Organsysteme eines lebendigen Körpers durch verschiedene Steuerungseinrichtungen (Hormone, Nerven usw.)" bzw. "die selbsttätige Anpassung eines Lebewesens an Störungen in der Embryonalzeit oder im späteren Leben" verstanden. Regulierung wiederum wird dort schlicht als "1) Regelung, 2) Herstellung des gleichmäßigen, richtigen Ganges einer Maschine, Uhr usw., 3) Begradigung eines Flußlaufs" erläutert.

Während im ersten Falle die autopoietische Komponente dominiert, steht im zweiten Falle ein bewußt handelnder Akteur – ein Uhrmacher, um im Beispiel der Definition zu bleiben – im Mittelpunkt. *Régulation* meint aber gerade die spezifische Kombination beider Momente von Anpassung, also die Verknüpfung von Struktur- und Handlungsebene. Wenn auf einer solchen definitorischer Basis auch keine endgültige Klärung zu erzielen ist, so vermögen die angeführten Erläuterungen doch dazu beizutragen, die Sprechweisen von Regulation und Regulierung im Kontext der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der neoklassischen Theorie des Marktversagens gegenüber dem *régulation*-Begriff einigermaßen plausibel abzugrenzen. In den beiden ersten Fällen, so mein Vorschlag, sollte konsequenterweise von *Regulierung* gesprochen werden, weil beide Theorien einen bewußt handelnden Akteur in Gestalt staatlicher Apparate unterstellen, der *regelnd* in den ökonomischen Prozess interveniert. "Regulierung" meint also immer intentionale Interventionen in den ökonomischen Prozess durch außermarktmäßige Akteure, insbesondere durch staatliche Organe. Das Konzept der *régulation* ist davon zu unterscheiden. Es zielt weder auf einen planmäßigen, zielgerichteten Steuerungs- und Interventionskomplex noch auf eine anarchische oder autopoietische Bewegung der Auto-Regulation. Die mit diesem Konzept verbundene Absicht besteht vielmehr gerade in der analytischen Erfassung der Vermittlung/ Artikulation beider üblicherweise autonom verhandelter Steuerungskomplexe. Ein Begriff wie "regulative Politik", wie er in der

deutschen Politikwissenschaft verwendet wird (vgl. für einen Überblick Lehner/Schubert/Geile 1983, S. 361 – 384), der "die staatliche Intervention in die Wirtschaft mittels Verboten, Geboten und Normierungen" meint (diess. S. 361), ist wegen der eingeschlossenen begrifflichen Konfundierung analytisch äußerst unscharf und sollte deshalb möglichst vermieden werden. Im Sinne meines Abgrenzungsvorschlages sollte hier von Regulierung gesprochen werden. Dies gilt entsprechend auch für Analysen wie die von Häußler/Hirsch (1987), die vorschlagen, "Parteien als regulative Instanzen" zu interpretieren: "Das Parteiensystem", so die beiden Autoren, "verkörpert den Teil des regulativen Institutionenkomplexes, in dem antagonistisch-plurale Interessen und Handlungsweisen in der Weise produziert, artikuliert, gerichtet, geformt, gefiltert und miteinander verbunden werden, daß ein relativ kohärentes, die gesamtgesellschaftliche Reproduktion gewährleistendes *staatliches Handeln sowohl ermöglicht als auch legitimiert wird*" (Hervorhebung i.O.) (diess. 1987, S. 655). Sicherlich ist nicht zu bestreiten, daß Parteien zu dem Institutionenkomplex moderner kapitalistischer Gesellschaften zählen. Auch ist es richtig, daß die heterogene innere Struktur von Parteien und deren vielschichtige Beziehungen zu Institutionen wie Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden etc. es erlauben, gesellschaftliche Probleme zu "bearbeiten". Organisationen wie Parteien und Gewerkschaften aber einfach in das begriffliche Prokrustesbett der "regulativen Apparate" zu stecken, heißt das Regulationskonzept analytisch zu überdehnen und es jeder analytischen Trennschärfe zu berauben. An den Arbeiten von Hirsch ließe sich zeigen, daß eine solche Überdehnung darüberhinaus völlig überflüssig ist: Was heute nämlich "regulative Apparate" sind, waren bis vor kurzem noch "massenintegrative Apparate" i.S. der "Apparate – Theorie" von Poulantzas (vgl. dazu Hübner 1988).

Um analytisch genauer bestimmen zu können, welches die Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen regulation-Begriff und dem Begriff der Regulierung gegenüber der *régulation*-Kategorie sind, die ich mit Regulation "übersetze", soll jetzt kurz der theoretische Raum rekonstruiert werden, in dem die ersten beiden Begriffe stehen.

(A) Der US-amerikanische regulation-Begriff hat jüngst in Gestalt der deregulation-Debatte eine breite Aufmerksamkeit gefunden. Bezugsgrundlage ist ein realer politischer Prozess. Bereits unter der Regierung Carter eingesetzt, ist die Reagan-Administration seit Beginn der achtziger Jahre in forcierter Manier damit fortgefahren, staatliche Interventionen in die Sphäre der privaten Ökonomie zurückzuschrauben. Diese deregulation bezieht sich nicht auf die Prozess- im Sinne von Geld- und Fiskalpolitik, sondern in erster Linie auf die rechtliche Regulierung von Teilmärkten, die in den USA seit den dreißiger Jahren vorgenommen wurden. Horwitz (1986, S. 143) zufolge lassen sich in den USA drei historische Wellen der *regulation* unterscheiden:

- die Regulierung des Konkurrenz- und Geldverhältnisses (Sherman Act; Institutionen wie die Federal Trade Commission und das Federal Reserve System), die durch ökonomische und soziale Stabilitätsaspekte bestimmt ist;
- die direkte Regulierung von Märkten mittels Preis- und Markt-zutrittskontrollen im Zuge der New Deal-Reformen, die sich als producer protection fassen lassen;
- die im Zuge der Great Society-Programme in den sechziger und frühen siebziger Jahren erfolgten Regulierungen, die sich als staatliche Reaktion auf die gesellschaftlichen Reformbewegungen deuten lassen und sich durch consumer protection auszeichnen.

In den späten siebziger Jahren kam es in den USA zu einer breiten deregulation-Offensive, die sich insbesondere um die Rückgängigmachung gewerkschaftlicher Rechtsansprüche und Machtpositionen sowie um die Beseitigung ökologischer Produktionsauflagen bemüht. Die vorgetragenen theoretischen Begründungen von regulation und deregulation sind äußerst vielfältig. Horwitz (1986) unterscheidet dabei prinzipiell drei Begründungslinien von regulation: (a) In der Sicht der US-amerikanischen liberalen Politikwissenschaft sind die historisch entstandenen Regulierungsinstanzen der institutionelle Ausdruck eines Sieges der allgemeinen Interessen "des Volkes" über die speziellen Interessen privater Unternehmen; (b) die sog. capture-theory in der Tradition von Mills und Miliband wiederum interpretiert diese Instanzen als Resultat einer Elitenzirkulation zwischen privater Industrie und staatlich-administrativen Apparaten, die letztere in den Dienst der speziellen Interessen stellt; (c) in der Perspektive der staatsrechtlichen Tradition von O'Connor haben die Regulatorinstanzen dagegen die Funktion, die langfristigen Interessen der Industrie zu sichern, indem sie der Vermittlung von Akkumulations- und Legitimationsfunktionen dienen und dabei die kurzfristigen Interessen der privaten Kapitaleigner gegenüber den längerfristigen Reproduktions- und Entwicklungsinteressen zurückstellen (vgl. Horwitz 1986, S. 139ff.).

Diesen eher gesellschaftstheoretischen Interpretationen und Verortungen von regulation steht (d) eine ökonomietheoretische Sicht gegenüber, die im Rahmen der neoklassischen Theorie verwurzelt ist. Regulierung, so etwa Müller/Vogelsang (1979; Müller 1983, S. 178f.), wird als Staatseingriff in die Vertragsfreiheit interpretiert, welcher über die gesetzlichen Rahmenbedingungen hinausgeht, die zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit von Märkten notwendig sind. Regulierung ist in diesem Sinne immer eine staatliche Aktivität, die sich aus dem Versagen privater Marktfunktionen begründet. Regulation ist hier sozusagen gefasst als das kompensatorische Substrat kapitalistischer Vergesellschaftungsdefizite. Müller unterscheidet in Anschluß an Bator (1958) vier Typen von Marktversagen, die dann wiederum zu Regulierungen führen:

- einzelkapitalistische economies of scale können sog. "natürliche Monopole"(z.B. lokale Telefon- oder Elektrizitätsnetze) begründen und innerhalb gegebener, geographisch abgegrenzter Märkte zu Extra- profiten führen, die über die Marktprozesse nicht abgeschöpft werden;
- externe Effekte von Produktion und Konsum, die vom Markt nicht verarbeitet werden, bewirken Fehlallokationen von Ressourcen;
- systematisch unvollständige Informationen von Marktteilnehmern können einen ruinösen Wettbewerb einleiten und das marktinduzierte Pareto - Gleichgewicht unterbinden;
- infolge von Informationslücken zwischen tatsächlichen und geäußerten Präferenzen können meritorische Güter entstehen, d.h. bestimmte Produkte und Dienstleistungen werden nicht im tatsächlich gewünschten Umfang erzeugt.

Diese Typen von Marktversagen und damit verbundenen Ineffizienzen provozieren - und erlauben - staatliche Regulierungshandlungen, bei denen die Sicherung oder Wiederherstellung allokativer Effizienz im Vordergrund steht. Diese allein im neoklassischen Begründungszusammenhang formulierte Regulierungsinterpretation ist aber wenig zufriedenstellend. Vor allem Stigler (1971) hat darauf hingewiesen, daß Marktversagen zwar ein notwendiger aber kein hinreichender Grund für Regulierung darstelle. Durch Marktversagen entstehe zwar eine Nachfrage nach Regulierung, bei ihm gefasst als politische Ware, aber es existiere kein Quasi - Automatismus, der dann das entsprechende Angebot an Regulierung auch bereitstelle: Regulierung sei, theoretisch gefasst, ein freies Gut.

In der theoretischen Debatte um regulation bzw. Regulierung geht es deshalb seit geraumer Zeit auch darum, die bloß deskriptive Ebene zu verlassen und zu einer allgemeinen Theorie von Regulierung zu gelangen (vgl. etwa Peltzman 1976). Auf der Grundlage des Stigler - Modells eines politischen Marktes, auf dem Regulierung gegen "Macht" und "Reichtum" gesellschaftlicher Gruppen getauscht wird, soll versucht werden, ökonomische und politische Prozesse integral zu analysieren (vgl. ebd.). Über alle vorfindbaren Differenzierungen hinweg, bezieht sich innerhalb dieses theoretischen Raumes Regulierung nichtsdestotrotz immer auf staatliche Tätigkeit. Die hier vorgeschlagene Sprechweise von der "Regulierung" dürfte deshalb für dieses Konzept angemessen sein.

(B) Etwas schwieriger gestaltet sich die Abgrenzung gegenüber dem Regulationskonzept in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Zwar ist auch hier der Staat das *Regulierungssubjekt* und könnte man deshalb umstandslos von Regulierung sprechen<sup>18</sup>. "Wirtschaftsregulierung", so Dolata (1985, S. 100), wird im Kontext dieses Ansatzes allerdings nicht "auf die Wirtschaftspolitik und ihr Instrumentarium reduziert, sondern als widersprüchliche Einheit des objektiven Wirkens der ökonomischen Gesetze und des sich innerhalb der dadurch gesetzten Zwänge vollzie-

Gesetze und des sich innerhalb der dadurch gesetzten Zwänge vollziehenden Handelns der Wirtschaftssubjekte begriffen". Struktur und Handlung bilden also wie in der französischen Regulationstheorie den Gegenstand des analytischen Interesses. Als allgemeinste Grundlage der Regulierung innerhalb eines kapitalistisch verfassten Systems wird das Wertgesetz angesehen. Regulierung wird entsprechend im Unterschied etwa zur neoklassischen Theorie des Marktversagens nicht als bloß marktergänzende oder -korrigierende staatliche Intervention, sondern als eigentliche Steuerungsinstanz des Gesamtproduktionsprozesses gefasst, die ihre Basis im Wertbildungsprozess hat. Dies wird ersichtlich, wenn man die Funktionen betrachtet, die der Regulierung seitens der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zugedacht werden: (a) die Verteilung der gesellschaftlichen Gesamtarbeit nach quantitativen und qualitativen Aspekten und somit die Sicherung der erweiterten Reproduktion; (b) die Sicherstellung der allgemeinen Bedingungen für die Entwicklung der Produktivkräfte; (c) die Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den spontanen Produktions- und Austauschverhältnissen und den objektiv notwendigen Proportionalitätsbedingungen (ebd.).

Ähnlich wie die französische Regulationstheorie interessiert sich auch die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus für historische Modifikationen der Durchsetzung ökonomischer Gesetze im Zuge kapitalistischer Entwicklung. Die zentrale These lautet, daß sich mit der Entwicklung der Produktivkräfte und den Veränderungen innerhalb der Produktionsverhältnisse auch die Wirkungsweisen und die konkreten Darstellungsformen der ökonomischen Regulierung verändern, das Wertgesetz also modifiziert wird (vgl. Dolata 1986, S. 20). Auf der Basis der Stadientheorie marxistisch-leninistischer Prägung werden entsprechend verschiedene Regulierungstypen bzw. -formen unterschieden:

- die *Regulierungsform der freien Konkurrenz*, die im vormonopolistischen Kapitalismus wirkte und der mit der Großen Krise 1873/1895 der Boden entzogen wurde;
- die *privatmonopolistische Regulierungsform*, die dann mit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 durch eine
- *staatsmonopolistische Regulierungsform* ersetzt wurde, bei der sich die private Monopolmacht mit der Ausweitung der ökonomischen Aktivitäten des Staates verband (Dolata 1986, S. 48ff.).

Diese historische Formbestimmung von Regulierung erinnert auf den ersten Blick in starkem Maße an die Bemühungen der französischen Regulationstheorie, unterschiedliche Typen von Regulation zu unterscheiden (vgl. dazu unten). Doch ist dies nur eine oberflächliche Ähnlichkeit. Betrachtet man sich beispielsweise das Verständnis von staatsmonopolistischer Regulierung, dann werden die Unterschiede offensichtlich: Den Kern staatsmonopolistischer Regulierung bildet "die über die monopolistische Konkurrenz vermittelte und durch die ökonomische Staatstätigkeit

allem über den Monopolisierungsprozess realisiert, in ihrer widersprüchlichen Einheit mit den an der ökonomischen (und politischen) System-sicherung ausgerichteten staatlichen Wirtschaftsaktivitäten" (Dolata 1986, S. 85f.). Regulierende Instanzen sind also die privaten Monopole und der Staat. Eine solche Bestimmung unterscheidet sich von den Konzepten der französischen Regulationstheoretiker. Zwar wird auch dort Regulation nicht etwa als "historischer Prozess ohne Subjekt" konzipiert, wie dies Hirsch/Roth (1986) in strukturalistischer Tradition vermuten. Doch sind es weder die Monopole noch ist es der Staat, die allein und exklusiv oder auch nur in dominierender Weise regulativ wirken. Regulationsinstanzen sind im Rahmen dieses Konzeptes entweder nicht-ökonomische und nicht-staatliche Instanzen bzw. strukturelle Formen oder historisch-institutionell formmodifizierte Produktionspreise. In expliziter Weise wird das Regulierungsverständnis der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus von Aglietta (1979, S. 381) abgelehnt, weil ihm zufolge Regulation dort allein auf der Basis der Konkurrenzbeziehungen interpretiert wird (s. bereits o.), während es darauf ankäme, die Bedingungen der erweiterten Reproduktion des Lohnverhältnisses und deren Einflüsse auf die Produktionspreisbildung in das analytische Zentrum einer Theorie der Regulation zu stellen. Dieser Einwand von Aglietta sollte nun allerdings nicht so verstanden werden, daß Regulation sich - methodisch gesprochen - nicht auf der Ebene der Konkurrenz darstellen müsse. Sein Argument richtet sich allein gegen die Bestimmung des Monopols als sich über die Bewegung der Konkurrenz dauerhaft hinwegsetzender ökonomischer Einheit sowie gegen die analytische Auswechslung der Produktionspreise gegen monopolistische Produktionspreise, die sich dem überzyklischen Ausgleich der Profitrate durch akkumulierte Machtressourcen zu entziehen vermögen sollen. Mit diesen machttheoretisch begründeten Monopolisierungstendenzen entwickelter kapitalistischer Ökonomien geht die weitere These einher, daß das Wertgesetz als regulative Instanz außer Funktion gesetzt oder zumindest drastisch eingeschränkt sei und die staatlichen Steuerungsleistungen kompensatorisch den gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhang sichere: "Die Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zu einem einheitlichen System zur Bewältigung der Anforderungen der Produktivkräfte..., zur Bewältigung der vom Monopol selbst erzeugten gesellschaftlichen und politischen Widersprüche - das ist das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus" (Heininger/Hess 1970, S. 28). Legt man das von mir vorgeschlagene Kriterium für die Unterscheidung von "Regulierung" und "Regulation" zugrunde, dann handelt es sich bei der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus um ein Konzept von "Regulierung".

(C) Eine kritische Auseinandersetzung mit der von der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aber auch von Spätkapitalismus-Theoretikern wie Habermas und Offe behaupteten These einer zunehmenden Funktionsverlagerung von traditionell im ökonomischen Sektor verarbeiteten Aufgaben und Problemen auf den Staat findet sich in einer Arbeit von Jürgens (1980). Dieser Beitrag ist im Zusammenhang der vorliegenden Arbeit deshalb von Interesse, weil der analytische Kern dieser

Ausführungen die Grundlagen einer Regulierungstheorie formuliert, die sich von den bislang diskutierten Regulierungsinterpretationen abheben. Der in diesen Theoriekomplexen dominanten Staatsfixierung setzt Jürgens die These gegenüber, daß auch im Sektor der privaten Ökonomie eigenständige Formen der Anpassung und Problemlösung existieren, die von ihm mit dem Begriff *Selbstregulierung des Kapitals* versehen werden. Unter Anlehnung an den Institutionenbegriff von Parsons<sup>19</sup> versteht Jürgens unter Anpassungsformen "...institutionelle Formen ökonomischen Handelns (also nicht jedes mehr oder minder pfiffige Verhalten von Individuen oder Körperschaften in Einzelfällen), welche die Bedingungen der Möglichkeiten des Kapitalverhältnisses als Organisationsform der gesellschaftlichen Reproduktion in zeitlicher, sachlicher oder sozialer Hinsicht erweitert bzw. auf neue Weise sichert" (Jürgens 1980, S. 11).

Mit seiner Hervorhebung der Bedeutung vor- und außerstaatlicher Regulierungsformen kommt Jürgens dem Gehalt des Regulationskonzeptes sehr nahe. Seine Bestimmung des Bezugsproblems von Regulierung als "Erhaltung des Kapitalverhältnisses als Organisationsprinzip der gesellschaftlichen Reproduktion" (Jürgens 1980, S. 10) unterscheidet ihn wiederum von der Neoklassik, die Regulierung, wie ausgeführt, allein in der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Marktes im Rahmen einer privat-dezentralen Ökonomie thematisiert. Diese andere Bestimmung des Bezugsproblems von Regulierung ist deshalb von Wichtigkeit, weil etwa auch die neoklassische Wohlfahrtstheorie in Gestalt des sog. "Coase-Theorems" (Coase 1960) ebenfalls außerstaatliche Formen der Selbstregulierung des Kapitals kennt, die durch vertragliche Vereinbarungen zwischen privaten Unternehmen erfolgen und staatlichen Interventionen die Berechtigungsgrundlage entziehen. Dieses "außermarktmäßige" Handeln privater Akteure wird im Rahmen des Coase-Theorems allerdings, wie etwa das Beispiel der kompensatorischen Internalisierung externer Effekte zeigen könnte, sofort wieder in das Prokrustesbett der Sicherung von Markteffizienz gezwängt.

Der Jürgenssche Begriff der Anpassungsform und der Begriff der Regulationsform, wie er für die französische Debatte charakteristisch ist, sind beides analytische Konzepte zur Untersuchung historisch besonderer Formen, in denen sich allgemeine Verhältnisse darstellen. Ihr jeweiliges Bezugsproblem ist zwar im Kern identisch, wird aber gerade an den *entgegengesetzten* Polen der kapitalistischen Grundstruktur entfaltet. Während Jürgens in kapitallogischer Tradition der westdeutschen Ableitungsdebatte der frühen siebziger Jahre den Pol "Kapital" betont, richtet die Regulationstheorie ihr Augenmerk primär auf den Pol "Lohnarbeit": Kapitalverhältnis und Lohnverhältnis werden entsprechend als jeweilige Bezugsprobleme genannt. Und während Jürgens, wie seine historische Untersuchung der Kartellbewegung in Deutschland um die Jahrhundertwende (ders. 1980, S. 47ff.) und auch seine Analyse antizipativer Anpassungspolitiken des Kapitals im Rahmen des Produktzyklustheorems zeigt, auf historische Selbstregulierungsformen des Kapitals abstellt und dabei die innerkapitalistische Form der Konkurrenz bzw. der Organisierung von

Konkurrenz betont, zielt die Regulationstheorie auf die Analyse der historischen Formen der Organisation einer klassengespaltenen Gesellschaft. Die Kategorie Lohnverhältnis ist Aglietta zufolge die für die kapitalistische Produktionsweise fundamentale gesellschaftliche Beziehung, in der sich das Verhältnis von Klassen und ökonomischem Prozess darstellt: "The wage relation ...fully defines social capital, i.e. capital in its most abstract determination. Capital is the *social relation of appropriation, as commodities*, of products of labour and labour-power sold by free individuals" (Aglietta 1979, S. 46; Hervorhebung i.O.).

Die analytischen Absichten der Konzepte von Regulierung im Jürgensschen Sinne und von Regulation liegen m.E. nicht sehr weit auseinander. Dies gilt zumindest für das Regulationskonzept von Boyer, der ebenfalls wesentlich auf den Prozess von Institutionenbildung abstellt und Regulation als spezifische Form von Anpassungsprozessen versteht, die auf der Zirkulationsebene ansetzt und dort Kontingenzen reduzieren soll. In beiden Fällen wird mithin der Versuch unternommen, Struktur- und Handlungsebene miteinander zu verknüpfen und auf diesem Wege die historischen Bewegungsformen kapitalistischer Gesellschaftsformationen zu erfassen. Beiden liegen aber unterschiedliche Perspektiven zugrunde. Politisch gewendet könnte man die zugespitzte These formulieren, daß bei Jürgens auf die Kapitalstrategien zur Gewährleistung von Reproduktion und Transformation abgestellt wird, während im Rahmen der Regulationstheorie die Analyse der Reproduktion des Gesamtsystems unter dem Blickwinkel der Lohnarbeit verhandelt wird. Beide Konzepte überschneiden sich allerdings darin, daß sie explizit nicht-staatliche Formen der Organisation von Kohärenzen in Rechnung stellen. In der analytischen Hervorhebung solcher nicht-staatlicher Organisationsformen wiederum unterscheidet sich das Regulationkonzept von den herkömmlichen Regulierungsbegriffen, die das Augenmerk nahezu ausschließlich auf staatliche Interventionen lenken. Trotz unterschiedlicher theoretischer Begründungszusammenhänge und methodologischer Vorgehensweisen zeichnen sich die Arbeiten der Regulationstheorie unter diesem Aspekt doch durch ein gemeinsames Verständnis von Regulation aus. Darauf verweist explizit bspw. Boyer (1979b, S. 11), wenn er Regulation als Komplex staatlicher und nicht-staatlicher, gesellschaftlicher Strukturen fasst, der für bestimmte zeitliche Phasen die Reproduktion des Gesamtsystems sichert: "On désignera sous le terme de régulation la conjonction des mécanismes concurrent à la reproduction d'ensemble du système, compte tenu de l'état des structures économiques et formes sociale. Cette régulation est à l'origine de la dynamique de courte et moyenne périodes..Pour sa part, la dynamique de très longue période ne résulte pas simplement de la succession de ces fluctuations et de ces cycles, mais fait aussi intervenir de façon cruciale les luttes politiques et sociales qui, tout en étant partiellement déterminées par la dynamique de l'accumulation, ne s'y réduisent pas" (Boyer 1979b, S. 11). Mit diesem auf die *Form* der jeweiligen ökonomischen Strukturen und gesellschaftlichen Beziehungen abstellenden Regulationsbegriff ist nicht allein eine Abgrenzung gegenüber Konzepten der Selbstorganisation und Auto-Regulation von (ökonomi-

schen) Systemen angezielt. Er soll zugleich theoretisch tiefere und empirisch breitere Analysen des Zusammenhangs von Ökonomie, Politik und sozialen Prozessen ermöglichen als der Begriff von Regulierung, mit dem gemeinhin Interventionen des Staates und intermediärer Organisationen auf der ökonomischen Ebene umschrieben werden. Wenn es um die Analyse solcher Mechanismen geht, so Boyer, dann bedürfte es eines semantisch so vieldeutigen Begriffes wie "Regulation" eigentlich nicht. Seiner Meinung nach, und dies stimmt mit dem in dieser Arbeit vorgeschlagenem Abgrenzungsversuch überein, decken die Begriffe "(keynesianische) Intervention" und "Regulierung" den Einfluß aktiver Politik auf den Wirkungszusammenhang ökonomischer Prozesse voll ab (Boyer 1986c, S. 22).

#### 4. *Die "Pionierarbeit" von Aglietta: Eine werththeoretisch fundierte Theorie der Regulation*

Ich habe bereits einleitend darauf verwiesen, daß von einer école de la régulation in einem strikten Sinn nicht gesprochen werden kann. Die bisherigen Ausführungen sollten gezeigt haben, daß das Regulationskonzept unterschiedliche theoretische Fundierungen aufweist. Ich möchte für das weitere Vorgehen vorschlagen, zwei prinzipielle Varianten der Regulationstheorie zu unterscheiden: Eine werththeoretisch und eine preistheoretisch fundierte Theorie der Regulation. Ich halte diese Differenzierung für analytisch brauchbarer als etwa den Vorschlag von Jessop (1988, S. 3), der drei "Schulen" des Regulationskonzeptes unterscheidet: Eine "Pariser-Schule", eine "Grenobler-Schule" und eine "Stamokap-Schule". Unter theoretischen Gesichtspunkten handelt es sich dabei nämlich keineswegs um einheitliche "Schulen": Während bspw. einige Vertreter der "Pariser-Schule" die preistheoretische Variante der Regulationstheorie favorisieren (Boyer; Benassy), sind wiederum andere Vertreter (Lipietz) Anhänger einer werththeoretischen Fundierung der Regulationstheorie. Darüberhinaus stellt sich bei einer solchen hauptsächlich geographischen Unterscheidung der Regulationskonzepte das Problem, daß Ortsveränderungen einiger Vertreter mit den unterschiedenen Schulen konfundieren. So gehörte Aglietta bspw. anfänglich sowohl zu der Grenobler- als auch zu der Pariser-Schule; seit seiner Tätigkeit an der Universität Nanterre dürfte er nur noch zur Pariser-Schule gezählt werden. Die "Stamokap-Schule" mit ihrem wichtigsten Vertreter P. Boccara, der im Jahr 1974 eine Theorie der Überakkumulation von Kapital als Theorie der Regulation von Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise vorgelegt hat, zählt i.S. des in der vorliegenden Arbeit entwickelten Unterscheidungskriteriums zwischen "Regulierung" und "Regulation" eindeutig zu den Regulierungstheorien. Zu dem Theoriebildungsprozess des Regulationsansatzes hat diese "Schule" nichts beigetragen. Dies gilt auch für die neuere Arbeit von Boccara (1983), in der das Konzept der allgemeinen Krise des Kapitalismus aufgegeben oder zumindest revidiert wurde. In seiner Untersuchung des Zusammenhangs von langen Zyklen, technologischer Veränderungen und ökonomischer Krisen entwickelt Boccara eine überakkumulations-

theoretisch begründete Innovationshypothese, wie sie bspw. ähnlich von Kleinknecht (1985) vorgetragen wird, derzufolge Aufschwungphasen langer Zyklen durch die *Diffusion* von vereinzelt bereits im Produktionsprozess eingesetzten Basisinnovationen gekennzeichnet sind, deren Arbeitsproduktivitätspotential sich allerdings nur entfalten kann, wenn die technologischen mit sozialen Innovationen einhergehen. Diese sozialen Innovationen, von Boccara mit dem Begriff der Regulierung umschrieben, verdanken sich aber ihrerseits wieder der Interventions- und Gestaltungsfähigkeit des Staates in den ökonomischen Prozess. Regulierung ist auch in diesem Falle eine staatsfixierte Kategorie.

Angesichts solcher Zuordnungsprobleme werde ich im weiteren grundsätzlich zwischen wert- und preistheoretischen Varianten der Regulationstheorie unterscheiden. Die wichtigste werttheoretisch fundierte Theorie der Regulation wurde, wie bereits mehrfach erwähnt, von Aglietta (1979) formuliert. Die Bedeutung dieser Arbeit geht allerdings weit über den werttheoretisch argumentierenden Zweig des Regulationsansatzes hinaus. In den Reihen der begeisterten Rezipienten der Regulationstheorie wird die Arbeit von Aglietta sogar als "*Das Kapital* des 20. Jahrhunderts" gefeiert (so etwa Mjoset 1985, S. 36). Trotz aller Verdienste von Aglietta ist eine solche Wertung entschieden übertrieben. Sie verkörpert aber in jedem Falle in dem Sinne eine "Pionierarbeit", daß durch sie eine Vielzahl paralleler Untersuchungen angeregt wurden. Ich werde deshalb in diesem Abschnitt eingehender die Arbeit von Aglietta diskutieren.

#### 4.1. *Die Katalysatorfunktion von Aglietta*

Der Regulationsansatz verstand sich in seinen Anfängen nicht zuletzt als eine Kritik des während der 60er und 70er Jahre in Frankreich diskussionsbestimmenden Strukturalismus der Althusser-Schule. So verweisen Aglietta / Brender (1984, S. 16) darauf, daß das Konzept der Regulation sich explizit gegen die Reduktion der Marxschen Theorie auf einen Strukturalismus, dessen Fetischisierung des Reproduktionsprozesses und vor allem die "Vergötterung" von allgemeinen Gesetzen richtete. Zumindest für die "Kerngruppe" der Regulationisten um Aglietta, Boyer, Lipietz, Mistral und Bertrand begann der Prozeß theoretischer Selbstfindung mit einer gemeinsamen Kritik strukturalistischer Konzepte, die ihrer Meinung nach Erscheinungen wie etwa den Kriseneinbruch in den kapitalistischen Kernländern ebenso wenig zu erklären vermochten wie sie imstande waren, politische Bewegungen zu analysieren (vgl. dazu etwa Lipietz 1979, S. 16 ff.). Die eigentliche Ursache für diese Defizienz des Strukturalismus Althussercher Prägung sieht Lipietz (1987) in dessen Reproduktionskonzept begründet, das zwar den Reproduktionsbegriff von seiner Beschränkung auf den Aspekt der Reproduktion der Arbeitskraft befreit und ihn wieder auf den Kreislaufprozess des Kapitals bezogen habe, aber jetzt den Kreislaufprozess sozusagen als autopoietisches System fasse, das seine eigenen Existenzbedingungen immer wieder von Neuem aus sich selbst heraus erzeugen könne. Ein solches Konzept müsse den potentiellen

Krisencharakter der Reproduktionsprozesse fast systematisch unterschlagen. So gesehen dürfte es in der Tat zutreffend sein, Regulation als antithetisches Konzept gegenüber dem Konzept der Reproduktion des Strukturalismus zu interpretieren (vgl. Jessop 1988; Demirovic 1988). Mit dem Konzept der Regulation wird dem empirischen Faktum Rechnung zu tragen versucht, daß die permanente Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse in der Wirklichkeit nicht zu beobachten ist, sondern diese Verhältnisse selbst regelmäßig in die Krise geraten und sich verändern können. Im Unterschied zum Konzept der Reproduktion ist das Konzept der Regulation also historisch offen und damit für die Analyse von Formveränderungen gesellschaftlicher Reproduktionsprozesse besonders sensibel (vgl. dazu explizit Aglietta 1979, S. 12).

Der genaue Zeitpunkt, ab dem von einer Theorie der Regulation gesprochen werden könnte, läßt sich nicht bestimmen. Der Grund dafür ist, daß die ersten Umriss einer solchen Theorie bereits diskutiert wurden, als noch keine einschlägigen Publikationen vorlagen. Die Anfänge des Regulationsansatzes gehen auf einen kollektiven Diskussions- und Forschungszusammenhang zurück, der sich institutionell in einem gemeinsamen Seminar niederschlug, das zwischen 1974 und 1975 am INSEE in Paris stattfand. Unter Beteiligung von Forschern wie C. Benetti, R. Boyer, S. de Brunhoff, G. Duménil, B. Billaudot u.a. wurde dort die Doktorarbeit von Michel Aglietta diskutiert, die dann 1976 in Frankreich in wesentlich gekürzter aber auch überarbeiteter Fassung veröffentlicht wurde. Fast zur gleichen Zeit schloß eine Forschergruppe des CEPREMAP (Centre d'études prospectives d'économie mathématique appliquées à la planification) in Paris eine Untersuchung der inflationären Prozesse der siebziger Jahre ab. In dieser Arbeit von J.-P. Benassy/ R. Boyer/ R.-M. Gelpi/ A. Lipietz/ J. Mistral/ J. Munoz/ C. Ominami wurde ebenfalls mit regulationstheoretischen Kategorien zu arbeiten versucht. Im Unterschied zu der Arbeit von Aglietta war diese Studie allerdings eindeutig eine Fallstudie, die nicht den Anspruch hatte, eine allgemeine Theorie der Regulation zu entwickeln. Ab Mitte der siebziger Jahre wurden im Umkreis des CEPREMAP dann eine Reihe weiterer Forschungen eingeleitet, die zum Ziel hatten, Grundlagen für eine Theorie der Regulation zu entwickeln. J.-P. Benassy hat neben seinen Anstrengungen um eine ungleichgewichtstheoretische, in der "Neuen Makroökonomie" gründenden Fundierung des Regulationskonzeptes sich vor allem um eine genauere Begründung der beiden Typen kompetitiver und monopolistischer Regulation bemüht; R.M. Gelpi hat sich mit den historischen Mechanismen der Geldversorgung kapitalistischer Ökonomien beschäftigt; von J. Munoz und C. Ominami wurden Fallstudien zu Frankreich und Chile erarbeitet; R. Boyer und J. Mistral haben ökonometrische Modelle der Nominalpreisbildung entwickelt und A. Lipietz hat sich mit der Frage beschäftigt, wie das Regulationskonzept in die Marxsche Werttheorie "eingebaut" werden könnte (vgl. dazu Lipietz 1979, S. 12f.). Die Resultate dieser theoretischen Grundlagenforschung wurden in den meisten Fällen nicht offiziell publiziert, haben allerdings Eingang in spätere Arbeiten gefunden. In dieser Phase des Forschungs- und Theoriebildungsprozesses wurde die Aufsplit-

tung in wert- und preistheoretisch argumentierende Regulationstheorien stark forciert. Beeinflusst von diesen Vorarbeiten wurde insbesondere die in einen internationalen Vergleich eingebettete Untersuchung des französischen Kapitalismus von Boyer und Mistral (1978), in deren Mittelpunkt der Zusammenhang von Akkumulations- und Inflationsprozessen steht. Für die von Boyer später reklamierte Keynes-Kalecki-Fundierungen seines Regulationskonzeptes wurden hier erste Grundlagen gelegt. In einem ausführlichen Vergleich der Krisen 1930 und 1975 wurden in dieser Arbeit bereits unterschiedliche Typen bzw. historische Formen von Regulation herausgearbeitet: Bezogen auf die Entwicklung der Preise wurde etwa die sog. kompetitive Regulation durch einen zyklischen Preisverlauf bestimmt, d.h. im Zuge der Krise und damit der Unterauslastung von Produktionskapazitäten kommt es zu einem Verfall der Warenpreise, der sich auch auf den Preis der Ware Arbeitskraft - den Lohn - erstreckt. Für den Fall der sog. monopolistischen oder administrierten Regulation wurde festgestellt, daß die Warenpreise eine steigende Tendenz aufweisen, die dann in der Situation der Krise zur Stagflation führt. Während die Konstellationen des Arbeitsmarktes in bezug auf das Verhältnis von Beschäftigungsgrad und Nominallohn im Fall der kompetitiven Regulation mit der Phillips-Kurve beschrieben werden kann, gilt der dort unterstellte Zusammenhang für die monopolistische Regulation nicht länger (vgl. diess. 1978, S. 129 ff.). Beide Typen von Regulation unterscheiden sich dieser Analyse zufolge im Kern durch unterschiedliche Prozesse der Preisbildung, insbesondere durch unterschiedliche institutionelle Bedingungen der Nominallohnbildung (vgl. dazu genauer III. Kap.).

Weitere Beiträge zur Entwicklung der Regulationstheorie finden sich bei de Bernis (1977) und der Groupe des Recherches sur la Régulation de l'Economie Capitaliste (G.R.R.E.C.) der Universität Grenoble (1980)<sup>20</sup>. Bei de Bernis (1975) findet sich bereits eine Unterscheidung zwischen "Krise" und "großer Krise", die in ein erstes Verständnis von Regulation eingebettet ist. De Bernis zufolge (1975, S. 98) vermag der Typus kompetitiver Regulation das ökonomische Gleichgewicht im Zeitablauf nicht zu gewährleisten; die zyklischen Krisen wirken als funktionale Substitute fehlender übergreifender Regulationsmechanismen und ergänzen auf diese Weise die Leistungen der kompetitiven Regulation. Die "große Krise" demgegenüber sprengt das System der Regulation; die Korrekturen der Krise reichen nicht zur Herstellung neuer Gleichgewichte aus. Erforderlich ist jetzt eine "neue institutionelle Ordnung". Dieser erste Erklärungsansatz von de Bernis ist allerdings noch recht mechanisch und durch einen funktionalistischen Bias gekennzeichnet, insbesondere was den konzeptionellen Stellenwert ökonomischer Krisen anbelangt. Die Krise wird hier allein - und damit in enger Anknüpfung an das systemtheoretische Konzept der Autopoiesis - als Mechanismus zur "Wiederherstellung der Ordnung" begriffen. Ob als funktionale Regulation im Falle der zyklischen Krise oder als strukturelle Regulation beim Auftreten von "großen Krisen", in den frühen Arbeiten von de Bernis, so der kritische Kommentar von Barrère/ Kebadjian/ Weinstein (1983, S. 77), behält die Krise stets den Charakter einer "einfachen Verrichtung der Systemanpassung". Restruktu-

rierungsprozesse als "Suche" nach neuen "Gleichgewichten" werden ausgeblendet, indem Krise und Restrukturierung ineins gesetzt werden. Damit wurde aber auch das Verhältnis von ökonomischem Prozess und institutioneller Struktur theoretisch kurzgeschaltet.

Die Gruppe um Ch. Palloix und Y. Granou, die in der Literatur manchmal ebenfalls als "Grenoble-Schule" bezeichnet wird, weil sie am *Institut de Recherche Economique et de Planification* (IREP) in Grenoble arbeitet, kam wiederum über den "Umweg" der Internationalisierungstheorien von Kapital zu einem ersten rudimentären Verständnis von Regulation (vgl. dazu bereits I. Kap., Abschnitt 1). Zu dieser "Schule" ist ursprünglich auch Michel Aglietta zu zählen, der sich bemühte, den Internationalisierungsprozess der komparativ überlegenen Produktionsbedingungen von Profit seitens des US-Kapitals zu untersuchen. Unter Rückgriff auf die Perrouxsche Kategorie der "économie dominante" (vgl. Perroux 1954) formulierte Aglietta als forschungsleitende Hypothese, "daß die Existenz einer stabilen internationalen Wirtschaftsordnung nur das Ergebnis der Hegemonie einer global dominierenden kapitalistischen Metropole ist" (Aglietta 1975; 1978; deutsch 1979a, S. 71). Die Art der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in einem solchen Zeitabschnitt sei bestimmt durch den Rhythmus und die Form der internationalen Expansion des Kapitals, dessen Verwertung im dominanten Land verwurzelt ist. Für das Verständnis der gegenwärtigen Krise auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen sei es daher von Bedeutung, das Wesen der Hegemonie der Vereinigten Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die Bestimmungsfaktoren und die Form der Internationalisierung des amerikanischen Kapitals zu erfassen".

Im Rahmen dieser "Schule" wurde darüberhinaus versucht, das Regulationskonzept auch krisentheoretisch nutzbar zu machen. So knüpfte etwa Palloix (1977; dtsh: 1979) am Arbeitsprozeß als Ort der Mehrwertproduktion an, um seine Unterscheidung zwischen "organischer Krise" und "Regulierungskrise" zu begründen. Palloix zufolge, und hier bewegt er sich im mainstream tradierter marxistischer Krisentheorien, ist die Krise die Grundtendenz der kapitalistischen Produktionsweise, die so lange latent bleibt, wie sich Gegentendenzen zum Fall der Profitrate, der ihm zufolge die Dauerkrise bedingt, in Gestalt von Regulierungs- und Funktionsnormen etablieren können. Eine organische Krise liegt diesem Verständnis nach genau dann vor, wenn solche Regulierungsnormen nicht länger greifen und die Organisierung der Gegentendenzen zum Fall der Profitrate die offene Krise nicht länger verhindern kann (vgl. Palloix 1979, S. 236)<sup>21</sup>. Regulierung stellt sich dabei einmal dar als aktive Intervention des Staates in den ökonomischen Prozess und zum zweiten als Tendenz einer räumlich-geographischen Externalisierung der Profitkrise in Gestalt der Internationalisierung von Kapital, durch die der Verschlechterung nationaler Verwertungsbedingungen begegnet werden soll (ebd.). Während die Regulierungsnormen auf der Ebene der Zirkulationsebene angelagert sind und sich deren Defizienzen als Krise des Profits darstellen (müssen), verweist die organische Krise auf Widersprüche im unmittelbaren Produktionspro-

zess, die sich als Krise der Mehrwertproduktion ausdrücken. In dieser Situation werden Veränderungen im Arbeitsprozess ebenso notwendig wie die Transformation der "Akkumulationsweise" und die Form internationaler Arbeitsteilung (ders. 1979, S. 240f.; S. 247 ff.).

Alle diese Bemühungen sind von der Arbeit Agliettas stark beeinflusst<sup>22</sup>. Die von Aglietta entwickelten Grundkategorien des Regulationskonzeptes und die von ihm vorgeschlagenen Forschungshypothesen haben Eingang in alle regulationstheoretischen Arbeiten gefunden. Schon in dieser Anfangsphase hat sich aber auch gezeigt, daß die theoretischen Begründungen äußerst unterschiedlich ausfallen können. Darüberhinaus haben sich die Wege der weiteren Theoriebildung auseinanderentwickelt. Während die Arbeit von Aglietta ausdrücklich auf die Formulierung allgemeiner Sätze und die Konstruktion theoretischer Kategorien zielte und der dieser Untersuchung zugrundegelegte Fall der historischen Entwicklung des US-Kapitalismus allein illustrativen Charakter hat, zeichnet die preistheoretischen Varianten des Regulationskonzeptes eine deutlich stärkere empirische Orientierung aus. Im Zentrum der Forschungsarbeiten steht die Erklärung empirischer Probleme; der "konkrete Stoff" dieser Untersuchungen wird dann dazu verwendet, den kategorialen Baukasten weiter zu entwickeln. Als Ergebnis dieses Differenzierungsprozesses kann man bereits an dieser Stelle festhalten, daß die werttheoretisch fundierten Varianten der Regulationstheorie viel an Einfluss verloren haben. Die Katalysatorfunktion von Agliettas "Pionierarbeit" erwies sich im Prozess der Entfaltung des Theoriebildungsprozesses schnell als aufgebraucht. Seit den frühen achtziger Jahren dominieren innerhalb des Regulationsansatzes eindeutig die preistheoretischen Varianten der Theorie der Regulation. Die werttheoretische Linie wird, zumindest in Frankreich, fast nur noch von Lipietz vertreten. Schon aus diesem Grunde ist es für die vorliegende Arbeit notwendig, die "Pionierarbeit" Agliettas etwas genauer zu diskutieren.

#### 4.2. *Agliettas "Theorie der Regulation"*

Agliettas Theorie kapitalistischer Regulation knüpft an die Marxsche Kritik der Politischen Ökonomie, zentral an den Ausführungen im "Kapital", an und versteht sich methodisch in erster Linie als ein intermediäres Konzept, das die abstrakten Gesetzmäßigkeiten des homogenen Raumes des Wertes mit den historisch-empirischen Prozessen zu vermitteln versucht: "The study of capitalist regulation...cannot be the investigation of abstract economic laws. It is the study of the transformation of social relations as it creates new forms that are both economic and non-economic, that are organized in structures and themselves reproduce a determinant structure, the mode of production" (Aglietta 1979, S. 16).<sup>23</sup> Das Ziel dieser Arbeit, so Aglietta (1979, S. 17) kurz darauf, "is to develop the potential of Marx' concepts by deploying them in a critical study of the major social transformations of the past century". Der geschichtliche Prozess wird von Aglietta nicht als empirischer Beleg für die Richtigkeit ( oder Falschheit) abstrakter Sätze in die Theoriebildung eingeführt, sondern als "...in-

dispensable component of the experimental procedure" (ebd.) begriffen, das direkt das Spannungsverhältnis zwischen Abstraktem und Konkretem berührt: In der Formulierung von "Gesetzmäßigkeiten" ist ihm zufolge die Geschichte schon immer eingeschlossen.

Schematisch lässt sich das methodologische Verständnis von Agliettas Theorie der Regulation wie folgt darstellen:

---

Allgemeine Gesetze der Reproduktion kapitalistisch  
verfasster Gesellschaften

---

*Theorie der Regulation*

---

Durchsetzung der allgemeinen Gesetze in jeweils  
historisch bestimmten Formen

---

Im methodischen Feld der Artikulation der Gesetze der Kapitalakkumulation mit den Gesetzen der Konkurrenz sieht Aglietta, wie bereits gezeigt (vgl. Abschnitt 2), entsprechend auch einen Schwerpunkt seiner Ausführungen. Die methodologische Aufschlüsselung dieses Problems erfordert ihm zufolge "to elucidate the contradictory process of the generalization of the wage relation and the stratification of the two polar classes...constituted by it. It means to ask what determines the hierarchy of social relations and the mode of social unification engendered by the accumulation of capital. It means to subordinate analysis of the movement of individual capitals to that of the social capital, defined by the wage relation or the social relation of the appropriation of both the products of labour and labour-power itself as commodities" (Aglietta 1979, S. 18).

Methodologisch gliedert sich die Arbeit von Aglietta entsprechend in zwei große Teile: In der ersten Hälfte konzentriert sich Aglietta – ausgehend von einer Untersuchung der allgemeinen Gesetze der Kapitalakkumulation – auf die historischen Transformationen des Lohnverhältnisses. Entwickelt wird dabei eine sequentielle Ordnung struktureller Formen. In der zweiten Hälfte werden – ausgehend von der Analyse der Gesetze der Konkurrenz und der Herausbildung einer Durchschnittsprofitrate – die historischen Transformationen der Produktionsbeziehungen zwischen den Kapitalen (rapports intercapitaliste) untersucht.<sup>24</sup> Ich werde im folgenden die Ausführungen Agliettas exemplarisch darstellen und mich dabei auf die methodologisch-theoretische Verankerung einiger Schlüsselbegriffe kon-

zentrieren. Auf eine Diskussion der empirischen Ausführungen zu den USA werde ich weitgehend verzichten (vgl. dazu ausführlich Davis 1978).

#### 4.2.1 *Das Grundkonzept von Regulation*

Im Unterschied zur neoklassischen subjektiven Werttheorie, aber auch in Absetzung gegenüber manchen Werttheorie-Interpretationen der marxistischen Tradition betont Aglietta den Stellenwert eines allgemeinen Äquivalents in Gestalt des Geldes für die Entwicklung einer nicht-redundanten Werttheorie, das notwendig ist, um in einer marktvermittelten Ökonomie die Korrespondenz zwischen vergangener, gegenwärtiger und zukünftiger abstrakter Arbeit, also die Verbindung zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft gesellschaftlicher Prozesse herzustellen.<sup>25</sup> Was wie selbstverständlich anmuten mag, ist in der ökonomischen Theorie keineswegs eine Banalität. Die neoklassische Theorie etwa verfügt, auch in ihrer entwickeltsten Form der Arrow-Debreu-Theorie, über kein theoretisches Verständnis von Geld. Hahn (1985, S. 34) spricht sogar davon, daß die Einführung von Papiergeld der Arrow-Debreu-Theorie den Boden entziehen würde, weil keine theorieimmanente Begründung gegeben werden kann, warum ökonomische Akteure zu einem beliebigen Zeitpunkt ein solches wertloses Tauschmittel in ihrem Portfolio halten sollten. Für die Fragen, die sich die neoklassische Theorie innerhalb ihres Referenzsystems stellt, kann auf ein Geldkonzept u.U. sogar verzichtet werden. Einen solchen Verzicht können sich Theorien allerdings nicht erlauben, die sich das Verhältnis von privater und gesellschaftlicher Rationalität zum Problem machen. In der neoklassischen Theorie wird dieses Verhältnis, wie bereits ausgeführt, durch die Gestalt des Auktionsators (Walras-Variante) oder der Unterstellung einer unendlichen Zahl von Zukunftsmärkten (Arrow-Debreu) einfach ausgeklammert: Die individuellen ökonomischen Akteure sind auf diese Weise vollkommen informiert und über die relevante Zukunftsperiode in ihren Erwartungen vollkommen sicher. Diskrepanzen zwischen privater und gesellschaftlicher Rationalität werden auf diese Weise auch für privat-arbeitsteilige Systeme ausgeschlossen. In der Marxschen Theorie wird demgegenüber der mit der kapitalistischen Warenproduktion systemisch gesetzte Gegensatz von privater und gesellschaftlich notwendiger Arbeit als zentrale Erscheinung des Verhältnisses von individueller und gesellschaftlicher Rationalität in das Zentrum der Theoriebildung gestellt. Als eine Bewegungsform dieses systemischen Gegensatzes wird von Marx bekanntermaßen die Geldform entwickelt. An dieser grundsätzlichen Gestalt des Geldkonzeptes knüpft auch Aglietta an. Geld wird von ihm zentral und vorrangig als Maß der Werte interpretiert, das im Zeitablauf selbst Veränderungen und Schwankungen unterworfen ist. Mit diesem Verständnis versucht Aglietta dem Umstand Rechnung zu tragen, daß (a) die Wertproduktion als Einheit von Produktion und Zirkulation zu begreifen ist und (b) die Reproduktionsfähigkeit des ökonomischen Systems keineswegs automatisch gesichert ist. Durch den Austausch von Ware gegen Geld wird der "potentielle Wert" abstrakter Arbeit erst in "wirklichen" Wert verwandelt,

d.h. als gesellschaftlich notwendige Arbeit positiv sanktioniert. Das Medium dieser Sanktionierung ist Geld, das so als notwendiges Vergesellschaftungsmedium arbeitsteiliger Privatproduktion gefasst wird. Aglietta favorisiert mit dieser Vorgehensweise ein theoretisches Konzept des monetären Ausdrucks gesellschaftlich notwendiger Arbeit: "...it is the monetary expression of the working hour that indicates of how many monetary units the quantum of abstract labour, the homogenous element of society's overall labour, is the equivalent" (Aglietta 1979, S. 41). Das Verhältnis zwischen Wertprodukt, also dem Tauschwert des von der gesellschaftlichen Arbeit geschaffenen Nettoprodukts und der gesamten Menge abstrakter Arbeit wird von ihm als sog. monetary constraint gefasst, der die Schranke der Wertrealisierung markiert. Ich werde auf dieses Konzept im Zusammenhang mit der Erörterung der Frage "Regulationstheorie – mit oder ohne werttheoretische Fundierung?" noch genauer eingehen (vgl. Abschnitt 6). Es sei aber bereits an dieser Stelle darauf verwiesen, daß Aglietta mit dieser konzeptionellen Anknüpfung an der monetären Erscheinungsform des Wertes sich bemüht, Wert- und Preisebene über die Markt-, d.h. die Austauschsphäre miteinander zu vermitteln. Da die Akte Produktion und Tausch voneinander separiert sind, besteht die prinzipielle Möglichkeit, daß verausgabte konkrete Arbeit sich im Austausch nicht gesellschaftlich verwerten kann, wodurch sich dann wiederum die im Geldausdruck versammelten Äquivalenzbeziehungen verändern können. Bindeglied zwischen Wert- und Preisebene ist also das Geld, das selbst wieder Veränderungen des Gesamtproduktionsprozesses spiegelt.

Die fundamentale Beziehung der kapitalistischen Produktionsweise, die das Kapital in seinen allgemeinsten Bestimmungen definiert, ist Aglietta zufolge (Aglietta 1979, S. 46) das Lohnverhältnis. Es teilt den allgemeinen ("homogenen") Raum des Wertes auf, indem es die gesamte abstrakte Arbeit  $VA$  in den Wert der Arbeitskraft  $V$  und den Mehrwert  $SV$  spaltet. Auf der Oberfläche der kapitalistischen Produktion erscheint diese Aufteilung vermittelt durch das Geld. Das Lohnverhältnis, gefasst als Tauschverhältnis, stellt also eine Beziehung monetärer Äquivalenz dar, die im Lohn erscheint. Zwischen Wert der Arbeitskraft und Lohn wird von Aglietta ein Zusammenhang hergestellt, der ihn letztlich zu einer werttheoretisch fundierten Verteilungstheorie führt: Zunächst wird das Lohnverhältnis als Verhältnis von Mehrwert und Wert der Arbeitskraft formuliert:  $e = SV/V$ . Die Mehrwertrate  $e$  gibt die Aufteilung der gesamtwirtschaftlichen Mehrwertmasse an. Als makroökonomisches Konzept und definiert innerhalb des homogenen Werttraumes zeigt es auf, daß das Kapitalkonzept auf gesellschaftlich notwendiger Arbeit beruht, die wiederum ein entwickeltes Lohnverhältnis zur Grundlage hat. Die gesamte Menge abstrakter Arbeit  $VA$  ist mit dem Wertprodukt  $VP$  über den monetary constraint verbunden:  $m = VP/VA$ . Die Größe  $m$  drückt dabei den aktuellen Geldausdruck einer Arbeitsstunde aus. Da im Prozess der Kapitalverwertung nicht die absolute Höhe des Lohns die Realisierung von Wert bestimmt, sondern allein der Anteil der Konsumausgaben der Lohnabhängigen an ihrem Lohn, hängt die Verwandlung des Wertes der Arbeitskraft in den Lohn nicht von dem aktuellen Geldausdruck einer

Arbeitsstunde  $m$  sondern von einem Betrag  $m^*$  ab, der sich als eine Funktion vergangener Beträge von  $m$  darstellt.

Bezeichnet man das Verhältnis von Lohnsumme  $S$  (Produkt von  $m^*$  und  $V$ ) zur Menge abstrakter Arbeit als nominellen Referenzlohn  $s^*$ , dann ergibt sich aus diesen Definitionen

$$s^* = S/VA = S/V+SV = m^*V/V+SV = m^*/1+e.$$

Aus diesem definitorischen Zusammenhang zwischen Lohn und Wert der Arbeitskraft werden von Aglietta zwei Schlüsse gezogen: (1) Die gesamtwirtschaftliche Einkommensverteilung ist auf den gesellschaftlichen Beziehungen in der Produktion gegründet. Was sich quantitativ als Mehrwertrate darstellt, beruht auf einer qualitativen Differenz der beiden gesellschaftlichen Klassen gegenüber den Bedingungen der Produktion. Da sich die Profite als Differenz von Wertprodukt  $VP$  und Lohnsumme  $S$  ( $P = VP - S$ ) ergeben und die Lohnsumme wiederum an den Wert i.S. der je konkreten Bedingungen der Wertproduktion rückgebunden ist, ergibt sich die Möglichkeit einer werttheoretisch fundierten Verteilungstheorie. (2) Die Verteilung der Einkommen ist eine Funktion der Entwicklung des monetären Ausdrucks der Arbeitsstunde und der Mehrwertrate. Steigt bspw.  $m$  schneller als  $m^*$ , dann wird der den Arbeitern in Geldform zugeteilte Anspruch auf das Wertprodukt abgewertet. Inflationäre Prozesse, die sich in einem schnelleren Anstieg von  $m$  gegenüber  $m^*$  ausdrücken, wirken also verteilungsbestimmend.

Für die Mehrwertrate lässt sich eine alternative Schreibweise formulieren. Da die Differenz zwischen der einheitlichen Zeit der Wertproduktion  $t_v$ , also dem Zeitraum eines gegebenen Arbeitstages, in dem Werte produziert werden, und der Zeit zur Reproduktion der Arbeitskraft  $t_n$ , die Mehrarbeitszeit ergibt und entsprechend die Mehrwertrate  $e$  als Relation von  $(t_v - t_n)/t_n$  geschrieben werden kann, wird unmittelbar sichtbar, daß die Mehrwertrate eine Produktionsbeziehung beschreibt. Ausgehend von einem Arbeitstag mit historisch bestimmter Länge  $T$  gilt die Ungleichung:  $t_n < t_v < T$ . Der Differenz von  $T$  und  $t_v$  entsprechen dabei die Poren des Arbeitstages. Die Mehrwertrate (oder "Ertragsrate der gesellschaftlichen Arbeit"; rate of return on social labour-power, Aglietta 1979, S. 50) ist demnach eine Funktion mit drei Variablen. Der Anstieg dieser Ertragsrate hängt ab von (a) dem Rückgang von  $t_n$ , (b) dem Anstieg von  $t_v$  infolge einer Ausweitung von  $T$  und (c) von einem Rückgang der Differenz  $(T - t_v)$  bei konstantem  $T$ . Je nach Veränderung der drei Variablen lassen sich unterschiedliche Methoden der Mehrwertproduktion analytisch unterscheiden. Neben den Methoden der Produktion absoluten Mehrwerts (b und c) ist für Aglietta insbesondere die durch die Verringerung der Zeit zur Reproduktion der Arbeitskraft gekennzeichnete Methode der Produktion relativen Mehrwerts von Interesse. Die für dieses Verfahren konstitutive Steigerung der Arbeitsproduktivität, definiert als Transformation der produktiven Kräfte im Zeitablauf, verändert die Struktur des gesellschaftlichen Kapitals, wobei Aglietta analytisch drei

Einflußfaktoren unterscheidet: (a) Das System der gesellschaftlichen Äquivalenzbeziehungen vor dem Austausch; (b) die unmittelbaren Wirkungen der Arbeitsproduktivitätssteigerung auf die organische Zusammensetzung des Kapitals; (c) die von der Veränderung der Äquivalenzbeziehungen ausgehenden Wirkungen auf das Gesamtsystem. Mittels einer formalen Aufbereitung des hier zugrundeliegenden Zweck-Mittel-Dilemmas kapitalistischer Produktion vermag Aglietta zu zeigen, daß die im Verhältnis von Mehrwertratesteigerung und Anstieg der Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts liegende latente Schranke der Kapitalakkumulation nur überwunden werden kann, wenn im Zuge der Transformation der Produktionsprozesse auch die Lebensverhältnisse der Lohnarbeiterklasse revolutioniert werden. Wenn also sich das neue Produktivitätsniveau über alle Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion verallgemeinert (Aglietta 1979, S. 53-65) und mit der Veränderung der Produktionsnormen sich auch die Konsumnormen wandeln. Ich will diese, bislang nur in ihrem Resultat zusammengefaßten Überlegungen Agliettas im weiteren etwas transparenter machen, um so ihre analytische Fundierung und ihren theoretischen Gehalt beschreiben zu können. Nach meinem Verständnis handelt es sich dabei um das Kernstück von Agliettas Theorie der Regulation, jedenfalls was die hier entwickelte Leseweise der Geschichte kapitalistischer Akkumulation und ihrer Krisen anbelangt.

Aglietta definiert Arbeitsproduktivität, wie bereits angedeutet, als *solche* Prozesse der Transformation der Produktivkräfte, die im Zeitablauf die Mehrwertrate erhöhen, indem sie die Struktur des gesellschaftlichen Produktionsprozesses verändern (Aglietta 1979, S. 55). Die so definierte Arbeitsproduktivität, obwohl von einzelnen Kapitalen in Gang gesetzt, ist also analytisch auf der Makroebene des Systems angesiedelt. Ihren gesellschaftlichen Charakter erhält sie durch die Initiierung von Instabilitäten in den äquivalenten Tauschbeziehungen: "We may say that *labour productivity involves a continuous series of feedbacks from the set of exchange equivalence classes onto itself*. It defines an irreversible temporal transformation" (ebd.; Hervorhebung i.O.). Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist dann identisch mit relativer Mehrwertproduktion, d.h. mit dem Prozess eines Rückgangs von  $V$  bei einer gegebenen Menge abstrakter Arbeit  $VA$ . Die Transformation der Produktivkräfte bedeutet deshalb eine Modifikation der technischen Zusammensetzung des Kapitals im Zuge der Ökonomisierung von Arbeitskraft. Für die Agliettasche Argumentation ist nun im weiteren seine Unterscheidung von Wertzusammensetzung des Kapitals  $k$  und Wertzusammensetzung des Gesamtproduktes  $q$  von Bedeutung. Die Wertzusammensetzung des Kapitals entspricht wie bei Marx dem Verhältnis von konstantem zu variablem Kapital. Soweit in dynamischer Betrachtung die Wertzusammensetzung Variationen im Einsatzverhältnis von Produktionsmitteln und Arbeitskraft (das ist die technische Zusammensetzung des Kapitals) widerspiegelt, handelt es sich um die von Marx so bezeichnete organische Zusammensetzung des Kapitals (MEW 23, S. 640)<sup>14</sup>. Im Zuge seines reproduktionstheoretischen Verständnisses, das den Verwertungsprozess des Gesamtsystems abbilden soll, führt Aglietta daneben noch den Begriff der Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts ein.

Da sich das Wertprodukt VE ergibt als Summe aus konstantem Kapital C, variablem Kapital V und Mehrwert SV

$$VE = C + V + SV$$

und weil die Wertzusammensetzung des Kapitals definiert ist als

$$k = C/V$$

ergibt sich für die Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts

$$q = C/VE = C / C+V+SV = k/k+1+e.$$

Zwischen k und q gibt es einen definitorischen Zusammenhang dergestalt

$$k = C/V = C/VE \times VE/V = q(k+1+e) = (1+e)q/(1-q).$$

Dieser Zusammenhang drückt aus, daß die Wertzusammensetzung des Kapitals k sich bei einer als konstant angenommenen Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts q in Abhängigkeit von der Mehrwertrate e verändert. Analytisch bedeutet dies, daß Wertzusammensetzung und organische Zusammensetzung des Kapitals im Sinne der Marxschen Definition nicht identisch sind. Diese fallen nur dann zusammen, wenn C/V unabhängig von der Entwicklung der Mehrwertrate aufgrund einer steigenden technischen Zusammensetzung zunimmt.

Ein ähnlicher Argumentationsgang findet sich bereits bei Okishio (1961; hier zitiert nach 1974). Auch Okishio trifft eine Unterscheidung zwischen Wertzusammensetzung des Kapitals k und Wertzusammensetzung der Produktion. Weil Okishio zufolge (1974, S. 176) bei der Marxschen Definition von organischer Zusammensetzung des Kapitals diese von den eingesetzten Produktionstechniken und dem Reallohnsatz abhängt und deshalb die organische Zusammensetzung auch bei unveränderten Produktionstechniken, aber Änderungen des Reallohnsatzes, entgegen dem Marxschen Verständnis steigen oder fallen kann, schlägt er eine andere definitorische Begriffsfassung vor:

$$b = C/V + SV$$

Dieses Maß hängt jetzt allein von den Produktionstechniken ab und gibt das Verhältnis von indirekter und direkter Arbeit wider. Den Ausdruck b bezeichnet Okishio als "organische Zusammensetzung der Produktion". Sie weicht von der Agliettaschen Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts dahingehend ab, daß Aglietta im Nenner des Ausdrucks nicht bloß die direkte Arbeit (V und SV) sondern auch noch die indirekte Arbeit (C) berücksichtigt. Der Kern der Argumentationen ist aber weitgehend identisch. Zwischen b und der Wertzusammensetzung des Kapitals k besteht jetzt folgender Zusammenhang:

$$k = C/V = C/V + SV \times V + SV/V = b (1+e).$$

Die Wertzusammensetzung  $k$  wächst bei konstantem  $b$  im Ausmaß der Steigerung der Mehrwertrate  $e$ .

Im Falle der relativen Mehrwertproduktion erhöht sich beim Marx'schen Typus von technischem Fortschritt das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit ( $b$ ). In den Darstellungen bei Aglietta und Okishio bleibt dies dagegen offen. Darüber entscheidet, und das ist eine der zentralen Thesen Agliettas, der Prozess der sektoralen Durchsetzung der neuen Produktivitätsnorm, wie sie sich in der Abteilung I herausgebildet hat. Geht bspw. das Wachstum der technischen Zusammensetzung mit einem überproportionalen Produktivitätsfortschritt in Abteilung I einher, dann sind Wertzusammensetzung und organische Zusammensetzung des Kapitals nicht identisch, weil im Zuge eines solchen Prozesses die "organische Zusammensetzung der Produktion" (Okishio) bzw. die "Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts" (Aglietta) konstant bleibt.

Indem Aglietta diese begrifflichen Unterscheidungen in seiner weiteren Analyse berücksichtigt, kommt er zu einer gegenüber der üblichen marxistischen Interpretation anderen analytischen Einschätzung der Wirkungen der Methoden relativer Mehrwertproduktion auf den ökonomischen Gesamtprozess. Betrachten wir zunächst die Profitrate. Sie lässt sich schreiben als

$$r = SV/C+V = e/k+1.$$

Setzt man den entwickelten definitorischen Zusammenhang zwischen  $q$  und  $k$  ein, dann erhält man:

$$r = e(1-q):(1+e)q+1.$$

Die Profitrate ist also bestimmt durch die Mehrwertrate und die Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts, die wiederum die Wertzusammensetzung des Kapitals bestimmt. Diese Modellierung der Verwertungsstrukturen des Systems gesellschaftlicher Reproduktion erlaubt Aglietta im weiteren eine genauere Analyse der Wirkungen der Methoden relativer Mehrwertproduktion auf den Gesamtprozess und dessen Steuerungsgröße in Gestalt der Profitrate. Der übliche Argumentationsschritt von der technischen zur organischen Zusammensetzung des Kapitals und dann zur Profitrate wird unter Berücksichtigung obiger definitorischer Zusammenhänge dabei reformuliert. Auf diese Weise wird die Analyse eines breiten Spektrums technischer Fortschrittsfunktionen möglich.

Das von Aglietta gewählte Argumentationsmodell stellt sich wie folgt dar. Um die Auswirkungen relativer Mehrwertproduktion auf die Struktur des gesellschaftlichen Kapitals und damit auf die Profitrate angeben zu können, zerlegt er den Prozess in drei Sequenzen, die durch die Indizes 1,2,3 gekennzeichnet sind. Im ersten Schritt wird ein System äquivalenter

Tauschbeziehungen vor der sich in einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals niederschlagenden Einführung von Methoden der relativen Mehrwertproduktion definiert; im zweiten Schritt wird auf die unmittelbaren Wirkungen der Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals abgestellt; im dritten Schritt wird schließlich untersucht, welche Wirkungen die derart in Gang gesetzte Revolutionierung der Äquivalenzbeziehungen auf den Gesamtprozess hat.

Ausgangspunkt ist die Definition der Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts:  $q = C/VE$ . Die Aufgabe für Aglietta besteht im weiteren darin, den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals als einen autonomen Anstieg von  $q$  zu definieren, so daß (a)  $q_2 > q_1$  und (b)  $q_3$  sich als eine Funktion von  $q_2$  und  $q_1$  darstellen lässt. Nur über diese Sequenz lassen sich Aglietta zufolge die Wirkungen relativer Mehrwertproduktion auf die Profitrate und so auf das Gesamtsystem adäquat erfassen. Da bei der relativen Mehrwertproduktion die Menge verausgabter abstrakter Arbeit definitionsgemäß konstant bleibt, gilt  $VA_1 = VA_2 = VA_3$ . Auswirkungen hat die relative Mehrwertproduktion allerdings auf die Äquivalenzstruktur der Tauschbeziehungen. Diese lässt sich als Funktion der Wertzusammensetzungen des Gesamtprodukts darstellen, d.h. als  $f(q_1, q_2 - q_1)$ .  $f = 1$  für den Fall, daß  $q_2 = q_1$ .

Unter diesen Voraussetzungen gilt dann:

$$C_3/C_2 = 1/f \text{ und deshalb:}$$

$$C_3/VE_3 = C_2/f : C_2/f + VA_2 = q_2/q_2 + f(1 - q_2) < q_2.$$

Diese Ungleichung kann als erfüllt angesehen werden, weil für alle  $q_2 > q_1$  gilt:  $f > 1$ .

Die Profitrate lässt sich für dieses System schreiben als

$$r_3 = SV_3/C_3 + V_3 = e_3/k_3 + 1 = e_3(1 - q_3) : 1 + q_3 + e_3$$

D.h. die Entwicklung von  $r_3$  kann nur bestimmt werden, wenn die Funktion  $f$  spezifiziert ist. Die Auswirkungen der Methoden relativer Mehrwertproduktion vollziehen sich in einem arbeitsteiligen, über Tauschprozesse sich vergesellschaftendem System im Zeitablauf über die Veränderungen der Wertzusammensetzung des Gesamtprodukts. Aglietta zieht aus dieser Modellierung des Prozesses zwei wesentliche Schlussfolgerungen:

- (a) Ist die neue Norm der Arbeitsproduktivität auf die Abteilung I (Produktionsgüterabteilung) beschränkt, dann besteht die Wirkung darin, daß  $C_3$  im Verhältnis zu  $C_2$  verringert wird, aber die Mehrwertrate konstant bleibt:  $e_3 = e_1$ . Soweit nicht unterstellt wird, daß die Abteilung I ihre Waren unbeschränkt absetzen kann, ergibt sich, daß die über die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielte Wertsenkung je Produkteinheit den Anstieg der organischen Zusammensetzung nicht

vollständig kompensieren kann:  $q_3 < q_2$ , aber  $q_3 > q_1$ . Die Profitrate muss in diesem Fall sinken: "*The uneven development of the department producing means of production exercises a depressing influence on the rate of return to capital, despite the technical progress it engenders*" (Aglietta 1979, S. 60; Hervorhebung i.O.).

- (b) Anders stellt sich die Konstellation im Falle einer Übertragung des neuen Produktivitätsstandards auf die Abteilung II dar. Zum einen kann ein solcher Transfer nur durch eine Inkorporierung von Produktionsmitteln erfolgen, so daß der Absatz der Produzenten der Abteilung I stark ansteigt und dadurch der Anstieg von  $q_3$  gegenüber  $q_1$  stark verringert oder sogar kompensiert wird. Die Veränderung der Äquivalenzbeziehungen führt darüberhinaus aber auch zu einer Senkung des Wertes der Arbeitskraft, so daß  $V_3/V_1 = 1/f$ . Weil nun definitionsgemäß für die relative Mehrwertproduktion gilt:  $VA_1 = VA_3$ , ergibt sich im weiteren:  $1 + e_3/1 + e_1 = f$ .

Der Anstieg der Mehrwertrate kann den ursprünglichen Anstieg von  $q$  also kompensieren und gegebenenfalls sogar überkompensieren. Dieses Resultat hat weitgehende Implikationen. Zum einen muss die von Marx behauptete technische Fortschrittsfunktion analytisch nicht absolut gesetzt werden. Zum anderen kann kein Automatismus zwischen der Anwendung von Methoden relativer Mehrwertproduktion und Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals sowie Rückgang der Profitrate behauptet werden. Zwar ist Aglietta zufolge weiterhin richtig, daß der kapitalistische Akkumulationsprozess an seine eigenen Schranken stößt. Diese Schranken können unter bestimmten, analytisch angebbaren Bedingungen aber verschoben werden: "This barrier, which is always latent, can only be raised if capitalist production revolutionizes the conditions of existence of the wage-earning class. It is only by this social transformation that commodity production can achieve a rhythm of expansion which permits at least a tendential realization of that harmonious development of the two departments which is a necessary condition for a regular rhythm of accumulation" (Aglietta 1979, S. 60). Das Geheimnis stetiger Kapitalakkumulation liegt also in der permanenten Senkung des Werts der Arbeitskraft, wie sie durch den Produktivitätstransfer zwischen den beiden Abteilungen gesellschaftlicher Produktion bewerkstelligt wird. Im optimalen Falle kann damit eine stabile Profitrate einhergehen.

Mit diesem Argumentationszusammenhang ist die theoretische Grundlage für die "Fordismus"-Analyse gelegt. Fordismus bedeutet in einem analytischen Sinn dann nichts weiter als die Verschiebung der internen Akkumulationsschranken durch eine synchrone Veränderung von Produktions- und Konsumnormen (vgl. dazu noch unten).

Genau dieses Verständnis ergibt denn auch den Inhalt von Agliettas Theorie kapitalistischer Regulation: Die Transformation der Produktivkräfte schließt die Transformation des Arbeitsprozesses und die Transformation der Lebensbedingungen der Lohnabhängigen ein, wobei beide Prozesse

sich nicht automatisch harmonisch ergänzen müssen, sondern durch strukturelle Formen als institutionell geronnene Resultate von Klassenkämpfen vermittelt sind. "The conditions for such a canalization of the class struggle", so Aglietta (1979, S. 67), "involve the totality of social relations at any given time, and it is their study that forms the content of the theory of capitalist regulation". Das Regulationskonzept von Aglietta ist mithin an die Werttheorie rückgebunden. Die als Regulationsinstanzen hervorgehenden strukturellen Formen sind zwar auf der "Erscheinungsebene" angesiedelt, wirken aber unmittelbar auf die Wertprozesse und deren Äquivalenzstrukturen ein. Erst auf der Grundlage dieser theoretischen Verortung werden dann die weiteren Kategorien dieser Variante der Regulationstheorie entwickelt. Vor allem in der bundesdeutschen Rezeption des Regulationsansatzes wird diese Rückbindung des Regulationskonzeptes an die Werttheorie entweder unterschlagen oder in ihren analytischen Implikationen nicht ernst genommen (vgl. dazu prototypisch Haug 1987; Hirsch/ Roth 1986).

#### 4.2.2 Die Kategorien des Regulationskonzeptes

Auf dieser theoretischen Grundlage entfaltet Aglietta dann eine Reihe vermittelnder Begriffe ("intermediate concepts"), die mittlerweile zum Sprachschatz aller Regulationstheorievarianten zählen. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Konzept des *Akkumulationsregimes*, dessen theoretischer Gehalt bei Aglietta drei übergreifende Aspekte umfasst:

- (1) *Nutzung der Arbeitskraft in der Produktion*: Festlegung des Normalarbeitstages als Grundlage des Grundlohnes; Anzahl der Überstunden; gesetzlich maximale Arbeitszeit; Festlegung des Rentenalters; Muster der unternehmerischen Einstellungs- und Entlassungspolitik; Festlegung der Praktiken der Gewerkschaften.
- (2) *Bestimmung des Lohnes*: Festlegung des allgemeinen Procedere der Verhandlungen über den Grundlohn; Regelung der Anwendung dieser Regeln und Normen; Schlichtung von Konflikten zwischen Management und betrieblichen/überbetrieblichen Vertretern der Lohnabhängigen.
- (3) *Reproduktion der Arbeiterklasse*: Standardisierung des Grades an Arbeitsplatzsicherheit durch Arbeitslosengeld und öffentliche Beschäftigungsprogramme; Standardisierung der Risiken vorübergehender oder dauerhafter Arbeitsunfähigkeit mittels freiwilliger oder Zwangssicherungssysteme; Standardisierung von Rentenzahlungen (Aglietta 1979, S. 69 - 70).

Entlang diesen Kriterien unterscheidet Aglietta unterschiedliche Regime der Akkumulation. Das *vorwiegend extensive Akkumulationsregime* ist ihm zufolge dadurch gekennzeichnet, daß der Mehrwert durch die Transformation der Bedingungen der Arbeitsorganisation produziert wird. Der traditionelle Lebensstil der Lohnabhängigen kann dabei erhalten oder auch

zerstört werden. Entscheidend ist allein, daß er keine Neuzusammensetzung erfährt. Historisch konzentrierte sich dieses Regime auf den Agrarsektor, der einen Agrar-Lebensmittelkomplex hervorbringt. Bezogen auf den industriellen Sektor gelingt die kombinierte Entwicklung beider Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion nur schwer. Das *vorwiegend intensive Akkumulationsregime* bringt demgegenüber einen neuen Lebensstil der Arbeiterklasse (eine gesellschaftliche Konsumnorm) hervor. Beide Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion werden miteinander "verdichtet". Diese Unterscheidung zielt Aglietta zufolge (1979, S. 71) *nicht* auf eine Periodisierung der konkreten Geschichte kapitalistischer Gesellschaften, wie dies etwa die Stadientheorie der marxistischen Orthodoxie anstrebt. Das Konzept des Akkumulationsregimes stellt vielmehr zuerst auf einen Beitrag zur Entwicklung einer Theorie der Regulation ab. Es handelt sich mithin um eine Kategorie im theoretischen Raum, die auf den historischen Prozess nicht umstandslos übertragen werden kann:

"Throughout the historical period under consideration, the two regimes of accumulation were combined together, and yet the process of capital accumulation assumed a different pattern according to whether one or the other dominated. There are theoretical reasons for this combination, since absolute and relative surplus-value are distinct but associated components of the system of social relations that makes up wage-labour. The combination of the two is effected in the organisation of labour and the mode of life of the wage-earning class" (ebd.).

Dieses konzeptionelle Verständnis unterschiedlicher Typen von Akkumulationsregimes findet sich in den späteren Arbeiten der Regulationsschule nicht mehr. Die Begriffe extensives und intensives Akkumulationsregime werden dort fast ausschließlich als Realtypen gefasst (vgl. dazu kritisch Barrère/ Kebabdjian/ Weinstein 1984). Selbst den frühen, noch mit wert-theoretischen Kategorien kokettierende Arbeiten von Boyer und den CEPREMAP-Mitarbeitern liegt ein simpleres Verständnis beider Akkumulationsregimes zugrunde. In der Arbeit von Benassy/Boyer/ Gelpi/ Lipietz/ Mistral/ Minoz/ Ominami (1977) etwa wird allein auf die von Marx unterschiedenen Methoden absoluter und relativer Mehrwertproduktion abgestellt, die dann auf das jeweilige Akkumulationsregime appliziert werden:

"Le caractère extensif d'un régime d'accumulation se définit comme un simple accroissement quantitatif du capital, conduisant à une hausse de la masse de plus-value à travers l'extension du salariat - à taux d'exploitation constant - et, ou une augmentation de la durée et de l'intensité du travail entraînant une hausse du taux de plus-value. Ces éléments caractérisent des mécanismes de la plus-value absolue...A l'opposé d'accumulation intensive, en bouleversant continuellement l'organisation technique et sociale du procès de travail a pour effet d'accroître la *plus-value relative*, c'est-à-dire l'abaisser la valeur de la force de travail" (diess. 1977, S. 73; Hervorhebung i.O.).

Von dieser Interpretation extensiver und intensiver Akkumulationsregimes setzen sich diese Autoren in späteren Arbeiten allerdings ab. Die Akkumulationsregimes werden dort – nun ohne werttheoretische Bezüge – multidimensional gefasst, ohne daß die Strukturelemente noch konzeptionell miteinander verbunden werden würden ( vgl. III. Kap.; kritisch dazu auch: Coriat 1979, S. 124 ff.). Beibehalten wird aber in diesen Arbeiten weiterhin das Verständnis von Akkumulationsregimes als Realtypen. Der methodische Stellenwert des Agliettaschen Konzeptes wird auf diesem Wege negiert. Um diesen methodischen Aspekt noch etwas weiter zu erörtern, möchte ich wenigstens kurz auf die von *Kozo Uno* vorgelegte Stadientheorie eingehen, die stark an das Agliettasche Konzept der Akkumulationsregimes erinnert. In beiden Fällen handelt es sich nämlich um methodisch-theoretische Konzepte der Vermittlung von Theorie und Geschichte innerhalb der Tradition Marxscher Theorie und erst in zweiter Linie um die Erarbeitung von Realtypen.

Die von Uno entwickelte Marx-Interpretation läßt sich als ein Drei-Ebenen-Konzept fassen. Unterschieden werden die "reine" Theorie, die Stadientheorie und die konkrete Analyse konkreter historischer Prozesse (vgl. Mawatari 1985, S. 408; Albritton 1986, S. 10 und 36 ff.). In der Theorie der reinen kapitalistischen Gesellschaft wird analysiert, wie sich die kapitalistische Formation bewegen und entwickeln würde, wenn sie entsprechend ihrem eigenen Begriff existieren würde. Da die kapitalistischen Gesellschaften aber nicht in einer derart reinen Form existieren, reichen die im Rahmen dieser Theorieebene formulierten "Prinzipien"<sup>27</sup> nicht aus. Der methodisch nächste Schritt ist eine Theorie der Stadien kapitalistischer Entwicklung, die der Vermittlung zwischen reiner Theorie und konkreter Analyse dienen soll:

"The pure theory of capitalism cannot explain in detail the whole process of an actual economy. Although there is the tendency for capitalism to become increasingly purer at a definite stage of its development... the actual process of capitalist development never completely eliminates the remnants of the traditional and pre-capitalist relations... The countries whose capitalist evolution follows that of England were in a position to import from their predecessors the results of its capitalist development, which set the example but was not necessarily duplicated elsewhere. That is the reason why empirical studies of the actual economy... must always presuppose not only the laws of pure capitalism but also the stage-characteristics of capitalist development... The profound transformation of capitalism made it finally clear that the pure theory of capitalism alone was not enough to fully account for the actual state of any economic process. Only with the recognition of the need for the stages-theory of capitalist development, can the exact scope and the meaning of the pure theory itself also be made unambiguous" (Uno 1980, S. xxvii).

Zwischen der Unterscheidung unterschiedlicher Akkumulationsregime bei Aglietta und verschiedener Stadien kapitalistischer Entwicklung bei Uno gibt es also methodologische Gemeinsamkeiten. Beide verstehen ihre

Periodisierungen als intermediäre Theoriekonzepte, die der historischen Realität nicht umstandslos übergestülpt werden können. Unterschiede bestehen aber in den jeweiligen Periodisierungskriterien. Während Aglietta dabei die Gestalt des Lohnverhältnisses und die Methoden der Mehrwertproduktion zugrundelegt, orientiert sich Uno an den funktionellen Kapitalformen, von denen jeweils eine, so seine These, ein bestimmtes Stadium der kapitalistischen Entwicklung dominieren soll. Das erste Stadium sieht er im Merkantilismus, in dem das britische Handelskapital dominierte. Die zweite Stufe bezeichnet er als Liberalismus (1800 – 1870), in dem das britische Industriekapital die Vorherrschaft innehatte. Und das dritte Stadium schließlich war der Imperialismus (1890 – 1914), in dem das deutsche, britische und US-amerikanische Finanzkapital dominierte (vgl. Albritton 1986, S. 36ff.). Der methodologisch gleiche "Kunstgriff" bei Aglietta und Uno hat also unterschiedliche Implikationen für die Theoriebildung. Allerdings muss darin kein prinzipieller Dissens gesehen werden. Da Aglietta sein Konzept von Regulation anhand einer Analyse des Fordismus gewinnen will, muss er sich an der entwickeltsten Variante dieses Regimes orientieren: den USA. Hätte Uno seine Stadientheorie über das Stadium des Imperialismus hinaus weiter entwickelt, dann hätte er sich u.U. auch mit dieser kapitalistischen Formation beschäftigt. Dennoch bleibt festzuhalten, daß bei Aglietta und Uno zwar das methodologische Vorgehen bei der Gewinnung eines Periodisierungskonzeptes zur Vermittlung von Theorie und Geschichte übereinstimmt, aber die theoretische Perspektive beider sich unterscheiden.

Eine neue Stufe der kapitalistischen Entwicklung ist Aglietta zufolge genau dann erreicht, wenn sich der Prozess der Kapitalakkumulation nicht auf die Transformation des Arbeitsprozesses beschränkt, sondern auf eine umfassende Transformation der Reproduktion der Arbeitskraft zielt (Aglietta 1979, S. 80). Dieses Periodisierungskriterium kapitalistischer Entwicklung unterscheidet sich denn auch, wie bereits früher ausgeführt, von der Stadienperspektive der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus oder den im Rahmen der Langen Wellen-Theorien vorgeschlagenen Periodisierungen. Entscheidend für Aglietta ist also die Veränderung des Lohnverhältnisses – und nicht die Veränderungen der Marktstrukturen ("Monopolisierung") oder die Häufung von Basisinnovationen bzw. die Durchsetzung neuer technologischer Systeme. In der CEPREMAP-Variante der Regulationstheorie wird dieser Sichtweise von Aglietta zwar gefolgt, doch die historischen Formen des Lohnverhältnisses vor allem hinsichtlich ihres Einflusses auf die Nominallohnbildung untersucht. Die Analyse der jeweiligen Methoden der Mehrwertproduktion und die Kohärenz von Produktions- und Konsumnormen spielt dort nur eine nebensächliche Rolle. Unterschiede zwischen Akkumulationsregimes werden vielmehr eher auf historisch differente Institutionen zurückgeführt: "Ces différences qui l'on observe, l'analyse cherchera à les expliquer par les changements des institutions ou les pratiques institutionnalisées" (Galibert/Pisani – Ferry 1986, S. 2; vgl. dazu III. Kap., 2.1.).

Die Analyse des Lohnverhältnisses soll laut Aglietta unter verschiedenen Perspektiven erfolgen: (a) Aus der Perspektive des Kapitals muss untersucht werden, wie sich im Zuge der "Verdichtung" der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Produktion die Formen der Konkurrenz zwischen den Kapitalen verändert; (b) aus der Perspektive der Transformation der Produktivkräfte muss die Interaktion von Veränderung der Arbeitsprozesse und der Homogenisierung der "Konsumnorm" der Lohnabhängigen untersucht werden, weil dadurch sowohl der Lohnbildungsprozess als auch der Einsatz von Arbeitskraft im Produktionsprozess berührt wird; (c) aus der Perspektive der Lohnarbeit muss die Formierung einer gesellschaftlichen Konsumnorm herausgearbeitet werden, d.h. die Art und Weise, wie die Reproduktion der Arbeitskraft kommodifiziert wird; (d) aus der Perspektive der produzierten Gebrauchs- und Tauschwerte muss schließlich untersucht werden, auf welche Weise die neuen Konsumnormen in die Budgetfunktionen der Lohnarbeiterhaushalte eingehen, welche Rolle dabei Instrumente wie Konsumentenkredite spielen etc. (Aglietta 1979, S. 81f.).

Auf die Agliettasche Analyse der Transformation der Produktionsnormen bin ich bereits eingegangen. Jetzt will ich den Prozeß der Transformation der Konsumnorm darstellen. Eine Konsumnorm der Arbeiterklasse soll sich Aglietta zufolge dann herausbilden, wenn eine genügend große Menge an Waren vorhanden ist, deren Tauschwert tendenziell weiter sinkt und absolut betrachtet bereits relativ klein ist. Voraussetzung dafür ist aber, daß die durch Produktivitätssteigerungen bewirkten Wertsenkungen der Abteilung I in die Abteilung II übertragen werden, so daß der relative Mehrwert anwächst und auf diese Weise auch die Reallöhne steigen können. Auf diese Weise kann die Kapitalakkumulation in beiden Abteilungen sich dynamisch entfalten. Diese Bedingung für eine strukturelle Kohäsion des ökonomischen Systems, so Aglietta (1979, S. 85), wurde historisch am ehesten durch die standardisierten Arbeitsprozesse der Massenproduktionsindustrien erfüllt. Zwei Typen von Gebrauchswerten spielten dabei historisch eine besondere Rolle: Eine weitgehend standardisierte Wohnung/Eigenheim als Ort des individuellen Konsums und das Automobil als Transportmittel zur Überbrückung der räumlichen Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz (Aglietta 1979, S. 159)<sup>28</sup>. Die mit der strukturellen Kohäsion verbundene teilweise Neutralisierung der Tendenz einer ungleichen Entwicklung der Abteilung I, schreibt Aglietta (1979, S. 97), "was responsible for the approximately regular growth of the social product in the greater part of the post-war years, by contrast with the jerky accumulation characteristic of the predominantly extensive regime that obtained before this revolutionization of the conditions of existence of the wage-earning class".

"Fordismus" und "Taylorismus" sind die Schlüsselbegriffe dieser Kohärenzanalyse. "Fordismus" ist Aglietta zufolge, wie bereits ausgeführt, nicht mehr und nicht weniger als das Prinzip der Artikulation zwischen dem Prozess der Produktion und der Konsumweise, das die Massenproduktion als spezifischen Gehalt der Universalisierung des Lohnverhältnisses begründet (Aglietta 1979, S. 117). Dieser Begriff verweist also auf solche

Transformationen des Arbeitsprozesses, die in enger Weise mit Veränderungen der Existenzbedingungen der Lohnarbeiterklasse verbunden sind und auf diese Weise zur Herausbildung einer gesellschaftlichen Konsumnorm beitragen, durch die die Konsumweise in die Produktionsbedingungen integriert wird (Aglietta 1979, S. 152). Der Begriff "Taylorismus" ist demgegenüber enger gefasst: "The term Taylorism might be defined as the sum total of those relations of production internal to the labour process that tend to accelerate the competition of the mechanical cycle of movements on the job and to fill the gaps in the working day" (ders., S. 114). Die eigentliche Analyse Agliettas gilt dem umfassenderen Begriff des "Fordismus". Der wesentliche Grund dafür ist die von Aglietta konstatierte historische Verdrängung des Taylorismus durch den Fordismus (ders. 1979, S. 116). Mit der Transformation der Produktionsweise hin zu einem intensiven, fordistischen Akkumulationsregime ist die Entwicklung *struktureller Formen* verbunden, die für die Regulation des Systems von zentraler Bedeutung sind. Allgemein ist eine strukturelle Form definiert als "... mode of cohesion of basic social forms arising from the development of one and the same basic social relation" (Aglietta 1979, S. 188). Das Konzept der strukturellen Form ist bei Aglietta also zuvorderst ein Kohäsions- und Reproduktionsprinzip, das dem Umstand Rechnung tragen soll, daß mit dem Konzept des Lohnverhältnisses der homogene Raum des Wertes sich in den Wert der Arbeitskraft und den des Mehrwerts aufspaltet. Um was es Aglietta geht, ist die analytische Erfassung historischer Transformationen von Formen gesellschaftlicher Beziehungen innerhalb des homogenen Raums des Wertes. In diesem Sinne ist bei ihm das Konzept der strukturellen Form an eine Theorie des Wertes rückgebunden. Hier liegt denn auch die zentrale Differenz von der späteren Sprechweise der "institutionellen Form" bei Boyer (vgl. III. Kapitel). Erst in zweiter Instanz meint strukturelle Form bei Aglietta auch konkrete historische "Institutionen". Eine solche strukturelle Form ist beispielsweise das Tarifvertragssystem, das zur Kohäsion von Produktions- und Konsumnormen beitragen kann<sup>29</sup> (vgl. Aglietta 1979, S. 95; vgl. dazu auch unten). Die strukturellen Formen wirken also als eine Art von "Geburtshelfer", indem sie der anarchischen, konkurrenzgesteuerten Kapitalbewegung eine zeitlich begrenzte Kohärenz und Regelmäßigkeit verleihen. Historisch beschreibt der Begriff "Fordismus" das sich zuerst in den USA herausbildende intensive Akkumulationsregime, das über seine Internationalisierung ("atlantischer Fordismus", so Davis 1986) den langen Aufschwung der Nachkriegszeit trug, und wesentlich durch vier Momente gekennzeichnet ist: (a) den langfristigen Rückgang der gesellschaftlichen Reproduktionskosten der Arbeitskraft; (b) die (quantitative) Ausweitung der Lohnarbeiterklasse; (c) die Vertiefung des Prinzips der Mechanisierung des Produktionsprozesses und (d) die Formierung einer Konsumweise durch die Massenproduktion standardisierter Waren.

Diese mit dem Begriff des "Fordismus" gefasste Transformationen werden in seiner Analyse als ein widersprüchlicher Prozess gefasst - als ein Prozess mithin, der "Ungleichgewichte" und "Störungen" produziert. Im Zentrum des Transformationsprozesses steht der kapitalistische

Arbeitsprozess, der im Zuge der kapitalistischen Konkurrenz um Kosteneinsparungen i.S. einer Reduktion von (notwendiger) Arbeitszeit umgeformt wird. Der gesamte Prozess der Durchdringung der Ökonomie mit den Methoden relativer Mehrwertproduktion geht einher mit einer permanenten Ausweitung *und* Ersetzung von konstantem fixem Kapital: Im Zuge der einzelkapitalistischen Anstrengungen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität erhöht sich der "moralische Verschleiß" der im Arbeitsprozeß eingesetzten Produktionsmittel: Produktionsmittel müssen vor ihrem physischen Verschleiß durch leistungsfähigere und mit höherem Arbeitsproduktivitätspotential aufwartende Kapitalgüter ersetzt werden. Das Resultat ist eine Entwertung von Teilen des Stocks an konstantem Kapital durch physische Vernichtung. Ein Teil der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeit wird also nicht verwertet. Allgemein gilt, daß "the devalorization of capital is... the necessary expression of the blind regulation of a mode of production founded on an antagonistic relation, where the social character of labour appears *a posteriori* in the process of commodity exchange" (Aglietta 1979, S. 104; zum Entwertungskonzept vgl. auch Aglietta 1980). Der Entwertungsprozess stellt sich in den beiden Akkumulationsregimes allerdings unterschiedlich dar: "... the modalities of capital devalorization differs according to the regime of accumulation... The fundamental fact is that the qualitative transformation of the forces of production has become a permanent process, instead of being chiefly condensed into one specific phase of the cycle of accumulation. This change is due to the interaction of the two departments of production; each now provides the other with its markets as they combine to lower the value and diversify the commodities of mass consumption. Obsolescence becomes generalized and permanent" (Aglietta 1979, S. 104; S. 108).

Im Detail heißt das: (1) Im extensiven Akkumulationsregime stellt sich die Entwertung fixen Kapitals als zyklischer Prozess dar. Auf die Wertvernichtung in Phasen großer Depressionen folgt eine massive Neuanlage von fixem Kapital, das sich im Zuge der nächsten großen Krise wieder entwertet etc. (2) Im intensiven Akkumulationsregime ist die Entwertung fixen Kapitals demgegenüber ein permanenter Prozess und damit ein immanentes Bestandteil des Kapitalbildungsprozesses über die Zyklen hinweg. Die Obsoleszenz fixen Kapitals ist eine überzyklische Erscheinung (Aglietta 1979, S. 104 ff.). Möglich ist dieser Prozess einer stetigen Obsoleszenz durch die Herausbildung des Typus monopolistischer Regulation (vgl. dazu bereits Abschnitt 2), die dazu führt, daß einzelkapitalistische Verbesserungen der Produktionsbedingungen durch die Einführung arbeitssparender Techniken mit einem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nominallohnsumme einhergehen. Der Grund für diesen Anstieg von Arbeitsproduktivität *und* Nominallöhnen sieht Aglietta in der strukturellen Form des Tarifvertragsystems, das die kompensatorischen Nominallohnsteigerungen (Nominallohnsteigerung im Tausch gegen die Akzeptanz technischen Wandels im Arbeitsprozess) des innovativen Kapitals zunächst über die Branche und dann tendenziell über die Gesamtwirtschaft verallgemeinert. Waren demnach im Fall der kompetiti-

ven Regulation absolute oder relative Preissenkungen des innovativen Kapitals notwendig, um bei gegebener Marktgröße den Marktanteil auszuweiten, so hat im Falle der monopolistischen Regulation die Geldlohnsteigerung die Funktion, über eine Ausdehnung der nominalen Kaufkraft und damit des Marktes die Verwertung der veränderten Produktionsbedingungen zu sichern.

Empirischen Niederschlag findet dieser Prozess permanenter Entwertung in der Entwicklung der Abschreibungen auf den eingesetzten Kapitalstock, die im Regime intensiver Akkumulation stark ansteigen (ders. 1979, S. 108 ff.) und den unternehmerischen cash flow erhöhen. Die permanente Entwertung eines Teils des fixen Kapitals ist gleichbedeutend mit einer ständigen Wertvernichtung, die wiederum die Äquivalenzbeziehungen des gesellschaftlichen Tauschsystems berührt. Diese Störung kann Aglietta zufolge nur überwunden werden, wenn das allgemeine Äquivalent, das den Tausch vermittelt und innerhalb des Systems von Äquivalenzbeziehungen die zentrale Rolle einnimmt, an Wert verliert: "The more the devalorization of capital accelerates, as the consequence of a deterioration in the conditions of intensive accumulation, the greater the acceleration in the loss of monetary value that is necessary for exchange to continue, which in turn induces a accelerated growth in the monetary expression of the working hour" (Aglietta 1979, S. 207). Wie wir bereits gesehen haben, mündet ein Anstieg des monetären Ausdrucks der Arbeitsstunde in einen inflationären Prozess. Die Inflation wird aus diesem Grunde zu einem entscheidenden Charakteristikum des intensiven Akkumulationsregimes. Für die Agliettasche Analyse entscheidend sind im weiteren dann die - asymmetrischen - Wirkungen des eingeleiteten inflationären Prozesses. Während die Unternehmen nämlich die aus dem Wertverlust des allgemeinen Äquivalents resultierenden Inflationseffekte prinzipiell unmittelbar und sofort über die Preise weitergeben können, wirkt sich die Inflation auf die Lohnarbeiterhaushalte erst einmal kaufkraftmindernd aus. Im Zuge der Tarifverhandlungen können zwar die Nominallöhne gesteigert werden, doch infolge der Kontraktualisierung der Lohnsätze kann dies immer nur mit einer zeitlichen Verzögerung geschehen. Die Folge ist, daß sich der für das intensive Akkumulationsregime charakteristische Anstieg der Reallöhne verlangsamt. Mit dem dadurch verbundenen Rückgang bzw. langsameren Wachstum der effektiven Nachfrage wird aber auch der Weg einer inflationären Finanzierung der Entwertung fixen Kapitals eingeschränkt. An dieser Stelle ist Aglietta zufolge (ders. 1979, S. 336 ff.) eine weitere strukturelle Form von Bedeutung: das Kreditsystem. Dem Kredit kommt allgemein die Funktion zu, die je aktuellen Produktions- und Realisierungsgrenzen nach außen zu verschieben, indem er eine Art von "Pseudo-Verwertung" sichert. Aber: "Credit can defer the social validation of private labours, but not suppress it" (ders. 1979, S. 337) In diesem funktionalen Sinne ist für Aglietta deshalb das Kreditsystem eine "immense source of instability for the realization of exchange value" (ebd.). Dem Regime intensiver Akkumulation mit monopolistischer Regulation unterliegt also ein ausdifferenziertes nationales Geld- und Kreditsystem, das die Transformationen der Produktions- und Konsumnormen monetär und

kreditär sichern soll, aber auf diesem Wege, so Aglietta (1979, S. 351 ff.), auch den Übergang von einer "creeping inflation" zu einer "galloping inflation" befördert. Akkumulationsregime und Regulationsweise geraten auf diese Weise in einen Widerspruch, die "Kohäsion" ist nicht länger gewährleistet. Das historische Institutionensystem muß in einer solchen Situation restrukturiert werden, um einem neuen Akkumulations- und Wachstumspfad den Weg zu bereiten.

#### 4.3. *Abschied von der Theorie kapitalistischer Regulation*

Ich will an dieser Stelle die Darstellung des Agliettaschen Argumentationsganges abschließen. Weitere krisen- und regulationstheoretische Überlegungen dieses Autors finden sich im IV. Kapitel dieser Arbeit. Auf die werttheoretischen Grundlagen von Aglietta werde ich noch im nächsten Abschnitt eingehen. Ich habe der Darstellung der Arbeit von Aglietta nicht nur deshalb besonders viel Raum eingeräumt, weil es sich dabei um den Pioniertext der Regulationsschule handelt, der in vielerlei Hinsicht die Leitfragestellungen für die nachfolgenden Untersuchungen fixierte. Ein wenigstens ebenso wichtiger Grund für meine Vorgehensweise besteht darin, daß ich im weiteren Verlauf meiner Rekonstruktion der Theorien der Regulation auf die späteren Arbeiten von Aglietta (1982; 1984) nur noch cursorisch eingehe. Nach meiner Leseweise hat nämlich Aglietta in diesen Arbeiten sein eigenes Forschungsprogramm verlassen. Zwar wird verschiedentlich noch von Regulation gesprochen, doch ist dieser Begriff von den ursprünglichen Intentionen weit entfernt. Die theoretische Entwicklung Agliettas wird von Lipietz (1985b, S. 182) wie folgt beschrieben:

"Aglietta's development is typically here, his 1974 thesis devoted hundreds of pages to the economics of labour time within the production process before pointing out that these were commodity-producing processes. Then in 1976 his *Theory of Capitalist Regulation* departed from the commodity character of the relation between productive units, and in the 1982 preface to the second edition he stressed the contradiction in this relation and assimilated regulation and socialisation. Finally in his most recent work with A. Orléan (*La violence de la monnaie*, 1982) he reduces value to a form of socialisation".

Während Aglietta in der Arbeit aus dem Jahr 1976 noch anspruchsvoll den Begriff der Regulation als Gegenpart zu dem Begriff des allgemeinen Gleichgewichts der Neoklassik verstanden wissen wollte und Regulation mithin als ein ökonomisch-werttheoretisches Konzept fasste, setzen Aglietta/Orléan anstelle von Regulation jetzt den Begriff der "sozialen Gewalt", die ihren Ausdruck im Medium des Geldes findet (1982, S. 20). Die Marxsche Wertformanalyse wird von den Autoren in dieser Arbeit denn in Begriffen von "Gewalt" reformuliert: Die einfache Wertform als "violence essentielle", die entwickelte Wertform als "violence réciproque" und die allgemeine Wertform als "violence fondatrice" (ebd.). Das Geld-

verhältnis ist demnach ein Gewaltverhältnis, das im übrigen der Entstehung von Marktgesellschaften vorgelagert ist: „la monnaie précède l'économie marchande et la fonde et non l'inverse“ (diess. 1982, S. 143). Anthropologische Argumentationsmuster werden eingeführt, um dieses kapitalismusübergreifende Verhältnis analytisch zu fassen (vgl. auch Cartelier 1983).

In der jüngsten Arbeit Agliettas ist das werttheoretische Anliegen seines ursprünglichen Forschungsprogramms kaum mehr erkenntlich. Während es ihm in "Régulation et crises du capitalisme" noch darum ging, die ökonomische Basis von Regulation über die historisch besondere Form der Herausbildung von Produktionsmodellen und über den Zusammenhang der Veränderungen von Produktions- und Konsumnormen in Begriffen des *Werts* herauszuarbeiten, dominiert jetzt eindeutig eine gesellschaftstheoretische, auch anthropologisch verankerte Interpretation von Regulation, bei der – bezogen auf den Fall USA – das Verhältnis von Individualismus und "kommunitärem Geist" ("esprit communautaire") im Zentrum steht (Aglietta 1986, S. 34ff.). Die historische Form des Unternehmens ist dabei der soziale Ort, in dem beide Verhaltensmuster zusammentreffen und interagieren: "C'est un lieu d'intégration sociale et une espace propice à l'accomplissement individuel selon les règles de la compétition pour le gain monétaire" (ders. 1986, S. 36).

Diese Verlagerung des Interpretationsgewichtes und der theoretischen Verankerung deutete sich bereits, wie Lipietz richtig vermerkt, in den Ausführungen im Vorwort zur zweiten Auflage der Arbeit von 1976 an (ders. 1982, S.I–XXII). Dort diskutiert Aglietta die seit der ersten Veröffentlichung seiner Regulationsanalyse publizierten vielfältigen Begriffsdefinitionen von Regulation, wobei er sich sowohl von der biologischen und systemtheoretischen wie auch von der staatszentrierten Interpretation distanziert. Nachdrücklich unterstreicht er nochmals sein originäres Anliegen, wonach die Analyse gesellschaftlicher Beziehungen im Zentrum der Regulationstheorie zu stehen habe: "...ce sont les rapports sociaux qui sont les sujets de l'histoire" (ders. 1982, S. V). Genau in diesem Sinne sieht Aglietta seine Arbeit denn auch in der Marxschen Theorie verwurzelt, deren wichtigste Erkenntnisleistung er jetzt darin sieht, daß es keine von jeweiligen historischen gesellschaftlichen Bestimmungen unabhängige ökonomische Rationalität geben kann. Weil das ökonomische Subjekt nicht als Robinsonade oder Monade konzipiert werden könne, müssten die gesellschaftlichen Beziehungen selbst in den Mittelpunkt der Untersuchung gestellt werden. In einer kapitalistischen Formation, so Aglietta in Anschluß an die Marxsche Fundamentalunterscheidung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert, sind alle gesellschaftlichen Beziehungen durch *Trennungen* charakterisiert, die wiederum Rivalitäten, Antagonismen und Gewalt mit sich bringen (ders. 1982, S. VI). Diese Eigenschaft gesellschaftlicher Beziehungen bewirken eine inhärente Dynamik und erheben damit das *Prinzip der Transformation* zur eigentlichen Eigenschaft der realen Bewegung. Für die Entwicklung einer Theorie der Regulation heißt das entsprechend, daß die Transformationsprozesse den eigentlichen

Gegenstand der Untersuchung auszumachen haben: "La théorie de la régulation du capitalisme et celle de la genèse, du développement et du dépérissement les formes sociales, bref de la transformation dans laquelle se meuvent les séparations qui le constituent" (ders. 1982, S. VI).

Dieses Verständnis von Regulation kommt einer Neuinterpretation der Arbeit von 1976 gleich. Regulation zielt jetzt weniger auf eine Kohärenzanalyse gesellschaftlicher Beziehungen, die ihre Basis im Wertbildungsprozeß haben, wie dies in seiner ersten Arbeit immer wieder betont wird, sondern auf die Untersuchung von Veränderungen und Transformationen gesellschaftlicher Strukturen überhaupt. Weil Regulation immer das Ergebnis gesellschaftlicher Konflikte und deshalb immer offen, unvollständig und unvollendet sei (ebd.), wäre Kohärenz auch immer nur ein Fluchtpunkt des historischen Prozesses, der durch Klassenkämpfe und gesellschaftliche Konflikte – basierend auf dem Prinzip der Trennungen – vorangetrieben wird. Eine systematische ökonomietheoretische Analyse, die den in die jeweiligen Akkumulationsregimes über die Klassenkämpfe "eingeschriebenen" Regulationstypus untersucht, findet sich in den späteren Arbeiten nicht mehr. Das werttheoretisch fundierte Konzept der strukturellen Form wird jetzt durch ein Institutionenkonzept ersetzt, demzufolge Institutionen die Funktion haben, die "cleavages" und die damit verbundenen Konflikte in Marktgesellschaften zu vermitteln:

"Cette forme est une *institution sociale* qui soustrait les termes du conflit à l'empire de la violence immédiate et à l'incertitude corrosive que l'antagonisme secrète. Les institutions sociales, dont la plus fondamentale est la monnaie, expriment l'ambivalence d'un ordre fondé sur des séparations" (Aglietta 1982, S. VII; Hervorhebung i.O.).

Indem Aglietta auf sein ursprüngliches Wertkonzept verzichtet und seinen Geldbegriff jetzt anthropologisch fundiert, wird auch sein Untersuchungsgegenstand vergrößert: Gegenstand der Theoriebildung ist nicht länger die kapitalistische Gesellschaftsformation, wie dies der Titel der Arbeit von 1976/79 noch nahelegte, sondern sind Marktgesellschaften im Ganzen. Wir werden im weiteren noch sehen, daß die Arbeit von Aglietta aus dem Jahr 1976 nach wie vor eine Schlüsselstellung im Zuge der Entwicklung einer Theorie der Regulation einnimmt. Dies gilt vor allem für die von Aglietta formulierten allgemeinen Fragestellungen der Theorie kapitalistischer Regulation (vgl. dazu Abschnitt 1). Der werttheoretische begründete Zugang zu einer solchen Theorie ist dabei allerdings in den Nachfolgestudien ins Hintertreffen geraten. Innerhalb der Regulationsschule wird ein solcher Ansatz heute nur noch von Alain Lipietz vertreten. Ich werde im nächsten Abschnitt zu rekonstruieren versuchen, daß diese Entwicklung nicht unmittelbar auf Defekte der Werttheorie Marxscher Prägung zurückgeführt werden sollte. Gerade für die werttheoretische Debatte enthält die Arbeit von Aglietta eine Reihe von Überlegungen und Anregungen, denen weiter nachgegangen werden müßte.

Eine präzisere Einschätzung des theoretischen Gehalts der Arbeit von Aglietta fällt schwer. Auf der einen Seite ist es sein Verdienst, eine theoretisch und empirisch ausgerichtete Debatte über die Reproduktionsbedingungen dynamischer kapitalistischer Systeme in Gang gesetzt und befördert zu haben. Im Kontext der französischen marxistischen Diskussion der frühen siebziger Jahre war es auch ein weitreichender Schritt, Struktur- und Handlungsgeschichte in anspruchsvoller analytischer Manier miteinander vermitteln zu wollen. Auf der anderen Seite handelt es sich aber auch insoweit um eine typische Pionierarbeit, als der umfassende Versuch einer gesellschaftlichen Totalanalyse nahezu notwendigerweise Leerstellen und Schwächen aufzuweisen hat. So wäre es beispielsweise notwendig und lohnenswert, das für seine Theorie der Regulation zentrale Konzept des monetary constraint und damit den Versuch der Entwicklung einer "monetären Werttheorie" eingehender zu diskutieren (vgl. dazu auch den nächsten Abschnitt). Eine auf Argumentationslücken ausgerichtete Lektüre der Arbeit von Aglietta könnte eine Vielzahl von Problemstellungen benennen, die einer tiefergehenden theoretischen Reflektion und Überprüfung bedürften. Dieser Weg wurde aber nur von wenigen Regulationstheoretikern beschritten (de Vroey; Lipietz; vgl. unten). Mehrheitlich wurden die Agliettaschen Leitfragenstellungen ihres werttheoretischen Kontextes entbunden und in andere theoretische Paradigmen "übersetzt" und weiterzuentwickeln versucht. Die theoretischen Kernanliegen von Aglietta blieben dabei auf der Strecke.

Für die bundesdeutsche Debatte ist schließlich noch eine weitere Auffälligkeit zu registrieren. Soweit die Arbeit von Aglietta im Feld der marxistischen Theorie rezipiert wurde, handelte es sich mehrheitlich um Nicht-Ökonomen, die entsprechend die ökonomie- und werttheoretischen Details "überschlugen" und sich mit viel Akribie um die gesellschaftstheoretischen Elemente der Agliettaschen Theorie der Regulation bemühten. Interpretativ herangezogen wurden mit Vorliebe die historischen Formationskonzepte "Fordismus" bzw. "Neo-Fordismus", die dann darüberhinaus noch recht umstandslos realanalytisch verwendet wurden. Häufig genug blieb dabei nur noch ein eher metaphorischer Bezug zur Werttheorie erhalten. In einem strikten Sinne, so könnte man zusammenfassen, wirkte die Arbeit von Aglietta als Stimulus einer Debatte über gesellschaftliche Strukturbrüche, in der die eng theoretisch gefassten Anliegen heute allerdings ein ephemeres Dasein fristen.

##### *5. Theorie der Regulation – mit oder ohne Werttheorie?*

Im Zuge der Herauentwicklung einer Theorie der Regulation wurden von den Teilnehmern dieses Forschungsdiskurses verschiedene Wege eingeschlagen. Nimmt man, wie in dieser Arbeit vorgeschlagen, die Arbeit von Aglietta aus dem Jahr 1976 als Ausgangspunkt der Theoriebildung zur Regulation, dann lässt sich bis heute eine Dichotomisierung der Theorieentwicklung konstatieren, die idealtypisch an den Arbeiten von Robert Boyer und Alain Lipietz, der sozusagen als werttheoretischer Nachfolger

von Aglietta zu kennzeichnen ist, festzumachen ist. Während ersterer zwar an einigen Grundintentionen der Marxschen Theorie festhalten möchte, besteht seine theoretische Basis mittlerweile auch nach eigener Zuweisung, wie bereits kurz dargestellt, in einer spezifischen Kombination der Theorien von Keynes und Kalecki ( vgl. dazu Boyer 1986c, S. 21f.). Lipietz wiederum argumentiert in seinen Arbeiten strikt auf einer werttheoretischen Grundlage. Ist Lipietz dabei bis heute dem Marxschen Theorie- und Forschungsprogramm verbunden geblieben, so ist die heutige theoretische Position von Boyer das Resultat einer Reihe theoretischer Wandlungen. Während Boyer in den ersten Arbeiten noch mit Kategorien wie Mehrwertrate und Profitrate operierte, so ist heute die Theorie der Regulation bei ihm von der Theorie des Wertes strikt abgekoppelt.

Die Frage einer wert- oder einer preistheoretischen Fundierung des Regulationsbegriffes war ein zentraler Gegenstand innerhalb des CEPREMAP- Theoriebildungsprozesses selbst. Im Vorwort zu "The enchanted world" schildert Lipietz (1985b, S. XVII) die Vorgehensweise dieser Forschungsgruppe: "...I had the task of working out whether regulation theory had a basis in Marxist theory, while J. P. Benassy put forward a neo-Keynesian interpretation and the rest of the team concentrated in historical and econometric research into the successive regimes of accumulation, modes of regulation and crises that have developed since 1789".

Lässt man die Arbeiten von Lipietz und Boyer Revue passieren, dann scheint es zunächst so, als wenn sich das - bekanntlich von beiden geteilte - Grundverständnis von Regulation unabhängig von der Entscheidung begründen ließe, ob dieser Begriff in einem theoretischen Raum mit oder ohne Arbeitswerttheorie verankert ist. Soweit unter Regulation nur das Integral der Funktionsweise der institutionellen Formen gemeint ist, trifft dies auch zu. In diesem Falle bewegt sich die Analyse auf der Oberfläche des kapitalistischen Reproduktionsprozesses. Versteht man unter Regulation mit Aglietta (1979, S. 13) allerdings allgemein den analytischen Versuch, die Form der Reproduktion der determinierenden Struktur in allgemeinen Gesetzen zu formulieren, dann wird die Entscheidung "mit" oder "ohne" Werttheorie von Bedeutung. Die Marxsche Werttheorie, basierend auf dem Konzept abstrakter Arbeit und damit auch der Kategorie des Geldes, begründet nämlich einmal die strukturelle Verselbstständigung der Tausch- gegenüber der Gebrauchswertproduktion und damit den systemischen Imperativ der Kapitalakkumulation und zum zweiten die Einsicht in einen spezifischen ökonomischen Reproduktionsmechanismus, der die Vergesellschaftung arbeitsteiliger Privatproduktion "hinter dem Rücken" der handelnden Individuen sichert. Das logische Prius sind in dieser theoretischen Perspektive die (Arbeits-) Werte. Eine Theorie der Regulation hat dann auf dieser Ebene anzusetzen. Demgegenüber argumentiert der andere Strang der Regulationstheorie auf einer "exoterischen" Ebene (Lipietz), indem auf den Rekurs auf Werte verzichtet und allein auf der Preisebene als der für das Handeln der Individuen relevanten "Datenebene" argumentiert wird. Im analytischen

Zentrum steht bei Boyer die funktionale Einkommensverteilung, d.h. die Aufspaltung des Wertprodukts in Löhne und Profite, die er in Anschluß an Kalecki als ausschlaggebenden Faktor für den Investitionsprozess interpretiert (Boyer 1986, S. 22).

Regulation ergibt sich also zum einen als Verknüpfung von "direkter", allein auf der Ebene von Handlungen angesiedelter und von "indirekter", hinter dem Rücken der Akteure erfolgender Abstimmung von Parametern der gesamtwirtschaftlichen Reproduktion (Aglietta) und zum anderen als bloß auf der Handlungsebene angesiedeltem Prozess (Boyer).

Erstaunlicherweise findet sich in der Literatur bislang keine explizite Diskussion über das unterschiedliche Verständnis von Regulation, das die jeweilige Wahl der theoretischen Fundierung impliziert. Es wird in einem späteren Kapitel noch gezeigt werden, daß insbesondere die krisen-theoretischen Implikationen beider Fundierungen starke Unterschiede aufweisen (vgl. IV. Kap.). Im Falle einer werttheoretischen Fundierung von Regulation wird nämlich argumentiert, daß die Akkumulation von Kapital, verstanden als ein durch die Konkurrenz exekutierter Systemimperativ, einen Ziel-Mittel-Konflikt einschließt, der sich "hinter dem Rücken" der Akteure durchsetzt und das ökonomische System in eine Krise treibt. Die werttheoretisch begründbare "indirekte" Regulation zersetzt dabei die institutionellen Formen der "direkten" Regulation. Ein Beispiel für diesen Argumentationstypus ist eine zusammen mit Ricardo Hausmann verfasste Arbeit von Lipietz (1983), in der zu zeigen versucht wird, wie eine wert-theoretisch fundierte Theorie der Regulation den Prozess der Inflation seit den frühen siebziger Jahren und die damit einhergehende Untergrabung der institutionellen Formen monopolistischer Regulation zu begründen vermag (vgl. auch Lipietz 1979). Die preistheoretischen Vertreter des Regulationsansatzes neigen demgegenüber mehrheitlich dazu, die Krisen der Regulation *direkt* aus den Handlungen der ökonomischen Akteure abzuleiten.

Die Vertreter der werttheoretischen Variante des Regulationsansatzes stehen in der wissenschaftlichen Debatte in der Regel vor zwei Problemen: Zum einen müssen sie angesichts der scharfen Kritik an der logischen Konsistenz der Werttheorie Marxscher Prägung den Erkenntnisgewinn der werttheoretischen Argumentation begründen. Zum zweiten müssen sie darüberhinaus auch den Nachweis führen, daß die Preisbewegungen "in letzter Instanz" von den Wertbewegungen und Wertgrößen bestimmt werden. Innerhalb der marxistischen Theorie hat sich bei der Bearbeitung dieser Aufgaben, so mein Eindruck der Literatur, eine innertheoretische Arbeitsteilung herausentwickelt, bei der die theoretische Diskussion um den Status der Werttheorie im wesentlichen einer kleinen Zahl von "Spezialisten" überlassen wird. Ich kann im Rahmen dieser Arbeit auf diese Debatte nicht näher eingehen. Allerdings kann auf eine Erörterung auch nicht verzichtet werden. Die Rechtfertigung für einen wenigstens cursori-schen Überblick über die Argumentationsfiguren ergibt sich aus dem Umstand, daß seitens der werttheoretisch argumentierenden Regula-

tionstheoretiker eine Reihe grundsätzlicher theoretischen Überlegungen angestellt wurden, um ihre Fundierungen des Regulationskonzeptes theoretisch abzusichern.

Es geht mir im weiteren nicht darum, zu entscheiden, ob die werttheoretisch-marxistische oder die preistheoretisch-keynesianisch/kaleckianische Fundierung von Regulation die "richtigere" Entscheidung ist. Nachgezeichnet werden sollen allein die theoretischen Versuche der werttheoretischen Regulationsvertreter, unter bestimmten theoretischen Prämissen eine werttheoretische Fundierung von Regulation auf konsistentem Wege möglich zu machen. Die Rekonstruktion dieser Versuche führt, so könnte es scheinen, vom eigentlichen Anliegen dieser Arbeit ab. Tatsächlich ist es aber angesichts der von der Marx'schen Theorie aufgeworfenen Konsistenz- und Immanenzprobleme nicht möglich, die die Wurzeln der Werttheorie berührenden Kritiken zu ignorieren. Die von den Vertretern der werttheoretischen Variante der Regulationstheorie unternommenen Anstrengungen zur Klärung dieser Probleme, müssen deshalb selbst als grundlagentheoretische Beiträge zur Entwicklung einer Theorie der Regulation verstanden werden. Diese Grundlagenarbeit steht erst am Anfang; mehr als Angaben über die weitere Forschungsrichtung sind m.E. noch nicht zu erkennen. Auf der Basis der zugrundegelegten Arbeiten lässt sich aber immerhin als Eindruck formulieren, daß das zumeist als Grund der Untauglichkeit der Marx'schen Werttheorie genannte Transformationsproblem zwar keiner definitiven Lösung zugänglich ist, aber doch derart formuliert werden kann, daß eine werttheoretische Argumentation möglich ist. Wichtige Überlegungen, ohne daß sie explizit auf das Transformationsproblem angewendet worden wären, finden sich bereits bei Aglietta (1979). Auf der Grundlage der weiteren Arbeit von Duménil (1980) hat sich vor allem Lipietz (1982; 1982a; 1985b) dieses Problems angenommen. Unabhängig von Duménil und Lipietz, deren "Lösungen" sich im Detail unterscheiden, wurde ein vergleichbarer Lösungsvorschlag für das Transformationsproblem von Foley (1982; 1986) vorgestellt. Insbesondere zwischen Foley und Lipietz gibt es mittlerweile einen intensiveren Diskussionsprozess über die Fragen der Werttheorie sowie des Transformationsproblems<sup>30</sup>.

### *5.1. Eine Darstellung des Transformationsproblems*

Im ersten Band des "Kapital" führt Marx eine Theorie des Mehrwerts vor, wonach der Mehrwert das Ergebnis der in der Produktion geleisteten Mehrarbeit ist. Die so erzielte gesamtwirtschaftliche Mehrwertmasse wird dann, so Marx im 9. Kapitel des Dritten Bandes des "Kapital", proportional zu den jeweiligen Kapitalvorschüssen verteilt. Die kapitalistisch produzierten Waren tauschen sich dann nicht zu Werten sondern zu Produktionspreisen, also zu Preisen, "die dadurch entstehen, daß der Durchschnitt der verschiedenen Profitraten der verschiedenen Produktionsphären gezogen und dieser Durchschnitt den Kostpreisen der verschiedenen Produktionsphären zugesetzt wird... Der Produktionspreis der

Ware ist also gleich ihrem Kostpreis plus dem, entsprechend der allgemeinen Profitrate, prozentig ihm zugesetzten Profit oder gleich ihrem Kostpreis plus dem Durchschnittsprofit" (MEW 25, S. 167). Mit der Verwandlung der Werte in Produktionspreise geht also eine innerkapitalistische Umverteilung der Mehrwertmasse einher, die, so Marx, den Ausgleich der sektoralen Profitraten sicherstellt. Im Übergang der Argumentation vom ersten zum dritten Band des "Kapital" wird von Marx die Prämisse des gleichen Tausches aufgegeben, also nicht länger davon ausgegangen, daß der Geldpreis jeder Ware der Menge in dieser Ware vergegenständlichten abstrakten Arbeit gleich ist. Der mit der Bildung der Produktionspreise erfolgende Ausgleich der sektoralen Profitraten geht jetzt, wie Foley in einer mathematischen Modellanalyse zeigt (1986, S. 97), mit ungleichem Tausch einher. In der Diskussion um die Marxsche Transformation der Werte in Produktionspreise wurden vor allem zwei Mängel herausgestellt (vgl. als Überblick Glombowski 1977, S. 8ff.; Fine 1986, S. 1ff.):

(1) Das Marxsche Invarianzpostulat, wonach gesamtwirtschaftlicher Mehrwert gleich dem aggregierten Profit ist, ergebe sich nur in Ausnahmefällen. Die Regel sei eine Diskrepanz beider Größen. Glombowski skizziert diesen Einwand anhand einer einfachen Überlegung. Marx zufolge weichen die Produktionspreise von den Werten einzelner Waren deshalb ab, weil die einzelnen Kapitale eine gegenüber dem gesamtwirtschaftlichem Durchschnitt differierende organische Zusammensetzung des Kapitals aufweisen: Die Produktionspreise übersteigen die Warenwerte, wenn die organischen Zusammensetzungen über dem Durchschnitt liegen, umgekehrt umgekehrt. Produktionspreise sind also nur dann gleich den Warenwerten, wenn die jeweiligen organischen Zusammensetzungen des Kapitals mit der des gesamtwirtschaftlichen Durchschnittskapitals zusammenfallen (vgl. MEW 25, S. 173). Fasst man nun alle Warengruppen, die das Mehrprodukt ausmachen, als Aggregat zusammen ("Profitgüter"), und nimmt man an, daß dieses Aggregat mit einer über dem Durchschnitt liegenden organischen Zusammensetzung produziert würde, dann ist der Produktionspreis dieses Aggregats größer als sein Wert. Also ist der Profit größer als der Mehrwert. Das Invarianzpostulat ist verletzt. Im Zuge der Transformation findet also nicht nur, wie Marx behauptet, eine Umverteilung des Mehrwerts sondern darüber hinaus eine Größenveränderung statt. Zur Aufrechterhaltung seiner Transformationsmethode müsste Marx also die wenig realistische Annahme treffen, daß das Profitgüteraggregat immer mit der durchschnittlichen organischen Zusammensetzung der Gesamtkonomie hergestellt wird. Damit wäre aber die Werttheorie auf einen, dazu noch wenig realistischen, Spezialfall reduziert.

(2) Auf einen zweiten Mangel hat Marx bereits selbst verwiesen: "Es ist durch die jetzt gegebne Entwicklung allerdings eine Modifikation eingetreten bezüglich des Kostpreises der Waren. Ursprünglich wurde angenommen, daß der Kostpreis einer Ware gleich sei dem Wert der in ihrer Produktion konsumierten Waren. Der Produktionspreis einer Ware ist aber für den Käufer derselben ihr Kostpreis und kann somit als Kostpreis in

die Preisbildung einer andren Ware eingehen. Da der Produktionspreis abweichen kann vom Wert der Ware, so kann auch der Kostpreis einer Ware, worin dieser Produktionspreis anderer Ware eingeschlossen, über oder unter dem Teil ihres Gesamtwerts stehn, der durch den Wert der in sie eingehenden Produktionsmittel gebildet wird. Es ist nötig, sich an diese modifizierte Bedeutung des Kostpreises zu erinnern und sich daher zu erinnern, daß, wenn in einer besondern Produktionssphäre der Kostpreis der Ware der in ihrer Produktion verbrauchten Produktionsmittel gleichgesetzt wird, stets ein Irrtum möglich ist" (MEW 25, S. 174). Dieser Irrtum ist nicht nur "möglich", sondern, wie die neuere Diskussion gezeigt hat, nahezu notwendig: In einer input-output-verflochtenen, weil arbeitsteiligen kapitalistischen Ökonomie müssen die individuellen Kapitale bei der Verwandlung des Geldkapitals in produktives Kapital zumindest für die zirkulierenden und fixen Elemente des konstanten Kapitals Produktionspreise bezahlen. In den üblichen Nach-Marxschen Transformationsverfahren werden auch für das variable Kapital Produktionspreise veranschlagt. (Genau diese Vorgehensweise wird, wie noch zu zeigen ist, von Lipietz und Foley nicht geteilt; vgl. 5.3.) Bei der Berechnung ihrer individuellen Profitraten beziehen die Kapitale deshalb die auf sie entfallenden Profite auf den in Produktionspreisen berechneten Kapitalvorschub. Marx bezieht in seinem Verfahren diese Profite aber auf die in Werten gemessenen Kapitalvorschüsse, was zu ungleichen individuellen Profitraten führt. Der durch das Marxsche Transformationsverfahren angezielte Ausgleich der sektoralen Profitraten kann auf diese Weise nicht zustandekommen.

Die radikalste Konsequenz aus diesen Defekten der Marxschen Transformationsmethode wurde von der auf die Arbeit von Sraffa (1976) beruhenden neoricardianischen Theorie gezogen, deren prominentester Vertreter, Ian Steedman, formulierte: "... central aspects of Marx'political economy are entirely *independent* of any 'labour theory of value'" (Steedman 1981, S. 11; Hervorhebung i.O.). Die Marxsche Werttheorie sei sowohl redundant als auch irrelevant: "But if the use of labour *values* and the transformation procedure are quite unnecessary", so ein weiterer Sraffianer, Lynn Mainwaring (1984, S. 168), "they are also inconsistent once a multiplicity of techniques is admitted. When there are many techniques, each is associated with a different set of *values* and it is not possible to say which set prevails until the choice is known. But the choice cannot be known independently of the determination of distribution and prices. It seems, therefore, that we have to know prices before we can find the *values* that have to be transformed into prices". Zur quantitativen Bestimmung von Profitrate und Produktionspreisen, so das Argument, bedürfe es keines Rückbezugs auf Werte sondern genügen bereits Kenntnisse über die technologischen Produktionsdaten des ökonomischen Systems sowie über den Reallohn.

Diese Argumentationsfigur der Neo-Ricardianer wird im Rahmen eines linearen Produktionsmodells entfaltet, dessen Standardfall annimmt: (1) Es gibt in der betrachteten Ökonomie  $n$  Produktionsprozesse und  $n$  Waren

(Produktionsmittel und Konsumgüter); (2) jeder Arbeitsprozess bringt ein Produkt hervor (Kuppelproduktion wird also ausgeschlossen); (3) es gelten konstante Skalenerträge (Technologie- und damit Produktivitätssprünge werden ausgeschlossen); (4) von Fixkapital wird abgesehen, d.h. in der betrachteten Produktionsperiode werden alle Inputs verbraucht; (5) die Inputs werden zu Beginn der Produktionsperiode gekauft und bezahlt; am Ende der Produktionsperiode werden alle Outputs verkauft; (6) Inputs sind nicht-negative Mengen der  $n$ -Produkte der Ökonomie sowie Mengen homogener Arbeit; (7) die Entlohnung der Arbeitskraft ist gerade hinreichend, um die zur Reproduktion notwendigen Lebensmittel kaufen zu können; (8) das System erbringt ein positives Mehrprodukt (vgl. Glombowski 1977, S. 12).

Mit diesen im linearen Produktionsmodell aufbereiteten Informationen erweist es sich als unnötig, wie im Marxschen Fall, sich aufsteigend von der Wert- zur Preisebene zu bewegen, sondern kann das Wert- und Produktionspreissystem simultan bestimmt werden (vgl. die Darstellung bei Glombowski 1977, S. 13). Die neuere Diskussion hat allerdings gezeigt, daß auch diese Vorgehensweise nicht überzeugend ist und vor allem nicht Gehalt und Intention der Marxschen Werttheorie erfasst. Stamatis (1987) zufolge handelt es sich bei dieser Vorgehensweise, wie auch bei dem von Semmler (1977) präferierten Iterationsverfahren<sup>31</sup>, lediglich um eine *Berechnung* der Produktionspreise aus den Werten. Das neoricardianische Argument, daß dabei der Rückbezug auf die Werte überflüssig sei und die Produktionspreise aus den physischen Daten des zugrundeliegenden Systems bestimmt werden können, sei zwar durchaus einsichtig. Dies sei aber kein triftiger Einwand gegen die Marxsche Werttheorie, die sich in ihren Wertformanalyse genau der Frage widme, wie sich abstrakte Arbeit im Zuge des marktvermittelten Tausches in Geld verwandele und wie die dabei auftretenden quantitativen Inkongruenzen zwischen Wert- und Preisausdrücken zu bestimmen seien.

Ganßmann (1985; 1986) versucht darüberhinaus den Nachweis zu führen, daß der neoricardianischen Vorgehensweise eine nicht-konsistente Konzeptualisierung von Arbeit unterliegt: Die neoricardianische Wertbestimmung löse nämlich die Unterschiede zwischen Arbeit als tätigem Prozess und den gegenständlichen Bedingungen und Resultaten dieses Prozesses völlig aus, indem sie die Zeitdimension von Arbeit neutralisiere und einfach unterstelle, "daß aktuell lebendige Arbeitszeit, in Produktionsmitteln vergegenständlichte Arbeitszeit und in Produkten vergegenständlichte Arbeitszeit addierbare Größen seien. Damit wird aber der Umstand übergangen, daß diese Größen in verschiedenen Formen (Arbeit als Prozeß und Arbeit als im Produkt "erloschene" Arbeit) und zu verschiedenen Zeitpunkten anfallen. Die Grundfrage der Werttheorie, wie durchaus heterogene ökonomische Gegenstände und Prozesse einheitlich, d.h. in der Dimension, die quantitativ erschließbar ist, darstellbar sein sollen, wird durch einen Formalismus übersprungen, dessen Bedingungen ungeklärt bleiben" (Ganßmann 1985, S. 12). Indem die Arbeit im Kern gleich wie die gegenständlichen Bedingungen kapitalistischer Produktion behandelt

werden liegt die weitere Überlegung, die Werte seien technisch bestimmt, auf der Hand. Das so modellierte ökonomische System ist dann allerdings nicht mehr in der Lage, Arbeit als Handlung und als Strukturbildungsprozess zu begreifen. Will man diese analytische Perspektive nicht aufgeben, dann bedarf es einer wohlverstandenen Werttheorie, die tausch- und geldtheoretisch fundiert sein muss: "Die Gelderklärung wird zur ersten Aufgabe der Werttheorie. Ihr Wert bezieht die Waren auf ihr immanentes Verhältnis zur gesellschaftlichen Arbeit. Dieses immanente Verhältnis, das die Einzelprodukte auf eine in Größe und Proportionierung kontingente Gesamtheit bezieht, wird äußerlich dargestellt, manifestiert sich in ihrem Preis" (ders. 1985, S. 23). Die Marxsche Wertformanalyse ist für eine solche Aufgabe ein sehr viel besserer Ausgangspunkt als das neoricardianische Produktionsmodell.

## 5.2. Wertformanalyse und "monetary constraint"

Marx geht es in seiner Wertformanalyse um das Problem von Mechanismus und Form der Verwandlung privat verausgabter Arbeit in gesellschaftlich notwendige Arbeit. In arbeitsteiligen Ökonomien, in der die Gebrauchswerte nicht für den Eigenbedarf sondern für den Fremdbedarf produziert werden, erfolgt diese Verwandlung als Prozess der In-Maßsetzung über die Institution des Marktes, d.h. es handelt sich um Tauschökonomien. Einen zentralen Stellenwert hat dabei die Kategorie des Geldes. Was wie eine Trivialität erscheint, wird allerdings in vielen ökonomischen Theorien unterschlagen. Diese Unterlassung gilt, wie bereits mehrfach angemerkt, namentlich für die neoklassische Theorie, die, soweit sie nicht nur über relative Preise räsonniert, keinen oder nur einen willkürlichen Begriff von Geld kennt (vgl. dazu bspw. Backhaus 1986), indem sie ein beliebig definiertes numéraire als "Geld" interpretiert. Nahezu identisch geht die neoricardianische Theorie vor, die sich mittels der Definition einer Standardware bzw. Basisware des "Geldrätsels" entledigt (vgl. bereits Sraffa 1976, S. 23). Die in der analytischen Unterschlagung von Geld zum Ausdruck kommende Vernachlässigung des tauschtheoretischen Aspektes führt die neoricardianische Theorie darüberhinaus zu einer spezifischen Version der Arbeitswerttheorie, die als "embodied labour theory of value" gefasst werden kann und die Werte ausschließlich substanztheoretisch interpretiert.<sup>32</sup> Demgegenüber macht das Marxsche Konzept abstrakter Arbeit deutlich, daß der Wert einer doppelten Bestimmung unterliegt. Die Anerkennung privater als gesellschaftlich notwendiger, d.h. abstrakter Arbeit, so Aglietta (1979, S. 38f.) in Anschluß an die Marxsche Wertformanalyse, vollzieht sich über den marktförmigen, geldvermittelten Austausch:

"In economics, the task of abstraction is possible because a process of homogenization exists in the reality to be studied, making the objects under investigation commensurable elements in a space to which a measure can be applied. This process of homogenization is known as value... It is the general characteristic of commodity-producing societies,

and denotes a mode of division of labour that transforms the products of labour into *commodities*. These products of labour are commodities when they are the products of private labour for society in general, whose underlying social character is acknowledged only in an operation of exchange. The exchange transaction realises the uniformity of products by establishing an *equivalence* in which private labour appears simply as a fraction of the overall social labour of society. This uniform character of labour, as a fraction of overall social labour, is what is known as *abstract labour*... Abstract labour is a social relationship, that transforms the products of labour into equivalent categories, known as commodities, in a homogenous space to which a measure known as value can be applied (Hervorhebung i.O.)."

Ein so verstandenes Konzept abstrakter Arbeit verbietet nachgerade eine substanztheoretische Fassung des Wertbegriffes. Abstrakte Arbeit wird vielmehr als gesellschaftliche Beziehung verstanden, die die Produkte privater Arbeit in einen homogenen Raum transformiert, und zwar über die Vermittlungsleistungen der Instanz Markt. Stanger (1987, S. 55ff.) hat jüngst nochmals darauf verwiesen, daß sich die Interpretation einer Substantiierung von Wert auf vielerlei Marxsche Ausführungen berufen kann. Vor allem in seiner Auseinandersetzung mit der Ricardoschen Werttheorie hat Marx allerdings auch auf die Mängel einer solchen "embodied labour theory" hingewiesen. Mit Blick auf das Transformationsproblem weist Stamatis (1987, S. 15) darauf hin, daß gerade die substanztheoretische Aufbereitung der Transformation von Werten in Produktionspreise dafür verantwortlich sei, daß dieses Problem nicht konsistent gelöst werden könne: "Die Auffassung vom Transformationsproblem, wonach es sich dabei darum handelt, unter den Bedingungen einer einheitlichen Profitrate und eines exogen gegebenen einheitlichen Lohnsatzes, oder, umgekehrt, eines einheitlichen Lohnsatzes und einer exogen gegebenen einheitlichen Profitrate die Produktionspreise aus den Werten oder auch direkt aus der gegebenen Produktionstechnik zu berechnen und einen rein quantitativen Zusammenhang zwischen ihnen und den Werten nachzuweisen, ist nicht nur deswegen unhaltbar, weil die für die Herstellung dieses quantitativen Zusammenhangs notwendige *Normierung* der Produktionspreise das eigentliche Transformationsproblem, d.h. die Verwandlung der Substanz der Werte (die abstrakte Arbeit, K.H.) in die der Produktionspreise (in Geld, K.H.) umgeht, sondern auch aus einem anderen Grund: weil das durch die Normierung eingeführte "Geld" im allgemeinen nicht "neutral" ist." M.a.W. die über das Geld verlaufende Verwandlung privater Arbeit in gesellschaftlich notwendige Arbeit ist kein mechanischer Prozess, in der die einmal zugeführte Arbeit sich in proportionalen Geldausdruck verwandelt, sondern selbst ein Moment des *Wertbildungsprozesses*. Eine theoretisch angemessene Perspektive zur Erörterung des Verhältnisses von Werten und Produktionspreisen bedarf Stamatis zufolge (1987, S. 17) einer Wertformanalyse, "...welche die Preise, also auch die Produktionspreise, als Existenzform der Werte und der Substanz der Werte, der abstrakten Arbeit, erklärt". Nicht die einmal im Produktionsprozess zugefügte Arbeit ist die Substanz des Wertes, sondern die sich Tausch realisierende abstrakte

Arbeit, die ohne ein Konzept von Geld nicht fassbar ist. Wie bereits Ganßmann macht auch Stamatis die Entwicklung eines angemessenen Geldkonzeptes zum Maßstab für die Brauchbarkeit der Marxschen Werttheorie. Grundlagen einer so verstandenen Werttheorie finden sich – zumindest in Umrissen – bereits in der Arbeit von Aglietta (1979).

Im Zentrum seiner Überlegungen steht die notwendige monetäre Erscheinungsform des Wertes (Aglietta 1979, insbes. S. 38ff.). Da Geld in einer kapitalistisch strukturierten Tauschökonomie die homogene Ware ist, in der sich der abstrakte Reichtum darstellt, lässt sich im weiteren argumentieren, daß der monetäre Ausdruck einer Arbeitsstunde anzeigt, wieviele Geldeinheiten dem vergegenständlichten Quantum abstrakter Arbeit äquivalent sind. Zwischen Wert- und Preisebene gibt es Aglietta zufolge folgenden Zusammenhang: Unterstellt, daß die gesamte abstrakte (also gesellschaftlich notwendige) Arbeit im Austausch realisiert wird und sich demnach in einer entsprechenden Summe an Geld darstellt, die als Volkseinkommen gefasst werden kann, ergibt sich zwischen diesem Volkseinkommen (Nettoprodukt NP) und dem Volumen abstrakter Arbeit (VA) ein Zusammenhang

$$m = NP/VA = \text{Summe der Preise}/\text{Summe der Werte.}$$

m ist dabei der monetäre Ausdruck der abstrakten Arbeit und weist die Dimension Geldeinheit je Arbeitsstunde auf. Dieser Zusammenhang wird von Aglietta (1979, S. 43f.) als "monetary constraint" bezeichnet: "It is a constraint for the realisation of value...In actual fact, then is a formation of monetary income whenever there is a production for exchange. But production and exchange are two separate processes in the social division of labour. If the general commodity circulation does not succeed in realizing the full series of metamorphoses, the one portion of the labour concretely spent in production does not fulfill the conditions of equivalence. This labour does not form part of social labour." m verkörpert demnach nichts weiter als die monetäre Schranke der Realisierung von Wert. Die absolute Größe von m hängt, wie die obige Gleichung zeigt, bei einer als gegeben unterstellten Wertsomme allein vom Preisniveau ab: Summe der Preise (NP) = Summe der Werte x m.

An diesen, bereits früher von mir dargestellten Überlegungen von Aglietta, hat vor allem De Vroey (1981) anzuknüpfen sich bemüht. Die in der Rezeption von Agliettas Arbeit weitgehend zu kurz gekommenen werttheoretischen Ausführungen, die – wie gezeigt – die weit verbreitete Ricardo-Marx-Leseweise der Werttheorie als Substanztheorie in Frage stellen, wurden von De Vroey expliziert. Auch Lipietz ist stark durch den werttheoretischen Zugang des frühen Aglietta beeinflusst, auch wenn sich bei ihm keine expliziten Hinweise dazu finden. Unabhängig von der Arbeit Agliettas und anderer Theoretiker im Umkreis des Regulationsansatzes hat Duncan K. Foley (1982; 1986) nahezu identische Überlegungen angestellt, die sich insbesondere bei der Aufbereitung des Transformationsproblems mit den von Duménil (1980) vorgetragenen und von Lipietz (1982; 1985b)

übernommenen Lösungsvorschlägen überschneiden. Bevor ich die dabei entwickelte Argumentationsfigur kurz vorführe, soll aber zunächst die von De Vroey explizierte werttheoretische Argumentation Agliettas weiter vorgestellt werden.

Kennzeichnend für die Aglietta-De Vroey-Interpretation ist, wie bereits angedeutet, deren Abgrenzung gegenüber einer substanztheoretischen Deutung des Wertbegriffs. Wert reduziert sich nicht wie in der "embodied labor theory" auf das Resultat eines technologischen Prozesses; im Produktionsprozess wird vielmehr allein potentieller Wert geschaffen, der sich erst im Austausch bewahren und realisieren muss: "In this interpretation, the concept of value points to an articulation of production and circulation. It cannot be seen as a production theory, as in the Ricardian interpretation, since in the absence of circulation - that is, of sale - there is no creation of value at all" (De Vroey 1981, S. 177). Da Aglietta und De Vroey die Schaffung von Wert also als Resultat der Verknüpfung von Produktion und Zirkulation fassen, liegt auf der Hand, daß eine Interpretation von Wert als "embodied value" ausscheiden muss. Wert ist vielmehr ein "fließendes Maß", das erst in seiner Form des Geldes regulierende Wirkungen zeitigt. Bereits aus diesem Grund, weil also sich Werte immer und unmittelbar in Preise übersetzen, kann es laut De Vroey (1981, S. 179) im strikten Sinne gar kein Problem der Transformation von Werten in Preise geben.

Die Möglichkeit einer Übereinstimmung der Summe der Werte mit der Summe der Preise läßt sich an einem einfachen Beispiel demonstrieren. Angenommen wird ein ökonomisches System, in dem alle Produkte von Arbeit die Warenform annehmen, bei dem keine Grundrente anfällt und in dem die Umschlagshäufigkeit des Kapitals gleich eins ist. Unter diesen - natürlich äußerst restriktiven - Annahmen entspricht die in der Zirkulation befindliche Geldmenge genau der Summe der Verkäufe bzw. der Einkommen, also der Summe der Preise. Zwischen der Wertsomme (Aggregat der abstrakten Arbeit) und der Preissumme gibt es also eine eindeutige Korrespondenz i.S. einer Identität (vgl. De Vroey 1981, S. 189f.).

Eine Proportionalität von in der Produktion verausgabten Arbeitsmengen und Warenpreisen ergibt sich darüber hinaus für den Fall gleicher organischer Zusammensetzungen des Kapitals in allen Branchen, fehlender Preissetzungsmacht einzelner Kapitale, konsistenter Tauschstrukturen i.S. eines Ausgleichs von angebotenen und nachgefragten Waren sowie einer absoluten Größe des monetären Ausdrucks der abstrakten Arbeit  $m$  von eins. Der so zustandekommende "simple price" drückt aus, daß seine Größe direkt durch den Wert der Waren bestimmt ist. Gibt man im weiteren die Annahme gleicher sektoraler organischer Zusammensetzungen des Kapitals auf, dann muss sich dieser "einfache Preis" in den Produktionspreis verwandeln. Im Zuge der Verwandlung einfacher Preise in Produktionspreise - unter den ansonsten gleichen Annahmen - findet eine Umverteilung - nicht aber eine Größenveränderung - der gesamt -

wirtschaftlichen Mehrwertsumme statt (vgl. De Vroey 1981, S. 192; 194ff.), die auch den Ausgleich der sektoralen Profitraten zu einer Durchschnitts- oder allgemeinen Profitrate bewerkstelligt. Der Gesamtprofit als Produkt von Mehrwertmasse und monetärem Ausdruck der abstrakten Arbeit  $m$  wird dabei proportional zu den *nominalen* Kapitalvorschüssen der Sektoren verteilt. Die auf diesem Wege ermittelten Produktionspreise weichen von den in den jeweiligen Waren vergegenständlichten Arbeitsquanta ab, und zwar nach Maßgabe der Abweichungen der organischen Zusammensetzungen des Kapitals der jeweiligen Sektoren von dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt. Produzierte Wertmengen weichen im individuellen Fall also von dem in Gestalt der Produktionspreise realisierten Wertmengen ab, d.h. es kommt systematisch zu sog. "Zirkulationsverlusten" und "Zirkulationsgewinnen" (De Vroey 1981, S. 195).

Diese Interpretation der Werttheorie, die die in der Produktion verausgabte Arbeit als lediglich potentiell wertbildend betrachtet und erst im Austausch die endgültige Fixierung des Werts sieht, verfolgt ein Konzept "kommandierter Arbeit", das in seinen Grundzügen auch von Lipietz geteilt wird. Damit ist nichts weiter gemeint, als daß die in der Produktion einer Ware aufgewendete von der im Tausch durch das Geld "kommandierten" Arbeit abweicht. Die Grundlage dieses Arbeitskonzeptes ist das Verständnis einer nur potentiellen Wertbildung in der Sphäre der Produktion.

### 5.3. Lipietz' Vorschlag zum Transformationsproblem

Lipietz unterscheidet in Anlehnung an Marx zwei Meßkonzepte des Wertes: Einmal den internen Maßstab des Wertes einer Ware in Gestalt der Menge abstrakter, d.h. gesellschaftlich notwendiger Arbeit für die Herstellung der jeweiligen Ware. Und zum zweiten einen externen Maßstab in Gestalt der Menge des allgemeinen Äquivalents, das im Tausch gegen die jeweilige Ware erlöst wird. Zwischen beiden besteht ein Prinzip der Korrespondenz. Da der Wert einer Ware nicht von der zu ihrer Herstellung aktuell verausgabten Arbeitszeit, sondern von der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt ist, die sich im Tausch realisiert, kann eine strikte Proportionalität von internem und externem Maß nicht umstandslos unterstellt werden:

"The amount of money for which it (the commodity, K.H.) is exchanged does not therefor represent a particular amount of time. In addition, other social relations will intervene to *transform the value*, breaking the proportionality of the internal and external measures of commodity-values (the famous 'value-price-ratios' which vary from one commodity to another). The amount of value represented by money cannot therefor be the value of the particular commodity for which it is exchanged, as that will depend on the commodity in question: it can only be the value of a 'representative sample' of all commodities consumed and thus socially validated, i.e. of a number of commodities proportional to the net product of society. The

structure of this net product is defined by the regime of accumulation which is in force..."(Lipietz 1985b, S. 23; Hervorhebung i.O.).

Mit ähnlichen Intentionen wie auch Aglietta und De Vroey unterscheidet Lipietz in Anschluß an die im I. Abschnitt des Zweiten Bandes des "Kapital" vorgetragene Darstellung der Metamorphosen des Kapitals und seines Kreislaufes (vgl. MEW 24, insbes. S. 104ff.) zwischen "Wert" und "prozessierendem/sich verwertenden Wert" (value-in-process) (Lipietz 1985b, S. 30ff.). Das Kapital als sich verwertender Wert wird wie bei Marx (vgl. MEW 24, S. 109) nicht als "ruhend Ding", sondern als "Bewegung" gefasst, das in seinem Kreislauf "verschiedene Bewegungen (durchläuft), in denen er sich erhält und zugleich verwertet, vergrößert" (ebd.). Wert und prozessierender Wert sind demnach auf verschiedenen methodischen Ebenen angesiedelt: Beim Wert handelt es sich um eine gesellschaftliche und synchrone Größe, beim prozessierenden Wert demgegenüber um eine individuelle und diachronische Größe. Der value-in-process ist deshalb dem Wert analytisch untergeordnet. Die Vermittlung zwischen beiden findet im geldvermittelten Tausch der Waren statt. Das Tausch- und damit das Geldverhältnis werden so auch bei Lipietz zum Zentrum seiner werttheoretischen Interpretation.

Wie auch bereits Aglietta geht Lipietz bei seiner geldtheoretischen Fundierung der Werttheorie vom Nettoprodukt aus. Für den Fall eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes, d.h. konsistenter Tauschstrukturen läßt sich die durchschnittliche Kaufkraft des Wertes in Geldeinheiten ausdrücken:

Menge abstrakter Arbeit/ Preis des Nettoprodukts = LEM.

LEM bezeichnet bei Lipietz das "labour equivalent of money" und meint die Menge abstrakter Arbeit, die durch eine Einheit Geld repräsentiert wird (Lipietz 1985b, S. 23). Diese Größe ist der Kehrwert des monetären Ausdrucks einer Stunde abstrakter Arbeit  $m$ , wie er sich bei De Vroey findet:  $LEM = 1/m$ . Von Foley (1982, S. 41; 1986, S. 15) wird diese Größe als "value of money" (Wert des Geldes)  $v$  bezeichnet und identisch wie von Lipietz interpretiert. Diese Größe wird weder von Lipietz noch von Foley als bloßes numéraire interpretiert, dessen geschickte Wahl die Identität von Wert- und Preissummen sichern soll. Unter Bezugnahme auf die geldtheoretischen Überlegungen von Aglietta wird vielmehr argumentiert, daß in der Marx'schen Werttheorie die Kategorie des Geldes untrennbar mit dem Konzept abstrakter Arbeit verknüpft sei. LEM bzw.  $v$  seien demnach keine bloß technischen numéraires.

Diese Überlegungen werden von Lipietz im weiteren dann auf das Transformationsproblem anzuwenden versucht. Ich habe schon darauf verwiesen, daß es neben den grundsätzlichen Überlegungen von Aglietta vor allem eine Arbeit von Duménil (1980) war, die Lipietz zu seinem "Lösungsvorschlag" führte. Duménil entwickelte in seiner Arbeit den Gedanken, den Wert der Arbeitskraft als Anteil an der Wertschöpfung zu interpretieren.

Damit war der Schlüssel für eine andere Aufbereitung des Marxschen Transformationsproblems, wie unabhängig von Duménil dann Foley (1982; 1986) zeigen konnte, gefunden. Die Interpretation des Wertes der Arbeitskraft als Anteil an der Wertschöpfung (dem Nettoprodukt) kontrastiert zu der üblichen, ebenfalls mit der Marxschen Theorie vereinbarten Vorgehensweise, wonach der Wert der Arbeitskraft sich aus dem Wert des mit dem Lohn gekauften Warenbündels bestimmt ("Reproduktionsansatz"). Im Falle letzterer Interpretation, die der Standardlösung des Transformationsproblems unterliegt, kann das Invarianzpostulat einer Übereinstimmung der Summe der Werte mit der Summe der Preise nur dann erfüllt sein, " ..if the weighting of the values of the commodities bought with the profits was the same as that of the net product" (Lipietz 1985b, S. 154) – eine Konstellation, die – wie ausgeführt – von Glombowski als Spezialfall bezeichnet wird, der wenig Relevanz besitzt. Preis- und Wertsummen fallen auseinander. Der Fehler dieser Vorgehensweise liegt dabei in der Interpretation des Wertes der Arbeitskraft.

Der Marxsche Satz, wonach die Arbeitskraft, wie jede Ware, einen Wert besitzt, nämlich die zu ihrer Reproduktion notwendige Menge an Arbeit ("Der Wert der Arbeitskraft ist bestimmt durch den Wert der gewöhnlichsmäßig notwendigen Lebensmittel des Durchschnittsarbeiters" – MEW 23, S. 542), lässt aber auch eine andere als die Standardinterpretation zu: "That is, capitalists and workers confront each other over the division of the value added, the result defining the value of labor power  $w^*$ , which workers spend in money as they wish" (Lipietz 1982, S. 72; Hervorhebung K.H.). Diese Interpretation trägt dem Faktum Rechnung, daß weder Arbeiter noch Gewerkschaften über ein Bündel an Konsumgütern (z.B. Waschmaschinen, Fernseher, Fleischmengen), sondern über (Nominal-)Löhne verhandeln. Erst das Geldäquivalent des Wertes der Arbeitskraft wird dann zu Produktionspreisen verausgabt, um bestimmte, gesellschaftlich bestimmte Bedürfnisse zu befriedigen.

Der Wert der Arbeitskraft  $w^*$  wird von Lipietz gefasst als Produkt der "labour equivalents of money" LEM bzw. dem Wert des Geldes (Foley)  $v$  und dem Geldlohn  $w$ , den ein Arbeiter für eine Stunde Verausgabung seiner Arbeitskraft erhält:

$$w^* = vw.$$

Der Wert der Arbeitskraft  $w^*$  ist also in dieser Interpretation nichts weiter als die Zahl der Stunden abstrakter (gesellschaftlich notwendiger) Arbeit, die ein Arbeiter im Tausch für eine Stunde Arbeitskraft erhält. Da die Arbeiter – gesamtwirtschaftlich betrachtet – ihre Löhne zum Kauf eines Teils des Gesamtprodukts verwenden, kann man die Wertschöpfung einer kapitalistischen Ökonomie als aus zwei Teilen bestehend ansehen: Einen Teil, der sich in Löhne auflöst, und einen zweiten Teil, der sich als Mehrwert in den Händen der Kapitalisten darstellt. Der Wert der Arbeitskraft drückt genau diese Aufteilung der Wertschöpfung aus, indem er den Teil des Nettoprodukts erfasst, den die Arbeiter erhalten. Darstel-

len lässt sich diese Aufteilung des Nettoprodukts durch die Mehrwertrate  $e$ . Der Mehrwert ergibt sich rein definitorisch als Wertschöpfung abzüglich des Wertes der Arbeitskraft, weiter unterstellt ist die oben entwickelte Interpretation des Wertes der Arbeitskraft. Also:

$$e = \text{Mehrwert} : \text{Löhne}$$

$$= (1 - w^*) : w^* = (1 - vw) : vw$$

Durch eine einfache Umformung ergibt sich daraus dann :

$$w^* = 1:(1+e) \text{ (vgl. dazu Foley 1986, S. 36f.)}$$

Diese Darstellung ist nun nichts weiter als die Explikation des Duménilschen Gedankens, den Wert der Arbeitskraft als Anteil an der Wertschöpfung zu interpretieren.

Dieses Verständnis des Wertes der Arbeitskraft hat weitreichende Konsequenzen für die Transformation von Werten in (Produktions-)Preise, wie Lipietz zu zeigen vermag. Will man das Marx'sche Postulat, wonach es im Prozess der Transformation lediglich zu einer Umverteilung und nicht zu einer Größenveränderung des Mehrwerts kommt, aufrechterhalten, dann muss der Foleysche Wert des Geldes  $v$  bzw. das Lipietz'sche LEM sowie der Wert der Arbeitskraft konstant gehalten werden. D.h. nicht weniger, als daß konstantes und variables Kapital im Vorgang der Transformation unterschiedlich behandelt werden – also nicht wie in der Standardlösung *beide* Inputs mit Kostpreisen in die Transformation eingehen. Genau in dieser unterschiedlichen Behandlung der Inputs liegt der Kern des Lösungsvorschlags von Foley und Lipietz: "... in the case of variable capital, the wage, insofar as it represents a share of value added, that is, as a "number of hours", is conserved by the transformation, while the labor time itself, considered as the equivalent of a particular bundle of commodities, is transformed. This is exactly what happens in the solution just proposed" (Lipietz 1982, S. 76).

Eine so durchgeführte Transformation hat unter der – allerdings heroischen – Annahme  $LEM = 1$  zum Resultat, daß die gesamte Wertschöpfung des ökonomischen Systems mit der gesamten Menge abstrakter Arbeit und der Mehrwert mit der unbezahlten Arbeit der Arbeiter korrespondiert. Wertschöpfung, Mehrwert und Mehrwertrate bleiben dabei unverändert; durch ungleichen Tausch zwischen den Sektoren wird die Umverteilung des Mehrwerts bewerkstelligt (vgl. ebd.).<sup>33</sup> Anders formuliert: Summe der Werte gleich Summe der Preise; Summe des Profits gleich Summe des Mehrwerts; aber: Summe der Löhne ungleich Summe der Werte der "Lohngüter" (vgl. Chavance 1985, S. 427). Indem der Wert des Geldes  $v$  bzw. das Lipietz'sche LEM als Verhältnis von Wertsumme zu Preissumme des Nettoprodukts interpretiert wird, zeigen die Autoren, daß der durch den Verkauf produzierter Waren in Geldform erworbene Anspruch auf abstrakte Arbeit größer oder kleiner sein kann als der

individuelle Arbeitswert der getauschten Ware; transponiert in die Gesamtwirtschaft gleichen sich die im Tauschprozeß gewonnenen und verlorenen Werte aus. Foley schreibt deshalb: "In other words, this interpretation of the value of money corresponds to the idea that value is created in production but conserved in exchange" (Foley 1982, S. 41). Genau dies entspricht der werttheoretischen Leseart von Marx durch Aglietta und De Vroey.

Auf der Ebene des Gesamtsystems lässt sich also eine so formulierten werttheoretische Argumentation aufrechterhalten, ohne in die Falle des Transformationsproblems zu laufen. Ob die Marktpreise individueller Waren von den Arbeitswerten abweichen, ist dabei ein sekundäres Problem, das sich nur durch eine weitere Analyse der Umverteilung des Mehrwerts über das Prinzip des ungleichen Tausches klären lässt. Indem Foley und Lipietz zum einen also die Hypothese des gleichen Tausches verwerfen, wonach die Geldpreise der Waren genau deren Arbeitswerte widerspiegeln, und zum zweiten den Wert der Arbeitskraft als den Betrag an abstrakter Arbeit interpretieren, den die Arbeiter im Tausch für eine Stunde Arbeitskraft in Gestalt des allgemeinen Äquivalents erhalten, vermögen sie auf der Ebene des Gesamtsystems eine quantitative wie qualitative Verknüpfung von Wert- und Preisebene herzustellen. Diese Argumentation einmal als plausibel unterstellt, wäre der Nachweis geführt, daß eine Verankerung des Regulationsansatzes in der Marxschen Werttheorie in konsistenter Weise möglich ist. Regulation müsste in dieser Perspektive dann als Integral von "indirekter", über ein so verstandenes Wertgesetz hergestellte Regulation und "direkter" Regulation begriffen werden. Es müsste m.a.W. also theoretisch konsistent gezeigt werden, wie der Anspruch einer Vermittlung von Struktur und Handlung eingelöst werden kann, wie sich also aus dem markt- und damit geldvermittelten Interaktionzusammenhang vieler ökonomischer Individuen die Reproduktion des Gesamtsystems ergibt, und zwar ohne daß die Individuen bei ihren subjektiven Handlungen über ein Wissen über die Reproduktionsbedingungen verfügen und *ohne* daß externe Akteure bewußte Steuerungsleistungen einbringen müssen. Die Arbeit von Aglietta ist als ein erster Schritt zur Einlösung eines solchen Programms von Regulation zu verstehen, indem er über den Reproduktionsoptimismus der orthodoxen ökonomischen Theorie und über den Stabilisierungskomplex der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus hinausging. Der dort unternommene Versuch, das werttheoretische Konzept in "moderner" Form zu reformulieren *und* intermediäre Grundkonzepte zu entwickeln, um empirische Probleme theoretisch erfass- und interpretierbar zu machen, war ein erster Schritt der Theoriebildung. Forschungsstrategisch wäre es zukünftig notwendig, die theoretische "Grundlagendebatte" weiterzutreiben und die intermediären Konzepte auf einer werttheoretischen Basis fortzu-entwickeln. Solche weitergehenden Schritte stehen heute noch aus. So wäre beispielsweise der Frage nachzugehen, ob die hier vorgestellte Aglietta-De Vroey - Variante der Werttheorie, die auf eine *ex ante* - Bestimmung des Wertes verzichtet, dem Marxschen Basiskonzept der abstrakten Arbeit als einheitsstiftende Substanz des gesellschaftlichen Zusammenhangs den

Boden entzieht (so bspw. der von Beckenbach 1987, S. 93 ff., formulierte Einwand gegenüber der von ihm als "Markttheorie des Wertes" bezeichneten Interpretation). Auch wäre der von Heinrich (1988, S. 18) vorgetragene Einwand näher zu diskutieren, LEM bzw. der value of money seien bloße Umrechnungsfaktoren, die das Wertprodukt mit dem Preis des Nettoprodukts in Beziehung setzen und deshalb "...mit dem Geld als spezifischer Strukturbildung der Warenzirkulation absolut nichts zu tun (haben)". Bezogen auf den quantitativen Transformationsprozess kann der Einwand von Heinrich durchaus überzeugen. In Rechnung zu stellen wäre aber in einer solchen grundlagentheoretischen Debatte das von Aglietta und De Vroey vorgestellte Konzept einer "monetären Werttheorie", die die Basis einer adäquaten Fassung von Geld als spezifischer Strukturbildung kapitalistischer Warenzirkulation liefern könnte.

Die Regulationsschule hat einen anderen Weg eingeschlagen, indem sie auf werttheoretische Fundierungen, mit wenigen Ausnahmen, völlig verzichtet: Das Forschungsprogramm Agliettas wurde im Zuge der paradigmatischen Entwicklung um seine werttheoretische Verankerung reduziert. Indem Regulation in den späteren Arbeiten allein auf der Ebene der Zirkulation gesucht wird und deshalb die jeweilige Form der Preisbildung im Zentrum des analytischen Interesses steht, bedarf es nicht länger einer (Arbeits-)Werttheorie. Die Vorteile, die mit diesem Freischlag aus den analytischen Problemen einer Werttheorie verbunden sind, haben aber auch ihren Preis, schließlich werden jetzt zentrale Strukturbildungsmechanismen kapitalistischer Gesellschaften aus der Analyse ausgeblendet.

## 6. *Ein erstes Resümee*

Der von Aglietta in spezifischer Weise und mit methodologisch-analytischer Absicht eingeführte Begriff von Regulation, verstanden als übergreifende Vereinheitlichung und Artikulation spezifischer struktureller Formen bzw. als Integral aller in bestimmten historischen Entwicklungsphasen auf den Prozess der Kapitalakkumulation einwirkenden institutionellen Beschränkungen, ist als definitorischer Kern in den Arbeiten der Regulationsschule weithin anerkannt. Das in der gleichen Arbeit vorgeschlagene zentrale methodologische Prinzip, die abstrakten Gesetze der ökonomischen Theorie mit "historischen Gesetzen" zu vermitteln, wurde später durch das Prinzip abgelöst, abstrakte Gesetze durch "historische Gesetze" zu ersetzen. Auf diese grundlegende Veränderung eines methodischen Prinzips werde ich im nächsten Kapitel noch eingehen. Aufrechterhalten wurde aber der Anspruch der Theorie der Regulation, einen Gegenpol zur neoklassischen Theorie zu markieren, "...qui postule généralement un principe d'ajustement invariant et identique sur tous les marchés." (Benassy/ Boyer/ Gelpi 1978, S. 4). Im Unterschied zur Standard-Neoklassik behauptet die Theorie der Regulation einen strukturellen Einfluß institutioneller Strukturen auf den ökonomischen Prozess: "...on cherche à montrer que les ajustements économiques sur chaque marché

dérivent d'institutions ou de structures spécifiques dotées d'une certaine autonomie, et ne peuvent donc être réduits à la projection d'un mécanisme global: on étudiera de façon particulière les lois de formation des salaires, des prix et les interventions de l'Etat et des autorités monétaires dans la gestion de la monnaie, des finances publiques et du crédit (diess. 1978, S. 4).

Und ebenfalls im Unterschied zur orthodoxen ökonomischen Theorie, sei sie neoklassischer der keynesianischer bzw. post-keynesianischer Prägung, bemüht sich die Theorie der Regulation darum, zentrale Strukturen des Akkumulationsprozesses als endogene Variablen eines theoretischen Modells zu behandeln. Zentrale Kategorien sind dabei "Produktionsnorm", "Konsumnorm", "strukturelle Form", "Akkumulationsregime" und "Regulationsweise". Mit ihrer Hilfe wird versucht, technologische Prozesse, historische Muster individueller Konsumtion und markt- sowie nicht-marktförmige Institutionen zu erfassen und innerhalb eines Theoriekonzeptes zu verbinden.

Polanyi (1978) hat in seiner "Great Transformation" gezeigt, daß realiter eine neoklassische Ökonomie, die sich aus vollständigen Konkurrenzmärkten zusammensetzt, dazu führt, die Arbeitskraft überauszubeuten, das Geld- und Kreditsystem zu unterminieren und die natürliche Umwelt zu zerstören. Auf diese Selbstzerstörungstendenzen musste der Kapitalismus historisch mit einer Reihe von Selbstbegrenzungen reagieren, die sich als Resultat gesellschaftlicher Auseinandersetzungen ergaben. Die neoklassische ökonomische Theorie hat sich gegenüber solchen realen historischen Prozessen immunisiert und sich im Zuge der Theoriebildung als ein selbstreferentielles System konstituiert, das nur noch selbstgestellte Probleme bearbeitet. In der marxistischen Theorie wiederum wurde den historischen Prozessen der Kapitalakkumulation breite Aufmerksamkeit gewidmet. Allerdings dominierte dabei der Versuch, die "großen theoretischen Kategorien" der Marxschen Theorie recht umstandslos auf die gesellschaftlichen Realitäten anzuwenden. Die Diskrepanz zwischen Theorie und Geschichte, also zwischen (modell)logischer und historischer Zeit, wurde nur selten als zu bearbeitendes theoretisches Problem benannt. Beide Schwachpunkte der ansonsten so unterschiedlichen Theorien beansprucht die Theorie der Regulation zu überwinden. In den bisherigen Ausführungen zur Rekonstruktion der Regulationstheorie wurde herausgearbeitet, daß der Entwicklung intermediärer Konzepte und damit der grundlagentheoretischen Fundierungen ein immer geringerer Stellenwert beigemessen wird. Es wird im nächsten Kapitel gezeigt werden, daß der heute dominierende Zweig der Regulationstheorie sich hauptsächlich der "institutionellen Umwelt" der Prozesse der Kapitalakkumulation widmet und der Rückbezug auf abstrakte ökonomische Gesetze vernachlässigt wird. Deutlich wird dies etwa am theoretischen Stellenwert der Preisbildung innerhalb der Varianten der Regulationstheorie. Es wurde gezeigt, daß Aglietta mit Marx Preise als verdinglichten gesellschaftlichen Handlungszusammenhang interpretiert, der eines Rekurses auf den Prozess der Wertabstraktion bedarf. Boyer demgegenüber verzichtet auf jeden Rückbezug der Preise auf

abstrakte Arbeit und fasst das Preissystem als im wesentlichen durch institutionelle Faktoren bestimmt: Administrierte Preissetzung auf der einen Seite und ein bestimmter Typus des Tarifvertragsystems auf der anderen Seite bestimmen den Preisbildungsprozess und damit die Reproduktionsdynamik des jeweiligen Akkumulationsregimes.

In der inzwischen mehr als zwölfjährigen Geschichte des Regulationsansatzes wurden – und Aglietta war dafür nur ein Beispiel – bedeutende Verschiebungen und zusätzliche Differenzierungen der so beschriebenen Zielsetzung des Regulationsansatzes vorgenommen. Gingen die frühen Arbeiten beispielsweise noch von einem Verständnis relativ homogener institutioneller Organisationsformen aus, so sprechen unter dem Eindruck der seit 1974/75 verstärkt beobachtbaren Veränderungen des Lohnverhältnisses und der mit ihnen einhergehenden wachsenden Differenzierung der Lohnarbeiterschaft in allen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften die Regulationisten heute eher von einer Vielzahl zum Teil sehr unterschiedlicher nationaler institutioneller (struktureller) Formen – unter der Dominanz eines Modelltyps, dessen Charakteristika im nächsten Kapitel dieser Arbeit noch dargestellt werden. Außerdem führte die Ausweitung des empirischen Untersuchungsfeldes des Regulationsansatzes auf Länder außerhalb des OECD-Raumes (wie etwa Chile, Venezuela und Brasilien) dazu, daß die Verschiedenheit von Regulationsweisen stärker berücksichtigt werden (vgl. etwa die Arbeiten von Ominami 1986, Hausmann/ Marquez 1986). Auch in der methodischen Ausrichtung der empirischen Studien ergaben sich einige andere Akzentuierungen. Während in der Anfangsphase die Analyserichtung eher retrospektiv ausgerichtet war und nach der historischen Genese des in der Nachkriegszeit dominanten Akkumulationsregimes gefragt wurde, richten die aktuellen Arbeiten der Regulationstheoretiker ihren Blick eher nach vorne, beschäftigen sie sich stärker mit neueren Entwicklungen des Lohnverhältnisses, wie etwa den Lohnbildungsprozessen und der Produktionsorganisation (Flexibilisierung) sowie mit Problemen aktueller und zukünftiger Wirtschaftspolitik (vgl. Lipietz 1984; Mistral/Boyer 1983; Mistral 1986; Boyer 1986b; zusammenfassend Hübner/Mahnkopf 1988).

Im Vergleich zu den ersten Studien haben mittlerweile auch zentrale theoretische Elemente des Regulationsansatzes eine neue Gewichtung erhalten. Dies betrifft insbesondere den Stellenwert der Marxschen Werttheorie für die Konstruktion von Begriffen wie Akkumulation und Regulation. War die Marxsche Werttheorie in Agliettas Arbeit von 1976 noch der "archimedische Punkt", von dem aus sich überhaupt die Notwendigkeit einer Theorie der Regulation stellte, so hat Aglietta in einer Reihe weiterer Veröffentlichungen (zus. mit Orléan 1982; zus. mit A. Brender 1984) diese Position korrigiert, indem er auf werttheoretische Überlegungen und den Rückbezug auf die Kritik der Politischen Ökonomie entweder verzichtet oder neue Interpretationen zugrundelegt. Robert Boyer wiederum rekurriert auf die Kalecki-Tradition der modernen, nicht-neoklassischen Makroökonomie, die bekanntlich auf die dynamische Bewegung des funktionellen Verteilungsverhältnisses abhebt und dabei

institutionelle Mechanismen in die Theorie sich zu integrieren bemüht. Die ungleichgewichtstheoretisch fundierten Arbeiten (etwa Benassy 1976) sind teilweise in den Arbeiten von Boyer aufgegangen; ergänzend dazugekommen sind dagegen sektorale Analysen, die den Regulationsbegriff vor allem auf die Beziehungen zwischen den Sektoren der gesellschaftlichen Produktion anzuwenden versuchen (Bertrand/Mazier 1982; Bertrand 1983; vgl. dazu auch III. Kapitel). Zwar gibt es nahezu durchgängig einzelne Anknüpfungen an die Marxsche Theorie, so etwa auch bei den Analytikern des Arbeitsprozesses (Coriat 1983), doch hat sich die Entwicklung der Regulationstheorie von der Diskussion der Kritik der Politischen Ökonomie entkoppelt. Theoretische Differenzen zwischen den einzelnen Regulationisten sind deshalb nicht selten: Dies gilt für die Frage der (logischen wie empirischen) Existenz oder Nicht-Existenz kapitalismusspezifischer Entwicklungsgesetze wie bspw. dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, dem damit verbundenen Ausgleich der Branchenprofitraten vermittels des Geld- und Kreditsystems wie für das Problem der Akzentuierung entweder der Widersprüche oder der Kohärenz als Kern von Regulation (vgl. dazu di Ruzza 1981 gegenüber Lipietz 1979). Der überwiegende Teil dieser theoretischen und methodologischen Fragen ist heute noch keineswegs entschieden. Dieser Zustand des Paradigmas macht es zwar nicht einfach, in der Masse von Literatur zur Regulationstheorie den Überblick zu bewahren und die Veränderungen der einzelnen Forschungslinien nachzuzeichnen, doch könnte dies wohlwollend ja auch als ein Indiz wissenschaftlich – paradigmatischer Prosperität gedeutet werden.

Wenn sich also das Konzept der Regulation im Verlauf seiner mehrjährigen Entwicklung und Erprobung verändert hat, so ist das weder verwunderlich, noch von vornherein als Kritik gegen seine Vertreter zu wenden. Von der ersten Studie Agliettas bis zu den neuesten Arbeiten betonen die Regulationisten nämlich immer wieder den provisorischen Status ihres Kategorienapparates und beanspruchen sie gerade keine abschließende Allgemeingültigkeit für die etappenweise vorgenommene Präzisierung der Definitionen und konzeptionellen Vermittlungsbegriffe. Nach eigenem Verständnis ist die Vorläufigkeit des Begriffsinstrumentariums sogar das methodische Kernprinzip ihres Vorgehens<sup>34</sup>. Von einer Schule der Regulation sollte deshalb, wie bereits einleitend ausgeführt, auch nur in dem Sinne gesprochen werden, daß vielen Arbeiten ein – in Grenzen – variabler paradigmatischer Kern zugrundegelegt wird, der Untersuchungen anleitet und strukturiert.

## 7. Exkurs: Die Fordismus – Diskussion der zwanziger Jahre

In der bundesdeutschen Diskussion ist die Theorie der Regulation vor allem über den Begriff Fordismus bekannt geworden. Dieser Begriff, vom *Großen Duden* definiert als eine "von dem amerikanischen Großindustriellen Henry Ford entwickelte industriepolitische Konzeption (Rationalisierung der Fertigungskosten durch Massenproduktion, sogenannte Fließfertigung)", hat eine lange und erstaunliche Karriere hinter sich, die von vielen heu –

tigen modischen Nutzern nicht beachtet wird. Ein Blick zurück ist deshalb instruktiv. Ich möchte allerdings bereits an dieser Stelle explizit darauf hinweisen, daß diese Sprechweise von "Fordismus" mit dem analytischen Gebrauch dieser Kategorie, wie sie vorne rekonstruiert wurde, nicht verwechselt werden sollte. Beide Begriffe sprechen zwar denselben Gegenstand an, liegen aber auf unterschiedlichen methodischen Ebenen. Die Fordismus-Debatte der 20er Jahre verlief vor dem Hintergrund rapider ökonomischer und gesellschaftlicher Veränderungs- und Transformationsprozesse, die sich auch in den theoretischen Konzepten der marxistischen Theoretiker widerspiegeln. Beschleunigt vorangetrieben durch die Erfahrungen im Zuge des Ersten Weltkrieges wurde zunehmend erkannt, daß der Staat eine zentrale Rolle im ökonomischen Prozess einnimmt und das Konzept des Kapitalismus der freien Konkurrenz nicht länger trägt. Neue Konzepte wie die des Staats- oder des organisierten Kapitalismus versuchten diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Kocka (1974, S. 20 ff.) verweist in seiner Diskussion Staats- vs. organisierter Kapitalismus auf insgesamt acht Merkmale, die den "neuen", organisierten Kapitalismus ausmachen sollen. Neben der Zunahme bewußter, wenn auch beschränkt bleibender Selbstorganisation der Arbeits- und Wertungsprozesse seitens der Unternehmen infolge von Konzentrations- und Zentralisationsprozessen nennt Kocka mit der Verdrängung des individuellen Konkurrenz- und Vertragsprinzips durch das Prinzip kollektiver Interessenorganisation der Arbeitsmarktparteien und der starken Veränderung in der "sozialen Schichtenbildung" sowie vor allem dem Wandel von Ideologien und kollektiven Mentalitäten hin zur Bewunderung von Effizienz, Wissenschaftlichkeit und Organisation einige zentrale Strukturprinzipien, die auch den Gehalt der Fordismus-Debatte ausmachen. Die Fordismus-Debatte enthält also gewissermaßen Argumentationsfiguren, die typisch für Transformationsdiskurse in Phasen "großer Krisen" sind. Die folgenden wenigen kursorischen Ausführungen mögen dies veranschaulichen.

Auf der Grundlage der Anfang 1915 erfolgten massenhaften Einführung der Fließfertigung gelang es der Ford Motor Company, die jährliche Produktionsziffer ihres T-Modells von etwa 300.000 Einheiten im Jahr 1914 auf mehr als zwei Millionen Einheiten im Jahr 1923 zu steigern. Der Marktanteil des Fordunternehmens bewegte sich damit nahezu bei 50%. In diesem Zeitraum wurde der Verkaufspreis dieses Modells um etwa 60% gesenkt - und das in einer Phase steigender Inflationsraten. Bereits im Januar 1914 führte Ford - auf der Basis von erzielten Produktivitätssteigerungen, die je nach Abteilung und Arbeitsprozessabschnitt sich zwischen 50 und 1 000 % bewegten - den "five-Dollar day" und damit ein Entlohnungsniveau ein, das weit über dem Durchschnitt der US-amerikanischen Industrie lag (vgl. dazu Hounshell 1984,S.11).

Das Ford-System kam einer Revolutionierung der US-amerikanischen Produktions- und Konsumnormen gleich, deren Glanz bis nach Europa zu strahlen begann. Der Fordismus wurde dort - ganz im Sinne Henry Fords - nicht nur als eine spezifische technische Kombination der Neu-

gestaltung von Arbeitsbeziehungen auf der Basis des scientific management sowie verstärkter Planungsinstanzen auf der Ebene des Betriebes und technologischer sowie sozialer Innovationen (z.B. Fließfertigung und Lohnzuwächse) angesehen, sondern als ein umfassendes *gesellschaftspolitisches Projekt*, das zu einer Überwindung der Klassengegensätze führen sollte (vgl. dazu Maier 1980). v.Gottl-Ottlilienfeld zufolge (1924, S. 25f.), ist der Fordismus die gelungene Synthese von Wirtschaft und "Technischer Vernunft", die zum einen den "pekuniären Gegensatz" zwischen Arbeit und Kapital aufheben und zum anderen durch die absolute Verbilligung der Waren den Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten brechen soll, ohne daß die Eigentumsstrukturen der kapitalistischen Gesellschaft berührt werden müssten. Um die Anziehungskraft seines Projektes eines "weißen Sozialismus" zu betonen, unterschied v. Gottl-Ottlilienfeld strikt zwischen Fordismus und Taylorismus: Der Taylorismus entarte schnell zur "Taylorei", die "... den Betrieb... wirklich zum Seelenlosen eines Uhrwerks verkünstelt: Unter dem stählernen Stempel der 'Normierung' wird die Persönlichkeit des Arbeiters totgequetscht. Und wenn in Sachen der Leitung ganz grundsätzlich auch an Stelle der Persönlichkeit Organisation gesetzt wird, so läuft dies zusammen auf eine Orgie der Organisation jenes Geistes hinaus, oder vielmehr jener Geistlosigkeit, für die ein Henry Ford nur Hohn und Verachtung hat" (ders. 1924, S. 8). Völlig anders verhalte es sich demgegenüber mit dem Fordismus, der Massenproduktion, Massenkonsum, steigende Profite und Löhne auf der Grundlage steigender Arbeitsproduktivität verbinde und darüberhinaus noch kreative Potenzen im Arbeitsprozess freisetze (ders. 1924, S. 20ff.). Im Unterschied zum Taylorismus erfordere die Durchsetzung des Fordismus allerdings eine starke Führungspersönlichkeit: "Ford spielt ja nicht einfach nur den Uhrmacher, der den Gang des Betriebes 'repassiert', sondern den gewaltigen Schmied des Betriebes, der diesen in der Rotglut stürmischer Wandlungen zurechthämmert und streckt" (ders., S. 16).

Das so definierte elitäre Projekt des Fordismus entfaltete seine Faszination bis weit hinein in die Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung: Ideologiekritische Debatten über den Fordismus finden sich deshalb bereits in den Schriften der zwanziger Jahre. So diskutierte beispielsweise das Ex-KPD-Mitglied und der spätere KPD-O-Funktionär und Publizist Jakob Walcher (1925) anlässlich des Erscheinens der ersten Biographie von Henry Ford die gesellschaftspolitischen Implikationen des Fordismus unter den Rahmenbedingungen einer kapitalistischen und einer sozialistischen Gesellschaftsformation. Die Lektüre dieser Schrift zeigt, daß sich auch Walcher der Faszination, die vom Fordismus ausging, nicht zu entziehen vermochte: Die Funktionsfähigkeit der Ford-Prinzipien habe sich durchaus erwiesen, auch sei das soziale Anliegen des Fordismus durchaus sinnvoll (Walcher 1925, S. 150ff.). Allerdings werde sich noch zeigen, und das ist der von Walcher angeführte Pferdefuß, daß eine Verallgemeinerung der Ford-Prinzipien an die ehernen Gesetze des Kapitalismus stosse, weil nämlich zu berücksichtigen sei, "...daß die erstaunlichen Erfolge der Ford-Gesellschaft auf der Tatsache beruhen, daß sie mit ihren Produktions-Methoden das durchschnittliche Niveau weit übersteigt" (ders. 1925, S.

152). Werde die "Ford-Rente" im Zuge des über die Konkurrenz vermittelten Verallgemeinerungsprozesses der ursprünglich besonderen Produktionsmethoden aber abgeschöpft, dann sei auch das Potential für Lohnsteigerungen und expandierende Absatzmärkte vertrocknet. Ein über den einzelnen Betrieb hinausgehender Fordismus, so Walcher, könne deshalb nur in einem Sozialismus sowjetrussischen Typs Erfolg haben.

Die Wiederherstellung des sozialen Friedens durch neue Technik- und Sozialkonzepte war auch ein Thema der enger gefassten Rationalisierungsdebatte der zwanziger Jahre. Robert Bosch etwa, der Gründer des gleichnamigen Elektrokonzerns, setzte sich auf einem deutsch-amerikanischen Kolloquium mit dem Projekt des Fordismus auseinander, von dem er allerdings nicht die Überwindung der Klassengesetze erwartete, sondern – ganz im Durkheimschen Sinne – eine Regelung der Klassenkonflikte mittels Verhandlungen und Schlichtungsinstanzen (Bosch 1925, nach:Rehfeldt 1986, S. 32). Die praktische Umsetzung eines solchen "fordistischen Kompromisses", also der politische Tausch von Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen und Strukturreformen gegen industrie- und arbeitsprozesspolitische Maßnahmen zur Sicherung der Weltmarktkonkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie, scheiterte – auch dies eine interessante Parallele zu den heutigen Prozessen – an Imperativen der Weltwirtschaft: Die Weltmarktorientierung wichtiger Teile der deutschen Industrie wurde mit zunehmenden Krisentendenzen der Weltwirtschaft seit Ende der zwanziger Jahre zu einer Position der Schwäche, die jede nationale Vereinbarung zwischen Kapitalverbänden und Gewerkschaften untergraben musste (vgl. dazu Rehfeldt 1986).

Eine der theoretisch bedeutsamsten zeitgenössischen Analysen des Fordismus stammt von Antonio Gramsci (1967), die sich in seinen Gefängnisnotizen findet und wahrscheinlich im Jahr 1930 abgefasst wurde. In den Veränderungen der Produktionskonzepten und der Durchsetzung der standardisierten Massenproduktion sah Gramsci eine neue Form von Hegemonie und einen Wandel des kapitalistischen *Zivilisationsmodells* begründet. Gramscis Kennzeichnung des Fordismus ging weit über die technologisch-ökonomische Engführung hinaus, wie sie beispielsweise in der Rationalisierungsdebatte zu finden ist, ohne aber der ideologisierenden Kraft des Fordismus-Projektes zu verfallen. In seiner analytischen Perspektive berührte die Durchsetzung des Fordismus sowohl den herrschenden Typus von Staat, der sich zukünftig der Förderung der freien Initiative und des ökonomischen Individualismus zu verschreiben habe, ohne in etwaige "Nachtwächterfunktionen" zurückzufallen, als auch den Typus von Arbeiter, eines "dem neuen Typ der Arbeit und des Produktionsprozesses konformen Menschentypus" (Gramsci 1967, S. 387), bis hin zu einer neuen Form von Sexualität der Lohnabhängigen. "Die Fordmethode ist rational, muß also verallgemeinert werden", schreibt Gramsci, "aber dafür ist ein langer Prozeß der Veränderung der gesellschaftlichen Bedingungen und der individuellen Verhaltensweisen und Sitten und Gewohnheiten nötig; und das kann nicht durch bloßen 'Zwang' erfolgen, sondern nur durch eine Milderung des Zwangs (Selbstdisziplin)

und durch Überzeugung, auch in Form höherer Löhne. Die Möglichkeit eines höheren Lebensstandards muß gegeben sein oder – vielleicht genauer – die Möglichkeit, einen den neuen Produktions- und Arbeitsmethoden entsprechenden Lebensstandard zu verwirklichen, weil jene Methoden einen besonderen Aufwand an muskulären und nervlichen Energien erfordern" (ders. 1967, S. 400). Diese nicht-ökonomistische Interpretation des Fordismus durch Gramsci verwies bereits auf ein theoretisches Untersuchungsfeld, das von der heutigen Theorie der Regulation zwar prinzipiell erkannt, aber nur ausnahmsweise wahrgenommen wird. Theorieproduktion als archäologisches Unterfangen ist im Falle des Fordismus auch in der weiteren Forschung angebracht, wenn über die politisch-ideologischen Prozesse "großer Transformationen" reflektiert werden soll.

### *III. Kapitel*

#### *1. Die preistheoretische Variante der Regulationstheorie*

Nach der Rekonstruktion der theoretischen Ursprünge, Querverbindungen und analytischen Motive des Regulationsbegriffes sowie der Diskussion der Pionierarbeit von Aglietta geht es im weiteren um die Rekonstruktion der zentralen Kategorien und theoretischen Verankerungen der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes. Aus bereits angeführten Gründen werde ich mich in den nachfolgenden Ausführungen insbesondere auf die Arbeiten von Robert Boyer und dessen Mitarbeiter sowie Kollegen im Umfeld des CEPREMAP (Centre D'Etudes Prospectives D'Économie Mathématique Appliquée A La Planification) in Paris konzentrieren. Da Boyer mit seinen Arbeiten der letzten Jahre am stärksten die Fortschreibung des Forschungsprogramms der Regulationstheorie vorangetrieben hat, ist diese Zentrierung der weiteren Darstellung sachlich durchaus gerechtfertigt. Wenn heute von der Theorie der Regulation gesprochen wird, bezieht sich das zumeist auf die im Umfeld des CEPREMAP veröffentlichten Arbeiten.

Von den Mitarbeitern des CEPREMAP wurden bereits seit Mitte der siebziger Jahre Grundlagen für eine Theorie der Regulation zu entwickeln versucht. Angeregt durch die Diskussion der Arbeit von Aglietta innerhalb eines gemeinsamen Seminars entstanden in diesem Arbeitszusammenhang eine Reihe von Untersuchungen, die sich zum Teil explizit, zum Teil eher locker auf ein Verständnis von Regulation gründeten. Im folgenden geht es mir nicht mehr zentral um die theoriegeschichtliche Verortung der Kategorie Regulation, sondern um die Explikation des Hypothesengebäudes, innerhalb dem dieser Begriff in den preistheoretischen Interpretation der Regulationstheorie steht. Zu der weiteren Vorgehensweise ist noch anzumerken, daß mit der Präsentation der zentralen Begrifflichkeiten dieser Variante des Regulationsansatzes und deren Verknüpfung gleichzeitig auch die wichtigsten empirischen Ergebnisse regulationstheoretisch fundierter Untersuchungen dargestellt werden. Die empirische Auffüllung der zentralen Kategorien dieses Theoriegebäudes spiegelt dabei selbst noch einmal den Theoriebildungsprozess wider. Wenn ich in diesem Kapitel von "Regulationstheorie" spreche, beziehe ich mich nahezu immer auf die Arbeiten von Boyer und Kollegen, m.a.W. auf die preistheoretische Variante des Regulationsansatzes. Bezug genommen wird aber auch auf einige Arbeiten von Alain Lipietz, der sich zwar explizit um eine werttheoretische Fassung des Regulationskonzeptes bemüht, aber gleichzeitig auch in starkem Maße auf die empirischen Ergebnisse seiner CEPREMAP-Kollegen rekurriert und diese gewisserweise zu synthetisieren versucht.

## 1.1. Methodische Grundüberlegungen und Ansprüche an die Theorie

In den Arbeiten zur Regulationstheorie werden verschiedene soziale, ökonomische und technische Strukturkonstellationen in Zeit und Raum unterschieden, die sich wechselseitig ablösen oder auch – im internationalen Vergleich betrachtet – simultan nebeneinander bestehen können. Die Erklärung des Übergangs zwischen solchen Strukturformationen werde ich im nächsten Kapitel als einen – m.E. recht brauchbaren – Prüfstein des Erklärungsgehaltes des Regulationsansatzes heranziehen. Genau damit ist nämlich – eine der zentralen Problemstellungen sozialwissenschaftlicher Theoriebildung, das Verhältnis von gesellschaftlicher Entwicklung, Wandel und Krise –, angesprochen. In den zahlreichen empirischen Arbeiten der Regulationstheoretiker steht diese Problemstellung auch im Mittelpunkt. In diesem Kapitel sollen aber noch nicht die verschiedenen Erklärungen der Transformations- und Übergangsprozesse diskutiert sondern zunächst die Schlüsselkategorien dieser Variante des Regulationsansatzes rekonstruiert werden.

Aus den Beiträgen der CEPREMAP – Autoren lässt sich, so eines der Resultate der bisherigen Ausführungen, auf wesentlich vier Theoriequellen rückschließen, die die Grundlagen zur Konstruktion einer Theorie der Regulation liefern sollen: (1) Die keynesianische Theorie mit ihrer Betonung von Nachfrage- und Kreislaufzusammenhängen; (2) die Historische Schule und der neue Institutionalismus mit ihrer Hervorhebung institutioneller Formen sowie die Arbeiten von Durkheim; (3) der Beitrag Kaleckis als einer originellen Verbindung marxistischer und keynesianischer Theorieelemente, die insbesondere auf die theoretische Endogenisierung und die Politikhaftigkeit der Verteilungsrelationen abstellt. Von Boyer (1986c, S.18) wird noch eine vierte Theorielinie bemerkt: Die Marxsche bzw. marxistische Theorie mit ihrem im Gegensatz zum methodologischen Individualismus stehenden Ausgangspunkt gesellschaftlicher und nicht atomistisch-individueller Beziehungen. Die von der Regulationsschule vorgenommene Kompilation und Reinterpretation dieser Paradigmen zur Erklärung gesellschaftlicher Strukturbrüche und Entwicklungsverläufe wird uns im weiteren beschäftigen.

Einer der theoretisch-begrifflichen Ausgangspunkte der Regulationsschule ist der Begriff der *Produktionsweise* und ihrer "Artikulation". Folgt man Laclau (1981, S.32ff.), dann lässt sich unter Produktionsweise ganz allgemein ein integrierter "Komplex von gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, die mit einer bestimmten Art des Eigentums von Produktionsmitteln verbunden sind", verstehen. "Artikulation" wiederum meint eine spezifische Form, die ein System von Beziehungen zwischen heterogenen Elementen annimmt (ders. 1981, S. 207). In einer weiteren begrifflichen Ausdifferenzierung fasst Laclau schließlich die Typen von Produktionsweisen als "die logische und wechselseitig einander zugeordnete Artikulation: 1. eines bestimmten Typus des Eigentums an Produktionsmitteln; 2. einer bestimmten Form der Aneignung des ökonomischen Mehrwerts; 3. einer bestimmten Entsprechung der Arbeitsteilung; 4. eines

bestimmten Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte" (ders. 1981, S. 33). An diese Unterscheidung zwischen einem komplexen System (der Produktionsweise nämlich) und seiner "Artikulation" knüpft die Regulationstheorie an. Dient dieses Konstrukt dem strukturalistischen Marxismus dazu, innerhalb einer langfristigen Entwicklungsperspektive zu spezifizieren zwischen Gesellschaftsformationen, in denen die kapitalistische Produktionsweise einmal mehr und einmal weniger dominant ist, sowie zwischen kapitalistischen Kernländern und "peripheren" Gesellschaften, in denen die Austausch- und Lohnverhältnisse eine größere Variabilität aufweisen, so verwendet es die Regulationstheorie dazu, die Verknüpfung unterschiedlicher Strukturen innerhalb einer gegebenen kapitalistischen Formation aufzudecken. In Anknüpfung an diese post-strukturalistische Marxinterpretation (vgl. Aronowitz 1987) wird von Vertretern der Regulationstheorie das theoretische Prinzip der Artikulation also dazu genutzt, das Feld der Produktionsweise, gefasst als "Akkumulationsregime", in theoretisch neuer Weise zu öffnen. Was in der Kategorie "Akkumulationsregime" bei Aglietta bereits angedeutet ist, wird von der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes weiter systematisiert.

Sofern als Basischarakteristikum der kapitalistischen Produktionsweise gelten kann, daß (1) die Austauschbeziehungen marktförmig organisiert sind und infolgedessen ein Zwang zur monetären Vergütung der Arbeit institutionalisiert ist und (2) die Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln vollzogen ist und dementsprechend diese ihre Arbeitskraft auf dem freien Arbeitsmarkt verkaufen müssen, ergibt sich aus der begrifflichen Differenzierung von Produktionsweise und ihrer "spezifischen" Artikulation die mögliche Nichtidentität von markt- und lohnförmigen gesellschaftlichen Beziehungen.<sup>35</sup> Wie noch gezeigt werden wird, scheint diese potentielle Nicht-Identität in den Konzepten "Akkumulationsregime" und "Lohnverhältnis" wieder auf. Die kapitalistischen Ökonomieformen werden in warenförmig und nicht-warenförmig organisierte Strukturfelder auseinanderdifferenziert und dann unter dem Aspekt der Reproduktion des Gesamtsystems diskutiert.

Die kapitalistische Produktionsweise – als Waren- und Geldökonomie mit doppelt freier Lohnarbeit einmal durchgesetzt – konstituiert einen *Zwang zur Akkumulation von Kapital* als spezifischer Form gesellschaftlicher Entwicklung. In der ökonomischen Theorietradition wird ein solcher Akkumulationsimperativ unterschiedlich begründet. Im Rahmen der Marx'schen Theorie ist der Akkumulationsimperativ Ausdruck einer strukturellen Dominanz der Tauschwertlogik eines kapitalistischen Systems. Jeder einzelne Kapitalist, so schreibt Marx (MEW 23, S. 618), "teilt...mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb", um dann fortzufahren: "Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist" (ebd.). Dieser gesellschaftliche Mechanismus ist die Konkurrenz, die dem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze aufherrscht und ihn zur progressiven Akkumulation zwingt. Der Akkumulationsimperativ löst

sich bei Marx allerdings nicht im Begriff der Konkurrenz auf. Die Konkurrenz ist vielmehr der Exekutionsmechanismus, der die inneren Tendenzen des Kapitals als sich verwertendem Wert zur äußeren Notwendigkeit macht. Diese innere Tendenz ist selbst wiederum rückgebunden an die Werteesenschaften kapitalistischer Produktion, die sich im Tausch von Waren als *Produkte von Kapital* realisieren. Die strukturelle Dominanz des Tauschwert- gegenüber des Gebrauchswertaspektes kapitalistischer Produktion begründet Marx mit der systematisch notwendigen Verwandlung von Geld in Kapital, wie sie sich in der Zirkulationsfigur  $G - W - W'$  darstellt. Dabei gilt, daß  $G'$  grösser ist als  $G$ . Das Motiv dieser Zirkulationsfigur von Kapital besteht also einfach darin, daß der in Geldform existierende Wert  $G'$  am Ende des Prozesses größer ist als der zu Beginn des Prozesses vorgeschossene Wert  $G$ : "The circuit begins with the sum of money  $M$  (hier:  $G$ ; K.H.) in tension with the possibility of expanding by entering the circuit of capital. The circuit ends with the sum of money  $M'$  (hier:  $G'$ ; K.H.) once again in tension with the possibility of expanding by entering the circuit once more. There is no need to appeal to any external condition to explain why this process repeats itself indefinitely" (Foley 1986, S. 33f.; Hervorhebung K.H.). Ob der systemische Zwang zur Akkumulation von Kapital im Resultat zu einer stetigen und positiven Akkumulationsrate des Gesamtsystems führt, ist dann bei Marx Gegenstand akkumulations- und krisentheoretischer Ausführungen, bei denen das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate im Vordergrund steht.

Anders argumentiert die Keynesische Theorie. Die Möglichkeit zur Akkumulation besteht für Keynes - hier noch analog zu Marx - in der Verfügung über Geld; das Akkumulationsmotiv wiederum liegt in den möglichen erzielbaren zukünftigen Profiten (vgl. Keynes 1973, S. 212). Die Differenz zwischen Marx und Keynes besteht allerdings darin, daß Keynes Akkumulation, verstanden als realwirtschaftliche Investition, als eine Wahlhandlung zwischen Liquiditätshaltung und Liquiditätsaufgabe interpretiert. In einer ökonomischen Welt unsicherer Erwartungen entscheiden liquiditätspräferenztheoretische Entscheidungskalküle über den weiteren Akkumulationsprozess, wobei das Entscheidungskriterium, wie gleich gezeigt wird, außerhalb des Erklärungsbereichs der ökonomischen Theorie angesiedelt wird. Bei Marx stellt sich der Imperativ als Prozess "realer" Akkumulation dar, d.h. als ständig notwendiger Akt des Kaufs von Arbeitskraft und Produktionsmitteln, die im Produktionsprozess "kombiniert" werden und deren Resultate den Tauschzirkel erweitern und dabei den Mehrwert realisieren. Keynes zufolge akkumulieren die individuellen Kapitalisten zwar auch, um die höchstmöglichen zukünftigen Profite zu realisieren, doch muss sich dies nicht unbedingt als Prozess "realer" Akkumulation darstellen. Zur Begründung schreibt Keynes: "For this overlooks the fact that there is always an alternative to the ownership of real capital-assets, namely the ownership of money and debts;.." (Keynes 1973, S.212). Der Akkumulations- bzw. Investitionsprozess wird von Keynes als Aufgabe von Liquidität interpretiert und wahlhandlungstheoretisch bestimmt. Infolge der prinzipiellen ökonomischen

Unsicherheit über die Zukunft ist die Aufgabe von Liquidität, und damit die produktiv-investive Verwendung von Geld, abhängig vom Maß des "Zustands des Vertrauens" der Geldbesitzer. Das Verhältnis von sog. Liquiditätsprämie und Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals entscheidet über die Wahl zwischen "realer" und "monetärer" Akkumulation. Eine solche Wahlhandlungskonstellation kennt nun die Marxsche Theorie auch – allerdings nur auf der Ebene individueller Geldbesitzer/Kapitalisten und nicht auf der Ebene des Gesamtsystems. Bei Marx ist diese Wahlmöglichkeit nämlich systemisch dadurch eingegrenzt, daß der Zins als Abzug von der Mehrwertmasse gefasst wird und deshalb zwischen Profitrate und Zinssatz – in statischer Betrachtung – eine antagonistische Beziehung i.S. eines Nullsummenspiels besteht; bei Keynes hingegen wird dieses Verhältnis als bloß alternativ bestimmt und an die je individuelle Bereitschaft zum Liquiditätsverzicht rückgebunden. Ein grundsätzliches systemisches Problem ergibt sich aus diesem Verhaltenskalkül nicht. Letzter Bezugspunkt der Keynesschen Theorie ist mithin eine (sozial-) psychologische Größe.

Die Marxsche wie die Keynessche Theorie begründen also, wenn auch mit unterschiedlichen Argumentationsfiguren, einen Akkumulationsimperativ und setzen sich damit gegenüber der neoklassischen Theorie entschieden ab, die Akkumulation allein als Konsumverzicht zu fassen vermag und entsprechend darauf verzichtet, eine eigene Akkumulationstheorie zu entwickeln.

Auf genau den von Keynes begründeten Akkumulationsimperativ hebt die Boyersche Variante der Regulationstheorie ab. Bezüglich der detaillierteren akkumulationstheoretischen Ausführungen schlägt er allerdings einige Modifikationen vor, die infolge von Verschiebungen und Transformationen des realen ökonomischen Prozesses seit Veröffentlichung der "General Theory" notwendig geworden seien. Analytisch zu berücksichtigen seien (a) die Form der Organisation des Produktionsprozesses und des technischen Wandels, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses von Marktgrößen und optimalem Absatz; (b) der Typus der Bildung von direktem und indirektem Lohn; (c) der Zusammenhang zwischen Akkumulation, Verschuldung und Geld; und schließlich (d) der Zusammenhang zwischen der Dynamik der internationalen ökonomischen Entwicklung und der nationalen Ökonomie (Boyer 1985a, S. 555 f.). In der von ihm vertretenen Ausprägung einer Theorie der Regulation sieht er diese Modifikationen weitgehend berücksichtigt.<sup>36</sup> Für die Theorie der Regulation, so läßt sich zugespitzt formulieren, verkörpert der Zwang zur Akkumulation von Kapital jeden-falls ein Basistheorem, das von allen Varianten und Vertretern dieses Ansatzes – aller sonstiger Differenzen zum Trotz – geteilt wird. Wichtiger als die eigentliche theoretische Begründung dieses Imperativs scheint den CEPREMAP-Vertretern dabei zu sein, den Akkumulationsprozess als Zentrum der ökonomischen Dynamik fassen zu können, um das sie dann ihre weiteren Kategorien zu spannen versuchen.

Die sich im Anschluß an diesen Ausgangspunkt aufdrängende Frage aber, inwieweit sich auf dieser Ebene der theoretischen Abstraktion weitere "tendenzielle Gesetze" bzw. weitere Basistheoreme ableiten lassen, ist zwischen den verschiedenen Vertretern des Regulationsansatzes zu einem Streitpunkt geworden. Der Status ökonomischer Gesetze wird innerhalb der Regulationsschule neu zu fassen versucht, indem abstrakten ökonomischen Gesetzen, die "überhistorische" Aussagen formulieren, eine Absage erteilt wird. In den ersten Diskussionen der CEPREMAP-Regulationisten wurden vor allem die funktionalistischen Schwächen der frühen Regulationskonzepte von Autoren wie de Bernis, Boccara und Palloix hervorgehoben. Bemängelt wurde an diesen Arbeiten der Eindruck, es gäbe ein einziges und invariantes Akkumulationsskelett des Kapitalismus, dessen Grundcharakter von Veränderungen institutioneller Formen weitgehend unbeeinflusst bliebe<sup>37</sup>. Aus dieser grundsätzlichen Überlegung wurde eine bedeutsame Schlußfolgerung gezogen: Die Formulierung abstrakter ökonomischer Gesetze, die unabhängig vom jeweiligen historischen Kontext wirken sollen, sei zurückzuweisen: "Les théoriciens de la régulation mettent en contrario l'accent sur l'importance des transformations institutionnelles dans la définition même des ajustements, et sur le fait que ces transformations constituent un champ d'expression privilégiés les conflits sociaux" (Orléans 1982, S. 324). Im Unterschied zur Marxschen oder auch zur neoklassischen Theorie, die sich in diesem Punkte treffen sollen (vgl. Benassy/Boyer/Gelpi 1978, S.4), gehen die preistheoretischen Vertreter des Regulationsansatzes davon aus, daß die jeweiligen historischen institutionellen Strukturen und Formen den Charakter des ökonomischen Prozesses bestimmen. Anstelle abstrakter ökonomischer Gesetze könnten deshalb nur historische Determinationen analytisch herausgearbeitet werden:

"Au contraire (zu der Formulierung abstrakter Gesetze, K.H.), on cherche à montrer que les ajustements économiques sur chaque marché dérivent d'institutions ou de structures spécifiques dotées d'une certaine autonomie, et ne peuvent donc être réduits à la projection d'un mécanisme global: on étudiera de façon particulière des lois de formation des salaires, des prix et des interventions de l'État et des autorités monétaires dans la gestion de la monnaie, des finances publiques et du crédit" (Benassy/Boyer/Gelpi 1978, S. 4). Solche Determinationen oder "lois historiques" sollen jeweils nur für bestimmte zeitliche und räumliche Dimensionen Geltung beanspruchen können (vgl. Boyer/Mistral 1978, S. 4). Die Differenz zu der werttheoretischen Regulationsvariante, wie sie etwa von Aglietta vorgetragen wird, ist deutlich. In der Arbeit von Aglietta ging es methodisch gerade darum, intermediäre theoretische Konzepte zu entwickeln, die Struktur und Geschichte miteinander vermitteln können. Ziel war nicht die Herausarbeitung "historischer Gesetze" sondern die Analyse der historischen Durchsetzung abstrakter ökonomischer Gesetze in verschiedenen Regimes der Akkumulation. Die darin eingeschlossene methodische Differenz läßt sich nachzeichnen, wenn man sich auf das Marxsche Verständnis ökonomischer Gesetze bezieht.

In den Ausführungen im Marxschen "Kapital" findet sich bekanntermaßen ein fünfelementiges Verständnis ökonomischer Gesetze in kapitalistischen Gesellschaftsformationen: (1) "Die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion" erscheinen (2) "in der äußeren Bewegung der Kapitale" und machen sich als (3) "Zwangsgesetze der Konkurrenz" geltend, die den individuellen Kapitalisten (4) als "treibende Momente..zum Bewußtsein kommen"(vgl. MEW 23, S. 335). Und (5): "Es ist überhaupt bei der ganzen kapitalistischen Produktion immer nur in einer sehr verwickelten und annähernden Weise, als nie festzustellender Durchschnitt einiger Schwankungen, daß sich das allgemeine Gesetz als die beherrschende Tendenz durchsetzt" (MEW 25, S. 171). Der Status ökonomischer Gesetze bei Marx beinhaltet also *Vermittlungen* zwischen allgemeinen Gesetzen und motivierten Handlungen von Akteuren, die dazu führen, daß sich die Gesetze der Produktionsweise immer nur als Tendenz durchsetzen. Im historischen Prozess können und werden sich die *Durchsetzungsformen* ökonomischer Gesetze verändern, ohne daß dadurch allerdings die Gesetze selbst infragegestellt werden würden.

Während Aglietta aber etwa auch die Vertreter der GREEC (Groupe de recherche sur la régulation de l'économie capitaliste) de Bernis, di Ruzza u.a. sowie Lipietz (1983; 1985b) sich in ihren Analysen auf dieser Abstraktionsebene fortbewegen und beispielsweise das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate theoretisch wie realanalytisch fruchtbar zu machen versuchen und dabei, zumindest die Vertreter der GREEC, "Regulation" wesentlich als Organisation der Gegenteilstendenzen zum Fall der Profitrate interpretieren, verneint Boyer (1986c, S. 45) die Bewegung auf einer solchen methodischen Abstraktionsstufe ausdrücklich. Mit Blick auf die Krisentheorie läßt sich der Argumentationsgang verdeutlichen. Die krisenanalytische Fortbewegung auf dieser Abstraktionsebene, so Boyer und Mistral (1983, S. 484), führe zu monistischen Erklärungen, die den spezifischen Charakter von Krisen innerhalb jeweils spezifischer gesellschaftlicher Konstellationen, gefaßt als Akkumulationsregime, nahezu zwangsläufig verkennen müssen. Die Ursachen ökonomischer Krisen seien keineswegs immer dem gleichen Strukturzusammenhang geschuldet sondern unterschieden sich in der historischen Entwicklung je nach institutionellen Rahmenbedingungen.

An anderer Stelle begründet Boyer diese Ablehnung mit einem wissenschaftstheoretischen Vergleich. Wäre es nicht überraschend und in gewisser Weise auch fruchtlos, so fragt er, wenn ein Physiker die Analyse der grundlegenden Konzepte der Mechanik, also die Analyse von Kategorien wie Kräften, Gewicht, Beschleunigung, aufgeben und sich nur noch der allgemeinen Beschreibung von Entwicklungsprozessen komplexer Systeme widmen würde. Tatsächlich bestünde die angemessene Methode der Physik darin, eine Reihe vermittelnder Konzepte zu entwickeln, die die allgemeinen Gesetze der Mechanik verwenden, um die exakte Zusammensetzung der Kräfte studieren und überprüfen zu können und um anschließend zu testen, ob die durch das Modell genährten Erwartungen mit den Fakten in Übereinstimmung zu bringen sind. Mutatis mutandis, so

Boyer, stehe die ökonomische Theorie vor einem vergleichbaren Problem, das durch eine ähnliche Forschungsstrategie bearbeitet werden sollte (Boyer 1986d, S. 4f.). Sein Verständnis der Regulationstheorie gründet denn auch wesentlich auf der Entwicklung intermediärer Konzepte und Modelle – und, wie sich noch zeigen wird, der Betonung eines multifaktoriellen Krisenverständnisses. Dies erfordere die Entwicklung einer kategorialen und methodologischen Hierarchie dergestalt, daß zwischen den Konzepten auf der abstraktesten Ebene (Produktionsweise, Lohnarbeit etc.) und dem empirischen Prozeß (z.B. der zyklischen Krise eines ökonomischen Systems), zwischen dem Lohnverhältnis im allgemeinen und seinen historisch spezifischen Formen, zwischen den regimeübergreifenden Gesetzen und den einfachen ökonomischen Regelmäßigkeiten eine Rangordnung begründet wird. Analytische Bewegungen auf den jeweiligen Ebenen seien genau zu beachten, wenn theoretische wie auch mögliche politische Konfundierungen vermieden werden sollen (ebd.).

Ein einfaches Beispiel mag dies erläutern. Werden wie im Rahmen der neoklassischen Theorie nur externe Faktoren als krisenrelevant angesehen, dann konzentrieren sich auch die wirtschaftspolitischen Theorievorschläge auf externe Bereiche. Das zugrundeliegende theoretische Modell optimaler Marktsteuerung ist die alleinige Grundlage wirtschaftspolitischer Empfehlungen. Historisch-spezifische Ausformungen dieses Modells werden in erster Linie als Abweichungen vom Idealzustand gefasst. Die Bewegung auf der Abstraktionsebene des reinen Modells muss so zu vordergründigen wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen gelangen. Verantwortlich ist dafür letztlich die Konfundierung von logischer Zeit des Modells und historischer Zeit des real existierenden Akkumulationsregimes, die in den Augen der Regulationisten allein durch die Einführung intermediärer Konzepte aufgehoben werden kann.

Die Differenz gegenüber der marxistischen Theorietradition wiederum sehen Regulationisten wie Boyer, wie bereits ausgeführt, in dem anderen Verständnis des Status ökonomischer Gesetze begründet. Untersuchungsgegenstand ist nicht *der* Kapitalismus, sondern *die* Kapitalismen (Boyer 1986; 1986a; 1986f). Zwar teilen beide den analytischen Ausgangspunkt – atomistische Warenproduktion, hinter der sich gesellschaftliche Beziehungen verbergen –, doch verneint die Mehrzahl der Vertreter der Regulationstheorie explizit die Gültigkeit von formationsbestimmenden Bewegungsgesetzen. Ökonomische Gesetze sind den Regulationisten zufolge historische Produkte gesellschaftlicher Entwicklungs- und Wandlungsprozesse *innerhalb einer* Formation. Es gibt also keine Bewegungsgesetze des Kapitalismus, aber sehr wohl *Gesetze des jeweiligen Akkumulationsregimes*: Die so verstandenen "Gesetze" legen den handelnden Individuen unterschiedliche Zwänge auf, nach Maßgabe des historisch je spezifischen institutionellen Rahmens.

Dieses Verständnis gesellschaftlicher Entwicklung ist letztlich auch dafür ausschlaggebend, daß Autoren wie Boyer, und neuerdings auch Aglietta, das Marxsche Verständnis von Gesetzen als tendenzielle

Wirkungszusammenhänge ablehnen und beispielsweise dem Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate weder eine allgemeine noch eine historisch-spezifische Erklärungskraft beimessen. Bezogen auf die konzeptionelle Hierarchie bewege sich dieses Gesetz auf einer zu hohen Abstraktionsebene, als daß damit historisch spezifische Verläufe angemessen erfaßt werden könnten (vgl. Boyer/Coriat 1983). Diese methodologisch ausgerichtete Argumentation ist aber wenig einsichtig. In der Marx'schen Theorie ist kein 1:1-Verhältnis zwischen abstrakten Bewegungsgesetzen des Kapitalismus und historischen Prozessen formuliert. Auch ist es nicht zwangsläufig, wie Boyer und Coriat zu unterstellen scheinen, das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate als säkulares Bewegungsgesetz zu interpretieren. Gerade die werttheoretische Variante der Regulationstheorie, wie sie in Grundzügen von Aglietta formuliert wurde, hat sich ausdrücklich um die Entwicklung von Konzepten bemüht, die eine solche überhistorische "Leseweise" der Marx'schen Theorie überwinden sollen. Aber auch bei Autoren wie Lipietz und der GREEC liegt der entscheidende Akzent in der *historischen Durchsetzungsform* der ökonomischen Gesetze. "Reine" Kapitalismusanalysen, wie sie neuerdings etwa von den Vertretern eines "analytischen Marxismus" vorgelegt werden (vgl. Roemer 1981), werden von diesen Vertretern der Regulationstheorie wegen der alleinigen Orientierung an modell-logischer Zeit deshalb auch als wenig hilfreich für die Erkenntnis *realer* Entwicklungen angesehen. Den Regulationisten, unabhängig von ihrer jeweiligen theoretischen Fundierung, geht es nach meinem Verständnis insgesamt um historisch spezifische und nicht um abstrakt-allgemeine "Gesetze":

"La prise en compte du régime d'accumulation, dans lequel la technique se déploie et qu'en retour elle détermine, définit une catégorie "intermédiaire", indispensable à l'intelligence les effets et de la direction dans laquelle le développement technologique considéré va agir. Suivant la *stabilité* de ce régime, le type d'articulation entre *normes de production et de consommation* qu'il abrite, c'est-à-dire aussi suivant des *normes de formation et le partage des revenus* et du rôle qu'y tiennent des *mécanismes institutionnels* qu'y sont afférents, un même ensemble de techniques peut se traduire par un marché régulière et progressive de l'accumulation, ou au contraire peut contribuer à déprimer le profit et la consommation et plus ou moins durablement prolonger la stagnation et la crise" (Boyer/Coriat 1983, S. 45). Die den Regulationsansatz charakterisierende analytische Berücksichtigung struktureller bzw. institutioneller Formen zielt also geradezu darauf ab, historisch konkrete Entwicklungen theoretisch zu fassen und Akkumulationstheorie mit Akkumulationsgeschichte zu vermitteln. Die Differenzen innerhalb des Regulationsansatzes bestehen letztlich darin, daß eine Gruppe sich über die Existenz und das Wirken allgemeiner Bewegungsgesetze im Klaren ist und sich für die historische Durchsetzung und möglicherweise die Modifikationen interessiert (werttheoretische Regulationsvariante), während eine zweite, zahlenmäßig grössere Gruppe auf den analytischen Rückbezug auf allgemeine Gesetze verzichtet (preistheoretische Regulationsvariante).

Von analytischem Interesse sind für die letztere Gruppe allein die "historischen Gesetze".

Um zur Formulierung solcher "historischer Gesetze" zu gelangen werden von Boyer drei analytische Ebenen unterschieden: (a) Die Produktionsweise und ihre Artikulation; (b) Akkumulationsregime als intermediärer Begriff; (c) die genaue Konfiguration institutioneller Formen als zweite intermediäre "Etappe" (Boyer 1986c, S. 43–55; vgl. dazu die nächsten Abschnitte). Der von Boyer aufgebaute Gegensatz des Verständnisses ökonomischer Gesetze im Rahmen der Marxschen und der Regulationstheorie erscheint mir etwas künstlich und dürfte eher der Absicht entspringen, seine Interpretation des Regulationsansatzes als distinkt erscheinen zu lassen. So begreift beispielsweise Lipietz, um einen werttheoretisch argumentierenden Vertreter des Ansatzes anzuführen, die Theorie der Regulation ebenfalls als ein intermediäres Konzept, das die historisch konkreten Durchsetzungsformen ökonomischer Gesetze analytisch zu erfassen beansprucht und sich dadurch auch in die Lage versetzt, etwa auch die mit dem Anstieg der organische Zusammensetzung des Kapitals (OGZ-Variante) argumentierende Variante des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate als Interpretationsfolie zu verwenden (vgl. Lipietz 1979, S. 64ff.; vgl. dazu auch IV. Kap.). Für die in diesem "Gesetz" von Marx unterstellten "spezifisch kapitalistischen Produktionsmethoden" in Form eines dominant arbeitssparenden technischen Fortschritts lassen sich zwar logische Gründe anführen (vgl. Bader et.al. 1973), doch lässt sich auch argumentieren, daß Marx seine Annahme eines arbeitssparenden technischen Fortschritts aus der Beobachtung ökonomischer Regularitäten gewonnen hat. Entscheidend dürfte es sein, die konkreten Formen und Bedingungen kapitalistischer Technikwahl mikro- wie makroökonomisch zu analysieren. Der von Marx postulierte Umschlag von Mikrorationalität in Makroirrationalität verkörpert in diesem Zusammenhang eine Analyseperspektive, die nicht als "ehernes Gesetz" sondern als Strukturzusammenhang interpretiert werden sollte, dessen historische Form jeweils zu berücksichtigen ist (vgl. näher IV. Kapitel).

Die für das Marxsche Verständnis ökonomischer Gesetze konstitutiven "Gegentendenzen" sollten m.E. jedenfalls nicht etwa als rhetorischer Trick oder hegelianische Verdunkelung angesehen werden. Sie verweisen vielmehr, wie Heilbronner (1985, S. 196) vermerkt, sowohl auf die selbst-generierte Logik des ökonomischen Prozesses als auch auf die Interaktion "with other logics, above all those of political or ideological processes, that alter the ballistical properties of the social formation itself". Kausale soziale Erklärungen weisen deshalb auch immer eine Unbestimmtheitslücke auf, die durch konkrete historische Untersuchungen zwar nicht völlig geschlossen, aber wenigstens konzeptionell bearbeitet werden kann. Die logische Konsistenz der Marxschen Gesetze einmal unterstellt, können diese als ein konzeptioneller theoretischer Raum verstanden werden, der die historischen Formuntersuchungen zu strukturieren und anzuleiten vermag. Die nachfolgende Charakterisierung des Regulationskonzeptes

durch Boyer (1986d, S.6) sollte m.E. deshalb auch nicht als Widerspruch zur Marxschen Methode verstanden werden:

"Under this respect the regulation approach is a tentative in order to elaborate a *continuum of concepts* from the more abstract (for example that of production modes) to the observed regularities in the behaviour of economic agents (as part of the regulation mechanisms). Some of the intermediate notions are respectively that of accumulation regime, structural or institutional forms, wage labor nexus and so on. They do benefit from the conclusions of long run historical studies and they advocate for a new theoretical framework which would combine a critique of marxian orthodoxy, and an extension of kaleckian and keynesian ideas for macro-economics, in order to rejuvenate a variant of the old institutionalism or historicism". Das methodologische Verdikt von Boyer, wonach es im Prozess der Theoriebildung darauf ankommt, in das Kontinuum theoretischer Konzepte eine Stratifikation einzuführen, entspricht exakt der Marxschen Methode, wie sie sich am entwickeltsten im "Kapital" findet. Aus dem gleichen methodologischen Prinzip folgt allerdings dennoch ein unterschiedliches Theorieverständnis. Die grundlegenden theoretischen Konzepte werden auch im Marxschen "Kapital" im Zuge des Argumentationsganges modifiziert, ohne dadurch allerdings ihre Relevanz zu verlieren: "Marx...always approaches problems by working out a first approximation corresponding to the simplest or most basic determination and then modifying that solution" (Foley 1986, S. 9). Die Marxsche Methode einer Stratifizierung theoretischer Konzepte schlägt sich in seinem Gesetzesbegriff nieder: "Gesetz" und "Tendenz" beziehen sich auf die fundamentalen Bestimmungen der Theorie. Die grundlegenden Tendenzen des ökonomischen Prozesses vollziehen sich aber in jeweils konkreten historisch-institutionellen Rahmen, die mit Konzepten höherer Ordnung erfasst werden müssen: "This does not mean that the underlying tendency is absent or negated by the higher level determination because the higher level determination has to cope with or work through the lower level tendency. If a car has a tendency to swerve to the right when the driver brakes, this tendency is not erased when the driver compensates for it by steering left while braking. The car may seem to go straight as it slows down, but the tendency to swerve is still apparent to the driver in the effort he makes to compensate for it. In the same way, even if the tendency for the rate of profit to fall is offset, say, by the appropriation of surplus value from colonial possessions or neocolonial clients, the significance of the basic law is unchanged" (Foley 1986, S. 8f.).

Gerade nun die von Foley behauptete ungebrochene Gültigkeit der "basic laws" wird von Boyer infragegestellt. Der Boyersche Einwand, der methodologisch und nicht theoretisch begründet wird, ist m.E. allerdings nur in dem Falle überzeugend, wenn die grundlegenden Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise umstandslos auf den realen Akkumulationsprozess übergestülpt werden. Es sollte jedoch deutlich geworden sein, daß eine solche Vorgehensweise nicht der Marxschen Methode entspricht. Die Arbeit von Aglietta hat m.E. den überzeugenden

Nachweis geliefert, daß auf der Grundlage der Marx'schen methodologischen Vorgehensweise der Einbau intermediärer Konzepte vorge-nommen werden kann, ohne daß dadurch gleich der gesamte theoretische Rahmen neu gefasst werden müsste. Es ist allerdings zu vermuten, daß es Boyer und anderen CEPREMAP-Vertretern der Regulationstheorie auf einen solchen Nachweis gar nicht ankommt. Ihr Konzept der Regulation zielt eher auf sog. "theories of the middle range" (R. Merton), verstanden als Aussagesysteme, die sich mit Formdifferenzen gesellschaftlicher Ent-wicklung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise beschäftigen.

Im Zentrum der "realanalytischen" Untersuchungen des Regulationsansatzes steht, und das ist kein inhaltlicher Gegensatz zu der Kennzeichnung der Regulationstheorie als eine Theorie mittlerer Reichweite, die Analyse langfristiger ökonomischer Prozesse im Sinne Schumpeters. In beiden Fäl-len wird kapitalistische Entwicklung als evolutionärer Prozeß interpretiert, der gesellschaftliche Strukturen schafft und zerstört, wobei ökonomischen Krisen - wiederum in beiden Fällen - eine Funktion der Kreativität zugeschrieben wird. Krisen sind die Einschnittstellen im Prozess gesell-schaftlichen Wandels. Während Schumpeter allerdings diesen Prozeß wesentlich durch den - wie der technische Fortschritt in der neoklassi-schen Theorie als Manna vom Himmel fallenden - innovativen Unter-nehmer, der das eigentlich dynamische Subjekt der kapitalistischen Öko-nomie verkörpert, vorangetrieben sieht, konzeptualisieren die Regulationi-sten diese Entwicklung eher als multi-faktoriellen Prozeß, der mit Kon-zepten mittlerer Reichweite erfasst werden soll. Ausgangspunkt ihrer Analyse - und dies ist eines der Marx'schen Erben, von denen Boyer spricht - , sind gesellschaftliche Beziehungen, deren konkrete historischen Formen sowie die Konjunktion solcher Beziehungen zu gesellschaftlichen Ensembles mit eigener historischer Bewegungslogik. Dieses Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung und Dynamik unterscheidet die Regula-tionstheorie sowohl von den neo-schumpeterianischen Entwick-lungstheorien, wie sie die "Lange-Wellen"-Debatte dominieren, als auch von der Mehrzahl marxistischer Theorievarianten des Langen Wellen-Konzeptes.

Von den neo-schumpeterianischen Theorievarianten, die auf das "bun-ching of investment" abstellen, unterscheidet sich die Regulationstheorie weiterhin durch ihre a priori-Berücksichtigung gesellschaftlicher Konfigu-rationen, der eine andere Konzeptualisierung technologischer Innovation und Dynamik entspricht (vgl. etwa Boyer 1986g). Der technologische Pro-zeß wird, vor allem in neueren Arbeiten zur Frage der technologischen Flexibilisierung (vgl. Boyer/ Coriat 1986; Hübner/ Mahnkopf 1988), in einem genau beschriebenen gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht verortet, so daß weder auf die historische Häufung von Schumpeterschen Unternehmerpersönlichkeiten noch auf andere exogene Variablen zurück-gegriffen werden muß. Insbesondere in den industriesoziologisch ausgerichteten Arbeiten von Autoren wie Coriat (1979) und Coriat/Zarifian (1986) wird der technologische Innovationsprozess in Kategorien von "Arbeitspolitik" zu interpretieren versucht: Technologischer

Wandel wird von der Ebene des Betriebes aus erfasst und damit in einem Konfliktfeld verortet, das allgemein als *politics in production* umschrieben werden kann (vgl. etwa Burawoy 1985). Boyer und Petit (1981) wiederum bemühen sich um eine theoretische Endogenisierung von technischem Fortschritt und Innovationen, indem sie auf der Grundlage der Kaldor-Verdoorn-Beziehung zwischen Wachstum und Produktivitätstentwicklung den Druck der effektiven Nachfrage als entscheidendes Moment für das Tempo von Innovationen und damit Steigerung der Arbeitsproduktivität ausmachen. Methodologisch zugespitzt könnte man formulieren, daß die technologische Entwicklung durch die Regulationstheorie wieder in die gesellschaftliche Dimension zurückzuholen versucht wird. Konzeptionelle Differenzen finden sich aber auch gegenüber einer marxistisch inspirierten Langer Wellen-Theorie, wie sie etwa von Mandel (1980;1984) vorgelegt wurde. Im Mandelschen Langer Wellen-Schema werden langfristige expansive Entwicklungsphasen aus systemendogenen Ursachen abgebrochen; die darauf folgende kontraktive Entwicklungsphase wird demgegenüber erst beendet, wenn das ökonomische System einen exogenen Anstoß erhält, der zu einer Erhöhung der Mehrwertrate führt: "... this leads to the conclusion that the turn from the long depression into the long boom is essentially *not predetermined*, ie it depends on the outcome of momentous political and social struggles..." (ders.1984,S.201). Klassenkämpfe, interimperialistische Auseinandersetzungen, Kriege, Konterrevolutionen etc. sind Mandel zufolge die entscheidenden exogenen Anschläge für die Einleitung neuer "Akkumulationsregime" bzw. expansiver Langer Wellen. Die entscheidende Differenz gegenüber der Regulationstheorie liegt nun nicht in der Auflistung solcher exogener Ereignisse, sondern in deren theoretischer Aufarbeitung. Während Mandel solche exogenen Ereignisse nur als Unterbrechungen der kapitalistischen Entwicklung ansieht, die ansonsten von den allgemeinen Bewegungsgesetzen im Marxschen Sinne bestimmt ist, sehen die Regulationisten – und zwar die wert- wie die preistheoretischen Vertreter – solche Ereignisse als entwicklungsbestimmende Modifikationen an, die wiederum entsprechenden theoretischen Ausdruck finden müssen. Die von der Regulationstheorie entwickelten "intermediären Konzepte" versuchen dem Rechnung zu tragen, indem sie die jeweiligen gesellschaftlichen Konfigurationen *innerhalb* eines theoretischen Modells zu fassen versuchen. Inwieweit solche Ansprüche durch die Arbeiten der Regulationisten eingelöst werden, wird im Zuge der weiteren Darstellung noch eingehend diskutiert werden.

## 2. Schlüsselkategorien der Regulationstheorie und ihre Verknüpfung

Zur Ordnung des Netzes der gesellschaftlichen Beziehungen bedienen sich die Regulationisten – wie bereits ausgeführt – dreier Schlüsselkategorien: Des Begriffs des *Akkumulationsregimes*, des Begriffs der *institutionellen Form* sowie des Begriffs der *Regulationsweise*. Alle diese Kategorien sind wiederum selbst multidimensional ausgerichtet. Diese Kategorien lassen sich in ihrer Konjunktion als eine Art von Klassifikationsschema interpretieren, das es erlaubt, historische und nationale Spezifikationen vorzu-

nehmen und die "intermediäre Welt" zu gliedern. In den nachfolgenden Ausführungen stütze ich mich in erster Linie auf Boyer (1986c), der sich jüngst bemüht hat, die zentralen Kategorien des Regulationsansatzes synthetisierend darzustellen. Die Vorstellung dieser Schlüsselbegriffe verbinde ich mit einer Darstellung empirisch ausgerichteter Arbeiten, wie sie vor allem im Umkreis des CEPREMAP vorgenommen wurden.

## 2.1. *Akkumulationsregime*

Die Untersuchung von sozialen und ökonomischen Regelmäßigkeiten, die den Begriff des *Akkumulationsregimes* konstituieren, verläuft entlang fünf Dimensionen. Untersucht wird (a) der Typus von Produktionsorganisation und die Stellung der Lohnabhängigen innerhalb des Produktionsprozesses; (b) der zeitliche Horizont der Kapitalbildung und -verwertung; (c) die Aufteilung des Wertprodukts in Löhne und Profite (sowie Steuern), die die dynamische Reproduktion von Klassen und gesellschaftlichen Gruppen ermöglicht; (d) die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage, auch in Relation zu der Entwicklung der Produktionskapazitäten in den einzelnen Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion; (e) der Artikulationsmodus mit nicht-kapitalistischen Formen, die selbst einen ganz bestimmten Rang in der zu untersuchenden gesellschaftlichen Formation einnehmen (Boyer 1986c, S. 47). Entsprechend diesen Dimensionen (is) "a regime of accumulation defined by the whole set of regularities which allow a general and more or less consistent evolution for capital formation, i.e. which dampens and spreads over time the imbalances which permanently arise from the process itself" (Boyer 1986, S.7). Ein ähnliches Verständnis von Akkumulationsregimes findet sich auch bei Mazier/Basle/Vidal (1984, S. 9): "Pour chaque période historique, le régime d'accumulation peut être caractérisé par plusieurs traits fondamentaux: l'ensemble des conditions régissant l'usage de la force de travail (organisation du travail et techniques de production); la dynamique de l'investissement et les formes de la concurrence; les caractéristiques de l'émission monétaire; les modalités de reproduction de la force de travail qui renvoient à la formation et à l'utilisation du revenu salarial" (Hervorhebung i.O.).

Solche Akkumulationsregime können historisch sowie national spezifische Formen annehmen. Zurückgehend auf die erste Untersuchung Agliettas (1979), der sich wiederum auf die Marx'sche Unterscheidung unterschiedlicher Methoden der Mehrwertproduktion bezieht, unterscheidet die Regulationstheorie, wie bereits ausgeführt, grundsätzlich zwei Akkumulationsregimes: ein *dominant extensives Akkumulationsregime* und ein *dominant intensives Akkumulationsregime*<sup>38</sup> (vgl.dazu bereits II. Kap.). Lorenzi/Pastré/Toldedano (1980, S. 34) sprechen dann von extensiver Akkumulation i.S. des Begriffs "Akkumulationsregime", wenn (a) die gesamten Arbeitsstunden eines gegebenen gesellschaftlichen Arbeitskräftebestandes zunehmen, (b) die Arbeitsintensität bei weitgehend unveränderten Produktionstechniken wächst und (c) die Ausweitung der Konsummöglichkeit -

ten nicht direkt mit einer Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Lohnabhängigen einhergeht. Die Organisation des Produktionsprozesses ist durch einfache Kooperation gekennzeichnet, mit der nur schwache Produktionszuwächse erzielt werden können. Die Kapitalverwertung ist eng mit der Entwicklung der Marktkonstellationen verknüpft, die auch die primäre Verteilung bestimmen; die aggregierte Nachfrage wiederum bestimmt den Prozeß der Kapitalbildung. Da sich die Mehrheit der Lohnabhängigen außerhalb der kapitalistischen Produktionsverhältnisse via kleine Warenproduktion und vor allem mittels familiärer Subsistenznetze reproduzieren, spielt die Konsumnachfrage für den Akkumulationsprozeß nur eine untergeordnete Rolle. Die intensive Akkumulation ist demgegenüber durch ausgeprägte und stetige Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität, basierend auf einer Umwälzung der technologischen und sozialen Produktionsbedingungen im Zuge der Durchsetzung des Taylorismus sowie durch eine gesellschaftliche Strukturierung des Konsums der Lohnabhängigen in Gestalt der Herausbildung einer Massenkonnsumnorm gekennzeichnet (diess. 1980, S. 104). Ein ähnliches Verständnis findet sich bei Mazier/Basle/Vidal (1984, S. 10): "*Deux grandes régimes d'accumulation doivent être distingués. L'accumulation extensive correspond à une croissance du capital s'effectuant par grandes vagues successives venant buter périodiquement sur des problèmes de débouchés, sans bouleversement important des normes de production et avec des gains productivités modérés. Le régime d'accumulation intensive s'accompagne au contraire d'une transformation permanente des processus de production permettant d'obtenir une croissance soutenue de la productivité du travail; celle-ci autorise la distribution d'un revenu salarial en progression rapide qui favorise l'essor d'une nouvelle norme de consommation; l'accroissement des débouchés qui est ainsi obtenu contribue en retour à soutenir l'accumulation*" (Hervorhebung i.O.).

Diese beiden Grundtypen von Akkumulationsregimes weisen selbst wieder Variationen auf: So finden sich beispielsweise im historischen Vergleich Regimes intensiver Akkumulation *mit* und *ohne* Massenkonnsum (vgl. Schaubild 1). Die Sprachregelung von "intensiver" bzw. "extensiver" Akkumulation, darauf verweisen Mazier/Basle/Vidal (1984, S. 10), beansprucht keine Ausschließlichkeit. Sie sind gewissermaßen als Idealtypen und theoretische Abstraktionen zu verstehen, die es ermöglichen sollen, historische Entwicklungsphasen der kapitalistischen Formation herauszuarbeiten, die durch jeweils spezifische "historische Gesetze" bestimmt sind. So finden sich beispielsweise auch in einem Regime intensiver Akkumulation Elemente extensiver Akkumulation, bspw. in Gestalt der sog. "Schattenwirtschaft". Zerteilt man die Phase des dominant intensiven Akkumulationsregimes in zeitliche Subperioden, dann zeigt sich etwa für den französischen Fall, daß zumindest für die Periode 1950/60 das extensive Element noch überwiegt (diess. 1984, S. 10): "*Ces deux modes d'accumulation ne sont pas exclusifs l'un de l'autre mais, en fonction de l'état des structures économiques et sociales et des normes de production propres à chaque période, l'un des deux apparaît dominant, conditionnant*

Schaubild 1

Akkumulationsregime dominanter Ökonomien

	Dominant extensive Akkumulation	Intensive Akkumulation ohne Massenkonsum	Intensive Akkumulation mit Massenkonsum	Dominant extensive Akkumulation mit Massenkonsum
Organisation der Produktion	Einfache Kooperation; schwache Produktivitätszuwächse	Tayloristische Rekomposition der Arbeit; starke Produktivitätszuwächse	Fordistische Vertiefung der Mechanisierung; beschleunigte Produktivitätsgewinne	Erschöpfung des Fordismus und seiner Produktivitätsquellen; Tertiarisierungsprozesse
Zeitlicher Horizont der Kapitalverwertung	Kurz, an den Marktbewegungen orientiert	Langer Horizont wegen der Trägheit technischer Umwälzungen	Mehrfähig; die Verwertung der Investitionen erfolgt über einen antizipierten Zeitraum (obsolescence-principle)	Wegen ökonomischer Instabilitäten und Unsicherheiten kommt es zu einer relativen Verkürzung
Aufteilung der Revenuen (Lohn, Profit, Steuern)	Bestimmt durch die konjunkturelle Konstellation der Akkumulation	Lohnbewegung nach unten abgemildert	Kontraktualisierung von direkten und indirekten Löhnen	Aufschub der Anpassung institutionalisierter Vertriebsverhältnisse
Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage	Investition als Motor; konsumtiver Endverbrauch an nachgeordneter Stelle	Diffusion des Konsums, aber Dominanz der Investitionen	Simultane Dynamik von Konsum und Investitionen	Unterbrechung der Regularitäten der Endnachfrage
Artikulation mit anderen Produktionsweisen	Lohnabhängige reproduzieren sich wesentlich außerhalb des Kapitalverhältnisses (kleine Warenproduktion, familiäre Netze etc.)	Internationale Austauschbeziehungen gewinnen an Gewicht; Durchsetzung von Lohnarbeitsverhältnissen und Zurückdrängung familiärer Netze	Vermarktung von Bedürfnissen; Beginn lebenslanger Lohnarbeit; Internationalisierungs-schub	Neuzusammensetzung der Beziehungen der intern. Ökonomie und der inländischen strukturellen Formen; Entstehung "neuer informeller" Sektoren
Beispiele	Frankreich in der 1. Hälfte des 19. Jh.	USA u. Frankreich zwischen den beiden Weltkriegen	Westeuropa und die USA seit 1950	USA seit Mitte der 60er Jahre

Quelle: Boyer 1986 c, S. 153

ainsi la nature des liens entre accumulation, emploi et productivité" (diess., S. 31; Hervorhebung i.O.).

Entlang den Dimensionen der Kategorie "Akkumulationsregime" läßt sich auf diese Weise die Akkumulationsgeschichte einer spezifischen kapitalistischen Formation beschreiben. Die Entwicklung Frankreichs während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts ist demnach, um das Fallbeispiel weiterzuführen, als ein dominant extensives Akkumulationsregime charakterisiert. Zwischen den beiden Weltkriegen ändert sich dieses gesellschaftliche Entwicklungsmodell. Im Nachvollzug der US-amerikanischen Entwicklung der frühen 20er Jahre kommt es Boyer zufolge auch in Frankreich seit etwa den 30er Jahren zunächst zum Übergang zu einem dominant intensiven Akkumulationsregime *ohne Massenkonsum*<sup>39</sup> (vgl. Boyer 1986c, S. 153). Der kapitalistische Arbeitsprozeß wird bereits tayloristisch aufgegliedert und erlaubt Produktivitätszuwächse.

Die stärksten Produktivitätszuwächse fallen in der Periode 1920/30 an: Die Beschäftigtenproduktivität wächst im Jahresdurchschnitt um 5,8 vH gegenüber einem jahresdurchschnittlichen Rückgang um 1,8 vH in der Kriegszeit 1913/20 (vgl. dazu Lorenzi/Pastré/Toledano 1980, S. 68). Da im gleichen Zeitraum sich die durchschnittlichen Arbeitszeiten der Beschäftigten in der Industrie verringerten, dürften die jahresdurchschnittlichen Zuwächse, gemessen als Stundenproduktivität, sogar noch höher ausgefallen sein. Die von Mazier/ Basle/ Vidal (1984, S. 33 ff.) vorgenommene sektorale Analyse zeigt allerdings auch, daß diese Zuwächse nur zum geringeren Teil von den sog. "modernen" Sektoren ausgehen. Mit Ausnahme der chemischen Industrie und des Energiesektors bewegen sich die Produktivitätszuwächse im Durchschnitt der gesamten Industrie (vgl. dazu unten)<sup>40</sup>. Im Unterschied zu Boyer sehen diese Autoren denn auch den französischen Kapitalismus der zwanziger Jahre weiterhin durch ein dominant extensives Akkumulationsregime gekennzeichnet, innerhalb dem die traditionellen, vor-kapitalistischen Sektoren eine bedeutsame Rolle spielen. Die Krise der späten zwanziger Jahre ist ihnen zufolge das Resultat einer Verselbstständigung der Akkumulation der Abteilung I, deren Waren aufgrund des noch geringen Kommodifizierungsgrades der Ware Arbeitskraft in der deshalb noch schwach entwickelten Abteilung II keinen adäquaten Absatzraum fanden. Das Strukturproblem dieses Akkumulationsregimes ist also nicht – wie bei Boyer – die fehlende adäquate Regulation sondern der geringe Kommodifizierungsgrad der Arbeitskraft. Anders Boyer: Ihm zufolge hat sich in dieser Phase in Frankreich das intensive Akkumulationsregime bereits durchgesetzt.

Mit der allmählichen Steigerung der Kapitalintensität erweitert sich, so Boyer, auch der zeitliche Horizont der Kapitalverwertung. Die umfangreiche Anlage von Fixkapital führt demnach zu einer zeitlichen Dehnung des Verwertungszeitraumes – eine Beobachtung übrigens, die bereits frühzeitig von Schmalenbach und auch von Sohn-Rethel gemacht wurde. Die Verteilung der Revenuen erfolgt aber weiterhin in erster Linie nach Maßgabe

der Marktkonstellationen, auch wenn die Löhne erste Rigiditäten nach unten aufweisen. Zwar diffundieren auch bereits erste neue Konsummuster, doch ist die gesamtwirtschaftliche Nachfrageentwicklung weiter vorrangig von den Investitionen bestimmt.

Während im Zeitraum 1913/20 die Beschäftigtenproduktivität im Jahresdurchschnitt um 1,8 vH und die Reallöhne sogar um 3,0 vH zurückgingen, änderte sich die Situation nach dem Ersten Weltkrieg dramatisch. Im Zuge der Rekonstruktion der französischen Industrie stieg die Beschäftigtenproduktivität im Zeitraum 1920/30 steil an. Diese Produktivitätsgewinne wurden allerdings zum überwiegenden Teil vom Unternehmenssektor in Gestalt einer ansteigenden Profitquote angeeignet. Zwar stiegen im gleichen Zeitraum auch die Reallöhne um jahresdurchschnittlich 2,2 vH an, doch konnte dadurch die Scherenentwicklung der Produktivität und der inländischen konsumtiven Nachfrage nicht annähernd geschlossen werden (vgl. Boyer 1983, S. 38, 24ff.).<sup>41</sup> Die Theorie der Regulation und dabei insbesondere Boyer (1979) begründen dieses Entwicklungsmuster mit dem besonderen *Typus der Lohnbildung*, der seinerseits den Typus der *kompetitiven* Regulation (s. dazu unten) charakterisiert. Bei diesem Regulationstypus drücken sich die Produktivitätssteigerungen in Preisreduktionen aus, die sich dann wiederum in der Reallohnentwicklung positiv bemerkbar machen. Weil aber, so das weitere Argument, Preisabschläge und Produktivitätssteigerungen sich unterschiedlich schnell entwickeln, muss sich bei diesem marktgesteuerten Typus von Regulation nahezu zwangsläufig die Einkommensentwicklung der Lohnabhängigen von der Produktivitätsentwicklung entkoppeln. Nur unter der Bedingung unendlich schneller Anpassungsgeschwindigkeiten, wie sie von der neoklassischen Theorie mit der Annahme vollkommener Information und der Prämisse logischer Zeit unterstellt werden, oder einer politisch induzierten Verkoppelung von Produktivitäts- und Reallohnentwicklung ("Produktivitäts-Indexierung") könnte diese Scherenbewegung vermieden werden. Die krisentheoretische Konsequenz dieser Form der Regulation liegt auf der Hand: "Consequently, the boom in capital-intensive accumulation was brought to a halt by the inadequacy of overall demand. This is without doubt one of the basic causes of the crisis of 1929-1930 in France...On this interpretation, the international problems caused by the crisis - whether they affected commercial exchanges or movements of capital - only highlight the fact that the conditions under which wages were determined were incompatible with the new mode of accumulation at the end of the First world war. If the boom was extended for a time, this was only because certain factors (the growth in credit, the development of sales abroad, to the urban petit bourgeoisie or the agricultural world) concealed the disequilibrium between the growth of productive capital and overall demand" (Boyer 1979a, S. 112). Zwischen den Analysen von Mazier/ Basle/ Vidal und Boyer gibt es mithin gewichtige Differenzen: Während erstere in ihrer Fallanalyse Frankreichs zu dem Resultat gelangen, daß sich das intensive Akkumulationsregime habe noch nicht durchsetzen und etablieren können, geht Boyer von der realen Existenz des dominant intensiven Akkumulationsregimes aus und führt die Re-

produktionsprobleme auf das Fehlen eines adäquaten Typus von Regulation zurück. Die Argumentation Boyers entspricht dabei in der Grundstruktur der von Aglietta, der – allerdings für die USA der zwanziger Jahre – zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt (vgl. Aglietta 1979, S. 358 ff.).

Die Verlaufs-dynamik einer solchen Konstellation von Akkumulationsregime und Regulationsweise wurde von Aglietta idealtypisch herausgearbeitet. In der Terminologie der Marx'schen Reproduktionsschemata ist das intensive Regime der Akkumulation durch ein gegenüber der Dynamik der Abteilung II schnelleres Expansions-tempo der produktionsmittelherstellenden Abteilung gekennzeichnet. Ohne adäquaten Konnex zwischen Akkumulationsbewegung und Lohn- bzw. Nachfragebewegung läuft dieses Regime in eine selbst gestellte Verwertungsfalle, die erst in der einsetzenden ökonomischen Krise mittels Kapitalvernichtung i.S. von Entwertungsprozessen der Abteilung I und/oder durch die Eröffnung neuer Anlagesphären aufgelöst werden kann. Im Raster des akkZwei-Regimes-Schema wird diese für die Konstellation der 30er Jahre in den USA kennzeichnende Entwicklung von Aglietta entsprechend als erste Krise des Fordismus interpretiert. In dem von Boyer neuerdings entwickelten *Multi-Regime-Schema* läßt sich eine solche Konstellation präziser als Krise eines dominant intensiven Akkumulationsregimes ohne Massenkonsum interpretieren. Beide Interpretationen der Krise von 1929/32, obwohl auf die Lohnbildung und Lohnentwicklung abhebend, unterscheiden sich in ihren theoretischen Begründungen. Boyers Analyse steht in einer unterkonsumtionstheoretischen Tradition, während Aglietta sich auf eine Überproduktionstheorie stützt (vgl. dazu IV.Kap.). Bei Mazier/ Basle/ Vidal wiederum handelt es sich bei den ökonomischen Prozessen der zwanziger Jahre um die letzte Krise eines extensiven Akkumulationsregimes.

### 2.1.1. Das dominant intensive Akkumulationsregime mit Massenkonsum

Das Hauptaugenmerk der Regulationsvertreter gehört dem dominant intensiven Akkumulationsregime mit Massenkonsum ("Fordismus"). Im Zuge der Krise des vorausgehenden Akkumulationsregimes hat sich unter der weltwirtschaftlichen Vormachtstellung der USA nach dem 2. Weltkrieg in Frankreich, aber auch in anderen Ländern Westeuropas den übereinstimmenden Aussagen der Regulationisten zufolge ein dominant intensives Akkumulationsregime *mit Massenkonsum* herausentwickelt. Die Entwicklungsgeschichte des französischen Kapitalismus wurde von den Regulationisten im Umkreis des CEPREMAP besonders eingehend untersucht. Neben den bereits genannten Arbeiten von Boyer sind vor allem die auf den sektoralen Analysen Bertrands (1979; 1983) basierenden Untersuchungen von Mazier /Picaud /Podevin/ Bertrand (1982) und Mazier/Basle/Vidal (1984) zu nennen, die wichtige empirische und analytische Konkretisierungen des Begriffs "Akkumulationsregimes" erbracht haben. Zu nennen sind dabei insbesondere die sektoral disaggregierten

Untersuchungen von Bertrand. Ich möchte deshalb jetzt den analytischen Ansatz Bertrands kurz vorstellen und im Anschluß einige empirische Ergebnisse zusammenfassen.

Bertrand schlägt zur Analyse der Akkumulationsregimes eine sektorale Vorgehensweise vor, die auf eine Umgruppierung der Kategorien der französischen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Compatibilité Nationale) zielt. Für diese sektorale Umgruppierung maßgeblich sind die makroökonomischen Funktionen ökonomischer Aktivitäten. Bertrands Analyse stellt auf zwei Funktionen und auf ebenfalls zwei Modalitäten von Produktion und Versorgung ab: Die Investitionen der Unternehmen und den Konsum der Haushalte sowie die einheimische Produktion – und zwar für den inländischen Absatz und den Export – und den Bezug aus dem Ausland. Auf der Grundlage einer Input-Output-Tabelle werden von ihm dann die Sektoren neu geordnet und in insgesamt drei "sections productif" zusammengefasst:

- S<sub>1</sub>: Ausrüstungsgüter der Unternehmen incl. Vorleistungen, die im Inland produziert werden;
- S<sub>2</sub>: Konsumgüter der Haushalte (einschließlich des öffentlichen Konsums) und intermediäre Güter und Dienstleistungen, die im Inland produziert werden;
- S<sub>3</sub>: Exportgüter incl. Vorleistungen i.S. von Gütern und Dienstleistungen, die im Inland produziert werden (vgl. Bertrand 1983, S. 327 ff.).

Die Importe (M) werden ebenfalls nach diesem Klassifikationsschema geordnet, so daß sich insgesamt ein funktionales Bild der ökonomischen Austauschbeziehungen ergibt. Unter der Prämisse einer global wie sektoral ausgeglichenen Handelsbilanz besagen die sektoralen Gleichgewichtsbedingungen, daß der Gesamtabsatz jedes Sektors der Summe aus jeweiliger inländischer Produktion zuzüglich des sektoralen Exportgewichts entspricht (vgl. etwa Mazier/Picaud/Podevin/Bertrand 1982, S. 237). Diese analytisch einfache Unterscheidung soll es ermöglichen, die von der Regulationstheorie betonten Zusammenhänge der Sektoren gesellschaftlicher Reproduktion funktional zu erfassen und so die analytische Trennschärfe bei der Bestimmung unterschiedlicher Akkumulationsregime zu verbessern<sup>42</sup>. Die allgemeinen Ergebnisse der empirischen Untersuchungen bestätigen auch für die Entwicklungsgeschichte des französischen Kapitalismus die von Aglietta am Beispiel der USA formulierten Überlegungen: "Durant les années 1920, on observe une auto-accumulation de la section des biens d'équipement qui s'explique par le caractère limité des transformations intervenant dans la section des biens de consommations. A l'inverse, les années 1950 et 1960 sont marquées par la mise en place d'un mode d'accumulation intensive qui assure une articulation très solide entre les deux sections" (Mazier/Picaud/Podevin/Bertrand 1982, S. 234). Während Aglietta und vor allem Boyer die Verkettung beider Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion wesentlich über

strukturelle bzw. institutionelle Formen (vgl. unten) vermittelt sehen, stellen die Arbeiten von Bertrand und Kollegen eher auf die sektoralen Verflechtungen ab. Diese Fundierung der Kategorie Akkumulationsregime verzichtet zwar nicht auf gesellschaftstheoretische Erklärungsmuster zur Bestimmung der Regulation zwischen beiden Sektoren, doch stellt sie im Kern eher auf die funktionalen ökonomischen Zusammenhänge ab. Im Detail lassen sich deshalb durchaus Differenzen zu den Analysen von Boyer konstatieren. Das Regime intensiver Akkumulation mit Massenkonsum, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg zeitverzögert zu den USA auch in Frankreich durchgesetzt hat, ist Bertrand zufolge durch eine "kapitalistische Revolution" in Sektor 2 gekennzeichnet (Bertrand 1983, S. 331). Vier Indikatoren können diese Entwicklung beschreiben:

- (1) Zwischen 1959 und 1974 ist der Anteil von Lohnempfängern an der gesamten Beschäftigung in Sektor 2 rascher angestiegen (von 51 auf 70 vH) als in Sektor 1 (85 bzw. 89 vH). Dies verweist auf eine hohe Kommodifizierungsrate, der viele Bereiche von Subsistenzarbeit und kleiner Warenproduktion zum Opfer gefallen sind.
- (2) Die "Arbeitszusammensetzung"<sup>43</sup> ist zwischen 1950 und 1974 in Sektor 1 mit ca. 16 vH weitgehend stabil, während sie in Sektor 2 von ca. 10 vH (1950) bis auf nahezu 18 vH (1974) ansteigt. Dies verweist auf technologische Veränderungen in Sektor 2, die dem Akkumulationsprozess in Sektor 1 Verwertungsräume schafft.
- (3) Entsprechend schneller ist im gleichen Zeitraum die (effektive) Arbeitsproduktivität in Sektor 2 gegenüber Sektor 1 gewachsen: In Sektor 2 kam es zu einer Verdreieinhalbfachung, in Sektor 1 zu einer knappen Verdreifachung des Produktivitätsniveaus von 1950. Stellt man in Rechnung, daß in Sektor 2 der weitaus größere Teil der Dienstleistungen zusammengefasst ist, dann muss das Produktivitätstempo im Bereich der Konsumgüterproduktion noch höher eingeschätzt werden.
- (4) Und schließlich fällt auch die Akkumulationsrate zwischen 1955 und Ende der sechziger Jahre in Sektor 2 höher aus als Sektor 1 (vgl. Bertrand 1983, S. 331 f.).

Im Vergleich zu der US-Entwicklung kam die "kapitalistische Revolution" des Sektors 2 in Frankreich vor allem wegen der zeitlichen Kürze dieses Prozesses einem nahezu brutalen Einschnitt gleich: "La "révolution capitaliste" de  $S_2$  a été en France un bouleversement brutal, concentré dans une période de temps assez brève, après-guerre. Elle a été plus précoce aux USA, mais surtout plus longue, étalée dans le temps, continue" (Bertrand 1983, S. 332). Das rasche Tempo der Transformation der technischen Produktionsbedingungen in  $S_2$  schuf sowohl ein breites Akkumulationsfeld für den Sektor 1 und damit die Voraussetzungen für einen Anstieg der allgemeinen Profitrate als auch die Bedingungen für eine Steigerung der Kaufkraft der Lohnabhängigen.

Dieser virtuous circle des Regimes intensiver Akkumulation kam Ende der sechziger Jahre jedoch an sein Ende: Zum einen nahm das Wachstumstempo der Arbeitszusammensetzung in Sektor 2 immer mehr ab, um dann ab 1970 zu stagnieren<sup>44</sup>. M.a.W. das autozentrierte Wachstum, basierend auf einem Prozess rascher Kommodifizierung der Reproduktion der Lohnarbeit, stieß an Grenzen. Zum zweiten wurde der französische Kapitalismus seit Mitte der sechziger Jahre verstärkt in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden. Der innengerichtete Akkumulationsprozess und die damit verbundenen Akkumulationsstrategien wurden jetzt zunehmend auf die Bedingungen der kapitalistischen Weltwirtschaft ausgerichtet. Zwischen 1970 und 1981 hat der Exportsektor eindeutig die Leitfunktion innerhalb der französischen Ökonomie übernommen: Sowohl die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität als auch die Investitionsquote des Exportsektors bewegen sich oberhalb der der beiden anderen Sektoren (Bertrand 1986, S. 90)

Damit wurde aber auch die Artikulation der Komponenten des Nachkriegsakkumulationsprozesses und damit die Verkettung der Sektoren 1 und 2 unterhöhlt (Bertrand 1983, S. 344): Der Modus binnenmarktzentrierter Regulation geriet in Konkurrenz mit den im Rahmen der Weltwirtschaften herrschenden und durch den internationalen Kosten- und Preiswettbewerb durchgesetzten Produktionsbedingungen<sup>45</sup>. Ohne daß es von Bertrand offen formuliert würde, läßt sich aus diesen Entwicklungen der Schluß ziehen, daß das im engen Sinne "fordistische" Akkumulationsregime in Frankreich bereits Ende der sechziger Jahre an sein Ende kam. Die These, wonach dafür vor allem der Internationalisierungsprozess der französischen Wirtschaft verantwortlich zeichnet, geht über die Analysen etwa von Boyer hinaus. Dessen Geschichte des Nachkriegsakkumulationsregimes in Frankreich zentriert allein auf die Binnenwirtschaft. Und eine zweite Differenz ist erwähnenswert. Während die Verknüpfung zwischen den Sektoren und damit die Artikulation von Produktion und Konsumtion bei Bertrand wesentlich funktional bestimmt wird, ist dies bei Boyer eher das Resultat institutioneller Formen. Die Herausbildung eines Tarifvertragssystems und wohlfahrtsstaatlicher Strukturen und Institutionen sind bei letzterem die entscheidenden Voraussetzungen für eine Verkettung der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion und für das Wirken positiver feedback-Effekte.

Auf der Ebene der Produktionsorganisation, so Boyer, kam es nach dem Zweiten Weltkrieg zu einer fordistischen Vertiefung der Mechanisierung, die ähnlich wie in der Zwischenkriegszeit beschleunigte Produktivitätszuwächse erlaubte und die Steigerungsraten der gesamtwirtschaftlichen Produktion auf hohem Niveau stabilisierte. Die Kontraktualisierung direkter und indirekter Löhne unterstützte die simultane Dynamik von Konsum und Investitionen, die den Horizont der Kapitalverwertung für die individuellen Kapitale in einem gewissen Maße antizipierbar machte. Indem ein Teil der Reproduktionskosten der Ware Arbeitskraft dekommodifiziert und über staatliche Transfers geregelt wurde, ergab sich für den Akkumulationsprozeß ein weiteres Moment der Stabilisierung.<sup>46</sup> Durch die so ermöglichte

parallele Entwicklung von Produktions- und Konsumnormen wurden beide Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion eng miteinander verkettet: "les méthodes de production de masse trouvent alors leurs correspondance dans l'accession de la grande majorité des salariés à la "consommation de masse", phénomène nouveau par rapport à L'entre-deux guerres. Encore faut-il que de comportement au jour de jour des firmes et des salariés conforte ce principe général, assurant la relative cohésion du mode de développement" (Boyer 1983, S. 28).

Bei Coriat (1979) finden sich genauere Hinweise zu der Durchsetzung von Produktions- und Konsumnormen, die über die makroökonomischen bzw. makropolitischen Analysen von Bertrand und Boyer hinausweisen. "Produktionsnorm" meint Coriat (1979, S. 62) zufolge Veränderungen der konkreten wie der abstrakten Arbeit. Bezogen auf den Gebrauchswertaspekt der eingesetzten Arbeit komme es zur Herausbildung eines "code générale et formel de l'exercice du travail industriel" (ebd.) und, damit zusammenhängend, zu einer Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse. Mit der Einführung tayloristischer Produktionsmethoden wären in raschem Tempo unqualifizierte und ungelernete Arbeitskräfte in den Arbeitsprozess integriert worden, wodurch sich eine Polarisierung der Qualifikationsstruktur ergeben hätte. Der Anstieg der Arbeitsintensität und damit auch der Arbeitsproduktivität hätten darüberhinaus auch die Bedingungen der Tauschwertproduktion verändert: "...au fur et à mesure que les Nouvelles Normes de Travail s'étendant à travers les branches et des industries, se manifeste un bouleversement dans les conditions (sociales) de l'extraction du surtravail" (Coriat 1979, S. 63).<sup>47</sup> Die neue Produktionsnorm überträgt sich allerdings nicht automatisch in eine neue, ihr korrespondierende Konsumnorm. Auch reichen die auf der Basis der neuen Produktionsbedingungen möglich gewordenen produktivitätsorientierten Reallohnsteigerungen nicht zu der Herausbildung einer neuen Konsumnorm der Lohnabhängigen aus. Die Artikulation von Massenproduktion und Massenkonsum wird Coriat zufolge erst durch die Herausbildung neuer Kreditformen für die Lohnabhängigenhaushalte möglich. In Frankreich entstanden bereits Ende der zwanziger Jahre eine Reihe von Institutionen, die den kreditvermittelten Kauf dauerhafter Konsumgüter ermöglichen sollten: Auf Initiative von Citroen wurde etwa die "Société de Vente à Credit (SOVAC) gegründet; Peugeot und Simca gründeten die "Diffusion Industrielle et Automobile par le Crédit" (DIAC) und die "Crédit par l'achat des Véhicules Automobiles"(CAVIA); die Elektrofirma Thomson-Houston baute sogar bereits im Jahr 1919 die "Crédit Electrique et Gazier" (CREG) auf (ders. 1979, S. 145 f.). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dann der Zugang der Lohnabhängigenhaushalte zu Konsumentenkrediten vor allem über das Bankensystem organisiert. Auf diese Weise entstand eine Kette von "Pseudo-Verwertungen" produzierter Tauschwerte, die insbesondere den Akkumulationsprozess der Abteilung II gesellschaftlicher Reproduktion vorantrieb.

### 2.1.2. Begrenzungen und Variationsbreiten des Konzeptes

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, daß die multi-dimensional definierten Akkumulationsregime von den Vertretern des Regulationsansatzes unter verschiedenen Blickwinkeln analysiert werden: Unter dem Aspekt funktionaler Artikulation bei Bertrand et.al. und unter dem Aspekt politisch-sozialer Kämpfe bei Boyer u.a., deren Resultate sich in - von den Akteuren nicht-intendierten - strukturellen Formen ausdrücken, die dann die Kohärenz von Produktion und Konsum gewährleisten. Dies weist darauf, daß innerhalb der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes strikt ökonomietheoretische Ansätze in Konkurrenz stehen mit Ansätzen, die sich eher um eine gesellschaftstheoretische Öffnung bemühen. Das Untersuchungsfeld in allen Ansätzen aber ist strikt auf den Nationalstaat i.S. der Binnenökonomie beschränkt. Dies gilt selbst für die Untersuchungen von Bertrand et.al., die in ihren Arbeiten den Einfluß des internationalen Warenhandels auf die Entwicklungsdynamik des Akkumulationsregimes berücksichtigen. Allerdings geschieht dies allein durch die Berücksichtigung eines Exportsektors sowie der Erfassung von Importen. Die Zentrierung der regulationstheoretischen Arbeiten auf den Binnenmarkt wird auch in diesen Arbeiten letztlich nicht durchbrochen.

Obwohl der Begriff des Akkumulationsregimes prinzipiell gegenüber einer tieferen Analyse des Weltmarktintegrationsgrades konzeptionell offen ist, wird diese Strukturdimension kapitalistischer Vergesellschaftung in den Arbeiten der Regulationisten fast schon systematisch vernachlässigt. Deutlich wird dies gerade bei den Arbeiten von Boyer (etwa 1983), der die Dynamik der Konsumgüterproduzierenden Abteilung zum Wachstumsmotor des Gesamtsystems nach dem Zweiten Weltkrieg erklärt: Durch die schnelle Kommodifizierung gesellschaftlicher Bedürfnisse werde der "äußere" Expansionsprozeß des Kapitalverhältnisses über die Internationalisierung der funktionellen Kapitalformen durch eine "interne" Kolonialisierung ergänzt und sogar überlagert<sup>48</sup>. Auch Lipietz (1986b, S. 39) weist dem internationalen Handel eine untergeordnete Bedeutung innerhalb des fordistischen Akkumulationsregimes zu: "The driving forces instead were the internal transformation of industrial production processes and the expansion of the *internal* market by increasing purchasing power". Diese Behauptungen dürften allerdings mehr ein von der Regulationstheorie nahegelegtes "analytische Vorurteil" widerspiegeln als einer genaueren Untersuchung geschuldet sein. Wie die nachfolgende Tabelle 1 zeigt, sind in allen entwickelten kapitalistischen Ländern die Wachstumsraten der Exporte nach dem Zweiten Weltkrieg höher ausgefallen als die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten des Bruttoinlandproduktes.

Tabelle 1

*Jahresdurchschnittliche Wachstumsraten von Exporten (X) und Bruttoinland-  
produkt (BIP)*

1951/73 (in konstanten Preisen)

	X	BIP		X	BIP
Österreich	10,7	5,1 <sup>a</sup>	Belgien	9,4	4,4 <sup>a</sup>
Kanada	6,9	4,6	Dänemark	6,1	4,2 <sup>b</sup>
Frankreich	8,1	5,0	BRD	10,8	5,7
Italien	11,7	5,1	Japan	15,4	9,5
Niederlande	10,1	5,0	Norwegen	7,2	4,2
Großbritannien	4,1	2,7	USA	5,1	3,7

a 1955/73;      b 1954/73

Quelle: Cornwall 1977, S. 162

Ein ähnliches Bild ergibt auch die Analyse von Maddison (1987, S. 670), der in einer Untersuchung langfristiger Zeitreihen zum Wachstumsprozess entwickelter kapitalistischer Länder (Frankreich, Deutsches Reich/BRD, Japan, Niederlande, Großbritannien und USA) zu dem Ergebnis gelangt, daß in der Phase nach dem Zweiten Weltkrieg die durchschnittliche Wachstumsrate des internationalen Handelsvolumens signifikant über dem durchschnittlichen Wachstum des Bruttoinlandproduktes lag (vgl. Tabelle 2):

Tabelle 2

*BIP- und Außenhandelswachstum sechs entwickelter kapitalistischer Länder*

(Jahresdurchschnittliche gewogene Wachstumsrate in vH)

	1913 – 50	1950 – 73	1973 – 84
Handelsvol.	0,49	9,42	3,61
BIP	1,85	5,31	2,10

Quelle: Maddison 1987, S. 670

Aus diesen Daten kann allerdings nicht umstandslos auf ein Muster des export-led growth und damit die Verwerfung der Binnenmarktthese der

Regulationstheoretiker rückgeschlossen werden (vgl. zu dem methodischen Problemen Cornwall 1977, S. 163 ff.). Dennoch dürfte vor diesem Hintergrund nicht zu bestreiten sein, daß die ökonomische Dynamik des fordistischen Akkumulationsprozesses nicht unberührt von der Integration der nationalen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft verläuft. Um die Bedeutung der weltwirtschaftlichen Integration auf den jeweiligen Akkumulationsprozess genauer einschätzen zu können, bedürfte es noch weiterer Informationen (z.B. über den Spezialisierungstypus, das Sektorprofil etc.) und vor allem einer theoretischen Fundierung. Berücksichtigt man bspw., daß im Jahr 1950 in Frankreich die Summe von Importen und Exporten als Anteil an der inländischen Bruttowertschöpfung gerade einmal etwas mehr als ein Drittel der privaten Konsumquote ausmachte (vgl. Barou/Keizer 1984, S. 249), dann scheint verständlich, daß die Regulationisten ihr Hauptaugenmerk auf die Binnenökonomie und dort insbesondere auf die Kategorien Investition und privaten Konsum richten. Allein ist weder auf der Ebene sektoraler Gewichte noch sektoraler Wachstumsraten die Frage zu entscheiden, ob das fordistische Akkumulationsregime binnenmarktorientiert oder exportgeleitet ist. Auch auf einer einfachen theoretischen Ebene fällt die Antwort äußerst unbedeutend aus: Die Zusammenhänge zwischen Wachstum des Gesamtsystems und Wachstum der Exporte lassen sich nämlich gegenläufig lesen. Das Theorem des export-led growth behauptet positive Wirkungen eines exogen induzierten Exportnachfragewachstums auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität und dadurch einen Rückgang der Produktionskosten sowie der relativen Exportpreise, die wiederum die Konkurrenz- und Absatzposition auf den Weltmärkten verbessert. Das Theorem des home-spun growth demgegenüber dreht den kausalen Zusammenhang herum: Gerade die hohen Zuwachsraten des inländischen Absatzes induzieren economies of scale und damit Produktivitätssteigerungen sowie Kostensenkungen, die die Konkurrenzfähigkeit auf den Weltmärkten anheben (vgl. Cornwall 1977, S. 170 ff.).

Ich will dieses Problem hier nicht weiter verfolgen. Wichtig ist an dieser Stelle nur, daß im Rahmen der Regulationstheorie die Frage binnenmarktorientiertes versus exportgeleitetes Akkumulationsregime nicht ernsthaft aufgeworfen wird<sup>49</sup>. In diesem Punkt sind, wie ausgeführt, allein die sektoralen Analysen präziser. Der Stellenwert "äußerer" und "innerer" Expansion wird innerhalb des Regimes intensiver Akkumulation in zeitliche Phasen zerlegt, die die Dynamik und Grenzen dieses Regimes genauer erfassen lassen. Allerdings wird diese Unterscheidung auch in den Arbeiten Bertrands nicht systematisch weiterverfolgt. Die naheliegende Hypothese, wonach der Prozess "nachholender Fordisierung" unter anderen Bedingungen erfolgt und demnach auch modifizierte theoretische Überlegungen erfordert als dies in der Arbeit von Aglietta zu den USA geschehen ist, wird auch in den späteren Arbeiten der Regulationisten nicht erörtert. Ohne größeren Begründungsaufwand wird in der Regel das Theorem des homespun growth zugrundegelegt und ins Zentrum der Begriffsbildung gestellt. Die alternative analytische Überlegung, wonach der "lange Aufschwung" der entwickelten kapitalistischen Länder nach dem Zweiten

Weltkrieg sich theoretisch wie empirisch aus den spezifischen Konstellationen der Weltwirtschaft *und* einem spezifischen internationalen Regulationstypus erklären lässt (vgl. für einen solchen Ansatz etwa Alt-vater/Hübner/Stanger 1983), wird so erst gar nicht in Betracht gezogen. Bereits an dieser Stelle kann deshalb festgehalten werden, daß die Theorie der Regulation zentrale Momente des Akkumulationsprozesses aus dem Blick verliert. Die Versuche, mit einem nicht-modifizierten Konzept von Regulation etwa die Verlaufs-dynamik des BRD-Kapitalismus zu analysieren, müssen deshalb von Beginn an scheitern, weil die Reproduktionsdynamik dieses exportseitigen und -bezogen auf alle funktionellen Kapitalformen - hochgradig weltmarktintegrierten Akkumulationsregimes gar nicht erfasst werden könnte.

Dieser selbstgesteckten Begrenzung des Konzeptes "Akkumulationsregime" steht eine ausgeprägte konzeptionelle Variabilität gegenüber, die für historische Langfristuntersuchungen genutzt werden kann. Von großem Vorteil ist dabei insbesondere, daß der Begriff des Akkumulationsregimes keinerlei Abfolgelogik von Regimes impliziert, wie sie bspw. die verschiedenen Stadientheorien oder auch die technikzentrierten Lange-Wellen-Theorien kennen. Bezogen auf den internationalen Raum können mehrere dieser Regime gleichzeitig nebeneinander bestehen. Längsschnittanalysen einzelner Länder wiederum vermögen zu zeigen, daß diese Akkumulationsregimes nicht sukzessive aufeinanderfolgen müssen, sondern in unterschiedlicher Reihung auftreten können. Auch wird von den Regulationstheoretikern keine strikte zeitliche Fixierung in der Abfolge von Akkumulationsregimes vorgenommen. Die Behauptung zyklischer Regelmäßigkeiten, wie sie etwa mit dem Begriff "Lange Wellen" nahegelegt wird, verbietet sich der Regulationstheorie schon aus bereits früher angeführten methodischen Prinzipien: Da jedes Akkumulationsregime seine eigenen "Bewegungsgesetze" aufweist, können sich die strukturellen Transformationen von einem zu einem anderen Akkumulationsregime auch jeweils äußerst unterschiedlich darstellen und auch eine unterschiedliche Zeitdauer aufweisen. Im Rahmen der Langen Wellen-Hypothesen wird demgegenüber davon ausgegangen, daß die gleichen Mechanismen und Bewegungsgesetze jede Phase des langen Zyklus und damit auch deren historische Regelmäßigkeit bestimmen (vgl. dazu Weinstein 1983, S. 102). Die von der Regulationstheorie vorgenommene Periodisierung der kapitalistischen Entwicklung ist demgegenüber konzeptionell offen für historische Revisionen. Diese Offenheit lässt sich anhand der von den Regulationisten vorgenommenen Untersuchungen zur US-Entwicklung demonstrieren.

Mit der Erschöpfung der Institutionen des Fordismus seit den späten sechziger Jahren (vgl. unten) und dem daraus folgenden *productivity slow down* wurde zwar die dominant intensive Akkumulation mit Massenkonsum und die entsprechende Regulationsweise in ihrer Reproduktionsfähigkeit bedroht, doch folgte daraus kein automatischer "Modellwechsel" hin zu einer Form von "Neo"- oder "Post-Fordismus", wie er beispielsweise noch von Aglietta in seiner US-Studie erwartet wurde: "Capitalism can escape from its contemporary organic crisis only by generating a new cohesion, a

Neo-Fordism. This cohesion must be compatible with the wage relation, the principle of invariance of the capitalist mode of production. Such compatibility is possible only if specific transformations of the infrastructure give rise to a new and protracted fall in the cost of the social reproduction of labor-power, the basis for *intensive* accumulation" (Her- vorhebung K.H.) (Aglietta 1979, S. 385). Die Umstrukturierung der Konsumweise sah Aglietta damals vor allem zentriert um die Bereiche des kollektiven Konsums und der öffentlichen Ausgaben." The two most fundamental (lines of development, K.H.) are a contraction of public initiative in the production of collective goods and services and a correlative reduction in the role of budgetary expenditures as a direct instrument for ensuring due proportionality between the two departments of production" (ebd.). Dieser Veränderung der Konsumweise sollte Aglietta zufolge ein qualitativer Automatisierungsschub im Arbeitsprozess unterliegen, der als "automatische Produktionskontrolle" gefasst wurde und sich durch (a) eine Einsparung lebendiger Arbeit, (b) eine Dequalifizierung der mehrheitlichen Zahl von Beschäftigten, (c) eine Erhöhung der Flexibilität im Arbeitskräfteeinsatz, (d) eine Verringerung der Kontroll- und Überwachungskosten und (e) eine Ausdehnung von Ingenieur-tätigkeiten auszeichnen sollte (Aglietta 1979, S. 124-127). In den achtziger Jahren deuten allerdings viele Indizien darauf hin, daß solche Entwicklungslinien in der US-Ökonomie zwar zu registrieren sind, aber keine dominante Bedeutung haben. Der US-amerikanische Weg aus der "Krise des Fordismus" ist durch andere Charakteristika denn die eines fortentwickelten intensiven Akkumulationsregimes bestimmt.

Seit Ende der 60er Jahre, so Aglietta neuerdings (1986, S. 34), sind die USA durch einen wieder eher extensiven denn einen intensiven Akkumulationstypus gekennzeichnet. Dieser Wandel im Akkumulationstypus wird an drei Entwicklungen festgemacht: (a) Der US-amerikanischen Wirtschaft ist es im Unterschied zu anderen entwickelten kapitalistischen Ländern gelungen, die Zahl der Arbeitsplätze seit den siebziger Jahren stark auszuweiten. Das Beschäftigungswachstum konzentrierte sich auf den privaten Sektor, und dabei (b) insbesondere auf den Bereich privater Dienstleistungen, in dem die Zahl der Arbeitsplätze zwischen 1974 und 1981 um jahresdurchschnittlich 3,6 vH anstieg. Einen ähnlich starken Anstieg hat in diesem Zeitraum allein noch Italien mit 2,5 vH p.a. zu verzeichnen, während etwa in der Bundesrepublik die Arbeitsplätze im privaten Dienstleistungssektor gerade um 0,1 vH p.a. stiegen und in Großbritannien sogar ein Freisetzungsprozess mit 0,2 vH im Jahresdurchschnitt zu verzeichnen ist. Da darüberhinaus - und wieder in starkem Kontrast zu den Ländern des westeuropäischen und skandinavischen Kapitalismus - im gleichen Zeitraum auch die Zahl der industriellen Arbeitsplätze in den USA, wenn auch mit deutlich veränderter Beschäftigtenstruktur, nahezu konstant gehalten werden konnte, war es möglich, den demographisch bedingten Zuwachs von Arbeitskräften und die steigende Nachfrage von Frauen nach Arbeitsplätzen zu verarbeiten. In diesen Prozess eingeschlossen ist eine Veränderung der Klassenstruktur, die Entwicklung eines neuen Konsummusters sowie eine Neuzusammensetzung des ökonomischen

Apparats. Gekennzeichnet ist dieser Typus schließlich (c) durch ein relativ langsames Wachstum der Arbeitsproduktivität, und zwar sowohl im industriellen wie im Dienstleistungssektor. So betrug der jahresdurchschnittliche Anstieg der Arbeitsproduktivität in der verarbeitenden Industrie der USA im Zeitraum 1973/79 gerade noch 1,2 vH; im privaten Dienstleistungssektor betrug der Anstieg sogar nur 0,3 vH p.a. (vgl. Aglietta 1986, S. 46–51). Diese geringen Produktivitätssteigerungen, die die Grundlagen für den starken Beschäftigungszuwachs verkörpern, sind charakteristisch für den extensiven Akkumulations- und Wachstumstypus, der den Anstieg der Reallöhne und damit die Weiterentwicklung der Konsumnorm auf breiter Basis limitiert. Die hohen Zuwachsraten des US-amerikanischen Sozialprodukts in der Ära Reagan gründen deshalb auch nicht in einer mit dem fordistischen virtuous circle der fünfziger und sechziger Jahre vergleichbaren Dynamik (vgl. dazu noch unten), sondern in einer durch neue Kreditformen beschleunigten Verschuldung privater und öffentlicher Haushalte: Zu Beginn der achtziger Jahre betrug der Anteil von Krediten am verfügbaren Haushaltseinkommen bereits 24 vH (ders. 1986, S. 52). Ähnlich wie etwa Minsky (1986, S. 70ff.) interpretiert Aglietta das Wachstum der privaten Konsumentenkredite, und vor allem auch der öffentlichen Kredite, als einen Prozess der *Überschuldung*, auf den die Akteure des privaten Geld- und Kreditmarktes mit der Reduzierung ökonomischen Vertrauens reagieren, das sich in einem Anstieg des Realzinsniveaus niederschlägt (ebd.; vgl. dazu auch die Studie von Barou/Keizer 1984, S. 29ff.). Diese Kombination aus einer Reduktion des produktiven Systems und einer fragilen geld- und kreditwirtschaftlichen Sphäre charakterisiert Aglietta zufolge auch die Transitionsphase in den USA seit den siebziger Jahren.

In eine solche Richtung deutet auch die empirisch gut belegte Studie von Davis (1986), der für die USA den Übergang von einem intensiven Akkumulationsregime mit Massenkonsum zu einem Modell des *Überkonsumismus* konstatiert. Auch Davis argumentiert in den Begrifflichkeiten der Regulationstheorie (vgl. dazu bereits Davis 1978), konzentriert seine Untersuchung aber stärker als Aglietta auf die Neuzusammensetzung der Klassenstruktur im Zuge des Deindustrialisierungs- und Tertiarisierungsprozesses der US-amerikanischen Ökonomie. Im Unterschied zu Aglietta, der einen neuen, nach-fordistischen Akkumulationstypus höchstens in Umrissen auszumachen vermag, meint Davis bereits ein neues Akkumulationsregime verorten zu können. Mit dem Begriff des *Überkonsumismus* bezeichnet Davis "die zunehmende gesellschaftliche Subventionierung neuer Mittelschichten durch die ständige Degradierung neugeschaffener Arbeitsplätze und die Auflösung der üblichen Standards eines fordistischen Massenkonsums" (Davis 1986, S. 94). Die Dynamik dieses Überkonsumismus ist politisch bestimmt durch den "Klassenkampf der dritten Art" seitens der rebellischen neuen Mittelschichten, die von dem ökonomischen und politischen Transformationsprozess seit den siebziger Jahren in starkem Maße profitiert haben. Der Reaganismus ist dabei die gesellschaftliche Form, die die Interessen dieser Mittelklassen und der besitzenden Schichten durch einen militärpolitischen Keynesianismus und eine (zunächst verdeckte) Überakkumulation im finanzwirtschaftlichen

Sektor vorübergehend zusammenzuschweißen vermag (ders. 1986, S. 162). Die finanzpolitische Rolle des Staates ist also nicht, wie Aglietta noch in seiner Arbeit von 1979 erwartet hat, kleiner geworden. Umgekehrt gilt vielmehr, daß die defizitfinanzierten hohen Staatsausgaben im Zentrum des neuen Akkumulationsregimes stehen.

Davis wie Aglietta heben in ihren Analysen der US-Entwicklung insbesondere auf die geld- und kreditpolitischen sowie finanzwirtschaftlichen Strukturen ab, aus denen sie die ökonomische Labilität dieses Regimes zu begründen versuchen. Das Pendant des Davisschen Begriff des Überkonsumismus ist die Boyersche Interpretation der USA der achtziger Jahre als ein *dominant extensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum* (Boyer 1986c, S. 153). Während Boyer allerdings die Veränderungen in erster Linie in den Produktionsnormen sieht, steht bei Davis die mit der Neuzusammensetzung der Klassenstruktur verbundene Veränderung und Differenzierung der gesellschaftlichen Konsumnorm im Zentrum.

Welcher dieser Begriffe die Entwicklungen in den USA präziser zu erfassen vermag, könnte allein durch einen empirischen Test entschieden werden, der in dieser Arbeit nicht vorgenommen werden kann. Interessant für unseren Zusammenhang ist an diesen Analysen zweierlei: (a) Alle drei Autoren unterlegen ihren USA-Untersuchungen kein lineares Interpretationsschema, bei dem auf das dominant intensive Akkumulationsregime mit Massenkonsum automatisch ein fortgeschritteneres Akkumulationsregime folgen müßte. ; (b) die Krise eines etablierten Akkumulationsregimes indiziert Veränderungs- und Anpassungsprozesse, wobei sich einzelne Komponenten dieses Regimes mit unterschiedlicher Geschwindigkeit wandeln. Diese Ungleichzeitigkeiten, so läßt sich vermuten, bestimmen die Länge der jeweiligen Transformationsphasen mit. In der Erfassung solcher Ungleichzeitigkeiten dürfte die analytische Stärke des Konzeptes der Akkumulationsregimes liegen. Analytisch gesprochen handelt es sich um ein hochflexibles Konzept, das verschiedene Strukturdimensionen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses zu integrieren vermag. Die empirische Auffüllung dieses Konzeptes weist aber eine Reihe von Schwachstellen auf, von denen die Binnenzentrierung der Untersuchungen m.E. am bedeutsamsten ist .

### 2.1.3. Exkurs: Akkumulationsregimes und peripherer Kapitalismus

Mit diesen Typisierungen ist das Panorama von Akkumulationsregimes im Rahmen des Regulationsansatzes noch nicht ausgeschöpft. Haben sich die bislang angeführten Regimevarianten auf die entwickelten kapitalistischen Länder bezogen, so werden von den Regulationisten seit geraumer Zeit Bemühungen unternommen, für die Gruppe "abhängiger Ökonomien" ebenfalls verschiedene Akkumulationsregimes zu unterscheiden. Neben den Arbeiten von Lipietz (1985b;1986b) sind hier vor allem die Studien von Hausmann und Marquez (1986) über Venezuela und von Ominami (1986; 1986a) zu Chile bzw. zur Entwicklungsdynamik der Drittweltökonomien zu

nennen. Während Hausmann und Marquez ein spezifisches "Renten-Regime", basierend auf dem Verkauf von Erdöl auf den internationalen Märkten, analysieren, untersucht Ominami mit der chilenischen Entwicklung der siebziger und frühen achtziger Jahre ein extrem liberalistisches, weltmarktgeöffnetes Akkumulationsregime. Ich werde auf diese Fallanalysen allerdings nicht näher eingehen können. Nachgezeichnet werden soll im folgenden allein, auf welche Weise die Länder des sog. "peripheren Kapitalismus" in das Konzept des Akkumulationsregimes "eingebaut" werden. Dabei wird sich zeigen, daß das Konzept der Akkumulationsregimes prinzipiell auch die Weltmarktvermittlung kapitalistischer Reproduktion zu erfassen vermag (vgl. dazu neuerdings auch Altvater 1988).

Im Zentrum der Untersuchungsperspektive dieses Zweiges des Regulationsansatzes steht das Problem der systematischen Unterentwicklung abhängiger Gesellschaftsformationen. Unterentwicklung wird von Ominami als eine spezifische Konstellation interpretiert, bei der die strukturellen Komponenten dieser "Ordnung" in systematischer Weise die Entwicklung des Lohnverhältnisses behindern: Unterentwicklung ist das Ergebnis "d'une inadéquation majeure entre les modalités de régulation mises en oeuvre et le régime d'accumulation susceptible de permettre à une époque donnée l'expansion soutenue du rapport salarial" (Ominami 1986a, S. 111). Ganz im Sinne der Regulationstheorie stellt Ominami also auf die internen Strukturen und Regulationsformen ab, um die besondere Entwicklung "abhängiger Ökonomien" erklären zu können. Als zusätzliche erklärende Variable, und dies ist eine Differenz zu den sonstigen Arbeiten der Regulationstheorie, wird darüberhinaus berücksichtigt, daß diese Ökonomien in ein bestimmtes historisches Schema der internationalen Arbeitsteilung und Kapitalzirkulation eingebunden sind, das sich auf die internen Modalitäten der Regulation auswirkt. Einzelne, weltmarktorientierte Sektoren dieser Ökonomien weisen Züge einer monopolistischen Regulation (s. dazu unten) auf, während der größere Teil der volkswirtschaftlichen Sektoren einer kompetitiven Regulation unterliegen. Diese Ungleichzeitigkeit von Regulationstypen hat politische und ökonomische Blockaden zur Folge, die im Rahmen der Dependenz-Theorie mit dem Begriff der strukturellen Heterogenität begründet und von den Vertretern der Regulationstheorie als Inadäquanz unterschiedlicher Regulationsformen gefasst werden. Insgesamt unterscheidet sich diese Konzeptualisierung von Unterentwicklung aber strikt von den dependenztheoretischen Erklärungsmustern, die die entwicklungspolitische Debatte der sechziger und siebziger Jahre dominierten. Während die Dependenztheorie, so Lipietz (1986b, S. 16ff.; vgl. auch Booth 1985, S.774), sich durch einen "pessimistischen Funktionalismus" auszeichne, der die Peripherisierung wesentlich außeninduziert interpretiere, betone die regulationstheoretische Erklärung von Unterentwicklung und Entwicklung demgegenüber stärker die internen Faktoren: "We must, then, study each national social formation in its own right, using the weapons of history, statistics and even econometrics to identify its successive regimes of accumulation and modes of regulation. We must make a concrete analysis of their rise and fall, and see to what

extent external factors did or did not have a role to play" (ders. 1986b, S. 20). Mit diesem methodologischen Postulat unterscheidet sich diese Analyse sowohl von der Dependenz- als etwa auch von der Weltsystemtheorie. Methodisch knüpfen diese Vertreter der Regulationstheorie eher an die Produktionsweisen-Debatte an (vgl. dazu bereits Abschnitt 1, III. Kap.). Wie in den Arbeiten von Laclau (1981) wird davon ausgegangen, daß die abhängigen/ unterentwickelten Gesellschaftsformationen durch eine Kombination verschiedener Produktionsweisen charakterisiert sind und das daraus resultierende Akkumulationsregime sich in einer je spezifischen Weise in der kapitalistischen Weltwirtschaft artikuliert. Anhand der Arbeit von Ominami (1986) will ich kurz rekonstruieren, welches Bild abhängiger Ökonomien mit dem Konzept "Akkumulationsregime" gezeichnet wird.

Die globale Charakterisierung abhängiger Ökonomien, wie sie bereits kurz vorgestellt wurde, wird in der Arbeit von Ominami weiter differenziert. Mittels verschiedener Einzeluntersuchungen werden von ihm verschiedene Akkumulationsregime abhängiger Ökonomien herausgearbeitet, die sich in starkem Maße von den Akkumulationsregimes der entwickelten kapitalistischen Länder (vgl. Schaubild 2) unterscheiden und eigene Typen darstellen, die auch nach eigenen "Bewegungsgesetzen" funktionieren. In einer umfassenderen Arbeit über "Le tiers monde dans la crise" stilisiert Ominami (1986) verschiedene solcher Akkumulationsregimes heraus, die sich möglicherweise begrifflichen Hilfskonstruktionen wie "peripherer Fordismus" oder "bloody taylorization" als überlegen erweisen können (Ominami 1986).<sup>50</sup> Stellen die letzteren Bezeichnungen stark auf Analogien – in welcher rudimentärer Form auch immer – ab, so verweisen demgegenüber die von Ominami herausgearbeiteten Akkumulationsregimes abhängiger Ökonomien deutlicher auf die besonderen internen Strukturzusammenhänge dieser Gesellschaften als auch auf ihre besondere Einbettung in die internationale Arbeitsteilung und die kapitalistische Weltwirtschaft.

Die bislang entwickelten Kategorien der Regulationstheorie erlauben einen ersten Blick auf die Landkarte abhängiger Ökonomien.

(1) Das *vorindustrielle Regime* verkörpert den Archetypus einer unterentwickelten Ökonomie. Charakteristisch sind die Außenorientierung und –bestimmung, die geringe sektorale Kohärenz und deshalb auch strukturelle Blockaden der Akkumulation. In die internationale Kapitalzirkulation eingebunden sind diese Regimes in quantitativ unterschiedlichem Maße (mit Exportquoten von 33 vH wie bspw. der Tschad, aber auch nur in Höhe von 8 vH wie Bangladesch); qualitativ sind sie aber in vergleichbarem Maße in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebettet, nämlich als marginale und untergeordnete Ökonomien, die vor allem Agrarprodukte und strategisch wenig relevante Primärprodukte anbieten. Die kleinen Exportsektoren dieser Ökonomien haben innerhalb des ökonomischen Systems die Stellung einer Enklave, von der keinerlei dynamisierende Wirkungen auf die Gesamtökonomie ausgehen:

"La section I (biens d'investissement) est ici parfaitement inexistante et les biens salariaux sont fournis par une agriculture traditionnelle dans laquelle prédominent des rapports de production précapitaliste. Les rares industries qui s'y sont constituées produisent des biens consommation finale souvent pour les couches à plus hauts revenus. De par sa nature, des secteurs industriels n'est donc pas à même de servir le support à une augmentation, ne serait-ce que modeste, de la productivité moyenne de l'économie" (Ominami 1986, S. 122).

Der Agrarsektor als Schlüsselbereich dieser Ökonomien ist infolge seiner Abhängigkeit von Weltmarktconstellationen und der geringen Preissetzungsmacht der agrarischen Produzenten auf diesen Märkten in einem ständigen vicious circle befangen, der die eigentlich notwendige Steigerung der Investitionsquote und damit die ökonomischen Modernisierungsprozesse behindert (ders. 1986, S. 123). Intern werden durch staatliche Eingriffe in den Preisbildungsprozess die Relativpreise zuungunsten des Agrarsektors beeinflusst, um so einen Ressourcentransfer in die anderen Sektoren der Ökonomie zu bewerkstelligen. Das Resultat ist in der Regel ein preisinduzierter Rückgang des landwirtschaftlichen Produktionsvolumens, der dann sogar erhöhte Lebensmittelimporte notwendig machen kann. Die Regulationsweise ist in diesem Falle stark durch staatliches Handeln bestimmt, das wiederum die Interessen des Handelskapitals und der Kompradorenbourgeoisie zum Ausdruck bringt.

Unterentwicklung und Abhängigkeit sind entsprechend in dieses Regime tief eingegraben." La fragilité de la dynamique interne, aggravée dans la plupart des cas par le fort degré de dépendance à l'égard des recettes d'exportations, rend ces économies très vulnérable aux aléas conjoncture internationale" (Ominami 1986, S. 123).

(2) Ein davon zu unterscheidendes Akkumulationsregime weisen Länder mit bedeutsamen Bodenschätzen auf, die über den Absatz gerade dieser Ressourcen in die internationale Kapitalzirkulation eingebunden sind. Solche extraktiven Ökonomien werden von Ominami unter dem Gesichtspunkt der Form der Revenue diskutiert und entsprechend als *Rentenregime* gefasst. Zwar gibt es innerhalb dieser Rentenregimes hinsichtlich des internen Industrialisierungsgrades große Unterschiede, doch ist ihnen allen gemeinsam, daß der größte Teil ihrer Exporterlöse (Grund-) Renteneinkommen darstellt. Diese Ökonomien zeichnen sich in der überwiegenden Zahl der Fälle durch eine duale Struktur aus, wobei der extraktive Sektor einerseits der Logik eines Enklavensektors folgt, andererseits aber auch der bestimmende Sektor der Gesamtwirtschaft darstellt. Ominami diskutiert diesen Fall am Beispiel von Ländern mit großen Erdölvorkommen. Die Beziehungen zwischen Erdöl- und Nicht-Erdölsektoren der Ökonomie artikulieren sich ihm zufolge typischerweise im staatlichen Budget, dessen volumenmäßige Entwicklung von der weltmarktvermittelten Renteneignung bestimmt ist. Der öffentliche wie der private Konsum ist also weniger abhängig von der internen industriellen Entwicklung und Effizienz der Produktionsmethoden als von

den internationalen Bedingungen der Verwandlung von Grundrente in Exporteinnahmen. Idealtypisch herausgearbeitet wird dieses Spezifikum des Rentenregimes von Hausmann/ Marquez (1986, S.142 ff.) am Beispiel der venezolanischen Ökonomie.

Zwischen Staat und Erdölkapital besteht ein hohes Maß an wechselseitiger Einflußnahme. Durch die Einbettung des Erdölkapitals in die internationale Arbeitsteilung und den damit verbundenen Exporteinnahmen partizipiert der Staatsapparat via Steuern und Royalties an der Realisierung der Grundrente und erhält so die Mittel, seine sozio-politische Hegemonie über die restliche Ökonomie monetär abzustützen. Die finanziellen Ströme zwischen Staat und Nicht-Erdöl-Sektoren der Ökonomie können dabei prinzipiell in heimischer oder in Fremdwährung verlaufen. Da mit den Erdöleinnahmen die "Schranken der Zahlungsbilanz" i.a.R. weiter gezogen sind, erhalten die Akteure der Nicht-Erdöl-Sektoren die monetären Möglichkeiten, sich als Nachfrager in die Weltwirtschaft und die internationale Arbeitsteilung zu integrieren. Charakteristisch für dieses Regime ist also eine Diskrepanz zwischen Einkommensentstehung und Einkommensverwendung, die als staatliche Steuerungsressource genutzt wird.

Die strukturelle Differenz zwischen Einkommensentstehung und gesellschaftlicher Konsumnorm wird i.d.R. durch vermehrte Konsumgüterimporte, vor allem in Gestalt von Luxuswaren zu schließen versucht, die die strategische Bedeutung des Erdölsektors für die Reproduktion des Gesamtsystems hervortreten lässt, da dieser letztlich über die Importkapazität entscheidet. Die Dominanz des extraktiven Sektors schlägt sich im Regulationsmodus nieder: "La conversion en monnaie nationale des devises provenant des exportations devient la source de pulsions inflationnistes que les autorités s'efforcent de contrôler par la surévaluation du signe monétaire national. Ce faisant, les exportations du secteur non pétrolier, d' déjà en mal en croissance, vont se trouver davantage pénalisée, tandis que la valeur des importations (en monnaie nationale) aura tendance à diminuer" (Ominami 1986, S. 129). Über die Kette Exporterlöse - Kaufkraftsteigerung - Inflation - Aufwertung der nationalen Währung - Verschlechterung der Exportchancen der Nicht-Erdölsektoren - Importsteigerung wird innerhalb dieses Regimes ein Zirkel initiiert, der verhindert, daß sich selbst die Verfügung über große Devisenerlöse in ökonomische Entwicklung übersetzt. "Richesse n'est pas synonyme de développement; elle n'est qu'un produit de celui-ci. Cette confusion a été la source de beaucoup de déceptions dans ces pays qui se sont laissé emporter par un tourbillon de ressources que leurs structures internes n'étaient pas un même d'assimiler" (Ominami 1986, S. 130).

(3) Das *Regime innengerichteter Industrialisierung* (industrialisation intra-vertie) ist demgegenüber mit der Politik der Importsubstitution verknüpft. Die Reproduktionsbedingungen solcher Regime sind per se prekär: Weil die Investitionsgüterindustrien noch wenig entwickelt sind, muss ein großer Teil der industriellen Vorleistungen aus dem Ausland bezogen werden. Die

Schaubild 2

Akkumulationsregime abhängiger Ökonomien

	Vorindustrielle Regime	Rentenregime	Binnenorientierte Regime	Tayloristische Regime	Misch-Regime
Organisation der Produktion	Traditionelle Methoden in der Landwirtschaft; diversifizierte Methoden im Exportsektor	Marginaler Anteil der Industrie; geringe Bedeutung tayloristischer Methoden	Schwache Produktivitätszuwächse; dominante extensive Akkumulation	Tayloristisch und z.T. fordoristisch infolge von Verlagerung der Arbeitsprozessen seitens des Zentrums	Dominant intensive Akkumulation; Aufrechterhaltung des traditionellen Agrarsektors
Zeitlicher Horizont der Kapitalverwertung	Nach Maßgabe des internationalen Drucks; keine sektorale Konkurrenz auf nationaler Ebene	Lange Fristen im Erdöl- bzw. Rohstoffsektor, ebenso in einigen Industriesektoren (Großprojekte)	Kurz- bis mittelfristig; mehr oder weniger verknüpft mit dem jeweiligen Schutz des inneren Marktes	Ausreichend lang für die Strategie der Umrüstungen	Stabil infolge einer relativen Abschirmung des Binnenmarktes
Verteilung der Revenuen	Unterschiede und z.T. scharfe Differenzen zwischen Landwirtschaft und restlicher Ökonomie	Zirkulation der Renten bestimmt die Entwicklung der Revenuen (incl. der Staatsentnahmen)	Keine Verknüpfung von Reallohn- und Produktivitätsentwicklung	Starke Profitdynamik; Steuerung der Arbeitskräfte und des Lohnes	Begünstigung der Profite durch die Isolierung von der internationalen Konkurrenz
Artikulation mit anderen Produktionsweisen	Kapitalistische Beziehungen des Exportsektors sind die Ausnahme	Rentenverhältnis bestimmt die kapitalistische Logik stricto sensu	Beziehungen mit dem Agrarsektor und den internationalen Märkten	Verbindung mit der Weltwirtschaft wichtig	Mit vor-kapitalistischen Agrarsektoren und Rentensektoren
Beispiele	Mehrzahl der afrikanischen Länder	Arabien, Saudi-Arabien, Venezuela	Kolumbien, Peru	Südkorea, Taiwan Thailand	Brasilien, Indien, Mexiko

Quelle: Boyer 1986 S. 155

internen Märkte weisen zwar bereits ein gewisses Größenwachstum auf, doch ist das Produktivitätsniveau noch zu gering, als daß sich spill-over-Effekte einstellen könnten. Die Dynamik des Akkumulationsprozesses ist dabei wesentlich von zwei Faktoren bestimmt: Zum einen von der internen Investitions- und Konsumnachfrageentwicklung und zum anderen von den Konstellationen der Handelsbilanz, die wiederum wesentlich von der internationalen Konkurrenzposition der Exportsektoren bestimmt wird. Die industrielle Produktion wird in diesem Regime vor allem auf den internen Märkten abgesetzt, weil die Produktivität nicht ausreicht, um auf den internationalen Märkten erfolgreich konkurrieren zu können. Die Exporte werden deshalb überwiegend von den Primärsektoren bestritten: Soweit es sich dabei nicht um strategische Primärprodukte handelt, fallen die erlösten Devisen allerdings zumeist so gering aus, daß dadurch keine interne Dynamik ausgelöst werden kann. Durch den Rückgriff auf die internationalen Geld- und Kreditmärkte kann diese Schranke zwar prinzipiell verschoben (wenn auch nicht endgültig überwunden) werden, allein aber um den Preis einer Abhängigkeit der internen Entwicklung von internationalen Konstellationen. Der Prozess innengerichteter Industrialisierung erhält dann nämlich über den Mechanismus des internationalen Zinssatzes eine außenbestimmte Komponente:

"L'impact combiné de l'évélotion des taux d'intéret, de la multiplication des difficultés d'accès au marché financier international et de la baisse des cours des matières premières exportée empeche un nouveau déplacement de la contrainte externe. Dès lors, les importations doivent s'adapter à une capacité d'importer sensiblement réduite, avec comme résultat une contraction particulièrement forte de l'activité industrielle, compte tenu de sa plus grande dépendance vis-a-vis des approvisionnements externes" (Ominami 1986, S. 133).

Intern ist die industrielle Entwicklung dieses Regimes durch das langsame Wachstum der Absatzmärkte beschränkt, das sich wiederum aus der internen Struktur des Akkumulationsregimes und des Lohnverhältnisses begründet: Im industriellen Sektor selbst werden nämlich verhältnismäßig nur wenig Arbeitsplätze geschaffen; das Beschäftigungswachstum erfolgt vor allem in den Niedriglohnbereichen des tertiären und informellen Sektors. In Verbindung mit den relativ niedrigen Zuwächsen der Arbeitsproduktivität folgen daraus nur geringe Zuwachsraten der Lohneinkommen, die darüberhinaus noch ausgeprägten zyklischen Schwankungen unterworfen sind. Der kompetitive Regulationsmodus verhindert auf diese Weise ein stetiges Wachstum der Kaufkraft der Lohnabhängigen und restringiert über das langsame Wachstum der Absatzmärkte den internen Industrialisierungsprozess.

(4) Der von Ominami eingeführte Begriff des tayloristischen Regimes zielt auf eine präzisere Kennzeichnung solcher Ökonomien, die üblicherweise unter das Signum Schwellenländer oder sich neu industrialisierende Länder gefasst werden:" La taylorisation massive de la force de travail en vue d'une industrialisation de prime abord peu capitalistique et orientée vers

les marchés extérieurs constitue une caractéristique commune à cet ensemble de pays" (Ominami 1986, S. 133). Im Unterschied zu dem Regime innengerichteter Industrialisierung, das sich durch einen breiten Sektor informeller Arbeit auszeichnet, ist dieses Regime durch eine rasche Entwicklung des formellen Lohnverhältnisses gekennzeichnet. Auf der Basis moderner Produktionsprozesse, eines relativ hohen Grades wissenschaftlicher Arbeitsorganisation und eines geringen Lohnniveaus können sich diese Regimes in aller Regel relativ erfolgreich in die internationale Arbeitsteilung integrieren. Ein entscheidender Faktor ist dabei die besondere Form der Organisation des Lohnverhältnisses, die von Ominami mit dem Begriff "gestion libre de la force de travail" gekennzeichnet wird. Dazu zählen insbesondere das Qualifikationsniveau der Lohnabhängigen, die politisch organisierte Disziplin und Fügsamkeit der Arbeitskräfte, das extensive Zeitregime und der geringe Grad an sozialer Absicherung (ders. 1986, S. 139). Die Differenz zwischen starker Akkumulationsdynamik auf Basis hoher Produktivitätszuwächse und geringer Reallohnsteigerungen wird über die internationale Verwertung des Nettoprodukts überbrückt. Anders als im Falle des Regimes innengerichteter Industrialisierung läuft dieses Regime also nicht in eine auf dem Modus kompetitiver Regulation beruhenden Realisierungsfalle. Dieses Regime ist demgegenüber durch einen weitgehend fortgeschrittenen Übergang einer ehemals dominant extensiven zu einer dominant intensiven Akkumulation ohne Massenkonsum gekennzeichnet, wobei das Realisierungsproblem überwiegend über den Weltmarkt gelöst wird ("Exportökonomien"). Die Entwicklung der internen Märkte ist durch die im Vergleich mit den Produktivitätssteigerungen geringen Reallohnsteigerungen restringiert, wenn auch nicht unterbunden.

(5) Länder wie Brasilien, Indien und Mexiko schließlich verkörpern in der Typologie von Ominami wiederum Misch-Regimes. In diesen Ländern werden tayloristische Methoden der Produktion in den industriellen Sektoren bereits seit den dreißiger Jahren dieses Jahrhunderts eingeführt und sind die internen Märkte – auf der Grundlage eines entwickelteren Lohnverhältnisses – stärker ausdifferenziert und auch volumenmäßig größer als im Falle der tayloristischen Regimes. Der Export von Industriewaren ist zwar von Bedeutung, doch stellt er für die Realisierung des Wertprodukts keine entscheidende Rolle dar. Entscheidendes Merkmal dieses Akkumulationsregimes sind die im Vergleich zu anderen Akkumulationsregimes abhängiger Ökonomien stetigen Lohnzuwächse auf der Basis relativ hoher Produktivitätsraten, die die Voraussetzung für die Umwälzung der Konsumnormen schaffen. Vor allem dauerhafte Konsumgüter sind in diesen Regimes in weiten Teilen der Lohnabhängigen verbreitet (vgl. dazu Hurtienne 1985, S. 45 ff.). Die so charakterisierten Regimes könnten am zutreffendsten als Produkte eines Prozesses "nachholender Fordisierung" beschrieben werden, um so den komparativen Charakter der Form des gewählten Industrialisierungstyps zu betonen. Unter dieser analytischen Perspektive ist evident, daß die "Misch-Regime" in ganz direkter Weise in Konkurrenz mit den Akkumulationsregimes der entwickelten kapitalistischen Länder stehen. Mit dem weiteren Argument, daß der jeweilige Industrialisierungstypus ein positionelles Gut sei, werden

von Altvater (1987, S. 37 ff.; vgl. auch 1988) daraus die Instabilität und die Schranken dieser Regime begründet.

Dieses Panorama von Akkumulationsregimes abhängiger Ökonomien dient Autoren wie Ominami zu einer (im Einzelfall) präziseren Beschreibung nationaler Ökonomien im Weltmarktcontext, wie dies etwa im Rahmen der Weltsystemtheorie geschieht. Wird dort bekanntlich nur zwischen Zentrum, Peripherie und Semiperipherie unterschieden, so ergeben sich in der Ominamischen Begriffswelt demgegenüber eine Vielzahl von Konfigurationen nationaler Ökonomien in der Weltwirtschaft. Bevor ich noch kurz darauf eingehe, wie dieser Theorieansatz die *Artikulation* dieser Regimes theoretisch zu fassen versucht, sei an dieser Stelle nochmals auf eine methodische Implikation dieser Vorgehensweise hingewiesen, die den Regulationsansatz insgesamt auszeichnet. Ganz im Sinne des Anliegens der Regulationstheorie lehnt es Ominami nämlich ab, eine Theorie der Krise abhängiger Ökonomien zu entwickeln (vgl. im Unterschied dazu etwa Altvater 1987). Weil angesichts der Strukturvielfalt nur von Krisen abhängiger Ökonomien gesprochen werden könne, müsse es sich beim Prozess der Theoriebildung auch darum handeln, diese Vielfalt von Krisen zu erklären (Ominami 1986, S. 152). Die Krisen der abhängigen Ökonomien der Dritten Welt in den achtziger Jahren sind demnach kein bloßes Resultat der internationalen Diffusion der Krise des fordistischen Akkumulationsregimes in den Zentren, wie dies beispielsweise die These der neuen internationalen Arbeitsteilung impliziert (vgl. Fröbel/Kreye/Heinrichs 1986), sondern entspringen selbst endogenen Faktoren: "Les crises dans le tiers monde ne sont pas le simple résultat de la diffusion de la crise des PD (pays développée; K.H.). En liaison avec les *effets mécaniques de la propagation internationale de la crise du centre*, c'est la dimension endogène des crises qui doit être prise en compte" (Ominami 1986, S. 153; Unterstreichung i.O.).

Das bereits angeführte methodologische Postulat des Primats der internen Faktoren des Akkumulationsregimes findet sich also auch in der Krisenanalyse peripherer Regimes wieder. Die nationalen Akkumulationsregimes sind allerdings in je bestimmter Weise mit der kapitalistischen Weltwirtschaft verbunden, die wiederum auf die internen Faktoren rückwirken kann. Der spezifische Modus der Artikulation nationaler Akkumulationsregimes mit dem Raum der Weltwirtschaft wird von Lipietz (1986b, S. 25) als eine Beziehung von Prozessen zu fassen versucht: Nämlich von gesellschaftlichen Kämpfen und Entwicklungen in und zwischen Akkumulationsregimes: "Relations between processes obey constraints of compatibility similar to those which regulate the process of capital valorization within a scheme of reproduction.". Die Summe dieser Prozesse stellt sich als "internationale Arbeitsteilung" dar, in der sich die ungleiche und ungleichzeitige Entwicklung der nationalen Akkumulationsregimes als Stratifikationsstruktur niederschlägt. Die internationale Arbeitsteilung – von Lipietz in diesem Zusammenhang synonym mit der Kategorie Weltwirtschaft verstanden – ist demnach zum einen selbst das Resultat einer dynamischen Konfiguration nationaler Akkumulationsregimes und

nationaler wie internationaler gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Zum anderen schlägt dieses Resultat zur Voraussetzung um, indem die jeweilige Position innerhalb der hierarchisierten internationalen Arbeitsteilung die Entwicklungsdynamik der nationalen Akkumulationsregimes mitbestimmt.

Dieses Argumentsmuster ist aber wenig überzeugend, handelt es sich dabei doch um eine zirkuläre Theoriefigur. Aufgelöst werden kann dieser Zirkel nur, wenn eine Hierarchisierung der theoretischen Konzepte vorgenommen wird: Primat der nationalen Ökonomie versus Primat der Weltwirtschaft. Ominami (1986) aber auch etwa Aglietta (1982a, S. 6) verhalten sich hier eindeutiger als Lipietz, indem sie den Primat auf die nationalen Akkumulationsregimes legen und der Weltwirtschaft, verstanden als interagiendes System nationaler Akkumulationsregimes, demgegenüber eine nachgeordnete Bedeutung zumessen. Der Preis der Vermeidung zirkulärer Argumentationsfiguren besteht allerdings im Verzicht auf eine adäquate theoretische Fundierung der Artikulation nationaler Akkumulationsregimes mit dem Raum der Weltwirtschaft. Konzeptionelle Überlegungen zum Problem der Artikulation nationaler Akkumulationsregimes auf der Ebene der Weltwirtschaft, die eine solche zirkuläre Figur vermeiden möchten, finden sich bei Mistral (1986). Die kapitalistische Weltwirtschaft wird dort als ein prozessualer Zusammenhang beschrieben, der durch die gegenläufigen Bewegungen von Integration/Vereinheitlichung und Fraktionierung gekennzeichnet ist (ders. 1986, S. 171). Im historischen Prozess nehmen diese gegenläufigen Bewegungen die Gestalt eines "internationalen Regimes" an. Dabei handelt es sich um historisch-spezifische Konfigurationen nationaler ökonomischer Räume, die ökonomischen wie politischen Prozessen zu verdanken sind<sup>51</sup>. Eine solche Konfiguration zeichnet sich durch ein spezifisches Hierarchieprinzip internationaler Arbeitsteilung aus: An der Spitze stehen solche nationalen Ökonomien, in denen sich technologische und soziale Innovationen konzentrieren. Diese Rangfolge ist allerdings nicht dauerhaft festgelegt: Die dominanten Ökonomien sind vielmehr einer ständigen Konkurrenz anderer nationaler Räume ausgesetzt, die sich bemühen, sich auf der "Hierarchieleiter" nach oben zu bewegen, indem sie die dominanten Produktions- und Konsumnormen zu verbessern und zu innovieren versuchen. Anders wie das Theorem der komparativen Kostenvorteile erwarten lassen würde, passen sich die nicht-dominanten Ökonomien also nicht an eine für sie vorgegebene internationale Vorteils- und Nachteilsstruktur gemäß ihren komparativen Bedingungen an. Vielmehr setzt auf der Basis etablierter dominanter Produktions- und Konsumnormen eine imitative Konkurrenz ein, deren Resultat eine Verschiebung von Dominanzstrukturen sein kann (ders. 1986, S. 180 f.). Diesen Prozess fasst Mistral als Prinzip des kumulativen Vorteils, d.h. als dynamische Bewegung nationaler Räume innerhalb der Struktur internationaler Arbeitsteilung. Die Konkurrenz verläuft allerdings nicht allein auf ökonomischer Ebene sondern innerhalb von Formen internationaler Regulation, die durch Normen, Regeln und institutionelle Maßgaben bestimmt ist und auf diese Weise die ökonomische Konkurrenz nationaler Akkumulationsregimes politisch vermittelt. Die internationale Regulation selbst ist nach allen geschichtlichen Erfahrungen an *eine* dominante,

hegemoniale Ökonomie geknüpft, die den weltwirtschaftlichen und welt-politischen ökonomischen Prozess zu steuern versucht (ders. 1986, S. 191 ff.). Diese hegemoniale Nation besitzt zwar seigniorage - Vorteile gegen-über den anderen nationalen Räumen, die sie zur Festigung ihrer domi-nanten Position einsetzen kann, ist aber dennoch einem starken Konkurrenzdruck ausgesetzt. Vermittelt über das Prinzip kumulativer Vorteile kann es zu Verschiebungen der nationalen Konkurrenzpositionen kommen, die auch die Hegemonialökonomie berühren und auf diese Weise das internationale Regime unterminieren.

Dieses knapp skizzierte theoretische Konzept Mistrals ist äußerst anspruchsvoll. Es verknüpft die Kernaussagen der Regulationstheorie mit dem Konzept der internationalen Regimes und dem Konzept der Hege-monialtheorie. Methodisch bedeutsam ist dabei, daß auch Mistral vom Vorrang der nationalen ökonomischen Räume auszugehen scheint, indem er das Prinzip des kumulativen Vorteils als Bewegungsform der ka-pitalistischen Weltwirtschaft benennt, die ihre Grundlage in der Dynamik nationaler Akkumulationsregimes hat. Die Dynamik nationaler Akkumula-tionsregimes sieht er allerdings, und das unterscheidet ihn etwa von Lipietz, in der jeweiligen Struktur des internationalen Regimes und der damit verknüpften Hegemonialpositionen gebrochen. Jedes internationale Regime enthält aber auch strategische Spielräume ("d'aire stratégique")<sup>52</sup> für die nationalen Räume, die genutzt werden können und die die gegenläufigen Bewegungen von Integration und Fraktionierung am Laufen halten.

## 2.2. Institutionelle Formen

Mit der Kategorie "Akkumulationsregime" werden im Rahmen des Re-gulationsansatzes die Reproduktionsstrukturen unterschiedlichster Gesell-schaften beschrieben. Abgehoben wird dabei vor allem auf die Allokation der gesellschaftlichen Arbeit zwischen den Investitions- und Konsumsek-toren der Ökonomien. Ein im Zeitablauf stabiles Akkumulationsregime, so eine der zentralen Thesen, erfordert eine bestimmte Kohärenz i.S. von Entsprechung zwischen Produktionsbedingungen (gefasst als gesellschaftliche Produktionsnorm) und Konsumbedingungen (gefasst als gesellschaftliche Konsumnorm). Im Unterschied zu der üblichen wachstumstheoretischen Modellierung kapitalistischer Expansion als strukturkonstantem Prozeß, wie sie sich, in Form empirischer Aussagen, etwa in den "stylized facts" von Kaldor (1960) darstellt, wird im Rahmen der Regulationstheorie der faktische Reproduktionsprozess in einer historisch-zeitlichen Dimension beschrieben, die durch vielfältige quantitative und qualitative Veränderun-gen gekennzeichnet ist. Diese Veränderungen und Brüche, so die Re-gulationisten in Anschluß an Marx, sind geradezu notwendig, damit sich die grundlegenden, in den historischen Formen aufgehobenen kapitalisti-schen Verhältnisse reproduzieren können. Um diesen bestandsnotwendigen Wandel gesellschaftlicher Strukturen analytisch zu erfassen, bedient sich der Regulationsansatz der Kategorie der *strukturellen oder institutionellen*

*Form.* Der ökonomischen Reproduktion jedes historisch konkreten Akkumulationsregimes, so die These, unterliegen bestimmte Regularitäten i.S. gesellschaftlicher Beziehungen. In der Definition von Boyer (1986c, S. 49) ist deshalb allgemein unter institutioneller Form jede kodifizierte gesellschaftliche Beziehung zu verstehen, soweit dieser Regelmäßigkeiten ("Regularitäten") unterliegen. In den Arbeiten von Boyer werden die Begriffe "institutionelle" und "strukturelle Form" meist synonym verwendet. Schon in seiner allgemeinen Definition, die auf das Moment der Kodifizierung gesellschaftlicher Beziehungen abstellt, lässt sich aber erkennen, daß Boyer wesentlich auf die Institutionalisierung solcher Beziehungen abstellt. Der in die Regulationstheorie von Aglietta eingeführte Begriff der strukturellen Form, selbst wiederum ein Konzept des strukturalistischen Marxismus, ist davon, wie bereits gezeigt wurde (vgl. Kap. II, Abschnitt 5), zu unterscheiden. Dieser Begriff ist an einen werttheoretischen Raum rückgebunden und geht über die bloße Kodifizierung gesellschaftlicher Beziehungen hinaus. Im Rahmen der Diskussion der preistheretischen Variante der Regulationstheorie werde ich deshalb im weiteren immer von institutionellen Formen sprechen.

Im historischen Übergang von einem Akkumulationsregime zu einem anderen ist eine Veränderung von "Regularitäten" miteingeschlossen, d.h. für jedes Akkumulationsregime sind bestimmte institutionelle Formen kennzeichnend. Allgemein gefasst lassen sich in der Perspektive der Regulationstheorie vier fundamentale gesellschaftliche Beziehungen unterscheiden: (a) Das Lohnverhältnis, das Auskunft über die je spezifische Produktion und Aneignung des Wertprodukts liefert; (b) das Geldverhältnis, das die Verbindungen zwischen den dezentralen ökonomischen Einheiten knüpft, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbindet und auf diese Weise den Gang des Akkumulationsprozesses mit bestimmt; (c) das Konkurrenzverhältnis, das über das Maß der Konzentration und Zentralisation von Kapital informiert und die Regeln der Preisbildung beeinflusst; (d) die Form des internationalen Regimes, die über die Artikulation nationaler Akkumulationsregimes mit der kapitalistischen Weltwirtschaft befindet (vgl. Boyer 1986c, S. 49–53; Mistral 1986). Zwischen Akkumulationsregimes und institutionellen Formen besteht ein Zusammenhang dergestalt, daß jedes stabile Akkumulationsregime auf dauerhafte institutionelle Formen angewiesen ist, die die ökonomischen und gesellschaftlichen Beziehungen regeln: "Ce sont ces "formes structurales" qui assurent la régulation économique d'un régime d'accumulation... Il existe une correspondance étroite, mais non objective (du moins a priori), entre régime d'accumulation et mode de régulation" (Bertrand 1983, S. 330).

Solche institutionellen Formen lösen sich analytisch allerdings nicht in der bloßen Konstatierung von Regularitäten auf. Ihnen unterliegen selbst Operations- und Handlungsprinzipien, die sich in Anschluß an Boyer (1986c, S. 59) schematisch wie folgt fassen lassen:

- (a) Gesetze, Vorschriften oder Regelwerke, soweit sie auf kollektiver Ebene definiert sind, erzeugen durch direkten oder symbolischen Zwang Bestimmungen, die zu einem spezifischen ökonomischen Verhalten von Gruppen, Klassen oder auch Individuen führen.
- (b) Solchen Verfahren vorgelagert sind zumeist über Verhandlungen erzielte gesellschaftliche Kompromisse. Dabei werden spezifische Konventionen gegenseitig anerkannt. Ein Archetypus einer solchen kollektiven Institution ist beispielsweise das Geld als gesellschaftliches Kommunikationsmedium; ein anderes Beispiel ist ein Tarifvertragssystem, das die Austauschprozesse zwischen Lohnarbeit und Kapital vertragsförmig regelt.
- (c) Neben solchen Formen existieren darüber hinaus gesellschaftliche Wertesysteme, die individuelles wie kollektives Verhalten zu bestimmen und zu steuern vermögen. Dazu zählen neben religiösen Überzeugungen oder Regeln des "guten Benehmens" beispielsweise auch langfristige ökonomische Erwartungen oder auch gesellschaftliche Spielregeln, die als Normen in die gesellschaftliche Reproduktion eingehen.<sup>53</sup>

Die institutionellen Formen erbringen also für die Reproduktion von Akkumulationsregimes Regulationsleistungen. Regulation erfolgt dabei als Kombination von Zwang (Gesetze, Verordnungen), Vertrag (institutionalisierter Kompromiß), diskretionärem staatlichen Handeln und Werten, d.h. als kodifiziertes und nicht-kodifiziertes Handeln gesellschaftlicher Akteure, dem eine zeitliche und inhaltliche Regularität unterliegt. Die theoretische Begründung dieses Sets von internalisierten Regeln und gesellschaftlichen Prozeduren, die individuelles und kollektives Handeln leiten, bleibt im Rahmen des Regulationsansatzes allerdings eher dürftig. Eher beiläufig verweist bspw. Lipietz (1986b, S. 15) darauf, daß mit dem Habitus-Konzept von Pierre Bourdieu (1976) eine theoretische Begründung für die institutionellen Formen und deren Funktionsweise vorgestellt werden könnte. Tatsächlich weist das Bourdieusche Konzept des Habitus starke Übereinstimmungen mit dem Konzept der institutionellen Form auf:

"Die für einen spezifischen Typus von Umgebung konstitutiven Strukturen (etwa die eine Klasse charakterisierenden materiellen Existenzbedingungen), die empirisch unter der Form von mit einer sozial strukturierten Umgebung verbundenen Regelmäßigkeit erfaßt werden können, erzeugen *Habitusformen*, d.h. Systeme dauerhafter *Dispositionen*, strukturierte Strukturen, die geeignet sind, als strukturierende Strukturen zu wirken, mit anderen Worten: als Erzeugungs- und Strukturierungsprinzip von Praxisformen und Repräsentation, die objektiv "geregelt" und "regelmäßig" sein können, ohne im geringsten das Resultat einer gehorsamen Erfüllung von Regeln zu sein; die objektiv ihrem Zweck angepaßt sein können, ohne das bewußte Anvisieren der Ziele und Zwecke und die explizite Beherrschung der zu ihrem Erreichen notwendigen Operationen vorauszusetzen, und die,

dies alles gesetzt, kollektiv abgestimmt sein können, ohne das Werk der planenden Tätigkeit eines "Dirigenten" zu sein" (Bourdieu 1976, S. 164 f.).

Dem Habitus-Konzept und dem Konzept der institutionellen Formen unterliegt ganz offensichtlich eine vergleichbare Denkfigur, die sich vor allem darum bemüht, gesellschaftliche Integration bzw. Stabilität gesellschaftlicher Reproduktion in nicht-funktionalistischer Weise zu entschlüsseln. Im Rahmen der Regulationstheorie bleibt es allerdings bei dem ephemeren Verweis von Lipietz. Der expliziteste Begründungsversuch findet sich bei Boyer (1985), der sich durch eine kritische Diskussion verschiedener sozialwissenschaftlicher Ansätze auf dem Felde vertraglicher Regelungen und Systeme industrieller Beziehungen um eine exaktere Bestimmung einer institutionellen Form, nämlich dem Lohnverhältnis, bemüht. Er unterscheidet dabei zwischen vertraglichen und quasi-vertraglichen Vereinbarungen und Regelungen, um so die übliche sozialwissenschaftliche Analyse von Regulierung i.S. von Steuerung mittels der Medien Recht und Geld weiterzutreiben (vgl. Boyer 1985, S. 12 ff.). Konventionen als Resultat gesellschaftlich verallgemeinerter Werte werden dabei von Boyer, ähnlich wie auch von Lipietz (vgl. oben), in den Rang von Regulationsinstanzen erhoben, ohne daß aber genauer begründet werden würde, auf welche Weise solche geronnenen Wertesysteme das individuelle/ kollektive Verhalten bestimmen. Wie bereits bei dem Konzept des Akkumulationsregimes konzentrieren sich die Regulationisten auch im Falle des Konzeptes der institutionellen Form eher auf die Ausarbeitung des deskriptiven Aspektes denn auf die theoretische Fundierung. Eine explizite Auseinandersetzung bzw. gar Einarbeitung des Bourdieuschen Konzeptes findet sich nicht (vgl. für einen solchen Vorschlag Raphael 1987). Inwiefern eine Bourdieu-Regulationssynthese sinnvoll sein könnte, kann hier nicht weiter diskutiert werden. Mahnkopf (1988, S. 13) etwa bezweifelt, daß mit der Integration des Bourdieuschen Habitus-Konzeptes viel erreicht werden könnte: Dieses Konzept zeichne sich seinem "objektiven Sinne" nach gerade dadurch aus, gruppen- und klassenspezifisches Handeln auf soziale Nutzenerwägungen zu reduzieren; dieser utilitaristische Zugang blende mithin die moralisch-ethischen Dimensionen von Handeln aus. Der Einbau von Bourdieus Habitus-Konzept würde also den Ökonomismus der Regulationstheorie noch verstärken. Gefragt und analytisch notwendig wären aber gerade nicht-utilitaristische Erklärungen sozialen Handelns.

Nachhaltig verweisen die Regulationisten darauf, daß aus der These, wonach die institutionellen Formen erst die Reproduktion bestimmter Akkumulationsregimes ermöglichen, analytisch nicht der Schluß gezogen werden dürfe, die institutionellen Formen existierten nur, weil sie diese Leistung erbringen. Insbesondere Lipietz (1985) verwehrt sich gegen einen solchen funktionalistischen Fehlschluß. Boyer zufolge (1986c, S. 62) verkörpern institutionelle Formen "institutionalisierte Kompromisse", die als dauerhafte Bewegungsformen von Widersprüchen zu interpretieren sind, deren Existenz sich darauf gründet, daß in kapitalistischen Gesellschaften kein Akteur und keine gesellschaftliche Gruppe oder Klasse die Rolle

eines "Ingenieur-Systems" einzunehmen vermag. Ähnlich wie bei Bourdieu wird also in der Theorie der Regulation die Existenz einer zentralen, die systematische Reproduktion des Gesamtsystems dauerhaft gewährleistenden Regulationsinstanz analytisch bestritten. Lipietz beispielsweise interpretiert die institutionellen Formen deshalb als "gesellschaftliche Fundsachen" (1985), denen zwar ein gesellschaftlicher Suchprozeß unterliegt, dessen Resultat aber theoretisch wie empirisch unbestimmbar ist. In Bezug auf die Herauentwicklung von Akkumulationsregimes und Regulationsweisen (das Integral institutioneller Formen; vgl. dazu Abschnitt 2.3) formuliert er eine These, die auch für die institutionellen Formen Gültigkeit besitzt: "Regimes of accumulation and modes of regulation are *chance discoveries* made in the course of human struggles and if they are for a while successful, it is only because they are able to ensure a certain regularity and a certain permanence in social reproduction" (Lipietz 1986b, S. 15). Die Bemühungen zur Formulierung nicht-funktionalistischer Aussagen sind deutlich zu erkennen. Ich werde auf die damit zusammenhängenden Probleme im Rahmen der Diskussion des Schlüsselkonzeptes der institutionellen Formen noch ausführlicher eingehen (vgl. Abschnitt 3.2).

### 2.2.1. Das Lohnverhältnis als institutionelle Form

In den bisherigen Arbeiten der Regulationsschule wurde unter allen institutionellen Formen der Analyse des Lohnverhältnisses die breiteste Aufmerksamkeit gewidmet.<sup>54</sup> Vor allem für den Fall des französischen Kapitalismus gibt es mittlerweile eine Reihe empirischer Untersuchungen, deren zeitlicher Horizont von der französischen Revolution bis zu den 80er Jahren dieses Jahrhunderts reicht (Boyer/Mistral 1978; Boyer 1979; 1979a; Boyer 1981; Boyer 1985; CEPREMAP-CORDES 1977; Margirier 1984; Bertrand 1979; Bertrand 1986; Baslé/Mazier/Vidal 1980). Im Vergleich zu den Analysen des Lohnverhältnisses und der Transformation dieser institutionellen Form sind die anderen institutionellen Formen bislang wenig untersucht. Dieses auch von Boyer (1986c) konzedierte Forschungsdesiderat wird auch mit den jüngsten Veröffentlichungen (vgl. André/Boyer/Delorme/Leborgne/Petit 1987) der Regulationisten nicht geschlossen. Zwar finden sich mittlerweile eine Reihe von Untersuchungen zur Rolle der staatlichen Politik innerhalb des Regulationskomplexes (etwa André/Delorme 1987), doch konzentriert sich das analytische Augenmerk stark auf das Verhältnis von technologischer und sozialer Innovation und auf die Frage, wie es sich angemessen im Konzept des Lohnverhältnisses abbilden lässt (vgl. dazu Hübner/ Mahnkopf 1988, S. 90 ff.). Diese vorrangige Untersuchung des Lohnverhältnisses im Rahmen der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes verweist - zumindest implizit - auf die analytische Schlüsselstellung dieses Konzeptes: Das Lohnverhältnis ist die entscheidende unabhängige Variable bei der theoretischen Bestimmung von Akkumulationsregimes und dazugehörigen Regulationsweisen. Zu einem ähnlichen Eindruck gelangt anlässlich einer kritischen Bestandsaufnahme des Lohnverhältnis-Konzeptes auch B. Drugman (1983, S. 17; vgl. insgesamt Hollarde/ Margirier 1983):

"Né dans un contexte de crise il (le rapport salarial, K.H.) apparaît en effet d'abord comme une notion clé pour rendre compte de la *dynamique* du capitalisme et des conditions d'ensemble de sa *reproduction*" (Hervorhebung i.O.).

Wie wir gleich noch sehen werden, unterstützt das Konzept des Lohnverhältnisses die analytische Zentrierung auf die binnengesellschaftlichen Aspekte von Akkumulationsregimes. Auf dieser analytischen Ebene sehen die Regulationstheoretiker deshalb auch die entscheidenden Mechanismen der dynamischen Reproduktion verortet.

Infolge dieses hohen analytischen Stellenwertes will ich im weiteren das Konzept des Lohnverhältnisses genauer darstellen. Wie die anderen institutionellen Formen ist auch das Lohnverhältnis eine mehrdimensional aufgebaute Kategorie. Sie umfaßt fünf Elemente: (a) Den Typus von Produktionsmitteln; (b) die Form der technischen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung; (c) die Organisation des Produktionsprozesses und die jeweiligen Modalitäten der Mobilität der Beschäftigten innerhalb und zwischen den Unternehmen; (d) die Bestimmungsfaktoren der direkten und indirekten Lohnbestandteile; (e) die über die Verwendung der Revenuen entschlüsselbare Lebensweise der Lohnabhängigen und den Grad der Warenförmigkeit der Reproduktion der Arbeitskraft (Boyer 1986c, S. 51)<sup>55</sup>.

Die Aufschlüsselung dieser Dimensionierung der Kategorie Lohnverhältnis verweist bereits auf die enge Verknüpfung mit dem Begriff des Akkumulationsregimes. Einige der zentralen Dimensionen des Lohnverhältnisses bestimmen zugleich das Akkumulationsregime. Doch unterscheiden sich jeweils die analytischen Perspektiven. Während mit dem Begriff des Akkumulationsregimes der spezifische Modus der Reproduktion des Gesamtsystems angesprochen ist, zielt der Begriff des Lohnverhältnisses auf die Form der Bedingungen, unter denen die Arbeitskraft im kapitalistisch organisierten Arbeitsprozess verwendet und reproduziert wird. Mit dem Begriff Lohnverhältnis wird der in einem Akkumulationsregime dominante Typus der Anwendung von Arbeitskraft bzw. Arbeitskraftnutzung erfasst. Auf Branchenebene oder etwa auch auf Ebene von Regionen kann es darüberhinaus eine Reihe weiterer, vom dominanten Typus abweichender Lohnverhältnisse geben. Über die Dominanz eines Lohnverhältnisses, so die zentrale These, entscheidet die Korrespondenz der unterschiedlichen Lohnverhältnisse mit der jeweiligen Gestalt des dominanten Akkumulationsregimes (vgl. Boyer 1981, S. 192).

In der historischen Entwicklung werden von Boyer wenigstens drei Formen des Lohnverhältnisses unterschieden<sup>56</sup>:

- (1) Eine *kompetitive* Form, die durch einen relativ schwachen Grad konsumtiver Integration der Lohnabhängigen in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gekennzeichnet ist. Der Kommodifizierungsgrad der Reproduktionskosten der Arbeitskraft ist in diesem Falle noch schwach ausgeprägt. Die Entwicklung der Beschäftigung und der

Lohneinkommen verlaufen proportional zu den zyklischen Bewegungen der Produktion (vgl. Boyer 1981, S. 188). Dieser Typus von Lohnverhältnis entwickelt sich seit der letzten Hälfte des 19. Jahrhunderts und löst allmählich die paternalistischen Beziehungen zwischen Unternehmern und Lohnabhängigen ab.

- (2) Die *tayloristische* Form des Lohnverhältnisses ist durch eine Reorganisation der Produktions- und Arbeitsprozesse gekennzeichnet, ohne daß damit gleichzeitig eine Veränderung der Lebensweise der Lohnabhängigen verbunden wäre. Die Umgestaltung der Produktionsnormen nach tayloristischen Gesichtspunkten ist von der Umgestaltung der Konsumnormen entkoppelt.
- (3) Die *fordistische* Form des Lohnverhältnisses ist demgegenüber durch eine gewisse Parallelität der Prozesse zur Veränderung der Produktionsnormen und der Diffusion neuer Konsummuster gekennzeichnet. Die Lohnabhängigen haben am wachsenden gesellschaftlichen Reichtum in Form von Massenkonsum teil. Dauerhafte Konsumgüter wie Automobile, Fernseher, Kühlschränke und Waschmaschinen halten Einzug in die Lohnabhängigenhaushalte. So nimmt beispielsweise in Frankreich zwischen 1953/54 und 1980, also während der Phase des französischen "Fordismus" die Ausstattung von Arbeiterhaushalten mit Automobilen von 8 auf 84 vH zu, mit Fernsehern von 0,8 auf 95 vH, mit Kühlschränken von 3,3 auf 98 vH und mit Waschmaschinen von 8,5 auf 88 vH (vgl. Boyer 1982, S. 35).

Boyer unterscheidet fünf Elemente, die diese fordistische Form des Lohnverhältnisses auszeichnen:

- (a) die auf der Grundlage der Einführung von Methoden wissenschaftlicher Arbeitsorganisation erzielten stetigen Zuwächse der Arbeitsproduktivität;
- (b) die Veränderung der Qualifikationshierarchie geht einher mit einer Polarisierung der Lohnabhängigen in Sektoren relativ unqualifizierter Tätigkeitsprofile und einen Sektor höher qualifizierter Arbeit, wozu auch die entstehenden Tätigkeiten im Bereich der betrieblichen Finanzorganisation, der Versicherungen, der Absatzplanung und der Technikentwicklung im weitesten Sinne zählen;
- (c) die faktische und staatlich beförderte Anerkennung eines individuellen Rechtes auf Arbeit und damit die relative Stabilisierung des Beschäftigungsniveaus über die zyklischen Schwankungen des ökonomischen Prozesses hinweg;
- (d) die Entwicklung der direkten Löhne entlang der durchschnittlichen Steigerungsraten von Inflation und Produktivität;

- (e) die politische und institutionelle Anerkennung eines indirekten Lohnbestandteiles, des Soziallohnes, der das Gesamteinkommen der Lohnabhängigen von den kurzfristigen Bewegungen des Arbeitsmarktes entkoppelt (vgl. Boyer 1981, S. 196f.).

Der Begriff fordristisches Lohnverhältnis beschreibt im Kern einen Produktivitätspakt zwischen Lohnarbeit und Kapital: Im Tausch gegen die Akzeptanz der unternehmerischen Dispositionsfreiheit hinsichtlich Investitionen und Kontrolle des Arbeitsprozesses erhalten die Lohnabhängigen an der Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität orientierte Nominallohnzuwächse<sup>57</sup>. Parallel dazu entwickeln sich kodifizierte und nicht-kodifizierte indirekte Soziallöhne heraus, sei es in Gestalt sozialstaatlicher Sicherungssysteme oder sei es in Gestalt tarifvertraglicher und/oder betrieblicher Vereinbarungen. Der so beschriebene Produktivitätspakt ist in der sozialwissenschaftlichen Debatte weithin bekannt. Während dabei in der korporatismustheoretischen Debatte (vgl. Kastendiek 1980; Hübner/ Moraal 1980) eher die *politischen und sozialen Grundlagen* dieses Paktes untersucht wurden (vgl. darüberhinausgehend auch Wallerstein 1983), interessiert die Regulationstheoretiker eher die *ökonomischen Wirkungen* dieses Paktes (vgl. insbesondere Boyer 1979a). Im Zentrum steht dabei die Untersuchung des Lohnbildungsprozesses und der Wirkungsketten Löhne -> effektive Nachfrage sowie Löhne -> Stabilität der Reproduktion eines Akkumulationsregimes.

Schenkt man der Argumentation von Boyer (1979, S. 99) Glauben, dann verfolgt der Regulationsansatz mit dem Konzept des Lohnverhältnisses als institutionelle Form eine völlig eigenständige Lohnbildungstheorie, die sich sowohl von der neoklassischen wie von der Keynesischen Theorie unterscheidet. Bezogen auf die neoklassische Theorie trifft dies zu: Die neoklassische Grenzproduktivitätstheorie des Lohnes ist ausschließlich eine Reallohntheorie, die auf der Dichotomisierung von realer und monetärer Sphäre basiert. Die sich auf dem Arbeitsmarkt auf der Basis spezifischer, auf dem Marginalprinzip beruhender Angebots- und Nachfrageverhalten herausbildenden Reallöhne sind dabei nach oben wie unten völlig beweglich und bestimmen als Preise der Ware Arbeitskraft das Arbeitsmarktgleichgewicht, so daß es im reinen Modell keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit zu geben vermag. Sieht man von der aufgrund von Optimierungs- und Suchverhalten entstehenden friktionalen Arbeitslosigkeit ab, dann ist jedes weiteres Auftreten von Arbeitslosigkeit das freiwillige Resultat von Grenznutzenentscheidungen der isolierten Individuen. In der Keynesischen Theorie wiederum werden auf dem Arbeitsmarkt allein Nominallöhne bestimmt, mit der Konsequenz, daß der gleichgewichtige Nominallohnsatz nicht automatisch den Arbeitsmarkt räumt. Der Arbeitsmarkt wird in einer Markthierarchie verortet, innerhalb der die Entscheidungen auf den Güter- und Geldmärkten bestimmenden Einfluß auf die eingesetzte Arbeitsmenge und damit die Arbeitsmarktconstellationen haben. Das kollektive Angebotsverhalten der Verkäufer der Ware Arbeitskraft ist Keynes zufolge durch den Nominallohnsatz bestimmt, dessen Entwicklung nicht nur von dem Niveau bzw. der Rate der Arbeitslosigkeit sondern

auch von institutionellen Bedingungen abhängt (vgl. dazu ausführlicher Fender 1981, S. 14 ff.). Wie dieses Angebot an Arbeitskraft sich dann in Mengenwirkungen übersetzt, wird auf anderen Märkten entschieden. An diesen Grundgedanken der Keynes'schen Theorie knüpfen m.E. die Regulationstheoretiker an, wenn sie verschiedene historische Formen der Lohnbildung zu unterscheiden versuchen. "In contrast to the neoclassical school", schreibt Boyer (1979a, S. 100), "which postulates unvarying and identical principles in all markets, including the market for labour, the notion adopted here is that the economic mechanisms in each market derive from institutions or autonomous structures. They cannot therefore be reduced to an overall mechanism based only on the operation of 'supply and demand'". Methodisch bemühen sich deshalb die Regulationstheoretiker um eine Verknüpfung von ökonomischen und institutionellen Ansätzen zur Erklärung von Lohnbildungsprozessen im Rahmen eines theoretischen Verständnisses von Akkumulationsprozessen. Der theoretische Schlüsselbegriff ist dabei die Regulationsweise, deren Typus als entscheidend für die jeweilige historische Form der Lohnbildung angesehen wird (vgl. Boyer 1979a, S. 100; Baslé/ Mazier/ Vidal 1980, S. 540). Ich werde im nächsten Abschnitt darauf noch etwas ausführlicher zu sprechen kommen.

Den von der Regulationstheorie unterschiedenen Formen des Lohnverhältnisses lassen sich jeweils bestimmten Akkumulationsregimes zuordnen. So ist beispielsweise die kompetitive Form des Lohnverhältnisses integraler Bestandteil des dominant extensiven Akkumulationsregimes. Das fordristische Lohnverhältnis ist bestimmend für das Akkumulationsregime der Entwicklungsphase nach dem 2. Weltkrieg. Aber die Form des Lohnverhältnisses determiniert nicht die Form des Akkumulationsregimes: Zwischen der dominanten Form des Lohnverhältnisses und der Form des Akkumulationsregimes besteht vielmehr ein Korrespondenzverhältnis, das durch die jeweilige herrschende Regulationsweise längerfristig gesichert sein soll (vgl. dazu unten). Gerade in Phasen der Krise und der Transformation bislang dominanter Akkumulationsregimes ist es möglich, so beispielsweise die Analysen von Aglietta (1986) und Boyer (1985c; 1986c) zu den USA der achtziger Jahre, daß die dominante Form des Lohnverhältnisses und die Form des Akkumulationsregimes sich in unterschiedlichem Tempo und unter Umständen auch in unterschiedliche Richtungen entwickeln. So werden die USA seit den späten siebziger Jahren, um bei diesem Beispiel zu bleiben, als Verbindung eines dominant extensiven Akkumulationsregimes mit Massenkonsum mit einer Form des Lohnverhältnisses interpretiert, das auf der Basis äußerst niedriger Arbeitsproduktivitätszuwächse extreme Lohnflexibilitäten nach unten zulässt. Der Produktions - Konsum - Nexus ist nicht länger durch einen Produktivitätspakt gegeben, wie er noch das fordristische Lohnverhältnis charakterisierte. Das "flexible" Lohnverhältnis zeichnet sich dadurch aus, daß jetzt nahezu alle arbeitsfähigen Mitglieder der Lohnabhängigenhaushalte marktförmig in die Ökonomie integriert werden. Zwischen Akkumulationsregime und Lohnverhältnis kann sich eine Nicht-Korrespondenz herausentwickeln, die die Reproduktionsdynamik bremst.

Von den Vertretern des Regulationsansatzes wurden eine ganze Reihe von Untersuchungen der historischen Formen des Lohnverhältnisses vorgelegt, insbesondere für die Entwicklungsgeschichte des französischen Kapitalismus (vgl. zusammenfassend Boyer 1980). Das nachfolgende Schaubild 3 zeigt die Zusammenfassungen der Strukturelemente des Lohnverhältnisses seit Beginn des 1. Weltkrieges bis Ende der siebziger Jahre in Frankreich. Andeutungsweise wird dabei ersichtlich, wie lange Zeit es gedauert hat, bis sich das fordistische Lohnverhältnis zum dominanten Typus hat herausentwickeln können. Zu erkennen ist darüberhinaus, daß sich Akkumulationsregime und Lohnverhältnis ungleichzeitig entwickeln: So ist Boyer zufolge in den zwanziger Jahren das ehemals extensive bereits durch ein intensives Akkumulationsregime abgelöst, während das Lohnverhältnis noch dominant "tayloristische" Züge trägt. Der Lohnbildungsprozess ist stark durch die jeweiligen Arbeitsmarktkonstellationen und durch den geringen institutionellen Integrationsgrad gewerkschaftlicher Organisationen bestimmt, mit der Konsequenz, daß die zyklischen Schwankungen des Akkumulations- und Wachstumsprozesses nach unten unmittelbar Nominallohn- und dann auch Reallohnrückgänge bewirken, die nachfrageseitig prozyklische Wirkungen zeitigen und Abwärtsprozesse verstärken. Zwar finden sich in einigen Branchen bereits embryonale Züge eines neuen, fordistischen Lohnverhältnisses, doch reichen diese nicht aus, um das intensive Akkumulationsregime dauerhafter stabilisieren zu können (vgl. Boyer 1981, S. 194).

Die *Beschreibung* solcher historischer Transformationsprozesse ist nun ein Teil der analytischen Aufarbeitung, ihre *Erklärung* ein anderer. Ähnlich wie im Falle des Konzeptes der Akkumulationsregime eignet sich das Konzept des Lohnverhältnisses gut zur Deskription historischer Prozesse, indem es mehrere Dimensionen dieser zentralen gesellschaftlichen Beziehung aufgliedert und diese zugleich zusammenführt. Der analytische Gehalt des Konzeptes ist allerdings gering. Aus den vielzähligen historischen Untersuchungen der Entwicklung des Lohnverhältnisses in Frankreich läßt sich keine "harte" These herausdestillieren, mit der die Herausbildung einer neuen institutionellen Form wie dem Lohnverhältnis in *allgemeiner* Weise begründet werden könnte. Zwar wird nahezu übereinstimmend darauf hingewiesen, daß differente Entwicklungen von Akkumulationsregimes und institutionellen Formen wie etwa dem Lohnverhältnis einen systematischen Druck für die Veränderung dieser Form erzeugen, doch läßt sich daraus nicht begründen, daß die institutionellen Formen sich auch entsprechend transformieren. Ähnlich unbefriedigend ist auch die These von Boyer, wonach Kriege und "große Krisen" gesellschaftliche Kreuzwege darstellen, bei denen über die Redefinition von institutionellen Formen entschieden wird:

"Les guerres et les grandes crises sont des périodes cruciales de redéfinitions du rapport salarial (im Original gesperrt; K.H.). A très grands traits, les deux guerres mondiales ont en quelque sorte de laboratoire social, permettant l'expérimentation de nouvelles formes d'organisation de la production, de division travail ou encore d'interventions de l'État. Lors des

Eine (näherungsweise) Periodisierung des Lohnverhältnisses

Komponenten	Periode		
	1914-1919	1929	1939-1952
<b>Das Lohnverhältnis und seine Komponenten</b>	<b>Der Krieg: gesellschaftliches Leben?</b>		<b>Krieg und</b>
- Arbeitsorganisation	Ausbreitung der ersten Formen des Taylorismus	Ein beispielloser Boom der intensiven Akkumulation bei ungleicher Entwicklung der Branchen	Aufgrund der Krise Krise erfolgt Verlangsamung der expansiven Tendenzen
- Qualifikationshierarchien	Zunahme von Frauenarbeit	Vernichtung von Qualifikationen außerhalb des Industriebereichs	
- Stabilität/Instabilität der Beschäftigung		Beginnende Stabilisierung in be-Branchen ...	... die sich auf die Wachstumsbranchen erstreckt
- Determinanten des direkten Lohns	Direkte Intervention des Staates	Löhne abhängig vom industriellen Zyklus. Tendenz der Stabilisierung von Lohnhierarchien Anerkennung einer Verbindung zwischen Nominallöhnen und <b>Lebenshaltungskosten</b>	
- Kollektive Elemente der Produktion der Arbeitskraft	Einsetzende gesellschaftliche Anerkennung (Rentengesetz)	Anerkennung der gesellschaftlichen (sozialen) Absicherung; ohne Wirkung in Krisenphasen	
- Konsequenzen für die Reproduktion des Ensembles	Umwälzung der Produktionsnormen ohne kompatible Umwälzung/ Transformation der gesellschaftlichen Konsumnorm		
- Typus der Regulation	Fortbestand des Typus kompetitiver Regulation trotz partieller Elemente monopolistischer Regulation		

Quelle: Boyer 1980, S. 570

und der globalen Regulation in Frankreich von 1914 bis heute

	1968	1974	1980
<b>und Rekonstruktion:</b>			
Diffusion "moderner" Produktionsmethoden	Ausbreitung des "Fordismus"	Intensive Akkumulation zentriert um Massenkonsum ...	... Krise der intensiven Akkumulation
Komplexe Bewegungen von Dequalifikation/Überqualifikation			
Anerkennung des Rechts auf Beschäftigung und Kontrolle von Entlassungen	Relative Regularität des Wachstumsprozesses sichert erhöhte Stabilität der Beschäftigung	Verteidigung der Beschäftigungsverhältnisse durch die Lohnabhängigen und gleichzeitige Suche der Unternehmen nach größerer Flexibilität	Verstärkung ökonomischer Unsicherheiten auf nationaler und internationaler Ebene
	Einfluß der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur	Indexierung des Lohnes an das Preisniveau. Nominallohnsteigerungen entlang der Produktivitätszuwächse	Verzögerte Anpassung an Konjunkturerwicklung
Ausdehnung der indirekten Lohnelemente	Ausweitung des Teils des indirekten am gesamten Lohn		Antizyklische Wirkungen der Löhne; führt zu finanziellen Belastungen der Unternehmen
Eine simultane Transformation der Produktions- und Konsumnormen			
Beschleunigte Durchsetzung des Typus monopolistischer Regulation			

périodes de reconstruction, ces mouvements diffusent et s'approfondissent pour constituer les embryons de nouveaux mécanismes de déterminations de l'emploi, du salaire direct et indirect, etc."(ders.,1981, S. 221).

Diese These hat in ihrem allgemeinsten Gehalt sicherlich ihre historische Berechtigung. Jedoch ist es reichlich unbefriedigend, wenn Kriege und "große Krisen" als analytische "black boxes" konzipiert werden, in denen Restrukturierungen und Neuordnungen verlaufen, deren jeweilige Resultate dann von der Theorie später wiederaufgenommen und hinsichtlich ihrer Korrespondenzbeziehungen und Stabilitätsbedingungen untersucht werden. Der vor allem in der Arbeit von Aglietta (1979) gegebene – und von den anderen Regulationisten aufgegriffene – Hinweis, daß die Transformationen der institutionellen Formen sich als Resultat gesellschaftlicher Konflikte und Kämpfe ergeben, heißt auf der theoretischen Ebene nicht weniger, als daß es sich bei der Konzeptualisierung von Transformationsprozessen institutioneller Formen um eine Modellierung mit wenigstens einem Freiheitsgrad handelt. Dieser Freiheitsgrad muss – der Logik der Sache gehorchend – nicht unbedingt vollständig geschlossen werden: Weil institutionelle Formen Ausdruck von Struktur- und Handlungsebene sind, verbietet sich den Regulationisten zufolge ein deterministischer Zugang. Ein Hinweis, wie theoriekonzeptionell verfahren werden kann, findet sich in einer jüngeren Arbeit von Boyer (1985). In einem 7-Phasen-Schema wird dort versucht, idealtypisch Entstehung, Reproduktion, Krise und Veränderung einer institutionellen Form darzustellen. Theoretischer Anknüpfungspunkt ist das allgemeine Verständnis einer institutionellen/strukturellen Form als gesellschaftlicher Regularität, die von den Akteuren anerkannt ist und deren politisches, ökonomisches und soziales Handeln bestimmen. Der sich aus den Veränderungen des Akkumulationsregimes ergebende systematische Druck auf die Akteure provoziert dann private und staatliche Sozialinnovationen und veränderte gesellschaftliche Praktiken. Im Zuge eines konfliktorischen gesellschaftlichen Such- und Lernprozesses bildet sich eine neue institutionelle Form heraus, die, wenn sie mit den Veränderungen des Akkumulationsregimes kompatibel ist, zu einer erneuten Sicherung der gesellschaftlichen Kohärenz beiträgt (ders. 1985, S. 15). Die Dauer dieses Suchprozesses ist dieser Sichtweise zufolge *einer* der entscheidenden Gründe für die jeweilige Länge der Transformationsphase. Ein solcher analytischer Zugang erscheint mir dann sinnvoll, wenn das strategische Verhalten der verschiedenen Akteure im Restrukturierungsprozess untersucht und die dabei eingeschlagenen Wege hinsichtlich ihrer gegenseitigen Kompatibilität geprüft werden. Auf diese Weise könnte es möglich sein, die black box der Umstrukturierung und Transformation institutioneller Formen wenigstens etwas zu öffnen. Ich werde in Abschnitt 3 auf dieses Problem noch einmal zurückkommen.

### 2.3. Regulationsweise

Der nächste – und namengebende – kategoriale Baustein der Regulationstheorie neben "Akkumulationsregimes" und "institutionellen/strukturellen Formen" ist der Begriff der Regulationsweise. Drei Eigenschaften zeichnen – allgemein formuliert – eine Regulationsweise aus: (1) Sie sichert die Reproduktion der grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungen über alle historisch konkreten Gestalten institutioneller Formen hinweg; (2) sie "steuert" die Reproduktion des jeweiligen Akkumulationsregimes; und sie gewährleistet schließlich (3) eine dynamische Kompatibilität einer Vielzahl dezentral getroffener Entscheidungen, ohne daß die Individuen oder auch die Institutionen bei diesen Entscheidungen notwendigerweise die Logik des gesamten Systems zu berücksichtigen hätten (vgl. Boyer 1986d, S. 13). Diese Kategorie versteht sich im Selbstverständnis der Regulationisten, wie bereits ausgeführt (vgl. II. Kapitel), als mögliche Alternative zu dem Begriff des (allgemeinen) Gleichgewichts der neoklassischen Theorie. Die Regulationisten versuchen dabei allerdings weniger, dem neoklassischen Gleichgewichtskonzept ein Konzept von Ungleichgewicht gegenüberzustellen, wie es etwa in der "neuen Makroökonomie" zu finden ist<sup>58</sup>. Wie sich im weiteren noch zeigen wird, enthält das Regulationskonzept sogar selbst einen "heimlichen Hang" zur Gleichgewichtsbetrachtung. Eine solche Gleichgewichtsinterpretation von Regulation findet sich auch in der kommentierenden Einleitung zu Boyers Aufsatz im "Cambridge Journal of Economics" (1979), in der J.A. Wilson, der Übersetzer, formuliert: "...the term (regulation, K.H.) refers to the *balance* of social, institutional and economic forces which characterize, at a particular time, the economic system or particular parts of it" (Wilson 1979, S. 99; Hervorhebung K.H.). Begriffe wie "Kompatibilität", "Kohärenz" etc. bringen diese Gleichgewichtsorientierung zum Ausdruck. Die Differenzen zwischen der regulationistischen Konnotation von Gleichgewicht und dem neoklassischen Gleichgewichtsbegriff sind in erster Linie methodologisch begründet. Wird in der letzteren allein auf ökonomische Marktprozesse abgestellt und das dazu notwendige Set an individuellen und kollektiven Verhaltensregeln unbefragt vorausgesetzt, so sind im Falle der Regulationstheorie gerade diese Voraussetzungen selbst Gegenstand der empirischen Untersuchung und der theoretischen Reflektion. Der Unterschied zwischen der neoklassischen und der Regulationstheorie besteht – allen Selbstreflexionen der Regulationisten zum Trotz (vgl. etwa Aglietta 1979) – m.E. allerdings weniger in der Entscheidung, gleichgewichts- oder ungleichgewichtstheoretische Aussagen zu formulieren, als vielmehr in der Entscheidung des jeweiligen theoretischen Ausgangspunktes der Theoriebildung. Während für die Neoklassik das Axiom der individuellen Nutzenmaximierung und damit das – noch nicht einmal gesellschaftlich verstandene – Individuum die Basis der Theorie darstellt, hebt die Regulationstheorie auf die gesellschaftlich historischen Formen des "institutionellen Settings" ab, innerhalb dessen Individuen und Kollektive agieren und handeln. Diese Vorgehensweise ist nun nicht, wie Vogt (1986, S.67 ff.) in seiner Begründung der Überlegenheit der neoklassischen Methode abgrenzend gegenüber anderen sozialwissenschaftlichen Ansätzen behauptet,

gleichbedeutend mit den strukturalistischen oder funktionalistischen Methoden, die individuelles Handeln als bedeutungslos für die Systemreproduktion ansehen und methodisch deshalb auf der Ebene von Strukturen oder Systemelementen ansetzen. Regulation, so lautet die Gegenthese, entsteht vielmehr aus individuellen *und* kollektiven Handlungen und stellt dabei einen historischen Systemzusammenhang dar, der über dem jeweils individuellen Handlungshorizont liegt. Die Analyse dieses überindividuellen Systemzusammenhangs bedarf dementsprechend einer Makrotheorie, die darüberhinaus die Historizität dieser Prozesse einzufangen vermag. Der Regulationsansatz hat den Anspruch, eine solche Theorie vorzulegen. Auf den Erfolg dieser Bemühungen werde ich noch zu sprechen kommen (vgl. V. Kapitel). An dieser Stelle kommt es mir allein auf den Hinweis an, daß mit der Entwicklung einer solchen Makrotheorie nicht automatisch auf eine mikrotheoretische Fundierung verzichtet werden muss. Mikroökonomische Fundierung bedeutet nämlich keineswegs, wie etwa Vogt (1986, ebd.) behauptet, das Makroverhalten eines ökonomischen Systems allein als Konsequenz nutzenmaximierender Handlungen der Individuen erklären zu können. Roemer etwa verweist darauf (1981, S. 7), daß es bspw. im Rahmen der Marxschen Theorie sehr wohl möglich sei, gesellschaftliche Klassen an die Stelle von Individuen zu setzen und das Makroverhalten als Konsequenz von Klassenhandeln zu bestimmen. Eine mikrotheoretische Fundierung der Makrotheorie kann aber auch die Form annehmen, systematisch den Übergang von individueller Rationalität zu systemischer Irrationalität zu erklären<sup>59</sup>, indem vermittelnde Konzepte der Mesoebene formuliert werden. Es wird also in Rechnung zu stellen versucht, daß ökonomische Prozesse nicht nur über den Markt sondern auch über soziale Institutionen verlaufen. Diesen Weg versucht die Regulationstheorie zu beschreiten, wobei sie im Gegensatz zur Neoklassik für historische Prozesse offene Kategorien zu entwickeln versucht und damit Dynamik i.S. von quantitativen wie qualitativen Veränderungen berücksichtigt.

Im Unterschied zu den allein im logischen Zeitkontinuum der Neoklassik unterscheidbaren Formen der Konkurrenz, bemüht sich die Regulationstheorie deshalb darum, in der historischen Zeit unterschiedliche Formen der Regulation oder Regulationsweisen zu differenzieren. Während also in der neoklassischen Welt der Markt als überhistorischer Ort von Angebot und Nachfrage den ökonomischen Prozess (gleichgewichtig) reguliert, untersuchen die Regulationisten die besonderen Institutionen und Strukturen von Märkten, denen sie darüberhinaus einen bestimmten Grad an Autonomie zubilligen: "On étudiera ainsi de façon particulière des lois de formations des salaires, des prix et des interventions de l'Etat et des autorités monétaires dans la gestion de la monnaie, des finances publiques et du crédit" (Benassy/Boyer/Gelpi 1979, S. 400). Arbeits-, Güter- und Geldmärkte funktionieren – nach Maßgabe der jeweiligen institutionellen Formen der Märkte – durchaus unterschiedlich. Im Zuge der Transformation institutioneller Formen wie dem Lohn-, Geld- und Konkurrenzverhältnis verändern sich demnach auch die Formen der Regulation und damit bspw. auch die Art der Preis- und Lohnbildung

auf den jeweiligen Märkten. Regulation ist also nicht wie in der Neoklassik ein überhistorischer Prozess globaler Angebots- und Nachfragekonstellationen, der nur marktmorphologische Differenzen kennt, sondern ein historisch komplexer Vorgang, bei dem unterschiedliche Formen und Wirkungsweisen zu unterscheiden sind. Der Markt wird nicht als logischer Ort des Zusammentreffens von Angebots- und Nachfragefunktionen sondern als Institution verstanden, die historisch unterschiedliche Ausprägungen aufweisen kann<sup>60</sup>.

Der jeweilige Typus von Regulation bezieht sich dabei immer auf nationale Ökonomien. Diese Beschränkung der Reichweite des Regulationsbegriffes wird zwar nicht als theoretisches Postulat vorgetragen, aber methodisch mit dem Argument der besseren Überschaubarkeit und der Berücksichtigung nationaler Besonderheiten eines Typus von Regulation zu begründen versucht (ebd.). Methodisch ist diese Begrenzung konsequent, wurden doch, wie gezeigt, die anderen Schlüsselkategorien des Regulationsansatzes ebenfalls auf die Binnenökonomie beschränkt.

Im weiteren sollen die historischen Analysen zum Regulationsbegriff vorgestellt werden. In Anschluß an die Arbeiten von Boyer und Mitarbeitern des CEPREMAP zur Entwicklung des französischen Kapitalismus lassen sich drei Regulationsweisen unterscheiden (vgl. Benassy/Boyer/Gelpi 1979; Boyer/Mistral 1978; Boyer 1979b):

(a) Eine *régulation à l'ancienne*, die dank des Übergewichts des agrarwirtschaftlichen Sektors in der Gesamtökonomie durch ein eigentümliches konjunkturelles Muster geprägt ist: Jede schlechte Ernte führt zu einem Auftrieb der Preise, speziell für das Grundnahrungsmittel Korn, darüberhinaus aber auch für alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Da die landwirtschaftlichen Produzenten infolge des geringen Kommodifizierungsgrades ihrer Reproduktion ihre Erlöse nicht (oder nur in geringem Maße) für den Kauf industriell gefertigter Waren verwenden, führt diese knappheitsinduzierte Umlenkung der Einkommensströme im nächsten Schritt zu einer Verschlechterung der Absatzbedingungen des industriellen Sektors: Die in diesem Sektor beschäftigten Lohnabhängigen haben höhere Preise für Nahrungsmittel zu bezahlen. In genau diesem Ausmaß geht die Nachfrage für industriell gefertigte Konsumgüter zurück. Es kommt zur Freisetzung von Arbeitskräften und zur Senkung der Nominallöhne, deren Rückgang in realen Größen betrachtet durch den möglichen Anstieg des allgemeinen Preisniveaus noch verstärkt wird. (Im Falle einer ergiebigen Ernte verlaufen die Prozess genau in umgekehrter Richtung).

Diese Austauschstruktur zwischen dem dominanten agrarischen Sektor und dem im Entstehen begriffenen industriellen, kapitalistisch organisierten Sektor ist charakteristisch für dieses Akkumulationsregime. Die agrarischen Produzenten tauschen nur die über das Subsistenzniveau hinausgehenden Überschüsse auf den Märkten. Ihr Austausch erfolgt ansonsten sektorintern bzw. richtet sich auf den Sektor handwerklicher Produktion. Der geringe Verkettungs- und Verdichtungsgrad von agrarischem und kapitalistischem

Sektor beeinflusst so den Charakter der Regulationsweise: Die Regulationsweise zeichnet sich durch einen stagflationären Charakter aus, da sie die Verbindung von Arbeitslosigkeit und Inflation befördert. Abgestellt wird bei dieser Betrachtung also vor allem auf die Prozesse der Nominal- und Reallohnbildung, die sog. "lois de formations des salaires". Im Zuge der Ausweitung des industriekapitalistischen Sektors wird die inverse Beziehung zwischen Kornpreis und Nominallohn zunehmend aufgelockert und macht schließlich bis Ende des 18. Jahrhunderts einer gleichgerichteten Bewegung von Nominallöhnen, Lebenshaltungskosten und Beschäftigungsniveau Platz (vgl. Boyer 1979a, S. 106f.).

(b) In der *régulation concurrentielle* (kompetitiven Regulation) ergibt sich ein anderes Bewegungsmuster von Produktion, Preisen und Nominallöhnen. Die kompetitive Regulation zeichnet sich durch drei Charakteristika aus:

- das Lohnverhältnis und damit die quantitative wie qualitative Nutzung der Arbeitskraft, basierend auf vielen individuellen Arbeitsverträgen, ist von den jeweiligen Konstellationen des Arbeitsmarktes in Abhängigkeit von den ökonomischen Wachstumsschwankungen bestimmt;
- die Konkurrenz zwischen den Kapitalen wird in erster Linie über individuelle Preissetzungen ausgetragen (nicht - atomistische Märkte);
- finanz- und geldpolitische Interventionen finden statt, ohne allerdings die spontanen Marktbewegungen prinzipiell beeinflussen zu können (vgl. Benassy/ Boyer/ Gelpi 1979, S. 402).

Im Falle der kompetitiven Regulation ist die Logik des ökonomischen Systems bereits durch den industriellen Sektor bestimmt. Zyklische Krisen sind nicht länger das Resultat von Unterproduktionskrisen wie in der agrarisch dominierten Gesellschaft, sondern das Resultat von kapitalistischen Überproduktionsprozessen der industriellen Sektoren. Da der agrarische Sektor selbst zunehmend moderne Produktionsmethoden einführt, verkehrt sich die potentielle Knappheit an Lebensmitteln in einen faktischen Überschuß. Der industrielle Konjunkturzyklus kann jetzt seiner eigenen Bewegungslogik folgen: Die Boomerperioden, in denen Nachfrageüberschüsse existieren, sind schwach inflationär ausgeprägt, demgegenüber in den Rezessionsphasen das Überangebot an Waren zu einem Verfall der Preise für Industriewaren führt. Nominallöhne und Preise verlaufen ebenso wie das Beschäftigungsniveau in zyklischer Form.

Für die Phase 1897/1913 zeigen die von Benassy/ Boyer/ Gelpi (1979, S.404 ff.) angestellten Zeitreihenuntersuchungen recht deutlich die jeweiligen synchronen Verläufe: Der zyklische Verlauf der Investitionen des industriellen Sektors wird von einem gleichgerichteten Verlauf der Preise für Investitionsgüter begleitet; die zyklische Bewegung des Konsumgütersektors geht mit einer ebenfalls gleichgerichteten Bewegung der Lebenshaltungskosten einher. Einen zyklischen Verlauf weisen auch die Geldlöhne auf, die synchron mit der Produktionsentwicklung des industri-

ellen Sektors steigen oder fallen. Verantwortlich werden dafür von Boyer (1979a, S. 107) vor allem die spezifischen institutionellen Strukturen gemacht: Insbesondere die Form des Arbeitsvertrages gestattet es den Unternehmen, die Lohnsätze und die Zahl der Beschäftigten sowie die Länge des Arbeitstages nahezu beliebig neu festzulegen und sich so ein-  
zelunternehmerisch der konjunkturellen Bewegung anzupassen. Anders formuliert: In der kompetitiven Regulation besitzt die Ware Arbeitskraft keinen "quasi-fixen Charakter" (Oi 1962). Die Unternehmen orientieren sich bei ihrer Einstellungs- und Entlassungs- sowie Entlohnungspraxis an den *kurzfristigen* Bewegungen des Absatzes und der Rentabilität. Möglich ist diese Strategie durch das Fehlen entsprechender institutioneller Formen wie etwa tarifvertragsfähiger Gewerkschaften, deren Existenz nicht allein die Reproduktionsinteressen schützen, sondern darüberhinaus auch den Zeithorizont der Kapitalverwertung innerhalb des Akkumulationsregimes verlängern könnte. Der hohe Grad an *Flexibilität* des Lohnverhältnisses hat dabei negative Konsequenzen für die Nachfragedynamik: Die wesentlich aus den Lohneinkommen gespeiste konsumtive Nachfrage verstärkt die zyklischen Ausschläge der Ökonomie und generiert ein alternierendes Muster von Boom- und Depressionsphasen: Die kompetitive Regulation, so Benassy/ Boyer/ Gelpi (1979, S. 411), "rendent compte des amples fluctuations de la demande effective globale, que ne vient stabiliser aucune intervention publique ou organisation institutionelle, du type de celles qui caractériseront plus tard les régulations monopolistes: la stricte dépendance du revenu salarial de l'emploi, la forte sensibilité de l'emploi aux variations de la production, l'absence, lors des crises, de soutien de la demande par des commandes publiques, etc., expliquent le caractère nécessaire, en régulation concurrentielle, de l'alternance de phases de boom puis de crise et de dépression".

(c) In der *régulation monopoliste* (monopolistische Regulation) wird die Anpassung zwischen gesellschaftlicher Nachfrage und Zunahme der Produktionskapazitäten nicht mehr länger durch den "reinen" Preismechanismus bzw. die Mechanismen von Angebot und Nachfrage vollbracht. Der größere Teil der Anpassungsprozesse ist durch ein komplexes System von Institutionen, Konventionen und Regeln bestimmt, durch die die gesellschaftliche Nachfrage an das Wachstum des Produktionspotentials angepaßt wird. Dieses Wachstum selbst ist wiederum langfristig durch die Intensität und Richtung des technischen Fortschritts bestimmt, die von dem Druck der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abhängt. Der technische Fortschritt wird auf der Makroebene des Systems also nicht als exogen vorgegeben angesehen, sondern als endogene Variable behandelt: Je höher die Nachfrage gegenüber dem jeweils erreichten Niveau der Produktionskapazitäten, desto höher das Innovationstempo und desto höher schließlich die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität (Boyer/ Petit 1981, S. 1126). Die hohen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität werden im Zuge der monopolistischen Regulation dann wieder in adäquate Lohn- und Nachfragezuwächse transformiert.

Analytisch wird der historische Typus monopolistischer Regulation also auf den Prozess der Nachfrageformierung einschließlich der Lohn- und Preisbildungsprozeduren bezogen. Deutlich wird dies in der Definition monopolistischer Regulation durch Benassy/ Boyer/ Gelpi (1979, S. 402 f.):

"Dans la régulation monopoliste...des formes institutionnelles nouveau (concentration et centralisation financières substituant une concurrence de type oligopolistique au type antérieur, extension et codification des négociations altérant progressivement le caractère du contrat de travail) impliquent des procédures originales de formation des prix et des salaires: les prix deviennent "administrés"; les salaires, dont l'évolution est de plus en plus parallèle dans tous les secteurs quelle que soit la qualification, incluent les hausses du cout de la vie et dans un deuxième temps les hausses de productivité. Cette relative déconnexion des prix vis-à-vis des déséquilibres du marché suppose qu'existent des procédures sociales de validation de la production et du revenu: les politiques conjoncturelles de dépense publiques, l'extension du salaire indirect, les allocations chômage, la quasi-garantie par la Banque Centrale de la solvabilité du système bancaire contribuent à stabiliser les fluctuations de la demande, tandis que la progression des salaires avec la productivité fait croître la demande de consommation proportionnellement à la production potentielle."

Ein solcher Typus von Regulation birgt – wie aus der Definition ersichtlich – eine Reihe von Implikationen<sup>61</sup>. So ist beispielsweise die Einkommensverteilung in relativ starkem Maße von den unmittelbar aktuellen Kräftekonstellationen des Arbeitsmarktes abgekoppelt: Durch den Prozeß "fordistischer" Lohnbildung nach Maßgabe der jährlichen Preissteigerungsrate und der Rate der Produktivitätssteigerung und durch die staatliche und betriebliche oder überbetriebliche Kodifizierung indirekter Lohnbestandteile (Boyer 1986d, S. 18 f.) schlagen sich etwaige zyklische Kapazitätsschwankungen und damit einhergehende Freisetzungsprozesse von Beschäftigten nicht sofort auf die Lohn- oder Lohnersatzeinkommen und damit die Entwicklung der (potentiellen) konsumtiven Endnachfrage nieder. Die institutionellen Strukturen wirken vielmehr als built-in-stabilizers und verhindern so kumulative Abwärtsprozesse. Dadurch und durch den gewachsenen Anteil haushaltsrechtlich fixierter Staatsausgaben erhält der industrielle Konjunkturzyklus eine besondere, von der Phase kompetitiver Regulation abweichende Verlaufsform: Die Amplituden werden kleiner und das allgemeine Preisniveau weist auch in den Rezessionsphasen noch eine steigende Tendenz auf. Boyer (1986c) verknüpft diesen Argumentationsgang, wie bereits dargestellt (vgl. II. Kap.), noch mit einer insbesondere auf Kalecki (1986) und Eichner (1973) zurückgehende Preisbildungshypothese auf den Gütermärkten: Dem mark-up pricing. Oligopolistische Marktstrukturen vorausgesetzt, setzen die Unternehmen demnach ihre Angebotspreise jeweils so fest, daß die durchschnittlichen Profitstückkosten einen konstanten Anteil an den gesamten Produktionsstückkosten aufweisen. Auf diese Weise vermögen die Unternehmen des oligopolistischen Sektors ihre Profitmasse (Produkt von Absatzmenge und Profitstückkosten)

KOMPETITIVE UND MONOPOLISTISCHE REGULATIONSWEISE - EIN VERGLEICH

Kompetitive Regulation	Monopolistische Regulation
<p>I.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- partielle Durchsetzung des Lohnverhältnisses</li> <li>- individuelle Arbeitsverträge</li> <li>- Kampf um Anerkennung der Gewerkschaften</li> <li>- Integration der Arbeiterklasse durch ökonomischen und politischen Zwang</li> <li>- Lohnbildung nach aktuellen Konstellationen des Arbeitsmarktes</li> <li>- Disartikulation der Akkumulation von Abteilung I und II</li> <li>- Marktbestimmte Güterpreisbildung mit Flex-Preis-System</li> <li>- Papiergeld als allgemeines Äquivalent konvertibel mit Edelmetall (Gold)</li> <li>- begrenzte Rolle der Zentralbank als 'lender of last resort'</li> <li>- starke zyklische Schwankungen der Produktion und der Preise</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- vollständige Durchsetzung des Lohnverhältnisses</li> <li>- individuelle Arbeitsverträge im Rahmen eines normierten Tarifvertragssystems und arbeits- sowie sozialpolitischer Regelungen des Arbeitsmarktes</li> <li>- Anerkennung von Gewerkschaften und Einbindung in nicht-staatliche Institutionen</li> <li>- Lohnbildung von aktuellen Arbeitsmarktkonstellationen entkoppelt; Antizipation von Inflations- und Arbeitsproduktivitätsraten</li> <li>- parallele Akkumulation beider Abteilungen durch Artikulation von Massenproduktion und -konsum</li> <li>- nicht-konvertibles Papiergeld als allgemeines Äquivalent</li> <li>- bedeutsame Rolle der Zentralbank als 'lender of last resort' und Akteur der Wirtschaftspolitik</li> <li>- Wachstumszyklen dominieren gegenüber "klassischen" Konjunkturzyklen; "creeping inflation" bzw. "säkuläre Inflation" als Merkmal der Wachstumsprozesse</li> </ul>

unabhängig von Kapazitätsauslastungsgraden und Kostenentwicklungen zu steuern. Ein solches Preissetzungsverhalten entkoppelt die Profitmas- senentwicklung von den zyklischen Schwankungen der Ökonomie. Gesamtwirtschaftlich ist damit allerdings die Grundlage für einen in- flationären Prozess bereitet, insoweit die Angebotspreise auf die Men- genentwicklungen, insbesondere im Fall von Nachfragerückgängen, nicht reagieren.

Dieses stagflationäre Rezessionsmuster ist der Preis der institutionellen Verarbeitung der zyklischen Schwankungen: Indem die built-in-stabilizers auf der einen Seite kumulative Krisenprozesse behindern, erzeugen sie auf der anderen Seite einen säkularen Anstieg des Preisniveaus, der dann im Zeitablauf selbst zu einem Problem der Regulationsweise wird .

Soweit eine schematische Skizze unterschiedlicher Formen der Regulation. Ich möchte im weiteren die für die Analyse entwickelter kapitalistischer Ökonomien zentralen Formen kompetitiver und monopolistischer bzw., um eine neuere Sprechweise von Boyer (1986c) zu verwenden, administrierter Regulation etwas weiter nachzeichnen und einige der in der Regulations- literatur aufgeworfenen Probleme dieser Konzepte benennen. Bezieht man Regulation i.S. der bereits früher dargestellten Definition Boyers auf die dynamische Anpassung von Produktion und gesellschaftlicher Nachfrage, dann lassen sich die Unterschiede zwischen kompetitiver und monopolisti- scher Regulation schnell herausarbeiten (vgl. Schaubild 4):

"In the former", so Boyer (1979a, S. 111 f.), "it is falls in the cost of living imposed by the market which are the means *via* which productivity movements affect worker's standards of living; while money wages reflect labour market conditions, real wages register the favourable effects of price reductions, particularly in recessions. In the latter, on the contrary, these same movements in productivity are associated with an increase in money wages, without any *ex ante* change in prices. The growth in de- mand caused by these wage increases is associated with growth in productive capacity without the need for large downward adjustments in prices or wages".

Die Übergänge zwischen beiden Formen der Regulation lassen sich nun weder eindeutig *zeitlich* noch etwa eindeutig *kausal* interpretieren. Verge- genwärtigt man sich noch einmal das mehrdimensionale Verständnis des Begriffs Regulationsweise, dann wird deutlich, daß genau auch diese Offenheit theoriekonstitutiv ist: Zwischen den verschiedenen Dimensionen von Regulation bestehen keine eindeutigen Hierarchien, so daß es immer möglich ist, daß sie sich auch *ungleichzeitig* entwickeln können. Die fran- zösische ökonomische Entwicklungsgeschichte wird für diese Form von Ungleichzeitigkeit als Beispiel angeführt. Infolge kriegswirt- schaftlicher Maßnahmen weist der Typus staatlicher Wirtschaftspolitik bereits vielfäl- tige Momente einer monopolistischen Regulation auf, auch hat sich der Konzentrations- und Zentralisationsprozess von Kapital stark beschleunigt; das Lohnverhältnis demgegenüber wird noch eindeutig kompetitiv reguliert.

Die Krise der 30er Jahre in Frankreich wird entsprechend dieser Konstellationsbeschreibung von Benassy/ Boyer/ Gelpi (1979, S. 421) als Resultat der Ungleichzeitigkeit in der Entwicklung von Regulationsformen erklärt: "L'ampleur et la durée de la crise de 1930 seraient alors la conséquence de ce divorce entre des structures déjà partiellement monopolistes et une régulation globale encore concurrentielle" (Hervorhebung i.O.).

Ähnlich wie im Falle der Transformation einzelner institutioneller Formen ist auch die Transformation des Regulationstypus in theoretischer Perspektive durch einen Freiheitsgrad gekennzeichnet. Mit Verweis auf die unterschiedlichen Wege aus der Weltwirtschaftskrise 1929/32 – mit dem New Deal in den USA und dem nationalsozialistischen "Kriegskeynesianismus" in Deutschland als politische Extreme – wird von den Regulationisten "Politik" bzw. "soziale Konflikte" als erklärende Variable eingeführt (Boyer 1979a, S. 112f.). Diese Schließung des Freiheitsgrades wird von Boyer in seiner vergleichenden Studie der Krise der 30er Jahre und der 70er Jahre zu konkretisieren versucht, indem er den verschiedenen Dimensionen der Regulationsweise eine Prioritätenskala zuordnet und so eine kausale Interpretation vorzunehmen versucht: Für den Übergang von der kompetitiven zu der monopolistischen Regulation sei die Formveränderung des Lohnverhältnisses von entscheidender Bedeutung (Boyer 1979a, S. 55; auch Boyer 1980, S. 499). Die einzelnen Strukturdimensionen der Regulationsweise können sich zwar ungleichzeitig und autonom voneinander entwickeln. Der Regulationstypus wird aber erst verändert, wenn *bestimmte* Strukturen eine Transformation durchlaufen haben. Im immanenten Sinne des Regulationsansatzes ist diese These der Priorität einzelner Dimensionen von Regulation durchaus plausibel. Da es sich bei dem Problem der globalen Regulation bzw. der Regulationsweise um die Anpassungsformen von Produktion und gesellschaftlicher Nachfrage handelt, kommt dem gesellschaftlichen Lohnfonds als quantitativ größtem Nachfrageaggregat und damit dem Prozess der Lohnbildung die wichtigste Bedeutung bei. Diese These Boyers passt sich darüberhinaus in das bereits dargelegte Verständnis von Regulation ein, wie es in der frühen Arbeit von Aglietta (1979) entwickelt wurde: Die Form der Regulation ist nicht in den Formveränderungen der Konkurrenz begründet, wie dies etwa die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus in ihrem Regulierungsbegriff behauptet, sondern bestimmt von den Formveränderungen des Lohnverhältnisses: "Dans ce processus, le changement des formes de la concurrence ne joue qu'un rôle second, car il est largement conditionné par la nature du rapport salarial, lui-même dérivé de l'antagonisme entre capital et travail" (Boyer 1980, S. 499). Das Lohnverhältnis selbst wird allerdings von Boyer – im Unterschied zu Aglietta – vor allem unter dem Aspekt des Lohnbildungsprozesses und damit des Nachfrageaspektes diskutiert. Betrachtet werden dabei nahezu ausschließlich die Prozesse der Zirkulationssphäre, während die produktionsseitigen Elemente des Lohnverhältnisses (Typus der Produktionstechnologie, Form der Arbeitsorganisation etc.) weitgehend ausgeblendet werden. Aus der These, daß die monopolistische Regulation das so interpretierte Lohnverhältnis vor den direkten Auswirkungen des Akkumulationsprozesses schützt, wird bei Boyer

die – icht explizierte härtere These, daß die Löhne die unabhängige Variable des Akkumulationsprozesses darstellen. Die institutionellen Strukturen der monopolistischen Regulation bewirken demnach eine Umkehrung des abhängigen Zusammenhangs von Akkumulation und Lohnentwicklung. Dieses im Gegensatz zur Marxschen Theorie stehende Verständnis des Verhältnisses von Akkumulationsprozess und Lohngröße (vgl. MEW 23, S. 649) verweist nochmals auf die keynesianischen Theorieelemente bei Boyer, wie sie dann auch in seinen krisentheoretischen Ausführungen aufscheinen .

Die analytische Beweislast für diese Umkehrung tragen dabei die jeweiligen institutionellen Formen. Die "fordistische" / monopolistische Form des Lohnverhältnisses wird, wie bereits gezeigt, insbesondere durch drei besondere Strukturdimensionen bestimmt: (a) Mit der institutionell abgesicherten Verkoppelung der Nominallohne mit der Inflationsrate und dem Anstieg der Arbeitsproduktivität wird die Nominallohnbildung von den Konstellationen des Arbeitsmarktes zeitlich entkoppelt; (b) die sich daraus ergebende relative Rigidität der Nominallohne nach unten hat zusammen mit (c) der Kontraktualisierung der indirekten Löhne stabilisierende Wirkungen auf die effektive Nachfrage (vgl. Boyer 1979b, S. 58). Der Typus monopolistischer Regulation leistet die Anpassung der Nachfrage an die Entwicklung der Produktionskapazitäten, indem er das Lohnverhältnis von den zyklischen Schwankungen des Akkumulationsprozesses entkoppelt. Die Kohärenz und Reproduktionsfähigkeit des fordistischen Akkumulationsregimes ist deshalb in entscheidendem Maße von der fordistischen Form des Lohnverhältnisses abhängig.

Verallgemeinert man diese Interpretation von Boyer, dann lässt sich die These formulieren, daß die jeweilige Form der Lohnbildung in entscheidendem Maße das "Gleichgewicht" des Akkumulationsregimes bestimmt. Gegen diese These wurden eine Reihe von Einwänden formuliert. So hat etwa De Vroey (1985, S. 472ff.) jüngst darauf hingewiesen, daß der Form der Lohnbildung eine solche Schlüsselstellung nur unter ganz bestimmten Bedingungen zukommen könne. Ein möglicher "Gleichgewichtslohn", so das Argument, erfordere einen hohen Grad kapitalistischer Reproduktion der Arbeitskraft, d.h. eine weitgehende Integration der Reproduktionskosten von Arbeitskraft in die verschiedenen Warenketten und dementsprechend einen geringen Grad an Subsistenzproduktion. Nur dann sei gewährleistet, daß "...die Lohnabhängigen für das Kapital nicht allein einen Kostenfaktor sondern auch einen Absatzfaktor verkörpern" (ders. 1985, S. 483; Übersetzung K.H.). In der Tat ist es dieser Doppelcharakter des Lohnes, auf den die Regulationstheoretiker in ihrer Prioritätenskala institutioneller Formen abheben. Dass sie dabei in Gefahr geraten, den Nachfrageaspekt des Lohnes überzubetonen, wurde bereits angesprochen. Nimmt man jetzt den Hinweis von De Vroey auf, dann ergibt sich für die Regulationstheorie das weitere Problem eines möglichen Zirkelschlusses: Auf der einen Seite ist die Form der monopolistischen Regulation wesentlich durch einen monopolistischen Typus des Lohnverhältnisses bestimmt ("Prioritätenthese"). Auf der anderen Seite kann das monopolistische Lohnverhältnis

nur regulativ wirken, wenn es in hohem Maße verallgemeinert ist. Die Durchsetzung einer kapitalistischen Konsumnorm als Ausdruck eines monopolistischen Lohnverhältnisses setzt aber gerade institutionelle Formen wie kollektive Tarifvertragssysteme, indirekte Lohnbestandteile usw., also die monopolistische Regulation voraus. Dieser Einwand von de Vroey verweist auf eine gravierende Schwäche dieser Variante des Regulationsansatzes. Die dort entwickelten Konzepte eignen sich ausgezeichnet für systematische Beschreibungen historischer Prozesse. Wird aber der Versuch unternommen, diese Konzepte in einen theoretischen Zusammenhang zu stellen und aufeinander zu beziehen, ergeben sich Konsistenzprobleme oder Überdeterminationen. Einer der für diese Schwäche verantwortlichen Gründe dürfte die Vieldimensionalität der Konzepte sein, die schnell zu Konfundierungen führen kann.

Auf ein weiteres Problem des Konzeptes monopolistischer Regulation hat Delaunay (1985) aufmerksam gemacht. Ihm zufolge zeichnet sich die Regulationstheorie durch eine "ouvrieristische" Perspektive aus, die fälschlicherweise das dynamische Verhältnis von Produktion und Gesamtnachfrage mit der Durchsetzung eines fordistischen Lohnverhältnisses im industriellen Sektor der Ökonomie erkläre. Tatsächlich lasse sich aber, wenigstens für den Fall Frankreich, zeigen, so Delaunay (1985, S. 218), daß der Anteil fordistischer Lohnverhältnisse vor allem seit den fünfziger Jahren rückläufig sei. Zwar seien die empirisch feststellbaren Lohn- und Gehaltssteigerungen für den beschleunigten Akkumulations- und Wachstumsprozess seit 1945 von großer Bedeutung, doch zeichne dafür nicht eine bestimmte institutionelle Regulation verantwortlich, sondern strukturelle Veränderungen der Ökonomie selbst: "...le développement de la productivité du travail ouvrier a nécessité l'emploi de nouvelles forces de travail, forces dont la rémunération a servi le débouchés partiel à la valeur du produit supplémentaire résultant de (ou parmi) cet emploi" (Delaunay 1985, S. 220). Im Zuge der Einführung tayloristischer Methoden der Arbeitsorganisation im industriellen Kernsektor der Ökonomie entstanden Qualifikationsprofile und Beschäftigungsverhältnisse in vor- und nachgelagerten Sektoren, die - schon wegen ihres zahlenmäßigen Gewichts - in zunehmendem Maße die Entwicklung der Lohnquote bestimmten. Durch eine Unterscheidung von produktiver, reproduktiver und nicht-reproduktiver Arbeit versucht Delaunay den empirischen Nachweis zu führen, daß zwischen 1951 und 1980 der Anteil der unmittelbaren Produzenten an der Lohnquote (gemessen als Anteil der Löhne und Gehälter an der Nettowertschöpfung) von 54 auf 38,2 vH abgesunken sei. Dieser empirische Einwand, wiewohl er beispielsweise auch in der westdeutschen "Fordismus-Debatte" erhoben wird (vgl. etwa Hoffmann 1986), scheint mir allerdings nicht sehr überzeugend zu sein. Dass sich daraus ableiten lässt, daß das fordistische Lohnverhältnis und die Form monopolistischer Regulation für die Reproduktion des französischen Nachkriegskapitalismus eine untergeordnete Rolle spielen, dürfte aus wenigstens zwei Gründen fraglich sein. (1) Zum einen verweist Delaunay selbst darauf, daß die Produktivitätssteigerungen der fordistischen Sektoren der Industrie erst die Grundlage für das Wachstum der weiteren

Lohnarbeiterkategorien im Produktionsprozess darstellen. Die fordistischen Arbeitsverhältnisse bestimmen also zumindest die Dynamik der Lohn- und Gehaltsentwicklung. (2) Die institutionellen Formen der monopolistischen Regulation, etwa das kollektive Tarifvertragssystem, gelten nicht allein für die Sektoren hochgradig taylorisierter Arbeitsprozesse, sondern reichen weit über die industriellen Kernsektoren hinaus. Diese institutionellen Formen werden von der Regulationstheorie nun gerade für die dynamische Anpassungsleistung von Produktion und gesellschaftlicher Nachfrage verantwortlich gemacht. Die kritischen Anmerkungen von Delaunay entziehen der Regulationstheorie deshalb nicht den theoretischen Boden, sondern können eher als eine weitere Differenzierung des Basis-argumentes interpretiert werden. Gerade weil Regulation nicht allein durch Institutionen i.S. von Organisationen sondern auch durch sich historisch herausbildende ökonomische und politische "Regelmäßigkeiten" (gefasst als Strukturen) erfolgen kann, steht die von Delaunay beschriebene produktionsnahe Tertiärisierung der Ökonomie in keinem prinzipiellen Gegensatz zum Gehalt der Regulationstheorie. Anders verhält es sich demgegenüber mit der in Anschluß an De Vroey formulierten Gefahr einer zirkulären Argumentation der Regulationisten. Die "Prioritätenthese" kann ohne Unterminierung der logischen Theoriestruktur nicht aufrechterhalten werden.

### 3. Ein zweites Zwischenresümee

#### 3.1. Der Nominalismus der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes

Die Verknüpfung dieser Schlüsselkategorien der Regulationstheorie mündet letztlich in den Begriff der *Entwicklungsweise* oder des *Entwicklungsmodells*. Die Entwicklungsweise ist demnach die Verbindung eines bestimmten Akkumulationsregimes mit einem spezifischen Typus von Regulation, dessen Charakter wiederum durch die besondere Gestalt der institutionellen Formen geprägt ist. Im Begriff der Entwicklungsweise sind also die verschiedenen Strukturdimensionen versammelt, die in den letzten Abschnitten dieser Arbeit rekonstruiert und zusammengetragen wurden. An dieser Stelle ist jetzt Zeit, ein weiteres Zwischenresümee zu formulieren. Dazu will ich vor allem den – in den letzten Abschnitten dargestellten – kategorialen Apparat der Regulationstheorie auf seine theoretische Fundierung befragen.

Für die Länder des entwickelten Kapitalismus werden von den Regulationstheoretikern insbesondere zwei Entwicklungsweisen näher untersucht: Ein dominant extensives Akkumulationsregime ohne Massenkonsum mit kompetitiver Regulation und ein dominant intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum, das durch einen Typus monopolistischer Regulation ergänzt ist. Die historische Übergangsphase zwischen diesen beiden Akkumulationsregimes, und damit die Durchsetzung des "Fordismus", wird als ein intensives Akkumulationsregime ohne Massenkonsum bei

kompetitiver Regulation gefasst. Eine solche Beschreibung gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse wendet sich, so Häusler/Hirsch (1987, S. 651 f.) als deutsche Protagonisten der Regulationstheorie, explizit "...gegen eine Auffassung der historisch-materialistischen Theorie, die Geschichte als gesetzmäßige Entfaltung einer in der ökonomischen Kernstruktur der kapitalistischen Produktionsweise angelegten "Logik" begreift und das komplexe Gefüge der Gesellschaft auf ein rigides Basis-Überbau-Modell reduziert." Stattdessen, so Häusler/Hirsch weiter, gehe die Regulationstheorie davon aus, "...daß die Geschichte des Kapitalismus im Weltmaßstab durch eine Abfolge spezifischer gesellschaftlicher Formationen geprägt ist, die auf der Basis einer gleichbleibenden Grundstruktur (Privatproduktion, Lohnarbeit, warentauschvermittelte Aneignung des Mehrprodukts) in ihren Produktions- und Ausbeutungsformen, den Vergesellschaftungs- und Klassenverhältnissen sowie dem Charakter des Staates und der politischen Herrschaft sich wesentlich unterscheiden". Sieht man einmal davon ab, daß die französischen Regulationstheoretiker die Abfolge gesellschaftlicher Formationen mittlerweile längst nicht mehr auf das Weltniveau projizieren (vgl. dazu die Ausführungen in Abschnitt 2.1.2), dann ist mit dieser Formulierung ein zentrales Anliegen der Regulationstheorie doch gut beschrieben.

Die theoretischen Ambitionen der Regulationisten gehen aber noch weiter. Gesucht wird nach einer Lösung eines in der ökonomischen Theorie - unabhängig von ihrer jeweiligen Fundierung - wohlbekannten Problems der Vermittlung zwischen Mikro- und Makroebene bzw. zwischen individuellen Handlungen und systemischen Resultaten. Die von den Regulationisten gegebene Antwort ist eine Mesothorie: Als Bindeglied zwischen Mikro- und Makroebene eines gesellschaftlichen Zusammenhangs wirken institutionelle Formen. Mit dieser Kategorie - einem Schlüsselbegriff der Regulationstheorie - wird Geschichte und damit historische Zeit in das theoretische System einzuführen versucht. Insbesondere in den Arbeiten von Boyer steht das Konzept der institutionellen Formen als Alternative zu den Konzepten des Marktes der Neoklassik und des Wertgesetzes bzw. der abstrakten Arbeit der Marx'schen Theorie. Die beiden letzten Konzepte, so etwa Boyer (1979a, S. 100), reichen nicht aus, um die historisch spezifische Integration kapitalistisch verfasster Gesellschaften zu erklären. Die hinter diesem Einwand stehende Argumentationsfigur lässt sich mit Häusler/Hirsch (1987, S. 653 f.) wie folgt formulieren:

"Zu ihrer materiellen Reproduktion und zur Reproduktion ihres Zusammenhaltes benötigt sie ( die Gesellschaft; K.H.) Mechanismen, die Verhaltensorientierungen und -erwartungen von Individuen und Gruppen stabilisieren und verknüpfen. Die verhaltenssteuernden Mechanismen unterscheiden sich nach historischen Entwicklungsstufen, dem Grad der Entfaltung der Produktivkräfte, der sozialen Differenzierung, der Arbeitsteilung und den Klassenverhältnissen, den Formen der Ausbeutung usw. Traditionsgeleitete Normensysteme und Hierarchien gehören ebenso dazu

wie soziale und politische Institutionen (Familien, Verbände, Kirchen, Medien, politisch – administratives System, Recht, Markt)."

Gefasst als institutionelle Formen ergeben sich demnach historisch unterschiedliche Regulationsweisen, die den ökonomischen Prozess brechen. Ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungen können deshalb nicht als lineares Resultat abstrakter Gesetzmäßigkeiten, sei es das Wertgesetz oder sei es das Rationalitätspostulat individueller Entscheidungen der Neoklassik, interpretiert werden.

Mit der Auffächerung des kategorialen Apparates bemüht sich die Regulationstheorie, multidimensionale historische Prozesse exakt zu *katalogisieren* und sie voneinander abgrenzbar zu machen. Auf einer zunächst deskriptiven Ebene erweisen sich ihre Konzepte als durchaus anregend und darüberhinaus etwa den Periodisierungsversuchen der *neo-schumpeterianischen* Theorien bereits deshalb überlegen, weil nicht allein stofflich – technologische Faktoren sondern darüberhinaus und prioritär gesellschaftliche Konstellationen in das Zentrum der Analyse gestellt werden. Dies gilt m.E. sogar für die Operationalisierung der von der Regulationstheorie vorgestellten Ab- und Eingrenzungsindikatoren von Akkumulationsregimes, die sich sowohl qualitativen als auch quantitativen Evaluationsverfahren erschließbar zeigen. Vergleicht man diese Indikatoren mit den hochaggregierten Preis- und Volumenreihen der *Lange-Wellen*-Theorien, die immer der Gefahr statistischer Artefakte ausgesetzt sind, dann sind die Möglichkeiten empirischer Testverfahren und damit auch die Möglichkeit von Falsifizierungen mindestens ebenbürtig (vgl. dazu insbesondere Mazier/Basle/Vidal 1984).

Die zahlreichen Bemühungen der Regulationstheoretiker, ihre begrifflichen Konzepte empirischen Tests zu unterziehen, verweisen nochmals auf einige der methodischen Prämissen dieses Theorieansatzes. In bewußter Absetzung von der französischen Variante des strukturalistischen Marxismus, dessen empirische Blutleere von Autoren wie Aglietta und Boyer beklagt wird, haben sich die Arbeiten der Regulationisten von Anbeginn darauf konzentriert, sowohl einen logische Konsistenzbedingungen genügenden Theorievorschlag zu unterbreiten als auch die begrifflichen Konzepte empirischen Überprüfungen zu unterziehen, deren Resultate im Sinn einer methodologischen Schleife dann wieder auf diese Konzepte rückbezogen werden. Allerdings sind mit dieser Form der Theoriebildung auch Einschränkungen verbunden. Die bisherigen Ausführungen dürften deutlich gemacht haben, daß es sich bereits bei den einzelnen Komponenten der Regulationstheorie um komplexe Konzepte handelt, die selbst auf einer qualitativen Ebene schwer zu handhaben sind, sollen sie nicht auf banale Mechanismen verkürzt werden. Für den Quantifizierungsprozess gilt darüberhinaus das Problem, die von der Theorie angesprochenen Institutionen, Interdependenzen und Strukturzusammenhänge in eine überschaubare und überprüfbare Form zu bringen. Bezogen etwa auf die je spezifische Regulationsweise muss also das *Basistheorem*, demzufolge die Reproduktion eines ökonomischen Systems von je spezifischen gesellschaftlichen und in-

stitutionellen Bedingungen – also einem Kreditsystem, einem Konkurrenzverhältnis, einem Lohnverhältnis, einem Staatstypus in jeweils historisch spezifizierbarer Form – abhängen, dergestalt ausgefächert werden, daß eindeutige und quantifizierbare Beziehungen zwischen Akkumulationsprozess und strukturellen Formen formuliert werden. Welche Schwierigkeiten bereits auf einer vor-empirischen, rein modelltheoretischen Ebene mit dieser Vorgehensweise verbunden sind, zeigen etwa die Bemühungen Fagerbergs (1984), die Thesen des Regulationsansatzes innerhalb eines strikten mathematischen Modells zu fassen. Um die komplexen Strukturzusammenhänge, wie sie von den Regulationisten vorgeschlagen werden, in ein überschaubares und interpretierbares Modell überführen zu können, müssen derartig viele Annahmen und *ceteris paribus*-Klauseln eingebaut werden, daß letztlich ein Modellskelett zurückbleibt, das nur noch bescheidene Ähnlichkeit mit dem Regulationsansatz aufweist. Der ansonsten durchaus interessante Modellierungsversuch von Fagerberg fasst das ökonomische System als Ein-Sektor-Modell, dessen Produktions- und Konsumbeziehungen den Bedingungen linearer Funktionsverläufe unterworfen sind. Diese in der ökonomischen Theoriebildung durchaus gebräuchliche Modellierung mag zwar den logischen Konsistenzgrad steigern, ist aber bezogen auf die Regulationstheorie von analytisch geringem Nutzen, da auf diese Weise alle die Strukturzusammenhänge ausgeblendet oder unterkomplex erfasst werden, die gerade den theoretischen esprit dieses Ansatzes ausmachen könnten.

Die (gegenwärtige) Stärke des Regulationsansatzes liegt in seiner deskriptiven Potenz und seiner Systematisierung von Strukturzusammenhängen. Das lässt sich gut an den stark empirisch ausgerichteten Arbeiten von Mazier/Basle/Vidal (1980; 1984) verdeutlichen. Wiederum für den Fall Frankreich haben diese Autoren zusammen mit Podevin (1982) eine Arbeit vorgelegt, die sich bei der Analyse der dominant extensiven und dominant intensiven Akkumulationsregime ökonometrischer Verfahren bedient und durch die Zusammenstellung überprüfbarer Daten- und Zeitreihen die empirische Validität der theoretischen Konzepte von Akkumulationsregimes und Regulationsformen zu bestätigen versuchte. Da Akkumulationsregime im begrifflichen Verständnis der Regulationstheorie multi-faktorielle Systeme verkörpern, wurde von den Autoren versucht, einige der interdependenten Beziehungen regressionsanalytisch zu formulieren und zu testen. So wurden durch die Konstruktion von Produktivitäts-Wachstumsgleichungen des Kaldor-Verdoorn-Typs beispielsweise Arbeitsproduktivität, Wachstum des Sozialprodukts und Steigerungsrate der Kapitalintensität regressionsanalytisch für die Perioden 1921/29 (Periode I) und 1949/73 (Periode II) miteinander verknüpft. Unter Zugrundelegung von Parameterwerten der Periode 1913/29, die die Kriegsjahre miteinschließt, ergibt sich dann das Resultat, daß die Arbeitsproduktivität der Periode I im Vergleich zu den Parameterwerten weniger rasch ansteigt; in Periode II steigt die Arbeitsproduktivität demgegenüber schneller als nach den Parameterwerten zu erwarten gewesen wäre. Darüberhinaus zeigt sich, daß in der Phase dominant extensiver Akkumulation die Steigerung der Kapitalintensität nicht ausreichte, um die Arbeitsproduktivität auf einen

neuen Wachstumspfad überzuführen. Dahinter verbirgt sich nichts anderes, als daß der beginnende Modernisierungs- und Rationalisierungsprozess keine durchgreifenden Effizienzgewinne zeitigte. Für das schnellere Wachstum der Arbeitsproduktivität der Periode II wiederum war die beschleunigte Zunahme der Kapitalintensität in *Verbindung* mit veränderten Formen der Arbeitsorganisation und Qualifikation von entscheidender Bedeutung. Dieses Resultat der ökonometrischen Untersuchung bestätigt genau die These der Regulationisten, daß Frankreich zwischen beiden Perioden den Übergang in ein dominant intensives Akkumulationsregime vollzog.

Die entscheidende Frage allerdings, welche Rolle die gesellschaftlichen und institutionellen Formen der Regulation in diesem Proportionierungsprozess gespielt haben, bleibt zunächst noch offen. Die aus der Untersuchung der USA der 20er Jahre gewonnene These, wonach eine solche Konstellation des Akkumulationsregimes nur dann stabile Wachstumspfade erzeugen und reproduzieren kann, wenn entsprechende Anpassungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage durch die parallele Entwicklung neuer Regulationsformen erfolgen (so Aglietta 1979), wird von den Autoren in mehreren Schritten untersucht. Regressionsanalytische Untersuchungen der Autoren zeigen eine starke Rigidität der Reallöhne gegenüber zyklischen Krisen und Arbeitslosenraten in Periode II, die sie durch die Indexierung der Löhne an die Preis- und Arbeitsproduktivitätssteigerungsrate zu erklären versuchen. In der Arbeit aus dem Jahr 1980 werden die wichtigsten Argumente genannt. Im Zentrum der Beweisführung steht die Frage, wie sich die Formen der (Brutto- und Nominal)Lohnbildung in den Regimes extensiver und intensiver Akkumulation unterscheiden und welche stabilisierenden und destabilisierenden Wirkungen von den jeweiligen Prozessen ausgehen. Als Resultate der ökonometrischen Tests ergeben sich:

- (a) Im Falle des dominant extensiven Akkumulationsregimes sind die Bewegungen des Nominallohns eindeutig durch die konjunkturellen Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Produktion (ohne Agrarsektor) bestimmt;
- (b) die relative Entkoppelung der Nominallohn- von der Konjunktorentwicklung im Falle des dominant intensiven Akkumulationsregimes lässt sich erst seit Anfang der sechziger Jahre belegen (diess. 1980, S. 544);
- (c) für denselben Zeitabschnitt lässt sich eine nahezu parallele Entwicklung von Nominallohnsteigerungen und Zuwächsen des allgemeinen Preisniveaus konstatieren;
- (d) die Nominallohnentwicklung in den einzelnen Sektoren der Industrie unterliegt im Falle des dominant intensiven Akkumulationsregimes einer Tendenz der Homogenisierung;

- (e) die Produktivitätsentwicklung in den Leitsektoren der Ökonomie, in denen die wissenschaftlichen Methoden der Arbeitsorganisation und die fordistischen Produktionstechnologien den höchsten Verbreitungsgrad aufweisen, bestimmt die Nominallohnentwicklung dieser Sektoren (diess. 1980, S. 548ff.).

Zusammen mit den kaufkraftstabilisierenden Wirkungen des indirekten Lohnes verweisen diese Zusammenhänge auf gegenüber dem dominant extensiven Akkumulationsregime neue Regeln der Lohnbildung. Die entlang der Steigerung der Arbeitsproduktivitätszuwächse und der Steigerung der Lebenshaltungskosten verlaufende Aufteilung der Nettowertschöpfung in Löhne und Profite bewirkt sowohl eine verteilungsseitige Stabilisierung der Profitrate wie auch eine nachfrageseitige Gewährleistung der Realisierung produzierter Werte, wobei der Lohnbildungsprozess von den Regulationstheoretikern als Bindeglied zwischen Produktions- und Konsumnorm gefasst wird.

Die Anpassung der Konsum- an die veränderten Produktionsnormen wird von Mazier/Basle/Vidal (1984) durch die Analyse der Struktur der Ausgaben der Lohnabhängigen zu erfassen versucht. Im Periodenvergleich 1921/29 und 1949/73 zeigt sich, daß der Anteil von Ausgaben für Lebensmittel und Kleidung sich um die Hälfte reduziert hat. Dies verweist nicht allein auf Fortschritte der Arbeitsproduktivität in der Konsumgüterproduzierenden Abteilung, wie sie von Aglietta am Beispiel der USA unter dem Gesichtspunkt der Steigerung der Mehrwertrate analysiert wurden, sondern auch auf die verstärkte Teilhabe der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Produktivitätsfortschritt, die mit einer Umwälzung der Konsumnormen und Lebensweisen verbunden ist.

Über die Bedeutung institutioneller Formen und damit des Typus von Regulation für die Formveränderungen des ökonomischen Prozesses ist mit dieser Liste empirischer Ergebnisse aber noch keine weiterführende Auskunft gegeben. Eine solche könnte sich erst durch Plausibilitätsüberlegungen und durch die Anknüpfung an das originäre Verständnis von Regulation ergeben: Da sich für die beschriebenen Bestimmungsfaktoren des "fordistischen" Lohnverhältnisses keine ökonomischen oder politischen Automatismen angeben lassen, so ließe sich i. S. der Regulationstheorie formulieren, müssen Formveränderungen des Akkumulationsregimes und der Regulationsweise die entscheidende Rolle gespielt haben. Die Anbindung der Nominallöhne an die Inflations- und Produktivitätssteigerungsrate ließe sich dabei als "historische Fundsache" (Lipietz) begründen. Da diese Struktur für die Akteure handlungsleitend und verhaltensrelevant ist - ob kodifiziert oder nicht, spielt keine Rolle -, stellt sie in diesem Verständnis eine strukturelle Form und ein Moment monopolistischer Regulation dar.

Eine solche Interpretation kann sich zwar vordergründig dem Funktionalismusvorwurf entziehen, indem sie etwa auf nicht-intendierte Wirkungen sozialer Handlungszusammenhänge abstellt. Solange aber die Genese

institutioneller Formen nicht genauer bestimmt werden kann, ist die Argumentation von Lipietz wenig überzeugend. Wenn auch vermäntelt als "historische Fundsachen" werden letztlich doch wieder ex post alle gleichgewichtsinduzierenden Strukturen und Formen als Formen der Regulation gefasst. Die Trennschärfe des Begriffes wird so aufgeweicht und zu einem analytischen passepartout gemacht. Bevor ich versuche, diese bereits oben angedeutete Schwäche des Konzepts institutioneller Formen auf seine theoretischen Implikationen zu untersuchen, sollen zunächst noch einige sich aus der empirischen Beschreibung gesellschaftlicher Prozesse ergebende Fragen herausgearbeitet werden.

Dank der guten empirischen Fundierung vermag die Studie von Mazier/Basle/Vidal den Nachweis zu führen, daß der französische Kapitalismus des 20. Jahrhunderts durch eine Abfolge von Strukturformationen gekennzeichnet ist, wobei jedes historische Ensemble gesellschaftlicher Strukturen sich durch genuine Stabilitäts- und Instabilitätsprozesse auszeichnet. Allerdings wird von den Autoren der Übergang von einem Akkumulationsregime zum anderen nicht genauer untersucht. Die für den französischen Fall entscheidende Zeitperiode zwischen 1930 und 1948/49, in der sich das dominant intensive Akkumulationsregime mit Massenkonsum und die monopolistische Form der Regulation herausbildete, wird wesentlich durch behelfsmäßige Hypothesen ausgefüllt. So erklären sie in Anschluß an Boyer/Mistral (1978) und Boyer (1979) die Krise des dominant extensiven Akkumulationsregimes aus der Scherentwicklung von Arbeitsproduktivität und Reallöhnen, die sich in einer relativen Stagnation der Konsumnachfrage bei gleichzeitiger Ausweitung der Produktion niederschlug. Die Anpassungen und Transformationen des Akkumulationsregimes sowie der institutionellen Formen an diese krisenhaften ökonomischen Konstellationen bleiben aber sowohl in dieser Studie als auch in den historischen Untersuchungen der anderen Regulationisten erstaunlich vordergründig (vgl. zur Krisentheorie ausführlicher IV. Kap.). Der Vergleich zweier unterschiedlicher Akkumulationsregimes ist zwar für sich genommen durchaus instruktiv, unter dem Gesichtspunkt der Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse aber nicht weiterführend. Das Verfahren ähnelt der Methode statisch-komparativer Untersuchungen der ökonomischen Theorie, die allein Gleichgewichtszustände vergleicht und die Wege zum Gleichgewicht aus der Analyse ausspart.

Prototypisch für diese Lücke ist die Argumentation Boyers in einer seiner historischen Studien (Boyer 1979; 1979b): Seit Mitte des 19. Jahrhunderts, so Boyer, lassen sich in Frankreich Versuche zur Überschreitung der Grenzen des alten Akkumulationsregimes verzeichnen: "Die Versuche sind von zwei Triebkräften bestimmt: Der Suche der Kapitalisten nach neuen Bedingungen der Ausbeutung der Arbeitskraft und die Entstehung eines besonderen Typus von Arbeitskämpfen, die zum Inhalt haben, die Beschäftigung von Frauen und Kindern zu begrenzen, die Dauer des Arbeitstages zu verkürzen und Lohnzuwächse zu erreichen. Genau das sind die Faktoren, die zum Übergang in ein neues Akkumulationsregime beitragen" (Boyer 1979b, S. 24; Übersetzung und Hervorhebung K.H.). Diese

Argumentation Boyers schwankt zwischen der Beschreibung historischer Prozesse und vagen Andeutungen über ursächliche Prozesse. Eine exakte analytische Verknüpfung von neuen Akkumulationsstrategien der Kapitale und Formen der Klassenkämpfe wird nicht geleistet. Entsprechend bleibt der Übergang von Regimen eine "black box". Dem von Noel (1986, S. 25) vorgetragenen Einwand ist deshalb nachdrücklich zuzustimmen: "Class action remains an exogenous element brought into the discussion to close the explanation. But not much is said about the logic of class action itself, which remains a fairly ad hoc element in an incomplete theory". Nicht der Hinweis auf Klassenauseinandersetzungen und deren transformierende Wirkungen auf den ökonomischen und institutionellen Prozess ist mithin das Problem, sondern die methodische "Behandlung" der Klassenkämpfe als eine Form von Residual-Variabler, die all die Prozesse zu erklären hat, die innerhalb des theoretischen Systems offenbleiben.

Die preistheoretische Variante des Regulationsansatzes, so könnte man zusammenfassend formulieren, entbehrt einer präzisen theoretischen Fundierung. Trotz der vor allem von Boyer angeführten vielfältigen theoretischen Bezugspunkte kennzeichnet diesen Ansatz eindeutig einen ausgeprägten *Nominalismus*. Im besten Fall werden deskriptive Aussagen regressionsanalytischen Untersuchungen unterzogen und damit der Plausibilitätsgrad der sog. "historischen Gesetze" erhöht. Im schlechtesten Falle werden historische Prozesse der Kapitalakkumulation in das Begriffsraster des Regulationsansatzes eingeordnet und damit katalogisiert. Mit Bezug auf die von Boyer reklamierte Verankerung seiner Interpretation von Regulation könnte man die Vermutung äußern, daß dieser Zweig der Regulationsschule eine vergleichbare Entwicklung einschlägt wie ihr historischer Ahnherr: Die systematische Deskription historischer Prozesse unter Verzicht auf die Formulierung theoretischer Sätze. Oder, wie Coase (1984, S. 230), in Bezug auf die US-amerikanischen Institutionen, formulierte: "Ohne Theorie hatten sie nichts anderes zu übermitteln als eine Menge deskriptiven Materials, das auf eine Theorie oder den Ofen wartete". Die umfangreichen empirischen Untersuchungen der Regulationisten haben ohne Zweifel einen hohen Informationsgehalt. Der Erklärungsgehalt dieser Untersuchungen ist aber, immer gemessen an den von den Regulationisten selbst formulierten hohen analytischen Ansprüchen, in aller Regel gering. Die zentrale Ursache dieses Mangels liegt m.E. in dem unpräzisen und nur in geringem Maße theoretisch fundierten Konzept der "institutionellen Form". Es wurde bereits ausgeführt, daß es sich bei diesem Begriff innerhalb der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes um einen konzeptionellen Schlüsselbegriff handelt: Was das Marktkonzept in der neoklassischen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts darstellt, soll in der Regulationstheorie das Konzept der institutionellen Form verkörpern. In beiden Fällen ist das damit jeweils verbundene Konzept von Regulation auf der Ebene der Zirkulation angesiedelt. Die analytische Aufgabe der Regulationstheorie wäre es eigentlich, die theoretische wie empirische Überlegenheit des Konzeptes der institutionellen Form gegenüber dem Konzept des Marktes zu demonstrieren. Wie bislang gezeigt wurde,

beschränkt sich der Regulationsansatz allein auf die Bearbeitung der empirisch-deskriptiven Aufgabe dieser Übung.

### 3.2. "Institutionalistische" Theoriealternativen

Dem selbstgesteckten Anspruch, eine tragfähige Alternative zu der neoklassischen Theorie des allgemeinen Gleichgewichts zu entwerfen, vermag die preistheoretische Variante des Regulationsansatzes, zumindest in ihrer heutigen Ausprägung, nicht einzulösen. Allerdings ist dieser Anspruch auch äußerst schwierig zu verwirklichen – und zwar nicht etwa wegen der analytischen Stärken der neoklassischen Theorie, sondern wegen der selbstgestellten Aufgabe, den ökonomischen Theoriebildungsprozess unter der Prämisse historischer Zeit anzugehen. Die seit einiger Zeit auch in der marxistischen Diskussion hervorgehobene analytisch-konzeptionelle Stärke der Neoklassik gründet letztlich allein auf deren methodologischem "Trick", allein mit der Prämisse logischer Zeit zu operieren. Auf diese Weise erscheint es als keine besondere Leistung, logisch konsistente und formal elaborierte Modelle zu konstruieren: Die Eskamottierung historischer-realer Prozesse bietet dafür die beste Gewähr. So gesehen ist dieses methodische Vorgehen der Neoklassik deren eigentliche Schwäche, die deshalb auch zu Recht von den Regulationstheoretikern in das Zentrum ihrer Kritik gerückt wurde. Die abstrakte Benennung dieses methodischen Tricks reicht aber für den Entwurf einer alternativen theoretischen Fassung der Problemstellung nicht aus. Um den methodisch-konzeptionellen Fehlgriff der neoklassischen Theorie zu vermeiden und dem logisch-abstrakten Marktkonzept ein tragfähiges Alternativkonzept entgegenzusetzen, wäre es notwendig gewesen, sich sehr viel stärker grundlagentheoretisch mit den vielfältigen Bemühungen auseinanderzusetzen, die sich dem Problem der historischen Zeit für die ökonomische Theoriebildung widmen. Und eine weitere theoretische Grundlagendebatte hätte von dieser Variante der Regulationstheorie sehr viel ausführlicher geführt werden müssen: Die Auseinandersetzung mit den verschiedensten institutionalistischen Theorien. Es erscheint doch immerhin erstaunlich, daß eine so ambitionierte theoretische Anstrengung wie die Formulierung einer Theorie der Regulation, die den Schlüsselbegriff "Markt" der orthodoxen Ökonomie durch den Begriff der institutionellen Form ersetzen will, die vielfältigen Bemühungen der Erarbeitung einer institutionalistischen ökonomischen Theorie einfach außer Betracht läßt. Von einer solchen Auseinandersetzung wäre zumindest zu erwarten gewesen, in Abgrenzung gegenüber anderen theoretischen Konzepten die Schlüsselkategorien des eigenen Ansatzes besser theoretisch fundieren und das hohe Maß an Nominalismus vermeiden zu können.

Dieser Einwand ist gegenüber der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes deshalb so stark zu machen, weil diese sich explizit gegen die institutionalistischen und historischen Leerstellen der herkömmlichen ökonomischen Theorien richtet. Dominierte etwa bei Aglietta (1979) noch das Anliegen, die abstrakten Kategorien eines theoretischen Kon-

zeptes – der Marxschen Werttheorie – durch die Entwicklung sog. intermediärer Konzepte für die Analyse konkret-historischer Prozesse fruchtbar zu machen, so beansprucht die preistheoretische Variante des Regulationsansatzes ein analytisches Schlüsselkonzept durch ein anderes zu *ersetzen*. Zwischen Struktur- und Handlungsebene wird ein mesotheoretisches Feld eröffnet, dem allerdings klare Strukturen und systematisierende Aussagen über die jeweiligen Vermittlungszusammenhänge weitgehend fehlen. Mit dieser Unterlassung läuft der Regulationsansatz zumindest Gefahr, von theoretischen Anstrengungen mit ähnlicher Zielsetzung in der analytischen Erklärungsreichweite übertroffen zu werden.

Um diesem Hinweis etwas verständlicher zu machen, möchte ich auf wenigstens zwei dieser Diskussionsstränge eingehen. Eine dieser Debatten verläuft innerhalb oder am Rande der neoklassischen Theorie und bemüht sich darum, die institutionelle Leerstelle zu schließen, indem sie – auf der Basis neoklassischer Theorie – institutionelle Strukturen theoretisch zu begreifen versucht. Der zweite Strang ist die sog. "Social Structure of Accumulation – School" aus den USA, die in ihrem Bemühen um eine radikale institutionalistische Theorie einen Begriffsapparat aufgebaut hat, der frappante Ähnlichkeiten mit dem Regulationsansatz aufweist. Ich führe beide theoretischen Entwicklungslinien an dieser Stelle nur deshalb ein, um zu zeigen, daß der von den Regulationisten zumindest unterschwellig genährte Eindruck, sie würden mit ihrem Entwurf einer institutionalistischen Theorie theoretisches Neuland betreten, nicht aufrecht erhalten werden kann.

### 3.2.1. *Der SSA – Ansatz*

Zeitlich nahezu parallel mit der Herausbildung des Regulationsansatzes in Frankreich entstand in den USA im Umkreis der "Radical Economists" eine als "Social Structure of Accumulation" (SSA) bezeichnete Theorie, die viele Prämissen und Grundannahmen mit dem Regulationsansatz teilt. Aufbauend auf den ersten Arbeiten von Gordon (1978; insbes. 1980), die sich um die Formulierung einer polit-ökonomisch-institutionalistischen Theorie langer Zyklen i.S. von Kondratieff-Zyklen bemühten, sind mittlerweile eine Vielzahl von Untersuchungen und Analysen entstanden, die sich vor allem mit der Entwicklungsgeschichte und Organisationsform des US-amerikanischen Kapitalismus beschäftigen (vgl. etwa Bowles/Edwards 1985; Bowles/Gintis 1982; Bowles/Gintis 1986; Bowles/Gordon/Weisskopf 1983; Edwards 1981; Gordon/Weisskopf/Bowles 1983). Ausgehend von den Arbeiten von Gordon will ich zunächst skizzenhaft die Ähnlichkeiten und Differenzen zwischen dem SSA – Ansatz und der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes herausarbeiten. Beide Ansätze zeichnen sich allgemein dadurch aus, daß sie unter Verzicht auf die Marxsche Werttheorie polit-ökonomische Aussagen über die widersprüchlichen Bewegungsprozesse kapitalistischer Ökonomien zu formulieren versuchen.

Wie den Regulationstheoretikern geht es Gordon und den Vertretern des SSA-Ansatzes in ihren Untersuchungen der langfristigen Entwicklung des US-amerikanischen Kapitalismus weniger um eine präzise zeitliche Fixierung unterschiedlicher Entwicklungsphasen als vielmehr um die unterschiedliche strukturelle und institutionelle Gestalt von Phasen beschleunigter und verlangsamter Akkumulation. Wiederum wie die Regulationstheoretiker gehen auch die Vertreter des SSA-Ansatzes von einem Akkumulationsimperativ aus, der in kapitalistisch verfassten Ökonomien wirkt und der die Struktur und Dynamik der Entwicklung leitet. Die Akkumulation von Kapital, so die SSA-Vertreter in Einklang mit den Regulationisten, erfolgt in und erfordert einen bestimmten gesellschaftlichen Rahmen, der Akkumulationsentscheidungen erst zulässt und zu kalkulierbaren, wenn auch hinsichtlich ihren Konsequenzen nicht sicheren Handlungen macht. Als Hypothese formuliert Gordon (1980, S. 12) deshalb:

"Relative stability in the general social and economic environment affecting the possibilities for capital accumulation is a necessary condition for sustained and rapid accumulation; without such structural stability, the pace of accumulation in a capitalist economy is likely to slacken".

Dieses "general social and economic environment" löst Gordon in eine Reihe von – in der Sprache der Regulationstheorie – institutionellen Formen auf, die als gesellschaftliche Struktur der Akkumulation (social structure of accumulation) gefasst werden. Auf der Grundlage der Basis-institute kapitalistisch verfasster Ökonomien lassen sich in der historischen Entwicklung eine Reihe solcher gesellschaftlicher Strukturen der Akkumulation unterscheiden:

"Each social structure of accumulation is a long-lived but not permanent feature of capitalism. Typically each social structure lasts for several decades... the U.S. economy has passed through three social structures of accumulation in roughly 150 years. Each social structure lasts a long time because it is rooted in highly durable social relationships: sets of laws, institutions, class relationships, organizations of political parties, and customary ways of producing and consuming. Each of these arrangements, once established, works to the advantage of particular groups in the society, who become this accumulation structure's natural defender. Unless these groups are weak or divided, the social structure of accumulation thus typically takes a long time to change."

Gordon unterscheidet bei seinem Versuch einer Theorie der SSA insgesamt nicht weniger als dreizehn Dimensionen oder Institutionen, die den Kern einer SSA ausmachen sollen. Die SSA ist Gordon zufolge allerdings mehr als die bloße Aggregation dieser einzelnen institutionellen Formen; zwischen den institutionellen Formen wird von ihm vielmehr eine Interdependenz behauptet, die der SSA eine eigenständige interne Struktur verleiht. Diese Interdependenzhypothese birgt wenigstens zwei Konsequenzen in sich: (a) die gesellschaftliche Umwelt muss eine integrierte

Strukturform aufweisen, wenn ein stabiler Akkumulationsprozess gesichert werden soll; (b) Veränderungen irgendeiner institutionellen Form pflanzen sich mit hoher Wahrscheinlichkeit in der integrierten Struktur fort und lösen dadurch Instabilitäten in jeder einzelnen institutionellen Form aus (vgl. Gordon 1980, S. 17). Der Begriff der gesellschaftlichen Struktur der Akkumulation weist offensichtlich starke Übereinstimmungen mit dem Begriff der Regulationsweise auf. Beide Begriffe markieren eine historische Entität, die sich nicht einfach aus dem ökonomischen Prozess ableiten lässt, sondern ein "Eigenleben" führt, d.h. die über eigene interne Widerspruchspotentiale verfügt. Zwischen ökonomischem Prozess und gesellschaftlicher Struktur der Akkumulation lassen sich demnach zwei Artikulationskanäle denken, die sich als alternative Hypothesen formulieren lassen: (a) endogene Instabilitäten der SSA steigern potentiell die Wahrscheinlichkeit des Eintritts ökonomischer Krisen, weil dadurch die dezentral getroffenen Akkumulationsentscheidungen ihre etablierte Kalkulationsgrundlage verlieren; (b) machen sich ökonomische Stagnationstendenzen bemerkbar oder brechen institutionelle Widersprüche innerhalb der SSA auf, dann kommt es sowohl zu einer Blockade des Akkumulationsprozesses als auch zu einer Auflösung der SSA (vgl. Gordon 1980, S. 20). Das Verhältnis zwischen SSA und Akkumulationsprozess kann also prinzipiell in zwei Richtungen gelesen werden: Die Entwicklung interner Widersprüche der SSA kann eine ökonomische Krise auslösen wie auch der Akkumulationsprozess selbst die Grundlagen der SSA bzw. einzelne ihrer institutionellen Formen zerstören und so eine ökonomische Krise herbeiführen kann. Während es in den ersten Arbeiten der SSA-Vertreter noch weitgehend offen bleibt, ob es sich eher um ein Korrespondenz- oder eher um ein Kausalverhältnis handelt, deuten die jüngeren empirischen Arbeiten darauf hin, daß zwischen Akkumulationsprozess und SSA eine Korrespondenzbeziehung behauptet wird (vgl. etwa Bowles/ Gordon/ Weisskopf 1986). Entsprechend findet sich dann auch die bereits von der Regulationstheorie bekannte Schlußfolgerung, daß die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Struktur der Akkumulation die notwendige Bedingung für die Überwindung der ökonomischen Krisenphase sei:

"Given the virtual impossibility of restoring the former social structure of accumulation and given the necessity of a stable structure of accumulation for sustained and rapid accumulation, a new social structure of accumulation is a necessary condition for the restauration of the possibility of sustained and rapid capital accumulation after a period of economic crisis" (Gordon 1980, S. 21).

Eine solche neue gesellschaftliche Struktur der Akkumulation, so die weitere These, ist weder das Produkt sozialtechnologischer Planungen noch das markt- oder wertgesetzmäßige Resultat ökonomischer Anpassungsprozesse. Wie die Regulationstheoretiker behaupten auch die SSA-Vertreter, daß die Klassenkämpfe und die sozialen Auseinandersetzungen über die Gestalt und den Gehalt des neuen Zusammenhangs institutioneller Formen, einmal gefasst als Regulationsweise und einmal gefasst als gesellschaftliche Struktur der Akkumulation, entscheiden. Weil diese

gesellschaftlichen Auseinandersetzungen innerhalb der etablierten institutionellen Formen verlaufen, spricht Gordon sogar davon, daß der SSA-Ansatz die institutionellen Veränderungs- und Transformationsprozesse endogen bestimme (vgl. Gordon 1980, S. 22). Diese Einschätzung ist allerdings vordergründig. Indem der SSA-Ansatz ähnlich wie die multidimensionalen Begriffe des Regulationsansatzes nahezu alle Strukturbeziehungen kapitalistisch verfasster Ökonomien in ihr Variablen-system aufnimmt, werden letztlich auch die institutionellen Transformationsprozesse "endogen" bestimmt. Erforderlich sind dazu aber theoretische Hierarchisierungen und Zuordnungen der Variablen. Auf die von den SSA-Vertretern gewählten Hierarchisierungen der Variablen werde ich gleich eingehen.

Angesichts der weitreichenden Übereinstimmungen in den konzeptionellen Grundlagen des SSA- und des Regulationsansatzes erstaunt es denn auch nicht, daß Robert Boyer der französischsprachigen Ausgabe von "Beyond the waste land" des Autorengespannes Bowles/ Gordon/ Weisskopf (1985) ein umfangreiches Nachwort beigesteuert hat, in dem er u.a. die Schlüsselkategorien beider Ansätze vergleichend diskutiert (Boyer 1984a)<sup>62</sup>. Dort werden auch von Boyer die weitreichenden konzeptionellen Ähnlichkeiten konstatiert; Differenzierungen werden von Boyer allein soweit vorgenommen, als er auf die breitere empirische Basis der regulationstheoretischen Arbeiten verweist, die auch zu einer grösseren kategorialen Ausdifferenzierung des Regulations- gegenüber dem SSA-Ansatz beigetragen habe (vgl. Boyer 1984a, S. 25 ff.). Allerdings konstruiert Boyer andere Entsprechungsverhältnisse zwischen beiden Ansätzen als sie von mir vorgenommen wurden. So ist ihm zufolge das regulationstheoretische Pendant zum Begriff der gesellschaftlichen Struktur der Akkumulation die Kategorie "Akkumulationsregime". Demgegenüber wurde von mir die Gegenüberstellung von gesellschaftlicher Struktur der Akkumulation und Regulationsweise vorgenommen. Tatsächlich schließen die von Gordon unterschiedenen dreizehn Strukturdimensionen einer SSA sowohl die vom Regulationsansatz genannten Strukturdimensionen des Akkumulationsregimes wie der Regulationsweise ein. Wenn ich dennoch an dem kategorialen Entsprechungspaar gesellschaftliche Struktur der Akkumulation/ Regulationsweise festhalte, dann allein aus dem Grund, weil der Grundgedanke der SSA vorrangig auf die notwendigen Stabilisierungsleistungen institutioneller Formen zur Kapitalakkumulation abstellt und genau diese Stabilisierungsleistungen auch mit dem analytischen Gehalt der Kategorie der Regulationsweise übereinstimmt. Die Ausführung von Boyer, wonach die Kategorien gesellschaftliche Struktur der Akkumulation und Akkumulationsregime frappante Übereinstimmungen aufweisen<sup>63</sup>, gilt deshalb m.E. auch für das Entsprechungspaar gesellschaftliche Struktur der Akkumulation/ Regulationsweise.

Für den Vergleich zwischen Regulationsansatz und der SSA-School ist nun interessant, wie letztere versucht, den Einfluß institutioneller Formen auf den Prozess der Kapitalakkumulation theoretisch zu erfassen. Methodisch-technisch handelt es sich darum, die Vielzahl institutioneller For-

men so zu ordnen und in einen theoretischen Zusammenhang zu stellen, daß die Zahl der Variablen der Zahl der Gleichungen entspricht. Nur auf einem solchen Wege ist es möglich, die Einführung von Residualvariablen, wie dies innerhalb der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes zu konstatieren war, zu vermeiden. Ich werde die Vorgehensweise der SSA-Vertreter anhand der Erklärung des relativen Rückgangs der Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität in den USA, dem sog. "productivity slow down" demonstrieren. Dieses Beispiel ist deshalb instruktiv, weil der relative Rückgang der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität im Rahmen der Erklärung der "Krise des Fordismus" bei den Regulationisten eine zentrale Rolle spielt (vgl. dazu IV. Kap.).

Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird im Rahmen der Regulationstheorie, wie mehrfach bereits gezeigt, unter den Gesichtspunkten der Eröffnung von profitratenneutralen Verteilungsspielräumen und der sektoralen Kapitalakkumulation bzw. dem Verdichtungsgrad der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion analysiert. In beiden Fällen sind die hohen und stetigen Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität der entscheidende Grund für den virtuous circle der Kapitalakkumulation nach dem Zweiten Weltkrieg. Folgerichtig wird der Rückgang dieser Zuwachsraten, wenn auch mit teilweise unterschiedlichen Argumentationsfiguren, von den Regulationstheoretikern denn auch zur zentralen Ursache der Krise des Fordismus in den frühen siebziger Jahren stilisiert (vgl. IV. Kap.). Im SSA-Ansatz wird eine nahezu identische Argumentation verfolgt. Von Weisskopf/Bowles/Gordon (1983) wurde zur Erklärung der langfristigen Produktivitätsschwäche der US-amerikanischen Ökonomie ein "gesellschaftliches Modell der Produktivität" entwickelt, das die Grundintentionen des SSA-Ansatzes aufnimmt<sup>64</sup>. Die Produktivitätsschwäche der US-amerikanischen Industrie wird allgemein (a) mit einem rückläufigen Grad der Arbeitsintensität und (b) mit einer Verlangsamung des technologischen Innovationstempos erklärt. Beide Ursachenkomplexe sind selbst wiederum Ausdruck mehrdimensionaler Konstellationen:

(a) Unter Rückgriff auf die Literatur der Arbeitsprozessdebatte (vgl. etwa Wood 1986) und die Figur des "offenen Arbeitsvertrages"<sup>65</sup> wird die Arbeitsintensität analytisch als Variable zur Erklärung der Arbeitsproduktivität eingeführt, die selbst wiederum im Kern von dem Grad der Kontrolle des Kapitals über die Arbeiter und der Arbeitsmotivation bestimmt wieder. Die Kontroll- und Motivationsaspekte selbst ergeben sich als Funktionen folgender Variablen:

$$(1) E = I \times S \times D (U, IH, R)$$

$$(2) M = M (W!, B, M^*)^{66}$$

Die effektive Kontrolle des Kapitals über die Arbeitskraft (E) hängt demnach (a) von dem Drohpotential und dessen wahrscheinlichem Umsetzungsgrad sowie (b) dem Organisationsgrad der Beschäftigten, (c)

den mengen- und qualifikationsmäßigen Arbeitsmarktkonstellationen und (d) dem unmittelbaren Aufsichtsgrad im Arbeitsprozess ab. Die Motivation der Beschäftigten (M) ist abhängig von der Form des Lohnsystems und den direkten Arbeitsbedingungen. Je höher demnach der Grad der Kontrolle des Kapitals über den Arbeitsprozess und je höher der Grad der Arbeitsmotivation, desto höher c.p. die Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität.

(b) Die zweite Bestimmungsgröße der Arbeitsproduktivität ist das Maß technologischer Innovationen. Während etwa in der neoklassischen Theorie technischen Fortschritts und Wachstums davon ausgegangen wird, daß der technische Fortschritt zum Produktionswachstum residual beiträgt und der technische Fortschritt einen konstanten Parameter darstellt, rekurren Weisskopf/Gordon/Bowles auf die Schumpetersche Figur der "kreativen Zerstörung" (vgl. Schumpeter 1911) und dessen Konzept der Konkurrenz: Die implementierte technische Fortschrittsrate hängt von dem exogenen Fluß von Inventionen und dem jeweiligen innovativen Druck auf den Unternehmenssektor ab:

$$(3) T = T^* + aC$$

Die implementierte technische Fortschrittsrate (T) hängt ab (i) von der exogenen Wachstumsrate des technischen Wissens ( $T^*$ ), (ii) der Anpassungsreaktion der Unternehmen an veränderte kompetitive Konstellationen (c) und (iii) dem Niveau des kompetitiven Drucks zur Steigerung der Produktionseffizienz (C). Neben diesen beiden zentralen Variablen nennen Weisskopf/Bowles/Gordon darüberhinaus noch den Auslastungsgrad der Produktionskapazitäten, das Maß der Kapitalintensität sowie die Veränderungen der relativen Preise im Hinblick auf den Bezug externer Waren zur Modernisierung der Arbeitsprozesse, die auf das Tempo der technischen Fortschrittsrate einwirken.

Die Kombination der Gleichungen (1) - (3) ergibt das "gesellschaftliche Modell der Produktivität", das die Entwicklung der Arbeitsproduktivität als multiplikative Funktion mehrerer Variablen beschreibt. Diese Variablen selbst sind wiederum historisch spezifische institutionelle Formen, die das notwendige Ambiente für den Prozess der Kapitalakkumulation bereitstellen. Mittels einer multivarianten Regressionsanalyse und unter Zugrundelegung empirisch operationalisierter Indikatoren versuchen die Autoren dieses Modell zu testen. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird dazu in zwei zeitliche Perioden zerlegt (I: 1966 - 73; II: 1973 - 79), die an der Referenzperiode 1948 - 1966, der Phase "fordistischer Prosperität", gemessen werden. Diese Phaseneinteilung soll es erlauben, die Zuspitzung der Produktivitätsschwäche ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre von dem Eintritt der Produktivitätskrise seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zu unterscheiden. Die Arbeitsproduktivität wird gemessen als reales Produktionsergebnis je produktiv Beschäftigten im Unternehmenssektor (ohne Landwirtschaft). Die statistischen Resultate

sprechen für die empirische Robustheit dieses Modells gesellschaftlicher Produktivität:

Von 1948 – 1966 stieg die Arbeitsproduktivität um jahresdurchschnittlich 2,88 vH an; in der Phase I fiel diese Rate auf 2,19 vH p.a. – was einen jahredurchschnittlichen Rückgang von 0,69 vH gegenüber der Referenzperiode ausmacht. In der Phase II, 1973 – 1979, betrug der jahresdurchschnittliche Rückgang gegenüber der Referenzperiode 2,0 vH. Der Rückgang der Arbeitsintensität kann in der Phase I 63 % des Rückgangs der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität erklären, gefolgt von dem Nachlassen des innovativen Drucks auf die Unternehmen mit 19 %, gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und Widerständigkeiten der Arbeitskräfte mit 18 % und dem Rückgang des Kapazitätsauslastungsgrades mit 16 %. Auch für die Phase II können die gesellschaftlichen Faktoren (Arbeitsintensität, innovativer Druck, gesellschaftliche Auseinandersetzungen) fast drei Fünftel des Rückgangs der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität erklären.

Die einzelnen Ergebnisse dieses operationalisierten Modells der Zusammenhänge zwischen institutionellen Formen und Akkumulation sind an dieser Stelle nicht von weiterem Interesse. Tatsächlich dürfte sogar die von Bowles/Gordon/Weisskopf vorgenommene Operationalisierung der institutionellen Formen die eigentliche Schwachstelle dieses Konzeptes ausmachen. Interessanter und für den Bezug zur Regulationstheorie wichtiger erscheint mir der Versuch dieser Autoren, die institutionellen Formen nach theoretischen Gesichtspunkten hierarchisch zu ordnen und sie in einen theoretischen Zusammenhang zu stellen sowie Kausalitätsrichtungen festzulegen. Im Vergleich mit der Regulationstheorie augenfällig ist darüber hinaus die Bemühung, neben auf der Zirkulationsebene liegende institutionelle Formen auch die Ebene der Produktion und des Arbeitsprozesses zu berücksichtigen. Dieser auch von Aglietta in seiner Kategorie der strukturellen Form betonte Zusammenhang ist dem der Keynesischen Kreislauflogik verpflichteten preistheoretischen Regulationsansatz zunehmend abhanden gekommen. Ob allerdings der SSA-Ansatz über den Nachweis "institutions do matter" hinausführen kann, darf bezweifelt werden. Dazu wäre es notwendig, auch weiterführende theoretische Aussagen über die Entstehung und die Transformation institutioneller Formen zu treffen. Der SSA-Ansatz ist unter diesem Aspekt aber als rein "outputorientiert" einzuschätzen, der allein auf die quantitative Erfassung der Wirkungen von Institutionen auf den ökonomischen Prozeß abstellt.

### *3.2.2. Der neoklassische Institutionalismus*

Die Vertreter des preistheoretischen Regulationansatzes geben sich in ihren Arbeiten viel Mühe, immer wieder auf die methodologischen und analytischen Schwächen der neoklassischen Theorie hinzuweisen. Mit guten Argumenten wurde die zentrale methodologische und epistemologische Schwäche dieses Theoriegebäudes benannt: die Prämisse der logischen

Zeit. Auf diese Weise ist es der neoklassischen Theorie bis heute erfolgreich gelungen, die Strukturen und Probleme der "real world" (Davidson) von ihrem kategorialen Apparat fernzuhalten. Allerdings haben die Vertreter des Regulationsansatzes, in ihrem Bemühen um die Formulierung einer alternativen, auf der Prämisse historischer Zeit aufbauenden Theorie der Regulation, es versäumt, die "innerparadigmatische" Kritik an dieser Theoriekonstruktion mitzuverfolgen und kritisch aufzuarbeiten. Mit diesem Versäumnis setzen sich die Regulationstheoretiker zumindest der möglichen Anti-Kritik von Neoklassikern aus, ein Potemkinsches Dorf aufgebaut zu haben, das leicht zum Einsturz gebracht werden kann. Innerhalb der neoklassischen Theorie hat sich nämlich in den letzten zwei Jahrzehnten eine lebhafte Debatte darüber entwickelt, inwieweit die mit der Prämisse der logischen Zeit verbundene Annahme vollständiger und unendlich schneller Information der ökonomischen Akteure, gefasst in der Figur des Walrasschen Auktionators, aufrechterhalten werden könne. Eines der Resultate dieser Debatte besteht darin, wie im weiteren kurz gezeigt wird, neben dem Markt als weiterhin zentraler Allokationsinstanz auch sog. "soziale Institutionen" in den Blickwinkel der Analyse zu rücken.

In seiner bilanzierenden Arbeit über die ersten zehn Jahre Regulationstheorie geht Boyer (1986c, S. 60) sehr kursorisch auf einige dieser Versuche der "aufgeklärten Neoklassik" (ebd.) ein. Die mit diesen Arbeiten verbundenen analytischen Herausforderungen für eine nicht-neoklassische Theorie der Regulation werden von ihm aber offensichtlich übersehen. Betrachtet man Arbeiten wie etwa die von Schotter (1981) oder Williamson (1985), dann lässt sich das, von mir bereits früher zitierte, Verdikt von Boyer (1979a), daß die neoklassische Theorie nur den universalen Mechanismus des Marktes kenne, nicht aufrechterhalten. Vertreter der neoklassischen Theorie sind in ihren Bemühungen sogar schon weit fortgeschritten, soziale Institutionen als Supplemente oder gar als Alternativen zum traditionellen neoklassischen Konzept des Marktes zu fassen und theoretisch zu erklären. Der Ausgangspunkt dieser theoretischen Versuche, die mit dem Label des "Neuen ökonomischen Institutionalismus" versehen wurden (vgl. dazu auch bereits II.Kap.), ist die Existenz von Informationsproblemen seitens ökonomischer Akteure in einer ökonomischen Welt ohne Walrasschen Auktionator oder eine vollständige Zahl von Arrow-Debreu-Märkten.

Der allgemeine Begriff sozialer Institutionen wird von diesen "neuen Institutionalistern" recht unterschiedlich gefasst. Am interessantesten scheint mir die von Schotter (1981, S. 11) vorgeschlagene Definition, wonach "...a social institution is a *regularity* in social behavior that is agreed to by all members of society, specifies behavior in specific recurrent situations, and is either self-policed or policed by some external authority" (Hervorhebung K.H.). In dieser allgemeinen Fassung ähnelt der Begriff der sozialen Institution in auffälliger Weise der von Boyer gegebenen Definition der institutionellen Form, die ebenfalls auf Regelmäßigkeiten gesellschaftlichen Verhaltens und auf Zustimmung der Akteure abstellt (vgl. dazu Abschnitt 2.2). Einer der Unterschiede besteht allerdings darin, daß das Schottersche

Verständnis auf der Ebene der individuellen Akteure angesiedelt ist und in diesem Sinne auf eine Mikrofundierung sozialer Institutionen zielt, während es bei Boyer und den anderen Vertretern der Regulationstheorie immer um Kollektive oder Klassen geht. Einigkeit besteht aber in beiden Fällen darüber, daß es sich bei sozialen Institutionen bzw. institutionellen Formen um die Herstellung spezifischer Verhaltensweisen in historisch-spezifischen Situationen handelt.

Die Herstellung spezifischen Verhaltens ökonomischer Akteure durch soziale Institutionen wird von den Vertretern des "neuen Institutionalismus" als Prozess der Informationsbeschaffung, -speicherung und -weitergabe interpretiert. So argumentiert etwa Langlois (1986, S. 237), daß "...institutions have an informational-support function. They are, in effect, interpersonal stores of coordinative knowledge; as such, they serve to restrict at once the dimension of the agent's problem-situation and the extent of the cognitive demands placed upon the agent". Eine ähnlich spezifizierte Bestimmung sozialer Institutionen findet sich auch bei Schotter (1981, S. 109): "Social and economic institutions are informational devices that supplement the informational content of economic systems when competitive prices do not carry sufficient information to totally decentralise and coordinate economic activities...we see that although prices convey information concerning the relative scarcity of social resources and thereby create an incentive system for agents to economize, social institutions convey informations about the expected actions of other agents when these actions are not perfectly coordinated by prices and consequently create incentives for such coordinated action. In addition, we see that institutions tend to "codify memory" for the agents in the economy and thereby transform the game they are playing from a game of imperfect recall into one that has what we will call institution-assisted perfect recall". Mit dieser aus der Spieltheorie entlehnten Formulierung ist gemeint, daß die ökonomischen Akteure dank der Existenz sozialer (und ökonomischer) Institutionen in einen Zustand versetzt werden, in dem sie über ihre eigenen früheren Handlungen und die vorausgegangenen Handlungen der anderen Akteure vollständige Informationen besitzen oder erlangen können (institutional-assisted perfect recall). Damit ist zwar nicht gewährleistet, daß sie auch über vollkommene Information bezüglich zukünftigen Handlungen verfügen, wie dies die Prämisse logischer Zeit und damit vollständiger Information der neoklassischen Orthodoxie unterstellt. Aufgrund des institutionell gespeicherten und abrufbaren Wissens über alle Handlungen der Vorperioden lassen sich aber seitens der ökonomischen Akteure strategische Vermutungen bilden, die ein koordiniertes Handeln zumindest potentiell möglich machen. In der spieltheoretischen Fassung sozialer Institutionen bei Schotter kann darüberhinaus auch gezeigt werden, wie eine asymmetrische Ressourcenverteilung strategische Vorteile verschafft, die den Prozess der Institutionenbildung zu beeinflussen vermögen. Soziale Normen und Institutionen, so Schotter resümierend (1981, S. 139), vermögen in eine ursprünglich chaotische gesellschaftliche Situation Ordnung und Struktur und damit auch Stabilität einzuführen.

Mit der Einführung sozialer Institutionen in ein ökonomisches Modell von Tauschbeziehungen wird die zentrale Annahme der traditionellen neoklassischen Theorie, daß nämlich kompetitive Märkte die einzig relevanten Institutionen darstellen und alle handlungsnotwendigen Informationen sich in den auf diesen Märkten ergebenden Preisen verbergen, aufgegeben. Eine solche neoklassische Ökonomie, so Schotter (1981, S. 150), "...has no money, no government, no legal system, no property rights, no banks – in short, none of the many social institutions that are created by societies to help to coordinate their economic and social activities by offering informations not available in competitive prices".

Die auf der Basis dieser Überlegungen formulierte Theorie sozialer Institutionen vermag den engen Rahmen der traditionellen neoklassischen Theorie etwas zu öffnen. Indem sie sich allerdings weiterhin dem Prinzip des methodologischen Individualismus verpflichtet und damit die Individuen und deren Handlungsziele, Handlungszwecke und asymmetrische Handlungsgrenzen als exogen gegeben voraussetzt, bleibt sie im Kern "ökonomistisch". Der analytische Gehalt des Begriffs der sozialen Institution deckt nur einen Teilbereich des Begriffs der institutionellen Form ab, weil sie Entstehung und Funktion von Institutionen allein auf den Informationsaspekt ökonomischen Handelns reduziert. Trotz der den Horizont der neoklassischen Orthodoxie übersteigenden Einsicht in die "bounded rationality" der ökonomischen Akteure werden diese doch letztlich als nach allein rationalen Kalkülen operierende Akteure gefasst. Noch ausgeprägter als bei Schotter wird diese methodologische Vorgehensweise in den Arbeiten von Williamson (etwa 1985) deutlich, der die Entstehung und Funktion von Institutionen in einem Modell der Transaktionskosten, die sich im wesentlichen aus Informationskosten zusammensetzen, diskutiert: Ob ökonomische Austauschbeziehungen über den Markt verlaufen oder durch Institutionen vermittelt werden, entscheidet sich an den komparativen Transaktionskosten. Für spezifische Typen von Transaktionen, so Williamson (1985, S. 31), erweisen sich Institutionen gegenüber dem Markt als überlegen, weil sie die mit den Tauschhandlungen verbundenen Transaktionskosten vermindern.

Trotz dieser Einschränkungen gilt es festzuhalten, daß die neoklassische Theorie längst die von der Regulationstheorie formulierte Herausforderung angenommen hat und sich um den "Einbau" sozialer Institutionen in ihr Theoriegebäude bemüht. Wenn auch in einer äußerst ökonomischen Sichtweise, bei der Kosten- und Nutzenkalküle und mithin utilitaristische Prinzipien der Akteure die entscheidende Rolle spielen, können die institutionalistischen Vertreter der Neoklassik mittlerweile mit Hypothesen über die Entstehung und die Funktion sozialer Institutionen aufwarten. Aus der Sicht der Regulationstheorie mögen diese Antworten unbefriedigend sein. Solange es den Vertretern dieses Ansatzes aber nicht gelingt, ihre eigenen Schlüsselkategorien, wie die der institutionellen Form, zu fundieren und innerhalb eines theoretischen Systems zu verorten sowie den bloß nominalistischen Status zu überwinden, vermögen die abgrenzenden

Verweise gegenüber der Neoklassik, wie auch gegenüber anderen institutionalistischen Theorien, nicht zu überzeugen.



## IV. Kapitel

### 1. Ökonomische Krise und Regulationstheorie

In den einleitenden Bemerkungen dieser Arbeit wurde ausgeführt, daß sich die verschiedenen Varianten der Regulationstheorie um eine Erklärung gesellschaftlichen Wandels bemühen. Ausgehend von dem gemeinsam geteilten Verständnis eines in kapitalistisch verfassten Ökonomien wirken – den Akkumulationsimperativs steht entsprechend im analytischen Zentrum der Prozesse gesellschaftlichen Wandels die Erklärung ökonomischer Krisen. Die von den Regulationstheoretikern entwickelten Kategorien und intermediären Konzepte wurden, wie in den bisherigen Ausführungen rekonstruiert wurde, auf eine solche Weise formiert, daß die jeweiligen Formspezifika historischer Prozesse zur Kenntnis genommen werden können. Bezogen auf die Analyse ökonomischer Krisen hat diese Formierung der theoretischen Konzepte die Möglichkeit eröffnet, in der historischen Entwicklung des Kapitalismus verschiedene Typen ökonomischer Krisen zu unterscheiden, die innerhalb unterschiedlicher institutioneller und regulatorischer Strukturen und Regimes verlaufen. Damit sollen, so etwa Mazier (1982, S. 41), aus der traditionellen marxistischen Theorie bekannte Aussagen wie beispielsweise die von Mandel, wonach es sich bei der Krise von 1974/75 um die 20. Überproduktionskrise seit der Entstehung des Weltmarktes handle, überwunden und zugunsten eines formspezifischen Krisenkonzeptes ersetzt werden. Krisenanalytisch schließt sich dieser Zielsetzung das methodologische Prinzip an, für die historisch unterscheidbaren Krisentypen auch jeweils historisch spezifische Ursachenkomplexe verantwortlich zu machen und damit das theoretische Feld ursächlicher Faktoren potentiell unendlich auszuweiten.

Gut demonstrieren ließe sich dieses methodologische Prinzip am Beispiel der vielzähligen vergleichenden Untersuchungen der Krisen der dreißiger und der siebziger Jahre, die von den Regulationisten vorgenommen wurden. Ich werde allerdings in den weiteren Ausführungen auf eine Diskussion dieser historisch-komparativer Analysen weitgehend verzichten. Angesichts der bislang herausgearbeiteten verschiedenen Varianten und Interpretationen der Regulationstheorie erscheint es mir für die rekonstruktiven Absichten dieser Arbeit zweckdienlicher, die jeweiligen krisentheoretischen Interpretationen am Beispiel *einer* historischen Formation des Kapitalismus herauszuarbeiten und diese vergleichend zu diskutieren. Nachfolgend werden deshalb die von verschiedenen Vertretern der Regulationstheorie entwickelten Erklärungen der "Krise des Fordismus" vorgestellt (Abschnitt 3). Um diese Erklärungen analytisch vergleichbar zu machen, werde ich in Abschnitt 2 eine systematische Übersicht über die (marxistischen) Krisentheorien vorstellen. Zu Beginn dieses Kapitels sollen allerdings zunächst einige Ausführungen zu einem theoretisch adäquaten Krisenbegriff gemacht werden.

## 1.1 Zum Krisenbegriff

In einem Mitte der siebziger Jahre erschienen Buch "Krise und Kapitalismus bei Marx" (Bader et. al. 1975) sprechen die Autoren davon, daß der Begriff der Krise einer inflationären Verwendung ausgesetzt sei, die seinen analytischen Kern zunehmend verwässere und unbrauchbar mache. Zehn Jahre später klagt ein Mitglied dieser Autorengruppe über den Dramatisierungseffekt des Krisenbegriffes, ohne den keine sozialwissenschaftliche Abhandlung mehr auskommen zu können meint: "Normalität wird in Frage gestellt. Entscheidungen werden abverlangt. Je schärfer die Krise, desto aufgewerteter die Theorie, mit der die Krise antizipiert oder diagnostiziert wird" (Ganßmann/ Weggler/ Wolf 1987, S. 135). Und in der Tat: Im Felde der Sozialwissenschaften sind Arbeiten, die den Namen "Krise" im Titel tragen, zu einer wahren Wachstumsindustrie geworden. Der Krisendiskurs der späten siebziger und der achtziger Jahre hat bekanntermaßen durchaus einen realen Kern, zumindest bezogen auf die kapitalistische Ökonomie. Nach mehr als zwei Jahrzehnten stetigen und hohen Wachstums des Sozialprodukts, steigenden Reallöhnen und Vollbeschäftigung sowie der Ausdehnung des Angebots an öffentlichen Gütern sind die mageren Jahre der längst überwunden geglaubten kapitalistischen "Normalität" in die Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft zurückgekehrt. Verlangsamte Zuwachsraten und manches Mal sogar absolute Rückgänge der industriellen Produktion, hartnäckig hohe und in der Tendenz steigende Arbeitslosenzahlen, rückläufige Lohnquoten und dramatisch gewachsene Instabilitäten in der kapitalistischen Weltwirtschaft bestimmen das ökonomische Bild und werden zu einer immer größeren Bedrohung für das Nach-Weltkrieg-II-Projekt der Versöhnung von kapitalistischer Ökonomie und politischer Demokratie. Die Redeweise von der Krise versucht diesen historischen Veränderungen Rechnung zu tragen.

Allerdings sollte nicht jede Veränderung gleich als ein Indiz für eine Krise interpretiert werden. Gerade kapitalistisch verfasste Gesellschaften, so einer der bekannten Kerngedanken der Marxschen Theorie, zeichnen sich durch eine im Zuge des Akkumulationsprozesses vorangetriebene hohe Veränderungsdynamik aus. Dies gilt für die stofflich-technologischen Grundlagen des Akkumulationsprozesses ebenso wie für dessen wertmäßige Gestalt und die institutionellen Bedingungen, innerhalb derer die Akkumulation verläuft. Die Begriffe "Veränderungen" und "Krisen" bedürfen also einer analytisch begründeten Abgrenzung.

Für einen solchen Abgrenzungsversuch nützlich erweist sich zunächst der Rekurs auf den griechischen Ursprung des Begriffes, der den Wendepunkt im Verlauf einer Krankheit beschreibt, bei dem sich entscheidet, ob die eingetretene Krankheit zum Tod oder zur Gesundung führt. Krise ist also genausowenig eine deterministische Kategorie wie sie für jeglichen Subjektivismus oder Voluntarismus offen ist. Bezogen auf den kapitalistischen Akkumulationsprozess bedeutet dies, daß der Krisenbegriff zwischen der Skylla der Zusammenbruchstheorie im Kontext der Theorie "der allgemeinen Krise" und der Charybdis von ewiger bzw. immer wieder

erlangter Gesundheit angesiedelt sein muss. Die Krise ist also immer eine prinzipiell offene Situation, die sich zwischen diesen beiden Polen bewegt.

Darüberhinaus sollte ein analytisch fundierter Krisenbegriff nur auf Konstellationen/ Zustände angewendet werden, die aus der inneren Verfassung des betrachteten Gegenstandes selbst resultieren. Dieses Kriterium von Krise engt die Reichweite des Krisenbegriffs stark ein. Von einer ökonomischen Krise kann nämlich nur dann gesprochen werden, wenn der kapitalistische Akkumulationsprozess aus Gründen gestört wird, die auf die zentralen Variablen dieses Prozesses selbst zurückgeführt werden können. Erklärungsmuster wie die von Jevons, der die zyklischen Schwankungen der Ökonomie auf das Auftreten von Sonnenflecken zurückführte, fallen deshalb genausowenig unter einen analytischen Begriff der ökonomischen Krise wie Erklärungsmuster, die auf Katastrophen der äußeren Natur wie Umweltzerstörungen oder Verknappungen natürlicher Ressourcen oder auch auf psychische Disponibilitäten der Subjekte rekurrieren. Im Umgangsverständnis mögen solche Ereignisse durchaus als Krisen wahrgenommen und verstanden werden; in einem analytischen Sinne, der auf endogene Bedingungskonstellationen abhebt, trägt dies aber allein zur Verwirrung und Vermengung bei.

Ein nach Maßgabe dieses Krisenverständnisses durchgeführtes Forschungsprogramm liegt – wenigstens in Umrissen – mit der Marxschen Theorie vor. Die Marxschen krisentheoretischen Konzepte haben einen Kapitalismus "sans phrase" zum Gegenstand, d.h. beziehen sich auf eine kapitalistische Grundstruktur, die von jeweiligen historischen und nationalen Ausprägungen abstrahiert. Vor allem bei den drei Bänden des "Kapital" handelt es sich, nach modernem analytischem Verständnis, um ein Modell kapitalistischer Ökonomie, in dem die Basistheoreme einer Krisentheorie formuliert werden, ohne daß diese aber selbst abgeschlossen vorgelegt worden wäre<sup>67</sup>. Marx bezieht sein krisentheoretisches Konzept auf den Fundamentalwiderspruch bürgerlicher Gesellschaften, in denen die gesellschaftliche Arbeit in Form von Privatarbeit verausgabt wird und daher die Form von Waren annimmt. In einem solchermaßen verfassten System ist der gesellschaftliche Reproduktionsprozess kein Resultat bewußter Steuerung sondern das nicht-intendierte Ergebnis von Handlungen ökonomischer Akteure. Als kapitalistische Warenproduktion ist diesem System des "sich selbst verwertenden Werts" ein immanenter Erfolgsmaßstab ökonomischen Handelns eigen, der als individuelle bzw. allgemeine Profitrate erscheint. Ob die ökonomischen Handlungen zu Verstärkungen des ökonomischen Prozesses oder zu Selbstblockaden und damit zu Krisen führen, ist dabei theoretisch wie historisch offen. Die Aufgabe der konkreten Krisenanalyse besteht genau darin, die Bedingungen für die historisch beobachtbare Abfolge von Phasen der Prosperität und der Krise exakt zu benennen. Diese logisch-analytische Aufgabenstellung wird allerdings durch eine historisch-analytische Aufgabenstellung ergänzt. Da die ökonomischen Akteure nicht in einem gesellschaftlich leeren Raum sondern im Rahmen eines jeweils zu spezifizierenden institutionellen gesellschaftlichen Gefüges agieren, bedarf

es neben der Erarbeitung krisentheoretischer Grundlagenkonzepte auch der analytischen Vermittlung von formations-konstitutiven und formations-kontingenten Prozessen. d.h. der Vermittlung von (Krisen-) Theorie und (Krisen-) Geschichte. M.a.W. Krisenanalyse muss immer eine Kombination von abstrakter Modelltheorie und von historisch-institutioneller Theorie sein. Beschränkt sich Krisenanalyse allein auf einen Kapitalismus "sans phrase" und werden so gewonnene theoretische Sätze nur auf jeweilige historische Prozesse übertragen, dann handelt es sich insofern um einen statischen Theorietypus, als dessen Reichweite durch die Grenzen des Modells und damit die Entscheidungen der jeweiligen Theoretiker bestimmt ist. Beschränkt sich die Krisentheorie demgegenüber allein auf die historisch-institutionelle Seite des ökonomischen Prozesses, dann handelt es sich um einen deskriptiv-systematisierenden Zugriff, dem der allgemeine Begriff abhanden gekommen ist.

Ein sich zwischen diesen methodischen und analytischen Klippen bewegendende Theorie des ökonomischen Prozesses versuchen die Arbeiten der Regulationstheoretiker zu entwickeln. Unabhängig von ihren jeweiligen theoretischen Fundierungen bemühen sich die Regulationisten um die Formulierung krisentheoretischer Aussagen, die auch die institutionelle Seite des ökonomischen Prozesses einschließen. Gegenstand der regulationstheoretischen Arbeiten, darin dürften alle Vertreter dieses Ansatzes weitgehend übereinstimmen, ist "the study of the transformation of social relations as it creates new forms that are both economic and non-economic, that are organized in structures and themselves reproduce a determinant structure, the mode of production" (Aglietta 1979, S. 16). Für den engeren krisentheoretischen Aspekt solcher Transformationsprozesse folgt daraus, daß Krisen als solche Situationen interpretiert werden, in denen bestimmte historische Strukturen der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer Existenz bedroht sind, ohne daß damit das kapitalistische System unbedingt selbst in Frage gestellt wäre (vgl. etwa De Vroey 1984, S. 64). D.h. die Regulationstheorie richtet ihre Aufmerksamkeit auf mittel- und längerfristige Entwicklungskonstellationen der kapitalistischen Ökonomien, die sich durch den Aufbau und die Auflösung spezifisch institutioneller Gefüge auszeichnen<sup>68</sup>. Die ökonomischen Krisen verweisen, allgemein gesprochen, auf die Unfähigkeit bestimmter Typen von Regulation, die Reproduktion eines Akkumulationsregimes sicherzustellen. Krisen sind so gesehen Übergänge zwischen jeweils zwei spezifischen Akkumulationsregimes und Regulationsweisen.

## 2. *Krisentheorien - eine systematische Übersicht*

In der krisentheoretischen Literatur marxistischer wie nicht-marxistischer Provenienz finden sich eine Fülle unterschiedlicher und miteinander konkurrierender Ansätze zur Erklärung mittel- und langfristiger Instabilitäten des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Ich werde mich im folgenden Klassifikationsversuch auf Arbeiten im Umkreis der Politischen Ökonomie beschränken, die wesentlich zwei Basistheoreme teilen:

- (a) Die kapitalistische Ökonomie ist durch eine Dominanz der Tausch- gegenüber der Gebrauchswertorientierung bestimmt. Ziel kapitalistischer Produktion ist ein maximaler Profit. Damit dieses Ziel über einzelne Perioden hinweg erfolgreich verwirklicht werden kann, ist die permanente Reinvestition der in einer Periode realisierten Profite erforderlich. Dieser Akkumulationsimperativ wird den ökonomischen Akteuren über den Sanktionsmechanismus der Konkurrenz aufgeherrscht.
- (b) Die Leitgröße des so bestimmten Akkumulationsprozesses ist die allgemeine oder durchschnittliche Profitrate, an der sich der Erfolg oder Mißerfolg der individuellen Kapitale bemißt und deren Entwicklung die Profiterwartungen und damit das Investitionsverhalten bestimmt. Ein Rückgang der allgemeinen Profitrate wird deshalb zu einer Einschränkung des Akkumulationsprozesses und damit zu einer Verringerung von Produktion und Beschäftigung führen<sup>69</sup>.

Beide Basistheoreme werden auch von den Vertretern des Reguli- ansatzes geteilt (vgl. Boyer 1986c). Auch dort bemißt sich die "Karriere" von Akkumulationsregimes an der Entwicklung der Profitrate und ihrer Determinanten. Mit der Betonung der Zentralität der allge- meinen Profitrate für den Akkumulations- und damit auch den ökono- mischen Krisenprozess ist allerdings noch keine Theorie der Profitrate bzw. Theorie der Krise formuliert. Jenseits dieser Basistheoreme unter- scheiden sich vielmehr die einzelnen Krisentheorien stark voneinander.

Einem Vorschlag von Weisskopf (1979) und Altvater/ Hoffmann (1981) folgend, werde ich zunächst die Profitrate und ihre Determinanten in einer Weise darstellen, die es erlaubt, die unterschiedlichen krisentheoretischen Varianten systematisch zu diskutieren. In allgemeinsten Weise kann die Marxsche Profitrate  $p$  geschrieben werden als Verhältnis von gesamtwirtschaftlichem Mehrwert  $M$  und dem vorgeschossenen konstantem  $(C)$  und variablem Kapital  $(V)$ :

$$(1) p = M / C+V = M/V : C/V+1 = e/z+1^{70}.$$

$e$  ist dabei die Mehrwertrate und  $z$  die Wertzusammensetzung des Ka- pitals.

Diese Wertprofitrate stimmt in aller Regel, genauer: wenn die Sphären- kapitale unterschiedliche Wertzusammensetzungen aufweisen und deshalb die Produktionspreise der Waren von den Werten abweichen, nicht mit der Preisprofitrate überein. Aus Gründen der Darstellungsökonomie will ich auf die damit verbundenen Probleme an dieser Stelle nicht näher eingehen (vgl. dazu auch Abschnitt 4). Da zwischen Wert- und Preis- profitrate, wie Holländer (1974, S. 119 f.) gezeigt hat, eine Konvergenz- beziehung besteht<sup>71</sup>, werde ich im weiteren Preis- und Wertprofitrate als gleichgerichtet betrachten. Mit dieser Übersetzung der Wert- in eine Preisprofitrate wird es im weiteren möglich, sowohl die wert- als auch

die preistheoretischen Varianten der Regulationstheorie zu diskutieren und in ihrem krisenanalytischen Gehalt miteinander zu vergleichen. Unter Heranziehung der Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der amtlichen Statistik lässt sich die Preisprofitrate schreiben als

$$(2) p' = P/K = P/Y : K/Y.$$

Die Profitrate ist also das Verhältnis von Profiten P zum (Netto-) Kapitalstock bzw. der Quotient von Profitquote r (=P/Y) zum Kapitalkoeffizienten k (=K/Y). Da sich die Profitquote r mit der Lohnquote w (=W/Y) zu eins addiert und darüberhinaus der Kehrwert des Kapitalkoeffizienten, die Kapitalproduktivität (Y/K), als Quotient aus Arbeitsproduktivität y (=Y/L) und Kapitalintensität l (=K/L) umgeformt werden kann, lässt sich (2) auch schreiben als

$$(3) p' = Y(1-w)/Y \times Y/L : K/L$$

bzw.

$$(3a) p' = r \times y/l$$

Die Profitrate ist demnach bestimmt durch die Profitquote (r), die Arbeitsproduktivität (y) und die Kapitalintensität (l). Um die Auswirkungen von Marktconstellationen auf die Profitrate berücksichtigen zu können, muss darüberhinaus die Kapazitätsauslastung Eingang in die Profitratenformel finden. Die Kapazitätsauslastung a lässt sich definieren als Verhältnis von effektivem Nettoproduktionsvolumen Y zum potentiellen Nettoproduktionsvolumen Y\*. Eingesetzt in Gleichung (2) ergibt sich

$$(2a) p' = r \times Y/Y^* \times Y^*/K.$$

Die Gleichungen (3a) und (2a) können zusammengeführt werden:

$$(4) p' = r \times y \times 1/l \times a \times 1/k^* \times k$$

Die Entwicklung der Profitrate zeigt sich jetzt abhängig von:

- der Entwicklung der Lohn- resp. Profitquote
- der Kapitalproduktivität resp. dem Kapitalkoeffizienten
- der Kapitalintensität
- der Arbeitsproduktivität
- dem Kapazitätsauslastungsgrad.

Diese allgemeine Darstellung der Profitrate und ihrer Komponenten kann uns nun dazu dienen, die verschiedenen Krisenerklärungen systematisch vorzustellen. Ich werde dabei - in Einklang mit der Literatur (vgl. Shaikh 1978; Weisskopf 1979; Altvater/ Hoffmann 1981) - drei *generelle* krisentheoretische Erklärungen unterscheiden, deren Reichweite sowohl die mittelfristigen oder zyklischen als auch die langfristigen oder trendanalytischen Bewegungen des Akkumulationsprozesses erfasst. Diese kri-

sentheoretischen Grundtypen selbst weisen wiederum verschiedene Varianten auf. In Einklang mit den Intentionen der Regulationstheorie wird nachfolgend auf die längerfristigen Bewegungen des Akkumulationsregimes abgestellt. Obwohl die Regulationstheorie selbst eine Unterscheidung zwischen Zyklus und Trend liefert, indem sie zwischen "kleinen" und "großen Krisen" differenziert (vgl. unten), spielen in der eigentlichen Analyse von Krisenprozessen die Juglar-Zyklen in den Analysen der Regulationstheoretiker keine Rolle. Die "kleinen Krisen" haben im Regulationskonzept eher den Status von Referenzfolien, gegen die die "großen Krisen" analytisch abgehoben werden können<sup>72</sup>.

Im einzelnen handelt es sich im weiteren um Krisentheorien, die (1) auf den Prozess kapitalistischen Produktivkräfteeinsatzes und dessen Auswirkungen auf die Wertzusammensetzung bzw. die organische Zusammensetzung des Kapitals, (2) auf die (funktionale) Einkommensverteilung zwischen Lohnarbeit und Kapital im Zuge von Klassenkämpfen und (3) auf das Problem der Realisierung der gesamten produzierten Wertmasse abstellen:

(1) Der erste krisentheoretische Ansatz beschreibt einen Ziel-Mittel-Konflikt des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, der in einen tendenziellen Fall der Profitrate mündet. Unter der *Annahme* einer spezifischen Form von Produktivkraftentwicklung, die zu einem relativen Rückgang im Einsatz lebendiger, mehrwertproduzierender Arbeit führt<sup>73</sup>, kommt es danach im Zuge des Akkumulationsprozesses zu einem Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, deren negative Auswirkungen auf die Profitrate nicht durch die Ausweitung der Mehrwertproduktion kompensiert werden können. Die allgemeine Hypothese lautet: Ein Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals führt bei konstanter Mehrwertrate zu einem Fall der Profitrate. Die "harte", originäre These behauptet: Im Zuge des kapitalistischen Akkumulationsprozesses führt die beschleunigte technische Umwälzung der Produktionsbedingungen zu einem Anstieg der Arbeitsproduktivität und auch der Mehrwertrate, die aber durch einen überproportionalen Anstieg der organischen Zusammensetzung in ihren positiven Wirkungen auf die Profitrate überkompensiert werden. Diese "harte" Fassung der ogZ-Krisentheorievariante unterliegt auch dem Marx'schen Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate, da Marx ausdrücklich die wachsende organische Zusammensetzung als Ausdruck der kapitalistischen Form der Produktivkraftsteigerung versteht: "Beides, Steigen der Rate des Mehrwerts und Fallen der Rate des Profits, sind eine besondere Form, worin sich die wachsende Produktivität der Arbeit kapitalistisch ausdrückt" (MEW 25, S. 250). Bezogen auf Gleichung (4) impliziert die ogZ-Variante einer solchen Überakkumulationstheorie von Kapital, daß - konstante Lohn- resp. Profitquoten und eine konstante Kapazitätsauslastung unterstellt - im Zuge des Akkumulationsprozesses die Kapitalintensität schneller als die Arbeitsproduktivität wächst und der daraus resultierende Anstieg des Kapitalkoeffizienten einen Rückgang der Profitrate bewirkt. Die Diskussion in der Literatur über die ogZ-Variante kreist wesentlich um die Frage,

ob und wie der in dieser Krisentheorie unterstellte Typus technischen Fortschritts begründet werden kann (vgl. dazu unten).

(2) Die zweite krisentheoretische Erklärung stellt auf die im Zuge des Akkumulationsprozesses sich vollziehende Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung zwischen den Klassen ab. Die Hypothese lautet, daß sich das ökonomisch-politische Kräfteverhältnis im Zuge des Akkumulationsprozesses zugunsten der Arbeiterklasse verschiebe und einen Anstieg der Lohnquote  $w$  bewirke. Der unmittelbare Reflex einer steigenden Lohnquote ist ein Rückgang der Profitquote, der – bei konstantem Kapazitätsauslastungsgrad und konstantem Kapitalkoeffizienten – zu einem Fall der Profitrate führt. In der auf die überzyklischen ökonomischen Prozesse abstellenden profits squeeze – Theorie von Glyn/ Sutcliffe (1972) wird die ökonomisch-politische Machtzunahme der Arbeiterklasse mit dem wachsenden Stellenwert der Gewerkschaften und deren Einfluß auf die staatliche Politik beschrieben, die es erlauben, hohe Reallohnzuwächse durchsetzen und/oder die Strategien zur Produktivitätssteigerung zu unterlaufen. Im Rahmen der Regulationstheorie wird der Anstieg der Lohnquote als abhängig von verschiedenen institutionellen Formen beschrieben. Der Zusammenhang zwischen Profitquote  $r$ , Arbeitsproduktivität  $y$  und Reallohnsatz  $l$  lässt sich formulieren als:

$$(5) r = 1 - W/Y$$

Die Lohnsumme  $W$  ergibt sich als Produkt von Reallohnsatz  $w$  und Beschäftigungsmenge  $L$ . Die Gleichung (5) lässt sich demnach auch schreiben als

$$(5a) r = 1 - w \times L/Y \\ = 1 - w/y$$

Die Profitquote ergibt sich als Residuum des Quotienten aus Reallohnsatz und Arbeitsproduktivität. Liegen die Zuwachsraten des Reallohnsatzes oberhalb der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität, dann fällt die Profitquote und c.p. – wie Gleichung (4) zeigt – auch die Profitrate.

Ebenfalls auf die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen stellt Kalecki (1976) ab. Seine Theorie des politischen Konjunkturzyklus behauptet eine Unvereinbarkeit von dauerhafter Vollbeschäftigung und Akkumulation von Kapital: Ein Kapitalismus ohne industrielle Reservearmee veranlasst die "Industriekapitäne" in Verein mit der staatlichen Wirtschaftspolitik zur Einleitung einer ökonomischen Rezession, während der die Lohnkosten beschnitten und die institutionelle Stellung der Gewerkschaften in der Gesellschaft redimensioniert werden können. Während also bei Glyn/ Sutcliffe die Arbeiterklasse das movens des Klassenkampfes ausmacht, ist es bei Kalecki die Kapitalistenklasse, die die ökonomische Krise bewirkt.

(3) Der dritte krisentheoretische Komplex hebt auf die Realisierungsdefizienzen der Wertproduktion ab. Die Hypothese besagt, daß der kapitalistische Akkumulationsprozess ein Ungleichgewicht zwischen der Nachfrage nach Waren und der Entwicklung der Produktionskapazitäten hervortreibt, das eine Unterauslastung des Kapazitätspotentials bewirke. Diese Hypothese wird unterschiedlich begründet. Die unterkonsumtionstheoretische Variante argumentiert – genau im Gegensatz zur profits squeeze – Theorie stehend – mit einer auf Oligopolisierungs- und Monopolisierungstendenzen gegründeten rückläufigen Lohnquote, die – wegen der höheren Konsumquote von Lohnempfängern gegenüber den Profitbeziehern – das Wachstum der konsumtiven Endnachfrage begrenzt. Da die Investitionen im Rahmen dieser Theorie allein als Reflex der Konsumnachfrageentwicklung gefasst werden, folgt aus der systemischen Begrenzung der Konsumnachfrage eine Begrenzung der effektiven Endnachfrage. Rückbezogen auf Gleichung (4) bedeutet dies, daß die Auswirkungen eines im Trend rückläufigen Kapazitätsauslastungsgrades auf die Profitratenentwicklung schwerer wiegen als die Wirkung der mit der Lohnquotensenkung einhergehenden Profitquotenerhöhung. Die unterkonsumtionstheoretische Krisenerklärung behauptet, daß die Klasse der Kapitalisten im Vergleich mit der Lohnarbeiterklasse eine zu starke Position einnimmt und deshalb die Ansprüche der Lohnarbeit gegenüber dem Wertprodukt, die Lohnquote, auf ein niedriges Niveau drücken kann. Die Konsequenz dieses Verteilungserfolges ist allerdings ein Rückgang der konsumtiven Nachfrage und damit die Entstehung einer Realisierungskrise von Mehrwert. Im Falle des Auftretens einer Unterkonsumtionskrise wird von den Regulationisten argumentiert, daß es der Mangel an adäquaten institutionellen Formen sei, der dazu führe, die Nachfrage der Lohnabhängigen nach Waren der Abteilung II unterhalb des Niveaus gleichgewichtiger Reproduktion sinken zu lassen.

Die überproduktionstheoretische Variante der Realisierungskrisentheorien interpretiert den Zusammenhang von Einkommensverteilung und Akkumulationsprozess dergestalt, daß behauptet wird, die zunehmende Mechanisierung der Produktion und der damit verbundene wachsende Kapitalstock führe zu einem relativen Absinken des von der Arbeiterklasse nachgefragten Anteils an der Wertproduktion. Soweit die aus der Diskrepanz von Einkommens- und Kapazitätseffekt der Investitionen resultierende Nachfragerücke durch beschleunigte Akkumulation zu schließen versucht wird, ergibt sich ein immer größeres Realisierungsdefizit. Die Unterauslastung des Produktionskapazitätspotentials wird hier mit einem gegenüber der Lohnquote schnellerem Wachstum der Kapitalintensität begründet. Ebenfalls auf der Verteilungsebene setzen die in der Kaldor-Kalecki-Tradition stehenden krisentheoretischen Interpretationen an. In diesen Arbeiten wird der Zusammenhang zwischen Profitrate ( $p$ ) und Akkumulationsrate ( $g$ ) genau gegenläufig zur "Marx-Tradition" gefasst. Während bei Marx die Akkumulationsrate eine abhängige Variable der Profitrate der Vorperiode ist  $\langle g_t = f(p'_{t-1}) \rangle$ , argumentiert die Kaldor-Kalecki-Tradition umgekehrt:  $p'_t = f(g_{t-1})$ . Unter Bezugnahme auf den Keyneschen "Witwenkrug" wird die Profitrate demnach bestimmt

durch die Verwendung der Profite für Investitionen und Kapitalistenkonsum: Die Verwendung der Profite der Vorperiode regelt insgesamt die gesamtwirtschaftliche Profitrate, die dann – bei unterstellter Konstanz des Kapitalkoeffizienten – die Profitrate der laufenden Periode bestimmt.

Die Disproportionalitätskrisentheorien schließlich heben nicht vorrangig auf gesamtwirtschaftliche Realisierungsprobleme ab, sondern stellen sektorale Ungleichgewichte ins Zentrum der Krisenerklärung, die auf die 'Anarchie des Marktes' rückgeführt werden. Die ökonomische Krise wird, ganz in der Tradition von Tugan-Baranowski, als systemisch begründetes Nicht-Gelingen proportionaler Produktions- und Austauschprozesse der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion begründet.

Die verschiedenen Vertreter der Regulationstheorie lassen sich jetzt diesen krisentheoretischen Erklärungsvarianten zuordnen. Die im nachfolgenden Schaubild 5 unternommene Zuordnung beziehen sich allerdings allein auf die Interpretationen der Krise des dominant intensiven Akkumulationsregimes mit Massenkonsum bei monopolistischer Regulation ("Fordismus").

### Schaubild 5

#### *Krisentypologie und Regulationstheorie*

---

<i>Überakkumulation</i>	<i>Profits – squeeze</i>	<i>Realisierungskrise</i>
Mazier (1982)	Mazier (1982)	Mazier (1982)
Lipietz (1986a)	Coriat (1979)	Boyer/Mistral (1978)
Aglietta (1979)	Hirsch/Roth (1987)	
Mazier/Basle/Vidal (1984)	Boyer (1986a)	
Bertrand (1986)	GREEC (1983)	
	de Bernis (1983; 1983a)	

---

Erweitert man den historischen Untersuchungsgegenstand auf die Krise 1929/32, dann würde das Zuordnungsschema anders aussehen. Die überwiegende Mehrzahl der Regulationstheoretiker müssten dann als Vertreter einer der Varianten der Realisierungskrisentheorien eingeordnet werden: In Einklang mit der von Aglietta (1979) vorgelegten Interpretation der Krise des vor-fordistischen Akkumulationsregimes der USA wird eine Argumentation verfolgt, die auf die Variablen Arbeitsproduktivität, Kapitalintensität und Lohnquote abhebt<sup>74</sup>. Infolge der kompetitiven Regulationsweise und damit der mangelnden "Verdichtung" der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion sowie einer nicht-produktivitätskonformen Lohnpolitik kommt es dieser Erklärung zufolge zu dem Aufbau eines Realisierungsproblems, das mit den historisch-institutionellen

Rahmenbedingungen dieser kapitalistischen Formation nicht gelöst werden kann: "En fait, c'est le bouleversement des normes de production sans changement correspondant de la norme de consommation ouvrière, qui viendrait rompre l'unité contradictoire des procès de production et de circulation" (Boyer 1979b, S. 33). Das im Umbruch begriffene Akkumulationsregime steuert in eine tiefgehende ("große") ökonomische Krise, die institutionelle Anpassungsprozesse an die veränderten ökonomischen Produktionsbedingungen hervortreibt<sup>75</sup>.

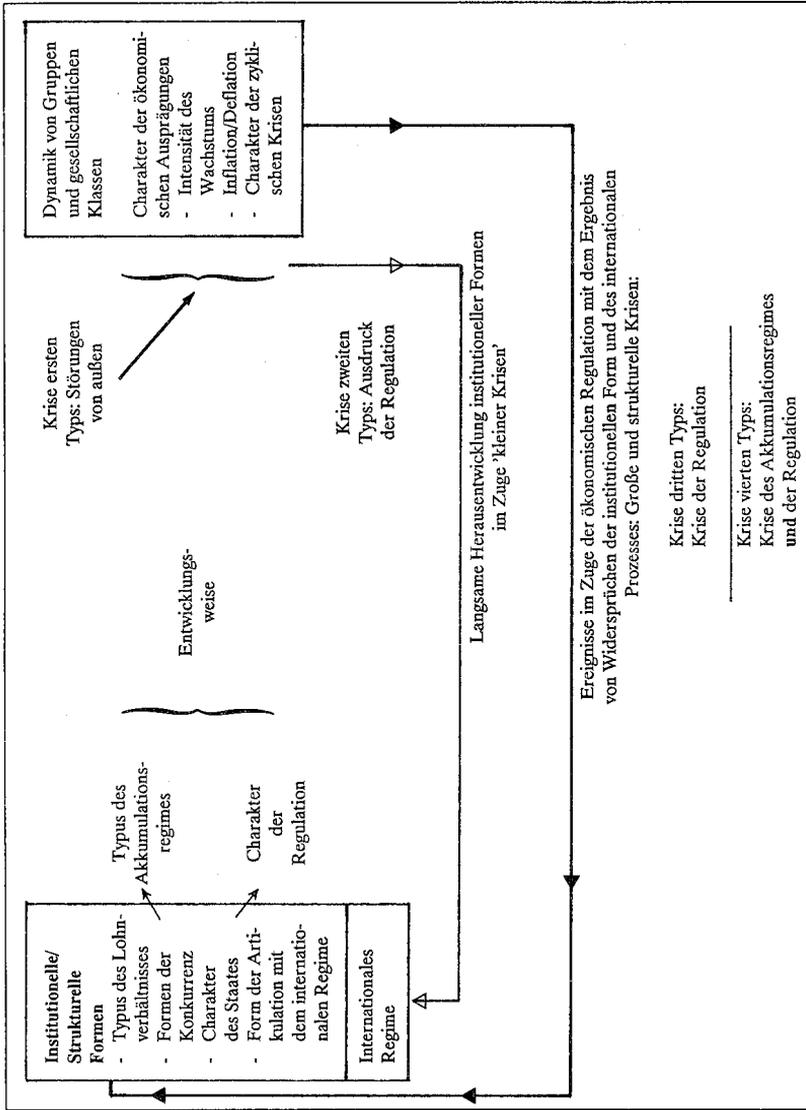
In dieser allgemeinen Charakterisierung der Krise 1929 ff. ist der Grundtenor der regulationstheretischen Kriseninterpretationen angelegt, der auf eine Vermittlung von ökonomischen Variablen und institutionellen Formen zielt. Im nächsten Abschnitt werde ich die dabei eingeschlagenen Argumentationswege nachzeichnen.

### 3. Die Krisenerklärungen der Regulationstheoretiker

#### 3.1. Eine Krisentypologie

In einer bilanzierenden Übersicht über die Arbeiten der Regulationstheoretiker hat Boyer (1986c) eine typologische Aufgliederung ökonomischer Krisen vorgenommen. Entsprechend der methodologischen Prämisse, derzufolge jedes Akkumulationsregime seine Eigendynamik besitzt, wird als krisenanalytische Aufgabe formuliert, den *dominanten* Widerspruch jedes Strukturensambles herauszupräparieren (vgl. auch Boyer 1979b, S.10). Im Zusammenspiel von Akkumulationsregimes, institutionellen Formen und Typen der Regulation werden dort drei Krisentypen unterschieden (vgl. auch Schaubild 6): (1) Die *Krise erster Ordnung* hat ihre Ursprünge in der kapitalistischen Ökonomie externen Prozessen. Systematisch gesehen und nach dem dieser Arbeit zugrundeliegendem Krisenverständnis ist sie keiner theoretischen Analyse zugänglich. In einer weniger weiten analytischen Fassung lassen sich darunter aber auch die Krisen des dominant extensiven Akkumulationsregimes subsumieren, die im nicht-kapitalistisch organisierten Agrarsektor – aus Gründen wie Klimaschwankungen, Bodenerosionen etc. – einsetzen und sich dann in die kapitalistischen Sektoren übertragen.

(2) Die *Krisen zweiter Ordnung* sind demgegenüber der Ausdruck ökonomischer Widerspruchsstrukturen, die sich in bestimmten historischen Regulationsformen bewegen. Der genaue Verlauf dieser *zyklischen* oder "*kleinen*" Krisen hängt entscheidend von der jeweiligen Form der gesellschaftlichen Beziehungen und der ökonomischen Strukturen ab, durch die hindurch sie sich artikulieren. Diese Krisen beinhalten autoadaptive Prozesse zur Wiederherstellung des systemischen Gleichgewichts eines Akkumulationsregimes ebenso wie die allmähliche Herauentwicklung neuer institutioneller Formen. Die damit verbundene Änderung der Regulationsweise verläuft jedoch über die Zyklen hinweg in langsamem Tempo: Regulationsweise und Akkumulationsregime werden durch diesen



Krisentypus nicht grundsätzlich in Frage gestellt. In Anlehnung an die Terminologie von Gordon/ Weisskopf/ Bowles (1983) könnte man diesen Krisentypus auch als "reproductive cycle" bezeichnen (vgl. dazu Anmerkung 72).

(3) Anders stellt sich die Situation im Falle der *Krisen dritter Ordnung* bzw. der *strukturellen Krisen* oder auch "großen" Krisen dar. Im Zuge der ökonomischen Reproduktion eines Akkumulationsregimes bauen sich Widerspruchspotentiale auf, die von den kleinen Krisen nicht reduziert oder formspezifisch verarbeitet werden können. Das Resultat ist eine zunehmende Unvereinbarkeit von institutionellen Formen und ökonomischem Prozess. Für diese Krise der *Regulation* sind drei Momente von Bedeutung:

- (a) Es können externe und/oder interne Störungen auftreten, mit denen die etablierte Regulationsweise bislang nicht konfrontiert war. Dieses Moment des Krisenprozesses verkörpert allerdings kein systematisches Element.
- (b) Durch sozio-politische Kämpfe und Auseinandersetzungen können institutionalisierte Kompromisse aufgebrochen und individuelles sowie kollektives Verhalten neu definiert werden, wodurch Abweichungen zwischen institutionellen Formen und ökonomischer Reproduktion auftreten können.
- (c) Denkbar ist aber auch, daß sich durch das Beharren und vielleicht sogar die Vertiefung der Logik der etablierten Regulationsform das Wachstumspotential des Akkumulationsregimes in einer Art und Weise erschöpft, daß sich notwendig eine längere Krise einstellen muß.

Diese potentiell krisengenerierenden Faktorenkonstellationen werden von den Regulationisten durch die Untersuchung konkret-empirischer Prozesse herauszuarbeiten versucht und ins Zentrum der Analyse großer Krisen gestellt. Um diesen Krisentypus von den kleinen oder zyklischen Krisen zu unterscheiden, bedient sich die Regulationstheorie dreier Indikatoren: (a) Erlauben die etablierten Regulationsformen im Falle von Störungen des Akkumulationsprozesses eine Wiedereingangssetzung der Akkumulation? (b) Läßt sich die Herausbildung neuer institutioneller Formen beobachten? (c) Welches Ausmaß nehmen die offenen oder verdeckten Formen der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an? Nicht alle diese Kriterien müssen aber erfüllt sein, damit von "großen" Krisen gesprochen werden kann. Für die Entstehung von Krisen der Regulation kann es ausreichen, daß beispielsweise einzelne wichtige Dimensionen des Lohnverhältnisses neue Gestalt annehmen und damit die Entstehung neuer institutioneller Formen einhergeht<sup>76</sup>.

Entscheidend für die Krisen der Regulation ist ein entstehendes "Ungleichgewicht" von strukturellen Formen und Akkumulationsregimes. In solchen "großen Krisen" zeigt sich, daß die etablierte Regulationsweise die

regelmäßige Reproduktion des Akkumulationsregimes nicht länger gewährleisten kann: "On parle alors de grande crise ou de crise de mutation qui aboutit, à terme, à une remise en cause des principaux traits caractéristiques de la croissance passée et qui assure l'émergence de nouveaux mécanismes régulateurs" (Mazier/ Basle/ Vidal 1984, S. 14). In diesem Sinne handelt es sich bei der etwa ab Mitte der siebziger Jahre eingesetzten Krise um den Typus einer "großen Krise"<sup>77</sup>.

Mit dieser Typologie von Krisen ist ein Schema gegeben, das zur Ordnung und damit zur Gewinnung von Übersichtlichkeit von historischen Prozessen verwendet werden kann. Wie es solchen Klassifikationsschema entspricht, sind sie aber – trotz ihrer theorieorientierten Formulierung – rein definitorische Gebilde, die erst durch theoretische Sätze in Bewegung gesetzt werden können. Wie die Regulationstheoretiker dabei vorgehen, soll im weiteren am Beispiel der Erklärungen zur "Krise des Fordismus" nachgezeichnet werden. Der besseren Verständlichkeit der weiteren Ausführungen wegen soll an dieser Stelle das diesen Arbeiten zugrundeliegende empirische Verständnis von "Fordismus" zunächst kurz zusammengefasst werden.

Nach übereinstimmenden Untersuchungen der Regulationstheoretiker haben sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter der weltwirtschaftlichen Hegemonie der USA Strukturen eines "atlantischen Fordismus" (Davis 1986) herausgebildet. Die "stylized facts" dieses fordistischen Akkumulationsregimes lassen sich – unter Abhebung national-spezifischer Differenzen und Ungleichzeitigkeiten der Durchsetzung – idealtypisch durch vier Momente beschreiben (vgl. etwa Boyer 1987, S. 468 f.)<sup>78</sup>:

- (a) Auf der Ebene des Arbeitsprozesses wird die tayloristische Arbeitsorganisation durch das fordistische Prinzip der Übertragung des Produzentenwissens auf spezifische Produktionsmittel ergänzt. Die Entwicklung der Arbeitsproduktivität wird dadurch nicht länger allein von der jeweiligen Arbeitsintensität der Beschäftigten sondern darüberhinaus auch von dem Nutzungsgrad und der Nutzungsdauer der Produktionskapazitäten bestimmt.
- (b) Damit verbunden ist der Übergang zum Prinzip der Massenproduktion, die zu steigenden Skalenerträgen führt. Diese Durchsetzung von economies of scale-Produktionslinien ist an die Existenz ständig und stabil wachsender Absatzmärkte gebunden, die durch wachsende staatliche ökonomische Aktivitäten gestützt werden.
- (c) Das fordistische Produktionsparadigma verändert den Lohnbildungsprozess: Im Austausch für die Akzeptanz der fordistischen Arbeitsmethoden können die Beschäftigten nach Maßgabe der Produktivitätssteigerungen bemessene Reallohnzuwächse durchsetzen. Die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung stabilisiert zum einen die Verteilungsrelationen zwischen Lohnarbeit und Kapital und sichert zum anderen einen stetigen Zuwachs der Konsumgüternachfrage und damit

einen stabilen Multiplikator – Akzelerator. Diese monopolistische Regulation der Lohnbildung wird ergänzt durch administriertes Preissetzungsverhalten: In dem Maße, wie die innerkapitalistische Konkurrenz zunehmend auf Produktdifferenzierung und Marketingtechniken basiert, kann ein mark up – pricing durchgesetzt werden, das den Unternehmen von der Gütermarktseite eine konstante Profitquote und damit einen Verteilungsspielraum sichert.

- (d) Die über die monopolistische Regulation gewährleistete "Verdichtung" von Produktions- und Konsumnormen sichert einen sektoral wie gesamtwirtschaftlich stabilen Investitionsprozess. Die Zuwachsraten der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bewegen sich leicht oberhalb der Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und gewährleisten auf diese Weise eine stetige Beschäftigungsentwicklung und die Absorption neu auf den Arbeitsmarkt tretender Arbeitskräfte.

Dieses fordistische Akkumulationsregime weist seit Ende der sechziger Jahre Keime einer Krise auf, die dann im Laufe der siebziger Jahre offen hervortreiben. In den regulationstheoretischen Arbeiten zur "Krise des Fordismus" finden sich dazu unterschiedliche Erklärungen, die ich jetzt im einzelnen rekonstruieren will<sup>79</sup>.

## 3.2. *Die krisentheoretischen Aussagen der Regulationstheorie*

### 3.2.1. *Krise des Fordismus I*

Empirisch stellt sich die Mitte der siebziger Jahre offen zu Tage tretende Krise des Fordismus als Kombination – relativ und teilweise auch absolut – rückläufiger Zuwachsraten der Produktion und schnell steigenden Inflationsraten dar. Von den ersten Arbeiten der Regulationstheoretiker wird die Krise des Fordismus denn auch als Stagflationskrise interpretiert. Ganz in Einklang mit der methodologischen Prämisse, dem ökonomischen Prozess kein generelles krisentheoretisches Muster überzustülpen, versuchen *Boyer/Mistral* (1978) diesen spezifischen Krisenverlauf aus den historisch gegebenen Strukturen des Akkumulationsregimes zu begründen. Das Resultat ist eine Kombination aus überproduktionstheoretischen und institutionalistischen Argumenten, die in den einzelnen entwickelten kapitalistischen Ländern, je nach konkreter Gestalt des Akkumulationsregimes, eine unterschiedliche Mischung annehmen können. In Frankreich bspw. ist der gesamtwirtschaftliche Prozess demnach zunächst durch eine beschleunigte Akkumulation der Abteilung I gekennzeichnet, wobei der wachsende Kapitalstock im Zeitablauf zur eigenen Grenze seiner Verwertung wird und deshalb die Zuwachsraten der produktionsmittelerzeugenden Abteilung allmählich zurückgehen. Dieser Prozess resultiert in einer tendenziellen Unterauslastung der Produktionskapazitäten und damit in einem Druck auf die sektorale Profitrate, dem die Unternehmen preispolitisch zu begegnen versuchen, indem sie sich bemühen, durch Preiserhöhungen ihre monetäre Profitrate aufrechtzuerhalten. An diese Verände-

rungen der Marktkonstellationen passen sich die Institutionen des Arbeitsmarktes nur mit Zeitverzögerungen an: Zunächst kommt es noch zu Reallohnsteigerungen und können die Versuche zur Intensivierung und Reorganisation der Arbeitsprozesse seitens der Beschäftigten blockiert oder wenigstens verzögert werden. Die damit verbundenen Lohnkostensteigerungen bei verlangsamtem Kapazitätswachstum schlagen sich negativ auf die Profitquote und damit auch auf die Profitrate nieder. Der gesamtwirtschaftliche Investitionsprozess gerät ins Stocken und es setzen kumulative Abwärtsprozesse bei steigenden Preisraten ein (vgl. Boyer/ Mistral 1978, S. 124 f.; S. 101 ff.). Auf den Prozess stetig steigender Inflationsraten reagieren auch die anderen ökonomischen Akteure wie Banken, Zinszieher und auch der Staat mit seiner Steuerpolitik mit erhöhten nominalen Ansprüchen gegenüber dem Wertprodukt. Auf diese Weise kommt es zu einer "sich selbst nährenden" Inflation. Diese kumulativen inflationären Prozesse werden dank der monopolistischen Regulationsweise in relativ hohe und stetige Lohnzuwächse und dadurch in eine relativ stetige Konsumgüternachfrage übersetzt, die zusammen mit den built-in - stabilizers der staatlichen Fiskalpolitik die Mengenkontraktion begrenzen. Anders als in der Krise der dreißiger Jahre kommt es deshalb auch zu keinem "Zusammenbruch" des Akkumulationsprozesses sondern zu einer Stagnationskrise, in der sich abflachende Zuwachsraten des Wertprodukts und hohe Inflationsraten verbinden. Die Krise des Fordismus verdankt sich dieser Analyse zufolge also einer Diskrepanz zwischen der ökonomischen Erschöpfung der fordistischen Produktionsnorm und dem Typus monopolistischer Regulation, die in einen inflationären Prozess mündet und den Wachstumspfad des Akkumulationsregimes absenkt. Der spezifische Typus von Regulation kann zwar den Eintritt der ökonomischen Krise nicht verhindern, aber doch die Tiefe und das Ausmaß der Krise begrenzen. Als charakteristische Erscheinungsform der Krise des Fordismus wird in diesen ersten Arbeiten die Stagflation herausgearbeitet.

### 3.2.2. *Krise des Fordismus II*

Eine Wendung zu einer mehr profits squeeze - fundierten Erklärung der Krise des Fordismus findet sich in Boyer (1979b). Als entscheidend für den Verlauf des kapitalistischen Akkumulationsprozesses wird hier die Mehrwertrate benannt, die von Boyer als Verhältnis von (Real-) Lohnsatz und Arbeitsproduktivität gefasst wird. Während im intensiven Akkumulationsregime ohne Massenkonsum die ökonomische Krise ihren Ursprung in einer zu hohen Mehrwertrate habe, so Boyer (1979b, S.45), bestehe im intensiven Akkumulationsregime mit Massenkonsum das Problem in einer potentiell zu niedrigen Mehrwertrate. Die das Reproduktionsgleichgewicht des Akkumulationsregimes sichernde "goldene Mehrwertrate" zeichne sich gerade dadurch aus, sich zwischen der Skylla der Realisierungskrise (zu hohe Mehrwertrate) und der Charybdis der Verwertungskrise (zu niedrige Mehrwertrate) zu bewegen. Während der Phase der langen Nachkriegsprosperität habe die monopolistische Regulation eine solche Mehrwertrate zu gewährleisten vermochte. Gerade der

Erfolg dieses Typus von Regulation habe dann aber dazu geführt, die günstigen Verwertungsbedingungen allmählich zu unterminieren. Mit dem Verweis, daß eine zu niedrige Mehrwertrate das Resultat kollektiver Kämpfe der Beschäftigten und/oder von Strukturereuerungen des Lohnverhältnisses sein könne, nimmt Boyer den Kerngedanken der profits squeeze – Theorie auf<sup>80</sup>.

In seinen empirischen Ausführungen zu den historischen Krisenprozessen der entwickelten kapitalistischen Länder schlägt Boyer dann allerdings einen anderen, nicht strikt dieser theoretischen Grundüberlegung folgenden Argumentationsgang ein. Die internationale Krise von 1974/75 wird in eine Vielzahl von Einzelereignissen und in spezifische nationale Konstellationen aufgelöst, die alle zum Resultat führen, daß sie das etablierte Gleichgewicht zwischen Akkumulationsregime und Regulationsweise untergraben. Empirisch gemessen wird dieses Gleichgewicht mit der (Preis-)Profiträte, die in den meisten entwickelten kapitalistischen Länder in den siebziger Jahren einen negativen Trend aufweist. Eine systematische Rückführung der vielfältigen ökonomischen und politischen Ereignisse auf die Bedingungsfaktoren der Profiträte unternimmt Boyer allerdings nicht. Es bleibt bei recht vagen Andeutungen, daß im einen Falle der Anstieg des Kapitalkoeffizienten (BRD) und im nächsten Fall oberhalb der Produktivitätszuwächse liegende Reallohnsteigerungen (Großbritannien, Italien) für den Rückgang der Profiträte verantwortlich seien; in noch anderen Fällen ist es schließlich die auf die monopolistische Regulationsweise zurückzuführende Beschleunigung inflationärer Prozesse, die über den damit verbundenen nationalen Verlust an internationaler Konkurrenzfähigkeit die Ökonomien in die Krise treibt (Boyer 1979b, S. 77 ff.).

Diese historisch – deskriptive Annäherung an die Krise des Fordismus durch Boyer, die auf eine exaktere theoretische Fundierung verzichtet, wird in neueren Arbeiten durch eine strikt profits squeeze – orientierte Krisenerklärung abgelöst (vgl. Boyer 1986d, S. 27 ff., ders. 1987b, S.470ff.). Die dort vorgelegte Argumentationsfigur knüpft jetzt nahtlos an die bereits in der Untersuchung von 1979 formulierte These der Zentralität der Mehrwertrate für die Reproduktion des fordistischen Akkumulationsregimes an. Drei Felder der Krisengese werden dazu von Boyer analysiert und zu verknüpfen versucht:

- (a) Mit den Bemühungen zur Steigerung der Skalenerträge entstehen immer größere Produktionseinheiten, auf die auch immer größere Marktanteile entfallen. Entsprechend schwierig gestaltet sich die Abstimmung von in Preisen gemessenem Warenangebot und monetärer Nachfrage. Auch zeige sich, daß die *Einführung* fordistischer Produktionsmethoden zwar Effizienzgewinne zeitige, ihre *Vertiefung* aber mit wachsenden Problemen einhergehe, die sich in einer rückläufigen Zuwachsrates der Arbeitsproduktivität und/oder in einem Rückgang der Kapitalproduktivität niederschlagen können. Gegen die tayloristische Vertiefung der Organisation des Arbeitsprozesses könne es zu Widerständen der Beschäftigten in Gestalt häufigen Arbeitsplatzwechsels,

Absentismus, kleinerer Akte der "Sabotage" etc. kommen, die das Tempo der Arbeitsproduktivitätssteigerungen bremsen. Soweit das Management auf solche Widerständigkeit mit einer zunehmenden Kontrolle von Arbeitskraft und Arbeitsprozess reagiere, stiegen die faux frais kapitalistischer Produktion (so auch Bowles / Gordon / Weisskopf 1983) an. Werde der Widerstand der Arbeiter eher integrativ über monetäre Kompensationen aufzufangen versucht, dann könne sich genau dann eine Senkung der Mehrwertrate und damit ein profit squeeze einstellen, wenn die die aus dieser Strategie resultierenden höheren Lohnkosten – möglicherweise infolge von Veränderungen im Konkurrenzverhältnis – nicht mehr voll in den Preisen überwälzt werden können.

- (b) Eine entscheidende Rolle komme in diesem Prozess dem permanentem Zwang zur Aufrechterhaltung und Verbesserung der internationalen Konkurrenzfähigkeit zu. Da üblicherweise – im starren tayloristisch-fordistischen Entwicklungstypus – die größeren Produktionseinheiten auch mit dem höchsten Grad an Effizienz produzierten, käme es zeitgleich zu der Oligopolisierung der nationalen Produktionsstrukturen zu einer Intensivierung der Konkurrenz auf der Ebene der Weltwirtschaft. Mögliches oligopolistisches Preisverhalten auf der nationalen Ebene – das die Lohnkostenüberwälzungen erlaube – konfligiere mit dem Konkurrenzdruck auf internationaler Ebene. Das mark up-pricing werde also unterminiert und der für ein nationales Akkumulationsregime zentrale Mechanismus der Lohnbildung zerstört: Die nationalen Ökonomien seien nicht länger der strategische Raum, in dem sich Produktions- und Konsumnormen *gemeinsam* entwickeln könnten. Es käme zu einer Hierarchisierung der Regulationsformen, die das Akkumulationsregime und die Regulationsweise potentiell untergrabe.
- (c) Die tendenziell durchgesetzte Koppelung der Steigerungsrate der Nominallohne mit den Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität und Lebenshaltungskosten habe im Verbund mit der oligopolistischen Preissetzung seit den späten 60er Jahren eine Lohn-Preis-Profit-Spirale erzeugt, die im Laufe der 70er Jahre die Inflationsrate auf ein destabilisierendes Niveau anheb. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen für die nationale Geldpolitik seien um so drastischer ausgefallen, je konkurrenzschwächer das jeweilige nationale Produktionssystem sich in der internationalen Konkurrenz dargestellt habe. Das fordistische Tarifvertragssystem und seine institutionellen Formen hätten zwar durch die Sicherstellung der Abwärtsrigidität der Löhne eine gewisse Stabilisierung der Konsumnachfrage bewerkstelligen können – ein Grund, warum die Krisen von 1973/75 und 1979 keine disastösen Verlaufsformen wie etwa die Krise 1929/32 angenommen hätten –, doch hätten die built-in-stabilizers nicht ausgereicht, um auch wieder eine endogene Aufschwungdynamik zu erzeugen. Soweit sich für nationale Ökonomien im Zuge der Krise die Austauschverhältnisse verschlechterten und die nationalen Kapitale

vorwiegend Preisanpasser seien, hätten sich sogar unmittelbare Einschränkungen für die Profitraten ergeben: Die gestiegenen Lohnkosten hätten angesichts sinkender Erlöse auf den internationalen Märkten nur noch durch Reduktion der Profitaufschläge kompensiert werden können. Die Folge davon wäre aber ein Rückgang der Investitionen, ein Absinken des Auslastungsgrades der Produktionskapazitäten sowie ein Rückgang der Raten der Arbeitsproduktivität gewesen. Entsprechend gering falle deshalb der Erneuerungsgrad des Produktionsapparates und das Diffusionstempo neuer Produktionssysteme aus.

Die Mehrwertrate erweist sich also im Zuge der Ausweitung und Vertiefung des Fordismus als zunehmend zu gering, um das Akkumulationsregime reproduzieren zu können. Die Widersprüche des Akkumulationsregimes unterhöhlen auch die etablierten Regulationsformen und leiten auf diese Weise eine "große Krise" ein. Allerdings entspricht auch diese Interpretation nicht dem jüngsten Stand der Boyerschen Analysen zur "Krise des Fordismus". In einer Untersuchung der französischen Position im internationalen Krisenprozess findet sich noch eine andere Begründung der profits squeeze - Theorie (vgl. Boyer 1987c, S. 33ff.). Für die Verschiebung der funktionalen Einkommensverteilung zu Lasten des Kapitals wird jetzt der etablierte gesellschaftliche Kompromiß zwischen den Klassen, wie er sich im Sozialstaat materialisiert, verantwortlich gemacht. Im Zuge der sich öffnenden Schere zwischen Arbeitskräftepotential und effektiver Beschäftigtenzahl hätten sich seit 1973 die Transferleistungen des Staates drastisch erhöht. Weil im französischen Sozialversicherungssystem diese Leistungen durch Abgaben der Unternehmen und der beschäftigten Lohnabhängigen finanziert werden, hätte die steigende Abgabenlast eine Verminderung der Profitquote zur Folge gehabt, die einen vicious circle in Gang gesetzt hätte (ders. 1987c, S. 38).

Eine ähnliche Argumentationsfigur legt auch Coriat (1979) vor. Sind es bei Boyer technische und soziale Grenzen, die den Fordismus in die Krise treiben, so zentriert Coriat allerdings seine Krisenerklärung nahezu ausschließlich auf die soziale und arbeitspolitische Dimension des Akkumulationsregimes. Abkürzend könnte man diesen Krisentheorietypus als *produktivitätsfundierte profits squeeze - Variante* bezeichnen. Unter Rückgriff auf operaistische Theorieelemente versucht er den Zusammenhang von Kostendruck, der aus intensivierten Klassenauseinandersetzungen resultiert, und Überakkumulation von Kapital herauszuarbeiten. Seiner Analyse zufolge stossen die tayloristischen und fordistischen Methoden der Arbeitsorganisation im Laufe der sechziger Jahre an soziale wie dann auch ökonomische Grenzen. Der Hintergrund dieser Grenzen ist das Aufbrechen einer Krise der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung durch die vermehrten Kämpfe der Massenarbeiter gegen die repetitiven, stumpfsinnigen und schlecht bezahlten Arbeiten in den fordistischen Sektoren der Ökonomie (vgl. Coriat 1979, S. 187)<sup>81</sup>. Die Kapitale reagieren auf die Widerstandshandlungen der Arbeiter mit vermehrten Anstrengungen zur Rationalisierung, Modernisierung und Automatisierung der Produktions-

prozesse. Die Folge ist ein steiler Anstieg der Kapitalintensität (technischen Zusammensetzung des Kapitals) und dann – infolge einer unteroptimalen Ausnutzung der technischen Produktivitätspotentiale – auch des Kapitalkoeffizienten (der organischen Zusammensetzung des Kapitals), der einen Rückgang der Profitrate bewirkt (Coriat 1979, S. 220 ff.).

Coriat legt also eine um kontrolltheoretische Argumente bereicherte profits squeeze – Theorie vor, die ihr Hauptaugenmerk auf die Entwicklungen im Arbeitsprozess legt<sup>62</sup>. Dieser operaistisch – arbeitsprozess-theoretischen Erklärung der Krise des Fordismus folgen im Kern auch *Hirsch/Roth* (1986): "Die grundlegende Krisenursache", so deren These, "ist darin zu sehen, daß die in der tayloristischen Arbeitsorganisation liegenden Produktivitätsreserven und damit die Möglichkeit zur kontinuierlichen Erhöhung der relativen Mehrwertrate sich mehr und mehr erschöpft hatten...Fast wie eine späte Revanche für die Niederlage der handwerklichen Arbeiter durch Taylorismus und Fordismus produzierte nun der tayloristische Massenarbeiter eine neue und umfassende Krise der Produktivität" (diess. 1986, S. 79 f.).<sup>63</sup> Methodisch gehen Hirsch/Roth so vor, daß sie prinzipiell die Wirkung des Marxschen Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate unterstellen, der nur durch den Komplex "entgegenwirkender Ursachen" unterlaufen wird. Die – monopolistische – Regulationsweise ist dann der "...Ausdruck eines historisch – spezifischen Gefüges gesellschaftlicher, technologischer, politisch – institutioneller und ideologischer Bedingungen" (diess. 1987, S. 37), das für eine begrenzte Zeit den Fall der Profitrate begrenzen und sogar eine steigende Profitrate bewirken kann. Mit dem Erreichen der sozialen und ökonomischen Grenzen der tayloristisch – fordistischen Produktionsmethoden und der mit ihr verknüpften Struktur von Mehrwertproduktion kommt es zu einem Fall der Profitrate und einer Auflösung der institutionellen Formen. Der Zusammenhang von Akkumulationsregime und Regulationsweise wird von Hirsch/Roth linear gefasst: Die Krise des Akkumulationsregimes führt zu einer Krise der Regulationsweise. Institutionelle Formen und die etablierte Regulationsweise sind Objekte und nicht "Subjekte" der Krise des Fordismus.

Ein auf das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate abstellendes Krisenkonzept wird von den Regulationisten der *GREEC* (1983) und deren Mitarbeiter *de Bernis* (1983) vorgelegt. In diesen Arbeiten wird der tendenzielle Fall der Profitrate als ein säkularer Prozess interpretiert, der allein durch die die Form spezifischer Regulationstypen annehmende Kombination "entgegenwirkender Ursachen" für bestimmte historische Phasen kompensiert werden kann. Die sozialen Kämpfe der Lohnabhängigen gegen Arbeitspraktiken und Entlohnungsformen sowie die physischen Grenzen spezifischer Produktionstechniken, die ab einem bestimmten Zeitpunkt keine steigenden Erträge mehr abwerfen, bilden danach die allgemeinen Grenzen der "entgegenwirkenden Ursachen" und damit der Regulationskapazitäten (vgl. *de Bernis* 1983, S. 113). Diese krisentheoretische Konzeption der Grenoble – Vertreter der Regulationstheorie sind bis dahin mit den Erklärungen und Intentionen von Hirsch/Roth weitgehend identisch. Eingebettet in eine historische Analyse kapitalisti-

scher Krisen als Ausdruck von Kämpfen um die Durchsetzung einer bestimmten Profitrate wird die Krise 1974/75, die die "fordistische Akkumulationsphase" zum Ende bringt, auf die wachsende Zahl ökonomischer und politischer Auseinandersetzungen und Streiks zurückgeführt, die einen Rückgang der Profitquote bewirken. Diese Interpretation ist nun keine übliche profits squeeze - Erklärung. de Bernis (1983 a, S. 262) zufolge handelt es sich bei dem Rückgang der Profitquote nur um eine erste Etappe des Krisenprozesses. Entscheidend für den weiteren Krisenverlauf seien die Reaktionen der Unternehmen: Die Kapitale reagierten auf die Widerstandshandlungen der Lohnabhängigen nämlich mit einer Rationalisierungsoffensive, die (a) die betrieblichen Arbeitsprozesse umwälzte und (b) zu einem beschleunigten Wachstum der Abteilung I führte. Diese auf die Veränderung der technischen Produktionsbedingungen abzielende Akkumulationsstrategie unterminierte allerdings, so de Bernis (1983a, S. 263) weiter, die herrschende Regulationsweise und trieb damit das System weiter in die Krise. Das Zusammenspiel von Arbeitskämpfen und unternehmerischen Akkumulationsstrategien führt also zu einer Veränderung des ökonomischen Terrains und entzieht dem etablierten Regulationstypus damit den Boden. Im Kern entspricht diese Krisenerklärung den Ausführungen von Coriat (1979).

Eine profitratensorientierte Untersuchung der Akkumulations- und Krisenprozesse westeuropäischer Ökonomien (Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweden und Bundesrepublik Deutschland) wurde von Mazier (1982) vorgelegt. Methodologisch unterscheidet sich diese Arbeit von den anderen krisentheoretischen Interpretationen der Regulationstheorie dadurch, daß von Vorneherein darauf verzichtet wird, die "Krise des Fordismus" mit einer der von mir unterschiedenen Krisentheorien erklären zu wollen: "The origins of crises cannot be found in a single cause (such as the exhaustion of opportunities for technical progress, increases in the organic composition of capital, the evolution of the balance of power in favour of workers, profit crises, the international division of labour, etc.). On the contrary, these different approaches must be interlinked" (Mazier 1982, S. 41). Übersetzt in die Realanalyse ergibt dieses methodologische Verdikt eine auf der Basis breiten statistischen Materials gewonnene Auflistung verschiedener Krisenfaktoren, ohne daß diese theoretisch geordnet oder empirisch gewichtet werden würden. Als profitratensenkende Faktoren werden von Mazier angeführt:

- der Anstieg des Kapitalkoeffizienten, der sich vor allem dem in Form von Streiks, Absentismus und Arbeitsverweigerung äußernden Widerstand der Arbeiter gegen die fordistischen Produktionsmethoden verdankt, durch die der permanente technologische Erneuerungsprozess (Zuwachs  $K/L$ ) sich nicht in entsprechende Zuwächse der Arbeitsproduktivität (Zuwachs  $y$ ) umsetzte;
- der Anstieg der (bereinigten) Lohnquote im Zuge der Herstellung von Vollbeschäftigung und der Ausschöpfung des peripheren Arbeitskräftepotentials;

- der Anstieg der Preise für internationale Vorleistungen, insbesondere der Rohstoffpreise, sowie der Intensivierung der internationalen Konkurrenz, in deren Gefolge das Nachkriegssystem der kapitalistischen Weltwirtschaft unterminiert worden sei (vgl. Mazier 1982, S. 49 – 60).

Im Zusammenspiel dieser Faktoren kam es zu einem signifikanten Rückgang der nationalen Profitraten und damit zu einem Rückgang von Investitionen und Beschäftigung. Spezifische nationale institutionelle Formen oder Typen der Regulation spielen dieser Analyse zufolge keine ursächliche Rolle bei der Entstehung der Krisen des Fordismus. Diese werden erst nach Ausbruch der Krise relevant, indem sie die Anpassung zentraler Akkumulationsstrukturen an die veränderten Verwertungskonstellationen hinauszögern und dabei den abflachenden Akkumulations- und Wachstumprozess in einen Prozess der Stagflation überführen – eine Argumentationsfigur, die sich bereits bei Boyer/ Mistral (1978) findet. Der etablierte Regulationstypus als Restrukturierungsblockade wirkt einmal durch die Institutionen des Arbeitsmarktes, die im Maße der jeweiligen gewerkschaftlichen Stärke die Arbeitsmarktflexibilität bezüglich Beschäftigungsvolumen und Lohnhöhe regeln: Je langsamer die Anpassung des Beschäftigungssystems, desto höher der inflationäre Druck in der Volkswirtschaft. Als zweite institutionelle Form, die den Restrukturierungsprozess in der Phase der Krise behindert, nennt Mazier die Preissetzungsmacht der Unternehmen, gefasst als Monopolgrad: Je höher die Elastizität der Profitquote gegenüber den Veränderungen der (gesamtwirtschaftlichen) Nachfrage, desto höher demnach die Preissetzungsmacht der Unternehmen und damit der inflationäre Druck (vgl. Mazier 1982, S. 62f.). Durch diese beiden institutionellen Formen wird demnach die infolge einer rückläufigen Profitrate ausgelöste Krise des Fordismus in einen stagflationären Prozess transmutiert.

### 3.2.3. *Krise des Fordismus III*

Eine strikt überakkumulationstheoretische, auf die OgZ-Variante des Marxschen Gesetzes des tendenziellen Falls der Profitrate abstellende Erklärung der Krise des Fordismus wird von Lipietz (1982a; 1986b; 1986a) vorgelegt. Seine These lautet, daß ein Regulationsungleichgewicht im Verhältnis der zwei zentralen Bestimmungsfaktoren der Profitrate für den Fall der Profitrate verantwortlich zeichne. Als Referenzfolie der Krise des Fordismus skizziert er zunächst dessen "golden age"-Phase, um dann die systematische Auflösung der Strukturbedingungen fordistischer Expansion aufzuzeigen. In Anlehnung an das Boyersche Theorem einer "gleichgewichtigen Mehrwertrate" könnte man von einem Modell eines "temporären Gleichgewichts der Profitrate" sprechen. Das "golden age" des Fordismus ist durch zwei historische Konstellationen charakterisiert:

- Die Wachstumsrate der globalen (Abteilung I und II umfassenden) technischen Zusammensetzung des Kapitals (Kapitalintensität) und die Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität in Abteilung I sind identisch. Die Wert- bzw. organische Zusammensetzung des Kapitals ist deshalb im Zeitablauf konstant<sup>54</sup>.
- Die Zuwachsrate des Reallohnsatzes und - wegen einer unterstellten konstanten "Konsumneigung" - damit der realen Konsumgüternachfrage und der Arbeitsproduktivität in Abteilung II sind ebenfalls identisch. Entsprechend ergibt sich eine konstante Mehrwertrate bzw. Profitquote.

Ein weitgehend konstantes Niveau der organischen Zusammensetzung des Kapitals in Kombination mit einer ebenfalls weitgehend konstanten Mehrwertrate hat - das ist selbstevident - eine stabile Profitrate zur Folge, die sich in stabile und regelmäßige Akkumulationsraten übersetzt (vgl. Lipietz 1986b, S. 36 f.; ders. 1986a, S. 18). Beide Stabilitätsbedingungen waren dieser Analyse zufolge in nahezu allen entwickelten kapitalistischen Ländern bis weit in die sechziger Jahre hinein erfüllt. Allerdings waren die nationalen fordistischen Akkumulationsregimes gleichzeitig durch eine ausgeprägte Regulationsasymmetrie gekennzeichnet: "The first condition was obtained in a near-miraculous fashion, and in fact statistical data will show...that it was decreasingly so during the sixties in the main industrialized countries. On the other hand, the second condition was assured more or less explicitly by a policy of regulation of the wage relation: mass production was accompanied by mass consumption, thus realizing the full development of "Fordism" (Lipietz 1986a, S. 18). Wie bereits zuvor Coriat (1979) und Hirsch/Roth (1986) sieht auch Lipietz im Rückgang der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität die entscheidende Einbruchsstelle in das fordistische Akkumulationsregime<sup>55</sup>. Seine Interpretation der Auswirkungen einer rückläufigen Steigerungsrate der Arbeitsproduktivität unterscheidet sich allerdings von Coriat. Während dieser, wie gezeigt, den productivity slow down aus den Widerstandshandlungen der Arbeiter im Produktionsprozess erklärt und den damit einhergehenden Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals aus den Reaktionen des Kapitals begründet, das die Widerständigkeiten der lebendigen Arbeit durch den vermehrten Einsatz von toter Arbeit, d.h. durch beschleunigte Rationalisierungen und Automatisierungen der Arbeitsprozesse zu umgehen versuchte, führt Lipietz den Anstieg des Kapitalkoeffizienten auf eine Art technologisches Gesetz zurück: "...a new principle in organizing production (here: Fordism) at first generates more gains in productivity than increases in fixed capital per capita, but then it ends up becoming much too "costly" (Lipietz 1986a, S. 26). Während der Karriere eines Akkumulationsregimes nimmt die durchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals demnach die Form einer U-Kurve an<sup>56</sup>.

Der Rückgang der Arbeitsproduktivität wird also in erster Linie mit technologischen Effizienzgrenzen der fordistischen Methoden der Mehrwertproduktion begründet, die im Laufe der sechziger Jahre auftreten und

mit Widerstandshandlungen der Arbeiter im Produktionsprozess zusammenfallen. Die institutionellen Formen der monopolistischen Regulation verhindern die rasche Anpassung der Reallohnsätze an die neuen Produktivitätsdaten und bewirken so eine Einschränkung der Mehrwerttrate. Für den Rückgang der Profitrate von grösserem Gewicht ist allerdings der starke Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals, der eine Konstellation relativer Überakkumulation bewirkt: Die Mehrwertmasse steigt gegenüber dem neu vorgeschossenen Kapital nur noch unterproportional an. Der Grund für den Anstieg der organischen Zusammensetzung wiederum ist das nicht-lösbare technologieimmanente Dilemma, daß mit zunehmender Kapitalintensivierung der Produktion die Produktivitätsgewinne immer kleiner ausfallen (müssen)<sup>87</sup>.

Ebenfalls auf die Entwicklung der organischen Zusammensetzung für die Erklärung der Krise des Fordismus stellt Bertrand (1983; 1986) ab. Seinen Untersuchungen des französischen Fordismus unterliegt ein Drei-Sektoren-Modell (Investitions - ( $S_1$ ), Konsum - ( $S_2$ ) und Exportsektor ( $S_3$ )), das zur Umgruppierung der sektoralen Gliederungssystematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung dient (vgl. dazu ausführlicher III. Kapitel ) und den analytischen Grundstein für eine sektorale Überakkumulationstheorie legt. Die lange Wachstumsphase des französischen Kapitalismus begründet Bertrand mit einer nach dem Zweiten Weltkrieg vollzogenen "kapitalistischen Revolution" in dem konsumgüterherstellenden Sektor der Ökonomie: Die schwerpunktmäßig in diesem Sektor versammelten fordistischen Industrien weisen einen gegenüber den beiden anderen Sektoren weitaus höheren Anstieg der Arbeitsproduktivität<sup>88</sup> und der sog. "Arbeitszusammensetzung" auf<sup>89</sup>. Die rasche Transformation der Produktionsbedingungen in  $S_1$  eröffnete dem produktionsmittelherstellenden Sektor einen breiten Absatzmarkt und damit die Möglichkeit für ein rasches Produktionswachstum. Mit der zunehmenden "Kapitallastigkeit" ("l'alourdissement") von  $S_2$  stellten sich aber Wertungsprobleme ein, auf die die Unternehmen mit einer Einschränkung ihrer Investitionsgüternachfrage reagierten. Die relative Überakkumulation von  $S_1$  übertrug sich demnach in den produktionsmittelerzeugenden Sektor in Gestalt eines Nachfragerückgangs, der zu einer Unterauslastung der Produktionskapazitäten und deshalb zu einem Druck auf die Profitrate führte (vgl. Bertrand 1986, S. 91 ff.; vgl. auch Mazier/ Picaud/ Podevin/ Bertrand 1982).

Auch *Aglietta* (1979) unterlegt seiner Krisenerklärung ein überakkumulationstheoretisches Konzept, in dessen Zentrum das Problem der ungleichen Entwicklung der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion steht. Überakkumulation liegt für ihn definitionsgemäß dann vor, wenn die Wertschöpfung einer Periode durch den organischen Austausch der beiden Abteilungen nicht realisiert werden kann (ders. 1979, S. 356). Der Störung der Austauschprozesse selbst wiederum - bezogen auf den Typus intensiver Akkumulation mit Massenkonsum bei monopolistischer Regulation - liegt eine Krise der fordistischen Organisation der Arbeitsprozesse zugrunde. Diese Krise, schreibt *Aglietta* (1979, S. 162),

"...is expressed above all in the intensification of class struggles at the point of production. By challenging conditions of work bound up with the fragmentation of tasks and intensification of effort, these struggles showed the limits to the increase in the rate of surplus-value that were inherent in the relations of production organized in this type of labour process. This was the root of the crisis". Die abnehmenden Zuwächse der Mehrwertrate übersetzen sich dieser Argumentation zufolge in eine Entwicklungsschranke der produktionsmittelerzeugenden Abteilung, "...since it no longer gives rise to technical mutations leading to a further mechanization of labour, capable of generating a sufficient saving in direct labour time to compensate for the increase in the organic composition of capital"(ebd.). Die Ursachenkette der Krise des Fordismus läuft also bei Aglietta wie folgt: Klassenkämpfe in der Produktion --> rückläufige Zuwachsraten der Mehrwertraten --> Verlangsamung des Innovationsstempos und ungleiche Entwicklung der beiden Abteilungen --> Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals --> Fall der Profitrate. Der Zusammenhang zwischen betrieblichen Kämpfen der Arbeiter und Akkumulationsstrategien des Kapitals wird von Aglietta anders gesehen als etwa von de Bernis (1983a) und der GREEC (1983). Während letztere die Rationalisierungsanstrengungen der Kapitale als Reaktion auf die sozialen Widerstandshandlungen interpretieren und einen beschleunigten Akkumulationsprozess der Abteilung I als Indikator der sich ankündigenden ökonomischen Krise fassen, verortet Aglietta die Rationalisierungsstrategien in der Vorkrisenphase, die überhaupt erst die Widerstandshandlungen auslösen. Ihm zufolge handelt es sich bei den Rationalisierungsinvestitionen um Veränderungen und Vertiefungen des fordistischen technologischen Paradigmas, mit denen nur noch unterproportionale Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität und damit ein Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals verbunden sind. Klassenkämpfe und technologische Veränderungen gehen bei Aglietta also Hand in Hand, während sie etwa bei de Bernis, aber auch bei Coriat (1979) als Ursache - Wirkungs - Zusammenhang konzipiert sind.

*Mazier/Basle/Vidal* (1984) interpretieren die ökonomische Konstellation 1973/75 ebenfalls als eine relative Überakkumulation von Kapital. Sie greifen in ihrer Krisenanalyse auf die bereits von Lipietz und Bertrand formulierten Ursachenkomplexe zurück und kombinieren diese Erklärungsmuster mit weiteren, aus der Empirie gewonnenen Argumenten. Vier Ursachenkomplexe lassen sich dabei unterscheiden:

- die Erschöpfung der aus der fordistischen Organisation der Arbeitsprozesse und der damit verbundenen tayloristisch-fordistischen Technologien resultierenden Wachstumspotentiale, die sich in einem Rückgang der Kapitalproduktivität und einer Verlangsamung der Arbeitsproduktivitätszuwächse niederschlägt;
- die Verschiebung der Einkommensverteilung zugunsten der Lohnabhängigen und damit eine Senkung der Profitquote im Zuge geräumter Arbeitsmärkte;

- die zunehmende Beschränkung der Entwicklungsmöglichkeiten der etablierten Konsumnorm im Verlauf fortschreitender Kommodifizierung der Reproduktion der Ware Arbeitskraft, die sich in abnehmenden Zuwachsraten des Produktionsvolumens der Abteilung II darstellt;
- die Verringerung der Akkumulationsrate der Abteilung II infolge einer weitgehend vollzogenen Transformation der Produktionsbedingungen und der Ausschöpfung der etablierten Produktionsnorm (vgl. diess. 1984, S. 194 ff.).

Der im Rückgang der Kapitalproduktivität zum Ausdruck kommende Anstieg der organischen Zusammensetzung ist dieser Analyse zufolge also nur einer von vier Ursachenkomplexen, die erst in ihrer Kombination den Eintritt des Krisenprozesses begründbar machen<sup>90</sup>.

#### 4. *Krise und Kontingenz der Theorie*

##### 4.1. *Die Regulationstheorie ohne Krisentheorie*

Die krisentheoretischen Ausführungen der Regulationisten stellen sich als ein buntes Bukett dar. Angeboten werden eine Fülle theoretischer Erklärungen und empirischer Beweisführungen, deren jeweiliger Kern sich auf traditionelle krisentheoretische Paradigmen stützt. Von einem originären Beitrag der Regulationisten zur Krisentheorie kann angesichts der vorgeführten Argumentationsfiguren nicht gesprochen werden. Wie auf anderen Feldern der Politischen Ökonomie finden sich auch innerhalb des regulationstheoretischen Paradigmas vielmehr konkurrierende und sich zum Teil auch wechselseitig ausschließende krisentheoretische Begründungen. Weitgehend übereinstimmend festgestellte empirische Tatbestände werden von den einzelnen Regulationisten deshalb nach Maßgabe der jeweiligen krisentheoretischen Folie unterschiedlich interpretiert. Ein gutes Beispiel dafür ist der allenthalben konstatierte *productivity slow down*. Diesen einmal für die fordistischen Ökonomien als empirisch triftig unterstellt, wird die Produktivitätsschwäche einmal mit den Widerstandshandlungen der Arbeitskräfte im Arbeitsprozess (Coriat), dann mit technologischen Grenzen des zugrundeliegenden fordistischen Produktionssystems (Boyer) und schließlich alternativ mit den Rückwirkungen sektoral ungleicher Entwicklungen (Bertrand) erklärt. Der Zusammenhang zwischen betrieblichen Kämpfen und Akkumulationsstrategien wird darüberhinaus einmal als Ursache-Wirkungs-Zusammenhang (de Bernis 1983a) und einmal als synchroner Prozess (Aglietta) gefasst. Diese Interpretationen selbst verdanken sich wiederum unterschiedlichen krisentheoretischen Konzepten, die sich in ihren Ursachenbestimmung ausschließen: Der *profits squeeze*-Theorie, der ogZ-Variante der Überakkumulationstheorie und der sektoralen Überakkumulationstheorie.

Die durch das Regulationskonzept angestrebte Vermittlung zwischen formations-konstitutiven und formations-kontingenten Strukturen und Ereignissen wird, wenn überhaupt, nur unzureichend eingelöst. Der Ein-

wand von Noel (1986, S. 34), daß die Regulationstheorie nicht zeigen würde, wie und aus welchen endogenen Gründen ökonomische Krisen entstehen und daß das Problem der Reproduktion bzw. der Neuschaffung institutioneller Formen im Zuge von Krisenprozessen mit zu allgemeinen theoretischen Kategorien analysiert würde, trifft deshalb einen durchaus neuralgischen Punkt. Bemerkenswert ist insbesondere die weitgehende Aussparung von Hypothesen über die Rolle institutioneller Formen im Krisenentstehungsprozess. Zwar wird in nahezu allen Studien, wenn auch mit differierender Gewichtung, auf die Erosion des Produktivitäts-Nominallohn-Nexus verwiesen, der den virtuous circle der fordistischen Prosperität gewährleistet habe. Zu einer solchen krisenrelevanten Aussage hätte es allein einer Theorie der Regulation nicht bedurft. Dass eine konstante Mehrwertrate resp. konstante Lohnquote zu einer der wesentlichen Stabilitätsbedingungen des Akkumulationsprozesses zählt, ist auch von anderen ökonomischen Theorien her bekannt (vgl. dazu unten). Die Lektüre der krisentheoretischen Arbeiten der Regulationsschule verweist auf zwei Möglichkeiten, Theorie und Geschichte, d.h. ökonomische Basisstrukturen und institutionelle Formen zu vermitteln: (1) Einmal der von Boyer (1979), Mazier/ Basle/ Vidal (1984) und Lorenzi/ Pastré/ Toledano (1980) beschrittene Weg, eine Vielzahl empirischer Problembeispiele zu analysieren und die ablaufenden Entwicklungsprozesse in einer theoretisch pragmatischen Form miteinander zu verknüpfen. Das Resultat sind unter deskriptiven und systematisierenden Aspekten äußerst interessante und differenziert argumentierende Arbeiten, die allerdings auf die Formulierung krisentheoretischer Sätze verzichten. Die Krise ist hier das Ergebnis kombinierter Ungleichgewichte und Störungen zentraler Dimensionen der Entwicklungsweise, ohne daß eine Hierarchie der Ursachen formuliert werden würde. In den jüngeren Arbeiten von Boyer (vgl. etwa Boyer 1987b) wird zwar der Versuch unternommen, eine eindeutigere Bestimmung der Ursachen der Krise des Fordismus vorzunehmen, doch geschieht dies vor allem durch eine Reduktion des Konzeptes des fordistischen Akkumulationsregimes auf bloße Verteilungszusammenhänge und durch eine Zentrierung auf die institutionelle Form des Lohnverhältnisses in Gestalt des Kompromißes zwischen Lohnarbeit und Kapital, der den Produktivitäts-Lohn-Nexus sichert. Am greifbarsten wird dieser analytische Reduktionismus in dem unter Boyers Federführung zusammengestellten "Abschlußbericht" der Forschungen zur Regulations- und Fordismustheorie seitens der preistheoretischen Regulationisten des CEPREMAP. Der Fordismus als dominant intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum und monopolistischer Regulation wird dort als ein bloßes System von Kreislaufbeziehungen entworfen, dem drei grundlegende Hypothesen unterliegen:

- (a) Mittelfristig ist die Entwicklung der Arbeitsproduktivität durch die allgemeinen technischen Veränderungen, die Akkumulationsrate und das Ausmaß der Skalenerträge bestimmt;
- (b) die Akkumulationsrate ist abhängig vom Wachstum der Konsumgüternachfrage i.S. eines Multiplikator - Akzeleratorprozesses;

- (c) das Wachstum des Produktionsergebnisses ist bestimmt durch die Dynamik der realen Lohn- und Gehaltssumme. Diese wiederum hängt ab von der Aufteilung der Produktivitätszuwächse, die ein Resultat des jeweiligen "compromis capital/travail" ist (vgl. Boyer 1987b, S. 10).

Entsprechend diesem Modell des Fordismus wird dann die Krise des Fordismus in den Störungen der Zirkulationszusammenhänge verortet: Der Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital wird durch soziale Auseinandersetzungen unterminiert und der Produktivitäts-Lohn-Nexus zunehmend zerstört. Unter Zugrundelegung von (c) hat dies einen Rückgang der Wachstumsraten der Produktion zur Folge, die mittelfristig auch die Basis der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität (Zusammenhang(a)) zerstört. Der Preis dieser zirkulationstheoretischen Argumentation besteht im Verzicht auf krisenanalytische Originalität und, entscheidender, in der Reduktion des Konzeptes der institutionellen Form. Das von mir bereits diskutierte Defizit eines theoretisch unterentwickelten Konzeptes der institutionellen Form reproduziert sich als auch in der Krisenanalyse.

Deutlich wird dies in der Fassung des Produktivitäts-Reallohn-Nexus. Von der ökonomietheoretischen Seite liegt auf der Hand, daß ein wie immer gearteter institutioneller Kompromiß zwischen Lohnarbeit und Kapital immer nur einen Produktivitäts-Nominallohn-Nexus herstellen kann. Inwieweit sich steigende Nominallöhne in proportional wachsende Reallöhne übersetzen, unterliegt Prozessen, die außerhalb der Reichweite des Arbeitsmarktes und dessen konkreter institutioneller Formen liegen. Eine Bestimmung dieses "Übersetzungsverhältnisses" hätte, wie dies etwa Aglietta (1979) zu unternehmen versuchte, wenigstens die Analyse zweier weiterer institutioneller Formen zur Voraussetzung: (a) die Geld- und Kreditpolitik der Zentralbanken und (b) die Form der interkapitalistischen Beziehungen. Ein derart umfassender krisentheoretisch-institutioneller Zugriff unterbleibt allerdings in den jüngsten Arbeiten von Boyer. Der Weg von einer deskriptiven Fassung zu einer eher theoretischen Fassung der Regulationstheorie wurde mithin mit einem Verzicht auf den eigentlich originellen Beitrag der Regulationstheorie zur ökonomischen Theorie, dem Einbezug institutioneller Formen, erkaufte.

Ein zweiter Weg wird vor allem von Lipietz (1982; 1982a; 1986a) und Aglietta (1979) beschritten, die sich zunächst um eine konsistente theoretische Bestimmung der Krisenursachen bemühen, dann die jeweiligen institutionellen Formen untersuchen und in einer sich anschließenden analytischen Schleife versuchen, beide Analyseebenen miteinander zu verknüpfen. Es zeigte sich allerdings in den bisherigen Ausführungen zu der werththeoretisch fundierten Regulationstheorie, daß die Analyse der institutionellen Prozesse auch hier einen eher illustrativen Charakter einnimmt. Dieser Einwand richtet sich allerdings in sehr viel geringerem Maße gegen die "Pionierarbeit" von Aglietta, die sich, wie ausführlich dargestellt, in erster Linie um die Formulierung theoretischer Grundlagen eines Regulationskonzeptes bemühte und erst in zweiter Linie eine Real-

analyse der historischen Entwicklung des US-Kapitalismus seit den zwanziger Jahren vorlegte. In einer ausführlichen Rezension hat Davis (1978) sich mit den Hypothesen zum historischen Prozess auseinandergesetzt und dabei gezeigt, daß diese Analyseebene, die auch die strukturellen Formen und deren Transformationen miteinschließt, analytisch noch ausgebaut werden muss (und kann). In seiner Untersuchung der "Politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren", deren deutschen Ausgabe eine umfanglichere, vor allem die Arbeitsbeziehungen vor dem Zweiten Weltkrieg einschließende Untersuchung zugrundeliegt, hat Davis versucht, diese institutionellen/strukturellen Formaspekte der Agliettaschen Regulationstheorie herauszuarbeiten (vgl. Davis 1986). Innerhalb der Arbeiten der französischen werttheoretischen Regulationisten fehlen derartige Analysen. Insbesondere die Arbeiten von Lipietz zeichnen sich dadurch aus, sekundäranalytisch, häufig unter Rückgriff auf die Arbeiten der preistheoretischen Regulationstheoretiker zu argumentieren und dabei die dort gewonnenen empirischen Ergebnisse zu reinterpretieren. In Rechnung zu stellen ist allerdings, daß bereits die bloße Anzahl werttheoretisch argumentierender Regulationisten sehr viel kleiner ist als die Zahl der preistheoretischen Regulationsvertreter. Entsprechend gering fällt deshalb auch das Volumen empirisch orientierter Arbeiten aus. Die krisentheoretischen Untersuchungen beider Varianten des Regulationskonzeptes zusammengenommen, läßt sich konstatieren, daß beide Auflösungsstrategien also jeweils einen Pol des Vermittlungsproblems vereinseitigen. Prototypisch dafür sind, wie angeführt, die Arbeiten von Lipietz, der seine Kriseninterpretation des Fordismus auf die ogZ-Variante der Überakkumulationstheorie stützt. Als einer der wenigen Regulationstheoretiker diskutiert er die mit dem von ihm gewählten krisentheoretischen Konzept einhergehenden Theorieprobleme explizit, um so – noch vor der interpretativen Heranziehung dieser Krisentheoriefolie – die theorieimmanenten Probleme dieses Ansatzes einer begrifflich-methodischen Lösung zuzuführen.<sup>91</sup> Der Preis der Erlangung einer krisentheoretischen Stringenz besteht in den Arbeiten von Lipietz allerdings in einer ausgeprägten analytischen Vernachlässigung der institutionellen Seite der Krisenprozesse. Ich will die Vorgehensweise von Lipietz kurz skizzieren, auch weil dabei exemplarisch die methodischen Probleme einer Krisenanalyse vorgeführt werden können, um die sich andere Regulationstheoretiker, jeweils innerhalb ihres krisentheoretischen Ansatzes, herumdrücken.

#### 4.2. *Okishio, der Arbeitsprozess und die Regulationisten*

Die ogZ-Variante des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate argumentiert bekanntermaßen, daß die individuellen Kapitale nach dem Kriterium der Profitmaximierung über die in den Arbeitsprozeß einzuführende Produktionstechnik entscheiden, d.h. auf der Grundlage extern gegebener Preise für Produktionsmittel und Arbeitskräfte wird eine neue Technologie genau dann eingeführt, wenn sie die Kosten senkt und – bei gegebenem Produktpreis – die Profitrate erhöht. Dieses entschei-

dungslogisch rationale Verhalten mündet dann in ein gesellschaftlich irrationales bzw. nicht-intendiertes Resultat in Gestalt eines Absinkens der allgemeinen Profitrate, wenn angenommen wird, daß es sich bei dem Typus von eingeführter Technologie um einen strikt arbeitssparenden technischen Fortschritt handelt: Je kleiner nämlich der Anteil lebendiger Arbeit im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, desto kleiner fällt auch das Mehrwertschöpfungspotential aus (vgl. MEW 25, S. 223)<sup>92</sup>.

Diese Argumentationsfigur ist in der analytischen Marx-Diskussion stark in die Kritiklinie geraten. Die kritischen Einwände stützen sich vor allem auf das sog. Okishio-Theorem (Okishio 1974, S.173 ff.), das auf einer entscheidungstheoretischen Basis zeigt, daß die nach dem Kostenkriterium getroffenen Technikentscheidungen sowohl für die einzelnen wie für das Gesamtkapital eine höhere Profitrate zur Folge haben. Die Einführung neuer Technologien wird dabei aus der Konkurrenz der Kapitale und unter der Annahme abgeleitet, daß im Zuge der Einführung die Reallöhne konstant bleiben. Beide Annahmen und ihre Implikationen werden von Lipietz (1986a, S. 15) in Frage gestellt.

Der erste Einwand stellt auf eine Argumentation ab, wie sie sich auch bei Coriat (1979) und Bowles/ Gordon/ Weisskopf (1983) findet. Das Motiv für die Einführung arbeitssparenden technischen Fortschritts besteht in der Ersetzung widerständiger Arbeitskräfte, die mit ihren sozialen Handlungen auf betrieblicher Ebene die Ausschöpfung des technischen Produktivitätspotentials verhindern, durch tote Arbeit. Ganßmann (1987, S. 300) macht allerdings darauf aufmerksam, daß auch dieses Kontrollmotiv kapitalistischer Technikwahl sich im Kostenkriterium à la Okishio auflösen lasse. Dieser Einwand scheint mir generell zwar richtig, doch sollte nicht übersehen werden, daß unter Berücksichtigung von Kontrollkosten die Kapitale aus Gründen der Aufrechterhaltung der Produktionsprozesse zu Technikentscheidungen greifen, die sich nach Maßgabe des Kostenkriteriums als suboptimal erweisen. Auch Marx geht im übrigen davon aus, daß die Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit nur erfolgt, wenn damit die Durchschnittskosten gesenkt werden können: Ausgehend von in Arbeitswerten gemessenen Kosten der Produktion wird neue Maschinerie genau dann in den Produktionsprozess eingeführt, wenn der Kostenaufwand der neuen Technologie geringer ausfällt als die durch Freisetzungen erfolgte Einsparung an bezahlter Arbeit (vgl. MEW 23, S. 414). Allerdings konzipiert Marx diesen Prozess technischer Neuerung anders als Okishio. Als notwendige Bedingung für die Ersetzung lebendiger durch tote Arbeit unterstellt Marx Reallohnsteigerungen. Diese Bedingung, von Marx an verschiedenen historischen Beispielen der Produktivkraftentwicklung illustriert, verweist auf eine arbeitsprozesspolitische Dimension technischen Wandels, die bei Okishio, der darüberhinaus die Konstanz des Reallohnes unterstellt, außer Acht bleibt. Im Rahmen der labor process-Debatte könnte diese Marxsche Bedingung als monetäre Kompensation für die neue Nutzung der im Arbeitsprozess verbleibenden Beschäftigten interpretiert werden. In diesem Sinne könnte der Anstieg des Reallohnes als Teil der Kontrollkosten gefasst werden. Blicke demgegenüber der

Reallohn im Zuge des technischen Wandels konstant, dann könnte die Profitrate nur fallen, wenn der beschleunigte Einsatz toter Arbeit die Durchschnittskosten erhöhen würde. Eine solches Entscheidungskalkül wurde aber von Marx ausgeschlossen.

Der Einwand von Lipietz geht allerdings noch weiter, indem eine Situation als potentiell möglich unterstellt wird, in der die Kapitalisten sich für eine Produktionstechnik auch dann entscheiden, wenn sie die Durchschnittskosten erhöht. Der Gedanke wird von ihm nicht weiter ausgeführt, könnte aber folgendermaßen interpretiert werden. Eine solche Situation liegt dann vor, wenn die lebendige Arbeit innerhalb des gegebenen technologischen Paradigmas sich gegen die Arbeitsbedingungen und die Formen der Nutzung der Arbeitskraft in solcher Weise zur Wehr setzen, daß die technischen Produktivitätspotentiale nur suboptimal genutzt werden können oder die Produktionskosten dadurch in die Höhe getrieben werden, daß die Kontrollkosten im Arbeitsprozess steil ansteigen. Aus der Sicht des Kapitals ist es dann notwendig, den Arbeits- und Produktionsprozess von dem Einsatz lebendiger Arbeit zunehmend zu "emanzipieren" und zur Gewährleistung eines kontinuierlichen Produktionsprozesses eine Produktionstechnologie zu wählen, deren Durchschnittskosten im Vergleich mit den *optimalen* Durchschnittskosten der alten Technik suboptimal ist. Bedingung dafür ist jetzt, daß die Durchschnittskosten der neuen Technik unterhalb der *realen* Durchschnittskosten der alten Technik liegen, d.h. die Bezugsbasis hat sich in dieser Konstellation für die kapitalistische Technikwahl geändert. Eine solche Konstellation lässt sich mit dem Okishio-Theorem überhaupt nicht erfassen, weil dort technischer Wandel als rationale Wahlhandlung der Kapitalisten bei vollständiger Konkurrenz verhandelt und darüberhinaus die Marxsche Unterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitskraft nicht mitvollzogen wird. Wie wir bereits gesehen haben (vgl. III. Kap. ), geht mit dieser Differenzierung eine Unbestimmtheitslücke im Arbeitskontrakt einher, die mit Anreiz- und Kontrollmechanismen geschlossen werden muss. Diese "Lücke" konstituiert ein soziales Terrain auf der Ebene des Arbeitsprozesse, über das keinerlei vollständige Information zu gewinnen ist: Kapitalistische Technikwahl erfolgt immer unter Unsicherheit. Im Okishio-Theorem wird dieses Problem durch die Annahme logischer Zeit und damit der Unterstellung vollkommener Information und Sicherheit über die Zukunft ausgeschaltet. Die Regulationstheorie hätte hier die Möglichkeit, ihre intermediären Konzepte zu entfalten. Allerdings wird von Lipietz dieser (naheliegende) Weg nicht beschritten. Die Prämisse logischer Zeit, eingeschlossen in die Annahme vollständiger Information, wird von ihm gar nicht erst hinterfragt. Damit wird aber versäumt, das Konzept der strukturellen Form zum Tragen zu bringen.

Der zweite Einwand von Lipietz richtet sich gegen die logische Konsistenz des Okishio-Theorems im Ganzen. Ausgangspunkt ist die Annahme eines konstanten Reallohnes bei Einführung arbeitssparenden technischen Fortschritts. In der längeren Frist betrachtet impliziert nämlich ein stabiles Wachstum der Arbeitsproduktivität bei konstanten Reallohnen eine Über-

produktionskrise: Die Kapazitätseffekte laufen den Einkommenseffekten neuer Investitionen davon und produzieren eine Realisierungslücke<sup>93</sup>. Die Profitrate sinkt, wenn auch aus anderen Gründen als die ogZ-Variante behauptet. Theoretisch angemessener ist es Lipietz zufolge, die Annahme eines konstanten Reallohnes durch die einer konstanten Mehrwertrate zu ersetzen. Unter dieser Annahme erweist sich dann das Okishio-Theorem allerdings nicht als haltbar. Wie Ganßmann (1987) macht auch Lipietz darauf aufmerksam, daß die Diskussion des Okishio-Theorems wesentlich von der zugrundegelegten "Lösung" des Transformationsproblems abhängt (vgl. dazu auch Lipietz 1982; 1982a). Während üblicherweise bei der Erörterung des Transformationsproblems der Wert der Ware Arbeitskraft durch die Kaufkraft des Lohnes in Gestalt des erworbenen Konsumgüterbündels definiert wird, unterlegt Lipietz in Einklang mit den Arbeiten von Duménil (1980) und Foley (1986) eine andere Definition des Werts der Ware Arbeitskraft, nämlich das Produkt von Geldlohn und Wert des Geldes (vgl. dazu bereits II. Kap., Abschnitt 6)<sup>94</sup>. Diese Definition des Wertes der Ware Arbeitskraft erlaubt es Lipietz, Veränderungen des Reallohnes bei einer konstanten Mehrwertrate zu analysieren. Dieser sog. konstante "Wert-Lohn" ist dabei unabhängig von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Abteilung II und damit dem konkreten Konsumgüterbündel. Unter Zugrundelegung einer Reihe von Annahmen<sup>95</sup> versucht Lipietz dann modelltheoretisch zu zeigen, daß das Theorem einer kosten-senkungsorientierten Technikwahl zu einem Fall der allgemeinen Profitrate führt. Auf einer abstrakt-logischen Ebene meint Lipietz damit zwar die Möglichkeit einer ogZ-fundierten Überakkumulationstheorie bewiesen zu haben<sup>96</sup>, doch bleibt die konkrete Durchsetzung innerhalb des historisch konkreten institutionellen Verwertungsrahmens ("Akkumulationsregime") weitgehend offen. Eine nahezu identische Argumentation findet sich auch bei Foley (1986, S. 136 ff.). Sein Urteil über die Relevanz des Okishio-Theorems fällt für die Vertreter des "analytischen Marxismus" ernüchternd aus:

The Okishio theorem is not very relevant to the experience of real capitalist economies because the characteristic pattern of capital accumulation involves increases in real wages at the same time as the value of labor-power falls and the rate of exploitation rises. Thus real capitalist economies fall into the class of cases in which it is impossible to say a priori whether the process of technical change will raise or lower the profit rate. Only the extremely strong assumption of a constant real wage (that is, that capitalists will appropriate all the fruits of technical progress) can yield Okishio's theorem" (Foley 1986, S. 139).

Diese Qualifizierung verweist noch einmal auf die Notwendigkeit, auch den Prozess des technischen Wandels mit dem intermediären Konzept der strukturellen/institutionellen Form anzugehen. Erinnerung man sich bspw. an die stilisierten Grundstrukturen des "Fordismus", dann zeigt es sich, daß die Produktivitätsgewinne in bestimmte Steigerungsraten der Profite und der Nominallöhne übersetzt wurden. Die arbeitsprozeßtheoretischen Studien (vgl. etw Burawoy 1985) konnten darüberhinaus zeigen, daß diesem Ma-

krokomproß spezifische "politics in production" unterliegen. M.E. hätten die Arbeiten der Regulationstheorie solche Untersuchungen zusammenzuführen, um theoretisch angeleitete Aussagen über kapitalistische Technikwahl formulieren zu können, die den Rahmen der logischen Zeit sprengen. Lorenzi/ Pastré/ Toledano (1980, S. 171) konstatieren deshalb mit Recht, daß Lipietz' Arbeiten zwar die logischen Möglichkeiten einer auf den Anstieg der organischen Zusammensetzung des Kapitals rückführbaren Überakkumulationskrise belegen, aber Theorie und Geschichte nur sehr äußerlich miteinander verbunden werden.

Die (behelfsmäßige) These einer Regulationsasymmetrie – institutionelle Formen können die Mehrwertrate, aber nicht die Entwicklung der organischen Zusammensetzung steuern – deutet darauf hin, daß Lipietz letztlich doch dem abstrakten ökonomischen "Gesetz" eines Anstiegs der organischen Zusammensetzung des Kapitals den Vorrang einräumt. Dies mag nun eine durchaus akzeptable theoretische Konzeption sein, geht aber über die traditionellen marxistischen Überakkumulationstheorien nicht hinaus, die in ihren Analysen auf die Einflüsse der "entgegenwirkenden Ursachen" abstellen, um Phasen sinkender oder stagnierender und Phasen steigender Profitraten zu unterscheiden<sup>97</sup>. Ein ähnlicher Einwand ließe sich im übrigen auch gegen die Argumentation von Coriat (1979) erheben. Im Unterschied zu Lipietz versucht er zwar die kapitalistische Technikwahl direkt aus den Konstellationen der "politics in production" (Burawoy) abzuleiten, indem er die Einführung kapitalintensiver Techniken auf die Kontrollmotive der Unternehmen rückführt. Eine genauere konzeptionelle Vorstellung oder empirische Untersuchung der politics in production wird aber nicht unternommen.

Die krisentheoretischen Ausführungen der Regulationstheoretiker sind unbefriedigend. Dies sollte aber noch kein Grund sein, den analytischen Stab über den Regulationsansatz zu brechen. Und es besteht auch kein Anlaß, wie etwa O'Connor (1987, S. 92) vorschlägt, den krisentheoretischen Fokus zukünftig allein auf "...the complex issues of social and national struggles and their effect on the rate of exploitation and on capital's political and social capacity to utilize labor power as variable capital.." zu richten und die Analyse der Bewegungen der Profitrate und der Kapitalzusammensetzung im Zusammenhang mit den Prozessen technischer Neuerung zu unterlassen<sup>98</sup>.

In Rechnung zu stellen ist, daß das ursprüngliche Forschungsprogramm der Regulationstheorie noch wenig bearbeitet ist. Zwar liegen insbesondere von den preistheoretischen Vertretern des Regulationskonzeptes eine Vielzahl von Untersuchungen vor. Doch fallen gerade in diesen Arbeiten die krisentheoretischen Interpretationen unzulänglich aus: Viele dieser Untersuchungen weisen infolge ihrer multidimensionalen Ausrichtung lediglich einen deskriptiven Charakter auf oder schwanken zwischen unterschiedlichen Ursachenkomplexen her, ohne Kausalitäten wenigstens theoretisch formulieren zu können. Selbst innerhalb der preistheoretischen Variante des Regulationskonzeptes kann von einer einheitlichen Krisen-

theorie nicht gesprochen werden. Dieser Zustand der Regulationstheorie verweist noch einmal auf die bereits eingangs getroffene Einschränkung, daß in einem strikteren Sinne weder von einer *Theorie* noch von *einer* Theorie der Regulation gesprochen werden. Ich werde im abschließenden Kapitel V darauf noch einzugehen haben.

## V. Kapitel

### 1. Innovative Leistungen und "alte Hüte" – Schlußbemerkungen?

Der in Frankreich entwickelte und mit ausgeprägt angelsächsischen Wissenschaftsmethoden operierende Regulationsansatz hat in den internationalen Sozialwissenschaften breite Aufmerksamkeit gefunden. Trotz oder vielleicht auch gerade wegen des unspezifischen Assoziationshorizontes der Schlüsselkategorie "Regulation" ist es den Begründern und Vertretern dieses Ansatzes äußerst rasch gelungen, wenigstens die griffigen Grundkategorien ihres Ansatzes bekanntzumachen. Das Musterbeispiel für eine solche Begriffskarriere ist das Signum des "Fordismus", das weit über den Kreis der Regulationisten hinaus Verbreitung gefunden hat. In der Rezeption des Regulationsansatzes zu kurz gekommen sind häufig allerdings die theoretisch-analytischen Grundlagen dieses Konzeptes. Die in dieser Arbeit vorgenommene theoretische Rekonstruktion des Regulationsansatzes sollte gezeigt haben, daß das Regulationskonzept zwei voneinander deutlich unterschiedene Varianten aufweist: ein werttheoretisch und ein preistheoretisch fundiertes Verständnis von Regulation. In der Rezeption des Regulationskonzeptes wurde nach meinem Eindruck bislang diese Dichotomisierung häufig entweder übersehen oder übergangen. Diese Differenzierung aber in Rechnung gestellt, läßt sich die Frage nach der analytischen Leistungsfähigkeit dieses Konzeptes nicht pauschal beantworten.

Wie etwa am Beispiel der bundesdeutschen Vertreter des Regulationskonzeptes Hirsch/Roth gezeigt wurde (vgl. I. Kapitel), werden zuweilen beide Varianten recht umstandslos miteinander vermengt. Gerade diese Vermengung trägt aber wesentlich zur Blockierung der weiteren theoretischen Fundierung des Regulationskonzeptes bei. Soweit sich ansonsten der marxistischen Werttheorie verpflichtete Autoren auf die Regulationstheorie beziehen und dabei die preistheoretisch fundierten Arbeiten heranziehen, ist das Ergebnis häufig genug ein "Theorie-mark up": Auf die werttheoretisch-kapitallogischen Kategorien werden die historisch-institutionalistischen Kategorien aufgeschlagen. Die Grundintention des Regulationsansatzes als intermediäres Konzept wird dabei negiert. In dieser "Vermengungsstrategie" drückt sich aber auch noch ein zweites Problem aus. Stand die Pionierarbeit von Aglietta noch auf dem Boden der Marxschen Theorie und verstand sie sich als theoretisch-konzeptioneller Beitrag zur Weiterentwicklung dieses Theoriegebäudes, so wurzeln mittlerweile die regulationstheoretischen Arbeiten fast ausschließlich in einer Keyneschen-Kaleckianischen Interpretation makroökonomischer Theorie. Der von Aglietta eröffnete theoretische Raum liegt heute nahezu brach. Die preistheoretische Variante des Regulationskonzeptes ist zwar ein Beitrag zur Politischen Ökonomie, der aber, bezogen auf die marxistische Theorie, ein *alternatives* Konzept offeriert. Die Anbindung dieser Variante an ein marxistisches Theoriefundament wirft theoretische

Immananzprobleme auf, die letztlich dann auch das Konzept der Regulation untergraben können.

Ich möchte vorschlagen, die Antwort auf die Leistungsfähigkeit des Regulationskonzeptes so zu formulieren, daß der Dichotomie des Regulationsansatzes Rechnung getragen wird. Für beide Fundierungen fällt – global betrachtet – die Antwort ernüchterend aus. Allerdings sind die Gründe dieser Ernüchterung verschieden. Bezogen auf die werttheoretische Variante möchte ich behaupten, daß die aufgeworfenen grundsätzlichen Fragen sowie eine ganze Reihe analytischer Grundüberlegungen eine Richtung der weiteren Theoriebildung angeben, der nachzugehen lohnenswert zu sein verspricht. Der heutige Zustand dieser regulationstheoretischen Variante gleicht einem Feld, das dringend bearbeitet werden müsste, um Ertrag abzuwerfen. Den der Regulationsschule von Mjoset (1985, S. 1) insgesamt zugesprochene sozialwissenschaftliche Innovationspreis würde ich nicht vergeben. Zwar hat insbesondere die preistheoretische Variante des Regulationsansatzes in prägnanter Form und mit Recht auf die institutionalistischen Leerstellen der orthodox-bürgerlichen wie der marxistischen Theorie aufmerksam gemacht. Wie ausführlich gezeigt wurde (vgl. insbesondere III. Kapitel), fehlt aber gerade diesem Zweig des Regulationskonzeptes ein theoretischer Ausweis zur Begründung der zentralen Kategorie der institutionellen Form. Boyer (1987d, S. 128) hat sich deshalb jüngst selbst äußerst distanziert zum theoretischen Status des Regulationskonzeptes geäußert: "Rather than irrefutable results and a perfected theory, the regulation approach sets out general notions and a method of work. It is up to future research to turn the *premises* into a more complete theory" (Unterstreichung K.H.).

Ich habe bei verschiedenen Gelegenheiten dieser Arbeit darauf hingewiesen, daß der Regulationsansatz von seinen Verfechtern selbst als "work in progress" verstanden wird, d.h. als ein Forschungsprogramm, dessen Einlösung noch aussteht. Die vorliegende Rekonstruktion des Regulationskonzeptes sollte es aber dennoch erlauben, einige *generelle* theoretische Einschätzungen vorzunehmen. Detailliertere Einschätzungen zu den beiden Varianten des Regulationskonzeptes finden sich in den beiden Resümees (vgl. II. Kapitel, Abschnitt 6 und III. Kapitel, Abschnitt 3). Ich werde deshalb im Nachfolgenden lediglich versuchen, in fünf Punkten einige abschließende Einschätzungen formulieren.

(1) Der Regulationsansatz präsentiert sich als eine Form neuer sozialwissenschaftlicher Großtheorie, die sich aus verschiedenen Einzeldisziplinen speist und daraus ein eigenständiges Theoriefundament errichten will, mit dem die Reproduktion komplexer gesellschaftlicher Formationen über die Zeit erklärt werden soll. Der umfassende Erklärungsanspruch dieses Ansatzes dürfte seine durch die schnelle internationale Rezeption angezeigte Attraktivität wenigstens teilweise erklären. In einer gesellschaftlichen Umbruchphase, wie sie, im übrigen nicht allein in den entwickelten kapitalistischen Ländern, zu beobachten ist, wächst auch der theoretische Erklärungsbedarf. Mit der Fordismus-Kategorie hat die Regulationstheorie

eine Folie bereitgestellt, mit der das Problem der "neuen Unübersichtlichkeit" reduziert werden soll, indem ausgehend von einem historischen Kategorien geöffnetem Konzept ökonomischer Transformationsdynamik die Verzahnung gesellschaftlicher Subsysteme freigelegt und mit dem Artikulationsprinzip "Regulation" analysiert werden kann. Diese Konstruktionsweise des Regulationsansatzes begründet aber auch seine Schwächen. Weil die Regulationisten ihre theoretischen Elemente und Konzepte aus dem großen Fundus der sozialwissenschaftlichen Theoriegeschichte beziehen und diese lediglich neu zu ordnen scheinen, drängt sich manches Mal der Eindruck auf, daß mit der Rekombination von Theorieversatzstücken analytische Schärfe verlorengelht. Anders formuliert: Im Detail war man eigentlich immer schon schlauer. Mit Blick auf die werttheoretische Variante des Regulationskonzeptes ist dieser Eindruck allerdings abzumildern. Die Ursache für diese Einschränkung liegt wesentlich in dem anderen Theoriebildungsprozess begründet. Ausgehend von der Arbeit von Aglietta wurde der Versuch unternommen, auf *einer* theoretischen Grundlage ein Konzept von Regulation zu entwickeln, das historische Modifikationen und vor allem Durchsetzungsformen der allgemeinen Bewegungsgesetze kapitalistischer Gesellschaften zu analysieren erlaubt. Realanalytisch wurde dieses Konzept bislang weder ernsthaft erprobt noch fortgeschrieben. Die Attraktion dieser Variante des Regulationskonzeptes liegt nach meiner Leseweise gegenwärtig auf einer anderen als einer realanalytischen Ebene. Mit dem werttheoretisch fundierten Regulationskonzept, der darin eingeschlossenen Intention zur Entwicklung einer "monetären Werttheorie" und intermediären Konzepten, die offen gegenüber der Akkumulationsgeschichte sind, wird eine Entwicklungsrichtung angezeigt, die der neocardianischen sowie der Offensive des "analytischen Marxismus" Paroli bieten könnte. Beide Theoriekonzepte gründen auf einer "embodied labour theory" – Interpretation, die es ermöglicht, anstelle von Werten physische Technikoeffizienten zu setzen und damit letztlich auf die Werttheorie zu verzichten. Darüberhinaus akzeptieren beide Ansätze das neoklassische Konzept des allgemeinen Gleichgewichts und insbesondere die darin eingeschlossene Prämisse logischer Zeit (vgl. II. Kapitel, Abschnitt 5). Die werttheoretische Variante des Regulationsansatzes kann demgegenüber als Versuch interpretiert werden, ökonomisch diskontinuierlichen Wandel und damit historische Zeit im Rahmen einer qualitativen Wertformanalyse, basierend auf dem Konzept abstrakter Arbeit, zu analysieren. Insbesondere mit Blick auf eine spätere realanalytische Wendung könnte nach meinem Dafürhalten ein so weiterentwickeltes Konzept von Regulation ein "Bollwerk" gegenüber dem neoklassischen Reduktionismus der marxistischen Theorie verkörpern. Eine solche Einschätzung ist heute allerdings ein noch ungedeckter Scheck auf eine unsichere Zukunft.

(2) Der Regulationsansatz ist bis heute keine geschlossene Theorie. Diese Aussage trifft auch dann zu, wenn man den Regulationsansatz in einen wert- und einen preistheoretischen Zweig unterteilt. Weil die werttheoretische Variante des Regulationskonzeptes bis heute wesentlich nur aus einem theoretischen Skelett besteht, werde ich mich im weiteren auf eine Einschätzung der preistheoretischen Variante konzentrieren.

Der Regulationsansatz besteht aus einer Summe von Begriffen, Prämissen, Hypothesen, Thesen und empirischen Resultaten, die (noch) keine analytisch-theoretische Kohärenz aufweisen. Es handelt sich eher um einen klassifikatorischen Ansatz mit einer äußerst großen Zahl von Variablen, die von den einzelnen Vertretern dazu noch in unterschiedlicher Weise verknüpft werden. Darüberhinaus sind die Variablenkomplexe, die als institutionelle Formen gefasst werden, in recht unterschiedlichem Maße erforscht. Die von Boyer (1987d, S. 127) jüngst unterschiedenen fünf zentralen institutionellen Formen – Form der Konkurrenz; Form des "monetary constraint"; Form der institutionalisierten Kompromisse; Form des internationalen Regimes; Form des Lohnverhältnisses – sind insoweit eine theoretische Fiktion, als eine Durchsicht der Literatur zeigt, daß bislang wesentlich nur zwei institutionelle Formen – das Lohn- und das Konkurrenzverhältnis – breiter analysiert wurden.

Es gehört allerdings zum methodischen Vorgehen der preistheoretischen Variante des Regulationskonzeptes, die Entwicklung der theoretischen Konzepte des Regulationsansatzes über die Auseinandersetzung mit historisch-konkreten Problemlagen voranzutreiben. Dieses Verfahren mag auf den ersten Blick sympathisch erscheinen, erschwert aber häufig genug auch eine Einschätzung des Standes der Theoriebildung. Von den Exponenten des Regulationsansatzes wird diese methodische Eigenart als bewußt getroffene Entscheidung, ja sogar als die eigentliche Stärke ihrer Theoriebildung dargestellt. Der kritische Leser könnte das allerdings auch ganz anders verstehen: Dadurch, daß die zentralen Konzepte von einzelnen "Regulationisten" uneinheitlich verwandt und im Laufe der Zeit mit differenten empirischen Inhalten gefüllt werden, schottet sich der Ansatz – mit einer Art methodischem Trick – gegen theoretische Kritik ab und erschwert darüber hinaus jede Auseinandersetzung mit seinen empirischen Befunden. Exemplarisch läßt sich diese Problematik an der Anwendung des "Fordismus" – Theorems auf die industrielle Arbeitsorganisation einzelner Länder studieren: Wenn die Regulationisten im Laufe ihrer Forschungen zu der Einsicht genötigt wurden, daß die Strukturen der industriellen Beziehungen in Großbritannien eigentlich *nicht* mit dem Begriff des Fordismus zu erfassen seien und wenn sie feststellen müssen, daß die Bundesrepublik eigentlich schon vor Ausbruch der sogenannten "Krise des Fordismus" "post- oder vor-fordistische" Eigenarten aufwies (vgl. Boyer 1986b; S. 24 ff.; vgl. ausführlich Hübner/ Mahnkopf 1988, S. 55 ff.), so kann ihr Hinweis auf eine beachtliche Variationsbreite des fordistischen Rationalisierungsmodells nur mühsam verdecken, daß es sich bei dem Leittheorem "Fordismus" um wenig mehr als eine heuristische Konzeption handelt – und nicht, was insbesondere von den Rezipienten dieses Ansatzes leicht übersehen wird, um eine empirisch gehaltvolle Aussage über Realprozesse. Ironischerweise gerät die forschungsleitende These von der hegemonialen Funktion des amerikanischen ("Fordismus"-) Modells für Rationalisierungsprozesse in westeuropäischen Ländern in dem Augenblick ins Zwielflicht, wo im Zuge der neueren "Flexibilisierung" institutioneller Regulation des Lohnverhältnisses nationalspezifische Varianzen in der Adaption fordistischer Industrialisierung in den Blick

kommen. Hierin drückt sich ein Schwanken zwischen verallgemeinerungs-fähigen theoretischen Konstrukten und ad-hoc Konzepten aus, die von der Empirie - resp. durch das Studium der Entwicklung einzelner kapitalistisch verfaßter Gesellschaften - gleichsam gegen die strategische Absicht der (Modell-)Theoretiker erzwungen werden. Im Resultat muß diese Kluft zwischen methodisch-theoretischem und empirischem Forschungsprogramm zu der eher ernüchternden Einsicht führen, daß die neueren Studien zur Heterogenität der Krisen- und der Regulationsformen in den einzelnen Ländern an der empirischen Relevanz zentraler theoretischer Konstrukte - hier des Fordismus-Konzeptes - zehren.

Der theoretische Status der im Rahmen des Regulationsansatzes getroffenen Aussagen hat also einen vorläufigen Charakter. Dies wird häufig von solchen Rezipienten dieses Ansatzes vergessen, die imitativ etwa den Idealtypus "Fordismus" realanalytisch verwenden. Von den Regulationisten selbst wird seit einigen Jahren das Hauptaugenmerk auf empirisch ausgerichtete Untersuchungen gelegt. Theoretische Grundlagenarbeiten sind nur noch ausnahmsweise zu finden. Der Regulationansatz kann deshalb eher zur Ordnung komplexer gesellschaftlicher Realitäten als zur Formulierung stringenter theoretischer Sätze verwendet werden.

(3) In dem entwicklungstheoretischen Konzept historisch-strukturellen Wandels, das insbesondere den neueren CEPREMAP-Studien zugrunde liegt, stehen institutionelle Innovationen im Zentrum. Mit dieser Ausrichtung - darauf wurde in der vorliegenden Arbeit mehrfach hingewiesen - möchte der Regulationsansatz sich in erster Linie von der neoklassischen Gleichgewichtsökonomie abgrenzen. "Regulation" meint das Zusammenwirken ("Artikulation") von ökonomischen, technologischen, politischen und sozialen Prozessen, die in der gegenwärtigen Krisensituation zur De-Strukturierung überkommener institutioneller Arrangements führen. Gelten also einerseits Formen der institutionellen Regulation - insbesondere das Lohnverhältnis - als zentrifugale Kraft gesellschaftlichen Strukturwandels, so wird andererseits bestritten, daß es eine (ökonomische, technologische, politische oder soziale) Kraft gäbe, die die Funktion eines Regulators inne hätte, d.h. durch konsistente Handlungen die Stabilität der Ökonomie gewährleisten könnte. Institutionelle Organisation (oder auch institutionelle Des-Organisation) *geschieht* und ist Folge beabsichtigter und unbeabsichtigter Handlungen heterogener wirtschaftlicher, politischer und sozialer Akteure - und verkörpert als solche das Prinzip "globaler Rationalität". Beide Konstrukte, der umfassende Regulationsbegriff und die These von der Zentralität institutionellen Wandels als zentrifugale Kraft in der gegenwärtigen Umbruchphase können durchaus theoretische und empirische Plausibilität beanspruchen. Gemessen am methodisch-theoretischen Anspruch des Regulationsansatzes erweisen sich jedoch die konkreten Studien zur institutionellen Regulation als eigentümlich schwach. Ihr Erklärungswert ist wesentlich *retrospektiv* gerichtet: Sie zeigen vor allem die wachstums- und produktionspolitische Bedeutung bereits vollzogener institutioneller Regelungen. Hingegen können mit den Mitteln des

Regulationsansatzes Prozesse der *Entstehung und Implementation* institutioneller Arrangements nur schwer erfaßt werden. Auch wenn über das "Zusammenwirken" unterschiedlicher gesellschaftlicher Agenturen erklärt werden kann, wie in der Vergangenheit Prozesse makroökonomischer Adjustierung via institutioneller Regulation verliefen, so reichen die analytisch-theoretischen Konzepte des Ansatzes doch nicht aus, den potentiell *regulierenden* Charakter aktueller institutioneller De- und Restrukturierung überzeugend deutlich zu machen. Insbesondere steht zu bezweifeln, ob sein Analyseinstrumentarium trennscharf genug ist, um die *Spezifik* ökonomisch, technologisch, politisch oder sozial induzierter De- und Restrukturierung institutioneller Arrangements einerseits zu erfassen und andererseits deren Zusammenwirken in Richtung auf ein neues Akkumulationsregime zu begründen. Bei dem Regulationsansatz handelt es sich um ein Aussagensystem, das über die regulative Funktionalität institutioneller Formen im Nachhinein Aussagen formuliert.

(4) Dem Regulationsansatz ist – trotz der expliziten Ablehnung der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie – eine "heimliche Gleichgewichtsorientierung" eigen. Die stabile Reproduktion gesellschaftlicher Formationen über längere Zeiträume hinweg wird nämlich letztlich in einer gleichgewichtigen Ausrichtung von Strukturvariablen gesehen – allerdings mit dem Unterschied gegenüber der Neoklassik, daß solche Gleichgewichtszustände nicht als Resultat marktmäßiger Selbstregulation gefasst sondern als Zusammenwirken institutioneller/struktureller Formen interpretiert werden.

Auf der Ebene der theoretischen Grundlagen des Regulationskonzeptes ist ein Gleichgewichtskonzept als theoretische Referenzfolie unabdingbar: Allein aus einem Verständnis von Gleichgewicht heraus kann über Ungleichgewichte gesprochen werden. Die analytisch zentrale Frage ist aber, wie die Prozesse diskontinuierlichen Wandels in historischer Zeit mit einem Konzept von Gleichgewicht verbunden werden können. Wir haben gesehen (vgl. I. Kapitel, Abschnitt 2), daß in der Marxschen Theorie der Eintritt der ökonomischen Krise ein Gleichgewicht für den Moment konstituiert, das sich im Rückgang der allgemeinen Profitrate darstellt. Vor allem in der preistheoretischen Variante des Regulationsansatzes hat der Gleichgewichtsbegriff aber eine realanalytische Funktion, indem etwa die stabile Reproduktion "des" Fordismus als Resultat einer gleichgewichtigen Entwicklung von Produktivitäts- und Reallohnentwicklung gedeutet wird. Auf diese Weise geht allerdings der theoretische Gehalt des Konzeptes der "kleinen Krise" verloren: Die "kleine Krise" verkörpert im Rahmen des Regulationsansatzes nämlich eine Ungleichgewichtssituation, die Störungen im Reproduktionsprozess induziert und gleichzeitig bearbeitet. Um ein Beispiel zu nennen: Das Auftreten zyklischer Arbeitslosigkeit kann dazu beitragen, die Arbeitsdisziplin der Beschäftigten zu erhöhen und so Zuwächse in der Arbeitsintensität und damit Arbeitsproduktivität durchzusetzen und/oder die Reallöhne zu senken, so daß mögliche Ungleichgewichte im Produktivitäts-Reallohnzusammenhang überwunden werden. Zugespitzt formuliert: Gerade Ungleichgewichte können dazu

beitragen, die dynamische Reproduktion einer gesellschaftlichen Formation längerfristig sicherzustellen, indem sie formationsimmanente Defizite ausgleichen. Der Status des Gleichgewichtskonzeptes wird also seitens der Regulationisten widersprüchlich gehandhabt.

(5) Eine der bedeutendsten theoretischen wie analytischen Schwächen des Regulationsansatzes ist dessen binnenmarktzentrierte Ausrichtung. Weltwirtschaftliche Zusammenhänge tauchen, wenn überhaupt, dann allein in Gestalt internationaler Sektoren innerhalb des nationalen Akkumulationsregimes auf. Die Quelle dieser systematischen Ausblendung dürfte in Agliettas USA-Studie liegen, bei der angesichts des faktisch geringen Integrationsgrades der USA in die kapitalistische Weltwirtschaft in den frühen dreißiger und vierziger Jahren eine genauere Analyse weltwirtschaftlicher Strukturzusammenhänge unterbleiben konnte. Seit der Ausweitung des Analysefeldes auf die westeuropäischen Länder, die Länder des peripheren Kapitalismus und die Schwellenländer und der Verlängerung der zeitlichen Analyseperspektive läßt sich diese Ausblendung aber nicht länger theoretisch legitimieren. Betrachtet man beispielsweise die Nachkriegsentwicklung Westeuropas, dann stellt sich die Frage, ob es nicht angemessener wäre, die allmähliche Durchsetzung fordistischer Produktions- und Konsumnormen als Prozess einer "nachholenden Fordisierung" unter Bedingungen eines hierarchisch strukturierten Hegemonialsystems zu analysieren (vgl. etwa Altvater/Hübner/Stanger 1983). Nur so wäre m.E. etwa auch das spezifische bundesrepublikanische Akkumulationsregime zu analysieren, das mit dem Begriff "Fordismus" recht unzutreffend, wenigstens aber unzureichend umschrieben ist (vgl. Hübner 1987).

## Anmerkungen

- 1 Diese Arbeit von Aglietta ist die überarbeitete Fassung seiner Habilitationsschrift aus dem Jahre 1974 ("Accumulation et régulation du capitalisme en longue période"), in der durch die Auseinandersetzung vor allem mit der neoklassischen und neo-ricardianischen Theorie die grundlegenden Überlegungen für seine Version der Theorie de la régulation formuliert wurden. Die Arbeit ist nicht publiziert. Meine Kenntnis über Struktur und Argumentationsgang der Arbeit beruht auf Gesprächen mit CEPREMAP-Mitarbeitern.
- 2 Die dort veröffentlichte Arbeit Agliettas bemüht sich um eine den neuen Formen der Internationalisierung des Kapitals angemessene Konzeptualisierung im Rahmen der marxistischen Theorie. In seinen werttheoretisch orientierten Ausführungen analysiert er die auf der Ebene des Arbeitsprozesses beobachtbaren Veränderungen der Produktions- und auch der Tauschnormen sowie die damit verbundenen Wertrelationen. Ins Zentrum rückt bereits hier die Kategorie des Lohnverhältnisses, dessen Internationalisierung unter der internationalen Dominanz US-amerikanischer Produktions- und Tauschnormen Aglietta untersucht (Aglietta 1974; in Deubner et al. 1979)
- 3 In jüngerer Zeit wurde von B. Lutz der Versuch unternommen, das Boyersche Konzept von régulation für seine Analyse des "kurzen Traums immerwährender Prosperität" (1984) nutzbar zu machen. Dieser Anknüpfungsversuch von Lutz bezieht sich auf eine Variante der école de la régulation, wobei auffällt, daß ausgerechnet der Industriesoziologe Lutz die Arbeitsprozessanalyse dieses Ansatzes vollständig vernachlässigt und demgegenüber vor allem auf den Grad der Warenförmigkeit bzw. Nicht-Warenförmigkeit der sozialen Beziehungen abgestellt wird. Interessant ist die Arbeit von Lutz vor allem unter dem Aspekt seines Nachweises, daß die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften erst nach dem Zweiten Weltkrieg Elemente traditioneller Produktionsweisen, vor allem im Bereich der Konsumgüterherstellung, verdrängen konnten. Ob damit allerdings die Grenzen einer "inneren Landnahme" ausgereizt sind, wie Lutz behauptet, scheint mir fraglich. – Ein Versuch zur Nutzbarmachung des Regulationskonzepts für das Untersuchungsfeld Arbeitspolitik findet sich bei Naschold (1985, S.9 ff.). Naschold verwendet dort allerdings den Begriff Regulierung.
- 4 In diesem Prozess werden nicht allein Kategorien neu gefasst, Arbeitshypothesen verworfen und/oder präzisiert. In der Literatur finden sich auch vollständige Positionswechsel der grundlegenden theoretischen Formulierungen. Aus marxistischen Theoretikern werden Neo-Ricardianer, aus Neo-Ricardianern werden Keynes-Kalecki-Anhänger etc.
- 5 Darüber hinausgehende Darstellungen empirischer Arbeiten von Regulationstheoretikern finden sich in Hübner/ Mahnkopf (1988).
- 6 Boyer (1986a, S. 20) schreibt: "...le terme de régulation désigne l'ensemble des processus formalisés ou implicites qui concourent à l'ajustement de la production et de la demande sociales et correspondent à un état donné les formes l'organisations et des structures productives". Ich werde auf diese Definition von régulation noch genauer eingehen.
- 7 Der Regulationsansatz ist, allgemein gesprochen, durch das Bemühen gekennzeichnet, strukturelle bzw. institutionelle Formen – z.B. das Tarifvertragssystem, das Konkurrenzverhältnis zwischen den Kapitalen, das Geldverhältnis – als endogene Variablen konzeptionell zu fassen und so explizit nicht-ökonomische Strukturen bei der Repro-

- duktionsanalyse zu berücksichtigen. Genau in dieser weiten Fassung des Reproduktionsmodells liegt das institutionalistische Moment der Regulationstheorie.
- 8 Am nachhaltigsten wird dieser Anspruch von Aglietta formuliert (1979, S. 10–19). Er attestiert der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie die völlige Aussparung des gesellschaftlichen Inhalts ökonomischer Beziehungen, indem sie allein rationale und wahlhandlungsorientierte Tauschhandlungen isolierter Individuen analysiert ("methodologischer Individualismus"); darüberhinaus verweist er auf die durch die alleinige Berücksichtigung modelltheoretisch logischer Zeit (J. Robinson) begründete Unfähigkeit der Analyse solcher ökonomischer Prozesse, die in historischer Zeit ablaufen. Zwar kennt auch die neoklassische Theorie einen Begriff von (Auto-)Regulation, doch ist diese Kategorie Aglietta zufolge eigentlich überflüssig, weil damit nicht weniger als das Ensemble der allgemeingültigen Eigenschaften des allgemeinen Gleichgewichts verstanden wird. Abweichungen vom allgemeinen Gleichgewicht sind dabei nur "Unvollständigkeiten" oder "Unvollkommenheiten", häufig extern induziert, die das Konzept als solches nicht zu beeinträchtigen vermögen. Ein theoretisch fundierter Regulationsbegriff, für den historische Zeit konstitutiv sei, habe aber gerade die Veränderung von Zuständen zu erfassen und dürfe sie nicht in das Reich von Unvollkommenheiten abdrängen: "If a system is described as dynamic, then the constitute relationship of this system must have a logic of internal transformation. To conceive of the regulation of a system transforming itself in this way is to see the changes that occur in its relationships as such that these relationships can always be organized into a system" (Aglietta 1979, S. 12). Mit diesem Verständnis sind zwei methodologische Probleme verbunden: (a) der Begriff der Reproduktion. In einem dynamischen System, das Prozesse der Transformation kennt, hat nicht jedes Systemelement ewigen Bestand. Es existieren Innovationen, die im Transformationsprozeß zu Störungen und zu qualitativem Wandel führen können; (b) das Konzept der Hierarchie. Die ein System konstituierenden Beziehungen dürfen nicht funktional interdependent, sondern müssen hierarchisch gegliedert theoretisiert werden. Nur in diesem Falle können Reproduktion und Bruch integral analysiert werden. Von der Regulation einer Produktionsweise zu sprechen, so Aglietta, sei deshalb gleichbedeutend mit dem Versuch, die Art und Weise der Reproduktion der bestimmenden Struktur einer Gesellschaft in allgemeinen Gesetzen zu formulieren (ders. 1979, S. 13). Transformations- und Krisenprozesse können deshalb im Rahmen der neoklassischen allgemeinen Gleichgewichtstheorie nicht angemessen analysiert werden. – Ich kann an dieser Stelle auf das Problem von Dynamik und historischer Zeit in der ökonomischen Theorie nicht näher eingehen. Einige grundsätzliche Überlegungen – theoriegeschichtlich fundiert – finden sich in Bausor (1986), der vorschlägt, auf das Konzept der Entropie zu rekurrieren.
- 9 Folgende, auf Sraffa zurückgehende Überlegung spielt dabei eine Rolle: Mit dem Begriff der vollkommenen Konkurrenz ist zum einen das price-taker-Verhalten der Unternehmen angesprochen und zum anderen der Sachverhalt, daß zu diesem Preis jedes Unternehmen jede beliebige Menge absetzen kann. Werden nun Produktionstechnologien eingesetzt, die durch die Vergrößerung der Faktoreinsätze die Produktionskosten unbeschränkt senken ("economies of scale-Technologien"), dann wird jedes Unternehmen zum gegebenen Preis immer mehr (theoretisch sogar unendlich viel) produzieren. Dasjenige Unternehmen also, das zuerst über derartige Produktionstechnologien verfügt, wird seine Produktionsstätten ständig vergrößern und schließlich die gesamte Nachfrage abdecken. Die vollkommene Konkurrenz wäre dann aufgehoben zugunsten oligopolistischer und monopolistischer Strukturen (vgl. dazu Schefold 1976, S. 133–152).

- 10 Vgl. dazu Aglietta (1979, S. 112). Auf die unterschiedliche Konzeptualisierung des Produktionsprozesses in neoklassischer und marxistischer Perspektive verweist auch Bowles (1985, S. 18): "The basic difference between the Marxian and Walrasian models is thus not in the structure of markets or in concepts of collective vs. atomistic action, or in institutional rigidities, but in the analysis of the process of production itself, or in what Marxists term the labor process". Die Regulationstheorie fasst die Analyse des Arbeitsprozesses in den Begriffen des Lohnverhältnisses und des Akkumulationsregimes und gibt ihr dadurch eine erweiterte Dimension. In der Neoklassik selbst wird der Arbeitsprozess demgegenüber als black box abgetan. – Diese zentrale Schwäche des neoklassischen Paradigmas ist m.E. im übrigen auch gegenüber den immer modischer werdenden Versuchen ins Feld zu führen, das neoklassische Analysinstrumentarium entweder als den methodischen Instrumentenkasten der Sozialwissenschaften überhaupt zu begreifen (so jüngst Vogt 1986) oder es, wie im Rahmen des analytischen Marxismus, mit Marxschen Theoremen zu verknüpfen (etwa Roemer 1982).
- 11 Ein ähnliches Krisenverständnis findet sich auch bei Gordon (1978; vgl. auch Gordon/Edwards/ Reich 1982), der sein Konzept der "social structure of accumulation" im Rahmen einer Stadientheorie formuliert, dessen zentrale Hypothese lautet: "...that the institutional integrity of a stage of accumulation will begin to dissolve after a period of prosperity and that, somehow or another, the process of crisis will force the system into a new set of institutional relationships. If the old institutions no longer sustain profitable accumulation, and if their institutional interdependencies are as tightly woven as we have suggested, then changes in some institutions – necessitated by the need to restore profitability – will probably force changes in nearly all of them" (Gordon 1978, S. 28; vgl. dazu näher III. Kapitel, 3.2.1.). Der von Gordon formulierte offene Funktionalismus in Bezug auf Krise und institutionellem Wandel (eine grundsätzliche Kritik dazu findet sich bei Elster 1984) wird von den Regulationisten allerdings nicht geteilt. Lipietz (1985) etwa unternimmt explizit den Versuch, sich von solch funktionalistischen Erklärungsmustern abzusetzen, ohne aber zugleich in die Falle des "methodologischen Individualismus" zu laufen (vgl. dazu auch Hübner/Stanger 1986). Die zu untersuchenden Verhältnisse, so Lipietz, setzen zunächst einmal Stabilität und Reproduktionsfähigkeit voraus. Die Reproduktion selbst ist dann ein von Widersprüchen durchwirkter Prozess, der immer wieder unerwartete Resultate zeitigt. Die existierende Struktur erzeugt nicht etwa aus sich selbst heraus adäquate Lösungen, diese sind vielmehr "geschichtliche Fundsachen" oder auch "...manchmal eine Montage, wenn die hegemoniale Gruppe explizit die Lösung eines Widerspruchs gesucht und sie zufällig gefunden hat...Doch im Allgemeinen ist sie das Ergebnis sozialer Innovationen...Diese Innovationen sind das Ergebnis von Konflikten und institutionalisierten Kompromissen zwischen Projekten, von denen meist kein einziges besonders viel mit dem Ergebnis zu tun hat" (Lipietz 1985, S. 114). – In Auseinandersetzung mit dem Krisenverständnis der marxistischen Theorietraditionen und der systemtheoretischen Kriseninterpretation, wie sie sich noch bei Habermas (1973) findet, hat Altvater (1983) ein dem Regulationsansatz verwandtes Krisenkonzept vorgestellt. In Rückgriff auf die Marxsche Kategorie des Widerspruchs sind demzufolge Krisen "Übersteigerungen von Widersprüchen bis zu einem Punkt, an dem – wie Marx ausführt – 'die gewaltsame Herstellung der Einheit zwischen verselbstständigen und die gewaltsame Verselbstständigung von Momenten, die wesentlich eins sind' (MEW 26.3., S. 514), erfolgt. In diesem Sinne sind Krisen also der "Eklat" von Widersprüchen, wobei das Moment der Bestandsgefährdung ein nachgelagertes ist. Als ein Prozeß der Restrukturierung schafft die Krise die Voraussetzungen für eine neue Entwicklungsphase der kapitalistischen Gesellschaft, indem die hypertro –

- phierten Widersprüche redimensioniert werden. So verstanden ist Krise nachgerade das Gegenteil dessen, was in der systemtheoretischen Betrachtung an Charakteristik hervorgehoben wird: nicht Bestandsgefährdung, sondern paradoxerweise Bestandssicherung ist ihre manifeste Funktion" (Altwater 1983, S. 84). In dieser allgemeinen Formulierung ist der pessimistische Funktionalismus nicht zu überhören. Altwater führt denn auch mit dem Formaspekt ökonomischer und gesellschaftlicher Verhältnisse einen Typus von "mesotheoretischer Fundierung" ein, der, analytisch explizit gemacht, die funktionalistische Reduktion des Verhältnisses von ökonomischer Krise und institutionellem Wandel umgeht.
- 12 In einem früheren Text fasst Boyer den Begriff der Regulation als "tout processus dynamique d'adaptation de la production et de la demande sociale, conjunction d'ajustements économique associés à une configuration donnée des rapports sociaux, formes institutionnelles et structures"(Boyer 1980, S. 492)
  - 13 Lipietz (1985, S.120) versteht unter Akkumulationsregime "ein Modus systematischer Verteilung und Reallokation des gesellschaftlichen Produkts, der über eine längere Periode hinweg ein bestimmtes Entsprechungsverhältnis zwischen den Veränderungen der Produktionsbedingungen (dem Volumen des eingesetzten Kapitals, der Distribution zwischen den Branchen und den Produktionsnormen) und den Veränderungen in den Bedingungen des Endverbrauchs (Konsumnormen der Lohnabhängigen und anderer sozialer Klassen, Kollektivausgaben usw.) herstellt". Lipietz unterscheidet ein extensives, ein intensives und ein weltweites Akkumulationsregime, wobei das intensive Akkumulationsregime mit und ohne Massenkonsum auftreten kann. Die Form der Regulation ist ihm zufolge der Modus, "in der die Zwangsgesetze den Akteuren ihre Zugehörigkeit zur Gesellschaft aufzeigen (ders.,a.a.O., S. 116). Und die Regulationsweise ist schließlich "die Gesamtheit institutioneller Formen, Netze und expliziter oder impliziter Normen, die die Vereinbarkeit von Verhaltensweisen im Rahmen eines Akkumulationsregimes sichern, und zwar sowohl entsprechend dem Zustand der gesellschaftlichen Verhältnisse als auch über deren konfliktuelle Eigenschaften hinaus" (ders., S. 121).
  - 14 Vgl. dazu in Anschluß an H.R. Maturana/F.J. Varela (1980) den von A.Dress/H.Hendrichs/G.Küppers herausgegebenen Tagungsband einer von der Universität Bielefeld veranstalteten Ringvorlesung zum Konzept der "Selbstorganisation" in den Natur- und Sozialwissenschaften.
  - 15 Vgl. A. Lichnerowicz u.a.(1975). Darin v.a.: J. Piaget: L'èpistémologie des régulations,S. I-Xiii; P.-H. Chombart de Lauwe:Régulation et transformation sociale, S. 50-56;Destanne de Bernis:Régulation et équilibre dans l'analyse économique, S.85-101; I.Prigogine:L'ordre par fluctuations et le système social, S.153-191.
  - 16 Regulationsinstanz ist dabei der Markt; regulative Instrumente sind die Preise, die die Auto-Regulation organisieren. Shubik (1976) weist allerdings darauf hin, daß die neoklassische Theorie über gar keine eigentliche Preistheorie verfügt: Regulative Instanz sei vielmehr der Walrassche Auktionator, der das "tatonnement" organisiert und die Gleichgewichtspreise festlegt.
  - 17 In einem strengen Sinne basiert das Lipietzsche Verständnis von Regulation allerdings eher auf einem "Akkumulationsmodell" denn auf dem Marxschen Schema erweiterter Reproduktion. Der Fall erweiterter Reproduktion ist nämlich dadurch gekennzeichnet, daß - im Unterschied zur einfachen Reproduktion - ein Teil des Mehrwerts von den Kapitalen zur Erweiterung der Tauschzirkel in den Reproduktionsprozess (Kauf von C und V) zurückfließt, aber die zentralen Parameter, die vor allem die Mehrwertrate und die organische Zusammensetzung des Kapitals bestimmen, invariant gehalten werden.

- "Akkumulationsmodelle" demgegenüber treffen solche Invarianzannahmen nicht (vgl. dazu Foley 1986, S. 64). Zielsetzung der Theorie der Regulation ist es demnach, im Rahmen von "Akkumulationsmodellen" die institutionellen/strukturellen Formen und deren Artikulation in der "Regulationsweise" herauszuarbeiten, die für einen "gleichgewichtigen" Akkumulationsprozess sorgen. Wenn man so will, entspricht das Schema erweiterter Reproduktion den Modellen der orthodoxen Wachstumstheorie, die sich ebenfalls durch Strukturkonstanz der zentralen Parameter des Wachstumsprozesses auszeichnen.
- 18 Ich konzentriere mich im folgenden auf die "modernen" Varianten der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, wie sie bspw. von Dolota vorgetragen werden. Es geht mir an dieser Stelle nicht um einen Nachvollzug der Entwicklungslinien dieser Theorie, sondern vor allem um die theoretische Begründung des Regulierungsbegriffes. Die Bezugnahme auf neuere Arbeiten müsste dafür ausreichend sein. – Ein Rückbezug auf die Debatten der zwanziger Jahre unterbleibt deshalb an dieser Stelle.
- 19 "Die institutionelle Struktur ist tatsächlich ihrem Wesen nach nichts anderes, als ein verhältnismäßig stabiler Modus der Organisation menschlichen Handelns und der ihm zugrundeliegenden motivierenden Kräfte" (Parsons 1964, S. 143f., zit. nach Jürgens 1980).
- 20 Ein von der Marxschen Theorie inspiriertes Regulationskonzept findet sich bei de Bernis (1977). Das Verhältnis zwischen Strukturgesetzen und Institutionen wird von de Bernis (1977; zitiert nach Boyer 1986c, S. 149) wie folgt gefasst: "A très longue terme, l'ensemble du système évolue sous l'influence de grandes tendances, l'accroissements des populations, la complexification des techniques, l'accroissements des dimensions des entreprises, la structuration générale de l'espace. A l'inverse, à très court terme, le fonctionnement immédiat de l'économie est assuré dans le cadre de la logique de la maximisation du taux de profit. Et cette logique s'exprime à travers deux grandes tendances..(en l'occurrence la chute du taux de profit et la péréquation des taux de profit sectorielles). C'est deux ensemble de tendances et contre-tendances exigeant un ensemble d'institutions adéquates (et pas seulement étatiques) pour fonctionner. Celles-ci fournissent le niveau intermédiaire les structures institutionnelles ayant une durée de vie non négligiable mais destinées à dépérir". Die Vermittlung zwischen lang- und kurzfristigen Entwicklungstendenzen des kapitalistischen Systems erfordert also ein dynamisches Ensemble institutioneller Strukturen und Regelungen. Die Analyse dieses Ensembles ist Gegenstand der Regulationstheorie. – Darüberhinaus zeichnen sich diese Arbeiten durch ihre Betonung möglicher Diskrepanzen nationaler und internationaler Akkumulationsverläufe und damit verbundener nationalstaatlicher Regulationsprobleme aus.
- 21 Ein nahezu identisches Verständnis von "Regulierung" findet sich auch bei Hirsch/Roth (1986), die den Regulierungskomplex ebenfalls als Organisierung der Marxschen entgegenwirkenden Ursachen (vgl. MEW 25, 14. Kapitel) zum Fall der Profitrate fassen. Diese entgegenwirkenden Ursachen sind ihnen zufolge "Ausdruck eines historisch spezifischen Gefüges gesellschaftlicher, technologischer, politisch-institutioneller und ideologischer Bedingungen (Technologieentwicklung, Stärke der Arbeiterklasse, Staatsinterventionismus, imperialistische Kräfteverhältnisse)" (diess. 1986, S. 37). Strukturelle Krisen des Kapitalismus treten genau dann auf, "wenn es im Rahmen eines gegebenen Akkumulationsmodells und einer Hegemonialstruktur nicht mehr möglich ist, ausreichende Gegenteilstendenzen zum Fall der Profitrate zu mobilisieren und die weitere Kapitalverwertung eine Transformation dieser komplexen Struktur insgesamt, d.h. die Durchsetzung einer neuen kapitalistischen Formation verlangt" (diess. 1986, S. 38). Die von den Autoren als "strukturell" und manchmal auch als "säkular" gefassten Krisen sind weitgehend identisch mit den Palloixschen organischen Krisen.

- 22 Diese Einschätzung – wie auch die vorhergehende Schilderung der gemeinsamen Seminare – beruht auch auf Gesprächen mit Vertretern des CEPREMAP. Die Arbeit von Aglietta ist nicht publiziert.
- 23 Ähnlich argumentiert Boyer (1986d, S. 6): "Under this respect, the regulation approach is a tentative in order to elaborate a continuum of concepts from the more abstract (for example that of production modes) to the observed regularities in the behaviour of economic agents (as part of the regulation mechanism.."
- 24 Methodologisch knüpft Aglietta damit an den Aufbau des Marxschen "Kapital" an. Vgl. dazu neuerdings Heinrich 1986.
- 25 Diese Funktion des Geldes wird gegenwärtig – allerdings ohne die werttheoretischen Konnotationen Agliettas – von der post-keynesianischen Theorie à la Minsky (1986) oder Riese (1986) in das Zentrum der Theorieentwicklung gestellt. Dort wird allerdings der Kapital- durch einen Vermögensbegriff ersetzt. Ökonomische Entscheidungen sind demnach allein Dispositionen über Vermögenswerte. – Bei Aglietta fungiert Geld demgegenüber primär als Vergesellschaftungsform einer arbeitsteiligen und damit dezentralen sowie privaten Ökonomie.
- 26 "Ich nenne die erstere die Wertzusammensetzung, die zweite die technische Zusammensetzung des Kapitals. Zwischen beiden besteht enge Wechselbeziehung. Um diese auszudrücken, nenne ich die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderungen widerspiegelt: die organische Zusammensetzung des Kapitals"(MEW 23, S. 640).
- 27 "Principles of Political Economy" lautet auch der Titel des Hauptwerkes von Uno. Es liegt in einer englischsprachigen Fassung vor (Uno 1980), versehen mit einem ausführlichen Kommentar von Thomas Sekine.
- 28 Davis (1978, S. 219) macht allerdings darauf aufmerksam, daß der Lebensmittelindustrie das eigentliche Verdienst bei der Einführung fordistischer Produktionsmethoden zukomme, weil dort die erste Fließbandproduktion großen Stils eingeführt wurde.
- 29 Aglietta verweist dabei gelegentlich auf den Beitrag des Tarifvertragsystems zur Erklärung der geringen Lohnflexibilität – auch während der Krise – nach unten. Selbst wenn die Bedingungen der Mehrwertproduktion sich verschlechtern, können entsprechende tarifliche Regelungen den sofortigen kumulativen Rückgang der effektiven Nachfrage verschieben und so als built-in-stabilizers wirken. Die Umgestaltung der Phillips-Kurve zu einer Vertikalen könnte damit begründet werden.
- 30 Dazu schreibt Foley (1982, S. 46): " After an earlier version of this paper was written, I became acquainted with the work of Lipietz (1982), who puts forward essentially the same analysis as this paper, though he does not point out the central role the concept of value of money plays in the argument...My own understanding of these issues has been greatly helped by my knowledge of Lipietz'work".
- 31 Das sog. Iterationsverfahren versucht eine Lösung für den Marxschen Fehler beim Transformationsverfahren anzubieten. Bekanntlich hat Marx nur die Output- und nicht auch die Inputwerte in Produktionspreise verwandelt und so das vrgeschossene Kapital keiner Transformation unterzogen. Die auf diese Weise ermittelte allgemeine Profitrate kann entsprechend nur eine Annäherung an die (Gleichgewichts-) Profitrate sein. Mit dem Iterationsverfahren wird nun vorgeschlagen, in einem weiteren "Durchgang" die Kostpreise durch die Produktionspreise zu korrigieren und die allgemeine Profitrate in diesen Größen zu berechnen. Diese iterative Vorgehensweise ist so lange zu wiederholen, bis eine hinreichende Annäherung der Produktionspreise und der Profitrate erreicht ist (vgl. etwa Semmler 1977, S. 61). Marx selbst hat dieses Verfahren sozusagen nur bis zur ersten Stufe durchgeführt, so daß seine Invarianzpostulate (Preise = Werte; Profit =

- Mehrwert;  $\text{Kostpreis} < \text{Wert der Ware}$ ;  $\text{Preis} = \text{Wert}$  in Industrien mit durchschnittlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals) auch nur annähernd stimmen.
- 32 Eine anschauliche Definition dafür findet sich bei Wolff (1984, S. 44): "It has become common practice to speak of the labor directly or indirectly required for the production of a commodity as labor "embodied" in the commodity, and this locution ineluctably draws into thinking of a commodity as a container in which labor has been stored up". Wolff hält zwar als exakter Ökonom von dieser metaphysischen Namensgebung nichts, meint aber, daß der analytische Gehalt von "embodied labor" "...is perfectly coherent and meaningful, and quite susceptible to precise calculation" (ebd.).
- 33 Der Begriff "ungleicher Tausch" meint hier allein einem im Tausch sich vollziehenden Werttransfer, d.h. bspw. eine Konstellation, bei der ein Akteur im Verkauf der von ihm produzierten Werte mehr Arbeitswerte abgibt als er in Form des Geldes als "kommandierte" Arbeit erhält. Ein solcher Wertverlust bedeutet für den anderen Pol des Tausches einen Wertgewinn: Gesamtwirtschaftlich handelt es sich also um eine Nullsummenstruktur, von der die Wertmasse nicht berührt wird (vgl. auch die Ausführungen von De Vroey 1981, S. 195 ff.).
- 34 Diese Vorgehensweise als methodisches Prinzip zu erheben und so die Vorläufigkeit und Veränderbarkeit des Konzeptes zu einer Tugend zu machen, läuft natürlich auch die Gefahr, sich gegenüber externen Kritiken zu immunisieren. – Der gegenwärtige Status des Konzeptes macht jedenfalls schematische Anwendungen auf empirische Probleme schwierig.
- 35 Auf diesen Sachverhalt heben auch eine Vielzahl der im Umkreis der Annales – Schule entstandenen Arbeiten (vgl. Braudel 1986) ab, in denen gezeigt wird, daß Marktverhältnisse nicht notwendig mit kapitalistischen Lohnverhältnissen einhergehen müssen. Diese Sichtweise ist auch für die Analyse der wechselseitigen Beeinflussung von Markt – und Lohnbeziehungen in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften relevant: Zum einen erweist sich der Arbeitsprozeß dominiert von einer anderen Logik als der der materiellen Produktion von Gebrauchswerten; zum anderen beeinflusst das Lohnverhältnis die spezifischen Formen des Marktaustausches (so werden mit zunehmendem Kommodifizierungsgrad etwa rudimentäre Formen der "einfachen, traditionellen Warenproduktion" verdrängt).
- 36 Diese Rekonstruktion des Boyerschen Verständnisses eines Akkumulationsimperativs gründet sich insbesondere auf Boyer (1985a). Festzuhalten ist, daß Boyer sich zwar bei seiner Verteilungstheorie auf Kaleckis Monopolgradtheorie der Verteilung stützt (vgl. II. Kapitel), aber die Kaleckische Analyse des Akkumulationsprozesses nicht zu teilen scheint. Die These jedenfalls, wonach die Kapitalisten genau den Profit erzielen, den sie unter der Annahme eines konstanten Investitionsvolumens – als Klasse – zuvor konsumtiv verausgaben (vgl. Kalecki 1976), findet sich bei Boyer nicht. Andererseits kokettiert Boyer an verschiedenen Stellen mit der fundamentalistischen Keynes – Interpretation von Hyman P. Minsky (so etwa Boyer 1986c), die auf der Kaleckischen Akkumulationstheorie basiert. Dies verweist m.E. auf die Probleme Boyers, seine Variante einer Theorie der Regulation mit den unterschiedlichsten Theorieelementen fundieren zu wollen.
- 37 Dieser kritische Einwand gegen die frühe Versuche einer Regulationstheorie wurde mir von R. Boyer während eines Gesprächs über den Regulationsansatz mitgeteilt.
- 38 Noel (1986, S. 42) gibt dazu einen interessanten Hinweis. Bereits im Jahre 1941 hat der Linkskyesianer Alvin Hansen mit ähnlicher Konnotation wie die Regulationisten zwischen "extensive expansion" und "intensive development" unterschieden. Während die "extensive expansion" für die USA des 19. Jahrhunderts die charakteristische Entwick –

lungsform darstellte, setzte der Prozeß des "intensive development" Hansen zufolge etwa ab 1900 ein und "involved a much more radical transformation in consumption habits and ways of living". Dieser Prozeß, so Hansen und auch die Thesen der Regulationisten (vgl. unten), sei begleitet von Strukturverschiebungen der Marktprozesse: Während im ersten Falle der Marktmechanismus und relativ kleinere Produktionseinheiten dominierten, sei mit der "intensive development" ein Aufstieg institutioneller Regelungen und von größeren ökonomischen Einheiten im Rahmen der Marktsteuerung verbunden.

– Ein direkter auf Marx zurückbezogenen Periodisierungsversuch findet sich bekanntlicherweise auch in der deutschen Industriosozologie mit dem vor allem in Frankfurt vertretenen Subsumtionsansatz, der aber gegenüber der Regulationstheorie den Nachteil hat, daß entwicklungssteleologische Konnotationen mitschwingen. Auch wird die Ökonomie der Zeit allein auf der Ebene des Arbeitsprozesses betrachtet und der Konnex zur Konsumsphäre und zur Sphäre der Lebenswelt der Lohnabhängigen ausgeblendet. Eine Verknüpfung theoretischer Überlagerungen der Regulationstheorie mit der Sohn-Rethelschen Zeitökonomie findet sich bei Kundig (1984).

- 39 Für Deutschland wurde jüngst von Rehfeldt (1986) eine Untersuchung der Rationalisierungsprozesse und des strategischen Verhaltens der beteiligten Akteure in Termini der Regulationstheorie vorgelegt. Auch in diesem Falle läßt sich für den Zeitraum 1910 – 1933 ein schnelleres Wachstum der Arbeitsproduktivität in der Industrie gegenüber den Reallöhnen feststellen. Diese Schere wurde dann allerdings während der vierziger Jahre geschlossen. Dank der schnellen Weltmarktintegration des BRD-Kapitals nach dem zweiten Weltkrieg konnte dann der Übergang in ein intensives Akkumulationsregime mit Massenkonsum realisiert werden.
- 40 Die Durchsetzung des Taylorismus in Frankreich diskutieren Lorenzi/Pastré/Toledano (1980, S. 74 ff). Sie verweisen darauf, daß die Kriegswirtschaft die entscheidenden Impulse für die Verbreitung tayloristischer Methoden gab: "le taylorisme timidement expérimenté jusqu'en 1914, vigoureusement impulsé par l'économie de guerre, a connu un très large succès dans le clusivement développée dans le secteur de biens capitaux, cette forme d'organisation du travail a permis la réalisation de gains de productivité non négligeables". Einen Überblick über die Literatur zur Einführung der tayloristischen Produktionsmethoden und Methoden der Arbeitsorganisation bietet Boyer (1983). Als Resümee wird dort formuliert: "le taylorisme est porteur de changements sociaux et économiques d'une telle ampleur qu'on ne saurait réduire les déterminants de sa diffusion à un facteur unique: conséquence du blocage des principes antérieurs d'organisation du travail, effets de l'aggravation de la concurrence internationale, multiplication des innovations portées par de nouveaux ingénieurs et diffusion de l'oeuvre de TAYLOR se conjuguent pour faire de l'OST la figure clé de l'organisation sociale et technique" (Boyer 1983, S. 21).
- 41 Der Vergleich der Zuwachsraten von Arbeitsproduktivität und Reallohn in den Perioden 1913/20 und 1920/30 ist selbstredend wenig aufschlußreich, fällt doch in die erste Periode der Erste Weltkrieg und sind entsprechend die statistischen Daten wenig für Vergleichszwecke geeignet. In Zusammenhang mit dem an dieser Stelle vorgeführten Argument kann ein solcher Vergleich allerdings nichtsdestotrotz vorgenommen werden.
- 42 "...les résultats explicites du modèle justifient le découpage retenu au niveau théorique: les memes causes n'entraînent pas les memes effets (macro-économiques) selon leur lieu d'application, sectionnels, dans le système productif. Cette distinction permet d'introduire le concept de régime d'accumulation qui oppose des modes de fonctionnement de l'économie selon l'articulation des sections, leur mouvement propre

- et relatif, c'est-à-dire selon les rapports noués par les groupes sociaux correspondants, et leurs évolution.."(Bertrand 1983, S. 306).
- 43 Dieser Indikator ist definiert als das Verhältnis direkter zu indirekter Arbeit in jeder Abteilung :  $N^1_1/N_1$  bzw.  $N^2_1/N_2$ . Die Indizes  $N$  geben dabei die Gesamtzahl der Lohnempfänger in jedem Sektor an;  $N^1_1$  und  $N^2_1$  geben an, wieviel Lohnarbeiter des Sektors 1 für die Produktion der in die Sektoren 1 und 2 fließenden Waren beschäftigt sind. Der "fordistische" Akkumulationsprozess ist dabei durch einen Anstieg der Arbeitszusammensetzung charakterisiert und wird als "croissance lourde" bezeichnet (vgl. Bertrand 1983, S. 309 ff.).
- 44 "Au cours de la deuxième moitié des années 1960, le taux de substitution travail indirect-travail direct, jusqu'alors très élevé dans S2, s'affaiblit jusqu'à devenir pratiquement nul. La "composition travail" se stabilise: une composante du régime d'accumulation d'après-guerre disparaît" (Bertrand 1983, S. 334).
- 45 Diese Strukturverschiebung hat weitreichende Konsequenzen, insbesondere für die staatliche Wirtschaftspolitik. So hat die nach dem Wahlsieg der Sozialisten im Mai 1981 eingeleitete Wirtschaftspolitik diesen Veränderungen des Akkumulationsregimes zu geringe Beachtung geschenkt. Ihre keynesianisch ausgerichtete Wirtschaftspolitik war strikt binnenwirtschaftlich orientiert und zielte auf die Restitution der im Laufe der siebziger Jahre stattgefundenen Entkoppelung von Produktivitäts- und Reallohnwachstum, wie sie dem intensiven Akkumulationsregime mit Massenkonsum unterlag. Genau diese Verlängerung des "fordistischen" Akkumulationsregimes stieß aber an die Schranken der Konkurrenzposition des französischen Kapitals auf dem Weltmarkt (vgl. dazu Altwater/Hübner/Stanger 1983, S. 154 ff.).
- 46 Dies entspricht den "built-in-stabilizers" der volkswirtschaftlichen Finanztheorie. In Phasen konjunktureller Arbeitslosigkeit kommt es demnach zu keinem Ausfall konsumtiver Endnachfrage in voller Höhe der Löhne der Freigesetzten, da dank der Arbeitslosenversicherung diese Lohnabhängigen auch im Falle von Arbeitslosigkeit über ein Mindesteinkommen verfügen. Arbeitslosigkeit und konsumtive Marktnachfrage sind also institutionell entkoppelt.
- 47 Die Arbeits- bzw. Produktionsnorm ist für Coriat im übrigen die entscheidende Variable zur Kennzeichnung der historischen Form des Akkumulationsregimes: "En organisant d'atelier et le travail sur une base nouvelle, "scientific", le chronomètre assure un changement "de régime" à l'accumulation du capital. Au sein même du procès de travail, la production de masse a trouvé l'un de ses pivots" (Coriat 1979, S. 63).
- 48 Diese Kommodifizierungswirkung kapitalistischer Akkumulation wird auch von B. Lutz (1984) hervorgehoben, der die Erschöpfung der Wachstumsdynamik seit Ende der 60er Jahre in der Bundesrepublik mit den Schranken der "inneren Landnahme", also den Hindernissen für eine unbegrenzte Kommodifizierung zu begründen versucht.
- 49 Von Maddison (1987, S. 670) wird die These formuliert, daß das überdurchschnittliche Wachstum des internationalen Handelsvolumens auf die seit den fünfziger Jahren stattgefundenen Handelsliberalisierungen zurückzuführen sei. Wie immer man dieses Argument gewichten mag, so spricht m.E. doch viel für die analytische Berücksichtigung des spezifischen Typs internationaler Regulation, wie er sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter der Vorherrschaft der USA herausgebildet hat. Die Verbindung (Artikulation) nationaler und internationaler Regulationsweisen wird üblicherweise im Rahmen des Regulationsansatzes unterlassen (vgl. als Ausnahme Mistral 1986). Eine genauere Analyse könnte aber zeigen, daß erst durch den Abbau von Zöllen und der Einführung der (freien) Konvertibilität der Währungen es zur Vergrößerung der potentiellen Absatzmärkte und damit zur Herausbildung eines ökonomischen Handlungs-

und Aktionsraumes gekommen ist, der die produktionstechnologischen Möglichkeiten von economies of scale realisieren half und damit die Effizienzsteigerung der Produktionsprozesse beförderte. Dabei handelt es sich allerdings um den Typus eines "embedded liberalism" (Ruggie), d.h. um einen Typus internationaler Regulation, der durch Institutionenbildung die Internationalisierung von Kapital in allen funktionellen Formen gewährleistete.

- 50 Unter 'primitive' oder 'bloody taylorization' ist der Transfer bestimmter und zahlenmäßig beschränkter Segmente von Branchenkapitalen des Zentrums in periphere Ökonomien zu verstehen, in denen infolge eines hohen Grades der Arbeitsintensität, der Länge des Arbeitstages und der Höhe des Lohnsatzes ein hohes Niveau der Mehrwertrate besteht. Der überwiegende Teil der in solchen Ländern hergestellten Produkte wird wieder in die Staaten des Zentrums exportiert. Das Regime des *peripheren Fordismus* kombiniert demgegenüber die Prozesse der Modernisierung der Produktion i.S. einer intensiven Akkumulation mit einem Wachstum des Marktes für dauerhafte Konsumgüter. Peripher ist die so entstehende fordistische Entwicklungsweise, weil Arbeitsplätze und Produktionsprozesse im Zuge der weltweiten Aufgliederung der produktiven Branchen, soweit sie entwickelte Qualifikationen voraussetzen und relativ komplex organisiert sind, außerhalb dieser Länder bleiben. Die Märkte des peripheren Fordismus speisen sich nachfrageseitig aus einer besonderen Kombination der Konsumgüternachfrage der Mittelklassen und der Beschäftigten der fordistischen Sektoren; Produkte der verarbeitenden Industrie werden zu relativ geringen Preisen in die Länder des Zentrums exportiert (vgl. Lipietz 1986b, S. 75ff.).

Beide theoretischen Kategorien stehen im analytischen Kontext einer Strukturuntersuchung der kapitalistischen Weltwirtschaft nach dem 2. Weltkrieg, die durch die Hegemonialposition der fordistischen USA charakterisiert ist. Mit dem Begriff des Fordismus ist hier ein steuerndes Prinzip – in der Diktion von Lipietz: Logik – angesprochen, das die Entwicklungstendenzen bestimmt. Mit diesem Verständnis von Fordismus ist m.E. aber die Gefahr verbunden, alle Länder über einen Kamm zu scheren. Lipietz selbst scheint sich dieser Gefahr bewußt zu sein und warnt dementsprechend seine Leser wiederholt vor einem unreflektierten Gebrauch dieser Begriffe. Die von Ominami vorgenommene Differenzierung von Akkumulationsregimes abhängiger Ökonomien scheint unter diesem Blickwinkel angemessener.

- 51 Internationale Regime werden von Mistral (1986, S. 172) definiert "„comme une configuration des espaces économiques et de leurs connexions fondées sur l'existence de complémentarités fermement établies et garantissant la progressivité de l'accumulation du capital".
- 52 "La notion d'*aire stratégique* établit un lien entre les potentialités qu'offre et les contraintes qu'impose l'économie dominante à l'ensemble de l'économie mondiale, d'une part, et la dynamique spécifique de l'accumulation du capital dans chaque space" (Mistral 1986, S. 176)
- 53 So verstanden, könnte man auch die "historische Profitrate", mit der die einzelnen Kapitale kalkulieren und auf die sie ihre marginale Profitrate, also die Profitrate auf das Zusatzkapital, beziehen, als institutionelle bzw. strukturelle Form interpretieren. Die "historische Profitrate" ergibt sich als mittelfristige Erfahrungsgrundlage unternehmerischer Handlungen. Bei einer solchen Interpretation könnte deutlich werden, daß es nicht etwa eine überhistorische Mindestprofitrate geben muß, um den Abbruch von Akkumulationsprozessen zu erklären, sondern daß dieses Minimum sich jeweils aus kumulierten Erfahrungen der Vergangenheit ergibt, die wiederum Ausdruck spezifischer Akkumulationsregime sind.

- 54 Zum Geldverhältnis finden sich grundlegendere Überlegungen bereits bei Aglietta (1979) sowie auch bei Lipietz (1982c; 1985c; 1986b). Wie bereits ausführlicher dargestellt, dienen diese Überlegungen primär dazu, die Möglichkeit einer werttheoretischen Fundierung des Regulationsansatzes herauszuarbeiten. Auf empirische Absichten zielende Arbeiten zum Geldverhältnis, die sich auf den Regulationsansatz stützen, haben demgegenüber Seltenheitswert. Zwar gibt es mittlerweile eine Reihe von geldtheoretisch argumentierenden Arbeiten von Aglietta (insbes. Aglietta/Breder 1982), doch sind diese Untersuchungen nicht mehr an den Regulationsansatz rückgebunden. Regulationstheoretisch angeleitete Untersuchungen zum Geldverhältnis finden sich am ehesten bei Lipietz. Besonderes Augenmerk wird von Lipietz auf das von privaten Banken bereitgestellte Kreditgeld und dessen Auswirkungen auf den Akkumulationsprozess gelegt. Kreditgeld kommt bekanntlich die Funktion zu, die Verwertung der entstehenden Werte (values-in-process) zu antizipieren; mit der Rückzahlung des Kredits wird dieses Geld vernichtet. Das 'monetäre Angebot' der Banken stellt also eine Vorverwertung von produktiv investierten Mittel zur Produktion zukünftiger Werte dar. Die privaten Banken selbst sind allerdings darauf angewiesen, auf eine allgemein akzeptierte und anerkannte Währung zum Ausgleich ihrer Bilanzen rückgreifen zu können: Sie benötigen mit anderen Worten für ihre Refinanzierung Zentralbankgeld. Eine der historischen Formen des Geldverhältnisses besteht dann darin, daß eine staatlich-kontrollierte Bank das jeweilige Maß an Vorverwertung bzw. Pseudoverwertung steuert und festlegt. Dies kann durch geld- und kreditpolitische Instrumente wie Diskont- und Lombardsatzfestlegung, Mindestreservenpolitik etc. geschehen. Dieses geldpolitische Steuerungspotential ermöglicht es staatlichen Instanzen, in den kapitalistischen Akkumulationsprozeß indirekt einzugreifen (vgl. Lipietz 1986c, S. 37f.). Auf der Basis dieser Konzeptualisierung des Geldverhältnisses versprechen sich die Regulationisten denn Einsichten in den monetären Prozess, ohne auf originär monetaristische Theorieversatzstücke rückgreifen zu müssen. – Vgl. für eine empirische Anwendung dieses monetären Verständnisses Boyer/Mistral 1978.
- 55 Die methodische Absicht des Konzeptes wird von Boyer wie folgt begründet: "On appellera forme du rapport salarial l'ensemble des conditions juridiques et institutionnelles qui régissent l'usage du travail salarié ainsi que la reproduction de l'existence des travailleurs. Ces deux termes définissent donc le type d'insertion du salariat dans la société et le circuit économique. A priori donc les différentes formes du rapport salarial résultent de la combinaison d'un type d'organisation du travail et plus généralement des normes de production et d'un mode de vie défini par l'équivalence d'un ensemble de normes de consommation" (Boyer 1987, S. 28). – Die allgemeine *Definition* des Lohnverhältnisses lautet Boyer (1980, S. 494) zufolge folgendermaßen: "Sous le terme de forme du rapport salarial, on propose de désigner l'ensemble des conditions qui régissent l'usage et la reproduction de la force de travail, qu'il s'agisse de l'organisation du procès de travail, de la hiérarchie des qualifications, de la mobilité de la force de travail ou encore de la formation et de l'utilisation due revenu salarial".
- 56 In jüngeren Arbeiten werden die hier vorgestellten drei Idealtypen um den Typus eines post-fordistischen Lohnverhältnisses ergänzt. Die letzte Kategorie zielt auf die gegenwärtigen Umstrukturierungs- und Transformationsprozesse der Bedingungen der Anwendung von Arbeitskraft unter dem Aspekt der Flexibilisierung. Diese Form des Lohnverhältnisses beinhaltet eine Flexibilisierung der Arbeitskräfte, eine erhöhte Mobilität der Lohnabhängigen, eine Anpassung der Löhne an die Konjunkturbewegung durch "offene Tarifverträge" und eine Flexibilisierung der Systeme sozialer Sicherung (vgl. Boyer 1986 c, S. 19). – Ein weiterer Hinweis ist in diesem Zusammenhang notwendig.

Komparative Untersuchungen zum fordistischen Lohnverhältnis haben eine extrem große Variationsbreite dieses Grundtypus ergeben: "les comparaisons internationales font en effet ressortir une extreme variété de ces formes, au point que le concept lui-même appelle certains approfondissements ou tout au moins des amendements" (Boyer 1986b; S. 24). Aus analytischen Erwägungen heraus empfiehlt sich daher ein vorsichtiger Umgang mit diesem Begriff, soweit damit empirisch gearbeitet werden soll (vgl. dazu ausführlicher Hübner/Mahnkopf 1988).

- 57 Ich werde auf die genauere Analyse des Nominallohnbildungsprozesses im Rahmen der Regulationstheorie noch eingehen. Zusammengefasst lautet die These, daß die Nominallöhne sich an den Zuwachsraten der Lebenshaltungskosten der Vorperiode und den antizipierten Produktivitätszuwächsen der nächsten Periode orientieren. Für den einfacheren Ein-Perioden-Fall, bei dem die Nominallöhne sich im gleichen Maße wie die Zuwachsraten von Arbeitsproduktivität und Inflationsrate bewegen, lässt sich zeigen, daß (a) im Falle positiver Produktivitätszuwächse die Reallöhne steigen und (b) die Verteilungsrelationen zwischen Kapital und Arbeit konstant bleiben.
- 58 Eine Ausnahme bilden allein die Arbeiten von Benassy (vgl. etwa 1976). Dort wird versucht, dynamische geldwirtschaftliche Modelle zu entwickeln und das neoklassische "tatonnement" à la Walras durch das Konzept der Regulation zu ersetzen. Während in den ersten Arbeiten allein staatliche Regulation untersucht wurde (Benassy 1976), hat Benassy später (etwa 1979) auch nicht-staatliche Regulationsformen zu berücksichtigen versucht.
- 59 Ich werde später (IV. Kapitel) anhand des sog. Okishio-Theorems und der damit verbundenen Debatte um das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate zu zeigen versuchen, daß genau diese Vorgehensweise den Kern der Marxschen Theorie ausmacht.
- 60 Benassy/Boyer/Gelpi (1979, S. 399) formulieren den Gegensatz folgendermaßen: "On s'oppose ici au courant néoclassique qui postule généralement une principe d'ajustement invariant et identique sur tous les marchés; la loi de l'offre et de la demande de la même façon sur les marchés du travail, les produits, de la monnaie...et détermine de manière globale prix et quantités échangées".
- 61 Ein anderes Verständnis monopolistischer Regulation findet sich bei Coriat (1979). Coriat spricht anstelle von monopolistischer Regulation von "régulation de l'État-Plan Keynésien" (1979, S. IV). Dieser auf den Arbeiten von Negri (1973) beruhende Begriff behauptet in seiner analytischen Substanz eine Verlängerung der planmäßigen Organisation des Produktionsprozesses von Mehrwert in der Fabrik auf die Gesellschaft. Mit dem Übergang zur Massenproduktion fordistischen Typs in den 20er Jahren kommt es diesen Analysen zufolge nicht allein zu einer technisch-rationalen Organisation von Produktion und Arbeitsbeziehungen im Betrieb sondern zu einer planmäßigen Durchrationalisierung des gesamten gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch den "Planstaat". Das Pendant zu Taylor und Ford ist Keynes, dessen Überlegungen in der "General Theory" als ein Programm gesellschaftlicher Steuerung (über)interpretiert wird (vgl. Coriat 1979, S. 153 ff.; kritisch zum Konzept des Planstaates: Altvater 1979, S. 81 ff.). Unter Bezugnahme auf die Arbeiten von Boyer behauptet Coriat, daß die Begriffe monopolistische Regulation und keynesianischer Planstaat nahezu deckungsgleich seien: "Entre la régulation qualifiée dans ces travaux de "Monopoliste" et celle que je mets au compte de l'État-Plan Keynésien, les similités sont grandes: rôle des accords productivité/salaire, gestion du salaire indirect, importance de la législation de fabrique, comme instruments de régulation du rapport salarial..." (Coriat 1979, S. IV). Bezogen auf die *historischen Formen* der Mechanismen gesellschaftlicher Reproduktion gibt es in der Tat starke Überschneidungen zwischen den Planstaatstheoretikern und den Regu-

lationisten. Die analytischen Begründungen dieser Formen sind aber sehr unterschiedlich. Insbesondere Boyer und Aglietta weisen mehrfach darauf hin, daß Regulation nicht primär das Resultat staatlicher Planung sondern das Ergebnis gesellschaftlicher Konfliktaustragung und nicht-intendierter Handlungsfolgen darstellt. In einem analytischen Sinne ist m.E. deshalb die Coriatsche Synonymisierung von monopolistischer Regulation und keynesianischem Planstaat nicht zulässig. – Dieses Verständnis von Regulation führt Coriat zu einer historischen Interpretation der Durchsetzung des Fordismus, die sich von Boyers Arbeiten unterscheidet. Seine Analyse des US-amerikanischen "New Deal" versucht zu zeigen, daß das Lohnverhältnis zum zentralen Feld einer staatlichen Politik der *Regulierung* wurde, bei der die tayloristisch-fordistischen Prinzipien der Organisation des Arbeitsprozesses als Vorbild dienten (Coriat 1979, S.149 ff.).

- 62 Ich beziehe mich dabei auf einen im Dezember 1984 verfassten Text von Boyer, der im Rahmen der CEPREMAP – Veröffentlichungsreihe erschienen ist.
- 63 "La similarité des notions est donc frappant et leur usage dans l'un et l'autre des systèmes explicatifs vise à montrer comment L'accumulation capitaliste, par nature contradictoire, est néanmoins possible sur une base élargie et pendant des périodes relativement longues. Toutes deux insistent sur le rôle des institutions, comme moyen de canaliser et socialiser des comportements privés, en conformité avec les complémentarités rendues nécessaires par le mode d'accumulation en vigueur" (Boyer 1984a, S. 25).
- 64 In der nachfolgenden Darstellung der Argumentation beziehe ich mich auf ein dem Brookings Panel on Economic Activity im September 1983 vorgelegtes Papier. Eine überarbeitete und gekürzte Fassung findet sich in der *American Economic Review* und in *Brookings Paper on Economic Activity* No 1/1984.
- 65 Die Figur des "offenen Arbeitsvertrages" steht im Zentrum der labor process debate und basiert auf der Marx'schen Fundamentalunterscheidung zwischen Arbeit und Arbeitskraft (vgl. MEW 23, S. 181 ff.) Auf der Grundlage dieser Unterscheidung lassen sich mit Polanyi (1978, S. 102 ff.) sog. genuine und fiktive Waren unterscheiden. Fiktive Waren sind dabei allgemein gesprochen solche Waren, die nicht mit der bewußten Absicht des Verkaufs auf Märkten hergestellt werden. In diesem Sinne ist die Arbeitskraft eine fiktive Ware und der Arbeitsmarkt ein fiktiver Markt. Von genuine Waren unterscheidet sich die Arbeitskraft darüberhinaus durch ihre Variabilität: Auf dem Arbeitsmarkt wird in Warenform allein *Arbeitsvermögen* (Arbeitskraft) ge- und verkauft. Für den Käufer des Arbeitsvermögens ergibt sich das Anschlußproblem, dieses Arbeitsvermögen in quantitativ und qualitativ möglichst identische *Arbeitsverausgabung* umzuwandeln. Dieses "Transformationsproblem" reflektiert sich im Arbeitsvertrag in Gestalt einer Unbestimmtheitslücke: Fest vereinbart sind i.a.R. die Konditionen der Entlohnung; die konkreten Arbeitsaufgaben, der Grad der Arbeitsintensität und die konkreten Umstände der Arbeitsverausgabung sind demgegenüber relativ unbestimmt. Diese prinzipielle Unbestimmtheitslücke wird im betrieblichen Arbeitsprozess durch Strategien der Kontrolle der Arbeitsanwender über die Arbeitskraft zu schließen versucht. Die Figur des "offenen Arbeitsvertrages" verweist also einmal auf ein soziales Terrain von Auseinandersetzungen über die jeweilige Schließung dieser Unbestimmtheitslücke und zum zweiten auf den Kostenaspekt von Kontrolle (vgl. dazu etwa Braverman 1977; Berger/ Offe 1982).

66 Legende:

E = Index der effektiven Kontrolle über die Arbeiter; I = der erwartete Einkommensverlust infolge einer Entlassung; S = der Quotient von geleisteten Arbeitsstunden im nicht-produktiven zu den geleisteten Arbeitsstunden im produktiven Bereich; D = Wahrscheinlichkeitsindex für Entlassungen, wenn Widerständigkeiten (Sabotageakte etc.) der Arbeiter entdeckt werden; U = gewerkschaftlicher Organisationsgrad der Beschäftigten; IH = Index relativer Ungleichheiten zwischen Arbeitsqualifikationen und Arbeitsplätzen; R = Wahrscheinlichkeit, daß das Management - bei gegebenem Nachfrageniveau - eine entlassene Arbeitskraft ersetzen kann; M = Index der Bereitschaft der Beschäftigten zur Steigerung der Arbeitsintensität (Motivationsindex); W! = Motivationsfördernde Veränderungen des Lohnsystems; B = Index der Qualität der Arbeitsbedingungen; M\* = Index von exogenen Faktoren, die die Arbeitszufriedenheit positiv beeinflussen.

- 67 Auf den unabgeschlossenen Status der Marx'schen Krisentheorie verweist bspw. Itoh (1980). Er sieht bei Marx zwei verschiedene krisentheoretische Konzepte, die in ihrer Ursachenanalyse nicht miteinander zu vereinbaren sind: Eine Theorie der Überakkumulation von Kapital ("excess capital theory") und eine Theorie der Überproduktion von Waren ("excess commodity theory"): "The excess capital theory and the excess commodity theory are logically opposed to each other.." (ders. 1980, S. 95). Ich werde in Abschnitt 3 weitere Typen von Krisentheorien unterscheiden, die sich alle auf Begründungen und Ausführungen von Marx stützen können. Auf die Frage nach der "originären" Marx'schen Krisentheorie kann ich allerdings dabei nicht eingehen (vgl. dazu Stanger 1987).
- 68 Im Rahmen der Regulationstheorie wird, wie noch gezeigt wird, ein institutionalistischer Krisenbegriff zu entwickeln versucht. Damit unterscheidet sich die Regulationstheorie auf der einen Seite von strikt ökonomischen Krisentheorien, die auf bloße Schwankungen im Auslastungsgrad des potentiellen Produktionsvolumens abheben, und auf der anderen Seite von Krisenkonzepten, die auf der Bewußtseins-ebene der ökonomischen Akteure ansetzen. So formuliert bspw. Habermas (1973, S. 12) unter Rückgriff auf die von Lockwood (1970) getroffene Unterscheidung von System- und Sozialintegration: "Erst wenn die Gesellschaftsmitglieder Strukturwandlungen als bestandskritisch erfahren und ihre soziale Identität bedroht fühlen, können wir von Krisen sprechen". Dieses Verständnis von Krise teilen auch Ganßmann/Weggler/Wolf (1987) und Bader et al. (1975). Das allgemeine Krisenkonzept der Regulationisten stellt demgegenüber stärker auf die institutionelle Transformationsdynamik ab.
- 69 Zu berücksichtigen ist, daß sich ein Rückgang der allgemeinen Profitrate nicht automatisch und unmittelbar in einen Rückgang des Akkumulationsprozesses übersetzen muss. Das "zweischlächtige Gesetz", wie Marx es nannte, ist bekanntermaßen durch einen synchronen Anstieg von Mehrwertmasse und Fall der Profitrate gekennzeichnet. Auf eine Erörterung des historisch-konkreten Prozesses der Übersetzung eines Profitratenfalls in eine Akkumulationskrise werde ich nicht näher eingehen.
- 70 Angenommen ist dabei eine Umschlagszeit des Kapitals von eins.
- 71 Sowohl in dem Wert- als auch in dem Preissystem ist die maximale Profitrate gleich dem Kehrwert des Verhältnisses von toter zu lebendiger Arbeit. Die Profitraten konvergieren dann gegen den Grenzwert Null, wenn das Verhältnis von toter zu lebendiger Arbeit sich gegen Unendlich bewegt (vgl. Holländer 1974, S. 120).
- 72 Mit Gordon/ Weisskopf/ Bowles (1983, S. 152) könnte man diese großen Krisen auch als long swing crises bezeichnen, die auf long swing expansions folgen. Beides sind längerfristige Bewegungen eines Akkumulationsregimes, die durch unterschiedliche Typen

ökonomischer Zyklen charakterisiert sind:" The reproductive cycle is one in which a downturn in economic activity is corrected by the functioning of the cycle itself. We call this cycle reproductive because it endogenously restores conditions for rapid accumulation without requiring fundamental changes in the structure of the accumulation process. The nonreproductive cycle, by contrast, is one in which a downturn does not correct itself endogenously, and which therefore requires basic changes in the institutions that regulate the accumulation process and establish the conditions for profitability....Long swing crises are characterized by nonreproductive cycles, leading to prolonged periods of economic stagnation or disaccumulation and eventually, if capitalism is to continue, to the construction of a new SSA (social structure of accumulation,k.h.) capable of rekindling profitability, investment, and growth".- Eine vergleichbare Argumentation, die auf den Formaspekt der Krisen abstellt und ebenfalls zwischen "kleinen" und "großen" Krisen unterscheidet, findet sich bei Altvater (1983).

- 73 Es handelt sich bei der Form von Produktivkraftentwicklung um einen Typus technischen Fortschritts, der die Arbeitsproduktivität erhöht. Eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bedeutet im Marx'schen System eine Verringerung der insgesamt zur Herstellung einer Ware verausgabten, also der direkten und der indirekten Arbeit ("Marx'scher technischer Fortschritt").
- 74 In den einzelnen Schritten seiner Krisenerklärung entwickelt Aglietta darüberhinaus eine Theorie der Finanzkrise. Der eigentliche Kern der Krise 1929/32 lässt sich aber durchaus als überproduktionstheoretisch bezeichnen : "In the economic movement that led to the Great Depression", schreibt Aglietta (1979, S. 358 f.), "the overall imbalance resulting from the uneven development of the two departments of production existed below the surface from the mid 1920s. Throughout this decade, income distribution shifted rapidly to the detriment of the wage-earners. Between 1920 and 1929, in fact, incomes received in the form of profit, interest and rent increased by 45 %, wage incomes only by 12 %. The increase in the rate of surplus-value that made possible this distortion of income distribution fuelled the uneven development of the two departments of production. From 1923 to 1926 the output of producer goods increased at something like double the pace of industrial production as a whole". Die Verselbständigung des Wachstums der produktionsmittelerzeugenden Abteilung I, die das Zentralargument der überproduktionstheoretischen Erklärung ausmacht, kann erst im Zuge der Durchsetzung der monopolistischen Regulationsweise aufgehoben werden.- Dieser Interpretation der US-amerikanischen Krise von 1929 ff. wird allerdings von Duménil/ Glick/ Rangel (1986) widersprochen. Ihnen zufolge ist die Phase 1922 - 29 durch einen Anstieg der Lohnquote bestimmt, die sich auf der rapiden Transformation der technologischen Produktionsbedingungen und der Arbeitsorganisation gründet. Der technologische Umstrukturierungsprozess der US-amerikanischen Industrie wurde in hohem Maße kreditfinanziert, sei es in Gestalt direkter Investitionskredite bei den Banken oder durch die Emission neuer Typen von Wertpapieren. Auf diese Weise, so die Autoren, sei durch den industriellen Unternehmenssektor selbst ein spekulatives Ambiente erzeugt worden, das - angesichts des relativ niedrigen Niveaus der Kapitalrentabilität - zu einem steilen Anstieg der Konkursziffern und dann zum Ausbruch einer offenen Finanzkrise führte.- Boyer (1987b, S. 465) erklärt die Krise von 1929 , unter Bezugnahme auf den französischen Fall, mit der Scherenentwicklung zwischen Reallöhnen und Arbeitsproduktivität und zwischen Konsumgüternachfrage und Investitionen: Im Zuge der Taylorisierung kapitalistischer Produktion kommt es dank der raschen Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität und der kompetitiven Form der Lohnbildung zu einem Anstieg der Profitquote und damit c.p. auch der Profitrate. Da

im Zuge des Akkumulationsprozesses die Kapazitäts- die Einkommenseffekte neuer Investitionen ständig übertreffen, läuft das ökonomische System in eine selbst generierte Realisierungsfalle. – Von diesen Interpretationen weicht allerdings die Analyse von Mazier/ Basle/ Vidal (1984, S. 173) ab. Im Unterschied zu Boyer (1987; 1987b; 1979b) sehen sie die französische Entwicklung der 20er Jahre noch weiterhin durch ein dominant extensives Akkumulationsregime gekennzeichnet, innerhalb dem die traditionellen, vor-kapitalistischen Sektoren eine zentrale Rolle spielen. Die Krise in Frankreich ist ihnen zufolge denn auch eine Krise eines extensiven Akkumulationsregimes, die auf eine Verselbstständigung der Akkumulation von Abteilung I zurückzuführen ist, deren Waren aufgrund des noch geringen Kommodifizierungsgrades der Ware Arbeitskraft keinen adäquaten Absatz in den Konsumgüterherstellenden Sektoren finden. Die Krise ist also kein Resultat einer bloß ungleichmäßigen Modernisierungsrate der beiden Abteilungen gesellschaftlicher Reproduktion sondern Ausdruck einer auf die Abteilung I beschränkten Transformation der Produktionsnorm. Auf der Basis des bereits in seinen Grundstrukturen dargestellten sektoralen Akkumulationsmodells entwickeln Mazier/ Picaud/ Bertrand (1982) für den französischen Kapitalismus der 20er Jahre die identische These, derzufolge ein autozentrierter Akkumulationsprozess der Abteilung I die ökonomische Dynamik bestimmt habe und die nur schwach ausgeprägte Transformation der Produktionsbedingungen in Abteilung II den Verwertungsraum begrenzt und so die Krise verursacht habe (diess., S. 250).

- 75 Lipietz (1986a, S. 17) interpretiert die Krise 1929/32 deshalb auch als „the first crisis of intensive accumulation and the last crisis of competitive regulation“.
- 76 Benassy/ Boyer/ Gelpi (1979, S. 401 f.) begründen diese Differenzierung von Krisentypen wie folgt: " Il importe de distinguer deux types suivant leur ampleur et leur significations. Les crises récurrentes peuvent être l'expression de mécanismes correcteurs de déajustements antérieurement accumulés et manifestent donc la continuité d'une régulation particulière (cf. les cycles dans la régulation concurrentielle). Par contre, les grandes crises, au cours desquelles se manifeste l'inadéquation des formes antérieures de la régulation, marquent en générale le passage d'une régulation devenue installée à un autre régulation".
- 77 Von Boyer (1986c, S. 157) wird darüberhinaus noch eine *Krise vierter Ordnung* unterschieden: die *Krise der Entwicklungsweise*. Allgemein ist sie definiert als die Krise der wichtigsten institutionellen Formen selbst, also genau der strukturellen Formen, die im Zentrum des jeweiligen Akkumulationsregimes stehen. Dazu zählen die Modi der Arbeitsorganisation, der zeitliche Horizont der Kapitalverwertung, die Aufteilung des Wertproduktes zwischen den Klassen und die Zusammensetzung der gesellschaftlichen Nachfrage. Diese Hierarchisierung der institutionellen Formen wird von Boyer zwar nicht erläutert, doch verweisen seine Ausführungen darauf, daß krisenhafte Widersprüche dieser Formen unmittelbare Wirkungen auf den "Stachel" des Akkumulationsprozesses, also die Profitrate zeitigen. Die Unterscheidung zwischen diesem Krisentypus und der Krise der Regulation ist äußerst schwierig vorzunehmen, weil in diesem Falle die dem jeweiligen Akkumulationsregime zugrundeliegenden institutionellen Formen auch die jeweilige Form der Regulationsweise beeinflussen und bestimmen. Um in empirischen Untersuchungen diesen Krisentypus trotzdem herausarbeiten zu können, wurde von Boyer (ebd.) ein weiteres Kriterienschema entwickelt. Eine Krise der Entwicklungsweise muß demnach drei Kriterien genügen: (a) Individuelle und kollektive Verhaltensmaßregeln dürfen zu keiner automatischen Erhöhung der Profite und damit auch nicht zu einem endogenen Aufschwung der Akkumulation führen; (b) die Akkumulationsdynamik muß zu einer Untergrabung und letztlichem Zer-

- störung der gesellschaftlichen Formen der Aufstiegsphase des Akkumulationsregimes führen; (c) der Übergang in ein neues Akkumulationsregime und zu einem neuen Typus von Regulation muß ein – analytisch betrachtet – völlig offener Prozeß sein. Insbesondere mit dem letzten Kriterium unterscheidet sich die Theorie der Regulation von der Vielzahl neo-schumpeterianischen Theorien, bei denen stofflich-technologische Faktoren in Gestalt von Produkt- und prozessinnovationen einen Quasi-Automatismus zur Überwindung von "großen" Krisen darstellen und so ursächlich für die Einleitung einer neuen "A-Phase" verantwortlich zeichnen sollen.
- 78 Jessop (1987, S. 3) unterscheidet unter Rückgriff auf empirisch-orientierte Untersuchungen zwölf Strukturdimensionen des Fordismus. Eine derart komplexe Beschreibung des fordistischen Akkumulationsregimes wirft allerdings, gerade unter krisentheoretischen Aspekten, eine Reihe methodischer Probleme auf. Will man diese Strukturdimensionen auf die Führungsgröße des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, die Profitrate, orientieren, dann ergibt sich schnell das Problem einer krisentheoretischen Überdetermination. Deshalb ist es notwendig, die Vielzahl von Variablen zu reduzieren, indem eine hierarchische Ordnung in das Variablen-set eingeführt wird. – Aus Gründen der theoretischen Überschaubarkeit und Handhabbarkeit werde ich mich deshalb auf die von Boyer (1987) angeführten vier Strukturprinzipien beschränken.
- 79 Ich beschränke mich bei dieser Rekonstruktion auf die krisentheoretischen *Kernaussagen* der Regulationstheoretiker. Eine breite Darstellung und Diskussion der empirischen Befunde ist schon aus Platzgründen nicht möglich. Mit Kernaussagen sind die direkt für die Krise des Fordismus verantwortlich gemachten Ursachenkomplexe gemeint.
- 80 Boyer widerspricht damit ein passant dem von ihm gemeinsam mit Mistral (1978, S.114) formulierten Verdikt, wonach eine solche Erklärung – zumindest für den Fall des französischen Fordismus – keine empirische Grundlage aufweist.
- 81 Coriat verweist darauf, daß mit diesem Erklärungsansatz keine umfassende Analyse des ökonomischen Krisenprozesses vorgelegt ist. Dennoch sei die Krise der Arbeitsteilung in den Kernsektoren des Akkumulationsregimes eine zentrale Ursache der Akkumulationsprobleme: "Ici et d'abord une précision: des pays suivant n'entendant par fournir une explication exhaustive et détaillée les mécanismes permettent de rendre compte du déclenchement et du déroulement de la crise; elles prétendent, le facon limitée, traiter de certains "causes internes" – au procès d'accumulation du capital dans les économies des pays de l'Ouest – susceptible d'expliquer la durable "fragilisation" des appareils productifs qui s'ouvre dans le cours des années 1960" (Coriat 1979, S. 218).
- 82 Ich zähle die Krisenerklärung von Coriat deshalb zu den profits squeeze – Theorien, weil explizit die Krise auf das Klassenhandeln der Arbeiter rückgeführt wird und diese Argumentationsfigur für diesen Krisentheorietypus bestimmend ist. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß in den anderen Krisentheorietypen die Dimension sozialen Handels und von Klassenkämpfen ausgespart ist. Eine ähnliche Argumentation findet sich, wie ich noch zeigen werde, auch bei Lipietz (1986a). Dessen krisentheoretische Erklärung werde ich allerdings unter dem Signum OgZ – Variante des tendenziellen Falls der Profitrate verhandeln.
- 83 Sieht man einmal von dem etwas ungewöhnlichen Begriff der "relativen Mehrwertrate" ab, dann haben Hirsch/ Roth darüberhinaus das Problem, diese Krisenerklärung empirisch belegen zu können. Die von ihnen für den bundesrepublikanischen Fordismus dokumentierten Produktivitätsziffern sind wenig brauchbar, um einen kriseninduzierenden productivity slow down zu untermauern (vgl. ausführlicher Hübner 1987).

- 84 Lipietz interpretiert die organische Zusammensetzung des Kapitals als Verhältnis von toter (C) zu lebendiger Arbeit (V+S). Auf der Ebene der Preise lässt sich die organische Zusammensetzung des Kapitals indizieren als Verhältnis von Kapitalintensität (K/L) und Arbeitsproduktivität der Abteilung I ( $y_I$ ).
- 85 Die lohnkostenfundierte profits squeeze – Variante wird von Lipietz aus empirischen Gründen zur Erklärung der Krise des Fordismus abgelehnt (ders. 1986a, S. 22). Demgegenüber hält er die produktivitätsorientierte profits squeeze – Variante für auch empirisch tragfähig. Die empirisch festzustellende Senkung der Profitquote verdankt sich Lipietz zufolge also nicht erfolgreichen Klassenkämpfen in der Sphäre der Verteilung sondern den Widerstandshandlungen der Arbeiter in der Sphäre der Produktion. Der gleiche Ausgangsbestand – rückläufige Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität – wird von Coriat und Lipietz allerdings unterschiedlich in seiner Konsequenz für die Entwicklung der Profitrate interpretiert. – Ich muss an dieser Stelle eine Anmerkung zu der Datenbasis machen, obwohl es in dieser Arbeit nicht darum gehen soll, über die empirische Triftigkeit der krisentheoretischen Erklärungen der Regulationisten zu befinden. Zum einen findet sich in Lipietz (1986a) keine Ausführung zu der zugrundegelegten Definition von Arbeitsproduktivität. Unklar bleibt demnach, ob es sich um die Beschäftigtenproduktivität oder die Stundenproduktivität handelt, ob das effektive oder das potentielle Nettoproduktionsvolumen zugrundegelegt wird. Je nach herangezogenem Indikator werden sich die Datenreihen unterscheiden. In der Veröffentlichung von 1982 gibt Lipietz (1982a, S. 218) allerdings an, daß die Arbeitsproduktivität als Wertschöpfung zu konstanten Preisen je Beschäftigten gemessen wird. Die so gemessene Arbeitsproduktivität ist aber aus wenigstens drei Gründen wenig aussagekräftig. Mazier/ Basle/ Vidal (1984, S. 48 ff.) haben zum ersten darauf hingewiesen, daß die Arbeitsproduktivitätsentwicklung dann eine untaugliche erklärende Variable darstellt, wenn sie nicht auslastungsbereinigt berechnet wird, weil sie dann eng mit der Veränderungsrate des wirtschaftlichen Wachstums korreliert. Zum zweiten, und darauf verweist Lipietz (1982, S. 220) am Beispiel der BRD selbst, hängt der Beleg eines kriseninduzierenden productivity slow down in starkem Maße von der gewählten Periodisierung ab. Wählt man beispielsweise für die BRD eine andere Periodisierung als sie von Lipietz zugrundegelegt wird, dann ergibt sich für die unmittelbare Vorkrisenphase sogar eine höhere Zuwachsrate der Stundenproduktivität als in der Referenzperiode zuvor (vgl. dazu Hübner 1987). Und zum dritten kann die Beschäftigtenproduktivität die tatsächliche Entwicklung der Arbeitsproduktivität deshalb unterschätzen, weil Verkürzungen der durchschnittlichen Arbeitszeit nicht berücksichtigt werden.
- 86 Diese These kann sich auf wenigstens zwei Überlegungen stützen. (1) Soweit das neue technologische Paradigma, das am Anfang eines neuen Akkumulationsregimes steht, auch Produktinnovationen umfasst, werden damit auch neue Anlagensphären für das Kapital erschlossen. In der Erörterung der "entgegenwirkenden Ursachen" gegenüber dem tendenziellen Fall der Profitrate wurde von Marx bereits darauf hingewiesen, daß diese neue Anlagensphären eine gegenüber dem Durchschnitt niedrigere organische Zusammensetzung des Kapitals aufweisen: "Andrerseits öffnen sich neue Produktionszweige, besonders auch für Luxuskonsumtion, die eben jene relative, oft durch Überwiegen des konstanten Kapitals in andren Produktionszweigen freigesetzte Bevölkerung als Basis nehmen, ihrerseits wieder auf Überwiegen des Elements der lebendigen Arbeit beruhen und erst nach und nach dieselbe Karriere wie die andren Produktionszweige durchmachen" (MEW 23, S. 246). (2) Untersuchungen von Billaudot (1980) zu Frankreich haben gezeigt, daß – ausgehend von einem niedrigen Kapitalkoeffizienten – die ökonomische Entwicklung *innerhalb* eines technologischen Para-

- digmas durch einen wachsenden marginalen Kapitalkoeffizienten gekennzeichnet ist. Im Fortgang des Akkumulationsprozesses steigt deshalb der gesamte Kapitalkoeffizient im Zeitablauf an. Auf diesen vintage-Effekt von Neuinvestitionen stellen auch neo-schumpeterianische Theoretiker wie etwa Kleinknecht (1979, S. 97 ff.) ab. – In Rechnung zu stellen ist allerdings, daß es sich bei beiden Argumentationsfiguren um empirische Beobachtungen auf schmäler Basis handelt, die nur schwerlich verallgemeinerbar sind.
- 87 Ein solches Argument der technologischen Ausschöpfungsrates von Innovationen ("Wolffsches Gesetz") findet sich auch in den Arbeiten der neo-schumpeterianischen Krisentheorie.
- 88 Einen solchen Befund präsentiert Pastré (1983). Dort wurde der Versuch unternommen, den Einfluß von Veränderungen der Arbeitsorganisation – gemessen an Indikatoren wie Maß der Fließbandtätigkeiten, Mechanisierungsgrade usw. – auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität regressionsanalytisch zu bestimmen. Pastré konnte zeigen, daß auf der Basis des dominant intensiven Akkumulationsregimes die zuerst nach Maßgabe fordristischer Prinzipien reorganisierten Sektoren höhere Trends im Zuwachs der Arbeitsproduktivität gegenüber den "verspätet" fordristierten Sektoren aufweisen. Diese Leitsektoren bestimmten über einen längeren Zeitraum den Akkumulationsprozess der Ökonomie. Die Krise des Fordismus wird von Pastré denn auch, allerdings mit Einschränkungen, auf den Verlust dieser Leitsektoren im Gefolge der Erschöpfung der Methoden fordristischer Arbeitsorganisation zurückgeführt.
- 89 Der Indikator Arbeitszusammensetzung bezieht sich auf das Konzept der Marx'schen Werttheorie und ist als Verhältnis von direkter zu indirekter Arbeit in jedem Sektor definiert. Lipietz (1986a, S. 31) macht darauf aufmerksam, daß die Arbeitszusammensetzung der organischen Zusammensetzung des Zusatzkapitals ( $C/V+S$ ), also der marginalen organischen Zusammensetzung des Kapitals entspricht.
- 90 Eine ähnliche Vorgehensweise findet sich auch bei Lorenzi/ Pastré/ Toledano (1980): Sie unterscheiden vier Problemfelder in der Entwicklung des Fordismus, die zum Kriseneintritt beitragen: (a) die Erschöpfung der Produktivitätsreserven auf der Grundlage fordristischer Produktionsprozesse; (b) die Grenze der Konsumnorm in Gestalt des Massenkonsums; (c) die Zunahme unproduktiver Arbeiten im öffentlichen Sektor; (d) das schnelle Wachstum unproduktiver Arbeiten im privaten tertiären Sektor (diess. 1980, S. 272). Alle vier Entwicklungen führen zu einer Einschränkung der Mehrwertproduktion und zu einer Einengung der Profitmasse; grosses Gewicht messen die Autoren dabei der hohen Absorption des Mehrwertes infolge der Tertiärisierung der Ökonomie bei.
- 91 Die anderen Regulationisten verzichten überwiegend auf eine solche logische Immanenzprüfung – ein angesichts der in der Literatur breits geführten Debatte um die methodischen Grundlagen der verschiedenen krisentheoretischen Konzepte doch erstaunlicher Vorgang. Ein Beispiel dafür liefert die Arbeit von Hirsch/Roth (1986), in der vehement für ein Festhalten an der Marx'schen Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate plädiert wird (diess. 1986, S. 40 ff.). Über die mit diesem "Gesetz" verbundenen Probleme der "Technikwahl", der Wert-Preis-Transformation etc. wird voluntaristisch hinweggegangen (vgl. dazu unten im Text).
- 92 "Da die Masse der angewandten lebendigen Arbeit stets abnimmt im Verhältnis zu der Masse der von ihr in Bewegung gesetzten vergegenständlichten Arbeit, der produktiv konsumierten Produktionsmittel, so muß auch der Teil dieser lebendigen Arbeit, der unbezahlt ist und sich in Mehrwert vergegenständlicht, in einem stets abnehmenden Verhältnis stehn zum Wertumfang des angewandten Gesamtkapitals. Dies Verhältnis der

- Mehrwertsmasse zum Wert des angewandten Gesamtkapitals bildet aber die Profitrate, die daher beständig fallen muß"(MEW 25, S. 223).
- 93 Dies ist, wie wir gesehen haben, genau die Konstellation der Weltwirtschaftskrise 1929/32. Die Produktivitätssteigerungen im Zuge der "Rationalisierungskonjunktur" überstiegen die Reallohnentwicklung. Infolge des Fehlens institutioneller Formen lief das System in eine Überproduktionskrise.
- 94 Der "Wert des Geldes" (Foley) bzw. das Lipietzsche LEM sind definiert als Verhältnis der Menge abstrakter Arbeit zum Preis des Nettoprodukts (vgl. dazu ausführlich II. Kap.).
- 95 Im einzelnen lauten die Annahmen wie folgt: (1) Der Wert der Arbeitskraft bleibt konstant; (2) das Gewicht der verschiedenen Sektoren der Ökonomie bleibt konstant; (3) der technische Fortschritt ist strikt arbeitssparend und die Arbeitsproduktivität wächst in jedem Sektor parallel; (4) der technische Fortschritt ist strikt kapitalnutzend; (5) die technische Struktur der Ökonomie darf nicht so rigide sein, daß Wert-Preis-Divergenzen infolge unterschiedlicher sektoraler organischer Zusammensetzungen des Kapitals Probleme aufwerfen; (6) in den Sektoren der Abteilung I übersteigen die Werte die Produktionspreise nicht um einen oberhalb der Profitrate liegenden Betrag; (7) der technische Fortschritt ist "viable", d.h. zu gegebenen Preisen werden die Produktionskosten auch tatsächlich gesenkt(vgl. Lipietz 1986a, S. 26 ff.).
- 96 Vor allem auf die Triftigkeit der dabei zugrundegelegten "neuen" Lösung des Transformationsproblems, deren Grundargument bereits im II. Kap. vorgeführt wurde, kann ich hier nicht näher eingehen. Ich möchte aber darauf verweisen, daß auch diese Lösung nicht gegen das gegenüber der neocardianischen Theorie formulierte Argument der Einführung einer bloßen Standardware als numéraire immun ist; in diesem Fall ist es der Wert des Geldes, der als numéraire dient. Allerdings handelt es sich bei diesem numéraire um eine zentrale Strukturgröße kapitalistisch verfasster Ökonomien.
- 97 Die "entgegenwirkenden Ursachen" werden dabei in ihre historischen Gestalt zu fassen und, wenn auch nicht in Termini der Regulationstheorie, so doch "institutionalistisch" zu interpretieren versucht (vgl. etwa Altwater/ Hoffmann/ Semmler 1980; Altwater/ Hübnner/ Stanger 1983). Die Vermittlung von formations-konstitutiven und formations-kontingenten Strukturen und Prozessen wird dort in nicht-funktionalistischer Absicht mit dem Konzept der Restrukturierung des Kapitals zu leisten versucht: "The concept of restructuring of capital helps us to overcome the old dichotomy between economic and political analysis by specifying capital accumulation and value movements within the context of the economic class relations and class political constellations which obstruct or facilitate such transformations. The related concept (of class, k.h.) strategies helps us to free the concept of capital restructuring from any residual essentialism or economic functionalism" (Mosley 1982, S. 217). Von einem alternativen Theorieangebot zur Regulationstheorie sollte bei diesem Konzept allerdings nicht gesprochen werden. Es handelt sich dabei eher um einige Theoreme und vorsichtig verallgemeinerte Sätze denn um ein stringentes theoretisches System.
- 98 Die Behauptung O'Connors (1987, S. 90), daß Theorien, die auf den tendenziellen Fall der Profitrate abstellen, möglicherweise für den Kapitalismus des 19. Jahrhunderts Erklärungskraft gehabt haben mögen, aber heute nicht mehr relevant seien, scheint mir selbst ein Argument aus der Mottenkiste der Marx-Kritik zu sein. Gerade in einer Phase tiefgreifender technologischer Umstrukturierungen wäre es verfehlt, den zentralen Zusammenhang zwischen technologischer Umwälzung, Akkumulationsstrukturen und Profitraten analytisch auszublenden.

- Aglietta, M. (1975): Problématique de la valeur, in: J. Weiller/ J. Coussy (eds.): Économie internationale, Band 1, Automatisation et structures, Paris
- Aglietta, M. (1976): Régulation et crises du capitalisme, Paris
- Aglietta, M. (1978): Internationalisation des relations financières et de la production (suite d'une réflexion sur la problématique de la valeur, in: J. Weiller/ J. Coussy (eds.): Économie internationale, Band 2, Internationalisation et integration où cooperation, Paris.
- Aglietta, M. (1979): A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience, London; französische Fassung unter dem Titel "Régulation et crises du capitalisme, Paris 1976
- Aglietta, M. (1979a): Die gegenwärtigen Grundzüge der Internationalisierung des Kapitals. Die Wertproblematik, in: Ch. Deubner et.al. (1979) (Hrsg.): Die Internationalisierung des Kapitals, Frankfurt
- Aglietta, M. (1980): La dévalorisation du capital, in: Économie Appliquée, Vol. 33
- Aglietta, M. (1982): Régulation et crises du capitalisme, 2. Auflage, Paris
- Aglietta, M. (1982a): World Capitalism in the Eighties, in: New Left Review 136
- Aglietta, M./Orlean, A (1982): La violence de la monnaie, Paris
- Aglietta, M./Brender, A. (1984): Les métamorphoses de la société salariale, Paris
- Aglietta, M.(1986): États-Unis: persévérance dans l'être on renouveau de la croissance?, in: Boyer, R. (ed.), Capitalismes fin de siècle, Paris
- Aglietta, M. (1986a): La fin des devises clés, Paris
- Albelda, R./ Gunn,Ch./ Waller, F. (1987): The Resurgence of Political Economy, in: diess (eds.): Alternatives to Economic Orthodoxy. A Reader in Political Economy, Armonk
- Albritton, R. (1986): A Japanese Reconstruction of Marxist Theory, Houndsmills
- Altwater, E. (1977): Staat und gesellschaftliche Reproduktion. Anmerkungen zur Diskussion um den "Planstaat", in: V. Brandes/J. Hoffmann/U. Jürgens/ W. Semmler (Hrsg.), Handbuch 5. Staat, Köln
- Altwater, E./Hoffmann, J./ Semmler, W. (1980): Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin
- Altwater, E. /Hoffmann, J. (1981): Marxistische Ansätze zur Interpretation historischer Wachstumszyklen, in: W.H. Schröder/ R. Spree (Hrsg.): Historische Konjunkturforschung, Stuttgart
- Altwater, E. (1982): Der Kapitalismus vor einem Aufschwung? Über Theorien der "Langen Wellen" und der "Stadien", in: Wirtschaft und Gesellschaft, 8. Jg., Nr. 2

- Altwater, E. (1983): Der Kapitalismus in einer Formkrise. Zum Krisenbegriff in der politischen Ökonomie und ihrer Kritik, in: Aktualisierung Marx', Argument - Sonderband 100, Berlin
- Altwater, E. /K. Hübner/ M. Stanger (1983): Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa, Opladen
- Altwater, E. (1987): Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung, ökologische Gefährdung - der Fall Brasilien, Hamburg
- Altwater, E. (1988): Industrialisierung in "post - fordistischen" Zeiten. Über Grenzen der Modernisierung am Ende des 20. Jahrhunderts, Paper for the International Conference on the Theory of Regulation, Barcelona 16 - 18 June 1988
- André, Ch./R. Delorme (1983): L'État et l'économie, Paris
- André, Ch./R. Delorme (1987): Les interventions législatives et réglementaires, in: André, Ch. u.a. (eds), Aspects de la crise, Bd. 2, Paris
- André, Ch./ R. Boyer/ R. Delorme/ D. Leborgne/ P. Petit (eds)(1987): Aspects de la crise, 3 Bde., Paris
- Aaronowitz, St. (1987): Theory and Socialist Strategy, in: Social Text no 16; dtsh: Theorie und sozialistische Strategie, in: PROKLA 70, Berlin
- Arrow, K.J./ Hahn, F.H. (1972): General Competitive Analysis, London
- Arrow, K.J. (1974): Limited Knowledge and Economic Analysis, in: American Economic Review, No 64
- Backhaus, H. - G. (1986):: Zum Problem des Geldes als Konstituens oder Apriori der ökonomischen Gegenständlichkeit, in: PROKLA, Heft 63, Berlin
- Bader, V. - M. et.al. (1975): Krise und Kapitalismus bei Marx, 2 Bde., Köln
- Baecker, D. (1986): Information und Risiko in der Marktwirtschaft, Dissertation, Bielefeld
- Barou, Y./Keizer, B.(1984): Les grandes economies. États - Unis, Japon, Allemagne Fédérale, France, Royaume - Unis, Italie , Paris
- Barrère, Ch./Kebabdjian, G./Weinstein, O. (1983): Lire la crise, Paris
- Barrère, Ed. (1985): Keynes aujourd'hui: Théories et politiques,, Paris
- Baslé, M./ Bautier, T./ Mazier, J./ Vidal, J.F. (1978): Croissance sectorielle, accumulation et emploi en longue période, Rapport du recherche GRESP - DGRST
- Baslé, M./ Mazier, J./ Vidal, J.F. (1979): Croissance sectorielle et accumulation en longue période, in: Statistique et études financières,no 40
- Baslé, M./ Mazier, J./ Vidal, J.F.(1980): Formations des salaires, répartition des revenus et accumulation en longue période, in: Economie Appliquée, Tome XXXIII
- Bator, F.M. (1958): The Anatomy of Market Failure, in: Quarterly Journal of Economics, Vol.72
- Bausor, R. (1986): Time and Equilibrium, in: Mirowski, Th. (ed.): The Reconstruction of Economic Theory, Boston

- Beckenbach, F. (1987): Zwischen Gleichgewicht und Krise. Zur Konstitution einer Geldökonomie, Frankfurt
- Bennassy, J./ Boyer, R./ Gelpi, R.M./ Lipietz, A. /Mistral, J./ Munoz, J./ Ominami, C. (1978): Approche de l'inflation, l'exemple français, CEPREMAP, Paris
- Benassy, J.P./Boyer, R./Gelpi, R.M. (1979): Régulation des économies capitalistes et inflation, in: *Revue Economique*, Vol.30, No.3
- Berger, J./ Offe, C. (1982): Die Zukunft des Arbeitsmarktes. Zur Ergänzungsbedürftigkeit eines versagenden Allokationsprinzipes, in: G. Schmidt/ H.-J. Braczyk/ J. von den Knesebeck (Hrsg.): *Materialien zur Industriosozologie*, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 24
- Bertrand, H. (1978): Une nouvelle approche de la croissance française de l'après-guerre: l'analyse en sections productives, in: *Statistiques et Etudes financières*, serie orange, no.35
- Bertrand, H. (1979): La régime central d'accumulation de l'après-guerre; enseignement d'une étude en sections productives sur la France de 1950 à 1974, in: *Critique de l'Economie Politique*, nos. 7-8
- Bertrand, H. (1983): Accumulation, régulation et crise: un modèle sectionnel théorique et appliqué, in: *Revue économique*, Vol.34, No.6, mars
- Bertrand, H. (1986): France: modernisations et piétinements, in: Boyer, R. (ed), *Capitalismes fin de siècle*, Paris, S. 67-108
- Billaudout, B. (1976): *L'accumulation intensive du capital* (Thèse, Paris I)
- Billaudout, B. (1980): Accumulation, croissance et emploi de l'industrie française:retrospectives 1959 -1974, in: *Economie et statistique*, no 127
- Boccaro, P. (1974): *Etudes sur le capitalisme monopoliste d'Etat, sa crise et son issue*, Paris
- Boccaro, P. (1984): Cycles longues, mutations technologiques et crise, in: *Issues*, Nr. 16
- Booth, D. (1985): Marxism and Development Sociology: Interpreting the Impasse, in: *World Development*, Vol. 13, No 7; dtsh. Fassung: *Marxismus und Entwicklungstheorie. Der Weg in die Sackgasse*, in: PROKLA 71, Berlin
- Bosch, G. (1986): Hat das Normalarbeitsverhältnis eine Zukunft?, in: *WSI-Mitteilungen*, Schwerpunktheft: Zukunft der Arbeit ff.
- Bosch, R. (1928): Comment obtenir la paix économique, in: J.Davis/Th. Luedekke (Hrsg.): *Industrieller Friede*, Leipzig
- Bourdieu, P. (1976): *Entwurf einer Theorie der Praxis*, Frankfurt
- Bowles, S./Gordon, D.M./Weisskopf, T.E. (1983): *Beyond the Waste Land*, New York
- Bowles, S. (1985): The Production Process in a Competitive Economy: Walrasian, Neo-Hobbesian, and Marxian models, in: *The American Economic Review*, Vol. 75/No.1, 1985
- Boyer, R./Mistral, J. (1978): *Accumulation, inflation, crises*, Paris
- Boyer, R./Mistral, J. (1978a): Le temps présent - la crise, in: *Annales*, Juli/August

- Boyer, R. (1979): Les salaires en longue période, in: *Economie et Statistique*, no. 103, S. 99 – 118
- Boyer, R. (1979a): Wage Formation in Historical Perspective: The French experience, in: *Cambridge Journal of Economics*, no 3
- Boyer, R. (1979b): La crise actuelle: une mise en perspective historique. Quelques réflexions à partir d'une analyse du capitalisme français en longue période, in: *Critiques de l'Economie Politique*, no. 718
- Boyer, R. (1980): Rapport salarial et analyses en terme de régulation. Une mise en rapport avec les théories de la segmentation du marché du travail, CEPREMAP no. 82, sowie in: *Economie appliquée (Archives de l'ISMEA)*, no 2
- Boyer, R. (1981): Les transformations du rapport salarial dans la crise. Une interprétation de ses aspects sociaux et économiques, CEPREMAP no. 85
- Boyer, R./Petit, P. (1981): Le progrès technique dans la crise: ses déterminantes, son impact sur l'emploi, CEPREMAP, Juli
- Boyer, R. (1982): Strategies syndicales, rapport salarial et accumulation: de Mai 1968 à juin 1982, CEPREMAP no. 8222
- Boyer, R./Mistral J. (1983): La Crise (I). D'une analyse historique à une vue prospective, in: "Annales", no. 3 (mai – juin 1983) sowie dies.: La Crise (II). Pesanteur et potentialité des années quatre-vingt, in: "Annales", no. 4 (juillet – août 1983), abgedruckt in: CEPREMAP no. 123
- Boyer, R. (1983): L'introduction du taylorisme en France à la lumière de recherches récentes, CEPREMAP, no. 130
- Boyer, R. (1984): Wage Labour, Capital Accumulation, and the Crisis, 1968 – 82, CEPREMAP no. 146, sowie in: Kesselmann, M. (ed.): *The French Workers' Movement*, New York
- Boyer, R. (1984a): Analyses de la crise américaine: a propos d'un ouvrage récent, Cepremap – No 8501, Paris
- Boyer, R. (1984b): Productivité et emploi dans le BTP: A propos de quelques recherches récentes, CEPREMAP no. 8415
- Boyer, R./Coriat, B. (1984): Marx, la technique et la dynamique longue de l'accumulation (revidierte Fassung eines Vortrags auf dem "colloque Marx" an der Ecole des Hautes Etudes en Sciences Sociales, Paris, 6. – 9.12.1983), CEPREMAP, no. 8414, Paris
- Boyer, R. (1985): La relation salariale entre théorie et histoire, Vortragsmanuskript für: Table – Ronde INSEE – CNRS, 22. – 23. November 1984
- Boyer, R. (1985a): Une interprétation de l'essor puis de la crise des politiques économiques keynesiennes, in: A. Barrère (ed.), *Keynes aujourd'hui: Théories et Politiques*, Paris
- Boyer, R. (1985b): New Technologies and Employment in the Eighties – From Science and Technology to Macroeconomic Modelling, CEPREMAP no. 8526 (Vortragsmanuskript für "Barriers to full employment", WZB, International Institute of Management/Labor Market Policy, Berlin, 1. – 3. Oktober 1985

- Boyer, R. (1985c): Analyses de la crise américaine: A propos d'un ouvrage récent, CEPREMAP no. 8501 (Vorwort zur französischen Ausgabe von Bowles, S./Gordon, D.M./Weisskopf, T., Beyond the Waste Land)
- Boyer, R. (1986)(ed.): Capitalismes fin de siècle, Paris
- Boyer, R. (1986a): Introduction. Les crises ne sont plus ce qu'elles étaient, in: ders. (ed.), Capitalismes fin de siècle, Paris, S. 11-30
- Boyer, R. (1986b): Rapport salarial, croissance et crise: une dialectique cachée. Introduction à une comparaison de sept pays européens, in: Boyer, R. (ed), La flexibilité du travail en Europe, Paris, S. 11 ff
- Boyer, R. (1986c): Theorie de la Régulation. Bilan, Critique, Perspectives, Paris (im Erscheinen)
- Boyer, R. (1986d): Technical Change and the Theory of Regulation, unveröffentlichtes Manuskript für "Technical Change and Economic Theory: The Global Process of Development". Science Policy Research Unit (SPRU), University of Essex, 18.-20. Oktober
- Boyer, R. (1986e): Une enfance difficile mais prometteuse, in: Problèmes Economiques, No 1984, 23. juillet 1986
- Boyer, R. (1986f): Capitalismes fin de siècle, in: ders., Capitalismes fin de siècle, Paris
- Boyer, R.(1986g): Segmentations on solidarité, déclin ou redressement: quel modèle pour l'Europe, in: Boyer, R. (ed.), La flexibilité du travail en Europe, Paris, S. 201 ff.
- Boyer, R. (ed.) (1986h): La flexibilité du travail en Europe. Une étude comparative des transformations du rapport salarial dans sept pays de 1973 à 1983, Paris
- Boyer, R./Coriat, B. (1986): Technical Flexibility and Macro Stabilisation, Vortragsmanuskript für "Conference on Innovation Dissusion", Venedig 17.-21.3.1986
- Boyer, R. (1987): Rapport salarial, croissance et crise: Une présentation générale et mise en perspective d'une comparaison européenne, in: André, Ch. u.a. (eds.), Aspects de la crise, Bd. 1, Paris
- Boyer, R. (1987a): "régulation". Stichwort in: The New Palgrave. A Dictionary of Economics, ed. by J. Eatwell/ M. Milgate/ P. Newman, Vol. 4, London u.a.
- Boyer, R. (1987b): Technical Change, Wage Formation and Employment. From history to a simple macromodel, in: André, Ch. u.a. (eds.), Aspects de la crise, Bd. 1, Paris
- Boyer, R. (1987c): The Current Economic Crisis. Its dynamics and its implications for France, in: Ross, G./ Hoffmann, St./ Malzacher, S. (eds.): The Mitterrand experiment. Continuity and change in modern France, London
- Braudel, F. (1986): Die Dynamik des Kapitalismus, Stuttgart
- Braverman, H. (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozess, Frankfurt
- Bühler, M. (1981): Weltmarkt, internationale Arbeitsteilung und nationale Reproduktion. Neuere französische Internationalisierungstheorien, in: PROKLA 44, Berlin
- Burawoy, M. (1979): Manufacturing Consent: Changes in the labor process under monopoly capitalism, Chicago

- Burawoy, M. (1983): The Changing Face of the Factory Regime under Advanced Capitalism, in: *American Sociological Review*, Vol. 48
- Burawoy, M. (1985): *The Politics of Production: Factory Regimes under Capitalism and Socialism*, London
- Canguilhem, G. (1980): Régulation, in: *Encyclopédie Universalis*, Vol.14, S. 1
- Cartelier, J. (1983): Note sur "La violence de la monnaie", in: *Revue économique*, No 2
- Chavance, B. (1985): Le monde enchanté. De la valeur à l'envoi inflationniste, in: *Revue économique*, No 2
- Chombart de Lauwe, P.-M. (1975): Régulation et transformation sociale, in: A. Lichenerowicz u.a. (eds.), Paris
- Coase, R.H. (1960): The Problems of Social Costs, in: *Journal of Law & Economics*
- Coase, R.H. (1984): The New Institutional Economics, in: *Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft (Journal of Institutional and Theoretical Economics)*, Bd. 140, Nr. 1
- Coriat, B. (1976): Le taylorisme, le fordisme, la production de masse et les nouveaux modes d'organisation du travail industriel, Thèse, Paris X
- Coriat, B. (1979): L'atelier et le chronomètre. Essai sur le taylorisme, le fordisme et la production de masse, Paris
- Coriat, B. (1982): Relations industrielles, rapport salarial et régulation, in: *Consommation*, no.3
- Coriat, B. (1984): Crise et électronisation de la production: robotisation d'atelier et modèle fordien d'accumulation du capital, in: *Critiques de l'économie politique*, no. 26 - 27, Jan. - Juni
- Coriat, B. / Ph. Zarifian (1986): Tendenzen der Automatisierung und Neuzusammensetzung der Lohnarbeit, in: *Prokla*, Heft 62, Berlin
- Cornwall, J. (1977): *Modern Capitalism. Its growth and transformation*, Oxford
- Davidson, P. / Kregel, J.A. (1980): Keynes'Paradigm: A Theoretical Framework for Monetary Analysis, in: Nell, E.J. (ed.): *Growth, profits & property. Essays in the revival of Political Economy*, Cambridge
- Davis, M. (1978): "Fordism" in Crisis: A Rreview of Michel Aglietta's 'Régulation et crises: L'expérience des États-Unis', in: *Review* II,2, Fall
- Davis, M. (1986): *Phoenix im Sturzflug. Zur politischen Ökonomie der Vereinigten Staaten in den achtziger Jahren*, Berlin
- de Bernis, G. (Destanne) (1975): Régulation ou équilibre dans l'analyse économique, in: A. Lichenerowicz u.a. (eds.) (1975)
- de Brunhoff, Suzanne (1980): Sur la notion de régulation, in: Delaunay, Ed. (ed.), *Actualité du marxisme*, Paris
- Delaunay, Jean Claude (1984): *Salariat et plus-value en France depuis la fin du XIXe siècle*, Paris
- Delaunay, Jean-Claude (o.J.): Questions posées à la théorie dite de la "régulation monopoliste", in: *Cahier de L'ISMA*
- Demirovic, A. (1988): *Regulation. Kollektive Praxis und Intellektuelle*, unv. Mskr., Frankfurt

- de Montmillon/Pastré, O. (div) (1984): *Le taylorisme*, Paris
- Der große Duden. Fremdwörterbuch (1971), Mannheim
- Deubner, Ch./Rehfeldt, U./Schlupp, F./Zieburg, G. (Hrsg.) (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals. Neue Theorien in der internationalen Diskussion*, Frankfurt
- de Vroey, M. (1981): *Value, Production and Exchange*, in: I. Steedman u.a.(eds.), *The value controversy*, London
- de Vroey, M. (1984): *A Regulation Approach Interpretation of the Contemporary Crisis*, in: *Capital and Class*, No. 23 (summer)
- de Vroey, M. (1985): *La théorie du salaire de Marx. Une critique hétérodoxe*, in: *Revue économique*, no 3
- Dillard, D. (1986): *The Institutional Principle of the Principles of Economics*, in: *Journal of Economic Issues*, Vol. XX, No 2
- di Ruzza, F. (1981): *L'idée de régulation en l'économie politique*, in: G.R.R.E.C., *Crise et régulation*, Grenoble
- Dolata, U. (1985): *Staatsmonopolistische Regulierung in der Krise*, in: IMSF (Hrsg.): *Große Krisen des Kapitalismus - Lange Wellen der Konjunktur*, Informationsbericht 4, Frankfurt
- Dolata, U. (1986): *Ökonomische Regulierung und Regulierungskrisen im Kapitalismus. Theoretische Grundlagen*, Köln
- Dress, A./ Hendrichs, H./ Küppers, G. (Hg.) (1986): *Selbstorganisation: Die Entstehung von Ordnung in Natur und Gesellschaft*, München
- Drugman, B. (1983): *Le concept de rapport salarial: genèse, enjeux et perspectives*, in: Hollard, M./ G. Margirier (eds.)(1983), *Sur le rapport salarial, cahiers irep/développement*, Grenoble
- Duménil. G. (1980): *De la valeur aux prix de production*, Paris
- Edwards, R./Gordon, D.M./Reich, E. (1982): *Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labor in the US, Cambridge/Mass.*
- Eichner, A. (1973): *A Theory of the Determination of the Mark-up and Oligopoly*, in: *Economic Journal*, Vol. 83, No 4
- Elster, J. (1982): *Marxism, Functionalism, and Game Theory. The case for methodological individualism*, in: *Theory and Society*, Vol. II
- Fagerberg, J. (1984): *The "Regulation School" and the Classics: Modes of Accumulation and Modes of Regulation in a Classical Model of Economic Growth*, CEPREMAP, no 8426, Paris
- Fender, J. (1981): *Understanding Keynes. The analysis of the 'General Theory'*, Brighton
- Fine, B. (1986): *Introduction*, in: ders. (ed.), *The value dimension. Marx versus Ricardo and Sraffa*, London
- Foley, D.K. (1982): *The Value of Money, the Value of Labor Power and the Marxian Transformation Problem*, in: *Review of Radical Political Economics*, Vol. 14, No 2
- Foley, D.K. (1986): *Understanding Capital. Marx'economic theory*, Cambridge Mass.
- Freeman, Ch. (1978): *Les cycles de Kondratieff, l'évolution techniques et le chômage*, Réunion experts OCDE, 7.-11.März 1977, Paris

- Furubotn, E.G./ Richter,R (1984): The New Institutional Economics, Editorial Preface, in: Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft (Journal of Institutional and Theoretical Economics), Bd. 140, Nr. 1
- Galibert, A./Piani - Ferry (1986): Réflexions sur la théorie économique de la régulation, in: Problèmes Économiques, No 1984, 23. juillet
- Gaßmann, H. (1985): Arbeit und Preise. Zur Funktion der Werttheorie bei und nach Marx, unv. paper, Berlin
- Gaßmann, H. (1986): Labor and Prices. The function of value theory in and after Marx, revised version, unv. paper, Berlin
- Gaßmann, H. (1987): Das Ende vom Kapitalismus als Technikfolge? Typen des technischen Wandels und das Marxsche Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate, in: Pirker,Th./ Müller, H.-P./ Winkelmann, R. (Hrsg.): Technik und Industrielle Revolution. Vom Ende eines sozialwissenschaftlichen Paradigmas, Opladen
- Gaßmann, H. /Wegler,R. /Wolf,M.(1987): "Krise des Sozialstaats" - Krise für wen?, in: PROKLA 67, Berlin
- Glombowski, J. (1977): Eine elementare Einführung in das "Transformationsproblem", in: mehrwert Nr. 13, Berlin
- Glyn, A./ Sutcliffe, B. (1972): Capitalism in Crisis, New York
- Gordon, D.M. (1978): Up and Down the Long Roller Coast, in: The Union for Radical Political Economies(ed): US capitalism in crisis, New York
- Gordon,D. M. (1980): Stages of Accumulation and Long Economic Cycles, in: Hopkins,T./Wallerstein.I. (eds.): Processes of the world system, Beverly Hills
- Gordon, D.M./ Weisskopf, Th./ Bowles, S. (1983): Long Swings and the Nonreproductive Cycle, in: American Economic Review, Vol. 73, No 2
- Gottl - Ottilienfeld, F.v.(1924): Fordismus? Paraphrasen über das Verhältnis von Wirtschaft und technischer Vernunft bei Henry Ford und Frederick W. Taylor, Jena
- G.R.R.E.C. (1980): Crises et régulation de l'économie capitaliste, in: Cahiers de la Faculté des Sciences Economiques de Grenoble,no 1; wieder abgedruckt in dem Sammelband: G.R.R.E.C. (1983), Crise et Régulation, Paris
- Gramsci, A. (1967): Amerikanismus und Fordismus, in: ders.: Philosophie der Praxis. Eine Auswahl. Herausgegeben von Christian Riechert , Frankfurt
- Granout A./Baron, Y./Billaudot (1979): Croissance et crise, Paris
- Habermas, J.(1973): Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus, Frankfurt
- Hacche, G. (1979): The Theory of Economic Growth. An introduction, London
- Häusler, J./ Hirsch, J. (1987): Regulation und Parteien im Übergang zum "Post - Fordismus", in: Das Argument, Nr. 165, Berlin
- Hahn, F.H. (1984): Equilibrium and Macroeconomics, Oxford
- Hahn, F.H. (1985): Money and Equilibrium, in: ders.: Money, growth and stability, Oxford

- Haslinger, G. / Schneider, J. (1983): Die Relevanz der Gleichgewichtstheorie. Gleichgewichtstheorien als Grundlage der ordnungs- und wirtschaftspolitischen Diskussion, in: de Gijsel, P. et al. (Hrsg.): Ökonomie und Gesellschaft, Jahrbuch 1, Die Neoklassik und ihre Herausforderungen, Frankfurt
- Haug, W.F. (1987): Nach dem Fordismus: Post-Fordismus? Überlegungen im Anschluß an Jürgen Häusler und Joachim Hirsch, in: Das Argument, Nr. 165, Berlin
- Hausmann, R. / Lipietz, A. (1983): Marx et la divergence entre production en valeur et revenus nominaux, in: Revue d'Économie Politique, No 2
- Hausmann, R./Marquez, G. (1986): Venezuela: du bon côté du choc pétrolier, in: R. Boyer (ed.), Capitalismes fin de siècle, Paris, S. 141-166
- Heilbroner, R.L. (1985): The Nature and Logic of Capitalism, New York
- Heininger, H. / Hess, P. (1970): Die Aktualität der Leninschen Imperialismuskritik, Frankfurt
- Heinrich, M. (1986): Hegel, die "Grundrisse" und das "Kapital". Ein Nachtrag zur Diskussion um das "Kapital" in den 70er Jahren, in: Prokla 65, Berlin
- Heinrich, M. (1988): Was ist die Werttheorie noch wert? Zur neueren Debatte um das Transformationsproblem und die Marxsche Werttheorie, unv. Mskr., Berlin
- Herr, H. (1987): Zur Stabilisierung ökonomischer Prozesse durch institutionelle Regelungen, IIM/LMP 87-13, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin
- Hirsch, J. (1980): Der Sicherheitsstaat, Frankfurt
- Hirsch, J./Roth, R. (1980): "Modell Deutschland" und neue soziale Bewegungen, in: Prokla 40, Berlin
- Hirsch, J./ Roth, R. (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus, Hamburg
- Hoffmann, J. (1986): Zersetzungsprodukt oder strukturierender Faktor in der Restrukturierungskrise? Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik in den 80er Jahren: ein Szenario, in: Prokla 64, Berlin
- Holländer, H. (1974): Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Marx's Begründung und ihre Implikationen, in: mehrwert, Nr. 6
- Hollard, M./ G. Margirier (eds.) (1983): Sur le rapport salarial, cahiers irep/développement, Grenoble
- Hounshell, D.A. (1984): From the American System to Mass Production, 1800-1932, Baltimore
- Hübner, K./Stanger, M. (1986): Funktionalismus, methodologischer Individualismus und marxistische Theorie - Kommentierende Bemerkungen zu dem Beitrag von A. Przeworski, in: Prokla 62, Berlin
- Hübner, K. (1987): Neue Gesichtszüge? Eine Kritik an der Post-Fordismus-These von Hirsch/Roth, in: Sozialismus, Nr. 4. Gekürzte Fassung eines Referats für eine von "Humanistischer Union" und der Zeitschrift "links" durchgeführten Konferenz "Ein neues Gesicht des Kapitalismus", Februar 1987
- Hübner, K./ B. Mahnkopf (1988): École de la Régulation. Eine kommentierte Materialsammlung, WZB-Paper (i.E.)

- Hurtienne, Th. (1984): Theoriegeschichtliche Grundlagen des sozio-ökonomischen Entwicklungsdenkens Bd.II: Paradigmen sozialökonomischer Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert, Saarbrücken
- Hurtienne, Th. (1985): Wirtschaftskrise, internationale Verschuldung und Entwicklungspotentiale in Lateinamerika, in: Prokla 59, Berlin
- Hurwitz, R.B. (1986): Understanding Deregulation, in: Theory and Society, Vol. 15, No. 1-2
- Hutchison, T.W. (1984): Institutional Economics Old and New, in: Zeitschrift für gesamte Staatswissenschaft (Journal of Institutional and Theoretical Economics), Bd. 140, Nr. 1
- Itoh, M. (1980): Value and Crisis, London
- Jessop, B. (1986): Der Wohlfahrtsstaat im Übergang vom Fordismus zum Postfordismus, in: Prokla 65, S. 4-33
- Jessop, B. (1987): Conservative Regimes and the Transition to Post-Fordism: The cases of Great Britain and West Germany, Paper for the 6th Conference of Europeanists, Washington D.C., 30th oct - 1st nov 1987
- Jessop, B. (1988): Post-Fordism, Mass integration, and the State: a comment on the work of Hirsch, unv. Mskr., Oxford
- Jürgens, U. (1979): Für eine Entmystifizierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate - Das Profitratengesetz als Ansatzpunkt von Kapitalstrategien und staatlicher Reformpolitik (eine Problemskizze), in: Prokla 36, Berlin
- Jürgens, U. (1980): Selbstregulierung des Kapitals. Erfahrungen aus der Kartellbewegung in Deutschland um die Jahrhundertwende: Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie, Frankfurt
- Kaldor, N. (1973): Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, in: W. Vogt (Hrsg.): Seminar Politische Ökonomie: Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt
- Kaldor, N. (1960): Essays on Economic Stability and Growth, London
- Kalecki, M. (1968): Theory of Economic Dynamics, New York
- Kalecki, M. (1971): Klassenkampf und Verteilung des Volkseinkommens, in: M. Kalecki, Werkauswahl. Rezession und Prosperität im Kapitalismus. Mit einer Einleitung von Dr. Karl Kühne, Neuwied
- Keynes, J.M. (1973): The General Theory of Employment, Interest and Money, London
- Kleinknecht, A. (1979): Innovation, Akkumulation und Krise. Überlegungen zu den "langen Wellen" der Konjunktur vor dem Hintergrund neuerer Ergebnisse der historischen Innovationsforschung, in: PROKLA 35, Berlin
- Kocka, J. (1974): Organisierter Kapitalismus oder Staatsmonopolistischer Kapitalismus? Begriffliche Vorbemerkungen, in: Winkler, H.A. (Hrsg.): Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge, Göttingen
- Kundig, B. (1984): Du taylorisme classique à la "flexibilisation" macro-économique des différents types d'organisation du travail, in: Critiques de l'économie politique, no. 26-27, Jan-Juni

- Laclau, E. (1981): Politik und Ideologie im Marxismus – Kapitalismus – Feudalismus – Populismus, Berlin
- Lakatos, I. (1970): Falsification and the Methodology of Scientific Research Programmes, in: Lakatos, I. / Musgrave, A. (eds.): Criticism and the growth of knowledge, Cambridge
- Langlois, R.N. (1986): The New Institutional Economics: an introductory essay, in: ders. (ed.): Economics as a process. Essays in the New Institutional Economics, Cambridge
- Lehner, F./Schubert, K./Geile, B.(1983): Die strukturelle Rationalität regulativer Wirtschaftspolitik – Theoretische Überlegungen der Bankpolitik in Kanada, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und den Vereinigten Staaten von Amerika, in: Politische Vierteljahresschrift, Heft 4/Dez.
- Lichnerowicz, A./Perroux, F./Gadoffre, G. (eds.) (1975): L'idée de la régulation dans les sciences, Paris
- Linhart, D. et R. (1985): Naissance d'un consensus, CEPREMAP, no. 8515, Paris
- Lipietz, A. (1979): Crise et inflation, pourquoi?, Paris
- Lipietz, A. (1982): The So-called "Transformation Problem" Revisited, in: Journal of Economic Theory, No 26
- Lipietz, A. (1982a): Derrière la crise: la tendance à la baisse du taux de profit. L'apport de quelques travaux français récents, in: Revue économique, no 2, 1982
- Lipietz, A. (1982b): Towards Global Fordism?, in: New left review no. 3/4
- Lipietz, A. (1982c): Credit Money. A condition permitting inflationary crisis, in: Review of Radical Political Economics, Vol. 14. No 2
- Lipietz, A. (1983): Les transformations dans la division internationale du travail: considérations méthodologiques et esquisse de théorisation, in: Les Temps Modernes, Octobre
- Lipietz, A. (1983a): La monde enchanté, Paris
- Lipietz, A. (1984): La mondialisation de la crise générale du fordisme: 1967 – 1984, in: Les Temps Modernes, November
- Lipietz, A. (1984a): Imperialism or the Beast of the Apocalypse, in: Capital & Class, No 22
- X Lipietz, A. (1985): Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise. Einige methodische Überlegungen zum Begriff der "Regulation", in: "Prokla", H. 58, S. 109 – 137, Berlin
- Lipietz, A. (1985a): Trois Crises. Métamorphoses du capitalisme et mouvement ouvrier, CEPREMAP no. 8528, Paris
- Lipietz, A. (1985b): Fordisme, fordisme périphérique et métropolisation, CEPREMAP no. 8514
- Lipietz, A. (1985c): The Enchanted World. Inflation, crisis and world crisis, London
- Lipietz, A. (1985d): Le Nation et le regional: Quelle autonomie face à la crise capitaliste mondiale?, CEPREMAP no. 8521
- Lipietz, A. (1986): An alternative Design for the Twenty First Century, unveröffentlichtes Publikationsmanuskript für S.G. Pendse (ed.), Options in economic design

- Lipietz, A. (1986a): Behind the Crisis: The Exhaustion of a Regime of Accumulation. A "regulation school" perspective on some French empirical works, in: *Review of Radical Political Economics*, VI. 18. no 1-2
- Lipietz, A. (1986b): *Mirages and Miracles*, London
- Lipietz, A. (1987): *La régulation: les mots et les choses. A propos de: 'La théorie de la régulation': une analyse critique de Robert Boyer*, univ. Mskr., Paris
- Lockwood, D. (1970): *Soziale Integration und Systemintegration*, in: Zapf, W. (Hrsg.): *Theorien des sozialen Wandels*, Köln
- Lorenzi, J.H./ Pastré, O./ Toledano, J. (1980): *La crise du XXe siècle*, Paris
- Lucas, R.E. /Th. S. Sargent (eds.) (1981): *Rational Expectation and Econometric Practice*, London
- Luhmann, N. (1982): *Autopoiesis, Handlung und kommunikative Verständigung*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 11. Jg., H. 4, S. 366-379
- Lutz, B. (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität*, Frankfurt/M.
- Lutz, B. (1985): *Der Wohlfahrtsstaat: Schon am Ende oder erst am Anfang?*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, H. 6
- Maddison, A. (1987): *Growth and Slowdown in Advanced Capitalist Economies: Techniques of quantitative assessment*, in: *Journal of Economic Literature*, VI. XXV
- Mainwaring, L. (1984): *Value and Distribution in Capitalist Economies. An introduction to Sraffian economics*, Cambridge
- Mandel, E. (1980): *Long Waves of Capitalist Development*, Cambridge
- Mandel, E. (1984): *Explaining Long Waves of Capitalist Development*, in: Ch. Freeman (ed.), *Long waves in the world economy*, London
- Maturana, H.R./ Varela, F.J. (1980): *Autopoiesis and Cognition: The Realization of the Living*, Dordrecht
- Marx, Karl (1969): *Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses*, Frankfurt
- Marx, Karl (1972): *Das Kapital*, MEW 23, Berlin (Ost)
- Marx, Karl (1973): *Das Kapital*, MEW 24, Berlin (Ost)
- Marx, Karl (1972): *Das Kapital*, MEW 25, Berlin (Ost)
- Marx, Karl (1974): *Theorien über den Mehrwert. Zweiter Teil*, MEW 26.2, Berlin (Ost)
- Marx, Karl (1978): *Zur Kritik der Politischen Ökonomie*, MEW 13, Berlin (Ost)
- Mawatari, S. (1985): *The UNO school: A Marxian Approach in Japan*, in: *History of Political Economy*, Vol. 17, No 3
- Mazier, J./Picaud, Y./Podevin, G./Bertrand, H. (1982): *Les deux crises des années 1930 et des années 1970. Une analyse en sections productives dans le cas de l'économie française*, in: *Revue économique*, 2
- Mazier, J./Baslé, M./Vidal, J.F. (1984): *Quand les crises durent*, Paris
- Minsky, H.P. (1986): *Stabilizing an Unstable Economy*, New Haven
- Mistral, J. (1979): *Compétitivité et formation du capital en longue période*, in: *Economie et Statistique*, no 97

- Mistral, J./Reiffers, J.L. (1982): *La recherche en économie internationale*, Paris 1982
- Mistral, J./Boyer, R. (1983): *Politiques économiques et sortie de crise. On carré infernal à un nouveau New-Deal?*, CÉPREMAP, no. 126
- Mistral, J. (1986): *Régime international et trajectoires nationales*, in: R. Boyer (ed.), *Capitalismes fin de siècle*, Paris, S. 167-202
- Mjoset, L. (1985): *Regulation and the Institutional Tradition*, in: L. Mjoset/ J. Bohlin: *Intrduksjon til reguleringskolen*, Nordic Summer University, Working Papers, No 21, Aalborg
- Mosley, E. (1982): *Capital and State: West German Neo-orthodox State Theory*, in: *Review of Radical Political Economics*, Vol. 14, no 1
- Müller, J./ Vogelsang, I. (1979): *Staatliche Regulierung*, Baden-Baden
- Müller, J. (1983): *Staat und Markt: Einige Anmerkungen zur Regulierung des Transport- und Kommunikationswesens*, in: *Konjunkturpolitik*, Beiheft 29, Berlin
- Naschold, F. (1985): *Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Anmerkungen zur Arbeitspolitik*, in: ders. (Hrsg.), *Arbeit und Politik. Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und der sozialen Sicherung*, Frankfurt
- Negri, T. (1973): *Krise des Plan-Staats. Kommunismus und revolutionäre Organisation*, Berlin
- Noel, A. (1986): *Accumulation, Regulation, and Social Change: An Essay on French Political Economy*, unveröffentlichtes Manuskript (Graduate School of International Studies, University of Denver)
- O'Connor, J. (1987): *The Meaning of Crisis. A theoretical introduction*, London
- Oi, W.Y. (1962): *Labor as a Quasi-fixed Factor*, in: *Journal of Political Economics*, VI. 70, No 6
- Okishio, N. (1974): *Technische Veränderungen und Profitrate*, in: H.G. Nutzinger/E. Wolfstetter (Hrsg.), *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik II. Eine Textsammlung zur Kritik der Politischen Ökonomie*, Frankfurt
- Ominami, C. (1986): *Le tiers monde dans la crise*, Paris
- Ominami, C. (1986a): *Chili: échec du monétarisme périphérique*, in: R. Boyer (ed.), *Capitalismes fin de siècle*, Paris, S. 109-140
- Palloix, Ch. (1977): *Procès du production et crise du capitalisme*, Grenoble; dtsh. in gekürzter Fassung: in: Ch. Deubner et.al. (Hrsg.): *Die Internationalisierung des Kapitals*, Frankfurt
- Palloix, Ch. (1979): *Die organische Krise des Kapitalismus*, in: Deubner, Chr. u.a. (Hg.), *Die Internationalisierung des Kapitals*, Frankfurt
- Palloix, Ch. (1979a): *Internationalisierung des Produktionssystems und Aufteilung in industrielle und finanzielle Branchen, am Beispiel der Stahlindustrie sowie der Elektroindustrie und des Maschinenbaus*, in: Ch. Deubner et.al. (Hrsg.) (1979): *Die Internationalisierung des Kapitals*, Frankfurt

- Palloix, Ch. (1979b): Internationalisierung des Kapitals und Kritik der politischen Ökonomie, in: Ch. Deubner et.al. (Hrsg.) (1979): Die Internationalisierung des Kapitals, Frankfurt
- Parez, C. (1983): Structural Change and the Assimilation of New Technologies in the Economic and Social System, in: Futures, Vol. 15, no 5
- Parsons, T. (1964): Die Motivierung des wirtschaftlichen Handelns, in: ders., Beiträge zur soziologischen Theorie, hrsg. und eingel. von D. Rüschemeyer, Neuwied
- Pastré, O. (1981): Analyse économique de l'organisation du travail: gestion de la main-d'oeuvre et évolution de la productivité en France, Thèse, Université de Paris XIII
- Pastré, O. (1983): Taylorisme, productivité et crise du travail, in: Revue Travail et Emploi, no 18
- Petit, P. (1986): Slow Growth and the Service Economy, London
- Piaget, J. (1975): L'épistémologie des régulations, in: A. Lichnerowicz u.a. (eds.) (1975)
- Piore, M.J./Sabel, Ch.F. (1984): The Second Industrial Divide: Possibilities of Prosperity, New York; dt. Fassung unter dem Titel: Das Ende der Massenproduktion, Berlin 1985
- Polanyi, K. (1978): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen, Frankfurt
- Poulantzas, N. (1976): Les transformations actuelles de l'Etat, in: La crise de l'Etat, Paris
- Poulantzas, N. (1978): Staatstheorie, Hamburg
- Prigogine, J. (1975): L'ordre par fluctuations et le système social, in: A. Lichnerowicz u.a. (eds.) (1975)
- Raphael, L. (1987): "Die Ökonomie der Praxisformen". Anmerkungen zu zentralen Kategorien P. Bourdieus, in: Prokla 68, Berlin
- Rehfeldt, U. (1986): Les syndicats et la "rationalisation" industrielle en Allemagne 1910-1933, Paris, Dezember
- Roberts, Ch.C. (1980): Verteilungstheorie und Verteilungspolitik. Eine problemorientierte Einführung mit einem Kompendium verteilungstheoretischer und -politischer Begriffe, Köln
- Robinson, J. (1961): The Economics of Imperfect Competition, London, 12. Auflage
- Robinson, J. (1980): Time in Economic Theory, in: Kyklos, Vol. 33, No 2
- Roemer, J. (1981): Analytical Foundations of Marxian Economic Theory, Cambridge
- Rosier, B. (1975) (1984): Croissance et crise capitaliste, P.U.F., Paris
- Rosier, B./ Doches (1983): Rhythmes économiques, crises et changement social, une perspective historique, Paris
- Schefold, B. (1976): Nachworte. 1. Die Produktionskosten in der neoklassischen Theorie, in: P. Sraffa: Warenproduktion mittels Waren, Frankfurt
- Schlicht, E. (1976): Einführung in die Verteilungstheorie, Reinbek

- Schmölders, G. (1980): Historische Schule, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Viertes Band, Stuttgart u.a.
- Schotter, A. (1981): The Economic Theory of Social Institutions, Cambridge/Mass.
- Schumpeter, J.A. (1911 1964): Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, Berlin
- Schumpeter, J.A. (1965): Geschichte der ökonomischen Analyse, 2 Bde., Göttingen
- Shaikh, A. (1978): An Introduction to the History of Crisis Theories, in: URPR (ed.): U.S. capitalism in crisis, o.O.
- Semmler, W. (1977): Zur Theorie der Reproduktion und Akkumulation. Bemerkungen zu neueren multisektoralen Ansätzen sowie Überlegungen zum Verhältnis von privatem und staatlichem Sektor, Berlin
- Semmler, W. (1984): Competition, Monopoly and Differential Profit Rates. On the relevance of the classical and marxian theories of production prices for modern industrial and corporate pricing, New York
- Shubik, M. (1976): A General Theory of Money and Financial Institutions, in: *Economie Appliquée*, No 29
- Sraffa, P. (1926): The Laws of Return and Competitive Conditions, in: *Economic Journal*, S. 535 - 550; dtsh. in: E. Schmidt - Franke: Weltbank und Monopol, Darmstadt
- Sraffa, P. (1976): Warenproduktion mittels Waren, Frankfurt
- Stamatis, G. (1987): Zum Transformationsproblem, unv. paper, o. O.
- Stanger, M. (1987): Krisentendenzen der Kapitalakkumulation - Theoretische Kontroversen und empirische Befunde, Dissertation, unv., Berlin
- Steedman, I. (1981): Ricardo, Marx, Sraffa, in: Steedman u.a. (eds.), *The value controversy*, London
- Stigler, G. (1971): The Theory of Economic Regulation, in: *Bell Journal*
- Uno, K. (1980): Principles of Political Economy. Theory of a purely capitalist society, Sussex
- Vogt, W. (1986): Theorie der kapitalistischen und einer laboristischen Ökonomie, Frankfurt
- Walcher, J. (1925): Ford oder Marx. Die praktische Lösung der sozialen Frage, Berlin
- Walton, R.E. (1985): From Control to Commitment in the Workplace, in: *Harvard Business Review*, März - April
- Weinstein, O. (1983): Mouvements de longue période, mutations productives et crise, in: *Issues. Cahiers de Recherches de la Revue Économie Politique*, No 16
- Weisskopf, Th. (1979): Marxian Crisis Theory and the Rate of Profit in the Postwar U.S. Economy, in: *Cambridge Journal of Economics*, no 3
- Williamson, J.E. (1975): Markets and Hierarchies: Analysis and Anti-trust implications: Study in the Economics of Internal Organization, New York

- Williamson, O.E.(1985): The Economic Institutions of Capitalism: Firms, Markets, Relational Contracts, London
- Wilson, J.A. (1979): Translator's introduction to Boyer "Wage formation", in: Cambridge Journal of Economics, No 3
- Wolff, R.P. (1984): Understanding Marx. A reconstruction and critique of Capital, London
- Young, A.A. (1928): Increasing Returns and Technical Progress, in: Economic Journal, December